

P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

Stenographisches Protokoll

28. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XII. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 16., Donnerstag, 17. und Freitag, 18. Dezember 1970

Tagesordnung

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1971

Spezialdebatte

Beratungsgruppe X: Verkehr

Beratungsgruppe XI: Finanzen

Bundesfinanzgesetz, Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes und Dienstpostenplan

Inhalt

Personalien

Ordnungsruf (S. 2435)

Geschäftsbehandlung

Unterbrechungen der Sitzung (S. 2319 und S. 2391)

Bundesregierung

Schriftliche Anfragebeantwortungen (S. 2302)

Verhandlungen

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (125 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1971 (240 d. B.)
SpezialdebatteBeratungsgruppe X: Kapitel 65: Verkehr, Kapitel 78: Post- und Telegraphenanstalt, Kapitel 79: Österreichische Bundesbahnen
Spezialberichterstatter: Kosteletzky (S. 2303)

Redner: DDr. König (S. 2304), Windsteig (S. 2306), Neumann (S. 2309), Neuhauser (S. 2312), Marwan-Schlosser (S. 2314), Troll (S. 2316), Glaser (S. 2318), Ing. Scheibengraf (S. 2327), Dr. Blenk (S. 2330), Melter (S. 2333), Wedenig (S. 2339), Franz Pichler (S. 2342), Ulbrich (S. 2344) und Bundesminister Frühbauer (S. 2359)

Ausschußentschließung betreffend Postinvestitionsprogramm (S. 2303)

Entschließungsantrag Neumann betreffend Telefonausbau für ländliche Gebiete (S. 2311)

Annahme der Beratungsgruppe X (S. 2364)

Beratungsgruppe XI: Kapitel 50: Finanzverwaltung, Kapitel 51: Kassenverwaltung, Kapitel 52: Öffentliche Abgaben, Kapitel 53: Finanzausgleich, Kapitel 54: Bundesvermögen, Kapitel 55: Pensionen (Hochverwaltungsverwaltung), Kapitel 56: Familienlastenausgleich, Kapitel 57: Staatsvertrag, Kapitel 59: Finanzschuld, Kapitel 73: Salz (Monopol), Kapitel 74: Glücksspiele (Monopol), Kapitel 75: Branntwein (Monopol), Kapitel 76: Hauptmünzamt
Spezialberichterstatter: Skritek (S. 2365)

Bundesfinanzgesetz, Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes und Dienstpostenplan

Generalberichterstatter: Haberl (S. 2366 und S. 2452)

Redner: Sandmeier (S. 2367), Dr. Broesigke (S. 2371), DDr. Neuner (S. 2375), Lane (S. 2378), Dr. Bauer (S. 2385), Breiteneder (S. 2389), Wielandner (S. 2391), Fachleitner (S. 2394), Pfeifer (S. 2397), Doktor Spannocchi (S. 2398), Melter (S. 2402), Scherrer (S. 2403), Jungwirth (S. 2409), Dr. Koren (S. 2412 und S. 2441), Peter (S. 2417), Bundesminister Dr. Androsch (S. 2422), Dr. Mussil (S. 2430), Benya (S. 2435), DDr. Pittermann (S. 2444) und Dr. Withalm (S. 2448)

Ausschußentschließung betreffend Irrtum von Steuerberatern (S. 2366)

Entschließungsantrag Zeillinger, Blecha betreffend Sicherheitsbericht (S. 2374)

Annahme der Budgetgruppe XI (S. 2452)

Annahme des Bundesfinanzgesetzes samt Anlagen (S. 2452)

Annahme der achtzehn Ausschußentschließungen E 16 bis E 33 (S. 2453)

Annahme der Entschließungsanträge Doktor Scrinzi, Radinger (S. 1851) E 34 und Zeillinger, Blecha (S. 2374) E 35 (S. 2455)

Ablehnung der Entschließungsanträge Anton Schlager (S. 1953 und S. 1956), Kern (S. 1998 und S. 1691), Dr. Eduard Moser (S. 2002), Neumann (S. 2311), Regensburger (S. 2170) und Dr. Blenk (S. 1827) — (S. 2454)

Eingebracht wurden

Antrag der Abgeordneten

Dr. Hauser, Dr. Blenk, Brunner und Genossen, betreffend die Änderung des Umsatzsteuergesetzes 1959 (52/A)

Anfragen der Abgeordneten

Vollmann, Machunze, Titze und Genossen an den Bundesminister für Verkehr, betreffend die Errichtung von Sitzbänken auf den Bahnsteigen der Wiener Bahnhöfe (356/J)

Kern, Dr. Haider, Brunner und Genossen an den Bundeskanzler, betreffend Bericht der Bundesregierung über die Vergabe von Subventionen im Jahre 1969 (357/J)

Czernetz, Radinger, Zankl und Genossen an die Bundesregierung, betreffend Empfehlung Nr. 607 der Beratenden Versammlung des Europarates über die Präventivmedizin und die Schaffung einer europäischen Gesundheitskarte (358/J)

Radinger, Maria Metzker, Zankl und Genossen an die Bundesregierung, betreffend Empfehlung Nr. 593 der Beratenden Versammlung des Europarates über die Lage der jungen Arbeiter (359/J)

Czernetz, Radinger, Zankl und Genossen an die Bundesregierung, betreffend Empfehlung Nr. 595 der Beratenden Versammlung des Europarates über die Rolle der Mitgliedstaaten des Europarates im zweiten Jahrzehnt der Entwicklungshilfe der Vereinten Nationen (360/J)

Zankl, Radinger, Czernetz und Genossen an die Bundesregierung, betreffend EntschlieÙung Nr. 451 der Beratenden Versammlung des Europarates über das Memorandum des Generalsekretärs der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) (361/J)

Dr. Scrinzi, Peter und Genossen an die Bundesregierung, betreffend Empfehlung Nr. 609 der Beratenden Versammlung des Europarates über die Rauschgiftsucht (362/J)

Dr. Kranzlmayr, Dipl.-Ing. Dr. Leitner, Dr. Karasek und Genossen an die Bundesregierung, betreffend Empfehlung Nr. 606 der Beratenden Versammlung des Europarates über die grüne Versicherungskarte für Kraftfahrzeuge (363/J)

Dipl.-Ing. Dr. Leitner, Dr. Kranzlmayr, Dr. Karasek und Genossen an die Bundesregierung, betreffend Empfehlung Nr. 612 der Beratenden Versammlung des Europarates über den Entwurf eines Rahmengesetzes über den aktiven Schutz des unbeweglichen Kulturbesitzes in Europa (364/J)

Dr. Kranzlmayr, Dr. Karasek, Dipl.-Ing. Dr. Leitner und Genossen an die Bundesregierung, betreffend Empfehlung Nr. 605

der Beratenden Versammlung des Europarates über die Abkürzung der durch die Zollabfertigung an den Grenzbahnhöfen entstehenden Aufenthalte (365/J)

Dr. Karasek, Dr. Kranzlmayr, Dipl.-Ing. Dr. Leitner und Genossen an die Bundesregierung, betreffend EntschlieÙung Nr. 459 der Beratenden Versammlung des Europarates über den 17. Tätigkeitsbericht des Hochkommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (366/J)

Kern, Brunner und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, betreffend Bericht der Bundesregierung über die Vergabe von Subventionen im Jahre 1969 (367/J)

Dr. Scrinzi, Peter und Genossen an die Bundesregierung, betreffend EntschlieÙung Nr. 460 der Beratenden Versammlung des Europarates über die Lage der tschechoslowakischen Flüchtlinge (368/J)

Anfragebeantwortungen

des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Reinhart und Genossen (287/A. B. zu 296/J)

des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Reinhart und Genossen (288/A. B. zu 305/J)

des Bundesministers für Inneres auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Prader und Genossen (289/A. B. zu 309/J)

Beginn der Sitzung: 19 Uhr 15 Minuten

Vorsitzende: Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner, Zweiter Präsident Dr. Maleta, Dritter Präsident Probst.

Präsident Probst: Die Sitzung ist eröffnet.

Es sind drei Anfragebeantwortungen eingelangt, die den Antragstellern zugegangen sind. Diese Anfragebeantwortungen wurden vervielfältigt und an alle Abgeordneten verteilt.

Im Einvernehmen mit den Parteien schlage ich vor, die Debatte über die in der Tagesordnung angeführte Beratungsgruppe XI, Finanzen, und über das Bundesfinanzgesetz, den Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes sowie den Dienstpostenplan unter einem abzuführen. In diesem Falle werden zuerst die beiden Berichterstatter ihre Berichte geben, sodann wird die Debatte unter einem abgeführt. Die Abstimmung erfolgt selbstverständlich — wie immer in solchen Fällen — getrennt.

Wird gegen diesen Vorschlag ein Einwand erhoben? — Das ist nicht der Fall. Der Vorschlag ist angenommen.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (125 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1971 (240 der Beilagen)

Spezialdebatte

Beratungsgruppe X

Kapitel 65: Verkehr

Kapitel 78: Post- und Telegraphenanstalt

Kapitel 79: Österreichische Bundesbahnen

Präsident Probst: Wir gehen in die Tagesordnung ein.

Gegenstand ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses (125 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1971 (240 der Beilagen).

Wir kommen zunächst zur Spezialdebatte über die Beratungsgruppe X. Diese umfaßt Kapitel 65: Verkehr, Kapitel 78: Post- und Telegraphenanstalt, Kapitel 79: Österreichische Bundesbahnen.

Präsident Probst

Spezialberichterstatte ist der Herr Abgeordnete Kosteletzky. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Spezialberichterstatte **Kosteletzky**: Herr Präsident! Hohes Haus! Der Finanz- und Budgetausschuß hat die in der Beratungsgruppe X zusammengefaßten Kapitel 65 (Verkehr), 78 (Post- und Telegraphenanstalt) und 79 (Österreichische Bundesbahnen) des Bundesvoranschlages für das Jahr 1971 in seiner Sitzung am 6. November 1970 der Vorberatung unterzogen.

Umfangmäßig erreicht die Beratungsgruppe X Gesamtausgaben in der Höhe von 23,4 Milliarden Schilling und Gesamteinnahmen in der Größenordnung von 18,8 Milliarden Schilling. In diesem Sinne wird in der Beratungsgruppe X über mehr als ein Fünftel der Gesamtausgaben des Bundeshaushaltes und nahezu ein Fünftel der Gesamteinnahmen des Budgets für das Jahr 1971 entschieden.

Die Regierungsvorlage enthält im Kapitel 65 „Verkehr“ Ausgaben in der Größenordnung von 741,9 Millionen Schilling, denen Einnahmen in Höhe von 9,5 Millionen Schilling gegenüberstehen.

Für das Kapitel 78 „Post- und Telegraphenanstalt“ sind Gesamtausgaben in Höhe von 9453,9 Millionen Schilling präliminiert; auf der Einnahmenseite erwartet man im Jahre 1971 den Eingang von 8497 Millionen Schilling. Es ist daher mit einem Abgang von 967 Millionen Schilling zu rechnen.

Besonders ist darauf hinzuweisen, daß die auf Grund des Fernsprechtetriebsinvestitionsgesetzes zur Verfügung stehenden Mittel zum Ausbau der Fernsprechanlagen um 370 Millionen Schilling höher veranschlagt worden sind als im Bundesvoranschlag 1970. Die Ausgaben für Fernmeldeanlagen steigen um rund 21 Millionen Schilling, jene für sonstige Anlagen um rund 11 Millionen Schilling.

Für das Kapitel 79 „Österreichische Bundesbahnen“ werden im Budget 1971 Gesamtausgaben in der Größenordnung von 13.215 Millionen Schilling und Gesamteinnahmen in der Größenordnung von 10.324 Millionen Schilling veranschlagt. Nach Gegenüberstellung der Betriebsausgaben mit den Betriebseinnahmen errechnet sich ein kassamäßiger Betriebsabgang in der Größenordnung von 1,9 Milliarden Schilling, der unter Berücksichtigung der außerordentlichen Gebarung einen kassamäßigen Gesamtabgang von 2,9 Milliarden Schilling ergibt.

Im Rahmen der außerordentlichen Gebarung steht ein um rund 123 Millionen Schilling er-

höhter Betrag für Zwecke der Elektrifizierung des Fahrparks und sonstiger Investitionen zur Verfügung.

Zur Abgeltung der betriebsfremden Lasten werden Pensionszahlungen der Österreichischen Bundesbahnen in der Größenordnung von 1,7 Milliarden Schilling im Budgetkapitel „Pensionen“ der Hoheitsverwaltung verrechnet. Ferner fließen den Österreichischen Bundesbahnen aus dem Titel der Abgeltung der Sozial- und Subventionstarife 350 Millionen Schilling zu, die im Kapitel 65 „Verkehr“ verrechnet werden.

Für alle drei Budgetkapitel der Beratungsgruppe sind im Konjunkturausgleich-Voranschlag Ausgabenbeträge eingesetzt:

Beim Kapitel 65 handelt es sich diesbezüglich um 10 Millionen Schilling für Investitionen beim Bundesamt für Zivilluftfahrt;

beim Kapitel 78 „Post- und Telegraphenanstalt“ um Investitionsmittel in Höhe von 80 Millionen Schilling, insbesondere für Fernmeldeanlagen;

beim Kapitel 79 „Österreichische Bundesbahnen“ um Investitionsmittel in der Größenordnung von 388 Millionen Schilling, die insbesondere bei der Elektrifizierung und im Fahrpark Verwendung finden würden.

In der Debatte über die Beratungsgruppe X ergriffen nach dem Spezialberichterstatte 20 Abgeordnete das Wort. Bundesminister Frühbauer nahm zu den in der Debatte aufgeworfenen Fragen und Problemen Stellung.

Bei der Abstimmung am 24. November 1970 wurden die finanzgesetzlichen Ansätze der Beratungsgruppe X unter Berücksichtigung eines Abänderungsantrages der Abgeordneten Doktor Broesigke und Lanc angenommen.

Ferner wurde die dem Ausschlußbericht beigedruckte Entschließung, die auf einen Antrag der Abgeordneten Glaser, Weikhart und Doktor Broesigke zurückgeht, vom Ausschluß mit Stimmeneinhelligkeit angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den A n t r a g, der Nationalrat wolle beschließen:

1. Dem Kapitel 65: Verkehr mit dem dazugehörigen Konjunkturausgleich-Voranschlag,

dem Kapitel 78: Post- und Telegraphenanstalt mit dem dazugehörigen Konjunkturausgleich-Voranschlag,

dem Kapitel 79: Österreichische Bundesbahnen mit dem dazugehörigen Konjunkturausgleich-Voranschlag

des Bundesvoranschlages für das Jahr 1971 (125 der Beilagen) mit den dem Ausschluß-

Kosteletzky

bericht angeschlossenen Abänderungen wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

2. Die dem Ausschußbericht beige druckte Entschließung wird angenommen.

Ich ersuche, die Debatte über die im Spezialbericht genannten Kapitel zu eröffnen.

Präsident **Probst**: Ich danke für den Bericht.

Wir gehen in die Debatte ein. Als erster hat sich der Herr Abgeordnete Dr. König zum Wort gemeldet. Er hat das Wort.

Abgeordneter DDR. **König** (OVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Österreichischen Bundesbahnen, die der größte Wirtschaftskörper in unserem Budget sind, ziehen begreiflicherweise das kritische Interesse einer breiten Öffentlichkeit auf sich.

Besonders stark — das kann man in den Protokollen feststellen — war diese Kritik in der vergangenen Legislaturperiode.

Und selbst als sich der Fachmann Dr. Weiß als Verkehrsminister der OVP-Regierung bemühte, langgehegte Wünsche der Eisenbahner — wie die Modernisierung des Wagenparks, die Teilabgeltung der Pensionslasten und der Sozialtarife oder die Erarbeitung eines langfristigen Gesamtverkehrskonzeptes — durchzusetzen, konnte er es damals der Opposition nicht recht machen. Es hieß damals: Zuwenig an erhöhten Investitionsmitteln, zu langsam der Ausbau und viel zu viele eingesparte Beamte!

Ich entnahm dem Protokoll, daß der heutige Verkehrsminister damals geradezu liebevoll dem betrieblichen Abgang wieder jene Beträge hinzurechnete, die für die teilweise Abgeltung der betriebsfremden Pensionslasten und der Sozialtarife im Budget ausgeklammert waren, so als wäre es nicht ein langgehegter gemeinsamer Wunsch aller Eisenbahner gewesen, daß diese Entlastung im Sinne einer rationalen Betriebsführung erfolgen sollte.

Wie wurde damals — das ersieht man aus den Protokollen und aus dem Minderheitsbericht — von der Opposition die Errichtung eines eigenen Wirtschaftskörpers Österreichische Bundesbahnen als Scheinlösung bekämpft!

Nunmehr — das stellen wir fest — hat sich offensichtlich die Meinung der sozialistischen Verkehrsexperten geändert. Wie wäre es ansonsten zu erklären, daß in der „Arbeiter-Zeitung“ vom 15. Oktober 1970 — man höre und staune! — gefordert wurde, die Post als eigenen Wirtschaftskörper ähnlich den Österreichischen Bundesbahnen zu gestalten.

Der damalige Abgeordnete Fröhbauer hat seinerzeit sicherlich nicht daran gedacht, daß er so schnell mit dem engen ministeriellen Entscheidungsspielraum konfrontiert würde, der seinen Forderungen, die er als Abgeordneter aufgestellt hat, nun keinen Spielraum läßt.

Ich entnehme dem Protokoll, daß Sie, Herr Minister, auf den Zwischenruf des Abgeordneten Peter: Vielleicht werden Sie Verkehrsminister! gesagt haben: Nein, nein, ganz sicher nicht! Genausowenig wie es stimmt, daß ich 60 Jahre alt bin, genausowenig werde ich Verkehrsminister. Vielleicht in 17 Jahren.

Nun, Herr Minister, sehen Sie, daß dies viel schneller gegangen ist, als Sie damals gedacht haben.

Heute — das stellen wir fest — legen Sie diesem Parlament ein Budget vor, das genauso wenig Ihre Forderungen wie die des Kollegen Ulbrich erfüllen kann, die in der letzten Budgetdebatte aufgestellt wurden. Kollege Ulbrich war ehrlich und hat im Finanz- und Budgetausschuß zugegeben, daß genauso wie bisher auch diesmal für den Oberbau nach seinen Vorstellungen nicht ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt werden konnten. (*Abg. Kern: Heute wird er die Regierung nicht angreifen!*)

Herr Minister! Ich muß Sie fragen: Wo sind in Ihrem Budget die 50prozentigen Zuschüsse für den Ausbau der Anschlußbahnen, die Sie in der vergangenen Legislaturperiode von Minister Weiß gefordert haben? Sie haben damals wörtlich erklärt — ich darf das mit Genehmigung des Herrn Präsidenten aus dem Protokoll zitieren —:

„Wenn man weiß, daß in Deutschland bis zu 50 Prozent der Kosten für die Errichtung der Anschlußbahnen nicht mehr zurückgezahlt werden brauchen, dann kann man sich auch vorstellen, daß die Industrie und daß die Wirtschaft von diesem Anreiz natürlich Gebrauch macht und versucht, ihren Verkehr von der Straße wieder auf die Schiene zu bringen. Bei uns ist es leider noch nicht so weit.“ Ich stelle fest: auch weiterhin nicht! Sie haben weiter gesagt:

„Aber entscheidend, glauben wir, wären auch hier gesetzliche Maßnahmen, für die der Ressortchef zuständig wäre.“

Wann, Herr Minister, so darf ich Sie heute fragen, wurden von Ihnen derartige gesetzliche Maßnahmen, die Sie als dringend notwendig und der Verantwortung des Ressortchefs zugehörig bezeichnet haben, in Angriff genommen?

DDr. König

Sie haben weiter in der Vergangenheit gefordert, daß die Abschreibungssätze für diese Anschlußbahnen wesentlich erhöht werden.

Herr Minister, ich darf Sie fragen: Haben Sie derartige Abschreibungsrichtlinien beim Herrn Finanzminister jetzt, da Sie selbst Minister sind, durchgesetzt? Haben Sie derartiges veranlaßt?

Im vergangenen Jahr, Herr Minister, bezeichneten Sie als Oppositionsabgeordneter die 50prozentige Abgeltung, also die Teilabgeltung der Pensionslasten und der Subventionstarife, als ungenügend. Heute sind das angesichts der gestiegenen Pensionen nur mehr 40 Prozent, denn Sie haben um keinen Groschen mehr im Budget, obwohl das Budget gestiegen ist und selbstverständlich auch die Pensionen gestiegen sind. Die Teilabgeltung im Ausmaß von 50 Prozent, die Ihnen zu gering war, ist jetzt auf 40 Prozent gesunken.

Aber auch für die Besoldungsautomatik, die Erfüllung einer alten Forderung der Fraktion christlicher Gewerkschafter, ist im Budget nicht vorgesorgt. Genausowenig ist für die Abgeltung der Sonn- und Feiertagsarbeit im Budget Vorsorge getroffen worden. Allein das sind 200 Millionen, die hier fehlen.

Ich darf nur hoffen, daß hier gemeinsam ein Weg gefunden wird, daß es nicht bei dem Versprechen bleibt, sondern daß auch auf diesem Gebiet eine Bedeckung gefunden wird.

Ich stelle heute nach all dem, was ich hier an Fragen aufgeworfen habe, fest, daß es offensichtlich doch leichter ist, als Opposition etwas zu fordern, überhaupt dann, wenn man glaubt, noch 17 Jahre Zeit zu haben, bis man es selbst erfüllen muß.

Der Kollege Ulbrich hat im vergangenen Jahr mit Bedauern vermerkt, daß die Bemühungen der OVP-Regierung zur Rationalisierung der Bundesbahnen dazu geführt haben, daß im Zeitraum von 1965 bis 1970 3495 Beamte eingespart wurden. — Das haben Sie damals bedauert!

Ich frage nun Sie, Herr Minister: Wie hoch werden die Abgänge an Personal in den nächsten Jahren sein? Was werden Sie unternehmen, um die im Professorengutachten vorhergesagten Pensionierungen wettzumachen? Werden Sie das durch Fortsetzung der von Minister Weiß eingeleiteten Rationalisierungsmaßnahmen mit dem Ziel machen, zwar weniger, aber dafür besser bezahlte Beamte zu haben, oder glauben Sie, daß das von Ihnen in der vorjährigen Budgetdebatte — wie ich schon sagte — geradezu liebevoll aufgestockte Defizit dadurch stabilisiert werden kann, daß man ohne Rationalisierung und ohne die

damit verbundene Personalreduktion auskommt? Werden Sie im kommenden Jahr — für das das Budget erstellt ist — anders können, als mit einem Plusstundenvoranschlag von 120 Millionen auszukommen, den der Kollege Ulbrich im vergangenen Jahr so heftig kritisiert hat? — Ich glaube es nicht. Und wenn Sie, Herr Minister, ehrlich sind, werden Sie das auch zugeben.

Ich möchte an dieser Stelle allen Bediensteten der Österreichischen Bundesbahnen für ihre Leistungen danken.

Und ich möchte noch etwas hinzufügen: Dank dieser Leistungen, aber auch dank der besonnenen und verantwortungsvollen Haltung Ihres Vorgängers haben Sie, Herr Minister, ein gutes Erbe übernommen. *(Beifall bei der OVP.)*

Ich glaube, daß Sie das auch fairerweise zugegeben haben. Sie haben nämlich bei Ihrem Amtsantritt gesagt, daß Herr Dr. Weiß in Österreich das Tor zu einer europäischen Verkehrspolitik aufgestoßen hat. Sie haben damit indirekt zugegeben, daß der unter Minister Weiß erstellte Professorenbericht über die Österreichischen Bundesbahnen, daß das unter Minister Weiß erstellte Gesamtverkehrskonzept und daß das unter Minister Weiß erarbeitete Bundesbahngesetz Schritte, entscheidende Schritte auf dem Weg zu einer europäischen Verkehrspolitik in Österreich waren.

Herr Minister! Ich möchte daher heute an Sie appellieren, nicht aus Prestigegründen und unbeschadet des Urheberrechtes von diesem Kurs abzuweichen, den Sie selbst anerkannt haben und der auch weiterhin die Basis für die wirtschaftliche Sanierung der Bundesbahnen sein muß. Dies im Interesse der dort Beschäftigten, die auf Grund ihrer Leistungen — ich glaube, da werden Sie mir beipflichten — einen Anspruch darauf haben, nicht als Wohltätigkeitsempfänger der Steuerzahler, sondern als Mitarbeiter eines sehr wesentlichen und nach den Zielsetzungen, wie sie von Minister Weiß erarbeitet wurden, auch zukunftsorientierten Wirtschaftsbetriebes Österreichs dazustehen.

Voraussetzung für das Gelingen dieses Vorhabens kann allerdings nicht allein — wie es in der Vergangenheit geschehen ist — der Ruf nach mehr Mitteln sein. Hier müssen zweifellos neben die quantitativen Aspekte auch qualitative hinzutreten, wie Minister Weiß in der Vergangenheit bemüht war, sie in den Vordergrund zu rücken. Denn der Umstrukturierungsprozeß in der Wirtschaft muß natürlich auch bei den Österreichischen Bundesbahnen Platz greifen und weitergeführt werden.

DDr. König

Neben die innerbetriebliche Rationalisierung zur Bewältigung des Arbeitskräfteproblems muß auch die Bereitschaft zu einer wirtschaftlichen Kooperation mit der Straße hinzutreten.

Die vorurteilslose Überprüfung der Frage defizitärer Nebenbahnen, vor allem auf dem Sektor des Personenverkehrs, im Sinne einer Substitution stark defizitärer, aber regional oder sozial notwendiger Linienführungen durch andere Verkehrsträger wird hier ebenso zu berücksichtigen sein wie die Frage des Ausbaues der für den Massenverkehr so wichtigen Anschlußbahnen, aber auch die Frage der Kooperation mit den privaten Spediteuren im Container- und Huckepackverkehr und letzten Endes im Knotenpunktverkehr. Ich glaube, daß dies die notwendige Ergänzung für die innerbetrieblichen Rationalisierungsmaßnahmen bilden muß.

Das Gesamtverkehrskonzept der ÖVP-Bundesregierung bildet hier zweifellos — Sie haben es ja selbst anerkannt — einen geeigneten Rahmen. Es sollte im Interesse aller mittelbar und unmittelbar am Verkehr Interessierten, aber letztlich auch im Interesse der Steuerzahler, die für Fehlplanungen die Zeche zahlen müssen, zügig weiter durchgeführt werden.

Herr Minister! Wenn Sie das durchführen, dann werden Sie dabei auch unsere Unterstützung finden, auch dann, wenn es Ihnen — wie dieses Budget zeigt — ebensowenig wie Ihrem Vorgänger möglich ist, den finanziellen Wünschen, die Sie als Oppositionsvertreter seinerzeit geäußert haben, auch nur annähernd gerecht zu werden.

Ich glaube, daß man an diesem Beispiel — wie selten an einem anderen — erkennen kann, daß das Schlagwort vom schlechten Erbe keinen Wahrheitsgehalt hat. Weiters glaube ich, daß man hier von der früheren Opposition keinen besseren und glaubwürdigeren Zeugen anführen kann als den jetzigen Verkehrsminister, der das sehr eindrucksvoll bestätigt hat, und keinen besseren Zeugen als die „Arbeiter-Zeitung“, die mit Ihrem Konzept für die Post genau jenen Weg bestätigte, den man von der Opposition her jahrelang abgelehnt hat.

Wenn Sie das fairerweise eingestehen, wenn Sie bereit sind, auf diesem Wege weiterzugehen, dann werden Sie — auch wenn Sie jetzt genauso mit Wasser kochen müssen — unsere Zustimmung und unsere Unterstützung finden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Windsteig. Er hat das Wort.

Abgeordneter **Windsteig** (SPO): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! In früheren Jahren war das Budgetkapitel Österreichische Bundesbahnen immer ein heißer Zankapfel in diesem Haus. *(Abg. Dr. Mussil: Sie haben gezankt, wir nie!)* Es hat immer so ausgesehen, als ob die sozialistischen Verkehrsminister nicht wirtschaften könnten; ja die Eisenbahner haben es immer wieder so empfunden, als ob sie diejenigen wären, die diesen Betrieb schlecht führen.

Wenn mein Vorredner, der Herr Abgeordnete Dr. König, von dem guten Erbe sprach, das der Herr Minister Frühbauer angeblich übernommen hat, dann glaube ich nicht ganz daran. *(Abg. Machunz: Das stimmt auch! — Abg. Dr. König: Er selber hat davon gesprochen! — Abg. Dr. Mussil: Der Herr Minister hat es selbst gesagt!)* Etwas Gutes haben wir schon übernommen: Mit dem Amtsantritt des Herrn Ministers Dr. Weiß als Vertreter der Österreichischen Volkspartei wurde mit den heftigen Angriffen auf die sogenannte Defizitwirtschaft der Österreichischen Bundesbahnen und — wir haben es so empfunden — mit den Angriffen auf die Eisenbahner aufgehört. *(Abg. Machunz: Die Eisenbahner haben wir nie angegriffen! — Abg. Wodica: Aber wo! — Abg. Dr. Mussil: Die Verwaltungsspitze der Eisenbahner haben wir angegriffen!)*

Unter Bundesminister Dr. Weiß wurde dann das Bundesbahngesetz beschlossen. Damit wurde endlich den lange vorher immer wieder vorgebrachten Wünschen der Eisenbahnergewerkschaft und der höheren Organe der Bundesbahnen Rechnung getragen, die immer wieder gefordert haben, daß die betriebsfremden Lasten abgegolten werden müßten.

Meine Damen und Herren! Dem Hohen Hause sei zugute gehalten, daß das Gesetz endlich beschlossen wurde. *(Abg. Glaser: Gegen eure Stimmen! — Heiterkeit.)* So kam es endlich dazu, daß im Budget 1971 1700 Millionen Schilling für Pensionslasten und 350 Millionen Schilling für Sozial- und Subventionstarife den Österreichischen Bundesbahnen abgegolten werden. *(Abg. Machunz: Kollege Ulbrich, was ist jetzt richtig?)*

So erfreulich diese Tatsache ist, wollen wir uns aber doch nicht darüber hinwegtäuschen lassen *(Abg. Glaser: ... daß die SPO nicht mitgestimmt hat!)*, daß in früheren Jahren für die Österreichischen Bundesbahnen eigentlich viel versäumt wurde.

Nach 1945 haben die Österreichischen Bundesbahnen ein trauriges Erbe übernommen,

Windsteig

so wie die ganze übrige österreichische Wirtschaft. Wir mußten aus einem Trümmerfeld den Betrieb wiederaufbauen. Es war mit Hilfe der Eisenbahner Gott sei Dank möglich, dies auch zu tun. Leider Gottes waren die Investitionsmittel, die hier zur Verfügung gestellt wurden, immer wieder viel zuwenig, um den Anschluß bei der notwendigen Erhaltung der Anlagen zu finden und die Investitionen zu tätigen, um den Betrieb so auszubauen, daß auch der Anschluß an die Verkehrslage anderer Eisenbahnverwaltungen gefunden werden konnte.

In den letzten fünf Jahren war die Investitionsquote rund 1688 Millionen Schilling. Hier ist man annähernd an jenen Betrag herangekommen, der für die Österreichischen Bundesbahnen notwendig beziehungsweise erstrebenswert erschien, um den Investitionskonzepten gerecht zu werden. Für das Jahr 1971 stehen nunmehr 2093 Millionen Schilling für Investitionstätigkeit zur Verfügung. Wir stellen fest, daß das um rund 373 Millionen Schilling mehr sind als im Vorjahr. Dazu kommt noch für den Fall, daß er zur Anwendung kommen sollte, im Konjunkturausgleich-Voranschlag ein Betrag von 388 Millionen Schilling.

Aber die Österreichischen Bundesbahnen haben auch heute noch einen sehr großen Nachholbedarf. Ich frage mich, ob es möglich sein wird, all den Erfordernissen gerecht zu werden, die in nächster Zeit heranstehen.

Von der Verkehrsministerkonferenz haben wir gehört, daß bis 1979 die automatische Kupplung eingeführt werden soll. Dazu muß notwendigerweise der ganze Vershubdienst bei den Österreichischen Bundesbahnen umgestellt werden. Man denkt bereits daran und ist bereits dabei, den Bau von Großverschiebebahnhöfen zu planen, wie im Falle Wolfurt und im Falle des Großverschiebebahnhofes Wien.

Im Zusammenhang damit ist es aber auch erforderlich, die notwendigen Investitionen zu leisten, um die automatische Kupplung und die Großverschiebebahnhöfe entsprechend einsetzen zu können. Dazu ist insbesondere die elektronische Steuerung der Anlagen notwendig.

Wir hören, daß wir derzeit noch 52 Prozent aller Weichen hand- beziehungsweise ortsbedient haben. Von den restlichen 48 Prozent fernbedienter Weichen sind nur 6 Prozent in modernen Drucktastenstellwerken eingebaut. Wenn wir dann noch daran denken, daß es notwendig ist, im Zuge des derzeitigen Verkehrsvolumens und des Verkehrsaufkommens

die Eisenbahnkreuzungen wegzubringen, wo das nur möglich ist, dann frage ich mich wirklich, ob uns dies in nächster Zeit überhaupt gelingen kann und ob wir die dafür erforderlichen Mittel auch tatsächlich bekommen können. *(Abg. Machunze: Herr Kollege! Sie halten ja eine Oppositionsrede!)*

Meine Damen und Herren! Es ist eine unbedingte Notwendigkeit, die Österreichischen Bundesbahnen mit noch mehr Mitteln auszustatten, um diesen Aufgaben gerecht zu werden. *(Abg. Machunze: Wir sind dafür! — Abg. Dr. Mussil: Bis eine ÖVP-Regierung wieder am Ruder ist!)* Insbesondere dann, wenn wir betrachten, welchen Personalmangel wir bereits heute haben. Ich sage Ihnen, daß wir beispielsweise im Vershubdienst des Wiener Raumes allein 10 bis 20 Prozent unterdeckt arbeiten müssen, daß wir im Bereiche der Bundesbahndirektion Wien insgesamt um 67 Fahrdienstleiter, 393 Zugbegleiter und 1231 im sonstigen Bahnhofsdienst Tätige zuwenig haben. *(Abg. Dr. Mussil: Wer ist verantwortlich? Wer ist schuld?)* Sie brauchen keine Sorge zu haben. Das ist nicht die Schuld des jetzigen Verkehrsministers, sondern das liegt an der Entwicklung, die vorher von Ihnen, meine Damen und Herren, mitbestimmt worden ist.

Nun zu einem anderen Thema *(Abg. Doktor Mussil: Nur nicht über die Nebenbahnen!)* — ich komme noch dazu, Herr Abgeordneter Mussil —, und zwar aus einem ganz bestimmten Grund.

Als ich am 1. März in dieses Hohe Haus gewählt wurde, war es keineswegs meine Absicht, nun kopfüber wie ein Turmspringer in die hohe Politik einzusteigen, sondern ich fühlte mich mehr als der Vertreter der Menschen und des Gebietes, aus dem ich komme, verpflichtet, für diese Menschen zu sprechen. Wenn Sie auch sagen, ich soll nicht hierhin *(zur ÖVP)* sprechen, sondern gegen den Verkehrsminister — ich zeige die Probleme auf. Ob Sie nun glauben, daß das eine Oppositionsrede ist — ich kann Ihnen nicht sagen, meine Damen und Herren, Sie sollen anders denken. *(Abg. Machunze: Wir freuen uns über die oppositionelle Rede eines sozialistischen Abgeordneten!)* Aber das ist nicht oppositionell; ich sage Ihnen, daß ich die Probleme aufzeige, wie ich sie sehe.

Ich muß feststellen, daß wir uns im nördlichen Niederösterreich im allgemeinen etwas benachteiligt fühlen, weil für uns bisher zu wenig geschehen ist. Das ist nicht nur jetzt so, sondern das stammt von langer Zeit her. *(Abg. Dr. Mussil: Da haben Sie recht!)* Ich glaube im Gegenteil, daß es jetzt besser

Windsteig

wird. (*Abg. Graf: Nur wenn Sie seine Nebenbahnen nicht einstellen wollen!*) Seine? (*Abg. Graf: Ja!*) Das ist gut, das höre ich heute zum erstenmal.

Meine Damen und Herren! Es geht mir darum, ein Problem aufzuzeigen, das manchmal vielleicht doch übersehen wird oder als ein kleineres Problem beiseite gestellt wird.

Wir haben sicherlich die Verpflichtung, den Anschluß an den übrigen Verkehr, an die übrigen Eisenbahnverwaltungen zu finden. Ich begrüße vollkommen und uneingeschränkt alle Bemühungen, die die Österreichischen Bundesbahnen diesbezüglich unternehmen. Ich begrüße auch vollinhaltlich den Umstand, daß wir auf Grund von Großballungsräumen dort entsprechende Verkehrsbeziehungen schaffen müssen.

Ich möchte aber doch zu bedenken geben, wir sollten nicht vergessen, daß wir auch in den Randbereichen Menschen haben, die am Leben in unserem Lande teilhaben wollen. Ich muß hier insbesondere für die Pendler ein Wort sprechen, die — das sage ich hier offen — vielleicht die ärmsten Arbeitnehmer überhaupt sind. Sie könnten beobachten, wie manche dieser Leute um 4 Uhr früh aufstehen müssen, um zeitgerecht zur Arbeit zu kommen. Andererseits kommen sie um 20 Uhr oder noch später nach Hause. Ich glaube, daß man für diese Leute etwas tun muß. Ich darf hier deponieren ... (*Abg. Machunze: Wer ist schuld, daß nichts geschieht? — Die ÖVP!*) Das haben Sie jetzt gesagt, Herr Abgeordneter Machunze, ich wollte davon wirklich nicht sprechen. (*Abg. Machunze: Ich sage Ihnen, die ÖVP ist schuld am Pendlerproblem!*) Das sagen Sie, aber doch nicht ich. Ich habe das keineswegs gesagt. Das ist eine Sache der Entwicklung.

Ich möchte dafür eintreten, daß von allen Seiten her etwas getan wird, daß man diesen Leuten in irgendeiner Form entgegenkommt, zum Beispiel durch Bereitstellung von besseren Fahrbetriebsmitteln, statt die ältesten Waggons dort einzusetzen, wie das geschehen ist. (*Abg. Dr. Mussil: Manche Pendler pendeln sehr gern hin und her ...!*) Herr Abgeordneter Mussil! Ich kenne das Problem selbst. Ich selbst fahre sehr lange beruflich. Ich weiß, wie hart die Dinge liegen.

Ich kenne aber auch — da haben Sie vollkommen recht — die Treue, möchte ich sagen, dieser Menschen zu ihrem Heimatort. Diese Menschen sind nicht ohne weiteres bereit, wegzuziehen. (*Abg. Dr. Mussil: Richtig!*) Es ist leider Gottes so, daß wir gerade in den nördlichen Bereichen unseres Landes viel

zu viele junge Leute haben, die infolge dieser Umstände abwandern.

Das zweite Problem, das ich anschneiden möchte, ist das von Ihnen schon erwähnte Problem der Nebenbahnen. (*Abg. Dr. Mussil: Vorsicht! Da bin ich wirklich ängstlich!*) Sie brauchen keine Angst zu haben, Herr Abgeordneter Mussil, das ist wirklich nicht notwendig.

Als in den Jahren 1964 und dann 1965 von Prüfungen der Nebenbahnen die Rede war, ging eine Besorgnis durch die Reihen vor allem der Gemeindevertreter, insbesondere der Interessenvertretungen, vor allen Dingen der landwirtschaftlichen Interessenvertretungen, die an den Nebenbahnen mit hohen Investitionen Lagerhäuser errichtet haben. Alle diese sind nun aufgestanden und haben dagegen ... (*Abg. Dr. Mussil: Ich habe mich auf die Schienen gelegt, damit sie nicht weggeräumt werden!*) So war das auch wieder nicht. (*Weitere Zwischenrufe.*)

Präsident **Probst** (*das Glockenzeichen gebend*): Das war sicher in einem anderen Wahlkreis.

Ich bitte, den Redner nicht zu unterbrechen.

Abgeordneter **Windsteig** (*fortsetzend*): Da waren wir alle zusammen, Herr Abgeordneter Mussil. Meine Damen und Herren! Damals sind wirklich alle Interessenvertretungen aufgestanden und haben zu bedenken gegeben, daß es doch nicht ohne weiteres möglich sein kann, diese Nebenbahnen jetzt sofort einzustellen.

Die Situation hat sich in der Zwischenzeit wesentlich gewandelt. Wir waren als Interessenvertreter, als Gemeindevertreter beim damaligen Verkehrsminister Weiß und haben eingehaltene Antworten bekommen. Und nun hat endlich der derzeitige Verkehrsminister eine Antwort gegeben, die wir sehr bemerkenswert finden, und zwar in der Form, daß er sagte: Er werde, wenn die Prüfungen über die Nebenbahnen abgeschlossen sind, diese Prüfungsergebnisse dem Hohen Hause vorlegen, und das Hohe Haus werde darüber zu entscheiden haben, ob diese oder jene Bahnstrecke auf Grund der Überprüfungsergebnisse eingestellt werden soll, beziehungsweise umgekehrt, ob die eine oder andere Bahnlinie entgegen den Bestimmungen des Bundesbahngesetzes, das ja die Wirtschaftlichkeit der Nebenbahnlinie fordert, aus irgendwelchen Gründen weiterhin aufrechterhalten werden soll.

Das ist es letzten Endes, was ich hier anbringen wollte, nämlich einen Appell an alle Damen und Herren dieses Hauses: Achten wir

Windsteig

darauf, wenn diese Frage an uns hergetragen wird, wenn wir darüber zur Entscheidung aufgerufen werden, daß das Angebot an Verkehrsleistungen, ob nun Bahnlinie oder nicht Bahnlinie, in keiner Weise geschmälert wird! Achten wir darauf, daß durch die eventuell notwendig werdenden Maßnahmen für die Bevölkerung und die Wirtschaft der betroffenen Gebiete keinerlei Nachteile entstehen! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Neumann.

Abgeordneter **Neumann** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Als erstes möchte ich im Kapitel Verkehr ein lokales Anliegen der Steiermark beim Verkehrsminister anbringen: Es ist das die unbedingt notwendige Elektrifizierung der Bahnstrecke Graz—Spielfeld.

Als zweites komme ich trotz der abendlichen Stunde nicht darüber hinweg, mich im Verkehrskapitel mit einem Thema zu beschäftigen, das momentan und schon einige Zeit immer größere Kreise der Bevölkerung bewegt, ein Thema, das in verschiedenen Ländern, so auch in der deutschen Bundesrepublik, bereits einer Lösung zugeführt wurde, ein Thema, das bei uns in Österreich jedoch einen anscheinend zuwenig interessiert und bewegt: den zuständigen Verkehrsminister Frühbauer. Mit diesem Thema meine ich die Telefonsituation im ländlichen Raum.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Dipl.-Ing. Dr. Ludwig Weiß, der Vorgänger des gegenwärtigen Verkehrsministers, hat auf einen Entschließungsantrag der Österreichischen Volkspartei zum Budget 1970 zu dieser Frage geantwortet, daß er dieses Problem kenne, daß es eine Kostenfrage sei, daß er sich dessen bewußt sei, daß etwas getan werden müsse, und daß der nächste Schwerpunkt seines Ressorts der Telefonausbau im ländlichen Raum zu tragbaren Bedingungen sein werde.

Er hat gemeinsam in Zusammenarbeit mit der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs Modellgemeinschaften zur genauen Kostenermittlung in Auftrag gegeben. Diese Modellgemeinschaften wurden auch sofort gebildet, und zwar eine in Niederösterreich und die andere in Oberösterreich. Sofort wurden auch von den dortigen Postgebietsbauleitungen in Zusammenarbeit mit der Generalpostdirektion Kostenvoranschläge für diese Modellgemeinschaften erstellt.

Bereits im September des heurigen Jahres — ich sage das absichtlich, und dem kommt eine große Bedeutung zu — wurde der Kosten-

voranschlag für die Modellgemeinschaft Krumbach in Niederösterreich von der Generalpostdirektion dem dortigen Obmann ausgehändigt. Und trotzdem, verehrte Damen und Herren, erklärte der Herr Verkehrsminister Frühbauer noch im Finanz- und Budgetausschuß am 11. November des heurigen Jahres, daß das Ergebnis dieser Modellgemeinschaften abzuwarten sei und daß er, solange dieses Ergebnis nicht vorliegt, eben auch nicht finanziell für dieses Problem vorsorgen könne, schon gar nicht vorsorgen könne im Budget 1971.

Dies erklärte der Herr Verkehrsminister, obwohl die Kostenergebnisse dieser Modellgemeinschaft Krumbach in Niederösterreich, wie gesagt, bereits seit September 1970 bekannt sind und vorliegen.

Auf andere Anfragen, die wir im Laufe des heurigen Jahres immer wieder in dieser Angelegenheit an den Herrn Verkehrsminister gestellt haben, führte er auch wirtschaftliche und finanzielle Argumente an, die einer Beschleunigung des Telefonausbaues im ländlichen Raum angeblich entgegenstehen.

Meine Damen und Herren! Darf ich in aller Form hier feststellen, daß alle drei dieser Argumente nicht stichhältig sind, sondern eigentlich nur eine Ausrede darstellen, dieses so wichtige Problem für die gesamte ländliche Bevölkerung, gleich welchen Berufsstandes, weiter hinauszuzögern. Ich möchte mich deshalb in meinem heutigen Diskussionsbeitrag mit diesen drei Ministerargumenten beschäftigen.

Erstens: Modellgemeinschaften. Ich habe gesagt, daß das Kostenergebnis bereits seit September des heurigen Jahres vorliegt. Aber nachdem sich der Herr Verkehrsminister auch noch im Finanz- und Budgetausschuß bei seinen unbefriedigenden Antworten auf diese Modellgemeinschaften berufen hat, habe ich mir die Entwicklung und überhaupt den Stand dieser Modellgemeinschaft, und zwar von Krumbach in Niederösterreich, vor kurzem persönlich angeschaut.

Herr Verkehrsminister! Darf ich es Ihnen sagen, wenn Sie es nicht wissen sollten, und zwar auch im Namen der dortigen Interessenten: Sie sollen auf das Ergebnis dieser Modellgemeinschaften und überhaupt auf diese Modellgemeinschaften nicht mehr warten, weil hier einfach nicht mehr abzuwarten ist. Ja im Gegenteil, es ist genau umgekehrt. Seit die Planung dieses Projektes und die genaue Kostenermittlung des Projektes Krumbach abgeschlossen ist, warten die dortigen Interessenten, wartet die Bevölkerung des ländlichen Raumes, gleich welchen Berufsstandes,

Neumann

auf Sie, Herr Verkehrsminister. Sie wartet darauf, daß Sie etwas tun, damit diese Telephonanschlüsse zu finanziell tragbaren Bedingungen — und nur um das geht es — getätigt werden können. Die Kostenberechnung des Projektes Krumbach hat nämlich gezeigt, daß die Durchführung dieses Projektes und überhaupt in weiterer Folge der weitere Telefonausbau im ländlichen Raum ohne entsprechende finanzielle Mithilfe des hiefür zuständigen Bundes einfach unmöglich ist.

Ich möchte hier nur zwei Beispiele herausgreifen, die das beweisen. Der Landwirt Franz Holzbauer in Krumbach 106 hätte demnach einen Interessentenbeitrag von 44.800 S zu leisten. Der Maurer Hermann Ostermann, Vater von zwei Kindern, wohnhaft in Krumbach-Markt 100, hätte 9400 S zu leisten.

Eine Reihe solcher Beispiele hätte ich aber auch aus meinem Wahlkreis, aus der Weststeiermark, zur Hand, wo Telephonanschlüsse für den einzelnen 10.000, 20.000, 30.000, ja bis zu 50.000 S kosten würden.

Bei dieser finanziellen Belastung — ich glaube das wissen auch Sie, Herr Verkehrsminister — ist die Verwirklichung dieser Modellgemeinschaften und eben der weitere Ausbau des Telephonnetzes im ländlichen Raum wohl unmöglich. Es scheint aber fast so zu sein, daß das die Absicht des Herrn Verkehrsministers ist, denn solange diese Modellgemeinschaften nicht verwirklicht sind — das hat der Herr Verkehrsminister wiederholt auf unsere Anfragen erklärt —, habe er nicht die Absicht, für den forcierten Telefonausbau im ländlichen Raum zu tragbaren Bedingungen etwas zu tun.

Diese Modellgemeinschaften sind also, wie ich das nun wohl reichlich bewiesen habe, kein Argument, Herr Verkehrsminister, um dieses wichtige Strukturanliegen des ländlichen Raumes vieler Provinzstädte weiter hinauszuzögern.

Als Zweites. Es ist geradezu provozierend, daß der Herr Verkehrsminister ein wirtschaftliches Argument angeführt hat, das angeblich der weiteren Forcierung des Telefonausbau im ländlichen Raum entgegenstehen würde. Er erklärte in der schriftlichen Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage des Abgeordneten Dr. Kranzlmayr vom 27. Juli 1970, daß die Forcierung des Telefonausbau im ländlichen Raum zu finanziell tragbaren Bedingungen mit der von der Öffentlichkeit — wie er sich ausdrückt — erhobenen Forderung nach wirtschaftlicher Betriebsführung der Post- und Telegraphenverwaltung in Einklang zu bringen ist.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Das nächste ländliche Anliegen, das dem geprägten Begriff von der Unwirtschaftlichkeit zum Opfer fallen soll, ist nach dem Milchkrisengroschen, der im heurigen Sommer von dieser Regierung erhöht wurde und der die ländliche Bevölkerung schwerstens trifft, der forcierte Telefonausbau im ländlichen Raum.

Meine konkrete Frage an den Herrn Verkehrsminister: Auf welche Untersuchungsergebnisse, Erfahrungswerte, stützen Sie sich, wenn Sie beim forcierten Telefonausbau im ländlichen Raum wirtschaftliche Argumente in die Waagschale werfen? Noch konkreter, Herr Minister: Wie viele von den in der letzten Zeit getätigten Telephonanschlüssen im ländlichen Raum waren unwirtschaftlich? Können Sie uns konkrete Ziffern über diesbezügliche Defizite nennen?

Solange Sie, Herr Minister, das nicht können, ist Ihr Argument von der Wirtschaftlichkeit unglaublich, ist dieses Argument ein Ersatz, eine Ausrede für den tatsächlichen Grund der Ablehnung, nämlich daß diese Regierung für den ländlichen Raum, wie eben der Milchkrisengroschen und andere Dinge, wie die Dieselpreiserhöhung bewiesen haben, nichts tun will, weil sie diesem Raum und seinen Problemen konzeptlos, beziehungslos und uninteressiert gegenübersteht.

Ich möchte nämlich behaupten — und ich stütze mich dabei auf konkrete Beispiele, eine Reihe von solchen Beispielen könnte ich anführen —: Der forcierte Telefonausbau im ländlichen Raum ist nicht nur nicht unwirtschaftlich, sondern es gibt in Österreich heute kaum Investitionen, die sich so schnell verzinsen, die sich so schnell amortisieren wie eben der weitere Telefonausbau. Hier, im weiteren, forcierten Telefonausbau liegt eine der Chancen, die ungünstigen Budgetprognosen der nächsten Jahre nicht nur nicht zu verschlechtern, sondern die Budgetstruktur grundlegend an ihren Wurzeln zu verbessern.

Als zweites muß gesagt werden: Wenn man den Telephonanschluß im ländlichen Raum als unwirtschaftlich bezeichnet, dann bezeichnet man den gesamten ländlichen Raum als unwirtschaftlich. Dann vergißt diese Regierung aber, daß dieser ländliche Raum der Träger jenes heimischen Bauerntums ist, das noch immer oder gerade heute der sicherste, der verlässlichste und auch der billigste Lieferant und damit Garant für die heimische Ernährung ist.

Und weiters vergißt man, daß auf diesem ländlichen Raum mit seiner durch bäuerliche Hände gepflegten Kulturlandschaft ein wich-

Neumann

tiger, wenn nicht überhaupt der wichtigste Einnahmezweig unserer österreichischen Volkswirtschaft aufbaut, nämlich der Fremdenverkehr; der Fremdenverkehr, der im Jahre 1970 bekanntlich nicht weniger als 25 Milliarden Schilling an Devisen brachte. Und diesen ländlichen Raum, den unter anderen auch Hunderttausende Arbeitnehmer mit ihren Familien zu ihrer Heimat wählten, in dem sich immer mehr Industriebetriebe ansiedeln, diesen ländlichen Raum an die modernen technischen Errungenschaften, wie das Telephonnetz es darstellt, anzuschließen, das soll unwirtschaftlich sein?

Das gleiche und all das Gesagte gilt auch für die Tatsache, daß noch auf einem zweiten Gebiet, von einer zweiten Dienstleistung weite Gebiete des ländlichen Raumes ausgeschlossen sind, und zwar von der Postzustellung. Ich möchte also feststellen, wenn man hier ins Treffen führt, daß dem weiteren forcierten Telephonausbau angeblich wirtschaftliche Argumente entgegenstehen, dann denkt man selbst nicht wirtschaftlich.

Ich möchte weiter feststellen, daß auch das zweite Ministerargument von der Wirtschaftlichkeit kein Argument ist, den so wichtigen Ausbau des Telephonnetzes im ländlichen Raum weiter hinauszuzögern.

Der Herr Verkehrsminister führt in seiner schriftlichen Beantwortung vom 27. Juli als Drittes für die Hinauszögerung des Telephonausbaues im ländlichen Raum finanzielle Argumente an. Er erklärte wortwörtlich: Der weitere fernmeldetechnische Ausbau ländlicher Gebiete kann nur in jenem Rahmen erfolgen, inwieweit es die bei normalen, nach dem Fernsprechbetriebs-Investitionsgesetz erfolgten Telephonbauten übriggebliebenen finanziellen Mittel zulassen.

Wenn also als Drittes ein finanzielles Argument angeführt wurde, so muß ich zunächst sagen, daß sich die Telephonautomatisierung, wie der Herr Minister selbst bei der Verkehrstagung erklärt hat, derart in einer Endphase befindet, daß bei gutem Willen ohne weiteres schon jetzt mit der Forcierung des Telephonausbaues im ländlichen Raum begonnen werden könnte.

Zweitens muß ich fragen: Hat man sich in dieser Regierung überhaupt nicht angestrengt? Hat man überhaupt nicht darüber nachgedacht, nach neuen finanziellen Mitteln, nach neuen Wegen zu suchen, etwa nach dem Muster des Fernsprechbetriebs-Investitionsgesetzes oder des Elektrizitätsförderungsgesetzes?

Auch von Mansholt, dessen Name hier auch schon öfter gefallen ist, könnte man sich in

dem Zusammenhang einiges abpausen. Ja man muß sich hier fragen: Ist da unserem sozialistischen Landwirtschaftsminister Weihs noch nichts eingefallen? Hat der Herr Landwirtschaftsminister Weihs dem Herrn Verkehrsminister Fröhbauer noch nichts gesagt von den Mansholt-Initiativen, oder kennt er sie vielleicht persönlich gar nicht? Wir wissen nämlich, daß Mansholt, der — um das nebenbei zu bemerken — der Sozialdemokratischen Partei angehört, in der Förderung der überbetrieblichen Zusammenarbeit in der Landwirtschaft, die nur durch einen Telephonanschluß möglich ist, schlechthin mit einer Lösung des gegenwärtigen Agrarproblems sieht. Die EWG und ihre einzelnen Mitgliedstaaten wenden namhafte Mittel für diese Zwecke auf.

Meine Damen und Herren! Bei ihrer Teuerungs- und Inflationspolitik redet sich diese Regierung immer wieder sehr gerne auf das Ausland aus. Ich würde vorschlagen, daß man auch in der Frage des Telephonausbaues im ländlichen Raum einen Blick über die Grenzen dieses Landes hinaus macht, etwa einen Blick in die deutsche Bundesrepublik. Man wird dabei sehen, daß in der deutschen Bundesrepublik das Problem „Telephon im ländlichen Raum“ so gelöst wurde, daß es dort eine einheitliche Telephonanschlußgebühr gibt, die je Anschluß 90 D-Mark beträgt. Auch in Schweden gibt es ein solches Beispiel: Dort kostet der Telephonanschluß einheitlich 150 Kronen. Auch dort gibt es bereits eine einheitliche Telephonanschlußgebühr.

In Österreich würden die Anschlußkosten, wie die Modellgemeinschaft dies bereits aufzeigte, bis zu 44.000 S betragen.

Diese Art der Finanzierung in der Bundesrepublik ist wohl auch die Ursache dafür, daß in der Bundesrepublik bereits auf jeden fünften Haushalt des ländlichen Raumes ein Telephon kommt. Bei uns in Österreich ist das erst bei jedem zwölften Haushalt der Fall.

Aus allen diesen Gründen, Hohes Haus, erlaube ich mir, im Namen meiner Fraktion einen Entschliessungsantrag einzubringen, der folgenden Wortlaut hat:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, der ständig schwieriger werdenden Versorgung ländlicher Gebiete mit den notwendigsten Dienstleistungen entgegenzuwirken und deshalb unter tragbaren finanziellen Bedingungen einen raschen Anschluß an das öffentliche Telephonnetz zu ermöglichen.

Neumann

Hohes Haus! Die gegenwärtige Regierung und ihr Verkehrsminister hat also keine Ursache — und das möchte ich zusammenfassend sagen —, sich in ihrer ablehnenden Haltung gegenüber der Forcierung des Telephonausbau im ländlichen Raum auf wirtschaftliche und finanzielle Argumente und auf die laufenden Modellgemeinschaften auszuweichen. Diese drei Argumente — das konnte ich wohl deutlich beweisen — sind nicht stichhältig.

Die Regierung soll auch hier nicht weiter untätig zuschauen, wie wir das auf vielen anderen Gebieten von ihr gewohnt sind, sondern sie soll sich etwas einfallen lassen. Die Regierung soll regieren, und wenn sie das nicht kann oder will, dann ist nicht der Telefonausbau im ländlichen Raum, sondern die Regierung selber unwirtschaftlich, unrentabel und zu teuer für alle Österreicher. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Dieser Entschließungsantrag, den der Herr Abgeordnete Neumann soeben vorgelegt hat, ist genügend unterstützt und steht damit auch zur Debatte.

Als nächster Redner gelangt der Herr Abgeordnete Neuhauser zum Wort.

Abgeordneter **Neuhauser** (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Oder besser gesagt: Fast leeres Haus! Meine Damen und Herren! *(Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Du kannst nicht erwarten, daß deinetwegen alle dableiben! — Heiterkeit.)* Das habe ich auch nicht erwartet! Kollege Zittmayr, von Ihnen habe ich es ja überhaupt nicht erwartet, daß Sie im Saal sind. *(Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Ich bin halt ein guter Oberösterreicher!)*

Meine Damen und Herren! Bevor ich auf das Kapitel 78, Post- und Telegraphenanstalt, kurz eingehe, möchte ich doch einige Ausführungen des Herrn Abgeordneten DDr. König widerlegen. Herr Abgeordneter DDr. König hat festgestellt, daß der jetzige Minister 1970 eine gute Hinterlassenschaft, ein gutes Erbe übernommen hat.

Nun, wir wollen sagen, daß dieses Erbe vielleicht nicht so schlecht war wie in anderen Ministerien, weil ja die Österreichische Volkspartei nur vier Jahre Zeit gehabt hat, in ein Ministerium, das von 1945 bis 1966 von Sozialisten vorbildlich geleitet wurde, eine Unordnung hineinzubringen. Das möchten wir einmal ganz klipp und klar festhalten. *(Beifall bei der SPO.)*

Meine Damen und Herren! Ich darf mich beim Kapitel 78 kurz fassen, obwohl mich ein Kollege, der nach mir sprechen wird, ersucht hat, länger zu sprechen. Ich weiß auch, warum: Damit die Zeit ausgefüllt wird und er dann

morgen um 9 Uhr beginnen kann, wenn das Haus wieder voller ist.

Meine Damen und Herren! Beim Kapitel 78 ist eines der dringendsten Probleme wohl das Personalproblem, und damit möchte ich beginnen. Es muß hier sehr deutlich aufgezeigt werden, daß schon in Zeiten der Koalition seitens der Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung, aber auch seitens der zuständigen Ressortminister immer darauf aufmerksam gemacht wurde, daß die Agenden im Post-, Telegraphen- und Fernsprechdienst sowie im Postautodienst eine alljährliche Steigerung des Arbeitsanfalles aufweisen, daß aber dem nie Rechnung getragen und nie das notwendige Personal beigelegt wurde. Diese Vorschläge der Generaldirektion wie auch der Minister wurden seitens des Bundeskanzleramtes und seitens des Finanzministeriums bei der Erstellung des Dienstpostenplanes nie berücksichtigt.

Besonders kraß wurde dieser Engpaß beim Personal der Post- und Telegraphenverwaltung in den Jahren der Alleinherrschaft der Österreichischen Volkspartei von 1966 bis 1970. Für das Jahr 1970 hat der zuständige Ressortminister Weiß, der Vorgänger des heutigen Ministers, keinerlei Vorsorge getroffen, daß die mit 5. Jänner 1970 wirksam werdende 43-Stunden-Woche auch im Dienstpostenplan ihre Berücksichtigung gefunden hätte. *(Abg. Glaser: Das ist ja nicht wahr! Sie wissen genauso gut wie ich, daß im März 1970 eine sehr wesentliche Erhöhung vorgenommen wurde!)* Herr Kollege! Der Dienstpostenplan wird doch nicht im März beschlossen, sondern der Dienstpostenplan wird mit dem Budget beschlossen, glaube ich, nicht wahr? — Na eben. *(Abg. Glaser: Auf diese Bemerkung werde ich morgen zurückkommen!)*

Erstmals sind jetzt für 1971 ... *(Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Sekkiere ihn nicht!)* Was ist los mit dem Dr. Zittmayr? *(Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Ich habe gesagt, er soll dich nicht sekkieren!)* Wir sind jetzt nicht bei den Molkereien, sondern wir sind jetzt beim Verkehr! *(Abg. Ofenböck: Der Hinweis war notwendig, sonst hätten wir es nicht gewußt, sonst wären wir nicht daraufgekommen!)* Wir sind leider auch nicht beim Sport, sonst würden wir zwei jetzt in den Clinch gehen.

Diese zusätzlichen Dienstposten, meine Damen und Herren, sind sicherlich nur ein Teil dessen, was notwendig sein wird. Auch bei den künftigen Dienstpostenplanerstellungen der nächsten Jahre ist darauf Bedacht zu nehmen, daß dieser Rückstand an Personal aufgeholt werden kann.

Neuhauser

Ich möchte auch ganz kurz auf das zurückkommen, was Professor Koren festgelegt hat, daß bei seinem 13-Punkte-Programm ein Punkt dahin gehend lautet, daß man generell eine Personaleinsparung von 2 Prozent durchführen sollte. Als er daraufhin im Fernsehen gefragt wurde, wie er sich das vorstellt, sagte Professor Koren: Ganz einfach; man wird künftighin ausscheidende Beamte nicht mehr sofort ersetzen, sondern man wird diese Beamten erst nach einigen Monaten ersetzen. Ich glaube, alle die, die neben der Verwaltung auch einen Betriebsdienst kennen, werden sich schwer vorstellen können, daß so etwas in der Praxis möglich ist; denn ich glaube nicht, daß man heute, wenn ein Zusteller oder ein Schalter- oder Kassenbeamter in Pension geht, diese von Herrn Professor Koren vorgeschlagene Art der Einsparung wirklich hätte durchführen können.

Ich darf aber auch noch ganz kurz auf die bereits unter Minister Probst eingeleiteten Rationalisierungsaktionen in bezug auf die Aufstellung von Hausbriefachanlagen hinweisen. Hier ist im Budget 1971 vorgesehen, daß weitere 60.000 Hausbriefächer eingebaut werden können, sodaß sich damit die Zahl der versorgten Abgabestellen auf fast 1,150.000 erhöht. Zur weiteren Entlastung der Zusteller werden zusätzlich zu den bereits vorhandenen 250 fahrbaren Briefzustellertaschen weitere 200 bestellt. Diese dienen zur Erleichterung des Traggewichtes für das Zustellpersonal, und zwar besonders in solchen Gebieten, in denen dies die Straßen- und Wegeverhältnisse gestatten.

Als eine weitere Maßnahme der Verbesserung des Zustelldienstes ist der Übergang in Landzustellbezirken auf zweispurige Fahrzeuge geplant. Diese Maßnahme würde nicht nur eine zweckmäßige, sondern auch eine wirtschaftlich vertretbare Erleichterung nach sich ziehen und es vor allem auch besonders bei der Betreuung der Landbevölkerung ermöglichen, die tägliche Zustellung einzuführen. Es würden aber auch die körperlich oft so beschwerlichen Fußleistungen beziehungsweise Fahrrad- oder Moped-Fahrleistungen wegfallen, und die derzeit bei einspurigen Fahrzeugen bestehenden Unfallgefahren würden wesentlich verringert werden. Außerdem wäre das Personal vor den Witterungsunbilden weitgehend geschützt. Mit der Fortsetzung dieser Aktion könnte aber auch eine echte Einsparung der sehr teuren Ausstattung mit Lederbekleidungen für das Zustellpersonal erfolgen. Hier kann im besonderen hervorgehoben werden, daß gerade dieser Ansatz hier wieder sehr deutlich beweist, daß das Budget auch in diesem Kapitel einige Schwer-

punkte hat, die, wenn sie auch in den nächsten Jahren gesetzt werden, sicherlich zum Erfolg führen.

Ich darf vielleicht auch erwähnen, daß es sich beim Postamt St. Veit an der Glan, wo bereits die gesamte Landzustellung mit zweispurigen Fahrzeugen abgewickelt wird, gezeigt hat, daß die im Jahresdurchschnitt im Zustelldienst angefallenen Krankenstände sehr wesentlich zurückgegangen sind.

Die Vorteile für die Bevölkerung sind im besonderen die Einführung der allgemeinen Paketzustellung im Landzustelldienst sowie die Annahme von Paketen durch den Zusteller. Bisher waren bei solchen Sendungen oft kilometerlange Wegstrecken zum Postamt und zurück zu bewältigen. In Verbindung mit der Aufstellung von Abgabebriefkästen könnte weiters eine personelle Einsparung erzielt werden, und bereits im Jahr 1971 soll auch bei anderen Postämtern in anderen Bundesländern bei der Landzustellung auf zweispurige Fahrzeuge übergegangen werden. Unter Berücksichtigung der damit gewonnenen Erfahrungen ist eine weitere schrittweise Ausdehnung dieser Aktion geplant.

Ich möchte besonders hervorheben, daß im Voranschlag 1971 in diesem Kapitel die Anschaffung von 355 Fahrzeugen geplant ist, wodurch nicht nur veraltete Fahrzeuge ausgetauscht werden können, sondern auch der Fahrzeugpark sehr wesentlich erweitert werden kann. Damit würde es erstmals nach vier Jahren möglich sein, ein Mehrbedarfsprogramm für den Postbetriebsdienst zu realisieren, denn wir können doch im Jahre 1971 9 VW-Transporter für Verbesserungen und Rationalisierungen in der Paketzustellung, 1 Dieseldarren und 1 Elektrodarren für die Rationalisierung der Paketumleitung, 28 Mopeds sowie zur Rationalisierung der Zustellung 22 VW 1200er für die Landzustellung beschaffen und einsetzen. Das, glaube ich, ist doch ein sehr wesentlicher Schwerpunkt, der besonders in den vergangenen vier Jahren nie gesetzt wurde — ein Versäumnis, das in den nächsten Jahren aufgeholt werden muß.

Damit ich dem Redner, der nach mir kommt, nicht die Zeit vor neun Uhr wegnehme, darf ich mich etwas kurz fassen. Ich möchte nur doch noch darauf hinweisen, daß die Bediensteten der Post- und Telegraphenverwaltung sehr wesentliches Interesse zeigen, ein modernes Personalvertretungsgesetz zu bekommen. Dies wurde bereits im Ausschuß aufgezeigt. Ich möchte aber hier im besonderen darauf hinweisen, daß dieses Personalvertretungsgesetz natürlich nur dann Aussicht auf Annahme hat, wenn es keine Verschlechterung

Neuhauser

nach sich zieht, so wie das Personalvertretungsgesetz für den anderen öffentlichen Dienst dies gebracht hätte.

Meine Damen und Herren! Ich darf zusammenfassend und im großen und ganzen feststellen, daß gegenüber der letzten Budgetperiode bei diesem Kapitel sowie bei den vorangegangenen doch festgestellt werden kann, daß diese Mängel und diese Fehler der Finanzpolitik wegfallen und daß die Ansätze im Voranschlag 1971, also beim ersten Budget einer sozialistischen Regierung, als fortschrittlich bezeichnet werden können. Wir müssen doch darauf hinweisen, daß die von Seiten der Österreichischen Volkspartei so groß herausgestellten Einsparungen an Dienstposten sich in der Praxis ja ganz anders angesehen haben. In der Praxis hat das keinerlei finanzielle Einsparungen mit sich gebracht, da die Leistungen, die von Bediensteten auf den fehlenden Dienstposten erbracht hätten werden müssen, durch eine gewaltige Überstundenleistung der Bediensteten wettgemacht werden mußten. Und da bekanntlich die Überstunden wesentlich teurer sind als Normalstunden, war hier praktisch die Einsparung dieser Dienstposten in der Praxis nur eine finanzielle Mehrbelastung des Personalaufwandes.

Wir hoffen zuversichtlich, daß mit den ersten Schritten, die bei diesem Budget begonnen wurden, doch eine gewisse Entspannung im Personalsektor eintreten wird und daß diese Schwerpunkte auch in den kommenden Budgets gesetzt werden können. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Marwan-Schlosser.

Abgeordneter **Marwan-Schlosser** (OVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich danke meinem Vorredner für die Freundlichkeit des zweimaligen Hinweises, daß er auf mich Rücksicht nimmt. Aber ich sage meinem Vorredner, daß ich morgen in der Früh nicht auch noch reden werde, wie er vermutet hat.

Während der letzten zwei Jahre hatte ich im Laufe der Budgetberatungen das Vergnügen, Spezialberichterstatte für das Kapitel Verkehr gewesen zu sein. Heute habe ich aber wieder die Möglichkeit, zum Thema Flugverkehr und zu Luftfahrtfragen einige kurze Überlegungen anzustellen.

Erst vor wenigen Tagen haben wir ein neuerliches AUA-Sanierungsgesetz beschlossen. Wir wollen im Interesse des Staates wünschen, daß die bei den vorangegangenen Beratungen vorgelegten Berechnungen stimmen und die angesteuerten Zielpunkte so ihre Lösung finden, daß unsere AUA tatsächlich

aus den roten Zahlen herauskommen möge. Jedenfalls begleiten die AUA unsere besten Erfolgswünsche hiezu.

Kooperationen von Fluggesellschaften bahnen sich weltweit an. Die sprunghafte Entwicklung der Großfluggeräte und deren Finanzbedarf macht zumindest in Bereichen der technischen Dienste und der Ausbildungsgeräte eine kosten- und spensparende Zusammenarbeit notwendig. Wieweit die Kapitaldecken der Flugunternehmen darüber hinaus zu Fusionierungen zwingen werden, ist nicht vorherzusagen. Im Westen Europas sind vorerst einmal die KSSU-Gruppe und die Atlasgruppe in Kooperationsbereitschaft. Die Bemühungen, alle westeuropäischen Fluggesellschaften in eine AIR-UNION zusammenzufassen, sind im Augenblick erlahmt.

Die österreichischen Flughäfen sind nicht nur am grenzüberschreitenden Flugverkehr interessiert, eine für sie ebenso wichtige Notwendigkeit ist der Auf- und Ausbau des Binnenflugverkehrs. Die Arbeitsgemeinschaft der österreichischen Flughäfen hat zurzeit eine Marktforschungsstudie in Auftrag gegeben. Darüber hinaus sind Überlegungen im Gange, ob durch günstige Charterverträge das innerösterreichische Streckennetz dichter beflogen werden kann.

Die Viennair ist bemüht, eine Ausweitung des Binnennetzes anzustreben. Der österreichische Hauptflughafen Wien-Schwechat befindet sich im steten Ausbau. Vor wenigen Wochen konnte der erste Teil des Umbaus auf den Zweiebenenbetrieb, die Ankunftshalle, der Bestimmung übergeben werden. Ausländische Experten stellen bei ihren Besuchen fest, daß hier eine nach den modernsten Erkenntnissen durchdachte Arbeit vollbracht worden ist. Der Umbau des Abfluggeschosses wird in Angriff genommen. Die Vorarbeiten und die Bewältigung der Voraussetzungen für den unbedingt erforderlichen Neubau einer zweiten Piste schreiten mühevoll voran. Das Genehmigungsverfahren läuft seit sechs Jahren. Minister Weiß hatte bahnbrechend geholfen. Minister Fröhbauer hat seine tatkräftige Unterstützung zugesichert.

Nicht nur der an und für sich stetig steigende Luftverkehr, auch das bevorstehende Eintreffen der Luftgiganten und der hiebei zu erwartende Passagierstoß verlangen, daß die Zu- und Abfahrtskommunikationen ehestens entsprechend ausgebaut werden. Die Flughäfen Wien-Betriebsgesellschaft ist immer wieder vorstellig beim Bautenministerium, um den Baubeginn des Autobahnastes Wien—Flughafen zu erwirken. Ebenso vordringlich, vielleicht noch vordringlicher scheint mir der

Marwan-Schlosser

Ausbau der Trasse der Preßburger-Bahn zu einer straßenunabhängigen Schienenverbindung zwischen dem Air Terminal beim Hauptzollamt und dem Flughafen Schwechat in der Art einer Schnellbahn.

Der Flughafen ist ein außerordentlich großer Verkehrserreger. Am Flughafen sind insgesamt rund 3000 Beschäftigte, die in ihrer Mehrzahl täglich die öffentlichen Verkehrsmittel benützen. Dazu kommt das Passagieraufkommen von rund 1,5 Millionen Fluggästen. Es waren 1969 im Tagesdurchschnitt 3840 Fluggäste. Am 7. September 1969 betrug das damalige Tageshöchstaufkommen 8254 Passagiere. (*Abg. Zeillinger: Mit Transit!*) Mit Transit in diesem Fall, aber der ist ja nicht so überwiegend. Zu den Beschäftigten und Passagieren kommen noch die Besucher, Begleitpersonen und Interessenten, die am Flughafen und seinen Einrichtungen zu tun haben und ab- und antransportiert werden müssen beziehungsweise mit ihren eigenen Verkehrsmitteln kommen. Die neue Schnellbahnstrecke wird gleichzeitig die Industriegemeinde Schwechat bedienen und die schnellste und bequemste Verbindung zwischen Flughafen und Stadtzentrum bilden.

Ihre Antwort, Herr Minister, die Sie mir im Budgetausschuß gegeben haben, daß Sie noch nicht sagen können, wann mit dem Ausbau der Schnellbahnstrecke Hauptzollamt—Flughafen begonnen wird, ist daher nicht zufriedenstellend. Es kommt zurzeit zwar ein Fluggast in 55 Minuten von Frankfurt nach Wien, aber in Stoßverkehrszeiten kann er ebenso eine Stunde brauchen, um vom Flughafen in das Stadtzentrum zu gelangen. (*Abg. Dr. Pittermann: Eine halbe Stunde braucht man in Frankfurt für die Untersuchung!*) Die Flughäfen unternehmen alle Anstrengungen, um ihrerseits die Abfertigungsvorgänge im Flughafenbereich zügiger und flüssiger zu machen, um damit den Passagieren Steh- und Wartezeiten zu verkürzen.

Zutiefst besorgt sind alle mit der Luftfahrt befaßten Stellen und Unternehmen ob der Terrorakte, die von Einzelpersonen oder organisierten Gruppen weltweit durchgeführt werden. Selbstverständlich hat auch Österreich alles unternommen, um solchen Wahnsinnsakten vorzubeugen. Der hierfür anfallende Kostenaufwand trifft sowohl den Staat wie die Air-Liners und die Flughafenbetriebsgesellschaften.

„Safety first“ ist das oberste Gebot in der Verkehrsfliegerei, und auch Österreich unternimmt alle Anstrengungen, um den Flugverkehr sicher zu führen. Ich möchte heute nicht von den Sicherheitsbestimmungen sprechen,

die auf den verschiedensten Gebieten der vielen Zweige der Luftfahrt gelten. Ich möchte nur eine Gruppe herausheben: die dem Bundesamt für Zivilluftfahrt unterstehende Flugsicherung. Ein Flugsicherungs-Leitsystem überwacht und führt wo nötig die Verkehrsflugzeuge auf ihren Flugwegen und innerhalb der Luftstraßen.

Ein Wunderwerk an Technik ist die neue Bezirks- und Anflugkontrollstelle, die für den gesamten österreichischen Luftraum in Schwechat installiert wurde. Diese Bezirkskontrolle kontrolliert die Luftfahrzeuge in der Luft und staffelt sie in solchen Abständen, daß Kollisionen mit Sicherheit vermieden werden.

Wohl alle Fluggäste werden während ihres Fluges an die Geschicklichkeit und Verlässlichkeit ihres Piloten denken und ihr Dankgebetlein nach ihrem „Glück ab“ und wenn sie den zweiten Teil des Fliegergrußes, nämlich „Gut Land“ bestanden haben, sagen.

Die Tatsache, daß das Flugzeug heute zu den sichersten Verkehrsmitteln mit den geringsten Unfallziffern gehört, ist nicht zuletzt jenen Männern vor den Radarbildschirmen zu verdanken, die nach vierjähriger Kontrollausbildung Tag und Nacht ihren Überwachungsdienst versehen und allenfalls auch ein Blindland ermöglichen.

Dem „Luftfahrtpressedienst“ vom 27. XI. 1970 entnehme ich wörtlich: „Nicht nur die optimale Gesundheit der Flugzeugführer ist die Voraussetzung für die geforderte Flugsicherheit, sondern auch die optimale Gesundheit des Flugverkehrs-Kontrollpersonals. Das Flugsicherungs-Leitsystem verstößt jedoch gegen einen der wichtigsten Grundsätze des Mensch-System-Regelkreises, indem es diese menschliche Komponente überfordert.“

Ich wollte mit dem Zitieren dieses Absatzes aus dem „Luftfahrtpressedienst“ die Arbeit der Controller hervorheben, die diese für den Fluggast so unsichtbar wie verantwortungsvoll leisten.

Österreich hat während der letzten Jahre am Ausbau seiner Flugsicherungsanlagen viel getan. Die Mittelbereichradaranlage Buschberg ist seit längerer Zeit in Betrieb. Gestern kam mir jedoch eine Mitteilung zu, wonach auf Weisung des Bundesamtes für Zivilluftfahrt der Nachtdienst in der Technikerzentrale und der Sendezentrale auf dem Buschberg mit 1. November eingestellt wurde. Die „Buschbergaffäre“ findet aber noch eine Fortsetzung.

Zweitens: Aus Personalmangel wird der im Sommer auf drei Sektoren aufgeteilte Luftraum mit Winterbeginn auf zwei Sektoren

Marwan-Schlosser

und zur Nachtzeit überhaupt nur auf einen Sektor verringert.

Herr Minister! Welche Gründe liegen hier vor, und welche Auswirkungen wird das auf die Sicherheit des Flugverkehrs haben?

„Die Mittelbereichsradaranlage am Kohlberg wurde am 22. Oktober dieses Jahres ihrer Bestimmung übergeben. Damit wurde ein neuer Aktivposten in der Bilanz der österreichischen Zivilluftfahrt eingebracht und eine bedeutende Verbesserung der Flugsicherheitssituation erzielt.“ So schrieb der „Luftfahrt-pressedienst“ über dieses Ereignis. Das Werk war eine Folge der vorangegangenen Budgetleistungen der Regierungsjahre der Österreichischen Volkspartei.

Herr Minister Frühbauer! Sie werden auf gleiche Erfolge nicht hinweisen können. Wenn ich das vorliegende Budget ansehe, so wurde der Aufwand für Anlagen — also Flugsicherungsanlagen — von 54,6 Millionen im Jahre 1970 auf 37,6 Millionen im Jahre 1971, also um 33 Prozent, radikal herabgesetzt. Diese Kürzung kommt fast einer Katastrophe gleich, wenn man weiß, was alles an Flugsicherungsanlagen und Geräten noch benötigt wird.

Ein leitender Beamter äußerte sich noch vor Bekanntwerden des Budgetansatzes wie folgt hierzu:

„Wenn die Anlagenkredite des Bundesamtes für Zivilluftfahrt gegenüber dem Vorjahre gleich bleiben oder gar verringert würden,“ — nun, sie wurden ja verringert — „sehe sich das Bundesamt für Zivilluftfahrt nicht in der Lage, in absehbarer Zeit die geforderten Flugsicherungsanlagen für den An- und Abflug zu errichten, da die Budgetmittel kaum noch für den Ausbau der Streckennavigationshilfen, Wetterdienstanlagen und sonstigen benötigten Anlagen auf Grund der internationalen Verpflichtungen ausreichen.“

Entsprechend § 122 Luftfahrtgesetz ist jedoch das Bundesamt für Zivilluftfahrt verpflichtet, Flugsicherungsanlagen zu errichten und zu betreiben. Es darf aber doch, Herr Minister, niemals eintreten, daß infolge zu geringer Budgetmittel Flugsicherungsanlagen nicht errichtet werden können und dadurch womöglich eines Tages der Luftverkehr Einschränkungen unterworfen würde.

Ebenso muß ich Kritik daran üben, daß Herr Minister es nicht durchsetzen konnten, daß das vor einiger Zeit angeschaffte Vermessungsflugzeug alle Geldmittel zur sofortigen Um- und Ausrüstung als Vermessungsflugzeug erhält. Heuer sind im Budget nur 4 Millionen vorgesehen. Auslandsangebote, nur

für die Funkmeßausrüstung, schwanken je nach Ausstattung zwischen 7 und 20 Millionen.

Da die Verantwortlichen sich diese Summen nicht erwarten, haben sie sich vorgenommen, in Eigenregie und nur unter Teilvergabe diese Funkmeßausrüstung zu installieren. Sie kommen hiebei immerhin noch auf einen Betrag von 5,2 Millionen. Erhalten werden sie diese 4 Millionen. Soll also nur eine Teilausrüstung erfolgen und Jahre später weitergearbeitet werden?

Ich würde doch für eine zügige Umrüstung und Ausrüstung der Maschine plädieren. Es ist auch noch der Umbau des Cockpit notwendig, um die Maschine voll einsatzbereit zu machen. Es wäre hiebei zweckmäßig, ein von Bodenstellen unabhängiges Flächen-navigationsgerät miteinzubauen, um im speziellen die Kreisvermessungsflüge exakter durchführen zu können.

Hohes Haus! Nur eine Wirtschaftszahl möchte ich nennen. Direktor Kreis erwähnte anläßlich der letzten Verkehrstagung in Wien, daß sich an Hand einer Berechnung erweist, daß allein durch die Existenz des Flughafens Wien-Schwechat der österreichischen Wirtschaft jährlich an die 2 Milliarden Schilling zufließen.

In Österreich besteht noch ein Kapazitätsgefälle im Verhältnis 1 : 3 gegenüber anderen europäischen Staaten, das heißt, daß einem Fluggast in Österreich drei Fluggäste im übrigen Europa gegenüberstehen. Ich bin daher davon überzeugt, daß die Luftfahrt in Österreich ein noch stark expandierendes Wirtschaftsgebiet darstellt, dem unser besonderes Augenmerk zusteht, wollen wir, daß unsere Nationalwirtschaft auch von hier aus ihren Zuwachs ausweitet. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Troll. Ich werde kurz vor 9 Uhr ein Lichtzeichen zur Unterbrechung der Rede geben.

Abgeordneter **Troll** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich wende mich auch dem Kapitel Luftfahrt im Verkehrsbereich zu, möchte aber gleich zum Kollegen Marwan sagen: Natürlich kann nicht jeder Ressortminister gleich viele Millionen für Flugsicherungsanlagen verbauen. Denn schließlich und endlich haben wir jetzt die Mittelbereichs-Radaranlagen Kohlberg, Buschberg fertig. Zusammenwirkend mit den Bundesheer-Radaranlagen — zum Beispiel Kolomannsberg — haben wir jetzt schon eine sehr große Überfächerung, und wir sind imstande, mit den gegenwärtig installierten Flugsicherungsanlagen und Überwachungsanlagen einen größeren Flugbetrieb zu verarbeiten und

Troll

zu verkraften, als er zurzeit bei uns aufscheint.

Wir können also zweifelsohne mit den im Budget festgelegten Mitteln von 37,6 Millionen die notwendigen und angeforderten Einrichtungen installieren. Darauf kommt es, glaube ich, an.

Ich darf darüber hinaus feststellen, daß die Entwicklung bei keinem Verkehrsminister unterbrochen wurde. Es ging laufend so fort, beginnend schon seinerzeit bei Minister Waldbrunner mit Schwechat. Wir dürfen feststellen, daß sich glücklicherweise alles mit der Technik mitentwickelt hat. Ich möchte also sagen: Es ist kein Verdienst der ÖVP; hier geht es wirklich um Dinge, die notwendig sind und die gebraucht werden.

Mein Wunsch richtet sich — bevor ich ein spezielles Kapitel behandle —, Herr Bundesminister, getragen von den Wünschen der flugsportbegeisterten Jugend, primär darauf, für das nächste Budget nach Möglichkeit wiederum mehr in die Förderungsmittel hineinzunehmen, denn die Wünsche auf dem Gebiet des Flugsports werden immer größer, auch hinsichtlich der Installierung von Flugsicherungsanlagen, VOR-ADF, also Funkgeräten in den Flugzeugen, und wir glauben, daß die jetzige Post nicht ausreicht, um diese Wünsche aller Flugsportfreunde zu erfüllen und zu befriedigen. Aber das geht ja auf anderen Sektoren auch nicht auf einmal. Ich deponiere nur, für die kommende Entwicklung darauf Rücksicht zu nehmen, denn wir glauben, daß die Flugsicherheit das wesentlichste in der Entwicklung auf diesem Verkehrszweig sein muß.

Dazu gehört der entsprechende, nun schon begonnene Ausbau bei den Flughafen-Betriebsgesellschaften, zum Beispiel die Pistenverlängerung in Klagenfurt von 1850 auf 2500 m, in Graz von 2000 auf 2500 m und in Wien die zweite Piste, die ja schon verfahrensmäßig behandelt wird. Ich glaube, daß das notwendig ist, wenn wir fremde, größere Verkehrsleistungen herbringen wollen, denn die Fluggesellschaften sind nicht bereit, bei unsicheren Verhältnissen österreichische Flughäfen anzufliegen.

In diesem Zusammenhang möchte ich mich ganz speziell mit einem Kapitel auseinandersetzen; das ist die sich nun immer mehr entwickelnde Gefahr der Flugzusammenstöße. Mir liegt auch ein sehr interessanter Bericht aus dem Bereich der deutschen Bundesrepublik vor, wonach hintereinander am 1. April, am 6. April, am 9. April, am 15. April dieses Jahres große Kollisionsgefahren zwischen Verkehrsflugzeugen und den dort sehr häufig kur-

sierenden Jagdflugzeugen und schweren Kampfflugzeugen der NATO-Verbände bestanden haben.

Es trifft nun bei uns — natürlich nicht in diesem Ausmaß — auch zu, daß es zu Kollisionen zwischen Bundesheerflugzeugen, Verkehrsflugzeugen oder Sportflugzeugen kommen könnte, wenn dem nicht entsprechend begegnet wird. Bei uns ist aber mehr oder weniger, glaube ich, vorerst die Gefahr nicht so groß, denn die Frequenz in Österreich ist wesentlich geringer als dort, wo eben NATO-Flugplätze en masse angelegt sind.

Ich möchte aber dennoch einem Kapitel meine Aufmerksamkeit widmen, und das ist die Zusammenarbeit zwischen den Flugsicherungsstellen des Bundesamtes für Zivilluftfahrt und unseres Bundesheeres. Wir wollen zu einer Lösung kommen, die grundsätzlich auf ein seinerzeitiges Ressortübereinkommen zwischen den beiden Ressortbereichen Bundesheer und Zivilluftfahrtbehörde aufbaut. Da dieses aber immer wieder zu Differenzen beziehungsweise auch zu Falschmeldungen wegen Benachteiligungen der dort beschäftigten Bediensteten Anlaß gegeben hat, haben wir uns bemüht, zwischen dem Gewerkschaftsbund, Fachgruppe Flugsicherung, dem Bundesheer und den Betroffenen ein Einvernehmen herzustellen, welches die Zusammenarbeit ermöglicht.

Ich möchte nur ganz kurz erklären, daß die Flugsicherung gegenwärtig gemäß § 120 des Luftfahrtgesetzes in den Bereich des Bundesamtes für Zivilluftfahrt fällt. Wir haben durch Verordnungen Ausnahmegebiete für das Militär festgelegt, und hier kommt es nun darauf an, daß die sich in der Luft befindlichen Flugzeuge des Bundesheeres und die der zivilen Sportflieger entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen der Regelung des zivilen Flugsdienstes unterworfen werden.

Ich möchte es dem Hohen Haus mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit ersparen, die Detailprobleme dieses Übereinkommens hier vorzutragen. Ich möchte nur ganz kurz erläutern, daß wir in Zukunft aus Gründen der Sicherheit der Luftfahrt trachten müssen, jegliche Doppelgleisigkeit auf dem Gebiet der Flugsicherung zu vermeiden. Da in den Ausnahmebereichen Militärflugleitungen Dienst versehen, sollen deren Organe zwecks Erlangung der für eine reibungslose Zusammenarbeit unerläßlichen Fachkenntnisse an der zivilen Flugsicherungsschule ausgebildet werden und erst danach in den Einsatz kommen.

Herr Bundesminister! Um mir Detailfragen in der Erläuterung zu ersparen, möchte ich mir

Troll

gestatten, Ihnen die Überlegungen und die Ideen der damit beschäftigten Leute, welche wir schriftlich festgelegt haben, zu überreichen, und Sie bitten, sie im Bundesamt zur Diskussion zu stellen und zu verarbeiten, weil ich glaube, daß mit einer intensiven gemeinsamen Betreuung und Ausnützung der vorhandenen Flugsicherungseinrichtungen zweifelsohne a) Gefahren vermieden werden und b) die Zusammenarbeit zwischen zivilen Flugsicherungsbeamten und militärischen Flugsicherungsbeamten einwandfrei funktionieren kann und ermöglicht wird.

Wenn uns das in der nächsten Zeit gelingt, dann dienen wir dem Flugluftsport und vor allen Dingen der Verkehrsluftfahrt, der Sicherheit, aber auch einer notwendigen reibungslosen Zusammenarbeit.

Ich überreiche Ihnen diese Schriftstücke mit der Bitte, sie weiter zu bearbeiten und vielleicht die entsprechenden interessierten Kreise zur Überlegung und Besprechung einzuladen. Aufgebaut ist das Papier auf den Grundprinzipien der ICAO-Vorschriften, und es entspricht in allen Belangen den gesetzlichen Gegebenheiten. Es soll also nur interministeriell von beiden Ressorts her zur Verarbeitung gelangen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Glaser.

Abgeordneter **Glaser** (OVP): Herr Präsident! Meine Frauen und Herren Abgeordneten! Herr Bundesminister für Verkehr! Im Laufe der bisherigen Diskussion wurden verschiedene Behauptungen aufgestellt, die ich vorweg richtigstellen möchte. Ich habe mir ursprünglich vorgenommen, morgen darauf einzugehen, die Zeit ergibt es aber, daß es noch möglich ist, heute auf diese Probleme zu sprechen zu kommen.

Meine Damen und Herren! Sie alle wissen, daß ich nicht nur beruflich aus dem Sektor Post und Telegraph komme, sondern daß ich mehr als zwanzig Jahre hindurch Personalvertreter beziehungsweise Gewerkschaftsfunktionär in dieser Gruppe gewesen bin. Gerade deshalb möchte ich jenen Vorredner korrigieren, der, irgendwie vielleicht noch in der Oppositionszeit lebend, meinte, hinsichtlich der Personalstände bei Post und Telegraph besondere Kritik am früheren Verkehrsminister Dipl.-Ing. Dr. Ludwig Weiß üben zu müssen.

Im Zusammenhang mit der Einführung der verkürzten Arbeitszeit bei der Post- und Telegraphenverwaltung wurde natürlich auch in dieser Sparte ein größerer Personalstand erforderlich. Ich habe schon in einem Zwischen-

ruf die Bemerkung gemacht, daß noch im März dieses Jahres durch Herrn Verkehrsminister Dr. Weiß nach entsprechenden Verhandlungen mit dem Finanzministerium und mit dem Bundeskanzleramt die Personalstände im Sektor der Post- und Telegraphenverwaltung um eine Zahl von weit mehr als 700 — wenn ich mich richtig erinnere, waren es 753, Herr Bundesminister — vergrößert werden konnten, so daß eine Gegenüberstellung des Dienstpostenplanes 1971 mit dem Dienstpostenplan 1970 von vornherein hinkt, weil ja dieser Dienstpostenplan 1970 gleich zu Beginn des Jahres 1970 um eine beachtliche Zahl, die den tatsächlichen Verkehrs- und Betriebserfordernissen entspricht, vergrößert wurde.

Bei dieser Gelegenheit sei auch darauf hingewiesen, daß vor allem im Sektor Post und Telegraph im Laufe der letzten Jahre sehr wesentliche Rationalisierungsmaßnahmen durchgeführt wurden, daß aber auch — und das zeigt vor allem die blühende, wachsende Wirtschaft der letzten Jahre — auf diesem Sektor die Verkehrsdichte, die Verkehrsleistungen ständig gestiegen sind. Es ist, glaube ich, heute nicht notwendig, darauf hinzuweisen, um wie viele Tausende Telefonanschlüsse jährlich neu errichtet werden konnten, es ist, glaube ich, auch nicht notwendig, darauf hinzuweisen, wie stark die Leistungen auf dem übrigen Sektor gerade der Postverwaltung gestiegen sind und daß hier trotz aller Rationalisierungsmaßnahmen natürlich auch der Personalbedarf gestiegen ist.

Dazu kommt, daß auch durch ständig verbesserte Sozialbestimmungen, sei es auf dem Sektor Urlaub, sei es, wie schon vorhin erwähnt, auf dem Sektor der Arbeitszeit, ein höherer Personalbedarf gegeben war, dem auch im Laufe der letzten Jahre und insbesondere noch im März dieses Jahres entsprechend Rechnung getragen wurde.

Ich möchte Sie, da ja bis zur Unterbrechung der Sitzung nur mehr zwei oder drei Minuten sind, nicht länger aufhalten, ich darf aber darauf hinweisen, daß im übrigen alle diese Tatsachen dem sehr beachtlichen Leistungsbericht — und wer sich mit der Materie vertraut machen will, dem kann ich ihn ganz besonders empfehlen —, dem Jahresbericht der Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung zu entnehmen sind, wie ich überhaupt betonen möchte, daß durch viele Initiativen gerade auch von seiten der hohen Beamtenschaft der Post- und Telegraphenverwaltung hier beachtliche Leistungen vollbracht wurden.

Ich glaube, Ihnen allen, meine Damen und Herren, ist bekannt, daß etwa die österreichi-

Glaser

schen Briefmarken in der ganzen Welt in Sammlerkreisen ganz besonders gesucht und ganz besonders begehrt sind. Die Tatsache, daß viele Tausende Abonnenten österreichischer Briefmarken bei der Post- und Telegraphenverwaltung vorgemerkt sind, beziehungsweise daß eine beachtlich große Zahl von Briefmarken letzten Endes ohne nennenswerte Leistung von Seiten der Österreichischen Post- und Telegraphenverwaltung an die Interessenten abgegeben werden kann, trägt im übrigen mit dazu bei, daß die Budgetlage, daß die Finanzsituation gerade auf diesem Sektor nicht unerfreulich ist oder, wollen wir es anders ausdrücken, daß auf diese Art und Weise Einnahmen erzielt werden können, die das übrige Budget der Post- und Telegraphenverwaltung doch ganz wesentlich und beachtlich beeinflussen.

Ich habe schon im Ausschuß darauf hingewiesen: Ein Sorgenkind auf dem Sektor der Post- und Telegraphenverwaltung bildet nach wie vor der Postautodienst. Dies nicht zuletzt deshalb, weil es im Laufe vieler Jahre nicht möglich gewesen ist, jene Anzahl neuer Autobusse anzuschaffen, die den Betriebserfordernissen entsprochen hätten. Es ist zwar Herrn Verkehrsminister Dr. Weiß gelungen, in Ver-

handlungen mit dem damaligen Finanzminister Dr. Koren zu erreichen, daß 17½ Prozent der Gesamteinnahmen aus dem Sektor des Postautodienstes in Hinkunft für die Anschaffung neuer Fahrzeuge verwendet werden können.

Präsident **Probst** (*das Glockenzeichen gebend*): Herr Abgeordneter! Ich glaube, ich soll Sie jetzt unterbrechen. Sie haben sich mit einer Frage beschäftigt und haben die Absicht, morgen fortzusetzen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich weiß nicht, wem der Beifall gilt, aber ich glaube doch dem Redner. (*Heiterkeit und neuerlicher Beifall.*)

Ich unterbreche die Sitzung bis morgen, Donnerstag, 9 Uhr. Der Redner bleibt am Wort. Bitte, Herr Abgeordneter Glaser, Sie bleiben am Wort, ja? (*Abg. Glaser: Ja!*) Herr Abgeordneter Glaser bleibt am Wort.

Wenn wir morgen weiterverhandeln, dann werden wir mit der Erledigung der heute ausgegebenen Tagesordnung fortfahren.

Die Sitzung ist unterbrochen.

Die Sitzung wird um 21 Uhr unterbrochen und am Donnerstag, dem 17. Dezember 1970, um 9 Uhr, wiederaufgenommen.

Fortsetzung der Sitzung am 17. Dezember 1970

Präsident: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf. Zur Verhandlung steht der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1971, Spezialdebatte über die Beratungsgruppe X. Diese umfaßt Kapitel 65: Verkehr, Kapitel 78: Post- und Telegraphenanstalt, und Kapitel 79: Österreichische Bundesbahnen.

Am Wort ist der Herr Abgeordnete Glaser. Ich bitte.

Abgeordneter **Glaser** (ÖVP) (*fortsetzend*): Herr Präsident! Meine Frauen und Herren Abgeordneten! Herr Bundesminister! Bereits gestern hatte ich knapp vor 21 Uhr Gelegenheit, zu einigen Fragen, die im Zusammenhang mit der Beratung des Kapitels Verkehr von Interesse sind, Stellung zu nehmen. Als ich dann 30 Sekunden vor 21 Uhr von dem den Vorsitz führenden Herrn Dritten Präsidenten unterbrochen wurde, gab es — ich glaube, bedingt durch einen Zwischenruf — noch Zweifel, ob der Applaus, der einsetzte, mir oder dem Herrn Präsidenten für die Unterbrechung gegolten hat. Ich will nicht untersuchen, wem er gegolten hat, ich hoffe aber, daß heute, falls es während oder dann am

Ende meiner Ausführungen einen Applaus geben sollte, darüber kein Zweifel mehr besteht. (*Heiterkeit.*)

Meine Damen und Herren! Bei der Vorbereitung für die heutige Rede habe ich begreiflicherweise eine Reihe von Protokollen studiert, Protokolle über Sitzungen, bei denen ebenfalls die Gruppe Verkehr eingehend behandelt wurde. Es wäre jetzt zweifellos verlockend, auf so manche Erklärung sozialistischer Abgeordneter einzugehen, die vor dem 1. März 1970 hier von diesem Pult aus abgegeben wurden, und sie nun mit der Wirklichkeit zu vergleichen, sie damit zu konfrontieren, was von diesen Erklärungen nun von den gleichen sozialistischen Abgeordneten, einschließlich des derzeitigen Verkehrsministers, tatsächlich realisiert wurde, wie der jetzt erstellte Budgetentwurf dieses Kapitel betreffend aussieht. Im Laufe meiner Ausführungen werde ich noch auf so manches hinweisen.

Aber beim Studium dieser Protokolle, meine Damen und Herren, ist mir noch etwas anderes besonders aufgefallen. Im Laufe dieser vielen Debatten sind so viele, so zahlreiche wert-

Glaser

volle Anregungen zu finden, beachtenswerte Vorschläge, die aber bei der Art, wie wir schon seit Jahren Budgetdebatten durchführen, leider untergehen, ja ich möchte sagen: Gerade beim Lesen dieser vielen 100 Seiten habe ich neuerlich den Eindruck bekommen, daß die Qualität von der Quantität erdrückt wird.

Mir ist wieder in Erinnerung gekommen: Wenn ich an jene Ausführungen und Beratungen denke, als wir die Geschäftsordnung novelliert haben, als damals die Fragestunde eingeführt wurde, waren wir alle, egal auf welcher Seite dieses Hauses wir unsere Plätze hatten, der Meinung, daß mit der Einführung der Fragestunde eine gewisse Straffung der Budgetdebatte ermöglicht werden wird. Mit der Einführung der Fragestunde sollte es dazu kommen, daß so manche Probleme — ob das in einem Fall ein Brückenbau, eine personelle Angelegenheit oder eine sonstige Sache ist — eben da zur Behandlung kommen würden und die Budgetdebatte sich dadurch auf das Grundsätzliche beschränken könnte.

Leider sind, wie ich schon sagte, diese Hoffnungen nicht erfüllt worden. Ich gestatte mir daher am Beginn meiner Rede auch noch eine sehr persönliche — ich betone persönliche — Bemerkung: Ich glaube, in irgendeiner Form werden wir doch zu einer Beschränkung der Redezeit, zumindest bei Budgetdebatten, kommen müssen. Dem Einwand, der vielleicht jetzt kommt, man dürfte und man könne einen Abgeordneten keinesfalls hindern, hier all das zu sagen, was er zu sagen wünscht oder zu sagen notwendig hält, möchte ich entgegenhalten: Würde in diesem Haus von den 165 Abgeordneten oder in Hinkunft nach dem Willen der Sozialisten und Freiheitlichen von den 183 Abgeordneten jeder dieser Abgeordneten zu jedem Kapitel — sagen wir — nur eine halbe Stunde sprechen, dann, glaube ich, würden die Beratungen von selbst ad absurdum geführt werden.

Ich darf auch bekanntgeben, daß heute beziehungsweise in den letzten Tagen der Vorsitzende des Ausschusses für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft und ich als sein Stellvertreter Gespräche mit dem Ergebnis geführt haben, daß sich jene Abgeordneten, die zum Kapitel Verkehr sprechen werden, eine gewisse — sagen wir — Selbstdisziplin auferlegen werden, daß von jeder Partei ein Abgeordneter — ich sage bewußt ein Abgeordneter und nicht ein Hauptredner — selbstverständlich eine unbegrenzte Redezeit hat, aber daß die übrigen ihre Redezeit auf etwa 15 Minuten oder maximal 20 Minuten beschränken werden.

Es war gestern, wenn auch in einem anderen Zusammenhang, von einem Modellversuch die

Rede. Vielleicht könnte die Debatte zum Kapitel Verkehr ein solcher Modellversuch sein. Ich hoffe, daß alle Abgeordneten dieses Hauses mit mir einer Meinung sind, daß jede Regelung, die einer Straffung der Diskussion gerade bei der Budgetdebatte dient, letzten Endes dem Parlament und damit auch der Demokratie nützlich sein wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nun, meine Damen und Herren, zur Beratungsgruppe X selbst. Mit jenen Kapiteln — also 65, 78 und 79 —, die wir im Augenblick behandeln, werden zweifellos wichtige Grundlagen für Teilbereiche der Verkehrspolitik gelegt. Auch der Herr Bundeskanzler, der ja beim Reden bestimmt einen sehr hohen Preis machen würde, würde die Zahl der Reden bewertet, hat in bezug auf das Budget gerade in dieser Hinsicht immer ähnliche Erklärungen abgegeben. Ich glaube auch sagen zu können, daß dies bis zum einem bestimmten Grad zweifellos auch zutrifft, insbesondere wenn man berücksichtigt, daß ja zu den größten und schwierigsten Problemen gerade der Verkehrspolitik die Finanzierung jener Investitionen zählt, die in den großen staatlichen Verkehrs- und Nachrichtenbetrieben unbedingt erforderlich sind.

Aber ich stelle nun eine Frage: Stellt dieser Bundesvoranschlag tatsächlich die Weichen etwa in Richtung auf jene Neuerungen, die die heutige Regierungspartei auch im Bereich der Verkehrspolitik angekündigt hat? Kann man in diesem Budgetentwurf Ansätze dafür finden, daß die Angriffe der sozialistischen Fraktion etwa in der Plenardebatte um das Gesamtverkehrskonzept der früheren Bundesregierung gerechtfertigt wären?

Schon eine flüchtige Analyse der Budgetansätze zu den gegenwärtig in Beratung stehenden Kapiteln zeigt ja, daß von einer wirklich neuen Weichenstellung durch die derzeitige Regierung keine Rede sein kann. Die wesentlichsten Verbesserungen gegenüber den Bundesvoranschlägen früherer Jahre gehen zweifellos noch auf Maßnahmen zurück, die bereits von der ÖVP-Regierung getroffen wurden.

Dies trifft etwa für die Abgeltung der Pensionslasten der Österreichischen Bundesbahnen mit 1,7 Milliarden Schilling zu, die ja bekanntlich im Bundesbahngesetz aus dem Jahre 1969 vorgeschrieben ist. Damit wurde aber dem in der modernen Verkehrspolitik unbestrittenen Grundsatz Rechnung getragen, daß die Staatsbahnen von jenen finanziellen Verpflichtungen entlastet werden sollen, die in der Privatwirtschaft ebenfalls von außerbetrieblichen Anstalten geleistet werden.

Glaser

Wenn aber nicht der gesamte Pensionsaufwand abgegolten wird, so wohl deshalb, weil auch in der privaten Wirtschaft durch Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge an die Pensionsversicherungsanstalten der überwiegende Anteil des Aufwandes für Pensionen aufgebracht werden muß.

Ich habe vorher auf Protokolle verwiesen. Wenn sozialistische Abgeordnete meinten, daß der gesamte Pensionsaufwand vergütet werden muß, dann darf ich sagen: Herr Bundesminister für Verkehr, oder Herr Finanzminister! Sie hätten jetzt die Möglichkeit gehabt, diese von Ihnen aufgestellte Forderung zu verwirklichen, aber Sie haben sich auch auf das beschränkt und begrenzt, was bisher — im übrigen als ein gewaltiger Fortschritt — erreicht werden konnte.

Auf die Initiative der ÖVP-Regierung geht auch die teilweise Abgeltung der Sozial- und Güterausnahmetarife der Österreichischen Bundesbahnen durch einen Zuschuß von insgesamt 350 Millionen Schilling zurück. Das ist ein Zuschuß, der den gleichen Zweck verfolgt, nämlich die Österreichischen Bundesbahnen von betriebsfremden Lasten zu befreien beziehungsweise zu entlasten.

Die sozialistische Fraktion hat in ihrem seinerzeitigen Minderheitsbericht zum Bundesbahngesetz sehr scharf bemängelt, daß dieser Betrag völlig ungenügend sei. Dies geschah, obwohl der damalige Verkehrsminister Dipl.-Ing. Dr. Weiß etwa in der Parlamentsdebatte am 6. März 1969 vorrechnen konnte, daß kaum eine andere Staatseisenbahn in Europa — gemessen an ihrem Gesamtaufwand — mit einer so hohen Abgeltung betriebsfremder Lasten rechnen kann, wie dies nun bei den Österreichischen Bundesbahnen der Fall ist.

Ich wiederhole, was ich vorher schon sagte: Sie hätten jetzt, meine Frauen und Herren von der sozialistischen Seite, die Möglichkeit gehabt, diese damals so stark kritisierten „Mängel“, wenn es überhaupt Mängel sein sollen, zu beheben. Aber wir haben Verständnis dafür, daß auch die heutige Bundesregierung so wie die Regierung Klaus sich nach der Decke strecken muß, und auch Herr Minister Frühbauer kann letzten Endes nur mit ÖBB-Wasser kochen, und der so oft angekündigte kräftigende Rotwein ist ausgeblieben. *(Abg. Weikhart: Ihr habt ihm nur das Wasser übriggelassen!)* Die paar Tropfen, Herr Staatssekretär Weikhart, die in dieses ÖBB-Wasser hineingekommen sind, haben sich verflüchtigt und sind überhaupt nicht festzustellen.

Wenn schon von Rotwein die Rede ist, dann ist er ausschließlich beim Personal der Österreichischen Bundesbahnen feststellbar, aber dort allerdings in einer Konzentration, Herr Staatssekretär Weikhart, die auch für Liebhaber von scharfen Getränken zu stark ist. *(Beifall bei der ÖVP.)* Bei 86 Prozent ... *(Abg. Weikhart: Wir können aus den Roten keine Schwarzen und aus den Schwarzen keine Roten machen!)* Das Stichwort haben Sie mir geliefert, danke nochmals, Herr Staatssekretär! Bei 86 Prozent Konzentration in einem Wein braucht man nur eines: einen kräftigen, starken Schwarzen dazu, da kommt eine bessere Mischung heraus! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Auch der dritte zukunftsweisende Budgetansatz in den vorliegenden Kapiteln, also jener, der den Abschluß der Vollautomatisierung des Fernsprechnetzes ermöglichen soll, geht auf die im Jahre 1967 über Antrag der ÖVP-Regierung beschlossene gegenwärtig gültige Fassung des Fernsprechtetriebs-Investitionsgesetzes zurück. Die Ursprünge dieses Gesetzes gehen auf eine schon im Jahre 1964 zwischen dem damaligen von der Sozialistischen Partei gestellten Verkehrsminister und dem damals von der ÖVP gestellten Finanzminister getroffene Vereinbarung zurück; das ist ja allgemein bekannt. Daß aber mit diesem Gesetz die Voraussetzung für die Modernisierung des österreichischen Fernsprechwesens in relativ kurzer Zeit geschaffen werden konnte beziehungsweise daß diese Modernisierung auch tatsächlich durchgezogen werden konnte, diese Feststellung ist, glaube ich, auch deshalb notwendig, weil sie letzten Endes wohl von niemandem ernstlich in Zweifel gezogen werden kann.

Welche Änderungen bringt nun eigentlich das Bundesfinanzgesetz 1971 im Bereich des Verkehrs, welche Änderungen, von denen die gegenwärtige Regierung mit Recht behaupten könnte, daß sie jene neuen, von den Maßnahmen und Plänen der letzten ÖVP-Regierung entscheidend abweichenden Änderungen in der Verkehrspolitik sein würden? Auch bei noch so genauer Durchsicht und bei wohlwollendster Betrachtung wird man wohl sagen müssen: Keine wesentliche Änderung. Den Beweis für diese Behauptungen kann man wirklich leicht antreten. *(Abg. Heinz: Dann könnte die ÖVP ja zustimmen!)*

Im Programm der Sozialistischen Partei zur Reform der österreichischen Wirtschaft wird der Jahresbedarf für die Infrastrukturinvestitionen der Österreichischen Bundesbahnen mit 2,4 Milliarden Schilling als unerläßlich angegeben. Im ersten von der heutigen sozialistischen Regierung erstellten Bundesfinanzgesetz

Glaser

werden aber demgegenüber die Investitionsmittel für Anlagen im Rahmen der ordentlichen Gebarung von 835 Millionen auf 756 Millionen Schilling, also um 79 Millionen Schilling, reduziert. 20 Millionen sind gegenüber dem ursprünglichen Entwurf auf Grund der Budgeteinigung zwischen Sozialisten und Freiheitlichen noch gestrichen worden. In der außerordentlichen Gebarung sind für Anlageinvestitionen, zu denen etwa die Elektrifizierung sowie Rationalisierungsmaßnahmen auf dem Sicherungs- und Fernmeldesektor zählen, nur knapp 557 Millionen Schilling vorgesehen.

Das heißt also: Der Gesamtbetrag für Investitionen der Bahn erreicht damit nur rund 1314 Millionen Schilling und bleibt ganz gewaltig, um mehr als 1 Milliarde Schilling, hinter jenem Ihres sozialistischen Wirtschaftsprogramms zurück. Er bleibt gewaltig hinter dem zurück, was etwa in Ihrem Minderheitsbericht zum Bundesbahngesetz zum Ausdruck gebracht wurde.

Wenn der Aufwand für Investitionen im Rahmen des Post- und Fernmeldewesens eine Steigerung erfährt, so ist dies vor allem auf das bereits erwähnte Fernsprechtsbetriebsinvestitionsgesetz zurückzuführen; denn die Steigerung des Aufwandes für sonstige Anlagen der Postverwaltung von 141 Millionen auf 152 Millionen Schilling trägt kaum der durch Preiserhöhungen in erheblichem Maß bewirkten Geldwertverdünnung Rechnung.

Meine Damen und Herren! Das muß man im übrigen nicht nur beim Kapitel Verkehr, Post und so weiter, sondern im ganzen Budget berücksichtigen. Wenn da und dort höhere Ansätze zu finden sind, so muß berücksichtigt werden, daß es, seit die sozialistische Regierung die Verantwortung für dieses Land trägt, eine Teuerung gibt wie nie zuvor in der Geschichte der letzten Jahre, eine Teuerung, die schon inflationistischen Charakter trägt, eine Teuerung, die viel stärker ist als etwa die Verzinsung der Spareinlagen. In dem Augenblick, wo die Teuerung, wo die Geldwertverdünnung im Laufe eines Jahres wesentlich größer ist als die Zinsen, die es für Spareinlagen gibt, müßten eigentlich für alle, die in diesem Land Verantwortung tragen, die Signallampen, die Alarmlichter aufleuchten, und sie müßten sagen: Hier stimmt etwas nicht! Hier muß etwas geschehen! — Da darf man nicht bloß, wie das Dr. Kreisky ständig macht, reden, sondern hier müßte endlich gehandelt werden!

Eine Kürzung der Anlageinvestitionen ist leider auch bei den Sonderanlagen der Flugsicherung festzustellen. Ebenso wurden die Ansätze für die Donau-Dampfschiffahrts-

Gesellschaft wesentlich verringert; darüber wird aber noch einer meiner Parteifreunde, ich glaube Kollege Wedenig, einiges sagen.

Jedenfalls möchte ich aus diesen Darlegungen den Schluß ziehen, daß von der heutigen Regierungspartei in bezug auf jene Vorwürfe, die in den vergangenen Jahren immer wieder erhoben wurden, eigentlich gar nichts wesentlich geändert wurde, daß der Vorwurf, die Bundesregierung hätte zuwenig Investitionsmittel für Bahn, Post und so weiter zur Verfügung gestellt, bei einer objektiven Betrachtung gerade dieses von Ihrer Partei, meine Damen und Herren von der sozialistischen Seite dieses Hauses, erstellten Budgets wirklich nicht mehr aufrechterhalten werden kann.

Im Zuge einer Besprechung jener Kapitel, die zum Verkehrsressort gehören, glaube ich auch jene problematischen Ansätze erwähnen zu müssen, die die Einnahmeseite betreffen. Die Betriebseinnahmen der Österreichischen Bundesbahnen werden im Bundesfinanzgesetz 1971 um rund 1080 Millionen Schilling höher geschätzt als jene des Bundesvoranschlages 1970. Erinnern wir uns doch: Wie haben die sozialistischen Abgeordneten bei Beratung des Voranschlages 1970 den damals zuständigen Verkehrsminister Dr. Weiß angegriffen, als er eine Einnahmensteigerung auf dem Personen- und Güterverkehrssektor um rund 1 Milliarde Schilling gegenüber dem Voranschlag 1969 in Rechnung stellte.

Die sozialistischen Abgeordneten haben ihm damals vorgeworfen, daß er damit die wahre Entwicklung verschleiern würde, daß er bewußt ein übertrieben optimales Bild vorkaukeln wolle. Aber der damalige Verkehrsminister Dr. Weiß wußte zweifellos sehr genau — und die Entwicklung hat ihm recht gegeben —, daß sich die österreichische Wirtschaft einer Hochkonjunktur nähert, die auch die Nachfrage nach Verkehrsleistungen der Bundesbahn beeinflussen muß. Tatsächlich haben die Österreichischen Bundesbahnen in den ersten neun Monaten des Jahres 1970 mit fast 6,3 Milliarden Schilling an Einnahmen aus dem Personen- und Güterverkehr schon rund 81 Prozent der für dieses Jahr präliminierten Gesamteinnahmen erreicht. Daß die restlichen 19 Prozent im letzten Vierteljahr leicht hereingebracht werden können, steht wohl außer Zweifel.

Außerst fraglich ist es aber, ob diese Entwicklung im gleichen Ausmaß auch im Jahre 1971 anhalten wird, ob also zu dem im Jahre 1970 erreichten Beförderungsvolumen im kommenden Jahr ein Zuwachs im etwa gleichen Ausmaß erwartet werden kann. Wir alle

Glaser

wissen doch, daß die Wirtschaftsforscher für das Jahr 1971 mit einer erheblichen Abflachung des Konjunkturanstieges rechnen, eine Situation, die sich zweifellos auch im Beförderungsvolumen der Österreichischen Bundesbahnen niederschlagen wird. Die schon im heurigen Jahr aufgetretenen Engpässe gerade im Eisenbahnverkehr, die durch erhöhte Schwierigkeiten in der Wagenbeistellung zum Ausdruck kamen, lassen es sogar fraglich erscheinen, ob das dem Voranschlag zugrunde liegende Mehr an Beförderungsleistungen, vor allem im Güterverkehr, tatsächlich bewältigt werden kann.

Wenn unter diesen Voraussetzungen, wie ich sie eben schilderte, mit weiteren Einnahmesteigerungen im Personenverkehr um rund 5,2 Prozent und im Güterverkehr sogar um rund 16,3 Prozent gerechnet wird, so drängt sich wirklich die Frage auf, ob dies durch eine Zunahme der Beförderungsleistungen oder vielleicht auch durch eine Erhöhung der Tarife erreicht werden soll. Wir haben — das sage ich ehrlich — grundsätzlich Verständnis dafür, daß auch bei den Österreichischen Bundesbahnen gewisse Kostenentwicklungen wirksam werden, die auf die Dauer nicht negiert werden können. Wenn aber, Herr Bundesminister, mit einer Tarifierhöhung gerechnet wird, so hat die Bevölkerung Anspruch darauf, dies rechtzeitig und mit ausführlicher Begründung zu erfahren.

„Transparenz“ ist ein Modewort des Herrn Bundeskanzlers Dr. Kreisky. Das ist immer wieder da. Hier wäre Transparenz dringend notwendig. Hier soll in der notwendigen Klarheit verständlich zum Ausdruck gebracht werden, mit welcher Entwicklung man rechnet und welche Maßnahmen gerade auf diesem Gebiet, Herr Bundesminister, beabsichtigt sind.

Ein weiterer Mangel des Bundesvoranschlags, den wir derzeit beraten, ist wohl auch der, daß eine bereits auf der Einnahmenseite berücksichtigte Steuererhöhung in wichtigen Ausgabeposten nicht aufscheint. Ich meine die Erhöhung der Bundesmineralölsteuer für Dieselöl, die im Kapitel 52 bereits mit rund 860 Millionen Schilling in Rechnung gestellt wurde, beim Treibstoffaufwand der Österreichischen Bundesbahnen und auch bei der Post- und Telegraphenanstalt aber offensichtlich noch unberücksichtigt blieb.

Es hat sich überhaupt im Laufe der Budgetberatungen, vor allem im Ausschuß gezeigt, daß die einzelnen Regierungsmitglieder hier sehr unterschiedlich vorgegangen sind, daß von einer Koordinierung keine Rede sein kann. Die einen haben sich auf den Standpunkt

gestellt, daß Maßnahmen, Gesetze, die zu erwarten sind, im Bundesvoranschlag 1971 bereits zu berücksichtigen sind, die anderen wieder stellten sich auf den Standpunkt, daß sie nur die gegenwärtige gesetzliche Lage berücksichtigen können und, falls Änderungen auf Grund von Gesetzen kommen, sie dann die Aufgabe hätten, entsprechende Budgetüberschreitungsgesetze zu beantragen. Von einer Koordinierung in der Bundesregierung Kreisky kann auf diesem Gebiet keine Rede sein.

Im Bundesvoranschlag der Bundesbahn ist für den Treibstoffverbrauch eine Steigerungsrate von 8 Prozent angesetzt, der Preis für Dieselöl wird aber durch die Erhöhung der Bundesmineralölsteuer sicherlich um mindestens 28 Prozent ansteigen.

Auch im Bundesvoranschlag für den Kraftwagendienst der Post- und Telegraphenanstalt ist eine Steigerung des Treibstoffaufwandes um 5,3 Prozent vorgesehen, die aber der Erhöhung, die im Zusammenhang mit der Mineralölsteuer für Dieselöl eintreten wird, in keiner Weise Rechnung tragen dürfte. Uns liegt also, meine sehr geehrten Damen und Herren, ein Bundesvoranschlag zur Beschlussfassung vor, von dem schon jetzt klar ist, daß er in mehreren Punkten bereits in Kürze geändert werden muß.

Soviel zunächst zu den einzelnen Ansätzen des Kapitels Verkehr. Ich glaube aber, daß eine Budgetdebatte darüber hinaus auch aufzeigen soll, welche Wege grundsätzlich in der Verkehrspolitik beschritten werden sollen oder können.

Der Bundesvoranschlag gibt uns darüber leider keine Auskunft. Wir sind daher auf das von der heutigen Regierungspartei noch vor den Nationalratswahlen veröffentlichte Wirtschaftsprogramm angewiesen. Dieses Wirtschaftsprogramm enthält neben einigen zweifellos interessanten, aber längst bekannten statistischen Angaben nur sehr unklare Formulierungen zu diesem Thema. Etwa, daß sämtliche Verkehrsträger als Einheit zu betrachten sind, etwas, was selbstverständlich ist und natürlich auch mit unserer Ansicht übereinstimmt.

Auch das Gesamtverkehrskonzept der letzten Bundesregierung ist von der gleichen Betrachtung und Überlegung ausgegangen. Wenn aber weiter gesagt wird, daß die Verkehrsträger nach einem „Generalverkehrsplan“ optimal eingesetzt werden sollen und daß etwa der Eisenbahn bestimmte Transportleistungen „zuzuteilen“ sind, so wird uns nicht ganz klar, wie dieses Ziel in einer sozialen Marktwirtschaft, zu der sich im übrigen

Glaser

auch der Herr Bundeskanzler in einer seiner Regierungserklärungen bekannt hat, erreicht werden soll.

Vielleicht gibt jener Artikel in der „Arbeiter-Zeitung“, also im Zentralorgan der Sozialistischen Partei, vom 7. Oktober dieses Jahres Auskunft, in dem unter anderem angekündigt wird, daß marktwirtschaftliche Prinzipien im Verkehr keine Gültigkeit haben können. Meine Damen und Herren! Warum sollen ausgerechnet in der Verkehrswirtschaft marktwirtschaftliche Prinzipien und marktwirtschaftliche Grundsätze nicht gelten? Ich glaube, daß viele der auch in Ihren Reihen vorhandenen versierten verkehrspolitischen Fachleute mit dieser Auffassung nicht übereinstimmen. Denn nach dem Grundsatz, daß auch in der Verkehrspolitik diese Maßnahmen zu setzen sind, nach dem Grundsatz, daß marktpolitische Überlegungen auch in der Verkehrspolitik gelten, wird ja beispielsweise auch vom deutschen Verkehrsminister Leber vorgegangen. Gerade Verkehrsminister Leber begründet ja verschiedene seiner verkehrspolitischen Maßnahmen mit dem Ziel, die Voraussetzung für eine marktwirtschaftliche Grundausrichtung der Verkehrspolitik auch im Güterverkehr schaffen zu wollen.

Wir von der Volkspartei wissen selbstverständlich, daß auf den Verkehrsmärkten besondere Gegebenheiten und Wettbewerbsverzerrungen herrschen, die ordnende Eingriffe des Staates in dem einen oder anderen Falle erforderlich werden lassen.

Wir sind im übrigen auch der Überzeugung, daß ein schrittweiser Abbau vorhandener Wettbewerbsverzerrungen erfolgen soll.

Wenn aber in dem bereits erwähnten Artikel in der „Arbeiter-Zeitung“ als Mittel einer zentralen Verkehrsplanung die Investitionslenkung, die Verkehrsteilung zwischen den einzelnen Verkehrsträgern durch Maßnahmen, die auch Beförderungsverbote einschließen, erreicht werden soll, dann möchte ich klar zum Ausdruck bringen, daß wir solchen Maßnahmen, solchen Bestrebungen mit Nachdruck entgegenzutreten werden. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Stellt man sich denn wirklich vor, daß eine zentrale Stelle befähigt wäre, den Investitionsbedarf der einzelnen Verkehrsbetriebe abschätzen zu können, ohne die diffizilen Verhältnisse jenes Teilmarktes, in dem dieser Verkehrsbetrieb tätig wird, auch nur annähernd zu kennen?

Meine Partei bekennt sich zu einer langfristigen, aufeinander abgestimmten Planung der Verkehrsstruktur, und zwar unter Berücksichtigung

der voraussichtlichen Verkehrsentwicklung und raumordnungspolitischer Erfordernisse.

Sie bekennt sich auch, soweit dies sachlich notwendig ist, zu Maßnahmen, die dem Entstehen von Überkapazitäten in einzelnen Zweigen der Verkehrswirtschaft entgegenwirken. Sie hält aber nichts von Investitionslenkungen durch zentrale Instanzen, die zweifellos nur zu Fehlentwicklungen führen werden.

Auch aus dem sogenannten Leber-Plan ist ja das Beförderungsverbot längst eliminiert worden und steht heute in der Bundesrepublik Deutschland überhaupt nicht mehr zur Diskussion. Im Gegenteil: Verkehrsminister Leber hat inzwischen das Fahrzeugkontingent im gewerblichen Güterfernverkehr, dem steigenden Transportbedarf entsprechend, um mehr als 1500 Genehmigungen erhöht, und es ist, soweit ich informiert bin, eine weitere Erhöhung in Vorbereitung.

Wir von der Volkspartei — und das wiederhole ich — bekennen uns zu einer planmäßigen Ausgestaltung der Verkehrsinfrastruktur. Wir bekennen uns zum Ziel vergleichbarer Startbedingungen zwischen den Verkehrsträgern. Wir bekennen uns zur Notwendigkeit, alle ökonomisch sinnvollen Möglichkeiten der Kooperation zwischen den einzelnen Verkehrsträgern voll zu nützen. Aber eine Verkehrsplanung, die womöglich jedem Staatsbürger vorschreibt, welcher Verkehrsmittel er sich im einzelnen Fall zu bedienen hat, lehnen wir ab. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aus Erklärungen des Herrn Verkehrsministers Fröhbauer glaube ich aber schließen zu können, daß er selbst an solche Maßnahmen nicht denkt und daß jene Darstellungen im Zentralorgan der Sozialistischen Partei mit seinen Auffassungen nicht übereinstimmen. Ich glaube, auf Grund von Gesprächen und auf Grund des sonstigen Umgangs mit Herrn Verkehrsminister Fröhbauer annehmen zu können, daß ihm ein Verkehrsprogramm vorschwebt ähnlich jenem, wie es der deutsche Verkehrsminister Leber derzeit zu verwirklichen trachtet.

Wenn man dieses Leber-Programm genau prüft und den längst fallengelassenen Gedanken von Beförderungsverboten ausklammert, wird man ja feststellen, daß sich die Konzeption des der deutschen Sozialdemokratischen Partei angehörenden Ministers Leber von jener des Gesamtverkehrskonzeptes der ÖVP-Bundesregierung im wesentlichen nur in der Motivierung, kaum aber in den einzelnen vorgeschlagenen Maßnahmen unterscheidet.

Glaser

Ich möchte neuerlich festhalten: Mit dem Gesamtverkehrskonzept der ÖVP-Regierung, das im übrigen von einem Komitee von Vertretern der verschiedenen sachlich zuständigen Ministerien und ohne Rücksicht auf die politische Zugehörigkeit der einzelnen Experten erstellt wurde, hat der derzeitige Verkehrsminister, hat die derzeitige Bundesregierung gerade für den Bereich der Verkehrspolitik Unterlagen vorgefunden wie kaum jemals zuvor eine Bundesregierung bei Antritt ihres Amtes. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich darf in Erinnerung rufen: Schon bald, nachdem Verkehrsminister Dr. Weiß sein Ressort übernommen hatte, gab er den Auftrag zur Ausarbeitung eines Gutachtens zur Rationalisierung der Österreichischen Bundesbahnen, ein Gutachten, das eine Fülle wertvoller Anregungen enthält. Eine ganze Anzahl dieser Anregungen konnte bereits in der vergangenen Legislaturperiode in Angriff genommen und verwirklicht werden.

Dieser Weg, Herr Minister Frühbauer, soll, wie ich glaube, weiter beschritten werden!

Ich darf noch etwas in Erinnerung rufen: Mit der Neubewertung des Bundesstraßengesetzes, die der frühere, von der ÖVP gestellte Bautenminister Dr. Kotzina in Auftrag gab, verfügen wir erstmals über Grundlagen, die uns eine vorausschauende und bedarfsentsprechende Planung hinsichtlich des Ausbaues der Bundesstraßen gestatten.

Mit dem über Anregung des früheren Landwirtschaftsministers Dr. Schleinzner in Auftrag gegebenen und im Herbst 1969 fertiggestellten Expertengutachten für die Bundesraumordnung steht der heutigen Bundesregierung eine von mehr als 40 qualifizierten Wissenschaftlern erarbeitete Grundlage zur Verfügung, die Österreich in die Lage versetzt, eine konstruktive, den Freiheitsraum des Staatsbürgers jedoch wahrende Raumordnungspolitik zu entwickeln, die auch bei Verfolgung verkehrspolitischer Ziele in Rechnung gestellt werden soll. *(Beifall bei der ÖVP.)* Auch die Strukturanalyse der Zentralräume ist in dieser Studie enthalten.

Der kürzlich bekanntgegebene Plan einer Elektrifizierung der Nahverkehrsstrecken der Österreichischen Bundesbahnen im Wiener Gebiet geht ebenfalls auf Planungen zurück, die schon unter Verkehrsminister Dr. Weiß eingeleitet wurden.

Auch die Sanierungspläne bei den Austrian Airlines und bei der DDSG gehen auf die vorherige Bundesregierung zurück; die jetzige hat die Aufgabe, diese Pläne in die Tat umzusetzen.

Die heute zuständigen Minister sollen jedenfalls wissen, wie wertvoll alle diese zukunftsorientierten, von der ÖVP-Regierung erarbeiteten Unterlagen für ihre heutige Tätigkeit sind.

Das gleiche gilt — ich habe das schon in einem anderen Zusammenhang gesagt — auch für das Gesamtverkehrskonzept, das als verbindender Schlußstein zu werten ist.

Wenn sich die derzeitige Bundesregierung bereit findet, die damit begonnene Arbeit fortzusetzen und ihre Verkehrspolitik ausschließlich nach sachlichen Grundsätzen zu orientieren, so wird sie in der Österreichischen Volkspartei einen Partner finden, der sich der großen staatspolitischen Bedeutung eines optimalen Verkehrssystems voll und ganz bewußt ist.

Es liegt, meine Damen und Herren von der SPÖ, und vor allem Herr Bundesminister, ausschließlich an Ihnen, ob Sie in uns einen Partner in der Gestaltung einer zukunftsorientierten und optimalen Verkehrspolitik finden wollen oder nicht.

Im Interesse der gesamtösterreichischen Wirtschaft — und dazu gehören Arbeitgeber genauso wie Arbeitnehmer! — würde ich wünschen, daß der sachlichen, konstruktiven Auseinandersetzung auf diesem wichtigen Gebiet der Vorzug gegeben wird.

Meine Damen und Herren! Im Rahmen der Ausschüßberatungen bestand ja schon die Möglichkeit — diese Gelegenheit wurde von mir und vielen meiner Parteifreunde wahrgenommen —, viele andere Fragen, die mit dem Kapitel Verkehr in Zusammenhang stehen, anzuschneiden, Stellungnahmen abzugeben und so weiter.

Ich habe gestern und ebenso auch im Ausschüß Gelegenheit gehabt, dienst- und besoldungsrechtliche Probleme etwa der Eisenbahner und der Post- und Telegraphenbediensteten zu behandeln.

Ich habe im Ausschüß auf die Laufbahnautomatik, wie sie von der Fraktion Christlicher Gewerkschafter verlangt wird, hingewiesen.

Wir haben bei den Ausschüßberatungen notwendige Verbesserungen etwa auf dem Gebiete des Sicherungswesens, auf dem Gebiete des Bahnhofsbaues und so weiter behandelt.

Ich will — das deckt sich mit dem, was ich am Beginn sagte — Ausschüßdebatten nicht im Plenum wiederholen, aber es scheint mir wichtig zu sein, einen Fragenkomplex, ein Thema, das auch in früheren Jahren hier oft behandelt wurde, nochmals anzuschneiden:

Glaser

Ich möchte darauf hinweisen, daß nur die Post- und die Bahnbediensteten bis heute kein Personalvertretungsgesetz haben, während es in der Privatwirtschaft seit mehr als zwei Jahrzehnten ein Betriebsrätegesetz gibt und für die im öffentlichen Dienst Beschäftigten seit der ÖVP-Bundesregierung ein Personalvertretungsgesetz existiert. Nur im Verkehrsressort gibt es 25 Jahre nach Wiedererrichtung der Republik noch immer keine gesetzliche Regelung für die Personalvertretung, basiert die Personalvertretung immer noch auf Vereinbarungen und auf provisorischen Lösungen.

In dieser Richtung angesprochen, erklärt Herr Minister Fröhbauer immer wieder, das sei keine Forderung der Gewerkschaften, und solange eine solche Forderung von der im übrigen sehr mehrheitlich von den Sozialisten beherrschten Eisenbahnergewerkschaft nicht käme, werde er nicht initiativ werden.

Meine Damen und Herren! Wer die Verhältnisse bei den Bundesbahnen auch nur einigermaßen kennt, versteht ja, daß von Seite der sozialistischen Gewerkschafter hier nicht mit einer Initiative zu rechnen ist. Ich habe heute schon einmal gesagt: Bei der letzten Personalvertretungswahl haben die sozialistischen Eisenbahner 86 Prozent der Stimmen bekommen. 86 Prozent! Meine Damen und Herren! Das erweckt bei vielen Demokraten ein Unbehagen. 86 Prozent sind ein bisserl zu viel!

Man stellt sich die Frage: Wie ist es überhaupt möglich, daß zum Beispiel so viele junge Bauernburschen wenige Monate, nachdem sie in den Dienst der Österreichischen Bundesbahnen eingetreten sind (Abg. Ströer: *Niederösterreich!*), nicht nur Mitglieder der Sozialistischen Partei sind, sondern auch sozialistisch wählen? — Ich möchte sagen: 86 Prozent sind ungefähr das Ziel, das Doktor Kreisky unter Demokratisierung versteht. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Ich will Ihnen nun einige Beispiele aufzeigen, wie es überhaupt denkbar ist, daß man zu solchen in Demokratien sonst nicht üblichen Mehrheitsverhältnissen kommt. (Abg. Ströer: *Wie ist es beim oberösterreichischen Landesdienst?*) Herr Kollege Ströer! Als Gewerkschafter darf ich zu Ihnen Kollege sagen.

In meinem Bundesland gibt es einen Bahnhof, der hatte bei Personalvertretungswahlen eine Mehrheit des ÖAAB beziehungsweise der Fraktion Christlicher Gewerkschafter. Heute sind in diesem Bahnhof nur mehr ein paar Stimmen für uns abgegeben worden. — Wissen Sie warum? Weil im Laufe von einigen Jahren fast alle unserer Fraktion zuzu-

zählenden Bediensteten entweder versetzt oder pensioniert wurden. Sie wurden krank und dergleichen mehr. (Abg. Ströer: *Das muß ein Gesinnungswandel sein!*) — Meine Damen und Herren! So kann man es machen!

Nun sage ich Ihnen etwas anderes. In einem Bahnhof — auch im westlichen Österreich — wurde nach der Personalvertretungswahl ein Bundesbahnbediensteter von mehreren sozialistischen Vertrauensleuten angesprochen. Ihm wurde gesagt: Sie, Herr Kollege! Nach unserer Rechnung haben Sie anders, haben Sie schwarz gewählt. Wir hoffen, daß das das nächste Mal nicht mehr der Fall sein wird!

Ja ich möchte Ihnen aus eigener Erfahrung ein Beispiel nennen. Bei Veranstaltungen, zu denen wir eingeladen haben, ereignete sich folgendes: An den Wegen, an den Zugängen zu jenen Lokalen, in denen die Versammlungen stattfanden, standen überall, auffallend postiert, sozialistische Vertrauensleute, die entweder demonstrativ aufschrieben, wer jetzt dort hinging, oder die einzelnen fragten: Ach, du gehst auch zu einer Veranstaltung der Schwarzen? (*Widerspruch bei der SPÖ.*) Gehörst du auch dorthin? — Ich komme noch mit einigen anderen Beispielen. (Abg. Steininger: *Das glaube ich nicht!*)

Meine Damen und Herren! In Innsbruck beispielsweise hat sich der Sohn eines Lokführers — dieser Lokführer hat es allerdings gewagt, auf der Liste der Christlichen Gewerkschafter zu kandidieren — um Aufnahme in den Dienst der Österreichischen Bundesbahnen als Fahrdienstleiter-Nachwuchskraft beworben. Die Aufnahme wurde durch den Personalausschuß Innsbruck lange verzögert. Erst durch eine Intervention der Generaldirektion konnte dann der Betreffende aufgenommen werden.

Aber in der Zwischenzeit hat er einen sehr wesentlichen Kurs versäumt und hat damit einen Rang- und Dienstzeitverlust erlitten, der gar nicht mehr gutgemacht werden kann.

Meine Damen und Herren! Das krassste Beispiel, welche Einstellung — nicht beim Herrn Minister Fröhbauer, aber bei vielen der Sozialistischen Partei angehörenden Spitzenpersonalvertreter — herrscht, mag Ihnen nun ein Briefwechsel, der sich zwischen dem Zentrallausschuß der Österreichischen Bundesbahnen und dem Personalausschuß Villach der Österreichischen Bundesbahnen abgespielt hat, zeigen.

Ich zitiere wörtlich: „Österreichische Bundesbahnen, Generaldirektion, Zl.: P-124-399-1969, Wien, am 15. Dezember 1969. An den Zentrallausschuß der Bediensteten der Österreichischen Bundesbahnen. Betr.: Aufnahme

Glaser

von Nachwuchskräften für den Verwaltungsbeamtendienst."

In diesem Schreiben heißt es: „Es ist beabsichtigt, den Aufnahmebewerber Johann K., geb. 18. 9. 1950, wohnhaft Klagenfurt, ... (Absolvent des Bundesrealgymnasiums Klagenfurt), als Nachwuchskraft für den Verwaltungsbeamtendienst bei der Streckenleitung Klagenfurt einzustellen.

Um Stellungnahme wird ersucht."

Der Zentralausschuß der Bediensteten der Österreichischen Bundesbahnen hat dieses Schreiben an den Personalausschuß Villach weitergeleitet. Und der Personalausschuß Villach, gezeichnet von Herrn Obmann Alberer, Zl. 4656/1969, mit Datum vom 15. Jänner 1970, antwortet: „Betr.: Einstellung von Mittelschülern für den Verwaltungsdienst — Johann K."

Und nun geben gerade Sie, meine Damen und Herren von der sozialistischen Seite, gut acht: „Es konnte erhoben werden, daß der Aufnahmewerber Johann K. uns politisch nicht nahe steht. Die Eltern des K. sollen ÖVP-Wähler sein.

Wir sind deshalb an einer Einstellung nicht interessiert."

Meine Damen und Herren! Diese Alberer und Genossen sind die Ursachen für den Gesinnungsterror, der bei den Österreichischen Bundesbahnen herrscht. (*Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: Ruhe! Es kommt schon noch etwas für euch! — Rufe und Gegenrufe bei Abgeordneten der ÖVP und SPÖ.*)

Herr Staatssekretär! Ich habe gestern zum Ausdruck gebracht, daß ich mehr als zwei Jahrzehnte Gewerkschaftsfunktionen bekleidet habe. Gerade die Gewerkschaften, die so viele Schulungsheime errichten, hätten jetzt die Aufgabe, solche Alberer und Genossen einmal in Demokratie zu schulen (*Beifall bei der ÖVP*) und ihnen klar zu machen, daß es einer der Grundbegriffe und eine der Grundvoraussetzungen der Demokratie überhaupt ist, daß man sich zu einer politischen Meinung bekennen darf und daß es Schreiben von der Art „Die Eltern des K. sollen ÖVP-Wähler sein — wir sind deshalb an einer Einstellung nicht interessiert" nicht geben soll. (*Abg. Jungwirth: Wissen Sie, was man zu mir gesagt hat? Wenn man meine politische Einstellung vorher gekannt hätte, wäre ich nie ins Finanzamt gekommen!*)

Sie, Herr Kollege aus Tirol, hätten die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, etwa diesen Herrn Alberer oder Ihre Leute vom Personalausschuß in Innsbruck aufmerksam zu machen,

daß sie hier eine gänzlich undemokratische Haltung und Handlung an den Tag gelegt haben. (*Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.*)

Diese Haltung und Handlung, diese Grundeinstellung bei vielen sozialistischen Personalvertretern im Bereiche der Österreichischen Bundesbahnen (*Abg. Weikhart: Kommt, kommt, verlaßt euch darauf! — Abg. Landmann: Sippenhaftung!*) wird auch dadurch nicht geändert, daß der in Rede stehende Aufnahmewerber nun inzwischen eingestellt wurde.

Ich kann mir vorstellen, daß der Herr Bundesminister nun sagen wird: Na ja, er ist ohnehin eingestellt worden! — Das ist anerkennenswert und soll weiter nicht mehr behandelt werden.

Aber ich will nur noch einmal sagen: Wenn es in Österreich möglich ist, daß eine derartige Einstellung und Haltung sogar schriftlich vorliegt, „Die Eltern ... sollen ÖVP-Wähler sein — daher darf er nicht zu den Österreichischen Bundesbahnen kommen" —, dann leuchten hier jene Signallampen auf — auch wenn ich es bereits in einem anderen Zusammenhang gesagt habe —: Hier ist Gefahr im Verzuge! (*Widerspruch bei der SPÖ.*)

Ich möchte hier in aller Öffentlichkeit allen österreichischen Eisenbahnern mitteilen: Jeder derartige Fall, der uns bekannt wird, wird hier vor das Parlament gebracht werden. Wenn es notwendig sein wird, wird der Fall auch im Rahmen einer dringlichen Anfrage aufgerollt werden.

Jeder Eisenbahner, der sich zu uns bekennt, kann auch mit dem Schutz der Österreichischen Volkspartei rechnen. (*Abg. Sekanina: Kollege Glaser! Gilt das auch für die Niogas, Ihre Rede?*) Ich bin überzeugt: Die österreichische Öffentlichkeit werden wir hier auf unserer Seite finden! (*Langanhaltender lebhafter Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Ing. Scheibengraf das Wort.

Abgeordneter Ing. **Scheibengraf** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich spreche diesmal zum Fernmeldedienst unserer Post- und Telegraphenanstalt speziell, will mich aber vorab mit einigen Vorhalten des Herrn Kollegen Glaser ganz kurz beschäftigen, da mir die Redezeit leider sehr knapp bemessen ist und ich sie einhalten will.

Herr Kollege Glaser! Personalfälle, wie Sie sie hier vorgetragen haben, könnte man im umgekehrten Fall zu jeder Zeit aufzeigen. (*Abg. Glaser: Wo haben Sie welche?*) Das sind hochgespielte Probleme, wobei man, was

Ing. Scheibengraf

ihre Ursache betrifft, manchmal nicht weiß, woher sie kommen, lieber Herr Kollege.

Herr Kollege Glaser! Sie haben weiterhin erklärt, daß Sie auf eine Reihe von Maßnahmen ... (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Ich bin schon woanders, Herr Kollege. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Das ist Ihnen unangenehm!*) Nein. Uns ist das nicht unangenehm. Wir können uns mit Ihnen schon auseinandersetzen.

Herr Kollege Gaser hat davon gesprochen, daß die jetzige sozialistische Bundesregierung auf eine Reihe von Maßnahmen der vorigen Bundesregierung zurückgreifen kann. Dann aber auch auf die Maßnahme, daß diese ehemalige ÖVP-Alleinregierung einen Schuldendienst von 4,1 Milliarden 1966 und die derzeitige sozialistische Regierung einen solchen von über 9 Milliarden übernommen hat. Auch das ist eine Maßnahme, die gesetzt worden ist und die von dieser Regierung übernommen werden mußte.

Zu den Fragen der Teilplanungen, Herr Kollege Glaser, die Sie angeschnitten haben: Ich möchte ihren Wert nicht unterschätzen. Sie sind tatsächlich erst eingeleitet worden, als Sie einem sozialistischen Konzept nicht mehr anders entgegentreten konnten. Das wären ganz kurz die Hinweise.

Nun zur finanziellen Situation des Fernmeldedienstes. Laut dem Fernsprechtariff-Investitionsgesetz beginnt 1971 die Tilgung der Vorfinanzierungen aus 1964 und 1967. Hiefür ist ein Betrag von 315 Millionen eingesetzt, der Zinsendienst beträgt 105,5 Millionen Schilling. Der verbleibende Betrag für den Investitionskredit für dieses Jahr hat die Höhe von 1648,6 Millionen Schilling und ist um 54 Millionen höher als 1970. Auch der präliminierte Sachaufwand für diesen Dienst ist um zirka 20 Millionen höher, und zwar eine Steigerung von 118 auf etwa 139 Millionen Schilling. Damit ist für den Anlagenbau sicher auch in gesetzlicher Voraussetzung entsprechend vorgesorgt.

Nun erlauben Sie mir, ein Kapitel anzuschneiden, das dann zu dem Debattenbeitrag des Herrn Kollegen Neumann überleitet.

Im Zuge der Restautomation sind 1966 die Kosten pro Hauptanschluß errechnet und für 1970 überschlagen worden. Die Kosten eines solchen Anschlusses im städtischen Bereich oder Ballungsgebiet haben 1966 zirka 1000 bis 13.000 S pro Hauptanschluß betragen, in den sogenannten Restautomationsgebieten lagen sie zwischen 30.000 und 200.000 S pro Hauptanschluß, je nach Lage der entsprechenden Anschlußwerber. Für 1970 liegt eine Schätzung

vor, die für den städtischen Bereich zwischen 1000 bis 15.000 S liegt und für den sogenannten Restautomationsbereich 20.000 bis 160.000 S beträgt.

Man hoffte seinerzeit, durch den Bestand der zugehörigen Bereichsamtanlagen und Netzgruppenanlagen die Kosten einigermaßen absenken zu können. Aber trotzdem hat der notwendige Bau der Wähllämter, vor allem aber die Kabel- und Leitungsverlegungen, in einem solchen Ausmaß kostensteigernd gewirkt, daß die Kosten in diese enorme Höhe gerückt sind. Damit ist aber begründet, daß die Automation dieser Gebiete technisch und kommerziell nur durch den Auf- und Ausbau in den Ballungsräumen erst möglich geworden ist.

Die technische und finanzielle Planung für die Durchführung der Automation des Fernmeldedienstes, die in den fünfziger und sechziger Jahren erfolgte, ist in ihrer Verwirklichung außerordentlich präzise verlaufen. Das Fernsprechtariff-Investitionsgesetz war eine außerordentlich segensreiche Einrichtung.

Die Restautomation wird voraussichtlich im Jahre 1971 zum Abschluß gebracht werden können. So wünschenswert die Vorziehung dieser Arbeiten gewesen sein mag — das möchte ich nicht bestreiten —, waren sie kommerziell ein Husarenstück. Die sichtbare Folge davon ist das Ansteigen der Zahl der Anschlußwerber auf der Warteliste in den Ballungsräumen in diesem Jahr, und zwar von 60.000 auf über 100.000. Der damit verbundene Einnahmenentfall ist nicht unerheblich. Aus diesem Grunde wird das Präliminare der Gesamteinnahmen 1970 nur ganz knapp erreicht werden können.

Nun komme ich zu dem Debattenbeitrag des Herrn Kollegen Neumann. Er hat es gestern so dargestellt, als ob es vom guten Willen des Herrn Verkehrsministers abhinge, die Forderung auf Ausweitung der Infrastruktur im ländlichen Raum, wie er es genannt hat, zu erfüllen.

Herr Kollege Neumann! Sie haben dabei nicht weniger verlangt, als daß der Herr Bundesminister das Gesetz verletzen soll. Hier sind sehr klare gesetzliche Voraussetzungen gegeben. Das Fernsprechtariff-Investitionsgesetz sagt ausdrücklich, daß hiedurch die Vollautomatisierung zur Durchführung gelangen soll, das heißt, daß die Ortsnetze aller unserer österreichischen Orte und Gemeinden in die Vollautomatisierung einbezogen werden müssen. Darin ist die Beitragsleistung des einzelnen Telephonbesitzers beziehungsweise Teilnehmerwerbers nicht inbegriffen.

Ing. Schelbengraf

Herr Kollege Neumann! Das hätten Sie eigentlich Ihrem eigenen Bundesminister Doktor Weiß 1967 sagen müssen, als das Fernsprechtetriebs-Investitionsgesetz in zweiter Auflage gekommen ist. Auf diese Weise, und nur so, kann auf einer gesetzlichen Regelung der Erfüllung ihrer Wünsche nähergetreten werden.

Sie haben diese Modellgemeinschaft erwähnt, die Krumbach, Niederösterreich betrifft, und haben auch erwähnt, warum das der Herr Bundesminister nicht sofort realisiert hat. Ich sage noch einmal: Hier sind gesetzlich keine Mittel für diesen Vorgang vorhanden. Daß man Versuche macht, ist ein gutes Recht, und sie sollen durchgeführt werden. Aber die Realisierung, Herr Abgeordneter, muß über ein neues Fernsprechtetriebs-Investitionsgesetz erreicht werden, auf einer anderen Basis nicht. Und da haben Ihre Vertreter dann die Möglichkeit, in entsprechender Weise mitzuarbeiten. (*Abg. Neumann: Warum ergreifen Sie keine Initiative? Warum tun Sie nichts?*)

Herr Abgeordneter Neumann! Wenn ich annehmen kann, daß Sie genau Bescheid wissen, dann haben Sie gestern hier Ihren Debattenbeitrag gegen besseres Wissen vorgebracht. Aus diesem Grunde, meine Damen und Herren, können wir Sozialisten Ihrem Entschließungsantrag nicht beitreten. (*Abg. Neumann: Das ist Ihre Einstellung zu den Problemen des ländlichen Raumes!*) Auf diesen Einwurf habe ich gewartet, Herr Kollege.

Herr Kollege, ich darf Sie auffordern: Lesen Sie die Reden nach, die ich 1967 und 1968 von dieser Stelle aus gehalten habe! Zu dem Zeitpunkt, als man eben darüber verhandelte, habe ich damals für die Menschen im ländlichen Raum Stellung genommen und erklärt, hier müßten Wege gefunden werden, um über ein entsprechendes Finanzierungsvorhaben die Möglichkeit zu schaffen. Damals, Herr Neumann, haben Sie von hier aus nichts gesagt. (*Abg. Neumann: Tun Sie doch etwas, Sie haben die Möglichkeiten!*)

Das, was Sie hier sagen, ist leeres Stroh, das erst dann gedroschen werden kann, wenn die zuständigen Stellen die entsprechende Diskussion eröffnen. Das wird im kommenden Jahr geschehen, wenn der Herr Bundesminister über ein neues Fernsprechtetriebs-Investitionsgesetz verhandeln wird. (*Abg. Neumann: Hoffentlich bekennt sich auch der Herr Minister zu dieser Zusage!*)

Herr Kollege Neumann! Sie können sicher sein, daß unser Slogan „Für ein modernes Österreich“ auch den ländlichen Raum für

ein modernes Österreich eingeschlossen hat. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Wir stehen also vor der Beendigung der gebietsmäßigen Automation unseres Fernmeldewesens. Damit ist dann ein sehr wesentlicher Sektor unserer Infrastruktur gebietsmäßig geschaffen. Wir haben aber weitere große Sorgen, und die Aufgaben, die nunmehr dem Verkehrsministerium auf diesem Gebiete gestellt werden, werden nicht kleiner sein, als es die bisherigen waren.

Die derzeitige Sprechdichte in den Ballungsräumen ist am Rande der Leistungsfähigkeit unserer Vermittlungs- und Übertragungsanlagen angelangt. In den nächsten Jahren sollen Hunderttausende neue Fernsprechteilnehmer angeschlossen werden können. Wir sehen, daß dies nur dann geht, wenn wir nicht immer wieder Besetztzeichen, „Falsch verbunden“ oder Drittpartner im Gespräch haben wollen. Deshalb werden wir mehr und neue leistungsfähige Einrichtungen einbauen müssen.

Die Verstärkung der Vermittlungsanlagen ist nunmehr räumlich größtenteils schon begrenzt. Der künftige Hochbau auf diesem Gebiet wird außerordentlich hohe Kosten voraussetzen. Dies gilt nicht nur für die Grundkosten; ja hiefür sind Gründe oft überhaupt nicht mehr zu bekommen. Wenn es bei uns so wie in anderen Städten der Welt zu sogenannten Überbauten kommen wird, dann werden wir sehen, wie hoch sich die Kosten für die weitere Entwicklung unseres Fernmeldewesens, unserer Automatik auf diesem Gebiete stellen werden.

Aber auch in bezug auf die Erweiterung und Modernisierung unserer Vermittlungsanlagen ist ein Weiteres zu beachten, das hier vor allem von der technischen Seite her Beachtung finden muß. Es gibt auf keinem Gebiet eine so ungeheure Entwicklung, wie gerade auf dem Gebiet des Fernmeldewesens.

Die Erweiterung unserer Übertragungsanlagen bedeutet weitere Verkabelungen, Mehrsprechkanäle, weitere Richtfunkanlagen, aber diesmal schon auf neuen Frequenzbändern. Was aber im besonderen Ausmaß noch dazu kommt, ist mehr technisches und gut geschultes Personal für die Erhaltung und Instandhaltung. Hier ist als erste Tranche bereits Vorsorge getroffen worden, um das aufzuholen, was ich in den vergangenen Jahren immer wieder von dieser Stelle aus gefordert habe, nämlich jenes Personal zur Verfügung zu stellen, daß die Anlagen auch so behandelt und instandgehalten werden können, wie es der Verkehr notwendig macht. Dies alles setzt einen weiteren Finanzbedarf voraus.

Ing. Scheibengraf

Ich sprach von der zunehmenden Sprechdichte. Welchen Teilnehmerzuwachs haben wir in Österreich in der kommenden Zeit zu erwarten? Im Fernmeldewesen wird es sich so verhalten wie im kommenden Straßenverkehr. Wir werden auch hier eine Welle von Wünschen auf uns zukommen sehen. 1970 stehen auf der Warteliste über 100.000, im Jahre 1973 schätzt man den Wunsch der Zuschaltungen auf 130.000 und 1977 erwartet man bereits 170.000 Anschlußwerber.

Die Aufgaben, die nunmehr auf uns zukommen, werden also nicht kleiner sein. Man spricht heute da und dort von einem kommenden Sättigungsgrad. Auch der ist noch in weite Ferne gerückt.

Wir haben einen guten Vergleich mit der Schweiz. Die Schweiz mit 6 Millionen Einwohnern verfügt gegenüber uns mit 7,2 Millionen Einwohnern in ihrem Fernmeldewesen bereits über 1,8 Millionen Hauptanschlüsse, Österreich über knapp 1 Million Hauptanschlüsse. Die Zuschaltung von 100.000 Anschlußwerbern war 1969 in der Schweiz trotz dieser hohen Zahl von Hauptanschlüssen möglich; in Österreich konnten 70.000 dazugeschlossen werden.

Die weitere Ausdehnung der Automatisierung, aber auch des Weitfernsprechverkehrs, ist von nicht geringerer Bedeutung. Das hängt leider auch von unseren direkten Nachbarn und nicht allein von den technischen Schwierigkeiten ab. Bei allen übrigen Ländern, die einen durchgehenden Verkehr über Fremdländer haben, stellen sich derzeit der Automation Verrechnungswesen. So verbleibt für uns die sonderer Art entgegen. Sie liegen sowohl in unserem als auch im fremden automatischen Verrechnungswesen. So verbleibt für uns die Durchführung der technisch gut funktionierenden Handvermittlung. Die langen Wartezeiten, die sich jetzt ergeben, sind lediglich auf die permanenten Personalschwierigkeiten in der Fernzentrale „Schillerplatz“ zurückzuführen. Es ist in den letzten Jahren nicht gelungen, die notwendige Zahl von Bediensteten mit den erforderlichen Fremdsprachenkenntnissen für diesen Dienst zu gewinnen. Die gegebene Einstufung und die Honorierung sind die Hauptursachen dieses Mißlingens.

Nachdem die Automatisierung dieses Weitfernsprechverkehrs im großen nicht in absehbarer Zeit erreichbar sein wird, wird daher der besseren Handvermittlung das Augenmerk zugewendet werden müssen.

Aber auch bei der Entwicklung des Fernschreibverkehrs stellen wir eine sozusagen steigende Warteliste fest: 1968 146 Wartende, 1969 316 und 1970 321.

Wenn ich nur darauf verweise, daß das alles Aufgaben sind, die in allernächster Zeit einer Erledigung zugeführt werden müssen, so ersehen wir daraus die Größe des Notwendigen.

Ich kann also darauf aufmerksam machen, daß der Sättigungsgrad für die Beschaffung solcher Anlagen in Österreich noch lange nicht erreicht ist und daß die hierfür zuständige Schwachstrom- und Kabelindustrie, natürlich bei entsprechender finanzieller Vorausplanung, in den nächsten zehn Jahren sicher einer vollen Auslastung entgegengehen kann.

Wir haben im Fernmeldedienst nach Beendigung der gebietsmäßigen Automation weitere große Aufgaben: die technische Entwicklung selbst, die Inlandssprechdichte, den Weitfernsprechverkehr und darüber hinaus noch für den Interkontinentalverkehr die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen.

Die besonderen Anforderungen an das technische Personal im mittleren Dienst und im Warte- und Entstörungsdienst bedingen auch eine entsprechende Ausrüstung, vor allem des Bau- und Erhaltungsdienstes. Die Ausrüstung mit entsprechendem Werkzeug, Kraftfahrzeugen und deren Unterbringung ist notwendig. Hier wird der derzeitige Bundesminister alles tun, um die Erschwerungen, die dieser Personenkreis in der letzten Zeit bei seiner Dienststerfüllung auf sich nehmen mußte, nach Tunlichkeit zu mildern und hier Abhilfe zu schaffen.

Ich darf aber auch darauf noch einmal verweisen, daß die Diplomingenieure in diesem technischen Dienst verantwortliche Träger sind, und es von diesen sehr unangenehm aufgenommen wird, daß sie von der Leitungsspitze fast ausgeschlossen sind.

Ich darf nun zum Schluß dem gesamten Personal des Post- und Fernmeldedienstes für ihre fortwährenden Höchstleistungen vor allem in Zeiten, wo wir mit unseren Familien Urlaube oder Feiertage verbringen, Dank und Anerkennung aussprechen. *(Beifall bei der SPO.)*

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Blenk das Wort.

Abgeordneter Dr. **Blenk** (OVP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mir erlauben, vom Blickpunkt der Wirtschaft aus einige Aspekte und Probleme aufzuzeigen, die sich bei der Ausgestaltung des österreichischen Verkehrssystems ergeben.

Mein Freund Glaser hat bereits darauf hingewiesen, daß es offensichtlich noch zu keinem klaren Bild bei der Regierungspartei gekom-

Dr. Blenk

men ist, daß noch keine sehr handfesten und greifbaren Vorstellungen darüber bestehen, wie sich die österreichische Verkehrspolitik im Gesamten in der Zukunft darstellen soll. Ich meine, daß auch die Regierungsvorlage der heutigen Bundesregierung noch wenig konkrete Anhaltspunkte dafür bietet. Es sind erst gewisse fragmentarische Teile eines Programms bekanntgeworden, an dem die heutige Regierung seit dem Sommer des vergangenen Jahres, wo die Tagung auf dem Kahlenberg stattfand, arbeitet. Ich möchte mit vielen Menschen und meinen Freunden hoffen, daß dies denn doch noch nicht die endgültige Fassung und Konzeption des Verkehrskonzeptes sein kann.

Meine Damen und Herren! Wir leben in einer Zeit, in der der Trend zur großräumigen Arbeitsteilung ständig stärker wird, in der das Mobilitätsbewußtsein der Bevölkerung ständig zunimmt, das Tages- und Wochenpendlerproblem immer größere Dimensionen erhält und in der das Regenerationsbedürfnis vor allem auch der Stadtbewohner in Verbindung mit einer doch laufenden Verkürzung der Arbeitszeit stark anschwillt.

Ich meine daher, daß es zu den vordringlichsten staatspolitischen Aufgaben zählt, für eine Entwicklung des Verkehrssystems zu sorgen, das den sich daraus ergebenden Verkehrs- und Kommunikationsbedürfnissen der Bevölkerung gerecht wird. Wir sollten nämlich nicht verkennen, daß die Entwicklung des Verkehrs — das ist eine Tatsache, der wir täglich aufs neue gegenüberstehen — auch Gefahren besonderer Art beinhaltet. Ich meine hier den gesamten Fragenkomplex der Verkehrssicherheit, der sich vor allem in den Ballungsräumen durch die ständig wachsende Verkehrsnote ja besonders deutlich demonstriert.

Daß dazu neben einer nach klaren funktionellen Gesichtspunkten erfolgenden Ausgestaltung des Straßennetzes auch ein möglichst attraktiver Ausbau der Einrichtungen des Massenpersonennahverkehrs notwendig ist, und zwar in einem sehr harmonischen, optimalen Zusammenwirken zwischen den innerstädtischen Verkehrsbetrieben, den Eisenbahnen, den Kraftfahrlinien und so weiter, wird heute von niemandem mehr bestritten.

Nun, die gegenwärtige Bundesregierung — und auch das wurde von meinem Freund Glaser schon dargetan — hat von ihrer Vorgängerin zur Bewältigung all dieser Probleme sehr wertvolle Unterlagen übernommen. Ich möchte mir daher gestatten, auf einige jener Probleme einzugehen, die im Rahmen des Verkehrsressorts und der ihm angegliederten großen Verkehrs- und Nachrichtenbetriebe be-

sonders dringlich erscheinen. Dabei gehe ich davon aus, daß die Basis allen Verkehrs die Verkehrsinfrastruktur ist. Nun ist bereits für den Bereich der Straßen mit der Neubewertung des Bundesstraßennetzes eine wesentliche Grundlage für eine künftige, dem Bedarf entsprechende Regelung geschaffen worden. Auch die Ausgestaltung des Eisenbahnnetzes müßte geregelt sein mit jenem längerfristigen Investitionsplan, den das ebenfalls unter dem früheren Verkehrsminister Weiß ausgearbeitete Bundesbahngesetz vorschreibt, ein Gesetz, das seinerzeit leider nur mit den Stimmen der Österreichischen Volkspartei beschlossen wurde.

Herr Bundesminister! Es wäre wünschenswert, wenn dieser Plan, soweit er die Ausgestaltung des Schienennetzes betrifft, in seinen großen Zügen der Öffentlichkeit bald zugänglich gemacht würde, auch deswegen, weil er ja für die Frage eventueller Standortbestimmungen der Wirtschaft doch von entscheidender Bedeutung ist.

Was mir fehlt, Herr Bundesminister, ist die bis heute noch nicht übersehbare Abstimmung der Verkehrsinfrastrukturpläne, vor allem der Schiene und der Straße. Dabei wäre vor allem sicherzustellen, daß etwa große Güterbahnhöfe als Verkehrserreger ersten Ranges auch über hochleistungsfähige Straßenverbindungen nach jenen Industrieregionen verfügen, die bekanntlich einen besonders hohen Verkehrsbedarf ausweisen.

Bezüglich der Ausgestaltung des Schienennetzes darf ich als Vorarlberger Abgeordneter vor allem auf den Ihnen hinlänglich bekannten langjährigen und sachlich äußerst dringlichen Wunsch nach dem zweigleisigen Ausbau der Arlberg- und Rheintalstrecke verweisen.

Ich glaube, daß die große Zukunftsaufgabe der Eisenbahn neben dem Ausbau der straßenunabhängigen Massenpersonennahverkehrswege gerade in den Ballungsräumen liegt, daß sie weiter in einem sehr raschen Fernreise- und Ferngüterverkehr liegt und daß sie dazu beitragen muß, daß die Wirtschaft rasch und verläßlich mit Gütern versorgt wird. Für Großbetriebe mit ausreichendem Gütertransportbedarf sollte die Errichtung von Anschlußbahnen wohl noch stärker als bisher gefördert werden, erforderlichenfalls etwa durch gemeinsame Stammstrecken mit Abzweigungen zu einzelnen Betrieben.

Die Vortreibung des Ausbaues wichtiger Großgüterbahnhöfe in industriellen Ballungsräumen muß ebenfalls mit Nachdruck gefordert werden. Herr Bundesminister, Sie gestatten, daß ich in diesem Rahmen auf das Ihnen ja sattsam bekannte Problem des Güter-

Dr. Blenk

bahnhofes Wolfurt zu sprechen komme, wobei ich Ihnen in der Sache selbst nichts Neues sagen kann, aber Sie doch etwas fragen möchte.

Vor kurzem hat hier in Wien die Verkehrskonferenz stattgefunden. Ich habe mir erlaubt, seinerzeit mit anderen Kollegen aus Vorarlberg im Rahmen der Debatte im Finanz- und Budgetausschuß die Dotierung, die im vorliegenden Budget dafür aufscheint, zu kritisieren. Für den Güterbahnhof Wolfurt sind 45 Millionen Schilling vorgesehen. Die Vorschläge der Bundesbahndirektion lauteten, wie ich weiß, auf 135 Millionen Schilling; ursprünglich waren sogar 150 Millionen gewünscht worden.

Sie haben auf meine damalige Frage repliziert, es sei soviel im Budget vorgesehen worden, als im kommenden Jahr verbaut werden könne. Nach meinen inzwischen eingeholten Informationen ist das technisch nicht richtig. Es wäre also durchaus — und das scheint ich mit den Bundesbahnexperten übereinzustimmen — möglich, daß wesentlich höhere Mittel bereitgestellt werden könnten.

Ich frage Sie also nun: Ist diese Auskunft von damals, die Sie auch für die kommenden Jahre aufrechterhalten haben, daß also praktisch das erbaubare Volumen auch budgetmäßig festgelegt wird, richtig, und wie läßt sie sich mit dem diesjährigen Ansatz für Wolfurt vergleichen?

Ein besonderes Anliegen ist ferner das Problem der kombinierten Verkehrssystematik, sind also die verschiedenen Formen des kombinierten Verkehrs. Ich nenne hier den Großbehälterverkehr, der die Notwendigkeit einer engen Kooperation zwischen Eisenbahnen und Speditionen aufwirft, den Eisenbahnsammelungsverkehr der Spediteure und so weiter.

Ich bin der Meinung, daß der Ausbau der Kooperation zwischen den verschiedenen Verkehrsträgern an sich überhaupt wertvoller sein müßte als etwa Bestrebungen einer gewissen, um nicht zu sagen extremen Schutzpolitik zugunsten der Schiene gegen die Kraftfahrzeuge; und zwar in einer Zeit — und darauf hat Kollege Mussil schon in einem früheren Beitrag, beim Kapitel Handel, Gewerbe und Industrie hingewiesen —, in der die Bundesbahnen kaum, ja zum Teil überhaupt nicht mehr in der Lage sind, das stark steigende Beförderungsvolumen noch aufzunehmen.

Eine solche Schutzpolitik zugunsten der Eisenbahnen gegen die Straße ist kein Zeichen eines besonderen Vertrauens in die Zukunftschancen der Eisenbahn, einer Eisenbahn, die zweifellos durch die technologische Entwicklung in ihrem eigenen Bereich meiner Überzeugung nach noch große Möglichkeiten hat.

Wenn ich nun das Thema dieser Schutzpolitik anziehe — vor allem das Problem der Lizenzierung des Werksverkehrs, von der man sich, wie ich höre, eine wesentliche Verbesserung der finanziellen Lage der ÖBB erwartet —, so muß ich feststellen, daß wir hier eine falsche Vorstellung hätten, wenn man davon ausginge, daß ein echter Wettbewerb, etwa im Werksnahverkehr oder auch im gewerblichen Güternahverkehr, mit der Bundesbahn besteht. Ich bin vielmehr der Meinung, daß beide eine echte Ergänzungsfunktion zur Schiene erfüllen, eine Ergänzungsfunktion, die wahrscheinlich nicht zuletzt dafür maßgeblich ist, daß sich das Beförderungsvolumen der Eisenbahn in den letzten Jahren so massiv gehoben hat.

Etwas anders, aber auch im Prinzip, glaube ich, ähnlich, ist die Situation in den Fernverkehrsbereichen. Der Werksfernverkehr ist derzeit ja noch in einem sehr bescheidenen Rahmen geblieben im Verhältnis zum Gesamtbeförderungsvolumen der ÖBB. Ich nenne nur zwei Ziffern: 1,8 Millionen Tonnen Umschlagsvolumen im Werksfernverkehr im Jahre 1969; Gesamtbeförderungsvolumen der Eisenbahnen rund 52 Millionen Tonnen, davon etwa 47 Millionen durch die ÖBB.

Daher glaube ich, daß eine Lizenzierung des Werksfernverkehrs, wie sie offensichtlich beabsichtigt und wie sie im übrigen in kaum einem anderen Land bekannt ist, außer — soweit ich erhoben habe — in den Niederlanden, kaum zu den von Ihnen erhofften Auswirkungen im Sinne der ÖBB führen wird.

Auch der gewerbliche Güterfernverkehr auf der Straße mit seinem im Jahre 1969 ausgewiesenen etwa 5,8 Millionen Tonnen Beförderungsvolumen ist zwar von größerer Bedeutung, wird aber trotzdem, glaube ich, keine wesentliche Einschränkung der Möglichkeiten der ÖBB bedeuten.

Ich möchte doch zu bedenken geben, daß der gewerbliche Güterfernverkehr in einem modernen Verkehrssystem eine sehr wesentliche Aufgabe erfüllt. Ich nenne nur zwei aus der jüngsten Vergangenheit uns bekannte Fakten. So primär die Heizölversorgungskrise des vergangenen Winters, wo die Versorgung der Fremdenverkehrsgebiete beispielsweise infolge der langanhaltenden Vereisung der Donau nur im Umweg und dank der gewerblichen Güterfernverkehrskapazitäten möglich war. Ähnliche Situationen haben sich auch im Sommer ergeben, als die italienischen Staatsbahnen vorübergehend die Aufnahme von Gütern verweigerten und die dringlichen Warentransporte nach den südlichen Häfen ebenfalls nur im Wege des Straßengüterverkehrs möglich waren.

Dr. Blenk

Unabhängig davon gibt es auch noch verständlicherweise eine ganze Reihe von Fällen, in denen Güter eben, ich würde sagen, kraft ihrer Struktur im Fernverkehr verladen werden müssen, sei es weil sie eine besondere Umladeempfindlichkeit oder aber streng termingebundene Transporte zum Gegenstand haben.

Trotzdem möchte ich hier sagen: Wir kennen uns, Herr Bundesminister, dazu — und das hat auch mein Freund Glaser schon dargelegt —, daß eine übermäßige Ausweitung der Kapazität in diesem Verkehrsbereich unterbleiben soll. Das ist im übrigen auch in dem Verkehrskonzept der Vorgängerin dieser Regierung, also der ÖVP-Alleinregierung, schon entsprechend zum Ausdruck gebracht worden. Die Regelung muß jedoch vernünftig sein und muß gleichzeitig sicherstellen, daß vom Staate nicht alles abgeschöpft wird, was zur Fahrzeughaltung und -erneuerung im Interesse der Verkehrssicherheit notwendig ist.

Wenn wir also eine vernünftige Kapazitätsüberwachung vertreten, dann nicht zuletzt deshalb, weil das österreichische Straßennetz — das sind eben bei uns Spezifika — mit Rücksicht auf die topographische Situation unseres Landes relativ weitmaschig ist und weil im übrigen mit Rücksicht auf die Funktion Österreichs als Transitland auch der internationale Verkehr bei uns zweifellos überdurchschnittliche Ausmaße erreicht hat.

Vor allem setzen wird aber auf den Ausbau der Kooperation zwischen Schiene und Straße. Und dies, meine Damen und Herren, glaube ich, ist zweifellos der bessere Weg als eine zentrale Verkehrslenkung oder etwa gar Verkehrsverbote.

Herr Bundesminister! Meine Damen und Herren! Ich möchte zum Schluß kommen. Ich bin auch der Meinung, die heute schon dargelegt wurde, daß wir gemeinsam an einer konstruktiven Verkehrspolitik arbeiten sollten. Ich meine, daß diese Politik aber nicht in Verkehrsaufteilungsplänen bestehen kann, die weitab von jeder wirtschaftlichen Realität und von dem heute schon erwähnten notwendigen Wettbewerbsstandpunkt stehen.

Wenn die österreichische Wirtschaft ihre Wettbewerbsfähigkeit erhalten will, ihre Fähigkeit, die sie notwendig braucht für die Entwicklung im internationalen Bereich, für die Entwicklung ihres Wirtschaftswachstums, dann muß ihr, Herr Bundesminister — ich hoffe, daß wir hier übereinstimmen —, die Möglichkeit gesichert bleiben, im Einzelfall jenes Verkehrsmittel zu wählen, das kraft seiner technischen und organisatorischen Vorzüge eben das zweckmäßigste ist.

Ich glaube, daß es die Aufgabe, die wesentlichste Aufgabe der Verkehrspolitik ist, dafür zu sorgen, daß sich die einzelnen Zweige und Bereiche der Verkehrswirtschaft unter voller Nutzung und Nutzungsmöglichkeit des technologischen Fortschrittes auf ihre arteigenen Aufgaben konzentrieren und sich damit im Interesse der Gesamtwirtschaft und der Gesellschaft optimal entfalten können. Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordnetem Melter das Wort.

Abgeordneter **Melter** (FPO): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Blickpunkt der Bevölkerung stehen Bahn und Post deshalb, weil ein sehr großer Bevölkerungsteil doch täglich auf diese Einrichtungen angewiesen ist, darauf angewiesen ist, sie zu nutzen und aus ihnen Nutzen zu ziehen. Es ist deshalb klar und verständlich, daß auch in diesem Hohen Hause den Problemen der Verkehrswirtschaft in diesen zwei Bereichen besondere Beachtung geschenkt wird.

Bei den Bundesbahnen stehen unserer Ansicht nach im Vordergrund einige wesentliche Forderungen, die darauf ausgerichtet sind, die Sicherheit im Bahnverkehr zu verbessern, die Beschleunigung des Verkehrs zu steigern und das Verkehrsangebot und den Komfort zu erhöhen.

Wenn ich beim dritten Punkt bleibe, so muß man sagen, daß gerade im Personenverkehr sicher schon Fortschritte erzielt worden sind, daß es jedoch notwendig ist, in diesem Bereich schnellere Fortschritte herbeizuführen. Das ist nicht allein abhängig von der Bereitstellung zusätzlicher Mittel, sondern auch abhängig von der Einstellung des Personals. Wir freuen uns, feststellen zu können, daß die neue Bundesregierung in ihrem Programm eine Fortentwicklung des Erneuerungsprogramms insbesondere auch bei den Personenwaggons vorgesehen hat. Es sollen innerhalb von zehn Jahren 500 moderne Waggons angeschafft werden.

Das wird sicher zu einer Verbesserung und auch zu einer Steigerung des Verkehrsaufkommens führen, und wir sind überzeugt, daß dann, wenn dieses Angebot den Vorstellungen und Wünschen der Interessenten entspricht, auch das Interesse an der Benützung automatisch weiterwachsen und sich damit eine wünschenswerte Umsatzsteigerung ergeben wird, die die Einnahmen dieses Betriebes verbessern wird.

Wenn man auf die an und für sich keine Kosten verursachenden Dienstleistungen zu sprechen kommt, so ist im besonderen hervor-

2334

Nationalrat XII. GP. — 28. Sitzung — 17. Dezember 1970

Melter

zuheben, daß es leider immer wieder vorkommt, daß die wartenden Passagiere im Fall von Zugverspätungen nicht darauf hingewiesen werden, wie lange sie etwa warten müssen. Besonders kraß ist dies vor zwei Monaten auf dem Westbahnhof in Erscheinung getreten. Nicht umsonst sind in verschiedenen Zeitungen kritisierende Artikel darüber erschienen.

Mir scheint es notwendig zu sein, darauf nochmals einzugehen, obwohl diese ungünstigen Verhältnisse in der Zwischenzeit doch einigermaßen bereinigt sind.

Darauf eingehen muß man wegen des Hinweises von Hofrat Dr. Dultinger, daß insbesondere bei der Einstellung von Weichenstellern überraschend Schwierigkeiten aufgetreten wären. Die Männer, die die Weichen händisch zu bedienen hatten, mußten in aller Eile gesammelt werden. Dieser Ausdruck „in aller Eile gesammelt“ weist darauf hin, daß die Planung anscheinend so mangelhaft war, daß man nicht vorausgesehen hat, daß diese Weichensteller in dem Zeitraum, in dem die Umbaumaßnahmen begonnen werden, also die Fernbedienung ausfällt, bereitstehen müssen. Ich begreife nicht, daß man bei einem derart großen Bauvorhaben diese personellen Voraussetzungen nicht rechtzeitig geklärt hat.

Dies ist ein Zeichen dafür, daß man doch vielleicht zuviel von Planung spricht, aber trotzdem zuwenig Vorsorge trifft. Gerade von einem Betrieb, der doch schon so lange in Tätigkeit ist, sollte man annehmen können, daß die zentralen Führungs- und Planungsstellen in der Lage sind, die Vorarbeiten so einwandfrei durchzuführen, daß derartige Benachteiligungen derjenigen Personen, die Dienstleistungen in Anspruch nehmen können, unterbleiben.

Ich darf also den Herrn Bundesminister in diesem Zusammenhang eindringlich bitten, der Dienstleistung an den Kunden doch mehr Aufmerksamkeit zu schenken und das Problem der Auskunfterteilung an wartende Bahnkunden, dessen Lösung nichts kostet, einwandfrei zu betreuen, damit in Zukunft diesbezüglich keine Klagen mehr auftreten.

Im Westbahnhof wird ja daran gearbeitet, auch die Wechsel zu heizen, sodaß die früheren Ereignisse, nämlich Verstopfungen bei der Einfahrt beziehungsweise bei der Ausfahrt, nicht mehr vorkommen. Bisher haben wir ja in diesem Winter viel Glück gehabt. Ich hoffe, daß dieses Glück anhält, bis die Neuinstallation tatsächlich wirksam werden kann.

In Zusammenhang mit dem Problem der Erhöhung der Sicherheit stehen meiner Mei-

nung nach auch die Fragen der weiteren Ausbaumaßnahmen insbesondere in jenen Bereichen mit sehr viel Verkehrsaufkommen, mit einer knappen Zugfolge, wo nur ein Gleis zur Verfügung steht. Hier sind insbesondere die Tauernstrecke und die Arlbergstrecke zu erwähnen. Wenn man aber den Haushaltsvoranschlag ansieht, muß man zu der Auffassung gelangen, daß für derartige Investitionen nur sehr beschränkt Mittel eingesetzt worden sind.

Dr. Blenk hat ja schon darauf hingewiesen, daß es ein altes Anliegen Vorarlbergs ist, die Strecke zwischen Bregenz und Bludenz zweigeleisig auszubauen. Es muß in Erinnerung gerufen werden, daß schon 1910, also noch zu Kaisers Zeiten, die ersten Wünsche in dieser Richtung vorgetragen worden sind, und es darf vielleicht auch darauf hingewiesen werden, daß noch zu Kaisers Zeiten die Baufortschritte im Bahnbereich trotz geringerer technischer Möglichkeiten und trotz des Umstandes, daß sicher auch die Wirtschaftskraft des Staates nicht so groß war, wie es derzeit der Fall ist, wesentlich zügiger vor sich gegangen sind.

Das heißt also, es müßte heute erwartet werden können, daß die Bahnverwaltung — unter Umständen auch mit staatlicher Hilfe — in die Lage versetzt wird, derartige als notwendig erkannte Baumaßnahmen mit wesentlich größerem Fortschritt durchzuführen, das heißt also, schneller zu bauen, um so die getätigten Investitionen auch wieder schneller amortisieren zu können, weil ja die Umsatzsteigerung zweifellos auch eine Ertragssteigerung zur Folge haben wird.

Wir erkennen heute bei den ganzen Finanzierungsfragen gegenüber früher eine erhebliche Änderung in der Einstellung. Dies zeigt sich etwa an den Verhandlungen, die mit den Gebietskörperschaften geführt werden, um Kredite für Ausbaumaßnahmen zur Verfügung gestellt zu erhalten.

Hier stehen derzeit die Bundesländer Wien und Vorarlberg im Vordergrund, mit denen über einen beschleunigten Ausbau und zum Teil auch über eine beschleunigte Elektrifizierung Verhandlungen geführt werden, um diese zusätzlichen Geldmittel außerhalb des derzeitigen Budgets bereitgestellt zu erhalten.

Es liegt insbesondere auch die Forderung des Landes Vorarlberg vor, nun wenigstens zwischen Feldkirch und Dornbirn mit dem zweigeleisigen Ausbau zu beginnen. Wir haben von 1953 bis 1964 ein Zehn-Jahres-Investitionsprogramm gehabt. Im Rahmen dieses Programms ist ein Teil des zweigeleisi-

Melter

gen Ausbaues auf der kurzen Strecke von Bregenz nach Lauterach hergestellt worden. Seither ruhen alle diesbezüglichen Maßnahmen. Dies ist ein sehr bedauerlicher Umstand, der an und für sich nicht erklärlich ist, wenn man weiß, daß wegen der engen Zugfolge, wegen der vielen Kreuzungen, wegen der dadurch hervorgerufenen Verspätungen die Notwendigkeit besteht, diese Behinderungen durch die Zweigeleisigkeit zu beseitigen.

Wenn man nun nur bescheidene Mittel für diesen Ausbau zur Verfügung stellt — die von den Bundesbahnen in geringerem Maße als vom Land erwartet werden müssen —, so ist dies eine Vorgangsweise, die sicher nicht zu befriedigen vermag. Es liegt ja zunächst im Interesse der Bundesbahnen, diese Investitionen durchzuführen, und erst in zweiter Linie im Interesse des Landes. Die Aufgabe der Bundesbahnen ist es, diese Maßnahmen zu betreiben, fortzuführen und auch für die Finanzierung zu sorgen.

Eines der weiteren wesentlichen Probleme der Bahnverwaltung ist die Schaffung der zentralen Güterumschlagplätze. Hier stehen derzeit auch wieder Wien und Vorarlberg im Vordergrund, wobei allerdings offensichtlich seitens der Bahnverwaltung dem Zentralraum Wien wesentlich mehr Bedeutung und Beachtung, aber auch Entgegenkommen zuteil wird als dem Raum Vorarlberg.

Hier muß ich auf den Bau des Güterbahnhofes Wolfurt hinweisen, dessen Planung an und für sich erst dadurch zustande gekommen ist, daß wegen der Planungen der Autobahn im Raume Bregenz ein Anstoß gegeben wurde. Es ist aber sicher, daß dieser zentrale Güterumschlagplatz vom Prinzipiellen her durch den Bahnbetrieb notwendig geworden ist, da seit Jahren schon der Güterumschlag in Vorarlberg durch die bestehenden Einrichtungen nicht zufriedenstellend betreut werden konnte und daß damit verbunden wahrscheinlich erhebliche Umsatzausfälle zu verzeichnen gewesen sind, weil sich Firmen daher mehr dem Werksverkehr zugewandt haben.

Aber gerade wegen der extremen Lage des Landes Vorarlberg wäre eine befriedigende Betreuung äußerst dringlich, weil ja auf weite Entfernungen zweifellos der Bahntransport erhebliche Vorteile bietet.

Nun hat man im heurigen Budget für den Güterbahnhof Wolfurt 45 Millionen Schilling eingesetzt, im vergangenen Jahr waren es 25 Millionen Schilling. Es ist bekannt, daß bei dem notwendigen Gesamtaufwand mit derartigen Kapitalbeistellungen bei weitem nicht das Auslangen gefunden werden kann. Es hat

schon die ÖVP-Alleinregierung zu viele Versprechungen gemacht, die nicht eingelöst worden sind. Man hat nur den halben vorgesehenen Betrag eingesetzt, der zugesagt worden war. Auch in diesem Jahr ist mit den 45 Millionen Schilling keine zweckmäßige Baumaßnahme möglich, denn es ist erwiesen, daß durch die geringen zur Verfügung stehenden Mittel erhebliche Mehrkosten erwachsen, weil ja für die Baustelleneinrichtung und für die Bereitstellung der Baumaschinen die Kosten täglich auflaufen. Wenn man nun durch lange Verzögerung einen Abschluß der Arbeiten verhindert, wird dadurch natürlich automatisch der Kostenanteil für den Einsatz der Maschinen wesentlich größer. *(Abg. Machunze: Herr Kollege Melter! Stellen wir gemeinsam einen Abänderungsantrag! Ich gehe mit!)*

Herr Abgeordneter Machunzel Sie sind leider immer zu spät daran. Sie hätten im vergangenen Jahr als Sprecher Ihrer Fraktion, als Obmann des Finanzausschusses so gute Möglichkeiten gehabt, dies allein in die Wege zu leiten. Sie hätten es also in der Hand gehabt. *(Abg. Machunze: Aber heute will ich Ihnen helfen!)* Heute haben Sie leere Hände, kraftlose Hände ... *(Heiterkeit. — Abg. Ing. Helbich: Wird schon wieder kommen!)* Herr Ing. Helbich! Jedenfalls etwas kräftigere als Ihre. Ich will nicht übertreiben. *(Abg. Dr. Mussil: Das einzige, was Sie vollnehmen, ist Ihr Mund, Herr Kollege Melter!)* — Herr Mussil! Da bin ich wieder bescheidener als Sie. An Ihre Qualitäten reiche ich diesbezüglich nicht heran. *(Heiterkeit und Zustimmung bei der FPÖ.)*

Nun zurück zum Güterbahnhof. Ich ersuche Sie, Herr Bundesminister, diesem Problem Ihr besonderes Augenmerk zuzuwenden und danach zu trachten, daß durch Bereitstellung ausreichender Mittel die Gewähr dafür geboten ist, daß man wirtschaftlich baut und daß man dadurch auch in die Lage versetzt wird, dem laufend wachsenden Produktionsergebnis der Vorarlberger Wirtschaft einen entsprechenden Umschlagplatz zu bieten.

Nun zum dritten Thema in diesem Zusammenhang, zur Beschleunigung. Wir haben mit Freude festgestellt, daß einige Zugführungen wesentlich schneller erfolgen, als dies noch vor relativ kurzer Zeit der Fall war. Allerdings stellt man als Benützer der Bundesbahnen des öfteren fest, daß das Fahrverhalten etwas ungemütlich wird, wenn der Zug oder die Waggonen zuviel schütteln und holpern. Ein Zeichen dafür, daß der Oberbau einige Injektionen nötig hätte, ein Zeichen aber auch dafür, daß man wahrscheinlich mit den

Melter

eingesetzten 18 Millionen Schilling keine allzu große Leistung wird erbringen können.

Es darf darauf hingewiesen werden, daß in anderen Ländern bezüglich der Geschwindigkeit der Züge ganz andere Konzepte, wesentlich weiter reichende Konzepte vorliegen, als dies in Österreich der Fall ist. Das weltbekannte Beispiel ist der „Tokaido“ in Japan mit einer Reisegeschwindigkeit von über 200 Stundenkilometern. (*Abg. Graf: Hikari-Expresß heißt er!*) Nein!

Diese Beschleunigung wird bei uns in Österreich bei weitem nicht erreicht. Es fehlen dafür auch noch außerordentlich viele Voraussetzungen.

Wenn man weiß, daß schon sehr weitreichende Planungen vorliegen, in Japan eine Strecke zu erstellen, auf der Züge mit einer Geschwindigkeit bis zu 500 Stundenkilometern verkehren sollen, so zeigt dies, daß man Möglichkeiten hat, den Personenreiseverkehr äußerst attraktiv zu machen, denn wenn man mit dieser Geschwindigkeit von Wien nach Innsbruck in einer Stunde fahren könnte, würde es zweifellos niemandem mehr einfallen, für diese Strecke ein Flugzeug zu benutzen, insbesondere unter zusätzlicher Berücksichtigung des Umstandes, daß man doch mit einem pünktlicheren und mit einem gefährloseren Verkehr rechnen kann.

Der Hinweis, daß Japan günstigere Möglichkeiten in geographischer Hinsicht hätte, ist in diesem Zusammenhang nicht stichhältig. Im Gegenteil: Die Gegebenheiten sind dort wesentlich schwieriger als in Österreich, wenn man weiß, daß diese neue Verkehrslinie zu etwa 85 Prozent in Tunnels verlegt werden muß. In Österreich wäre sicherlich ein derartiger Umfang der Tunnellierung nicht nötig.

Wir Freiheitlichen würden von der Bundesregierung sehr gerne wissen, was sie an längerfristigen Programmen vorgesehen hat. Bisher ist dazu nichts transparent geworden, nichts in die Öffentlichkeit gedrungen, und nicht einmal in den zuständigen Ausschüssen hat man darüber etwas Eingehendes gehört, geschweige denn entsprechende Unterlagen erhalten.

Im Zusammenhang damit kommen wir auch zur Frage der Finanzierung. Ich muß in Erinnerung rufen, daß die Sprecher der SPÖ bei der Schaffung des Bundesbahngesetzes dieses äußerst scharf kritisiert haben. Nun wurde im Ausschuß mitgeteilt, daß keine Änderung beabsichtigt wäre, beziehungsweise in einer Zurschrift wurde dann die Feststellung getroffen, daß voraussichtlich nur zwei Paragraphen abgeändert werden sollen.

Der Mangel dieses Bundesbahngesetzes beziehungsweise der Einrichtung der Österreichischen Bundesbahnen ist wohl hauptsächlich immer noch darin zu suchen, daß bezüglich der Finanzierung dieser Investitionsvorhaben keinerlei Sicherheit und Gewähr auf lange Sicht besteht.

Es muß jeweils von Budgetberatung zu Budgetberatung abgewartet werden, welche Mittel bereitgestellt werden und was damit dann getan werden kann. Offensichtlich ist jetzt ein SPÖ-Finanzminister in der Minderheitsregierung auch nicht anders eingestellt wie früher die Finanzminister in der Koalitionsregierung beziehungsweise in der ÖVP-Alleinregierung. Wir Freiheitlichen würden gerne sehen, daß sich die ursprünglich erhobene Kritik nun in etwa doch in Taten umsetzt und daß man die Voraussetzungen dafür schafft, daß die Österreichischen Bundesbahnen auch in finanzieller Hinsicht unabhängiger gestellt werden, daß sie auf lange Sicht besser und einwandfreier planen können.

Es wurde von zuständiger Seite darauf hingewiesen, daß ein Zehnjahresprogramm, das allerdings öffentlich nicht bekannt ist, 24 Milliarden Schilling Investitionen erforderlich macht, was also einer Jahrestangente von 2,4 Milliarden Schilling entspricht. Dafür fehlen jedoch in dem Budget 1971 die erforderlichen Ansätze, auch unter Berücksichtigung des Sonderbudgets. Das ist zweifellos ein Mangel, der dazu führen wird, daß im Bereiche der Bundesbahnen nicht das gemacht werden kann, was als notwendig angesehen worden ist.

Im Budgetausschuß habe ich den Herrn Bundesminister gefragt, wie sich die Dieselpreiserhöhung in den von ihm zu beaufsichtigenden Betrieben auswirken wird. Die Antwort war, daß der Finanzminister Vorsorge zu treffen hätte. Nun sieht man aber im Budget diesbezüglich keine Vorsorgen, was etwa zur Folge haben wird, daß unter Umständen zur Aufrechterhaltung des Betriebes, zur Bereitstellung der Betriebsstoffe Mittel herangezogen werden, die ursprünglich für Investitionen vorgesehen waren. Davor möchten wir Freiheitlichen allerdings warnen. Denn man kann notwendige Investitionen nicht immer weiter hinausschieben und damit unter Umständen Gefahr laufen, daß manche Erfordernisse der Sicherheit und des Fortschrittes vollständig unberücksichtigt bleiben.

Nun komme ich zu einem besonderen Problem, das ist der Personalmangel bei den Österreichischen Bundesbahnen. Zu diesem Thema haben wir eine diametral entgegengesetzte Argumentation bei Vorrednern ver-

Melter

folgen können, wenn man nämlich aus politischen Gründen Bewerber zurückstellt beziehungsweise nicht aufzunehmen beabsichtigt. Das ist eine Vorgangsweise, die wir Freiheitlichen vom Prinzipiellen her ablehnen müssen, die wir zur Zeit der Koalitionsregierung schon mit allem Nachdruck bekämpft haben und die wir auch bei der ÖVP-Alleinregierung genauso wie bei der SPÖ-Minderheitsregierung beanstanden. Jeder Staatsbürger hat das gleiche Recht auf einen seinen Fähigkeiten und seiner Ausbildung angemessenen Arbeitsplatz. Wenn ein derartiger Arbeitsplatz im Bereich von Betrieben, die von der Regierung oder von einem Minister verantwortlich geleitet werden, frei ist, so sehen wir es als selbstverständlich an, daß hier keine politischen Ausschluss- oder Hinderungsgründe geduldet werden.

Wir möchten allerdings der ÖVP zu ihrer Kritik sagen, sie sollte dort, wo sie selber zuständig ist, diese Kritik in den eigenen Reihen anbringen und dort ebenfalls nach dem Rechten sehen. Es würde dies sehr wesentlich zur politischen Befriedung beitragen. Es ist ja oft so, daß man gerade in diesem Bereich weniger schriftlich — das kommt selten vor; das kommt nur vor, wenn besonders Ungeschickte tätig sind — diese unqualifizierbaren Einwendungen geltend macht, viel öfters wird dies in Art eines mündlichen Dienstzeugnisses getan. Da sind dann die Auswirkungen schwerer zu überprüfen und auch die Wege, die derartige Einwendungen genommen haben.

Nun zu einem Artikel in den „Oberösterreichischen Nachrichten“ mit der Überschrift „Bundesbahn droht Krise. In Linz 4000 Bedienstete vor der Pensionierung“. Es wird ausgeführt, daß in Kürze, also innerhalb von drei Jahren, wegen Erreichung des Pensionsalters etwa 4000 Bedienstete aus allen Bereichen der Bahndirektion Linz, also aus allen Tätigkeitsbereichen, auch bei den Fahrdienstleitern oder wichtigen technischen oder verwaltungsmäßigen Positionen, Personen ausscheiden werden und daß dadurch für die Aufrechterhaltung eines ordnungsgemäßen Dienstbetriebes Gefahr besteht.

Es sind dies bedenkliche Erscheinungen, und es wird notwendig sein, hier zielführende Maßnahmen zu setzen, um diesem Personal-mangel doch einigermaßen zu begegnen. Dabei möchten wir warnen vor sogenannten Schnellsiederkursen, vor zu früher Beschäftigung oder vor der Betrauung Jugendlicher mit verantwortungsvollen Positionen. Dies könnte auch die Unfallgefahr sowohl für die Bediensteten selber, aber auch für die Bahnbenutzer erheblich steigern.

Wir sehen hier auch sehr gefährliche Auswirkungen der Arbeitszeitverkürzung, vor der wir gewarnt haben, auch Auswirkungen im finanziellen Bereich, die durch den Herrn Bundesminister selbst pro Jahr mit derzeit etwa 200 Millionen Schilling Mehraufwand beziffert werden. Wie sich das dann noch weiter auswirken wird, darüber muß man sich, glaube ich, keinen Zweifeln hingeben. Es ist das größte Problem bei den knapper werdenden Arbeitskräften, für den Bereich der Bahn die erforderlichen Personen zu gewinnen. Auch der Hinweis, daß immer mehr Ausländer, Gastarbeiter aufgenommen werden, ist hier durchaus nicht befriedigend. Dieses Problem führt auch dazu, daß bei den Baumaßnahmen, insbesondere bei den Investitionen, weitergehende Schwierigkeiten abseits von der Bereitstellung der finanziellen Mittel auftreten werden.

Aber, Herr Bundesminister, es muß doch darauf hingewiesen werden, daß Sie vielleicht im eigenen Bereich die Möglichkeit hätten, etwas günstigere Voraussetzungen zu schaffen. Es gibt gerade bei den Bundesbahnen und bei der Post sehr viele Bedienstete, die noch dadurch benachteiligt werden, daß das Zwischendienstzeitengesetz nicht entsprechend novelliert worden ist. Es würde an Ihnen liegen, Herr Bundesminister, auch wenn Sie für dieses Gesetz nicht zuständig sind, sich dafür zu verwenden, daß Ihr Personal durch eine Novellierung eine Besserstellung erfährt. Ich darf Ihnen versichern, daß Sie dabei die volle freiheitliche Unterstützung erhalten werden. *(Präsident Dr. M a l e t a übernimmt den Vorsitz.)*

Nun will ich mich noch etwas den Problemen der Post zuwenden. Auch für die Post wird von einem Investitionsprogramm gesprochen, von einem Konzept. Aber es ist ebenfalls nicht veröffentlicht, und es hat auch hier der Ausschuß noch keine Möglichkeit gehabt, von diesem Konzept Kenntnis zu erhalten und dazu Stellung zu nehmen. Ich glaube, es würde den Mitgliedern des Ausschusses zumindest das Recht zustehen, die Planungen kennenzulernen und allenfalls auch darauf Einfluß zu nehmen.

Im Bereich der Post kommt dem Telephon eine ganz wesentliche Bedeutung zu, insbesondere was die Einnahmenseite betrifft und die sehr erfreuliche Einnahmensteigerung. Es gibt kaum einen anderen Wirtschaftsbereich, in dem sich eingesetztes Kapital so schnell amortisiert, wie dies beim Telephon der Fall ist.

Ich unterstütze die Ausführungen des Kollegen Ing. Scheibengraf, der darauf hinweist,

Melter

daß die Investitionen in erster Linie dort zu erfolgen haben, wo mit relativ geringem Aufwand der größte Erfolg und die größte Umsatzsteigerung herbeigeführt werden kann. Wenn wir jedoch die Planungen rückblickend beurteilen, kommen wir zu dem Ergebnis, daß die Beurteilung bezüglich der Zukunftsentwicklung allzu zurückhaltend gewesen ist. Es stellt sich immer wieder heraus, daß erst vor wenigen Jahren verlegte Kabelstrecken sich als zu schwach erweisen und daß Ergänzungen notwendig sind. Dies verursacht erheblichen Arbeitsaufwand bei zuwenig zur Verfügung stehenden Arbeitskräften, und es verursacht natürlich auch einen erheblich größeren Kapitaleinsatz. Es muß also darauf gedrungen werden, daß die jetzt im Gange befindlichen Planungen darauf abgestellt sind, daß die volle Versorgung der Bevölkerung im Auge behalten wird, daß man also in den diesbezüglichen Entwicklungsgebieten voraussehen muß, wie sich die Bevölkerungszahl und damit auch der Bedarf an Telephonanschlüssen entwickeln wird.

Sie haben auch hier Finanzierungshilfen in die Wege geleitet. Es ist bedauerlich, daß gerade bei den Fernmeldeanlageninvestitionen diese Möglichkeit zu spät ins Auge gefaßt wird, und hier muß man insbesondere den Finanzministern Dr. Schmitz und Dr. Koren Vorwürfe machen, die es vor zwei beziehungsweise vor vier Jahren abgelehnt haben, von anderen Institutionen Kapitalien zu günstigen Bedingungen anzunehmen, die dazu hätten eingesetzt werden sollen, die Automatisierung und die Beschleunigung des Ausbaues voranzutreiben.

Im Land Vorarlberg hat die Industrie schon im Jahre 1966 ein entsprechendes Angebot gemacht, das abgelehnt worden ist. Erst nachdem im Wiener Bereich Gespräche und Vereinbarungen getroffen worden sind, hat man wieder für die anderen Bereiche dieselben Möglichkeiten in Aussicht gestellt. Wir würden wünschen, daß diese Ausbaumaßnahmen mit besonderer Aufmerksamkeit betreut werden, denn dies gereicht sowohl der Post als auch dem Staat und der gesamten Wirtschaft zum Vorteil.

Es muß aber auch darauf hingewiesen werden, daß in manchen Bereichen schon Vorleistungen für Telephonanlagen erbracht worden sind. Ich darf etwa eine kleine Gemeinde im Bregenzerwald erwähnen, die Gemeinde Bizau, die schon vor längerer Zeit die Verlegung der Telephonkabel besorgt hat, und zwar zum Teil durch persönliche Arbeitsleistung der Bewerber um Telephonanschlüsse, zum Teil auch durch finanzielle Beihilfen der

Gemeinde und der Interessenten. Obwohl nun die Voraussetzungen für die Telephonanschlüsse durch die Verlegung der Kabel bereits geschaffen sind, bestehen anscheinend in absehbarer Zeit keine Aussichten, diese Investitionen nutzbar zu machen, indem man die entsprechenden Wähleinrichtungen und die Verbindungen herstellt.

Herr Minister! Ich möchte Sie ersuchen, daß dort, wo schon die Grundvoraussetzungen für die Verbindungen hergestellt worden sind, auch die restlichen Leistungen nun durch die Postverwaltung erbracht werden, damit nicht solche oft sehr teuren Investitionen lange Zeit brachliegen müssen.

Erfreulich ist für uns Freiheitliche, daß unsere Anregung beziehungsweise unser Antrag, für Blindenzulageempfänger die Grundgebühr abzuschaffen, schon einen fühlbaren Erfolg gehabt hat, daß sich im Bereich Wien schon etwa 3000 Personen um diese Begünstigung bemüht haben und daß für das übrige Bundesgebiet etwa mit einer gleich großen Anzahl zu rechnen ist. Die Postverwaltung hat damit auch eine soziale Leistung erbracht, die Anerkennung verdient.

Im Postautoverkehr kann eine erfreuliche Verbesserung festgestellt werden. Die Investitionen in den Fahrbetriebsmitteln machen sich sicherlich bezahlt, dies sowohl hinsichtlich der Verkehrssicherheit als auch hinsichtlich der besseren Betreuung der Kunden. Eine Weiterführung des Anschaffungsprogramms ist zu begrüßen und auch der Umstand, daß nun Bahn und Post die gleichen Autobusse bestellt haben, wodurch sicherlich die Betreuung wesentlich vereinfacht wird. Wir wünschen, daß eine Zusammenarbeit des Kraftwagendienstes der Bundesbahn mit den Postautobusbetrieben weiterhin fortgesetzt wird, sodaß schließlich vielleicht doch ein einheitlicher Betrieb zustandekommt.

Im Postkassendienst sind einige Modernisierungen erfolgt. Die Automatisierung in verschiedenen Bereichen ist eingeleitet worden. Leider fehlt hier noch manches, wahrscheinlich bedingt dadurch, daß viele Postämter zuwenig Räume verfügbar haben, aber auch zuwenig maschinelle Einrichtungen. Es wäre wünschenswert, wenn der ganze Postzahlungsdienst auf Computer oder elektrische Datenverarbeitung umgestellt werden könnte und wenn einheitliche Formulare geschaffen werden würden. Es liegen immer noch unterschiedliche Formulare vor, obwohl man schon vereinfacht hat, aber zu einem einheitlichen Vordruck hat man sich leider noch nicht durchgerungen.

Melter

Im Ausschuß habe ich bemängelt, daß bei Bahn und Post unterschiedliche Tarife angewendet werden. Diese Tarifunterschiede wurden mit den verschiedenen Aufgabenstellungen begründet, die den Betrieben zukommen.

Da muß man allerdings auch darauf hinweisen, daß die Bundesländer sehr unterschiedlich behandelt werden, besonders bei den Tarifen der Post. Es werden nur die benachbarten Bundesländer im Nahtarif betreut. Dadurch ist gerade für Vorarlberg ein besonderer Nachteil gegeben, weil wir nur an ein einziges anderes österreichisches Bundesland angrenzen, ein Umstand, der sonst bei keinem anderen Bundesland vorliegt. Das heißt also, es müßte jedenfalls Vorsorge getroffen werden, daß diese Benachteiligung doch einmal beseitigt wird.

Außerdem wäre es sicherlich interessant, wenn in den schon angestellten Bemühungen, zu einer Vereinheitlichung zu kommen, endlich auch ein Abschluß in dem von mir gewünschten Sinne herbeigeführt würde.

Zum Schluß darf ich noch auf den von den Abgeordneten Neumann und Genossen eingebrachten Entschließungsantrag zu sprechen kommen, die Versorgung der ländlichen Gebiete mit Telephonanschlüssen betreffend. Es ist eine Aufgabe, die schon lange hätte in Angriff genommen werden können. Bis vor kurzem hat die ÖVP allein die Zuständigkeit besessen, allein auch die Mehrheit in diesem Hause gehabt. Man hätte also diesem Wunsche schon lange entsprechen können. Wir Freiheitlichen sind auch dafür, daß in allen Bereichen eine zufriedenstellende Regelung erfolgt. Dazu gehören auch die ländlichen Bereiche, dazu gehört aber auch, daß zuerst die finanziellen und wirtschaftlichen Voraussetzungen durch eine Steigerung des Einkommens aus dem Verkehr und der Einnahmen in den Konzentrationsgebieten geschaffen werden.

Wir Freiheitlichen stimmen insgesamt dem Budgetkapitel zu, in der Erwartung, daß die Planungen offen dargelegt werden und daß Fortschritte sichtbar werden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Dr. **Maleta**: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Wedenig. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Wedenig** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine verehrten Damen und Herren! Ich habe die Absicht, zu einer Untergruppe des Kapitels 65 zu sprechen, nämlich zu der prekären Situation, in der sich die DDSG, die Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft und praktisch die Güterschiffahrt Österreichs befindet.

Vorerst aber gestatten Sie mir, noch zu den Zwischenrufen, die zu den Ausführungen meines Freundes Glaser von der linken Seite gekommen sind, und auch zu den etwas giftigen Randbemerkungen des Herrn Abgeordneten Melter Stellung zu nehmen. Es ist Tatsache und nicht so einfach beiseite zu schieben — wie das von der sozialistischen Fraktion hier versucht wird —, daß nämlich innerhalb der Österreichischen Bundesbahnen — vielleicht nicht dadurch, daß Sie persönlich geneigt wären, ein Terrorsystem aufzubauen, sondern dadurch, daß das Gesamtsystem, das Sie seit 25 Jahren aufgebaut haben, an sich geeignet ist, Unfreiheit und Unterdrückung zu verbreiten — Unfreiheit und Unterdrückung festzustellen sind, und zwar deshalb, weil Sie in dem Machtbereich, in dem Ihre Vertrauensleute als der verlängerte Arm der Sozialistischen Partei in den Betrieben und Dienststellen wirken, sozusagen wohlwollend zusehen und weil Sie zur Demokratisierung — ein Ausdruck, der hier so oft gefallen ist — in diesen Betrieben sehr wenig beitragen. Denn tatsächlich gehört sehr viel Mut dazu, in solch einem von Ihnen beherrschten Betrieb sich als Nichtsozialist zu deklarieren. Und diese viele Tausende Nichtsozialisten ... *(Heiterkeit bei der FPÖ.)* Ich habe nicht zu Ihnen gesprochen, Herr Abgeordneter Zeillinger, ich habe zwar mein Gesicht Ihnen zugewandt, aber Sie wissen selber, wen ich damit meine! Das ist nicht lächerlich, meine Damen und Herren! Es gehört sehr viel Mut dazu, sich in einem Betrieb als Nichtsozialist zu bekennen, wenn man weiß, daß einem daraus nur Nachteile erwachsen können! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte hier an dieser Stelle jenen Tausenden, die trotz all dieser Gewalt, der sie gegenüberstehen, eine nichtsozialistische Stimme abgeben und sich offen zu uns bekennen, meine Hochachtung aussprechen. Es sind tatsächlich Helden, die dort stehen. *(Erneuter Beifall bei der ÖVP. — Abg. Libal: Das sind die reinsten Helden!)* Ein Held ist der, der sich der Gewalt entgegenstellt, obwohl er weiß, daß er dabei unter Umständen untergeht.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich nun zu dem eigentlichen Problem, über das ich sprechen will, meine Ausführungen beginnen. Schon bei der Behandlung im Ausschuß hatte ich Gelegenheit, zum Kapitel 65 und zur DDSG Stellung zu nehmen. Ich habe dort auf die prekäre Situation der DDSG hingewiesen, und nun — wie Sie vielleicht aus den Zeitungen erfahren haben — kommt zu dieser prekären Situation heute nacht noch ein Unglück dazu. Es ist nämlich die „Franz

Wedenig

Schubert", ein Fahrgastschiff der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft, heute nacht aus-gebrannt. Diese prekäre Situation der DDSG, die sich seit Jahren abzeichnet und die in den vergangenen Budgetansätzen immerhin dahingehend Berücksichtigung fand, daß man für die notwendigen Investitionen doch entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt hat, diese Situation wird durch die Budgetansätze, die der Herr Bundesminister jetzt einsetzt, noch verschärft. (*Abg. Libal: Ein blinder Passagier auf unseren Schiffen!*) Im Bundesvoranschlag 1971 sind zum Beispiel die Zuschüsse, die für Altpensionisten und zum Ausgleich für Verluste der Personenschiffahrt gewährt werden, um 1,2 Millionen geringer angesetzt als im Vorjahr, und die Investitionsdarlehen, die alljährlich entsprechend gewährt wurden, wurden um sage und schreibe 50 Prozent gekürzt, nämlich von 42 Millionen auf 21 Millionen, obwohl jedem, der den Betrieb halbwegs untersucht und kennt, klar ist, daß ein Vielfaches dieses Betrages notwendig wäre, damit diese DDSG ihren Aufgaben überhaupt noch gerecht werden kann. (*Abg. Libal: Diesen Vorhalt müssen Sie jetzt an den Dr. Koren richten! Er weiß das aus der Vergangenheit und hat nichts getan!*) Ich habe soeben erwähnt — vielleicht haben Sie nicht genügend zugehört, Herr Kollege —, daß der von Dr. Koren eingesetzte Betrag diesmal um die Hälfte gekürzt wurde. (*Abg. Dr. Koren: Die Hälfte! — Weitere Zwischenrufe.*)

Wenn man also Investitionskredite in der Höhe von 21 Millionen ansetzt, obwohl man weiß, daß aus dem Vorjahr noch ein Investitionsüberhang von 6 Millionen vorhanden ist und praktisch sage und schreibe 15 Millionen für Investitionen eines so großen Unternehmens noch übrigbleiben, dann stellt man sich die Frage: Was soll denn das überhaupt? Hat das denn überhaupt einen Sinn? Ist denn dieser Betrag nicht an und für sich zum Fenster hinausgeworfen, weil er der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft nicht helfen kann, weil diese Gesellschaft darum weder leben noch sterben kann?

Sie selber wissen, daß die Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft eine Anzahl von Schubschiffverbänden notwendig brauchen würde, um konkurrenzfähig zu sein und dem Tarifdruck, der aus den Südstländern kommt, standhalten zu können. Ein einziger solcher Verband kostet 50 bis 60 Millionen Schilling. Sie wissen aber andererseits auch, daß die Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft infolge der Kriegseignisse nahezu 75 Prozent der gesamten Flotte verloren hatte und daß sie nach damaligem Kaufwert berechnet — näm-

lich nach dem Kaufwert von 1946 — eine Vermögenseinbuße von 1,2 Milliarden erlitten hat. Wenn man noch dazurechnet, daß sie jahrelang unter Fremdherrschaft geführt wurde, ist es klar, daß sich diese Gesellschaft aus eigener Kraft nicht wieder reaktivieren kann (*Abg. Libal: Da sind Sie falsch informiert: Unter Fremdherrschaft ist sie nicht geführt worden!*), sich nicht wieder rückentwickeln kann. Sie ist unter fremdherrschaftlichem Einfluß gestanden, was ihre Tarifpolitik wesentlich beeinträchtigt und beeinflußt hat. (*Abg. Libal: Die Tarifpolitik beeinflußt die ganze Entwicklung heute auch noch!*) Selbstverständlich, darauf werde ich noch zu sprechen kommen, Kollege Libal. (*Abg. Graf: Herr Libal, hören Sie ihm zu, Sie können lernen!*)

Wenn man bedenkt, daß im Jahre 1981, also in etwa zehn Jahren, der Rhein-Main-Donau-Kanal wahrscheinlich eröffnet werden wird — wir hoffen, daß das der Fall sein wird — und daß dann die Donauschiffahrt eine wesentlich andere Bedeutung haben wird als heute, und wenn man nun diese Budgetansätze betrachtet und feststellt, daß nicht einmal die geringsten Voraussetzungen für eine Hinrüstung auf diese große Aufgabe gegeben sind, dann muß man sich mit Recht fragen: Was haben Sie mit diesem Unternehmen überhaupt vor? Oder haben Sie etwa vor, daß in Zukunft, wenn die Donau sozusagen ein großes Fahrwasser wird, wenn die Donau seeoffen wird, dieses österreichische Donaugebiet von ausländischen Reedereien befahren und daß damit praktisch die traditionelle österreichische Flußschiffahrt erledigt wird? Denn diese Ansätze haben — so scheint es — diese Absicht.

Im Wirtschaftsprogramm der Sozialistischen Partei — ich habe es vor mir liegen, meine Damen und Herren — wird auf den Seiten 35 bis 45 mit einer phantastischen Einleitung, was man sich in Österreich an Infrastrukturinvestitionen vorstellt, aufgewartet — auf Seite 37 wird von Zahlen gesprochen, die innerhalb von fünf Jahren aufgebracht werden sollen —, es sind allein für die Infrastrukturinvestitionen 216 Milliarden Schilling, was einen jährlichen Beitrag von 43,2 Milliarden Schilling bedeutet, wovon allein — wie auf Seite 38 zu lesen steht — der Bund jährlich 19,43 Milliarden oder in fünf Jahren 97,15 Milliarden aufzubringen hat. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, waren Ihre Vorstellungen vor der Wahl in Ihrem Wahlprogramm, und Sie haben dabei die Schiffahrt mit einem Aufwand von 500 Millionen und jährlich 100 Millionen Zuschuß bedacht, der an Infrastrukturinvestitionen vom Bund zu

Wedenig

leisten wäre. Was haben Sie eingesetzt? Ganze 21 Millionen, also etwa ein Fünftel dessen, was Sie sich selber als unumgänglich notwendig vorgestellt haben.

Meine Damen und Herren! Die Bedeutung der Infrastruktur ist auch uns geläufig. Aber in der ÖVP-Regierungszeit wurde niemals ein so geringer Betrag für Investitionen dieser Gesellschaft eingesetzt, wie das diesmal der Fall ist. Der Betrag ist so gering, daß er von Fachleuten als absolut verlorenes Geld angesehen wird; denn Investitionen, die sich in einem solchen Minimalbereich bewegen, sind tatsächlich verloren.

Bei der Beurteilung, welche Bedeutung die Binnenschifffahrt für Österreich hat, müssen wir uns das Gütertransportvolumen der Donau vor Augen halten. Gestatten Sie mir, daß ich Ihnen dazu einige Zahlen nenne. Die Jahresgüterbeförderungsmenge auf der Donau betrug im Jahre 1969 7,238.000 und etliche Tonnen. Davon entfielen auf die österreichische Donauschiffahrtsgruppe 2,945.000 Tonnen, also fast 3 Millionen Tonnen. Das heißt, nahezu zwei Drittel der gesamten Gütermenge, die auf der österreichischen Donau befördert wurde, sind von fremden Reedereien befördert worden. Ich möchte hier nicht aufzählen, auf welche einzelnen Gruppen, auf welche Hauptbeförderungsgruppen diese Förderproduktion entfällt. Hauptgebiet ist Erdöl, feste Brennstoffe, Metalle, Mineralien, Chemikalien und so weiter.

Vergleichen wir nun die Rheinschifffahrt damit. Im Jahre 1968 — spätere Zahlen liegen nicht vor — wurden auf der Rheinschifffahrt im Gebiet der Bundesrepublik 230 Millionen Tonnen befördert. 230 Millionen gegen 7 Millionen auf der Donau!

Stellen wir uns nun vor, welche Auswirkungen es haben wird, wenn der Rhein-Main-Donau-Kanal fertiggestellt wird. Dann wird nämlich ein wesentlicher Teil dieser potenten Beförderungsquote auch auf die Donau überfließen. Es wird also in Zukunft der DDSG oder überhaupt der Donaugütertransportschifffahrt eine wesentlich andere Bedeutung zukommen, als das heute der Fall ist. Und wenn man das vorausberechnet oder wenn man das erkennt, dann hat man die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, die DDSG als das einzige österreichische Schiffsverkehrsunternehmen, das in der Lage ist, solche Aufgaben zu übernehmen, dahin gehend auszurüsten, das heißt, man muß Vorsorge treffen, daß das, was in zehn Jahren hier wahrscheinlich Wirklichkeit wird, auch wirklich verkraftet werden kann.

Wenn die DDSG heute schwer zu kämpfen hat, dann hat sie auch deswegen schwer zu kämpfen, weil sie in diesem Budget unterberücksichtigt wurde, weil sie nicht adäquat auf ihre Aufgabenstellung hin berücksichtigt wurde.

Die Bedeutung einer Wasserstraße für ein Binnenland, wie es Österreich ist, ist vielfach von Fachleuten herausgestrichen worden. Wir wissen, daß andere Länder, die glücklicher daran sind als wir, ihre Stahlwerke direkt am Wasser, bei Hochseehäfen haben. Wir kennen das Verhältnis der Transportkosten zu den Produktionskosten bei Stahlwerken. Wir wissen, wie ungeheuer viel Tonnen von Gütermengen zur Produktion umzusetzen sind. Vergleichen wir zum Beispiel das Stahlwerk Ijmuiden in den Niederlanden, das direkt sowohl an einer Hochseehafeneinrichtung liegt wie auch an einer weit ausgebauten Binnenseehafeneinrichtung mit einem weitverzweigten Netz von Kanälen; bedenken wir, daß in Holland etwa sämtliche Rohprodukte für dieses Stahlwerk eingeführt werden müssen, nämlich Erz, Kohle und Kalk, die größten Umschlaggebiete, die ein Stahlwerk hat, und man trotzdem dort durch die günstige Transportsituation, nämlich ein ausgebauten Wasserverkehrsnetz, relativ günstiger produzieren kann als etwa die VOEST. Dann kann man sich vorstellen, welche Bedeutung es für Österreich und die österreichische Wirtschaft hat, diese Wasserstraße verstärkt auszubauen.

Der Ausbau dieser Wasserstraße hat sicherlich in Ihren Budgetansätzen eine Berücksichtigung gefunden, allerdings nicht die, die Sie ursprünglich dafür verlangt haben und die Sie Jahrzehnte hindurch verlangt haben. Da haben Sie Millionen und Hunderte Millionen und Milliarden von uns eingesetzt wissen wollen, selber aber sind Sie bei einer Summe geblieben, die im Verhältnis zu dem, was Sie sich ursprünglich vorgestellt haben, sehr bescheiden ist.

Der Ausbau der Wasserstraßen, der Kraftwerke zur Regulierung der Wasserstraßen und zur Hebung des Wasserverkehrs bedeutet natürlich auch, wenn man das rationell betreiben will, einen weiteren Anfall von elektrischer Energie. Aber ich kenne Gebiete der Erde, wo die elektrische Energie — und der Anfall, der sich daraus ergibt — nur mehr ein Nebenprodukt ist. Aber welch ein wertvolles Nebenprodukt! Denken wir zum Beispiel an die TVA, an die Tennessee Valley Authority, wo an die 80 Staudämme in Tennessee errichtet wurden und wo eine ungeheure Menge von elektrischer Energie

Wedenig

— allerdings nicht als Hauptzweck, sondern als Nebenprodukt — erzeugt wird; ein Nebenprodukt, das es ermöglicht, in dieses seinerzeit industriell sehr wenig gesegnete Gebiet Industrieanziedeln, die dort ihren Strom und ihre Energie zu ungeheuer günstigen Verhältnissen beziehen können. Es wurden Aluminium- und Stickstoffwerke angesiedelt, es wurden Musterbetriebe der Landwirtschaft angesiedelt, Pumpwerke errichtet, es wurde sozusagen aus einem verkarsteten Gebiet ein blühendes Industrieland entwickelt.

Auch in dieser Hinsicht bestehen auf der Donau noch viele Möglichkeiten. Es wird also nicht allein zu überlegen sein, ob es zweckmäßig ist, ein Donaukraftwerk zu errichten, weil vielleicht in der Nähe ein Atomkraftwerk zu errichten ist, oder ob es zweckmäßig ist, Atomwasserkraftwerke zu bauen, weil vielleicht in Zukunft der Strom oder die elektrische Energie aus den Atomkraftwerken billiger ist. Es soll, wenn schon darüber gesprochen wird, nicht das Hauptgewicht auf die Umsetzbarkeit der elektrischen Energie gelegt werden, sondern — im Hinblick auf die Bedeutung der Donau als zukünftige europäische Wasserstraße — auf die Regulierung der Donau zu einer Wasserstraße, die es uns ermöglicht, den Weg zur Hochsee auch für Österreich offen zu machen. Nur dann haben wir die Möglichkeit, aus dieser reinen Binnensituation, in der wir uns befinden, im industriellen Hinblick auch den Anschluß an die Hochsee zu finden und damit den in Zukunft so bedeutungsvollen hohen Transportkosten etwas entgegenzuwirken, das heißt billiger zu werden. Der Ausbau der Wasserstraße ist also forciert voranzutreiben, die entsprechenden Mittel dazu sind bereitzustellen.

In diesem Budget sind um 50 Prozent weniger für die DDSG und für ihre Erhaltung eingesetzt, obwohl wir genau wissen, daß hier ein großangelegtes Sanierungsprogramm erforderlich wäre, um erstens die Entschuldung herbeizuführen und zweitens dieses Unternehmen wieder auf gesunde Beine zu stellen und es auch gegen den Südosten, der mit Dumpingpreisen und Dumpingtarifen operiert, konkurrenzfähig zu machen. Wenn wir bedenken, daß auch für die Erhaltung der Wasserstraßen, für den Ausbau der Häfen viel zuwenig eingesetzt ist, vor allem wesentlich weniger, als notwendig wäre, und wenn man dazu noch alle die großen Vorstellungen in Vergleich zieht, die Sie in Ihrem Wahlprogramm gehabt haben, so muß man zweifellos zu dem Schluß kommen, daß sich die SPÖ-Regierung mit dieser Deklaration in diesem Budget festgelegt hat, daß das soge-

nannte „Programm für Österreich“ nicht den tatsächlichen Vorstellungen entsprach, sondern nur dazu diente und das Ziel hatte, die Wähler zu täuschen und damit die Mehrheit zu erringen. Denn die Verwirklichung dieses Programms ist, wie aus diesem absolut rückschrittlichen Budgetkapitel zu ersehen ist, kaum zu erwarten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. **Maleta**: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Franz Pichler. Ich erteile es ihm.

Abeordneter Franz **Pichler** (SPÖ): Hohes Haus! Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die weitere Entwicklung unserer Volkswirtschaft hängt bekanntlich neben der entsprechenden Aus- und Weiterbildung der in der Wirtschaft Tätigen, neben der Anpassung der Produktionsmittel an die gestiegenen Anforderungen der Zukunft ohne Zweifel in erhöhtem Maß vom Zurverfügungstehen entsprechender Energien und von den Verkehrsverbindungen ab.

Auf den genannten Sektoren wurde in der Vergangenheit Beachtliches geleistet. Ich möchte mich aber nicht so sehr mit dem bereits Geleisteten, sondern vielmehr mit dem, was in der Gegenwart notwendig ist beziehungsweise in der Zukunft notwendig sein wird, befassen.

In der Debatte über das Kapitel Bauten wurde zur Bedeutung der Verkehrsverbindungen für einzelne Gebiete und Landesteile von der Sicht des Straßenbaues aus Stellung bezogen. Es ist selbstverständlich, daß bei der heutigen Debatte über das Kapitel Verkehr die Schiene im Vordergrund steht, aber — das ist bereits angeklungen — wir haben einen in der Zukunft für große Teile unseres Bundeslandes vielleicht ebenso wichtigen Verkehrsträger: die Donau.

Ich möchte mich ebenfalls mit den grundsätzlichen Voraussetzungen und Erfordernissen auf dem Gebiete des Verkehrs und der Energie von der Sicht Niederösterreichs beziehungsweise von der Sicht Ostösterreichs, also auch von der Sicht Wiens und des Burgenlandes aus, im Zusammenhang mit dem in Zukunft für diese Gebiete neben Schiene und Straße vielleicht wichtigsten Verkehrsträger und einem ebenso wichtigen Energieträger, mit der Donau, befassen.

Es ist, wie ich glaube, keine Übertreibung, wenn ich sage, daß die künftige Entwicklung Ostösterreichs weitestgehend vom Ausbau der Donau abhängig sein wird.

Wie sieht die Situation in der Gegenwart aus?

Franz Pichler

Trotz aller Anstrengungen ist es noch nicht gelungen, den Osten Österreichs in bezug auf die allgemeine Entwicklung an die Entwicklung im Westen unseres Staates heranzuführen. Dafür gibt es neben Umständen, die in der Vergangenheit liegen und mit dem Krieg sowie mit der nachfolgenden Besatzungszeit zusammenhängen, einige Umstände, die auch in der Gegenwart wirksam sind und auch in der Zukunft wirksam sein werden.

Das ist zum Beispiel die ungefähr 400 km lange tote Grenze gegenüber unseren östlichen Nachbarn. Das ist die Randlage der niederösterreichischen und natürlich auch der Wiener und der burgenländischen Wirtschaft im Verhältnis zu den europäischen Wirtschaftszentren.

Es kommt einfach nicht von ungefähr, daß die Abwanderung von Teilen der Bevölkerung aus Niederösterreich nicht zu stoppen ist. Bekanntlich hat Niederösterreich zwischen 1951 und 1961 2 Prozent seiner Bevölkerung verloren. Diese Entwicklung geht weiter! Wenn die Prognosen zutreffen, dann werden die Bevölkerungszahlen in den westlichen Bundesländern bis zum Jahre 1980 um durchschnittlich 20 Prozent ansteigen, während die Bevölkerungszahl Niederösterreichs um weitere 2 Prozent sinken wird.

Damit würde natürlich auch die Zahl der Berufstätigen rapid absinken und die Überalterung weiter stark ansteigen, da bekanntlich nicht die alten, sondern die jungen Menschen abwandern.

Die Löhne liegen in Niederösterreich und im Burgenland schon jetzt zum Teil beträchtlich unter dem Bundesdurchschnitt.

Außerdem hat Niederösterreich den größten Anteil an Pendlern, die zu einem großen Teil auch noch über die Landesgrenzen hinaus pendeln, ihre Arbeitsplätze in Wien oder in Oberösterreich haben, weil ihnen in Niederösterreich keine gleichwertigen Arbeitsplätze zur Verfügung stehen beziehungsweise in der Vergangenheit zur Verfügung gestanden sind.

Das, meine Damen und Herren, sind nur einige Auswirkungen, unter denen Niederösterreich auf Grund der vorangeführten Umstände zu leiden hat.

Obwohl die geschilderte Entwicklung düster genug ist, könnte man das noch durch weitere Beispiele ergänzen.

Die Abwanderung aus der Landwirtschaft hält in Niederösterreich weiter an, aber es stehen in Gewerbe und Industrie keine zusätzlichen Arbeitsplätze zur Verfügung. Auch die davon betroffenen Menschen werden möglicherweise abwandern oder sie werden ebenfalls zu Pendlern.

Es ist daher verständlich, wenn sich die verantwortlichen Stellen im Lande immer wieder mit dem Problem der niederösterreichischen Wirtschaft befassen und nach Lösungen suchen.

Wenn wir die Stellungnahmen der niederösterreichischen Landesregierung, der niederösterreichischen Arbeiterkammer, der niederösterreichischen Handelskammer oder der niederösterreichischen Landesexekutive des OGB zu Wirtschaftsfragen im letzten Jahr durchsehen, dann finden wir neben einer Reihe anderer Probleme überall ein zentrales Anliegen, auf dem die größten Hoffnungen für die Zukunft aufbauen: das ist der Ausbau der Donau als internationaler Wasserweg und als Energieträger.

Die niederösterreichische Arbeiterkammer hat in einer eigenen Denkschrift zur wirtschaftspolitischen Lage Ostösterreichs Stellung bezogen. Dort heißt es unter anderem:

„Es steht außer Zweifel, daß es zu den vordringlichsten Aufgaben der siebziger Jahre gehört, auf der Grundlage eines umfassenden Landesentwicklungskonzepts insbesondere für die Strukturverbesserung und Industrialisierung Niederösterreichs großzügige Lösungen zu treffen. Ebenso steht aber auch außer Zweifel, daß in Hinkunft neben dieser primär niederösterreichischen Aufgabe zunehmend ein gesamtstaatlicher Aspekt wahrzunehmen sein wird. Es handelt sich hierbei um die Vorsorge, zu verhindern, daß sich im Gefolge der zunehmenden Integration der österreichischen Wirtschaft in die angrenzenden westlichen Wirtschaftsräume die bereits bestehende europäische Randlage der östlichen Bundesländer auch zu einer innerösterreichischen Randlage entwickelt.“

Und weiter heißt es:

„Hinsichtlich der Errichtung weiterer Donaukraftwerke vertritt die niederösterreichische Arbeiterkammer den Standpunkt, daß nach der Kraftwerksstufe Ottensheim jedenfalls eine weitere Staustufe im niederösterreichischen Lauf der Donau in Angriff zu nehmen wäre, um damit einen zusätzlichen Ansatzpunkt für den totalen Ausbau des österreichischen Donaulaufes zu schaffen. Würde hingegen durch eine vorrangige Errichtung der Staustufe Mauthausen der obere Donaulauf an das westeuropäische Wasserstraßennetz angeschlossen, ohne daß zu diesem Zeitpunkt ein gleichrangiger Ausbau des Wasserweges für Ostösterreich und die Verbindung zum osteuropäischen Wasserstraßennetz sichergestellt ist, sind für die östlichen Bundesländer schwerwiegende wirtschafts- und raumordnungspolitische Konsequenzen zu befürchten.“

Franz Pichler

ten. Diesem Gesichtspunkt gebührt in so hohem Maß Priorität, daß ihm allenfalls (aus finanziellen Gründen) auch die Entscheidung über den Zeitpunkt der Errichtung eines österreichischen Kernkraftwerkes unterzuordnen ist.“

Unter den vordringlichsten Anliegen, die im „Arbeits- und Forderungsprogramm“ der niederösterreichischen Landesregierung enthalten sind, wird ebenfalls der Ausbau der Donau als einer der wichtigsten Punkte genannt. Dies ebenso in einer Resolution der 10. niederösterreichischen Landeskonzferenz des Österreichischen Gewerkschaftsbundes. Auch hier wird unter den dringendsten Sofortmaßnahmen der weitere Ausbau der Donau beziehungsweise der Bau weiterer Donaukraftwerke gefordert.

Bei diesem Problem geht es ohne Zweifel nicht nur um Augenblickserfolge. Es geht nicht nur darum, daß im Augenblick Arbeitsplätze geschaffen werden oder andere Arbeitsplätze gesichert werden, es geht dabei vielmehr darum, daß den grundsätzlichen Erfordernissen dieses Raumes Rechnung getragen wird.

Ich könnte nun Beispiele bringen, wie sich der Umstand, daß die Verbindung nach dem Westen auf dem Wasserwege zurzeit nicht möglich ist, auf die einzelnen Industrien sehr nachteilig auswirkt. Ich selbst als Betriebsrat einer der großen niederösterreichischen Maschinenfabriken kenne die Probleme, wenn es darum geht, große Werkstücke zu transportieren. Diese Werkstücke, mit dem Bestimmungsort Finnland, müssen donauabwärts über drei Meere um ganz Europa bis an den Bestimmungsort transportiert werden, und dann muß die Herstellerfirma noch mit den westlichen Firmen im Konkurrenzkampf bestehen können.

Diese Auswirkungen zeigen, daß eine Ausweitung unserer Industrie im östlichen Raum Österreichs im allgemeinen zwingend bessere und billigere Verbindungen zu den Weltmeeren erfordert. Diese sind aber nur durch den Ausbau der Donau im Zusammenhang mit den geplanten internationalen Wasserstraßen zu schaffen.

Über den Ausbau der Donau ist sicherlich bereits sehr viel gesprochen und geschrieben worden: die Fragen der Kosten für die einzelnen Donaukraftwerksstufen, die Fragen des Hochwasserschutzes, die damit zusammenhängen, und die Auswirkungen auf den Fremdenverkehr.

Wenn man die Schätzungen, die hier vorliegen, zugrunde legen kann, dann würde allein der Hochwasserschutz bezüglich der

Donau Beträge von ungefähr 18 Milliarden Schilling erfordern, während der Ausbau der geplanten Donaukraftwerksstufen mit zirka 30 Milliarden geschätzt wird.

Natürlich würde der Donauausbau die Infrastruktur dieses östlichen Raumes sehr stark und günstig beeinflussen. Das ist eben gerade im Hinblick auf die bereits geschilderten Auswirkungen, die in diesem Raume zu erwarten sind, unbedingt erforderlich.

Auf unserer Generation liegt zweifellos die Verantwortung dafür, daß diese Projekte auch tatsächlich verwirklicht werden, um für die kommende Zeit die Grundvoraussetzungen für eine positive Entwicklung zu schaffen. Es werden — so wie bisher — alle Möglichkeiten genützt werden müssen, um die notwendigen Gelder aufzubringen. Natürlich werden die Anforderungen auch an den Bundeshaushalt größer werden, und die Aufbringung der Mittel wird auch in Zukunft nicht leicht sein. Aber die Notwendigkeit des Donauausbaues und damit der Errichtung weiterer Donaukraftwerke kann und wird auch nicht bestritten werden.

Ich möchte die Regierung und im besonderen Sie, Herr Minister, ersuchen, in bezug auf den Donauausbau zu tun, was möglich ist, um damit für die künftige Entwicklung des Ostraumes unseres Landes vorzusorgen und jene Voraussetzungen zu schaffen, die auch für diesen Raum ähnliche Entwicklungen ermöglichen, wie sie im Westen unseres Landes festzustellen sind. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Ulbrich. Ich erteile es ihm. *(Abg. Graf zu Abg. Ulbrich, der zum Rednerpult geht: Herr Ulbrich, aufpassen! Erstmals Proredner! — Abg. Ulbrich: Aufpassen tut der Flocki, Herr Graf! — Allgemeine Heiterkeit.)*

Abgeordneter Ulbrich (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die heutige Budgetdebatte zum Kapitel Verkehr bringt mich etwas zum Staunen, und zwar deswegen, weil ich einen neuen Herrn Glaser kennengelernt habe. Ich möchte ihm hier ein Kompliment für seine sachlichen und fachlichen Ausführungen machen. Ich selbst war darauf eingestellt: Na ich werde auf den Karl mit einer 1042er darauffahren müssen, damit wir ihn wieder hinbringen. *(Abg. Glaser: Das hat bei meinem Panzer nichts genützt!)* Jetzt muß ich aber sagen, daß es bis auf die letzte kleine Entgleisung halb so schlimm war. *(Allgemeine Heiterkeit. — Abg. Landmann: Das war doch keine Entgleisung, sondern eine Feststellung! — Abg.*

Ulbrich

Ofenböck: Das ist der Unterschied zwischen ÖVP- und SPÖ-Opposition!) Darüber wollen wir jetzt gar nicht reden. *(Weitere Zwischenrufe. — Präsident Dr. Malleta gibt das Glockenzeichen.)*

Ich werde versuchen, meinen Diskussionsbeitrag in einer neuen Art zu liefern *(Abg. Ofenböck: Als Verteidiger!)*, denn diese fachliche und sachliche Auseinandersetzung ist wirklich angenehm. Die Umstellung vom Stürmer zum Verteidiger — wie der Abgeordnete Ofenböck sagte — wird für mich keine Schwierigkeit sein, weil ich letzten Endes vom Sport auch ein bisschen Ahnung habe. *(Abg. Ofenböck: Das werden wir erst sehen! Am Anfang kann man das nicht schon sagen!)*

Mein Freund Glaser hat sich mit verschiedenen Fragen beschäftigt. Nun möchte ich grundsätzlich zu seinen ersten Ausführungen über die Abwicklung der Debatte sagen: Ich glaube, daß wir damit erfolgreich waren. Es ist also auch möglich, daß man innerhalb der Budgetdiskussion eine gewisse Form erreichen kann. Ich muß sagen, daß das Arrangement, das wir getroffen haben, grundsätzlich eingehalten wurde.

Nun zu den Ausführungen selbst. Der Abgeordnete Glaser sprach von der Abgeltung der Fremdlasten und den Bruttoinvestitionen. Weiters hat er die Einnahmenpolitik der ÖBB untersucht. Ich muß dazu erklären, daß ich irgendwie einen sechsten Sinn hatte. All das, was hier Glaser in die Debatte und zur Diskussion brachte, habe ich mir selbst für meine Budgetrede — klarerweise die Regierung verteidigend — vorbereitet. *(Abg. Glaser: Da habe dann ich den besseren Sinn gehabt! — Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Ich möchte aber doch auf einige Ausführungen der Redner vorher eingehen, und zwar im speziellen auf Herrn Dr. König. Herr Doktor König hat in seinen Ausführungen vieles gesagt, zu dem ich im Laufe meiner Erklärungen noch kommen werde. Vorerst einmal zur Frage der Errichtung eines Wirtschaftskörpers bei der Post, ähnlich wie bei der Bahn.

Dazu möchte ich folgendes sagen: Die Frage der Errichtung eines Wirtschaftskörpers hat — als sie in die Diskussion kam — eine ganz andere Basis gehabt, als der Wirtschaftskörper heute aussieht. Ihre Partei hat grundsätzlich den Standpunkt vertreten, den Wirtschaftskörper ÖBB auf der privatrechtlichen Basis einer eigenen Rechtspersönlichkeit zu erstellen, um damit dieses Unternehmen innerhalb der österreichischen Wirtschaft — wie es so schön heißen hat — beweglicher und wirtschaftlicher führen zu können.

Ich weiß nicht, ob Sie, Herr Dr. König, diese Schrift kennen. Sie heißt: „Kommerzialisierung der Österreichischen Bundesbahnen“ und ist von Herrn Dr. Kummer verfaßt. Ich möchte gleich vorweg sagen: Es steht mir nicht an, Sie zu belehren! *(Heiterkeit bei der ÖVP.)* Es wäre aber vorteilhaft, wenn Sie diese Broschüre vorerst einmal lesen, bevor Sie Fragen des Wirtschaftskörpers ÖBB aufgreifen. Denn hier wird der Standpunkt, den meine Fraktion vertreten hat und den ich als Gewerkschafter mit meiner Organisation in Verhandlung mit Herrn Bundesminister Weiß realisiert habe, grundsätzlich vollinhaltlich bestätigt. — Wirtschaftskörper: Ja! Aber ohne eigene Rechtspersönlichkeit! *(Abg. Dr. König: Genau das haben Sie in der Budgetdebatte bekämpft! Genau gegen das sind Sie doch aufgetreten!)* Gegen die Rechtspersönlichkeit bin ich aufgetreten. *(Abg. Dr. König: Nein!)* Gegen die Rechtspersönlichkeit bin ich aufgetreten! *(Abg. Weikhart: Aber Herr Doktor!)* Das könnte ich Ihnen auf Grund unzähliger Verhandlungsprotokolle nachweisen. Sie können ja Ihren Klubfreund, den Herrn Bundesminister Doktor Weiß, fragen, was ich ihm im Mai 1968 erklärt habe. Sie werden es vielleicht nicht wissen. Das ist entschuldbar!

Ich habe dem Herrn Bundesminister Weiß gesagt: Herr Minister! Ich kann verstehen, daß Sie von Ihrer Partei einen politischen Auftrag haben, die Frage Wirtschaftskörper ÖBB zu lösen. Aber nehmen Sie eines zur Kenntnis: Wenn die Frage der Rechtspersönlichkeit nicht wegfällt, stoßen Sie auf den härtesten Widerstand der Gewerkschaft der Eisenbahner und ihrer Personalvertretung.

Dann hat mich der Herr Minister zu einem Gespräch gebeten und hat erklärt: Schauen Sie, was soll ich machen! Ich habe mit meinen Leuten gesprochen. Reden wir jetzt einmal über das Gesetz. — Schließlich ist es zu einer Lösung gekommen — die Rechtspersönlichkeit wurde fallengelassen —, die wir als Gewerkschafter zur Kenntnis nahmen, die wir als Politiker aber ablehnen müssen, weil das Gesetz selbst bei weitem nicht das bringt, was wir uns vorgestellt haben.

Aber ich darf noch einmal sagen, lesen Sie bitte diese Broschüre von Dr. Kummer.

Auf Seite 1 steht, damit das klar und deutlich zum Ausdruck kommt: „Die unter dem Schlagwort Kommerzialisierung gemeinhin verstandene Verselbständigung, das ist die Verleihung einer eigenen Rechtspersönlichkeit, vermag allein nicht ein Jota an der gewiß nicht befriedigenden Gebarung der ÖBB und der Bundesbetriebe zu ändern.“

Ulbrich

Auf Seite 45 können Sie nachlesen, warum wir uns gewehrt haben. Ich sage Ihnen auch das noch dazu. Da heißt es:

„Es erhebt sich die Frage, was geschehen soll: Sollen die Erneuerungsausgaben entsprechend verkürzt werden, oder soll man es wagen, den in der Zwischenkriegszeit beschrittenen Weg, der letztlich zu einer ungeheuren Anlageversandung der ÖBB geführt hat, nämlich von rund 53 Millionen im Gründungsjahr 1923 auf 753 Millionen per 31. 12. 1931, ...“ zu gehen.

Das sind die Ursachen, warum wir verhindert haben, daß Ihr politischer Gedanke Wirtschaftskörper ÖBB realisiert worden ist.

Dahinter stand noch ein anderer Gedanke. Dahinter stand der Gedanke auf Grund Ihres Memorandums der Österreichischen Bundesbahnen vom Februar 1966. Lesen Sie sich auch das einmal durch, was dort politisch steht. (Abg. Dr. König: Herr Kollege Ulbrich! Was sagen Sie dazu, daß Ihre Verkehrsexperten ...! — Abg. Sekanina: Halten Sie uns keine Vorträge, Herr Dr. König! — Weitere Zwischenrufe.)

Präsident Dr. Maleta (das Glockenzeichen gebend): Meine Damen und Herren! Ich bitte um Ruhe. (Neuerliche Zwischenrufe.)

Am Wort ist der Redner. Wenn der Redner einem Zwischenrufer zuhört, dann werde ich ihn nicht unterbrechen. Wenn er aber weiter spricht, werde ich den Zwischenrufer unterbrechen. Ich bitte Sie, sich an diese Spielregel zu halten.

Bitte, Herr Ulbrich.

Abgeordneter **Ulbrich** (fortsetzend): Experten können einen Standpunkt haben, der aber noch lange nicht mit politischen Überlegungen in Einklang stehen muß. Ich glaube, das gilt auch in Ihrer Partei. Oder gilt das nur für uns? (Abg. Dr. König: In Ordnung!) Eben. Hier haben Fachleute und Experten einen Standpunkt präzisiert, Herr DDr. König. Es schaut aber anders aus, wenn man das politisch überlegt. Jede Möglichkeit hat Wirkungen. Ich brauche Ihnen das mit Ursache und Wirkung nicht zu erklären, Sie sind ja Jurist, ich bin es nicht. (Abg. Dr. König: Ich nehme zur Kenntnis, Sie distanzieren sich von den Experten der „Arbeiter-Zeitung“! Danke!)

Ich distanziere mich gar nicht von den Experten. Ich stelle nur fest, daß wir bei der Lösung dieser Frage eben auch politische Überlegungen haben. Wenn Sie als neuer Politiker der Jungen Generation einer der Aktivisten sind, dann werden Sie mit der Zeit draufkommen, daß nicht alles so ist, wie man

es sich vorstellt. Aber dazu braucht man Jahre, und die werden Sie noch kriegen. (Beifall bei der SPÖ.)

In Ihren Ausführungen wurde des öfteren die Frage des Minderheitsberichtes erwähnt. Man verweist auf die Standpunkte, welche die sozialistische Fraktion vertreten hat, als sie in Opposition gestanden ist. Ich möchte erklären: Wir stehen grundsätzlich nach wie vor zum Minderheitsbericht.

Meine Frage an den Herrn Bundesminister ist, inwieweit er bereits Auftrag gegeben hat, daß das Bundesbahngesetz entsprechend novelliert wird, um die Grundsätze aus dem Minderheitsbericht in die Wirklichkeit zu transferieren. Ich werde mich sehr freuen, wenn ich auf einmal bemerken werde, wie die Herren der Österreichischen Volkspartei dem Antrag des Bundesministers Fröhbauer auf Realisierung des Minderheitsberichtes ihre Zustimmung geben.

Dazu gleich eines: Sie sprechen immer von der Frage der Bruttoinvestitionen, von dem wesentlich schlechteren Budget und der Art und Weise, daß wir sozialistischen Funktionäre während der Oppositionszeit anders gesprochen haben als heute in der Regierung.

Ich mache Sie auf eines aufmerksam: Ich werde auch dem Minister Fröhbauer das sagen, was mir nicht paßt. Ich werde auch unseren Minister darauf hinweisen, wo Schwierigkeiten und Probleme vorliegen. (Abg. Dr. Mussil: Einen so lammfrommen Eisenbahnergewerkschafter wie Sie habe ich überhaupt noch nie erlebt!)

Herr Mussil! Mit der Zeit ändert sich viel. Man erkennt das doch an Ihnen. (Heiterkeit.) Machen wir uns doch nichts vor. Wir beide brauchen uns bestimmt in keinen Streit einzulassen. Sie gefallen mir — wie hat mein Freund Weikhart gesagt? —, Sie sitzen in der Hinterrück wie ein Heckschütze. Das ist ja wirklich phantastisch. Das Schönste daran ist, daß Sie Gott sei Dank immer wieder zielen und hie und da ganz saftig danebenschießen. Aber welchem Jäger passiert das nicht? (Beifall und Heiterkeit bei der SPÖ. — Abg. Doktor Mussil: Meistens treffe ich, Herr Ulbrich!)

Nun zur Sache der Bruttoinvestitionen, über die die große Debatte grundsätzlich geht. Da ist uns vorgerechnet worden, daß wir an das, was wir im Minderheitsbericht fordern, nicht herankommen. Darf ich grundsätzlich vorlesen, was im Minderheitsbericht zu dieser Frage steht. Es wird die Aufstellung eines mehrjährigen, verbindlichen Investitionsprogramms der ÖBB für die Erneuerungs- und

Ulbrich

Erhaltungsinvestitionen nach den betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten gefordert, und unter Ziffer 2 die Sicherstellung der Finanzierung der in das Investitionsprogramm aufzunehmenden Investitionen in der Höhe von rund 2,4 Milliarden Schilling jährlich, davon 1,6 Milliarden Schilling für Erneuerungsinvestitionen und 800 Millionen Schilling für Erhaltungsinvestitionen.

Das wird von den Rednern der Opposition bestritten. Ich darf versuchen, die Antwort darauf zu geben, daß wir die Partie doch gewonnen haben.

Auf Grund des Budgetansatzes waren vorerst 2014 Millionen als Bruttoinvestitionen festgelegt. Ich kann das erklären: 1764 Millionen im Budget und die Möglichkeit, daß die Österreichischen Bundesbahnen 250 Millionen pro Jahr aufnehmen können, um ihre Sonderinvestitionen zu decken. Das ergibt zusammen 2014. (*Abg. Dr. Koren: Wo steht das im Budget?*) Das steht in der Budgetrede und ist vom Finanzminister erklärt worden. (*Abg. Dr. Koren: Aber im Finanzgesetz steht es nicht!*)

Entschuldigen Sie, Herr Finanzminister außer Dienst, Sie haben doch auch schon so viel erklärt, und es ist noch nirgends gestanden. (*Beifall und Heiterkeit bei der SPÖ.*) Tatsache ist, es steht zwar nicht im Finanzbericht und im Budget ... (*Abg. Dr. Koren: Ausgeben kann man nur das, was im Budget steht!*) Ich glaube, entscheidend ist das, was man hat, und nicht das, was man wo liest. (*Abg. Dr. Koren: Entscheidend ist, was im Budget steht!*)

Herr Minister, es ist doch richtig: Sie können ein Sparkassenbuch mit 1200 S haben, und irgendwo anders haben Sie 800 S. Haben Sie deswegen nicht 2000 S? (*Abg. Dr. Koren: Er hat sie aber nicht!*)

Er hat sie aber! (*Heiterkeit bei der SPÖ.*) Sie bestreiten es. Das ist der Unterschied. Er hat von seiten des Finanzministers die Zustimmung, diese 250 Millionen Schilling auf dem Kreditmarkt aufzunehmen, um die Mittel für den Fahrpark zu haben. Also streiten wir nicht darum, sie sind da. (*Abg. Dr. Koren: Sie sind nicht da!*)

Das ist Ihre Meinung. Unsere ist: Ja. Wir werden sehen, wie es am Ende des Jahres ausschaut und wer von uns beiden recht hat. (*Abg. Dr. Koren: Natürlich!*) Sie kennen mich, ich kenne Sie. Wir brauchen weiter nicht zu plaudern. (*Abg. Dr. Koren: Ich habe eine ausgesprochene Schwäche für Sie!*) Ich bitte Sie, das ist das Allerbeste. Ich wiederhole nicht, was ich Ihnen einmal draußen gesagt habe. Das war unter uns privat ge-

sprochen. (*Heiterkeit bei der SPÖ. — Abg. Dr. Koren: Gut!*)

Dazu noch etwas anderes. Zu diesen gekürzten Ansätzen — es sind 1965 Millionen — kommt ein Kredit der Gemeinde Wien in der Höhe von 80 Millionen, das sind 2045 Millionen Schilling, die dem Ministerium zur Verfügung stehen. Das heißt, wenn wir 2,4 verlangen, daß wir fünf Sechstel unserer Forderung erfüllt haben. Ich darf Ihnen als Gewerkschafter sagen, ich wäre froh, wenn ich bei allen Verhandlungen — auch mit Ihnen (*zu Abg. Dr. Koren*), Herr Finanzminister — immer fünf Sechstel bekommen hätte. (*Abg. Dr. Koren: Das ist zuviel!*) Hie und da haben Sie uns ganz schön „g'schossen“. (*Heiterkeit.*) Tatsache ist Tatsache.

Wenn Sie nun bedenken, daß im Konjunkturausgleichsbudget — (*Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil*) langsam, bitte langsam — noch 388 Millionen vorgesehen sind, da kommen Sie auf einen Betrag von 2433 Millionen Schilling. Ich rechne nur die Möglichkeiten, die mein Minister hat, um seine Aufgabe zu erfüllen. Sie bestreiten es, daß er sie hat. Wir glauben daran, daß er sie hat.

Ich bin auch der Meinung, daß wir, wenn dieses Konjunkturausgleichsbudget zum Tragen kommt, behaupten können, eine derartige Investition bei den Österreichischen Bundesbahnen hat es seit dem Jahre 1945 noch nicht gegeben. (*Abg. Dr. Blenk: Das kommt alles ins Protokoll!*)

Lieber Kollege Blenk! Es ist ja auch von Ihnen alles im Protokoll. (*Heiterkeit.*) Wir werden ja dann sehen, wer recht hat. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.*) Ich beweise es Ihnen ja. Man kann das ohne weiteres sagen. Vom Stürmer zum Verteidiger können Sie nur dann zurücktreten, wenn Sie die notwendige Kondition dazu haben. Und ich glaube, die habe ich.

Nun möchte ich noch etwas zum Bundesbahngesetz sagen. Da gibt es einen § 11, in dem gefordert wird, daß Richtlinien für die Geschäftsführung des Verwaltungsrates aufgestellt werden.

Meine Frage an den Herrn Bundesminister ist die, ob der Herr Bundesminister Weiß, der an der Gesetzwerdung dieses Gesetzes wesentlich aktiv mitgearbeitet hat, noch vor seinem Abgang einen Entwurf dieser Richtlinien ausgearbeitet hat und dem Ministerium, da es ja so viele Unterlagen gibt mit allen Vorteilen für die Geschäftsführung der ÖBB, überreicht hat, damit sich der Herr Minister bei seiner Arbeitsführung leichter tut. Es wäre interessant, das zu erfahren. (*Abg. Doktor Mussil: Das war eine bestellte Frage,*

Ulbrich

die Sie jetzt angebracht haben!) Das ist beinahe so wie bei Ihnen! Beinahe habe ich Sie erreicht, Herr Mussil. In dieser Sache sind Sie mir taktisch überlegen, Sie haben ja die größere Routine und Erfahrung.

Und nun zu einer Angelegenheit, die hier ebenfalls sehr in den Vordergrund geschoben wurde. Es waren Kollege Blenk und Kollege Glaser — ich bitte um Entschuldigung, wenn ich den Doktor-Titel auslasse, aber ich spreche Sie als Abgeordnete an —, die gefragt haben: Wie stellen sich die Sozialistische Partei und ihre Fraktion die Verkehrspolitik vor? Haben die überhaupt Ideen oder Gedanken, oder arbeiten sie nur nach den Prinzipien, die Dr. Weiß mit seinem Expertenteam ausgearbeitet hat?

Es war das eine ganze Anzahl von Wissenschaftlern, Professoren, und das Gesamtverkehrskonzept ist zustande gekommen, obwohl ich sagen muß, daß dieses Konzept eine wunderbare Sammlung von Gegebenheiten ist. Im Prinzip finden sich aber nicht viele Aussagen über Verkehrspolitik drinnen. In bezug auf den Gesamtverkehrsplan hat einer der entscheidenden Herren der Österreichischen Bundesbahnen, Herr Dr. Seidelmann, in einem ausführlichen Elaborat im Amtsblatt der Generaldirektion erklärt: Das ist überhaupt nicht durchführbar, denn das ist im Widerspruch zur freien Wahl der Verkehrsmittel!

Anerkennen wir die Leistung, die drinnen steckt, aber bauschen wir sie nicht auf, denn es ist auch wieder nicht alles wahr, was drinnen steht.

Wir haben uns auch Gedanken gemacht, und als Kollege Frühbauer das Ministeramt angetreten hat, haben auch wir Überlegungen vorgelegt, wie wir uns Verkehrspolitik vorstellen. Es soll uns niemand für so naiv halten und annehmen, daß wir die Fragen der Verkehrspolitik nur vom Standpunkt der Eisenbahnen geklärt hätten. Das kann man nicht! (Abg. Dr. Mussil: Den Leber-Plan!)

Wir haben einige Grundsätze. Einer der entscheidendsten ist der: Lassen wir aus der Problematik der Verkehrspolitik die grundsätzlichen politischen Differenzen heraus. (Abg. Dr. Mussil: Vor allem den Leber muß man herauslassen!) Seien Sie froh, daß Sie noch eine gesunde Leber haben, Herr Mussil! Es kann Ihnen passieren, daß sie kaputt geht.

Ich habe vor einigen Tagen die Möglichkeit gehabt, an eine Zeitung die Grundsätze einer Verkehrspolitik zu übergeben, und zwar Grundsätze einer Verkehrspolitik, wie wir sie im Rahmen unserer Eisenbahnergewerkschaft überlegt haben. Nachdem Kollege Blenk und

auch Kollege Glaser ihre Ausführungen dazu gemacht haben, bitte ich um die Erlaubnis, daß ich diese verkehrspolitischen Grundsätze nicht aus dem Stegreif spreche, sondern so, wie ich sie festgelegt habe, vorlesen darf. (Abg. Dr. Blenk: Der Gewerkschaft, nicht der Regierung!)

Wir sagen: „Verkehrspolitische Grundsätze“ — das ist ja letzten Endes auch etwas wert.

„In wenigen Tagen wird sich der Nationalrat mit den Budgetberatungen des Kapitels „Verkehr“ befassen. Es dürfte daher für die Öffentlichkeit nicht uninteressant sein, welche grundsätzlichen Überlegungen im Hinblick auf die Verkehrspolitik innerhalb der Sozialistischen Partei behandelt werden. Die Kernfrage einer verkehrspolitischen Konzeption liegt in der Lösung des Problems Schiene und Straße, doch darf man die Frage der Binnenschifffahrt, des Flugverkehrs sowie der Pipelines nicht außer acht lassen. Feststehen dürfte auf alle Fälle, daß Österreich vor allem ein gutfunktionierendes Verkehrssystem braucht, das der Wirtschaft und der Bevölkerung moderne Einrichtungen bei größtmöglicher Sparsamkeit zur Verfügung stellt.“

Sowohl der Güterverkehr als auch der öffentliche Personenverkehr müssen — vorzüglich in den Ballungsräumen — in einer Weise ausgebaut werden, daß sie diesen Anforderungen entsprechen und somit das Wachstum der Wirtschaft gefördert wird. Folgende verkehrspolitische Grundsätze werden daher zur Diskussion gestellt“. — Es ist uns vollkommen klar, daß eine Konzeption, die allein in unserer Fraktion, in unserer Partei besteht, nicht die Möglichkeit hat, realisiert zu werden, sondern man wird mit allen Sparten der österreichischen Wirtschaft und sämtlichen Verkehrsträgern zu einer Lösung finden müssen, die optimal den größten Vorteil für die gesamte Bevölkerung bringen wird.

Dabei sagen wir also aus:

„1. Nachdem die weitgehende Motorisierung der österreichischen Bevölkerung als Realität unbestritten ist, ist es Aufgabe des Staates, dafür ein leistungsfähiges Straßensystem zur Verfügung zu stellen, um der Bevölkerung den Anschluß an den westeuropäischen Standard zu gewährleisten.“

Und nun zur Frage: Wahl des Verkehrsmittels, und zwar freie Wahl des Verkehrsmittels:

„2. Jede Leistung im Wirtschaftsleben“ — ich glaube, das ist unbestritten — „ist grundsätzlich entgeltlich. Jedes Verkehrsunternehmen, ob in privater oder öffentlicher Hand

Ulbrich

wird daher einerseits die von ihm in Anspruch genommenen Dienstleistungen Dritter zu bezahlen haben, andererseits aber auch für seine Leistungen ein angemessenes Entgelt fordern. Daraus ergibt sich zwangsläufig, daß der Grundsatz der freien Wahl des Verkehrsmittels durch den Benützer diesem dann zu steht, wenn er bereit ist, das volle Entgelt dafür zu zahlen."

Wenn hier aus irgendeiner Ursache ein Nachlaß gewährt wird, müßte ein Dritter da sein, der den Entfall ausgleicht. Dann kann man von einer freien Wahl des Verkehrsmittels sprechen. Aber freie Wahl des Verkehrsmittels nur auf Kosten einzelner Betriebsleistungen oder einzelner Verkehrsträger selbst herbeizuführen, glauben wir, ist nicht möglich.

"Zur Sicherstellung dieser Wahlfreiheit muß neben dem weiteren Ausbau des Streckennetzes der öffentliche Personenverkehr raschest auf einem dem Fortschritt des Individualverkehrs entsprechenden Stand gebracht werden."

Das nächste ist die Frage der sogenannten Subventionen. Ich komme dann im speziellen noch einmal darauf zurück, wenn ich über das Budget der ÖBB an sich rede.

"Bezüglich aller Subventionen, welche gegenwärtig über die Verkehrsträger gewährt werden, muß Klarheit bestehen, daß sie aufzuheben oder voll abzugelten sind. Es ist nicht die Aufgabe der Verkehrsträger," — weder privater noch öffentlicher — „Kultur-, Sozial-, Finanz- und Wirtschaftspolitik zu betreiben, dies ist die Aufgabe anderer Institutionen."

Ihre Aufgabe ist es, Güter und Menschen zu transportieren, und dafür steht ihr der Anspruch auf kostendeckende Abgeltung ihrer Dienstleistungen zu.

"Falls diese ihre Ziele über die Verkehrsträger zu erreichen wünschen, haben sie deren Leistungen zu bezahlen.

4. Die im Besitz der Allgemeinheit stehenden Verkehrsunternehmungen haben nach gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen zu arbeiten. Ihre Aufgabe ist es, nach Deckung ihrer Selbstkosten, das allgemeine Bedürfnis nach Beförderung von Personen und Gütern soweit als möglich zu befriedigen. Die Erzielung von Gewinn ist nicht eigentliche Aufgabe dieser Unternehmungen; zu diesem Zweck dürfen keine Maßnahmen getroffen werden, die deren Verpflichtungen gegenüber der Allgemeinheit beeinflussen. Weiters ist es notwendig, daß die betreffenden Verkehrsträger ihre Wirtschaftspläne abstimmen ..." — ich glaube, es ist von besonderer Wichtigkeit, daß wir

das hier zum Ausdruck bringen, denn sonst gibt es keinen harmonischen Ablauf des gesamten Verkehrs.

"Hiebei ist die finanzielle Abgeltung der Leistungen, die im Interesse anderer Körperschaften erbracht werden, zu vereinbaren.

5. Privaten Verkehrsunternehmungen bleibt es selbstverständlich unbenommen, ihr geschäftliches Verhalten nach ertragswirtschaftlichen Prinzipien zu orientieren. Es muß allerdings auch für sie der Grundsatz gelten, daß alle von ihnen verursachten Kosten, insbesondere die Wegekosten, im gleichen Ausmaß wie von den öffentlichen Verkehrsmitteln zu decken sind."

Nachdem Ihre Sprecher erklären: gleiche Bedingungen!, decken wir uns auch in diesen Grundsätzen.

Die Frage der Wegekosten ist vielleicht eine der entscheidendsten bei der Gesamtlösung des Verkehrswesens in Österreich. Man kann über die Abgeltung verschiedener Meinung sein. Aber daß hier eine Lösung zu suchen ist, ist von jeder Seite unbestritten.

"6. Zwischen den Verkehrsträgern soll ein voller Leistungswettbewerb herrschen. Durch geeignete verkehrspolitische Maßnahmen ist zu verhindern, daß eine ruinöse Konkurrenz, die lediglich zu Schleuderpreisen führt und der kein Leistungswettbewerb zugrunde liegt, unterbunden wird."

Hier muß ich auf die letzten Ausführungen des Kollegen Blenk zurückkommen. Es geht nämlich um die Frage des Werkverkehrs und um die des Werkfernverkehrs. (*Abg. Doktor Mussil: Stammt das nicht von der Bundeskammer, was Sie jetzt verlesen haben?*) Sie müssen ganz genau wissen, daß diese Frage eine der heikelsten in Ihrem eigenen Lager ist. Denn der Werkverkehr, der Werkfernverkehr erdrückt die Tarife der Fuhrwerksunternehmer. Denken wir nur an die Tarifpolitik, wo man auf der Straße fährt, ohne daß entscheidend kontrolliert wird, und die Marken picken wir schnell, wenn wir wo einen Gendarm sehen, damit wir ja gut durchkommen. (*Abg. Dr. Mussil: Bis jetzt waren Sie ganz auf unserer Linie!*)

Herr Generalsekretär! Ich habe mit einigen gewerblichen Fuhrwerksunternehmern gesprochen. Die klagen ja nicht über die Eisenbahn, die klagen über den Werkverkehr der Industrie. Auch hier muß ein Weg gefunden werden. Der Werkverkehr hat seine Aufgabe. Es ist unbestritten eine Notwendigkeit in der heutigen Entwicklung der Industrie, daß der Werkverkehr besteht. Auch dem Werkverkehr müßten Grenzen gezogen werden, um diesen

Ulbrich

wirtschaftlichen Druck gegen beide Seiten, gegen die gewerblichen Fuhrwerksunternehmer und gegen die Bundesbahnen, auszuüben. Wenn sich sämtliche Verkehrsträger an die echten Tarifvereinbarungen hielten, wäre ja manches wesentlich leichter.

„7. Der Kooperation von Verkehrsunternehmen untereinander oder mit Unternehmen der übrigen Wirtschaft zum Ziele einer besseren ökonomischen Befriedigung des Bedarfes ist größtes Augenmerk zu schenken. Das gemeinschaftliche und gemeinwirtschaftliche Zusammengehen führt zu einer Form des Miteinanderwirtschaftens bei voller Wahrung des Leistungswettbewerbs und ist in der Lage, innerhalb der Verkehrspolitik zur vernünftigen Preisbildung und zu sinnvollen Formen zu führen.“

Ich verweise auf meine Ausführungen vom Frühjahr 1969 zum Gesamtverkehrskonzept, wo ich 10 Punkte in bezug auf die Lösung des Problems anführte.

Ich glaube, es gibt noch eine Kernfrage, die zu lösen auch von Ihnen schon versucht wurde. Das ist ebenfalls bis heute nicht gelungen. Wir hoffen, diese Frage mit Hilfe unserer Regierung lösen zu können. Es betrifft — und das ist der Punkt 8 — eine organisatorische Frage: Es sollte der gesamte Verkehr in einem umfassenden Bundesministerium für Verkehr koordiniert werden. Es ist doch ein Witz: Auf der einen Seite besteht ein Verkehrsministerium, gebunden an die Schienenwege, und auf der anderen Seite besteht ein Ministerium, das sich mit den Straßen beschäftigt, und letzten Endes, nolens volens, bauen wir uns dann noch irgendwo ein Haus, in dem wir die anderen Verkehrsträger unterbringen.

Wir sind der Meinung: Eine echte Zusammenfassung der Verkehrsträger in einem Ministerium — wobei man alles andere aus dem Ministerium abgeben soll, was mit den Verkehrsverpflichtungen nichts zu tun hat — würde ein Weg sein, um diese Grundsätze, nachdem man sie abgehandelt und abgesprochen hat, durchzusetzen.

„9. Die Verwirklichung der verkehrspolitischen Ziele hat schrittweise, um jedoch eine Verschleppung der Reformen zu vermeiden, nach einem vorher festgelegten Terminplan zu erfolgen.“

Meine Herren der Österreichischen Volkspartei! Ich glaube also, daß die Ausführungen, die Kollege Blenk und Kollege Glaser machten, gar nicht so weit von diesen Grundsätzen entfernt sind. Ich bin der Meinung: Setzen wir uns zur Lösung dieser Frage vernünftig

zusammen — und die Verantwortung für die Verkehrswirtschaft tragen wir gemeinsam —, dann wird auch der Weg zu einer Lösung für uns offen sein. *(Beifall bei der SPÖ. — Ruf bei der ÖVP: Ihr habt zu früh geklatscht, er tut weiter!)*

Darf ich mich nun dem Bundesvoranschlag zuwenden. Am Anfang möchte ich eines feststellen: Ich habe in allen meinen Budgetreden immer wieder auf ein Verhältnis hingewiesen, das ist Schiene und Straße in der Zuteilung der Mittel. Und ich darf heute sagen: Aus dem Budget ist zu ersehen, daß wir einen Hundertsatz von 12,2 Prozent Anteil am Gesamtstaatshaushalt erreichen. Wir haben unter Herrn Minister Weiß 12 Prozent gehabt, aber wir sanken vom Jahre 1957 bis zum Jahre 1970 von 20,6 auf diese 12 Prozent ab.

Wenn heute Bundesminister Fröhbauer dieses Budget vorlegt, dann müssen wir eines feststellen: Es ist das erste Mal, daß der Anteil der Bundesbahnen im Vergleich zum Gesamtbudget nicht geringer geworden ist. Das können Sie nicht abstreiten. Das ist vielleicht der erste Schritt in der Frage der Umstrukturierung späterer Verteilung von Budgetmitteln. Das, glaube ich, soll man klar und deutlich zum Ausdruck bringen und auch bestätigen.

Wir wissen ganz genau, wie es auf der Straße aussieht. Wir wissen, daß die Straße den Vorteil der zweckgebundenen Mittel hat, die mögliche Begünstigungen gibt in der Entwicklung. Ich möchte noch einmal klar und deutlich aussprechen, daß ich als Eisenbahner kein Straßenkonkurrent bin, sondern ich sage nach wie vor: Was der Straße gebührt, das soll sie auch haben. Wir brauchen ein modernes Straßennetz. Wir können es uns nicht erlauben, Straßen zu haben, die vom europäischen Niveau absinken. Aber was dem einem recht ist, soll auch dem anderen billig sein. Daher muß man in der Zukunft doch darnach trachten, von diesen 12,2 Prozent zumindest auf einen Ansatz von 15 Prozent zu kommen. Das wäre ungefähr jener Teil, den die Bundesbahnen notwendig hätten, um in all ihren Geschäften fortfahren zu können.

Nun zu einer Frage, die sich durch das ganze Budget gezogen hat, nämlich zur Frage des Dienstpostenplanes. Hier hat am Anfang der Kollege Dr. Halder von dieser „berühmten“ ÖVP-Verwaltungsreform gesprochen, von den Postenersparnissen und was da alles noch geschehen ist.

Ich habe mir erlaubt, den Dienstpostenplan 1965 zu dem von 1970 ins Verhältnis zu stellen, und siehe da, die „gewaltige“ Verwaltungsreform macht aus: minus 4 Posten von

Ulbrich

1965 auf 1970! (*Zwischenruf des Abgeordneten Steiner.*) Ja, du wirst gleich die Antwort haben, Freund Steiner.

Untersuchen wir einmal die einzelnen Posten, wie sie hier gegliedert sind. Da werden Sie finden unter: öffentlich-rechtliche Bedienstete und Vertragsbedienstete im Jahr 1965 192.159, im Jahr 1970 195.677 und im Jahr 1971, dem Voranschlag, 198.538.

Wir sehen also bei den öffentlich-rechtlichen Bediensteten ein kontinuierliches Ansteigen der Dienstposten. Keine Kritik! Wenn wir nämlich dann sehen, was sich ergäbe bei echter Erfüllung der Erfordernisse aus den Arbeitszeitverkürzungen, dann kann man den Herren, die diese Personalwirtschaft führen, die überlegt und gut geführt wird, nur gratulieren zu diesem Weg. Sie ersparen vieles, aber das Märchen von der Verwaltungsreform muß ich leider auflösen.

Es kommen dann hier die Bundesbediensteten der mittelbaren Bundesverwaltung. Da haben wir auch eine „gewaltige Entwicklung“ — da nimmt die Zahl um 25 Posten ab. Einmalige Leistung!

Jetzt schauen wir uns — wie Kollege Steiner gesagt hat — die Entwicklung bei den Bundesbahnen an, die im Jahre 1965 einen Personalstand von 80.994 Posten hatten und im Jahr 1970 77.499 Posten haben; das heißt, es gibt ein Minus von 3495 Dienstposten. Ich werde Ihnen dann sagen, daß Sie gar keine Ersparnis haben, denn diese Dienstposten bezahlen Sie auf der anderen Seite mit Überleistungen und mit Gastarbeitern. Also auch diese optische Darstellung der sogenannten Verwaltungsreform geht daneben, weil sie im Effekt nicht besteht, wohl aber behauptet wird.

Nun schauen wir uns den Endstand an. Da bemerken wir, daß es im Gesamtpersonalstand von 1966 auf das Jahr 1967 ein Ansteigen gibt; vom Jahr 1967 an haben wir einen Abfall. Die Opfer dieser Politik — ich sage es hier klar und deutlich — sind die Personalstände bei den Österreichischen Bundesbahnen, sind die Personalstände des Innenministeriums. Dort haben Sie über 1000 Posten gestrichen, und heute fragen Sie: Wie schaut es mit der Sicherheit in Österreich aus? So schaut die Dienstpostenpolitik Ihrer Partei aus!

Wenn Sie heute Klage führen über eine Vermehrung von 3000 Posten, dann, bitte, nehmen Sie einmal den Bleistift und rechnen Sie sich aus, was Arbeitszeitverkürzung bedeutet. Wenn Sie von 45 Stunden auf 40 zurückgehen, dann ist das ein Fünftel der Wochenarbeitszeit. Rechnen Sie sich ein Fünf-

tel des Personalstandes aus, dann haben Sie jene Bedienstetenzahl, die rein theoretisch notwendig ist, um die Arbeitszeitverkürzung zu verkraften. Dieses Personal fehlt dann in der Entwicklung. (*Abg. Ofenböck: Wenn Ihre Zahlen alle so falsch sind wie jetzt, dann verstehe ich, daß Sie für das Budget stimmen! — Gegenrufe bei der SPÖ.*) Wenn ich so g'scheit bin wie Sie ... (*Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP und Gegenrufe bei der SPÖ.*) Herr Ofenböck! Wenn ich so g'scheit wär' wie Sie, säße ich nicht im Parlament, dann wär' ich ein Professor. (*Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ.*) Mit Ihrer Weisheit! Das habe ich Ihnen schon einmal gesagt: Sie sind ein guter Parlamentskasperl, aber sonst ist nichts dahinter. (*Heiterkeit und neuerlicher Beifall bei der SPÖ.* — *Abg. Ofenböck: Jetzt ist er wieder „der Ulbrich“! — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Präsident Dr. Maleta: Ich bitte, meine Damen und Herren, sich wieder etwas zurückzuhalten und bei den Ausdrücken ein bißerl aufzupassen.

Abgeordneter **Ulbrich** (*fortsetzend*): Denken Sie nur an die Äußerungen eines Ihrer Mandatäre während dieser Budgetdebatte. Denken Sie daran, daß einer Ihrer Herren hier gestanden ist — was ich ihm hoch anrechne, es war Herr Dr. Bauer — und sich entschuldigt hat für etwas, was er einmal gesagt hat. Entschuldigen habe ich mich hier an diesem Pult noch nie für etwas brauchen. Das ist der Unterschied zwischen dem Ulbrich und Ihren Leuten. (*Abg. Ofenböck: Schauen Sie nach in den Protokollen: Bei jeder Rede mußten Sie sich entschuldigen!*) Geh, so was!

Präsident Dr. Maleta: Also bitte, diese Zwiesprache sind doch überflüssig.

Abgeordneter **Ulbrich** (*fortsetzend*): Ich möchte also sagen: Bei den Bundesbahnen kostet die Arbeitszeitverkürzung, wenn man es rein theoretisch abrechnet, 8400 Posten. Wir wissen, daß durch Organisationsänderungen auf Grund von Rationalisierungen rund zwei Drittel dieses Teiles zu decken sind. Aber am Ende, mit dem Jahr 1975, wird es Aufgabe der Verkehrsminister sein, den Ausfall von 2850 Posten entweder personalmäßig oder mit Technisierung und Rationalisierung auszugleichen. So schauen nämlich die Verhältnisse aus, die Sie uns da mit Ihrer Verwaltungsreform vortäuschen.

Und nun darf ich dazu noch etwas sagen: Man hat bei den Österreichischen Bundesbahnen 3495 Dienstposten erspart; der Betrag, der für Mehrleistungen bezahlt werden muß, wird von unserer Finanzverwaltung für das Jahr 1970 mit rund 200 Millionen geschätzt.

Ulbrich

Diese rund 200 Millionen machen 3500 Köpfe an Personal bei den ÖBB aus. Und jetzt frage ich Sie, was Sie erspart haben.

Man soll den Mund nicht so voll nehmen, über diese Dinge reden, sie nicht richtig darstellen und dann mit irgendeiner Argumentation einen Ausweg suchen.

Es gibt eine Möglichkeit, aber da, muß ich sagen, müßte sich die Budgetpolitik vollkommen umstellen. Man müßte mit einer gewaltigen Investitionsrate die Bundesbahnen auf jenen technischen Stand hinführen, der zu erreichen möglich ist. Die Schweden haben es uns vorexerziert. Die Schweden haben investiert und haben eine Senkung des Personals von rund 75.000 auf zirka 40.000, 45.000 erreicht. Aber wenn das bei uns nicht möglich ist, dann denken Sie vielleicht ein bisserl darüber nach, was seit 1945 bis 1970 den Bundesbahnen an Investitionen vorenthalten worden ist. Dann kann man darüber reden.

Ich kann heute vom Minister sagen, daß es ihm gelungen ist, die Personalstände, wenn auch nicht im Dienstpostenplan, so doch zumindest durch Aushilfsarbeiter, entsprechend zu erhalten. Ich glaube, das ist der erste gute Weg zur Lösung dieser Frage.

Und nun ein Stück weiter. Dr. König und Kollege Glaser haben die Frage der Abgeltung der betriebsfremden Lasten angeschnitten. Wenn man heute zuhört, so scheint es, als wären das die Ideen der Österreichischen Volkspartei gewesen. Ich darf daran erinnern, daß der gegenwärtige Erste Präsident dieses Hauses als Verkehrsminister im Jahre 1959 und später unsere parlamentarischen Vertreter diese Frage immer wieder in den Vordergrund gestellt haben. Ich selbst war es, der in Verhandlungen um das Budget der Alleinregierung immer wieder die Kontenbereinigung gefordert hat. Als Minister Weiß diese Kontenbereinigung durchführte (*Abg. Doktor König: ... habt Ihr dagegen gestimmt!*), habe ich sie bejaht. Wir haben nicht gegen die Kontenbereinigung gestimmt, sondern gegen das gesamte Budget, weil es unseren Vorstellungen nicht entsprochen hat. Machen wir daher hier nicht so ein Drahdwaberl, nehmen wir das zur Kenntnis, wie es tatsächlich der Fall ist.

Wir haben dem Minister Weiß dann auch theoretisch vorgerechnet, wie es ohne diese Kontenbereinigung aussieht. Das ist eine Selbstverständlichkeit im Streit der Politiker um ihre Argumente.

Ich stelle noch einmal fest: Wenn es eine Abgeltung der betriebsfremden Lasten gibt, haben Sie sie realisiert. Aber die Idee zu

dieser Realisierung kommt von unserer Seite. Letzten Endes ist es auch etwas wert, wenn jemand gute Ideen hat, nicht nur, wenn sie einer durchführen kann. Wir konnten das nicht durchführen, weil Sie jahrelang dagegen waren. Es war dann letzten Endes Herr Bundesminister Weiß, der erklärt hat: Jetzt können wir es machen, weil wir das Bundesbahngesetz haben. Das stimmt zwar nicht hundertprozentig, aber wir wollen keine Diskussion darüber führen.

Dann hat Herr Dr. König gefragt: Herr Minister, wie schaut es mit der BO-Automatik aus? Der Kollege Glaser hat diese Frage kurz gestreift, welche wir im Ausschuß schon behandelt haben. Ich werde eine ganz kurze Erklärung dazu abgeben:

Die Frage der BO-Automatik ist nahezu abschlußreif. Wir stehen nun in Verhandlungen mit unserer Verwaltung über die Schluß- und Übergangsbestimmungen und hoffen, daß der Entwurf im Jänner dem Hauptausschuß zugeleitet werden kann. Es gibt hier einen einheitlichen Beschluß sämtlicher Fraktionen unserer Organisation.

Ich will nicht von einer Laufbahnautomatik sprechen, denn die ist nicht realisiert. Wir haben in den Entwurf die Begriffe der Zeitbeförderung und der Bezugszuerkennung eingebaut, wir haben Überlegungen berücksichtigt, die wir aus dem Professorenbericht herausgeholt haben, mit der lukrativen Entwicklung der Dienstleistungen, und in Sachen BO-Automatik kann ich mitteilen, daß der Entwurf einer BO-Novelle wahrscheinlich im Jänner dem Hauptausschuß zur Entscheidung vorgelegt werden wird.

In der Frage Sonn- und Feiertage war das so lieb vom Dr. König. Na, gefordert haben es der Ulbrich und der Fröhbauer. Ich darf Ihnen sagen: Wirksamkeit 1. September 1970, Herr Doktor. (*Abg. Dr. König: Und die Bedeckung?*) Die Bedeckung für das Jahr 1970 ist im Ministerium gefunden worden, und für das Jahr 1971 wird sie hier beschlossen werden. Denn eines müssen Sie zur Kenntnis nehmen: Ich habe das gleiche Steckenpferd geritten, aber ich sage Ihnen, es sind Jahre, die man zusammenkriegt. Wenn wir hier herunter gestanden sind und zum Minister gesagt haben: Herr Minister, was ist mit der Sonn- und Feiertagsfrage, was ist mit der Arbeitszeitverkürzung, haben Sie genug Geld für die Nebengebühren?, hat der Minister Weiß in seiner wirklich jovialen und freundlichen Art gesagt: Kann ich nicht, es fehlt mir der Gesetzesbeschluß hiezu. Erst wenn das Gesetz entsprechend beschlossen ist oder die Kundmachung im Hauptausschuß zustim-

Ulbrich

mend verabschiedet wurde, dann erst kann in einem Nachtragsbudget die Bedeckung herbeigeführt werden. — Wichtig ist etwas anderes: daß der Herr Finanzminister Androsch die Zusage macht, daß gezahlt wird.

Meine Herren! Sie sind eingeladen, bei den Verhandlungen um diese Frage die Zustimmung zu geben. — Damit dürfen wir behaupten, daß die Forderungen, die wir sozialistischen Funktionäre in der Opposition gestellt haben, erfüllt sind.

Aber das kann passieren, das ist nicht nur Ihnen geschehen, Herr Doktor, das passiert jedem. Es ist ja keine Schande, wenn man einen Fehler macht; einsehen muß man ihn, dann tut man sich leichter. (*Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ.*)

Und nun zur Frage der Einkommenschätzung. Da bin ich doch auch immer daraufgetreten, mit zwei Füßen, wie so ein Elefant. Dann haben wir auf einmal festgestellt, daß es einen Umbruch in der Entwicklung der Eisenbahneinnahmen gibt. Da hat der Herr Bundesminister Weiß zu uns gesagt: Ja, das ist das Bundesbahngesetz; das Bundesbahngesetz hat die Veränderung herbeigeführt. Wir wagen zu behaupten: Es war der Anschluß an die Konjunkturentwicklung in Europa, und ich habe mir bei der letzten Budgetdebatte sogar erlaubt zu sagen: Es ist die Wirtschaftspolitik des Sozialdemokraten Schiller gewesen, der in der Konjunkturpolitik eine wesentliche Veränderung herbeigeführt hat.

Aber die Feststellung, daß das zu optimistisch ist, ist ja nicht allein von Ihnen als der großen Oppositionspartei getroffen worden, sondern auch von einem Freund unseres Verkehrsministers und der Verkehrspolitik, der Zeitschrift „Verkehr“. Dort steht auf Seite 1802, 26. Jahrgang: „Optimistische Einnamenschätzung 1971“, und dann wird angeführt:

„Die Position Einnahmen der ÖBB im Budgetvoranschlag 1971 sieht wie folgt aus: Allgemeine Betriebseinnahmen 1,13 Milliarden Schilling ...; Personenverkehrseinnahmen 2,4 Milliarden Schilling ...; Güterverkehrseinnahmen 6,34 Milliarden Schilling ...; Abgeltung der Sozial- und Subventionstarife 350 Millionen Schilling ..., woraus sich Gesamteinnahmen in Höhe von 10,3 Milliarden Schilling ... ergeben.“

Und nun wird der Vergleich zur Entwicklung des Güterverkehrs angestellt, und es wird festgestellt, das könne nicht stimmen; auf Grund der Wagenladungsmöglichkeiten, auf Grund der Verkehrssituation seien das gewaltige Überschätzungen. Ich habe die

Rechnung nicht in bezug auf die Post angestellt; ich habe nur versucht, eine Lösung auf dem Gebiet der Bundesbahnen zu suchen, und darf nun folgendes sagen:

Die Einnahmen der Österreichischen Bundesbahnen im Jahr 1970 waren mit 9.234.700.000 S veranschlagt, im Jahre 1971 sind es 10.323.780.000 S, und es stimmt, wie Kollege Glaser gesagt hat: Hier ist ein Mehr von über einer Milliarde Schilling festzustellen; wie werden die Bundesbahnen das hereinkirtschaften?

Dazu muß ich eines sagen: Dieses Mehr von 1 Milliarde Schilling ist ja nicht aus der Luft gegriffen, denn die Mehreinnahmen der Österreichischen Bundesbahnen im Jahre 1970 betragen um 700 Millionen Schilling. Bei Ihrer Rechnung müssen Sie also 9,9 Milliarden mit dem Betrag von 10,3 Milliarden vergleichen. Dann stellen Sie nämlich fest, daß die Schätzung der Mehreinnahmen nicht eine Milliarde beträgt — denn es sind ja tatsächlich 9,9 Milliarden eingegangen —, sondern daß die Schätzung für das Jahr 1971 nur 389 Millionen mehr ausmacht; meines Erachtens eine durchaus realistische Schätzung. Wenn man noch dazu überlegt, daß von diesen 389 Millionen Schilling allgemeine Betriebseinnahmen zirka 50 Millionen Schilling einbringen — aus Pensionsbeitragserhöhungen und aus Materialverkauf —, daß 20 Millionen aus dem Abbau der Materialvorräte und 10 Millionen aus dem Katastrophenfonds einlaufen werden, so verbleibt für das Jahr 1971 ein Betrag von 309 Millionen Schilling. Und jetzt sagen Sie mir als Fachleute der Österreichischen Volkspartei, daß das eine Überschätzung ist.

Nun wagt der „Verkehr“ noch etwas: Er stellt drei Punkte fest, aus denen er ableitet, ob der Betrieb Österreichische Bundesbahnen diese Mehreinnahmen erreichen kann.

Die erste Frage ist: Entspricht das dem allgemeinen Wachstum im Güteraufkommen? Die zweite Frage ist: Kommt es zu sogenannten dirigistischen Maßnahmen im Verkehrssektor? Und drittens ist vielleicht die Frage einer möglichen Tarifierhöhung gegeben.

Nun darf ich sagen: Wenn wir den Betrag von 309 Millionen ins Verhältnis zu den 10 Milliarden stellen, dann ist dies ein Betrag von 3 Prozent.

In der Schätzung des Wirtschaftsforschungsinstitutes für das Jahr 1971 wird eine Zuwachsrate von 4 Prozent angenommen. Das bedeutet, daß real gesehen die 3 Prozent in der Zuwachsrate der gesamtösterreichischen Wirtschaft ohneweiters denkbar sind. Aus

2354

Nationalrat XII. GP. — 28. Sitzung — 17. Dezember 1970

Ulbrich

diesem Titel heraus kommt es zu dem Verhältnis auf dem Einnahmenssektor. Ich glaube also sagen zu dürfen, daß hier wirklich auf eine Art und Weise ein Einkommensbetrag festgelegt worden ist, der durchaus im Jahr 1971 realisiert werden kann.

Herr Minister! Nun etwas, von dem ich glaube, es noch einmal wiederholen zu müssen. Ich habe es im Ausschuß schon gesagt. Wir denken, wenn wir über das Budgetkapitel Eisenbahn sprechen, immer nur an Fragen des Personenverkehrs, des Güterverkehrs, an Sonderwagen und dergleichen für die Allgemeinheit. Aber ich muß Sie bitten, Herr Minister, eine Frage als dringlich in Ihre Arbeit einzubauen, nämlich die Bereitstellung von Waggonen für unsere Bauzüge. Wenn man die Bauzüge der Österreichischen Bundesbahnen besucht, stellt man fest, daß es unter ihnen eine Anzahl gibt, von denen man sagen kann, daß sie schon längst ausgeschaltet werden müßten. Ich war während der Personalvertretungswahlen im Innsbrucker Raum bei den Fernmelde-Streckenleuten. Es ist wirklich eine Zumutung, daß die Menschen mit diesen Zügen den Dienst versehen müssen. Die Leute sind arbeitswillig, sie haben Freude an der Arbeit, aber ich muß den Arbeitgeber bitten, hier nach dem Rechten zu sehen, daß die notwendigen Waggonen zur Verfügung gestellt werden, daß sie umgebaut und entsprechend hergerichtet werden.

Nun zum Oberbau. Ich habe bei der letzten Budgetdebatte Herrn Bundesminister Weiß in seiner fachlichen Einstellung zum Problem Oberbau angegriffen. Kollege Glaser hat dann festgestellt, daß ich fachlich überhaupt keine Eignung habe, als Eisenbahner das zu sagen. Lies das Protokoll nach, da wirst du es finden! Im Ausschuß hast du gesagt, ich bin ein Fachmann, hier hast du dann gesagt, ich sei keiner, weil ich eben erklärt habe, wie der Zustand wirklich ist.

Ich erlaube mir nun folgendes zu sagen: Im gegenwärtigen Budget ist ein Betrag von 442 Millionen Schilling, das sind einige Millionen mehr als 1970, damals hatten wir 425 Millionen. Das Erfordernis, das übrigbleibt, wenn man das Mehr, das überall dazugelegt wird, abstreicht, wäre 650 bis 700 Millionen.

Wenn es in der Entwicklung dieses Budgetjahres zu einem Einsatz des sogenannten Konjunkturausgleichsbudgets kommt, dann ersuche ich Sie, Herr Minister, dieser Frage den Vorrang zu geben, sie so einzubauen, daß wir hier zu einer Lösung kommen. Ich werde die Dringlichkeit meines Ersuchens hier auch bestätigen: Wir haben an Gleisschwellen

für das Jahr 1971 ein Einbauerfordernis von 900.000 Stück, eingebaut wurden im letzten Jahr 300.000 Stück. Wir haben seit 1950 ungefähr drei Etappen in der Gesamtentwicklung: Von 1950 bis 1960 haben wir es im Schnitt auf diese 900.000 Schwellen gebracht, von 1961 bis 1965 sinken wir auf 500.000 herab und von 1966 bis 1970 auf 360.000.

Wenn man dem Unterbau und dem Oberbau der Bundesbahnen nicht das entsprechende Augenmerk zuführt, wenn man hier nicht entscheidende Beobachtungen, Berechnungen und Überlegungen anführt, dann nützt uns die Phantasie von der 200 km-Stundengeschwindigkeit überhaupt nichts. Ich werde das mit bestimmten Ausführungen beweisen: Es wäre notwendig, pro Jahr 600.000 Schwellen auszuwechseln. Ich weiß, daß das in diesem Budget wahrscheinlich noch nicht so ohne weiteres zum Wirken kommt. Denn Ihre Seite behauptet ja immer, wir seien in ein gutes Bett gestiegen. Bei einer Verhandlung um das gute Bett, das wir geerbt haben, habe ich dem Herrn Finanzminister gesagt: Das Bett ist ja ganz gut, aber mit der Tüchtheit, mit der man sich zudeckt, hat man seinen „Wickel“. Zieht man sie hinauf, verkühlt man sich die Füße, und deckt man die Füße zu, bekommt man Angina. — Das ist das Bett, das Sie auf Grund Ihrer Budgetpolitik der letzten Jahre vorbereitet haben. (*Abg. Weikhart: Außerdem ist es schleißig! — Widerspruch bei der ÖVP.*) Und das bestätigt sich hier. Hier bestätigt sich: Ihre Finanzpolitik zum Nachteil der Österreichischen Bundesbahnen sind die statistischen Erhebungen unseres Baudienstes.

Ich werde Ihnen noch etwas sagen. Vergleich zum Jahr 1969: Es wäre notwendig gewesen, 150 Gleiskilometer mit neuen Schienen zu versehen, wir haben 115 Kilometer verlegt. Es wäre notwendig gewesen, 150 Kilometer mit Altschienen zu verlegen, wir haben 123 Kilometer verlegt. Es wäre notwendig gewesen, 420 Kilometer Gleis mit neuen Schwellen zu versehen, versehen wurden 238 Kilometer. Auf dem Sektor der Weichen haben wir bei einem Erfordernis von 300 neuen Weichen nur 164 Weichen einbauen können.

Das bedeutet, daß das Normalprogramm der Bundesbahnen im Jahr 1969 nicht erreicht werden konnte. Für das Jahr 1970 haben Sie die gleichen Beträge hier beschlossen und um kein Jota mehr. Es ist natürlich klar, daß, wenn solche Situationen bestehen, das in der kommenden Zeit bei der Fülle der Aufgaben, die für die Bundesbahnen entstehen, nicht so ohne weiteres zu lösen ist.

Ulbrich

Ich sage Ihnen nun etwas über die Schienenanlagen, wie ich das auch das letzte Mal gesagt habe: An den Hauptgeleisen der Hauptbahnen liegen rund 1500 Kilometer Schienen oder 31,5 Prozent, die älter als 25 Jahre sind. Fragen Sie sich noch, warum wir Langsamfahrstellen haben? Fragen Sie sich auch, warum wir diese Situation hatten? Weil man eben den Bundesbahnen für diese notwendigen Arbeiten seit Jahrzehnten das entsprechende Geld vorenthalten hat! Daran ist nicht Herr Bundesminister Fröhbauer schuld, daran sind Ihre Herren Minister schuldig geworden (*Abg. Weikhart: Genau!*), die als Finanzminister jedesmal, wenn es um das ÖBB-Budget gegangen ist, bei den Bundesbahnen etwas abschnitten, denn das war ein roter Betrieb, dem man das nicht geben konnte. Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen, so ist die Sache.

Herr Minister! Ich glaube, in dieser Frage doch behaupten zu können, daß wir hier zu einer Lösung kommen müssen, die deswegen von Bedeutung ist, weil wir ja für die Sicherheit und die Zukunft dieses Betriebes miteinander die Verantwortung tragen. — Das seien meine Darstellungen in der Frage des Budgets.

Nun einen Schritt weiter. Es wurde in dieser Budgetdebatte einige Klage geführt, und Kollege Glaser war es, der letzten Endes das Problem des Gesinnungsterrors, der Personalpolitik bei den Bundesbahnen und des roten Terrors unter dem roten Eisenbahnerzar Ulbrich angeschnitten hat.

Bringen Sie mir einen christlichen Gewerkschafter, bringen Sie mir einen ÖAAB-Funktionär oder ein ÖAAB-Mitglied, der bei mir war, sein Leid geklagt hat und dem ich gesagt habe, da könne man nichts machen und ihm geschehe recht. Bringen Sie mir einen Mann! Das ist nämlich eigenartig hier in der Debatte: Herr Wedenig spricht vom Heldenkampf bei der Bundesbahn — das ist ein Kasperltheater! Auf der anderen Seite kommt Herr Altenburger zu mir und gratuliert mir zu dem Verhältnis, das die christlichen Gewerkschafter bei uns haben. (*Abg. Wedenig: An der Spitze!*) An der Spitze! Wie viele Leute seid ihr denn schon? Ihr macht immer ein Geschrei mit euren paar Hanseln bei uns. Es geschieht doch keinem etwas! (*Zustimmung bei der SPÖ.*) Ich werde euch beweisen, wie die Personalpolitik war, die unter Herrn Bundesminister Weiß gemacht worden ist. Ich habe es vier Jahre lang nicht getan, aber wenn man mich dazu zwingt, dann könnt ihr sie auf der Schüssel haben: eure feine unpolitische Personalarbeit! Das ist eine Geschichte!

Letzten Endes zu dem Angriff, der hier gestartet worden ist: Ich kenne die schriftliche Anfrage, ich kenne diese Sache aus Kärnten schon aus der Zeit, in der sie abgeschlossen worden ist. Es stimmt. Es wurde an den Personalausschuß die Frage gerichtet. Dort hat man sich dafür interessiert, wie der Betreffende aussieht, woher er kommt. Wir wollen familienrein bleiben. Es wurde geschrieben: Seine Eltern sind schwarze Wähler, sei vorsichtig! (*Abg. Glaser: Da brauchen wir ja nichts mehr darüber hören!*)

Dann kommt die Stellungnahme an den Zentralausschuß. Und zum Unterschied von Ihrer Politik in verschiedenen Ländern hat mein Kollege Thalhammer — das war der Geschäftsführende Obmann des Zentralausschusses und ich bin der Sekretär des Zentralausschusses, und auf Grund der Geschäftsordnung werden die Entscheidungen einvernehmlich getroffen — mir gesagt: Du, schau was da ist, das ist doch ein Blödsinn! Ich habe gesagt: Gib die Zustimmung, der Fall ist erledigt!

Sehen Sie, so muß man die Sachen lösen. Nicht nur ein Theater spielen, als ob Revolution bei der Eisenbahn wäre, wenn einer ein Schwarzer ist. Wir haben viele Schwarze, und der eine oder der andere sagt: „Du roter Pülcher, du“, und der andere sagt: „Du schwarzer Hiasl, du“. Kommt das bei Ihnen nicht vor? Das ist doch nicht so schlimm. Ich glaube, man soll das nicht in die Höhe treiben. Man soll keine Drohungen daraus machen, denn dann kommt es zu dem, was wir alle miteinander nicht wollen. Dann kommt es zu der Differenzierung und zu der Versteifung in der Auseinandersetzung, und ich sage Ihnen noch einmal: Als ich gehört habe, daß die einen 35 S für das Transparenttragen bekommen haben: Ich war erschüttert, ich habe nämlich an die Vergangenheit der 5 S-Mandeln gedacht. Ich wünsche nur eines: Ersparen Sie sich das, es ist nicht Ihr Vorteil und auch nicht zum Nutzen der Demokratie, die so heilig von Ihnen getragen wird. (*Zwischenrufe.*)

Und nun möchte ich folgendes sagen. Ich verstehe in Wahlzeiten jede Propaganda. „SPO-Polit-Agenten überprüfen Gesinnung.“ Bitte schön. Kennen Sie das Zeichen da oben? (*Redner zeigt ein Schriftstück vor.*) Das ist nicht von den Kinderfreunden. Das ist das Abzeichen vom ÖAAB, wenn Sie es nicht kennen, meine Herren vom ÖAAB. (*Ruf bei der ÖVP: Das ist so weit entfernt!*) Ja, das glaube ich, das bemerken wir in der Führung der ÖVP. Und da lese ich folgendes: „Herrn Josef Ofner. Sehr geehrter Herr Kollege! Nachstehend gebe ich Ihnen eine Adresse bekannt und

Ulbrich

ersuche Sie, uns so bald als möglich über die politische Einstellung und den Leumund des Genannten entweder telephonisch oder schriftlich Mitteilung zu machen.“ Sagen Sie, war das ein Hauskiberer von euch? (*Heiterkeit bei der SPO.*) Also warum macht man da so ein Geschrei, wenn man selber in so einem Vogelhäusel sitzt? Sehen Sie, ich mach da gar nicht soviel Wasser, ich kann das verstehen. Sie haben Ihre Interessen, wir haben die unseren.

Wir kennen doch die 93 Prozent von der „Praderisierung“ in Niederösterreich auch. Oder ist das weniger wie bei uns? Wir haben nur 86. Da schreit mein Freund Glaser: Was ist das für eine Demokratie! Euer vergangener Verkehrsminister hat 93 Prozent in Niederösterreich. Dann marschieren sie mit einem Fahnl auf, wie stolz der ÖAAB ist, daß er das erreicht hat. (*Ruf bei der ÖVP: Verkehrsminister?*) Verteidigungsminister, aber das ist eh wurscht. Jetzt ist er es auch nicht mehr. Jetzt ist er ein ganz ein armer Schlucker. (*Heiterkeit.*)

Und nun noch etwas, was sehr wichtig ist. Sie fragen immer, wie das bei uns vorgeht — ich komme dann ohnehin zu der Frage der Personalvertretungswahlen auch noch ein bißchen. Aber da gibt es eine Aussendung des ÖVP-Pressedienstes vom 24. September 1970: „SPO-Regierung beschäftigt 14 persönliche Pressereferenten.“ Das ist doch eine Sauerei, das darf sie sich doch nicht erlauben.

Sagen Sie: Wie war das bei uns, als der Herr Bundesminister Weiß kam? Ich möchte eines feststellen: Es war für uns eine Selbstverständlichkeit, daß der Herr Bundesminister Weiß, als er seine Geschäfte übernahm, sich sein Büro so einrichtete, wie er es für notwendig hielt. Da hat es überhaupt keine Rede gegeben. Sie können ihn fragen, Sie können den Herrn Generaldirektor Kalz fragen. Der ist leider nicht da. Ist er schon da? — Nein, sonst könnte er uns ja bestätigen, daß es überhaupt keine Diskussion oder irgendeinen Argwohn gegeben hat, weil ich mir vorstellen kann, daß der Minister nicht meine roten Genossen ins Büro setzt. Wo gibt es denn das? Bei Ihnen? Bei uns auch nicht. Sehen Sie, und dann handelt man ab und da schreibt man: „Gerold Korherr für Minister Frühbauer“. Da hätten Sie schauen müssen: Wer ist der Korherr? Ist er aufgenommen worden mit einem Sondervertrag, kriegt er besondere Zahlungen, oder ist der Korherr vielleicht gar ein Eisenbahner gewesen, der im Pressereferat tätig war?

Und ich werde Ihnen nun sagen — er sitzt eh da, unser Geri, der fesche Bursch da hin-

ten —: Der gute Mann ist Maturant, das ist ja schon was wert in der Qualifikation auf Ihrer Seite, dann hat der Mann Polizeidienst vom Juni 1952 bis Ende April 1956, kam zur Eisenbahn am 5. November 1956 als Lohnbediensteter zur Pensionsstelle, später in den Personaldienst, dann zur Pressestelle, wo er Sekretär beim Generaldirektor Kepnik wurde. Und Generaldirektor Kalz, als er Generaldirektor geworden ist — das ist klar —, kann den roten Geri nicht brauchen, da braucht er den schwarzen Ratschenbacher — wechseln wir sie aus. (*Heiterkeit.*) Und nun haben wir einen roten Minister, haben wir einen roten Sekretär. Was findet man so groß dran? Warum spielt man immer wieder diese Dinge so hoch?

Und da liegt die Ursache. Sie werden unglaublich mit solchen Erklärungen. Das kauft Ihnen niemand ab. Weil das eine Selbstverständlichkeit ist, und ich will ja nicht sagen, wie man dann weiter versucht, die Lösungen zu finden.

Nachdem hier der Tiroler Streiter so groß über die Rangverhältnisse sprach, gestatten Sie mir einige Erinnerungen — tut mir leid, Karl, aber ich muß über die Zeit fahren, es geht nicht anders. (*Heiterkeit bei der SPO.*) Ihr habt letzten Endes zu sechst so viel Schönes gesagt, daß ich dem Hohen Haus nicht vorenthalten kann, was ich für eine Antwort habe.

Nehmen wir einmal den Dienstpostenplan von 1966 und 1969, ich mache das kurz. Da hat es im 1966er-Jahr gegeben 29 SPO-Leute und 34 ÖVP-Leute. Im 1968er-Jahr drehen wir das Spiel vollkommen um, da gibt es nur mehr 26 Rote und 42 Schwarze. Das ist die „unpolitische Handlung“ des Herrn Ministers Weiß gewesen. Ich klage ihn gar nicht an, weil ich mir das sowieso mit ihm geschupft habe, denn er hat einen Schwarzen vom Rang 47 befördert, na da haben wir den Rang 48 von uns dazugenommen, und das ganze hat sich ausgeglichen. Sehen Sie, so kann man die Fragen auch lösen. Aber Sie haben einen sturen Standpunkt in Ihrer Politik und glauben, Sie müssen mit dem Schädel in eine Mauer rennen, und wenn S' einen Dippel haben, können S' Ihnen net kratzen. (*Allgemeine Heiterkeit.*)

Und jetzt sage ich Ihnen noch etwas. Sie werden sich erinnern können, als die Auseinandersetzung um die Besetzung des Generaldirektorpostens in der ÖBB ging, haben Sie mit aller Vehemenz und unter Einsatz Ihrer politischen Kraft der absoluten Mehrheit den Rang 13 zum Generaldirektor gemacht, und den Rang 1, den Herrn stellvertretenden Generaldirektor Dr. Dultinger, hat man nicht dazu gemacht. Sie haben keine Erklärung der fachlichen Unzuständigkeit für den Mann. Sie

Ulbrich

haben keine Beweise, daß er zumindest nicht auch so ein guter Generaldirektor wäre wie der Herr Dr. Kalz. Aber Sie haben gesagt, das muß Dr. Kalz werden.

Sagen Sie: Was war das für eine Handlung? Eine vollkommen unpolitische? Aus „fachlich-sachlicher“ Erwägung hat man den Rang 13 statt den Rang 1 gemacht; und jetzt wagen Sie daherzukommen und dem Dr. Dultinger abzusprechen, daß er fähig gewesen wäre, Generaldirektor zu werden. (*Abg. Staudinger: Die fachliche Eignung wurde Dr. Dultinger nie abgesprochen!*) Wenn man die fachliche Eignung dem Dr. Dultinger nicht abstreiten kann, dann ist es ein politischer Akt der ÖVP gewesen. Einverstanden, ich akzeptiere das.

Im Maschinendienst haben wir den Dipl.-Ing. Buschek bekommen. Ist von unseren Leuten unterstützt worden, war aber Rang 4. Der Leiter des Kraftwagendienstes war Rang 27. (*Abg. Graf: Herr Kollege, darf ich eine Frage stellen: Wann immer Redner der ÖVP Namen genannt haben, hat die ganze Fraktion gebrüllt: „Das ist geschmacklos!“ Ich lade Sie ein, klassifizieren Sie das! Ist das nicht geschmacklos, meine Herren?*) Sie haben einen Fehler. Ich wiederhole nur das, was wir Ihnen schon einmal gesagt haben. Nur damals haben Sie sich nicht aufgeregt. (*Abg. Graf: Es ist geschmacklos, Namen hier herumzuzerren!*) Geschmacklos ist das gar nicht, wenn man Ihnen die Wahrheit sagt. Bei Ihnen ist alles dann geschmacklos und undemokratisch, wenn es nicht in Ihren Kram paßt, und alles ist in Ordnung, wenn es der anderen Seite weh tut. (*Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Graf: Diskussion ja, aber das Namen-Nennen ist geschmacklos!*)

Und ich werde Ihnen noch einen Namen sagen, wie Sie politisch gearbeitet haben. Da gibt es einen Herrn Dr. Marhold bei den Österreichischen Bundesbahnen. Darf ich Ihnen sagen, was Sie mit dem gemacht haben? Der Mann war Mitglied des Aufsichtsrates des Verkehrsbüros. Er wurde, als im Jahre 1966 das Verkehrsbüro politisch umbesetzt wurde, aus seiner Funktion geholt. Ich will nicht reden über die Wohnbaugenossenschaften und die anderen Vereinigungen, die alle mit dem Jahre 1966 von Ihnen politisch verändert wurden, weil Sie die absolute Mehrheit erhalten haben. Das nehmen Sie auch einmal zur Kenntnis!

Das zweite: Der Mann ist Sachbearbeiter in Lokalbahnfragen gewesen. Was hat man gemacht? Man hat ihn aus dem Aufsichtsrat der Lokalbahnen in Lambach herausgeholt.

Drittens: Man hat Dr. Marhold auf Grund einer anonymen Anzeige beschuldigt, daß er

mißbräuchliche Verrechnung von Auslandsdiäten gemacht hat. Es konnte kein Beweis erbracht werden, aber es wurde auch nicht der Mann genannt, der die Anschuldigung ausgesprochen hat.

Als die Debatte um die Besetzung führender Funktionen bei den Bundesbahnen vor sich ging, lehnte man ihn als Leiter der Sektion 2 ab. Man lehnt ihn sogar ab als Gruppenleiter in der Sektion 2.

Als die Diskussion über den Generalsekretär, der in Pension ging, bei den Bundesbahnen vor sich geht, ziehen wieder Sie am Schnürl und besetzen die Position mit einem Ihnen sehr nahestehenden Mann, mit dem Herrn Dr. Seidemann.

Und dann geht es um den Herrn Präsidenten der Bundesbahndirektion Wien. Wen haben Sie da allen anderen vorgezogen? Herrn Doktor D'Aron, den Busenfreund des Herrn Generaldirektors Dr. Kalz. In Ihrer eigenen Partei waren Sie damit nicht zufrieden, aber gemacht ist es worden. Wenn Sie das selber getan haben, dann gehen Sie doch nicht her und reden Sie über politische Manipulation im Personaldienst und im Personalsektor!

Ich will weiter nicht davon reden, das geht so fort in der laufenden Nummer. Herr Doktor Marhold ist also von A bis Z, wie man so schön auf wienerisch sagt, abgerüstet worden wie ein Christbaum nach dem 6. Jänner, und der Fall war damit erledigt. Das hat Sie überhaupt nicht gestört. Daher sollten Sie das doch überlegen, ich habe dem Kollegen Glaser gesagt: Überlege es dir, Personalfragen in die Diskussion zu bringen. Ihr habt euch nicht daran gehalten, ihr wolltet die Auseinandersetzung. Ihr wißt ganz genau, daß ich dann dazu stehe, und ihr könnt sie dann haben.

Und nun vielleicht noch etwas zum Abschluß, so zum Drüberstreuen. Nachdem hier über die Personalvertretungswahlen und über den „Terror“, der während dieser Wahlen ausgeübt worden ist, gesprochen wurde, möchte ich Ihnen folgendes sagen: Bei der Durchführung der Personalvertretungswahlen hat es innerhalb des Zentralwahlausschusses keine einzige Vorsprache oder Anklage der christlichen Gewerkschafter gegeben. Ich bin dort als Vollmitglied drinnen und müßte sonst etwas davon wissen. Es ist etwas anderes gewesen, was hier in einer niederösterreichischen Zeitung unter dem Titel propagiert wurde: „Hat Genosse Ulbrich Angst?“ — Ja sagen Sie mir doch, vor wem? Vor dem großen schwarzen Riesen, den mir mein Freund Glaser vorgezeigt hat, vor den paar Manderln? Und da ist das Köstlichste passiert, ich muß ja schmunzeln darüber.

Ulbrich

In einer Wahlversammlung, wo ich über die Fragen unserer Organisation gesprochen habe und wo ich dabei auch die Abkürzung verwende und sage: „Die FCG hat ebenfalls ihre Kandidatur angemeldet“, steht einer auf und sagt: Was heißt FCG, heißt das Fußballclub Germania? Darauf habe ich gesagt: Nein, das ist die Fraktion christlicher Gewerkschafter. *(Heiterkeit.)* So schaut das aus. *(Redner zeigt ein Plakat mit 6,77 Prozent und 86,4 Prozent vor.)* Bitte aber eines möchte ich dazusagen. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)* Das ist eine gesunde Methode, sehen Sie, und auf der anderen Seite können Sie weiterlesen. *(Heiterkeit.)* Ich weiß, das tut Ihnen weh. Aber Ihre 93 Prozent beim Herrn Prader tun Ihnen nicht weh. Wir werden noch weiterreden, es ist ja noch nicht aus.

Ich frage Sie: Wann waren Sie denn bei den Österreichischen Bundesbahnen seit dem Jahre 1945 mehr als höchstens 8 Prozent? Wann waren Sie das? Das heißt, daß Ihr Wählerstock gleichgeblieben ist. Sie haben sogar das Pech gehabt, unter der Regentschaft des Herrn Bundesministers Weiß abzunehmen — jetzt muß ich dem Bundesminister Fröhbauer ein Kompliment machen —, unter seiner Regentschaft haben Sie wieder zugenommen. Das ist der „Terror“ bei den Österreichischen Bundesbahnen. Das ist die „Brutalität“, die wir besitzen. Und dann schreiben Sie unter dem Titel „Hat der Genosse Ulbrich Angst?“ — Ich muß Ihnen das vorlesen, denn das ist ja köstlich:

Bei einer Versammlung in St. Pölten, also: „Genosse Ulbrich, Boß der sozialistischen Gewerkschafter bei der Bundesbahn, scheint es trotz seiner Prognosen für die am 25. und 26. November stattfindenden Personalvertretungswahlen — er spricht von einem 90prozentigen Anteil — mit der Angst zu tun bekommen zu haben.“ — Nun, wir haben in Wien, Niederösterreich und Burgenland die 90 Prozent überschritten, zu Ihrer Beruhigung. Aber es ist noch keinem etwas geschehen. Und dann schreibt man folgendes in der Zeitung:

„Das wurde bei einer am 15. November in St. Pölten abgehaltenen Eisenbahnerversammlung — wir berichten auch an anderer Stelle darüber — bekannt. So wurden bei den Bundesbahndirektionen Wien und Villach von den 24 genannten Kandidaten der Fraktion christlicher Gewerkschafter nur die ersten zwölf der alphabetisch gereihten Liste auf das Wahlvorschlagsplakat aufgenommen.“ — Weil es nur 12 Kandidaten gibt, die anderen 12 sind ja nur in Reserve gewesen und werden nicht verlautbart. — „Die Fraktion hat selbstverständlich dagegen Einspruch erhoben.“ — Wis-

sen Sie auch, warum? Sehen Sie, und das hätten Sie nicht schreiben dürfen. — „Es wurden von seiten der Fraktion christlicher Gewerkschafter an die zuständige Wahlbehörde, an den Zentralwahlausschuß, die Kandidatenlisten eingereicht“, und Ihre Fraktion hat die 24 Kandidaten schön alphabetisch untereinander geschrieben. Auf Grund unserer Personalvertretungsvorschrift werden aber nur zwölf Kandidaten, die wählbar sind, veröffentlicht. Es gibt keine Ersatzkandidatur. Das haben wir uns privat ausgemacht, damit wir, wenn es notwendig wird, die Ersatzleute gleich bei der Hand haben.

Nun hat natürlich das Wahlbüro, die zuständige Wahlbehörde die ersten zwölf verlautbart. Die Fraktion christlicher Gewerkschafter hätte wissen müssen, daß sie nur zwölf nominieren kann. Und dann ist das Palaver gekommen, weil unter den zwölf der eine mögliche Wählbare nicht aufschien. Jetzt haben sie Gott und die Welt in Bewegung gesetzt und von einem Terror gesprochen. Ich wurde von dem Leiter des Zentralwahlausschusses angerufen, und dieser hat mir gesagt: Du, Ernstl, paß auf, da ist bei den christlichen Gewerkschaftern etwas passiert! Darauf habe ich gesagt: Wende dich zuerst an die Fraktion der christlichen Gewerkschafter und hör, was sie wollen und was sie sagen! Darauf hat der gute Mann dort erklärt: Von den 24 Nominierten nehmen Sie die ersten zwölf. Das ist geschehen. Jetzt war das Palaver da, und sie haben gesagt: Was machen wir jetzt? Da habe ich gesagt: Dann schreibt die zwölf, die ihr braucht, neu und pickt das über die alten Namen drüber.

Aber daß man daraus eine Abhandlung und einen Akt politischer Unterdrückung macht, das klingt ein bißerl gspäßig. Da müssen Sie bei Ihrer Fraktion rückfragen, wer jetzt recht hat: die Fraktion christlicher Gewerkschafter oder ich, der ich das gesagt habe. Denn das, was da steht, stimmt keinesfalls, meine Herrschaften. Das nehmen Sie freundlichst entgegen!

Und dann schreibt man weiter: „Der Hinweis auf mögliche Vorstellungen, daß die sozialistischen Gewerkschafter um ihre bestehende Mehrheit im gegenwärtigen Ausmaß bangen, sei, wie Oberinspektor Alfons Stanzel als Zentralausschußmitglied feststellte, durchaus begründet.“

Hier im Haus befinden sich eine Anzahl von Zuhörern, die in der Umgebung des Kollegen Stanzel beruflich tätig sind. Bitte, fragt einmal die und den Kollegen Stanzel, was er gesagt hat. Er hat mit Händen und Füßen gezittert, daß er nicht mehr gewählt wird. Und

Ulbrich

ich sage euch: Ich bin froh, daß ich ihn habe! Ich bin doch als Gewerkschafter und als Personalvertreter froh, daß ich einen rechten und einen linken Partner habe. Bitte schön, daß es zwei kleine sind, das macht ja nichts. Die Großen und die Erwachsenen müssen zu den Kleinen ohnehin immer freundlich bleiben, und das sind wir auch. Es gibt noch keine Beschwerde über die Fraktion der sozialistischen Gewerkschafter innerhalb des Österreichischen Gewerkschaftsbundes. Im Gegenteil. Wenn ich einen von euch treffe, gibt's nur ein Loblied, außer man steht da herunter und es ist eine politische Argumentation notwendig. Dann rutscht mein Freund Wedenig auf einmal aus — aber du wirst schon wieder zurückfinden. (*Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.*)

Und dann kommt noch etwas: das Reden über die gewaltigen Leistungen, die der ÖAAB und die christlichen Gewerkschafter erbracht haben, über das Nachziehverfahren, über die Wertsicherungsklausel, über die Löhne und Gehälter, über die Automatik, über die Nachdienstzulage, über die höheren Reisegebühren und über die höheren Betriebszulagen — ich muß sagen, wenn wir die 7 Prozent christlichen Eisenbahner nicht hätten, hätten wir wahrscheinlich überhaupt noch nie etwas erreicht. Aber erinnern Sie sich doch an die Auseinandersetzungen um die Gehaltslösungen im Jahre 1967, an Ihre Beschlüsse am Semmering und die Frage des Beamtenopfers. Erinnern Sie den Altbundeskanzler Klaus, wenn Sie ihn noch einmal treffen, daran, welche Auseinandersetzungen es im Kanzleramt mit den vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes gegeben hat. Da waren es nur Ihre Leute, die immer am Bremsbackl gesessen sind: Hopp, noch einmal drauftreten, damit wir ja nicht ins Rutschen kommen!

Daher ist Ihre Argumentation, die Sie da bringen, nicht richtig. (*Abg. Stohs: Kollege Ulbrich, das stimmt nicht! Wir haben uns genauso eingesetzt wie ihr!*) Ich weiß, es stimmt nie etwas, was wir sagen, es stimmt immer das, was Sie glauben.

Jetzt gibt's noch etwas, weil man über den Wahlterror und dergleichen spricht und darüber, wie die Argumentation von uns immer sei. Jetzt sage ich Ihnen aber etwas, was Ihnen keine Freude macht. Bei den jetzigen Personalvertretungswahlen geht auf einmal eine Korona von höchsten Beamten durch Salzburg: Der Herr Generaldirektor, der Herr Präsident von der Linzer Direktion, das ist ein Genosse, und dann auch der wahlwerbende Kandidat der christlichen Fraktion sind von Bahnhof zu Bahnhof gegangen. Und jetzt frage ich Sie: Wo haben Sie einen sozialisti-

schen Funktionär der ÖBB getroffen, der irgendwo in die Wahlwerbung so eingegriffen hat wie Herr Dr. Kalz? Sehen Sie: Und das, glaube ich, steht ihm nicht zu. Es steht ihm als oberstem Funktionär der Verwaltung der ÖBB nicht zu, daß er in die Wahlwerbung eingreift. Haben Sie von uns so etwas gehört? (*Abg. Staudinger: War nicht der Präsident dabei?*) Der Breindl war dabei. Aber es hat keine Gewerkschaftsorganisation — da kann man sagen, die geht es nichts an —, aber es hat auch keine Personalvertretung etwas gewußt von der Dienstreise des Herrn Dr. Kalz mit dem Kandidaten der Fraktion christlicher Gewerkschafter. Schau, spiel' doch den Breindl nicht aus, wenn's um den Kalz geht! Laß den Breindl Breindl sein, da brauchen wir nicht unecht zu sein. Rudi, keine Demagogie, du weißt, wer der Stärkere von den beiden ist.

Also bitte, abschließend möchte ich noch einmal sagen: Ich glaube also schon, wenn wir als Sozialisten zu diesem Budget ja sagen, dann haben wir Ihnen bestimmt eine Anzahl von Argumenten geliefert, die beweisen, daß dieses Budget doch besser ist als das Ihre.

Ich gebe Ihnen hier ein Versprechen mit auf den Weg: Bringen Sie mir einen christlichen Gewerkschafter, der benachteiligt worden ist, bringen Sie mir ein Mitglied des ÖAAB, das auf Grund seiner Mitgliedschaft Nachteile hat, und ich gehe mit Ihnen zu dem zuständigen Personalchef zur Korrektur. Der zuständige Personalchef ist Mitglied Ihrer Partei, es ist der Herr Dr. Plätz. — Ich danke schön. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Probst: Zum Wort gelangt der Herr Bundesminister Frühbauer.

Bundesminister für Verkehr Frühbauer: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich werde vorerst versuchen, die Zeit, die der Herr Abgeordnete Ulbrich über den Fahrplan gefahren ist, wieder einzuholen. (*Demonstrativer Beifall bei der ÖVP.*) Ich bin mir dessen bewußt, daß es wahrscheinlich ein unmöglicher Versuch sein wird, einerseits den Beschlüssen der Präsidialkonferenz zu entsprechen, möglichst kurz zu antworten, andererseits aber dem Wunsch des Herrn Doktor Karasek nachzukommen, möglichst alle Fragen miteinzubeziehen. (*Abg. Libal: Schon wieder der Karasek!*) Ich bitte aber, sollte mir das mißlingen, mich dabei nicht zu verurteilen. Der gute Wille meinerseits ist vorhanden.

Ich darf vorerst eine Richtigstellung vornehmen. Herr Dr. König! Sie haben aus dem letzten Protokoll anlässlich der vorjährigen Budgetdebatte zitiert, und zwar anlässlich des

Bundesminister Fröhbauer

Zwischenrufes von Herrn Abgeordneten Peter zu der von mir abgegebenen Erklärung, daß ich nicht Minister werde. Ich muß das zurückziehen. Ich muß auch meine Unterstellung gegenüber den „Salzburger Nachrichten“, daß sie Falschmeldungen verlautbart haben, zurückziehen. Sie waren damals besser informiert als ich. Nur: Daß ich nicht 60 Jahre alt bin, das hat gestimmt, das war wahrscheinlich ein Druckfehler bei den „Salzburger Nachrichten“.

Im übrigen kann ich Sie beruhigen: Ich bekenne mich voll zu meinen Ausführungen, die ich als Abgeordneter in diesem Hohen Haus gemacht habe, und selbstverständlich auch zum Minderheitsbericht der sozialistischen Abgeordneten bei der Beratung des Bundesbahngesetzes. Ich bekenne mich zu meinen Ausführungen, auch wenn ich, wie Sie und der Herr Abgeordnete Glaser ausgeführt haben, ebenfalls so wie Dr. Weiß mit Wasser kochen muß. Beim Kochen mit Wasser kommt es aber letztlich auch immer darauf an, was drinnen ist, das zu kochen ist. Das kann dann auch ganz gut schmecken.

Mein persönliches Verhältnis zu Herrn Doktor Weiß ist bekannt. Ich brauche daher keine ergänzenden Ausführungen zu machen. Ich kannte ihn als meinen Vorgesetzten und als Verhandlungspartner in der Gewerkschaft und in der Personalvertretung. Nur wäre es korrekt gewesen, wenn man, als man meine positiven Äußerungen zu meinem Amtsvorgänger bei meinem Amtsantritt hier zitierte, auch darauf hingewiesen hätte, daß ich gleichzeitig ein Primat dem Verkehrsminister Leber gab, dem man neidlos anerkennen muß, daß er eigentlich als Nichtfachmann die europäische Verkehrspolitik in Bewegung gebracht hat.

Bei meinem Amtsantritt habe ich außer Zweifel eine Reihe von Unterlagen vorgefunden, wenn wir auf das Verkehrskonzept eingehen, wie ich das auch anlässlich der Neukonstituierung der Interministeriellen Kommission zur Fortentwicklung des Verkehrskonzeptes dargelegt habe; eine gute Bestandsaufnahme, eine Reihe wissenschaftlicher Untersuchungen, aus denen aber noch die entsprechenden Konsequenzen gezogen werden müssen.

Die Amtsübernahme seinerzeit durch Doktor Weiß, glaube ich, hat ein sehr gutes Ergebnis insofern gebracht, als der Öffentlichkeit bewußt wurde, daß nicht das angebliche Versagen, das man sozialistischen Ministern vorwarf, und daß nicht die angebliche rote Mißwirtschaft am Defizit der Österreichischen Bundesbahnen schuld sind, sondern seit Jahren das Fehlen des entsprechenden Investi-

tionskapitals, um die Rationalisierungsmöglichkeiten, die der Betrieb der Österreichischen Bundesbahnen ermöglichte, tatsächlich durchführen zu können, und das Fehlen einer entsprechenden Koordination der einzelnen Verkehrsträger.

Denn der aufgestellte Grundsatz, sehr geehrte Damen und Herren, daß man im Verkehr absolut die freie Marktwirtschaft anwenden könne — das hat sich auch in den Jahren seit 1966 gezeigt —, ist nicht zu verwirklichen. Es wäre bei einer exakten Anwendung des Grundsatzes der freien Marktwirtschaft wahrscheinlich niemand in Österreich einverstanden, weil das bedeuten würde, daß man eine Reihe von Aufgaben, die die öffentlichen Verkehrsträger für die Bevölkerung und für die Wirtschaft zu leisten haben, ohne Rücksicht auf die Auswirkungen einstellen müßte. Es muß daher in diesem Zusammenhang immer wieder die Gesamtheit gesehen werden, und es muß eine Lösung angestrebt werden, die der Verpflichtung der Österreichischen Bundesbahnen gegenüber der Wirtschaft und der Öffentlichkeit entspricht.

Ich bekenne mich zu einer sachlichen Verkehrspolitik, losgelöst von den politischen Überlegungen, und ich bekenne mich zur Zusammenarbeit mit allen Verkehrsträgern, insbesondere auch mit dem Verkehrsträger Straße. Meine Entscheidung im Zusammenhang mit der Problematik der Aufnahme des Huckepackverkehrs, der Hucketransgesellschaft durch die Österreichischen Bundesbahnen 20 SGP-Niederflurwaggons beizustellen, damit diese kombinierte Art der Verkehrsbewältigung möglichst rasch aufgenommen werden kann, zeigt, glaube ich, meine grundsätzliche Einstellung.

Ich glaube, die Aufgaben der Verkehrsträger kann man nur miteinander und auf keinen Fall gegeneinander lösen. Ich danke daher den Sprechern der großen Opposition, daß sie zu einer solchen sachlichen Zusammenarbeit bereit sind und mich bei der Bewältigung der Probleme der Verkehrspolitik unterstützen werden.

Das gleiche gilt für die sachlichen Diskussionsbeiträge des Herrn Abgeordneten Melter, der ebenfalls seine Bereitschaft für eine Lösung der Verkehrsprobleme auf sachlicher Ebene kundtat, woraus ich schließen kann, daß die besten Voraussetzungen für eine künftige Regelung in diesem Hohen Haus gegeben sind.

Nun zur Frage der Defizitberechnung, Herr Abgeordneter Dr. König. Sie haben darauf hingewiesen, daß ich bei meinem Budgetbeitrag in der Debatte des Vorjahres dem Herrn Minister Dr. Weiß vorrechnete, wie hoch der

Bundesminister Frühbauer

Abgang für 1970 wäre, und dazu auch jene Beträge verwendete, die als Abgeltung auf der Pensionseite, auf der Sozialtarifseite und auch bei der Zinsenbelastung in ein anderes Kapitel übertragen wurden. Selbstverständlich: Wenn man 1965 und 1966 einem sozialistischen Verkehrsminister die Höhe des Defizits als Begründung für politische Angriffe vorgeworfen hat, dann kann man doch nur korrekterweise, wenn man einen Vergleich anstellt, auch im Jahre 1969 für das Budget 1970 unter Miteinbeziehung aller jener Faktoren, die zu dem Defizit 1965 führten, vergleichen. Jeder andere Vergleich wäre doch unkorrekt. Das war auch die Ursache für dieses Aufzeigen.

Herr Dr. Weiß hat eine neue Methode der Defizitberechnung anlässlich seiner Beantwortung entwickelt. Er hat nämlich gesagt, es gibt die Additionsmethode und die Subtraktionsmethode. Nach der Subtraktionsmethode ist er im Vorjahr schon zu einem ausgezeichneten Ergebnis der Gebarung der Österreichischen Bundesbahnen gekommen, und nach seiner Methode kann ich heute nur feststellen: Wenn ein Betriebsabgang von 1869 Millionen ein Ansteigen auf 1904 Millionen aufweist, so ist nur eine Erhöhung von 35 Millionen heute vorhanden. Das ergibt bei einer Steigerung des Personalaufwandes von 876 Millionen nach der von Dr. Weiß entwickelten Subtraktionsmethode eine wesentliche Verbesserung im Jahre 1971 gegenüber dem Budget 1970.

Dazu darf ich festhalten, wie Herr Abgeordneter Ulbrich schon ausgeführt hat, daß die Voraussetzungen für das Inkraftsetzen der BO-Automatik und der Sonn- und Feiertagsabgeltung getroffen sind und diese auch erfüllt wird.

Eine Forcierung der Anschlußbahnpolitik, die von Dr. Blenk und Ihnen urgiert wurde, ist vorhanden. Wenn auch noch nicht das Ausmaß erreicht ist, das die Deutsche Bundesbahn hat, der aus Mitteln des Steueraufkommens im Straßenverkehr 250 Millionen D-Mark zur Verfügung stehen, so habe ich immerhin den Betrag, der 1970 für diesen Zweck vorhanden war, verdoppeln können, nämlich auf 20 Millionen, die im Jahre 1971 für forcierte Anschlußbahnpolitik bereitstehen, und habe gleichzeitig auch im Einvernehmen mit dem Herrn Finanzminister die Abschreibungsbedingungen für Eisenbahnmaterial von 30 Jahren auf 10 Jahre abgesenkt, sodaß diese von mir aufgestellte Forderung des Vorjahres bereits ihre Erfüllung gefunden hat.

Hinsichtlich der Äußerungen über eine Novelle des Bundesbahngesetzes, die sowohl

Abgeordneter Glaser, Abgeordneter Dr. König, der Abgeordnete Ulbrich wie auch der Abgeordnete Melter urgieren haben, darf ich zum Ausdruck bringen, daß ich sehr erfreut bin, von allen Sprechern zu hören, daß man damit einverstanden ist, daß die Abgeltung der Pensionslasten und die Abgeltung aus den Sozial- und Subventionstarifen den tatsächlichen Gegebenheiten angepaßt werden. Ich werde mich bemühen, die Arbeiten, die im Verkehrsressort hinsichtlich einer Novelle des Bundesbahngesetzes im Hinblick auf diese Bestimmungen schon durchgeführt werden, zu beschleunigen, um diese möglichst bald in die Begutachtung aussenden zu können, und ich hoffe auf Ihrer aller Zustimmung zu dieser Änderung des Bundesbahngesetzes.

Die Frage der Nebenbahnprobleme, die Doktor König und Abgeordneter Windsteig angeschnitten haben, habe ich schon des öfteren in der Öffentlichkeit dargelegt. Ich darf das hier im Hohen Haus, so wie ich es im Finanz- und Budgetausschuß tat, kurz wiederholen.

Die Österreichischen Bundesbahnen führen eine Untersuchung durch und stehen fast vor dem Abschluß der Festlegung der als Nebenbahnen eingestuftten Bahnlinien, die auf Grund ihres Verkehrsaufkommens nicht mehr den wirtschaftlichen Ertrag nach rein kaufmännischen Grundsätzen für das Unternehmen bringen. Wenn das Ergebnis der Untersuchung seitens der Österreichischen Bundesbahnen, vom Vorstand beschlossen und vom Verwaltungsrat beraten, mir vorgelegt wird, werden die einzelnen öffentlichen Stellen noch einmal Gelegenheit bekommen, ihre Argumente, die gegen eine Einstellung von Nebenbahnen sprechen, darzulegen. Nach Einholung dieser Stellungnahmen werde ich dem Hohen Haus einen Bericht über die Lage der Nebenbahnen vorlegen, und ich erwarte mir, daß bei der eingehenden Beratung dann eine Auffassung des Hohen Hauses zum Ausdruck gebracht wird, daß entgegen dem gesetzlichen Auftrag aus dem Bundesbahngesetz aus allgemeinen volkswirtschaftlichen, regionalpolitischen oder auch strategischen Gründen bestimmte Linien aufrechtzuerhalten sind. Ich glaube, daß diese Lösung die einzig mögliche ist, dieses heikle Problem der Nebenbahnen auf einer sachlichen Ebene einer Entscheidung zuzuführen.

Die Nachwuchssorgen sind seitens der Österreichischen Bundesbahnen sehr intensiv getroffen worden, einerseits durch ihre Ausbildungen in den eigenen Lehrwerkstätten, durch die Junghelfer als Fahrdienstleiternachwuchskräfte mit einer Ausbildung bis zum 18. Lebensjahr mit der entsprechenden Verbesserung der Bezugs- und Nebengebühren-

Bundesminister Fröhbauer

situation, insbesondere auch einer Sonn- und Feiertagsregelung. Hoffen wir, daß dadurch wieder mehr Interesse an dem Turnusdienst bei den Österreichischen Bundesbahnen finden.

Wir hoffen auch, die entsprechenden Personalvorsorgen für die Notwendigkeit in der Forcierung des Ausbaues im Postwesen und insbesondere auf dem Fernmeldesektor durch solche gezielte Maßnahmen zu erreichen.

Dem Herrn Abgeordneten Neumann darf ich sagen, daß die Elektrifizierung der Strecke Graz—Spielfeld bereits in Angriff genommen ist und daß mit der Betriebsaufnahme im Sommerfahrplan 1972 zu rechnen ist.

Was die Telefonversorgung im ländlichen Raum betrifft, darf ich feststellen, Hohes Haus: Die Unterstellung, daß ich mich für die Probleme des ländlichen Raumes nicht interessiere, muß ich zurückweisen! (*Beifall bei der SPÖ.*) Die rechtliche Situation hat Ihnen der Herr Abgeordnete Ing. Scheibengraf dargelegt. Das Fernsprechtsbetriebs-Investitionsgesetz verpflichtet zum Abschluß der Vollautomatisierung. Die Fertigstellung im gesamten burgenländischen Raum, die Fertigstellung im steirischen Raum, das Beenden im Jahr 1971 im oberösterreichischen Raum, also das vorzeitige Vollautomatisieren, betrifft ausschließlich ländliche Räume, Herr Abgeordneter Neumann.

Zudem darf ich weiters festhalten, daß die Modellversuche im Maschinenring Utzenaich und in der Anschlußgemeinschaft Krumbach, wie Sie richtig gesagt haben, von der Planungsseite her abgeschlossen sind. Die Kabelbestellungen sind auch durchgeführt. Sie wissen, Herr Abgeordneter, daß heute schon Lieferfristen bis über ein Jahr auf dem Kabelsektor bestehen. Das ist auch ein Grund, warum wir uns mit dem neuen Fernmeldeinvestitionsgesetz schon im Frühjahr befassen werden. Es wird nach der Schneeschmelze mit dem Bau begonnen, und gleichzeitig werden auch Vorarbeiten für die fernmeldetechnische Erschließung weiterer Maschinenringe in der Zwischenzeit fortgesetzt.

Darüber hinaus darf ich auch festhalten, daß wir uns selbstverständlich auch mit der Frage der Anschlußwerte und der Kosten befassen und auch einen Blick über die Grenze tun. Nur erscheint das etwas problematisch.

Es gibt zu dem von Ihnen genannten Beispiel der Bundesrepublik mit 637 S auch Beispiele wie Dänemark mit 3450 S, wie Finnland mit 7440 S, wie Griechenland mit 3436 S, wie Frankreich mit 2808 S oder wie Norwegen mit 6063 S.

Es wird innerhalb der Postdirektion geprüft, welches System man entwickeln könnte, um einerseits keine allzu große Belastung für diejenigen zu bringen, für die heute die Anschlußkosten niedriger liegen, und um umgekehrt das Problem im ländlichen Raum doch einer erträglichen Lösung zuzuführen, wobei ich durch Gespräche mit dem Herrn Landwirtschaftsminister versuche, eine Kombination für diese Maschinenringe zu erreichen.

Es wird versucht, das Personalproblem bei der Post- und Telegraphenverwaltung zu verbessern, und zwar durch eine Erhöhung auf dem Dienstpostensektor und auch durch die Aufnahme von Saisonarbeitern.

Hinsichtlich der Einnahmenschätzung bei den ÖBB, Herr Abgeordneter Glaser, darf ich Ihnen sagen: Für 1970 ist ein Zuwachs von 11 Prozent eingetreten. Wir haben 1971 nur mehr mit 6 Prozent eingeschätzt, was den konjunkturellen Erwartungen entspricht und was durch eine höhere Auslastung und durch eine höhere Tarifwertigkeit der Güter, die jetzt wieder auf die Schiene zurückkommen, ohne Zweifel erzielt werden kann.

Ein Antrag auf eine Tarifierhöhung liegt seitens des Vorstandes bei mir nicht vor.

Das Personalvertretungsgesetz wird, wenn Sie einer Beschlußfassung in der Form zustimmen, wie das Personalvertretungsrecht der Post und der Bahn heute besteht, keine Schwierigkeit sein. Wenn Sie namens Ihrer Fraktion eine solche Erklärung abgeben können, bin ich gerne bereit, die Umwandlung der Personalvertretungsvorschriften in eine gesetzliche Bestimmung vorzubereiten. (*Ruf bei der ÖVP: Und die anderen Verkehrsbedriebe?*) Die anderen Verkehrsbediensteten haben vereinbart, daß das Betriebsrätegesetz für sie angewendet wird. Wir können, wenn eine Bereitschaft Ihrerseits in dieser Hinsicht besteht, außer Zweifel darüber sprechen. Aber es war in der Vergangenheit so, daß auch Dr. Weiß diese Initiative nicht ergriff, weil eine Übereinstimmung mit den beiden Gewerkschaften nicht erzielt werden konnte.

Man darf aber, glaube ich, davon nicht ableiten, daß die Personalvertretungswahlen nicht korrekt durchgeführt werden würden, denn in beiden Bundesbetrieben wird mit einem amtlichen Stimmzettel gewählt, es wird geheim gewählt, es ist daher die freie Entscheidung jedes einzelnen gewährleistet. Ich möchte nur sagen, der Fall Klemenjak, der von Ihnen aufgezeigt wurde ... (*Abg. Glaser: Ich habe den Namen nicht genannt!*) Sie haben eine schriftliche Anfrage eingebracht, Herr Abgeordneter, der ich den Namen — entschuldigen, es waren die Abgeordneten

Bundesminister Fröhbauer

Burger, Schrotter, Letmaier und Neumann — entnehme. Sie zeigt, daß Ihre Anregung, Herr Abgeordneter Glaser, mehr demokratisches Gefühl innerhalb des Zentralausschusses zu wecken, eigentlich schon durch die vorzeitige Zustimmung des Zentralausschusses Früchte getragen hat, noch bevor Sie diese Anregung gemacht haben.

Zu Herrn Abgeordneten Blenk und Herrn Abgeordneten Melter; die Frage des Baues des Verschubbahnhofes Wolfurt. Es wurde seinerzeit eine Sonderfinanzierung vereinbart, weil die Ursache für die Verlegung der Eisenbahnanlagen im Zusammenhang mit dem Autobahnbau steht. Zu einer solchen Sonderfinanzierung ist es bedauerlicherweise bisher nicht gekommen, denn die notwendigen Aufwendungen für den Bau des Verschubbahnhofes Wolfurt müssen aus den normalen Investitionsmitteln des Bundesbahnbudgets genommen werden.

Für 1971 sind 45 Millionen Schilling vorgesehen. Selbstverständlich gäbe es Möglichkeiten, die Auflast rascher aufzubringen, um die Bodenabsetzbewegungen zu beschleunigen. Nur würde das mit sehr erhöhten Kosten verbunden sein, weil man letztlich dann wieder die Abfuhr und Abnahme dieser Auflasten bezahlen müßte, weshalb man eine technische Lösung sucht, die einerseits wohl die Setzbewegungen beschleunigt, aber nicht zu einem überhöhten Kostenaufwand führt. Ich habe mich aber bereit erklärt, das genau überprüfen zu lassen und, falls höhere Mittel benötigt werden, zu versuchen, durch gewisse Umschichtungen innerhalb des Bundesbahnbudgets diesen berechtigten Forderungen nachzukommen, obgleich ich feststellen möchte, daß keine Benachteiligung Vorarlbergs gegenüber Wien vorliegt und daß für eine möglichst gleichwertige Behandlung gesorgt wird, was man bei einem Vertreter aus einem Bundesland sicher annehmen kann.

Zu den Verspätungsmeldungen: Die Anregungen, die Sie im Zusammenhang mit dem Ereignis am Wiener Westbahnhof gebracht haben, habe ich zur Kenntnis genommen. Ich habe auch eine Untersuchung angeordnet. Ich kann versichern, daß es in Zukunft nicht mehr zu solchen Mängeln kommen wird. Die Frage der Stellwerker hat sich eigentlich nicht auf das verspätete Zusammensuchen, sondern auf eine scheinbar doch zu kurze Einschulungszeit bezogen.

Der unruhige Lauf von Triebwagen und Waggons bei Zügen mit hohen Geschwindigkeiten ist einerseits bedingt durch notwendige Investitionen für Oberbauarbeiten und zum

Teil auch in der Ausstattung unseres Waggonmaterials. Mit der Anschaffung neuer verbesserter Drehgestelle sowohl von SGP als auch von anderen Lieferanten wird in Zukunft ein ruhigerer Lauf erzielt werden.

Für Oberbauinvestitionen stehen im Jahre 1971 — ich darf damit auch eine Frage des Abgeordneten Ulbrich beantworten — nicht 18 Millionen, Herr Abgeordneter Melter, das wäre sehr, sehr traurig, sondern 532 Millionen Schilling zur Verfügung, das sind um 152 Millionen mehr als 1970. Wenn man unter Umständen auch mit einem Konjunkturausgleichsbudget rechnen kann, wird es noch eine zusätzliche Verbesserung um 90 Millionen geben.

Damit möchte ich auch gleich die gesamte Investitionssituation bei den OBB nochmals klarstellen. Es werden 2044 Millionen für den Investitionssektor zur Verfügung stehen. Mit Inkrafttreten des Konjunkturausgleichsbudgets würde die Grenze des von uns geforderten 2,4 Milliarden-Investitionskapitals erreicht. Ich bin mir dessen bewußt, daß noch immer zu wenig Mittel für entsprechende Investitionen vorhanden sind. Wir werden uns aber bemühen, in den nächsten Jahren eine Verbesserung zu erreichen.

Hinsichtlich der Donaudampfschiffahrt, Herr Abgeordneter Wedenig, bekenne ich mich zum Ausbau der Donau. Ich bekenne mich zu einer österreichischen Donauschiffahrt. Der Vorstand der DDSG hat von mir den Auftrag bekommen, ein Unternehmenskonzept auszuarbeiten, wobei das vorliegende Ergebnis des von der Unternehmensleitung selbst angeforderten Untersuchungsberichtes bei der Rationalisierung des Unternehmens mit zu berücksichtigen ist. Ich bitte, die Verminderung der Investitionsmittel im Zusammenhang mit den zurzeit laufenden Verhandlungen hinsichtlich einer Konzentration der Schiffahrt auf der Donau durch Übernahme der Comes zu betrachten. Erst dann können endgültige, klare Ziffern und Unterlagen für eine künftige Entscheidung bezüglich der Entwicklung der Donauschiffahrt herangezogen werden. Sie können versichert sein, daß, wenn das Unternehmenskonzept vorliegt, von der Bundesregierung klare Entscheidungen getroffen werden.

Ein Ausbauprogramm der Donau wird durch entsprechende Vorarbeiten in meinem Ministerium vorbereitet, sowohl im Hinblick auf die Energiepolitik und auch auf die Verkehrs- politik als Wasserweg als auch seitens des Landwirtschaftsressorts hinsichtlich des Hochwasserschutzes. Entsprechende Rahmenplanungen werden bei mir im Jahre 1971

Bundesminister Fröhbauer

vorliegen und im Landwirtschaftsministerium innerhalb von zwei Jahren ergänzt werden.

Herr Abgeordneter Marwan-Schlosser! Hinsichtlich der Flugsicherung habe ich bereits in meinen Ausführungen im Finanz- und Budgetausschuß und in persönlichen Gesprächen dargelegt — ich darf darauf hinweisen —, daß in Zusammenarbeit AUA — Swissair versucht wird, alle österreichischen Interessen maximal unterzubringen, und daß der Bau einer zweiten Piste am Flughafen in Wien seitens meines Ressorts sehr forciert betrieben wird. Ich darf allgemein versichern, daß die Sicherheit im Flugverkehr durch probeweises Abziehen des technischen Dienstes von der Radaranlage Buschberg nicht gefährdet erscheint, weil das Radarbild ja automatisch in die Flugsicherungsstelle übertragen wird. Die Absenkung der Mittel ist nur darauf zurückzuführen, daß 1970 ein Vorgriff von 21 Millionen unter Anrechnung auf das Budget 1971 für die Beschaffung des Meßflugzeuges gemacht wurde.

Die Richtlinien für das Bundesbahngesetz sind dem Verwaltungsrat zur Stellungnahme zugegangen.

Abschließend, meine sehr verehrten Damen und Herren, darf ich auf die Leistungen der Unternehmungen des Bundes hinweisen. Ich darf auf die hervorragenden Dienste hinweisen, die die Bediensteten sowohl im Flugsicherungsdienst, in der Schifffahrt, bei der Post- und Telegraphenverwaltung, bei der E-Wirtschaft und bei der Bahn auch an Feiertagen und in jenen Zeiträumen zu leisten haben, da wir uns berechtigterweise vielleicht auf Urlaub befinden.

Bei der Post- und Telegraphenverwaltung werden 7000 Bedienstete, bei den OBB 27.000 Bedienstete zu den Weihnachtsfeiertagen im Dienst stehen.

Die Eisenbahner werden neben den normalen Reise- und Güterzügen zusätzlich 738 Sonderzüge während der Weihnachtsfeiertage führen.

Dem Herrn Abgeordneten Neumann möchte ich sagen: Sie können beruhigt sein: Nicht nur das Personal der Unternehmungen arbeitet, sondern auch die Regierung und ich arbeiten! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Abschließend kann ich doch einen kleinen Überblick geben:

Finanzierung des Bauvorhabens in der E-Wirtschaft gesichert,

Vorbereitung des Donauausbaues,

Beendigung der Vollautomatisierung,

Zwischenfinanzierung durch die Gemeinde Wien, durch das Land Vorarlberg zwecks Abbaues der Wartelisten,

Vorbereitungen für das Fernmeldebetriebs-Investitionsgesetz für den Zeitraum 1973 bis 1977,

Einleitung der Konzentration bei der Donauschifffahrt,

Neugestaltung im Luftverkehr, insbesondere bei den Bundesländer-Flughäfen im Zusammenhang mit dem grenzüberschreitenden Verkehr,

Kooperation AUA — Swissair,

Sonderaktionen der Österreichischen Bundesbahnen für die Senioren, für junge Ehepaare,

Huckepackverkehr, damit Aufnahme des kombinierten Verkehrs in Österreich,

zweigleisiger Ausbau am Arlberg, am Tauern, in Vorarlberg,

Abschluß der Elektrifizierungsarbeiten bis 1975

und noch eine Reihe weiterer Maßnahmen.

Sie können versichert sein: Die Regierung wird ihre Aufgaben im Dienste der österreichischen Volkswirtschaft und der österreichischen Bevölkerung erfüllen! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Probst**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wünscht der Herr Spezialberichterstatter das Schlußwort? — Das ist nicht der Fall.

Damit ist die Aussprache über die Beratungsgruppe X beendet.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die Beratungsgruppe X. Diese umfaßt

Kapitel 65: Verkehr,

Kapitel 78: Post- und Telegraphenanstalt,

Kapitel 79: Österreichische Bundesbahnen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesen Kapiteln mit den drei dazugehörigen Konjunkturausgleich-Voranschlägen in der Fassung des Ausschußberichtes ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Das ist die Mehrheit. **A n g e n o m m e n .**

Über die zu dieser Beratungsgruppe eingebrachten Entschließungsanträge wird nach der dritten Lesung abzustimmen sein.

Beratungsgruppe XI**Kapitel 50: Finanzverwaltung****Kapitel 51: Kassenverwaltung****Kapitel 52: Öffentliche Abgaben****Kapitel 53: Finanzausgleich****Kapitel 54: Bundesvermögen****Kapitel 55: Pensionen (Hoheitsverwaltung)****Kapitel 56: Familienlastenausgleich****Kapitel 57: Staatsvertrag****Kapitel 59: Finanzschuld****Kapitel 73: Salz (Monopol)****Kapitel 74: Glücksspiele (Monopol)****Kapitel 75: Branntwein (Monopol)****Kapitel 76: Hauptmünzamt****Bundesfinanzgesetz, Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes und Dienstpostenplan**

Präsident **Probst**: Wir gelangen nunmehr zur Spezialdebatte über die Beratungsgruppe XI.

Ferner kommen wir zur Spezialdebatte über das Bundesfinanzgesetz selbst, den Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes und den Dienstpostenplan.

Die Debatte wird unter einem abgeführt.

Spezialberichterstatteur zur Beratungsgruppe XI ist der Herr Abgeordnete Skritek. Ich bitte ihn um seinen Bericht.

Spezialberichterstatteur **Skritek**: Herr Präsident! Hohes Haus! Namens des Finanz- und Budgetausschusses habe ich den Spezialbericht über die Beratungsgruppe XI zu erstatten. Diese Beratungsgruppe umfaßt die Kapitel 50 bis 57, das Kapitel 59 sowie die Kapitel 73 bis 76.

Im einzelnen möchte ich zu diesen Kapiteln folgendes bemerken:

Beim Kapitel 50: Finanzverwaltung, sind Einnahmen in der Höhe von 592 Millionen Schilling und Ausgaben von 2844 Millionen veranschlagt.

Beim Kapitel 51: Kassenverwaltung, sind Einnahmen von 858 Millionen und Ausgaben von 978 Millionen vorgesehen.

Kapitel 52: Öffentliche Abgaben. Veranschlagte Einnahmen 60.279 Millionen, Ausgaben 87 Millionen.

Ich darf dazu bemerken, daß es sich bei den veranschlagten Einnahmen um Nettoeinnahmen des Bundes handelt. Die Bruttoeinnahmen sind mit 93 Milliarden veranschlagt, die sich auf die einzelnen Steuerarten

wie folgt verteilen: Direkte Steuern 34 Milliarden, Umsatzsteuer und Zölle 29 Milliarden, Verbrauchsteuern 12,1 Milliarden, Stempel- und Rechtsgebühren 5,8 Milliarden, Verkehrsteuern 4,6 Milliarden.

Kapitel 53: Finanzausgleich. Einnahmen 1551 Millionen, Ausgaben 1300 Millionen.

Kapitel 54: Bundesvermögen. Einnahmen 1140 Millionen, Ausgaben 991 Millionen.

Kapitel 55: Pensionen (Hoheitsverwaltung). Einnahmen 853 Millionen, Ausgaben 7206 Millionen.

Kapitel 56: Familienlastenausgleich. Einnahmen 8537 Millionen, Ausgaben 8537 Millionen.

Hiezu darf bemerkt werden, daß erstmalig der gesamte Überschuß dem Familienbeihilfensfonds überwiesen wird.

Kapitel 57: Staatsvertrag. Einnahmen 53 Millionen, Ausgaben 43 Millionen.

Kapitel 59: Finanzschuld. Einnahmen 63 Millionen, Ausgaben 9345 Millionen.

Kapitel 73: Salz. Einnahmen 253 Millionen, Ausgaben 248 Millionen.

Kapitel 74: Glücksspiele. Einnahmen 540 Millionen, Ausgaben 491 Millionen.

Kapitel 75: Branntwein. Einnahmen 706 Millionen, Ausgaben 252 Millionen.

Kapitel 76: Hauptmünzamt. Einnahmen 217 Millionen, Ausgaben 179 Millionen.

Hohes Haus! Insgesamt sind bei den zur Beratungsgruppe XI gehörenden Kapiteln Einnahmen in der Höhe von 75.642 Millionen, das sind rund 75 Prozent der Einnahmen des Bundesvoranschlages, vorgesehen. Die Ausgaben betragen 32.501 Millionen, das sind rund 30 Prozent der Ausgaben des Bundesvoranschlages.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Finanz- und Budgetausschuß hat die Beratungsgruppe XI in seiner Sitzung am 24. November in Verhandlung gezogen.

Nach einer eingehenden Debatte, an der sich die Abgeordneten Dr. Koren, Machunze, Dr. Broesigke, Ortner, Sandmeier, Lanc, DDr. Neuner, Dr. Zittmayr, Dr. Haider, Doktor Spannocchi, Landmann, Suppan und Dr. Tull sowie der Bundesminister für Finanzen Doktor Androsch beteiligten, hat der Finanz- und Budgetausschuß in der nachfolgenden Abstimmung den finanzgesetzlichen Ansätzen der in gegenständlicher Beratungsgruppe zusammengefaßten Kapitel des Bundesvoranschlages

Skritek

unter Berücksichtigung von durch die Abgeordneten Dr. Broesigke und Larc beantragten Abänderungen die Zustimmung gegeben wurde. Ferner hat der Finanz- und Budgetausschuß eine vom Abgeordneten Dr. Neuner eingebrachte Entschließung angenommen.

Namens des Finanz- und Budgetausschusses stelle ich somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

1. Dem Kapitel 50: Finanzverwaltung, dem Kapitel 51: Kassenverwaltung, dem Kapitel 52: Öffentliche Abgaben, dem Kapitel 53: Finanzausgleich, dem Kapitel 54: Bundesvermögen, dem Kapitel 55: Pensionen (Hoheitsverwaltung), dem Kapitel 56: Familienlastenausgleich, dem Kapitel 57: Staatsvertrag, dem Kapitel 59: Finanzschuld, dem Kapitel 73: Salz (Monopol), dem Kapitel 74: Glücksspiele (Monopol), dem Kapitel 75: Branntwein (Monopol) und dem Kapitel 76: Hauptmünzamt samt dem zu den Kapiteln 50, 53 und 54 gehörenden Konjunkturausgleich-Voranschlag des Bundesvoranschlages für das Jahr 1971 (125 der Beilagen) mit den dem Ausschußbericht angeschlossenen Abänderungen wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

2. Die dem Ausschußbericht beige druckte Entschließung wird angenommen.

Präsident Probst: Ich danke für den Bericht.

Ich bitte um die Genehmigung des Generalberichterstatters Herrn Abgeordneten Haberl seinen Bericht über das Bundesfinanzgesetz selbst samt allen Anlagen, soweit sie noch nicht behandelt worden sind, zu geben.

Es sind dies die Gesamtübersichten der Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes und der Dienstpostenplan.

Generalberichterstatter Haberl: Hohes Haus! Der Text des Bundesfinanzgesetzes, der sich auf den Seiten 1 bis 8 der Regierungsvorlage 125 der Beilagen findet, weist gegenüber dem Wortlaut des Bundesfinanzgesetzes für das laufende Jahr mehrere Änderungen von unterschiedlicher Bedeutung auf.

Ich habe alle jene Bestimmungen der Regierungsvorlage, die von der Beziehung auf das Jahr 1971 abgesehen, gegenüber dem Bundesfinanzgesetz des laufenden Jahres inhaltlich geändert wurden, in meinem schriftlichen Bericht ausführlich erläutert und darf diesbezüglich auf den Generalbericht 240 der Beilagen verweisen.

Im Finanz- und Budgetausschuß wurden nur zwei Abänderungen vorgenommen:

Im Artikel 1 Absatz 2 zweiter Satzsummen entsprechend dem vom Ausschuß beschlossenen Abänderungen des Bundesvoranschlages korrigiert werden.

Des Weiteres erhielt der Artikel IIa eine neue Fassung. Während nämlich die Regierungsvorlage hinsichtlich des sogenannten Konjunkturausgleich-Voranschlages eine Ermächtigung an den Bundesminister für Finanzen vorsah, nahm der Finanz- und Budgetausschuß einen Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Broesigke und Larc an, demzufolge die gänzliche oder teilweise Anwendbarkeit des Konjunkturausgleich-Voranschlages durch ein besonderes Bundesgesetz festzustellen sein wird.

Unter Berücksichtigung der von mir erwähnten Abänderungen wurde der Text des Bundesfinanzgesetzes vom Ausschuß mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes wurde in der Fassung der Regierungsvorlage also unverändert mit Stimmenmehrheit angenommen.

Hierzu sei nur erwähnt, daß dieser Systemisierungsplan für das Jahr 1971 14.076 Kraftfahrzeuge, 52 Luftfahrzeuge und 267 Wasserfahrzeuge aufweist. Gegenüber 1970 bedeutet dies eine Zunahme von 495 Kraftfahrzeugen, 6 Wasserfahrzeugen und einem Luftfahrzeug. Die wesentlichsten Steigerungen bei den Kraftfahrzeugen sind bei den Bundespolizei (145), der Bundesgendarmerie (122), der Bundesstraßenverwaltung (122) und bei den Bundesbetriebe (79) gegeben. Bei diesen zusätzlichen Fahrzeugen handelt es sich fast ausschließlich um Fahrzeuge für betriebliche Zwecke, Lastkraftwagen und Spezialfahrzeuge, die zur Bewältigung zusätzlicher beziehungsweise ausgeweiteter Aufgaben herangezogen werden. Rationalisierungszwecken dringend erforderlich sind.

Der Dienstpostenplan ist diesmal die Anlage III zum Bundesfinanzgesetz, da als Anlage II der Konjunkturausgleich-Voranschlag bezeichnet ist.

Die Regierungsvorlage sieht eine Vermehrung der Dienstposten um 3130, bei Außerachtlassung der Vermehrung bei den Bundesministerien für Unterricht und Kunst sowie für Wissenschaft und Forschung jedoch nur um 978 Dienstposten vor, wovon wiederum 320 Dienstposten auf das Österreichische Staatsliche Zentralamt für die Dauer der Großzahlungen entfallen. Die Arbeitszeitverkürzung hatte vor allem bei den Bundes-

Haberl

19. 12. 1962

betrieben erhebliche Dienstpostenvermehrungen zum Folgejahr. Dieser Personalbedarf konnte jedoch weitgehend durch Rationalisierungsmaßnahmen und durch Leistungen von Überstunden aufgefangen werden. Lediglich bei der Post- und Telegraphenanstalt und den Österreichischen Bundesbahnen wurden trotz Rationalisierungsmaßnahmen größere Dienstpostenvermehrungen notwendig.

Im Finanz- und Budgetausschuß wurden zu diesen Gesamtzahlen keine Änderungen beschlossen.

Die Abgeordneten Robert Weisz, Machunze und Dr. Broesigke brachten jedoch einen Abänderungsantrag ein, demzufolge die Dienstposten der Bibliothek des Nationalrates auf den Personalstand Bundesgesetzgebung — Nationalrat übertragen werden sollen. Dieser Abänderungsantrag wurde vom Ausschuß einstimmig, der übrige Dienstpostenplan mit Stimmmehrheit angenommen.

Namens des Finanz- und Budgetausschusses stelle ich daher den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1971 (125 und Zu 125 der Beilagen) mit den dem schriftlichen Ausschußbericht angeschlossenen Abänderungen sowie dessen

Anlage I — Bundesvoranschlag in der Fassung der Spezialberichte samt

Anlage II als die in der Gesamtübersicht unter Berücksichtigung der sich aus den Spezialberichten ergebenden Abänderungen

Anlage II — Konjunkturausgleich-Voranschlag

Systematisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes (Anlage zum Bundesvoranschlag) sowie

Anlage III — Dienstpostenplan mit den dem schriftlichen Ausschußbericht angeschlossenen Abänderungen

wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Weiters beantrage ich, das Bundesfinanzgesetz mit in die Debatte einzubeziehen.

Präsident Probst: Ich danke für diesen Bericht.

Wir gehen nunmehr in die Debatte ein. Der erste Redner ist der Herr Abgeordnete Sandmeier. Er hat das Wort.

Abgeordneter Sandmeier (OVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir beginnen das letzte Kapitel des Bundeshaushaltes 1971 und stehen

damit am Ende der Beratungen über das Budget für das nächste Jahr. Voraussichtlich morgen — ich hoffe, daß es morgen sein wird — wird auch der entsprechende Beschluß gefaßt werden.

Es ist das Budget einer sozialistischen Minderheitsregierung, die nun schon seit einem Dreivierteljahr im Amte ist. Wenn man ein erstes Urteil über die Tätigkeit oder — wenn Sie wollen — Untätigkeit dieser sozialistischen Minderheitsregierung abgeben soll, insbesondere auch auf dieses vorliegende Budget bezogen, dann kann man sagen, daß die Behauptung von der „bestvorbereiteten Regierung“ wohl niemand mehr ernst nimmt. Das Brot, das die sozialistische Minderheitsregierung backt, wird von Tag zu Tag kleiner.

Wie keine andere Bundesregierung zuvor war das Kabinett Kreisky im April dieses Jahres mit einem übervollen Sack an Versprechungen angetreten. Getragen von einer publizistischen Sympathiewoge, ohnegleichen, gab sich die neue Regierung den Anschein, als ob in kürzester Zeit alle anstehenden Fragen der österreichischen Politik beantwortet und alle Probleme gelöst werden können.

Jetzt aber — mittlerweile ist ein Dreivierteljahr ins Land gezogen, seitdem der Regierungswechsel stattgefunden hat — zeigt sich für Kreisky und seine Mitarbeiter der politische Alltag grau in grau.

Das vorliegende Budget, das der bekannte Wirtschaftspublizist Horst Knapp erst kürzlich einen „unglücklich modifizierten Budgetentwurf“ genannt hat, ist ein bereiteter Ausdruck dieser nicht eingehaltenen Versprechungen.

Von Winston Churchill stammt das Wort: „Nie wird so viel gelogen, wie vor einer Wahl, während eines Krieges und nach einer Jagd.“ (Abg. Dr. Broesigke: Bismarck!)

Herr Bundesminister, Sie werden mir sicherlich recht geben, was Churchill hier sagte.

Wenn ich an den Punkt eins erinnere, so brauchen Sie für die Zeit vor der Wahl zurückdenken. (Abg. Dr. Tull: Das war der Bismarck, nicht der Churchill!) Nein, von Winston Churchill. Herr Dr. Tull! Es tut mir sehr leid, wenn Sie das nachsagen, was Doktor Broesigke irrtümlicherweise vorgebracht hat.

Ich müte Ihnen gar nicht zu, daß Sie das wissen. (Beifall bei der OVP. Abg. Doktor Tull: Das ist von Bismarck! — Abg. Doktor Tull: Bismarck!)

Beim zweiten Punkt freue ich mich, daß Sie es noch nicht festzustellen brauchen.

Beim dritten, nach einer Jagd, glaube ich, daß Sie das sicherlich auch schon

Sandmeier

erfahren haben, denn — wie ich in der **Zeitung** gelesen habe — haben Sie ja vor kurzem die Jagdprüfung mit gutem Erfolg abgelegt.

Ich wünsche Ihnen trotz des mangelhaften Budgets, das Sie uns vorgelegt haben, ein Weidmannsheil! (*Bundesminister Doktor Androsch: Weidmannsdank!*)

Ich hoffe aber, Herr Bundesminister, daß Sie bei der Jagd eine sicherere Hand haben, als Sie sie bei der Anfertigung dieses Budgets gehabt haben. (*Abg. Dr. Tull: Böcke wird er keine schießen!*) Herr Dr. Tull! Da wären Sie ein guter Jäger, denn Böckeschießen können Sie. (*Abg. Dr. Tull: Er schießt keine, das ist entscheidend!*)

Was haben Sie, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, vor der Wahl nicht alles versprochen! Ich erinnere nur an ein Interview, das Dr. Kreisky dem „Kurier“ am 27. Februar dieses Jahres gegeben hat. Er wurde dort gefragt, welche Aufgaben ihm in einer neuen Regierung am wichtigsten und dringlichsten erscheinen. Da meinte er: Eine echte Umstrukturierung des Budgets.

Was ist uns nun wirklich vorgelegt worden? Leider muß man feststellen, daß sich die Budgetstruktur mit dieser Vorlage eher verschlechtert hat. Das ist unter anderem daraus zu ersehen, daß der Anteil des starren Ausgabenblocks wieder ansteigen soll. Die flexiblen Ausgaben umfassen nur mehr 12,8 Prozent des Budgetvolumens.

Nicht ganz verständlich ist daher die auf Seite 281 des Arbeitsbehelfes zum Bundesfinanzgesetz aufgestellte Behauptung, daß dieser Entwurf ein größeres Maß an Budgetflexibilität als in den Vorjahren beinhalte.

Ein weiteres Versprechen aus der Zeit vor der Wahl war der sogenannte Rösch-Plan. Ich möchte hier keine Landesverteidigungsdebatte abführen, sondern das nur als Beispiel anführen, was alles vor der Wahl versprochen wurde. Heute wissen wir, daß vom Rösch-Plan bestenfalls die Überschrift vorhanden war.

Es gäbe noch eine ganze Reihe von Zitaten aus der Zeit vor der Wahl. Wenn man dann die aus dieser Zeit stammenden präntösen Worte mit der Realität vergleicht, dann möchte man sich beinahe fragen, ob man vielleicht den von Churchill aufgestellten Katalog noch erweitern muß. Das soll keine Polemik sein, sondern die bittere Erkenntnis, wie die Dinge seit Monaten ziel- und planlos, nur auf den Augenblick ausgerichtet, dahintreiben.

Bis jetzt ist überhaupt kein System erkennbar, höchstens das System einer Jahrmarktpolitik, die nur das anpreist und verteilt, was schmackhaft ist. Größtenteils sind bisher nur Ad-hoc-Entscheidungen gefallen. An ernste Probleme hat man sich bisher nicht herangewagt.

Bei der nun zu Ende gehenden Budgetdebatte hat die große Oppositionspartei dieses Hauses, die Österreichische Volkspartei, in einer Reihe von Diskussionsbeiträgen die einzelnen Kapitel dieses Budgets kritisch be- und durchleuchtet und hat dort, wo es notwendig schien und finanziell vertretbar war, Abänderungsanträge eingebracht, über die ebenfalls noch zu befinden sein wird.

Wir haben einen Minderheitsbericht vorgelegt, den dankenswerterweise der Herr Abgeordnete Dr. Tull dem Hohen Hause zur Kenntnis gebracht hat.

Weil wir der Meinung sind, daß der vorliegende Budgetentwurf der Minderheitsregierung die gestellten Aufgaben nicht lösen kann, haben wir im Finanz- und Budgetausschuß noch einmal unsere Alternative aufgezeigt, die das termingemäße Auslaufen der Sondersteuern ermöglicht und zugleich auf das Budget stabilitätsgerechter und wachstumsfördernder gewirkt hätte. Dieser Vorschlag der Österreichischen Volkspartei wurde von SPÖ und FPÖ abgelehnt.

Nicht für ungefährlich halte ich es, daß Sie, Herr Bundesminister, das Auslaufen der Sondersteuern mit der Einführung der Mehrwertsteuer zeitlich in Verbindung bringen. Offensichtlich erwarten Sie sich durch die Einführung der Mehrwertsteuer einen so großen steuerlichen Mehreingang, daß dadurch das Auslaufen der Sondersteuern aufgefangen werden kann. Was das preispolitisch bedeutet, Herr Bundesminister, braucht Ihnen wohl niemand zu erklären.

In Ihrer Budgetrede haben Sie, Herr Bundesminister, nur allzuoft die Begriffe „Wende“, „Konsolidierung“ und „Reform“ verwendet. Sie haben damals eine sehr politische Rede gehalten und waren darin bestrebt, die Schwächen des Voranschlages durch starke Worte zu verhüllen oder durch Hinweis auf künftige Maßnahmen zu entschärfen.

Was nun die Entwicklung des Bundesvoranschlages in der nunmehr vorliegenden Form anbelangt, so ist zunächst die Einordnung in die gesamtwirtschaftlichen Größen kritisch zu beurteilen.

Die Ausgaben des Bundes werden um rund 9,5 Milliarden Schilling höher sein als 1970. Wenn man nun von dem um die Durchlaufer-

Sandmeier

posten bereinigten Budget ausgeht, beträgt die Steigerungsrate über 10 Prozent, während man eine nominelle Zuwachsrate des Bruttonationalproduktes von nur 8 bis 9 Prozent annimmt. Wir stehen also vor einem überproportionalen Wachstum der Staatsausgaben, wie Sie selbst in Ihrer Budgetrede, Herr Bundesminister, zugegeben haben.

Für Sie, Herr Bundesminister, gilt ein Zitat aus Goethe, und zwar aus „Faust“ Zweiter Teil, wo es heißt: „Welch Unheil muß auch ich erfahren, wir wollen alle Tage sparen und brauchen alle Tage mehr.“ (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es ist unrichtig, Herr Bundesminister, wenn Sie in Ihrer Budgetrede sagten: „Der Konsolidierungsprozeß der Bundesfinanzen wurde im vorliegenden Budget zunächst mit einer Politik äußerster Sparsamkeit eingeleitet.“ Bei dieser Ausweitung der Gesamtausgaben kann wohl nicht von „äußerster Sparsamkeit“ gesprochen werden.

Da muß ich wirklich fragen, wo in diesem vorliegenden Budget die „äußerste Sparsamkeit“ liegt. Etwa bei den Dienstposten, die um über 3000 vermehrt wurden (*Abg. Fachleutner: Bei der Landwirtschaft war der Herr Finanzminister sehr sparsam!*), oder etwa bei den Dienstautos, die ebenfalls eine nicht unwesentliche Vermehrung erfahren haben?

Als Beweis für Ihr „sparsam erstelltes Budget“ haben Sie, Herr Bundesminister, in Ihrer Budgetrede eine angebliche Verminderung der Subventionsausgaben um 900 Millionen Schilling angeführt. Sie gestatten schon, daß ich dazu ein paar Worte sage.

Wir haben Sie im Finanz- und Budgetausschuß gebeten, uns doch eine Aufstellung über diese 900 Millionen Schilling angeblich eingesparter Subventionsausgaben zukommen zu lassen. Sie haben uns diese Aufstellung auch gegeben, ich habe sie vor mir.

Da muß man aber sagen, daß das, was Sie angegeben haben, doch nicht richtig ist. Es ist hier angeführt, daß diese 900 Millionen Schilling ein Saldo wären, und zwar von Subventionseinsparungen von 1220 Millionen Schilling und einer Erhöhung von Subventionen um 361 Millionen Schilling. Wenn man sich diese Aufstellung über die angeblich eingesparten Subventionen ansieht, dann muß man feststellen, daß Ihre Behauptung von der Einsparung dieser 900 Millionen nicht richtig ist. Ich möchte mich im Hinblick auf das nahende Weihnachtsfest nur sehr friedlich ausdrücken und sagen: Herr Bundesminister, Sie haben sich geirrt!

Sie haben unter Einsparungen unter anderem angeführt 350 Millionen Schilling Abgeltung Österreichische Bundesbahnen und 475 Millionen Schilling Katastrophenfondsgebarung. Bei diesen beiden Beträgen handelt es sich doch nicht um echte Subventionseinsparungen, sondern nur um eine Umbuchung von dem einen Konto auf ein anderes, Herr Bundesminister.

Auch die angebliche Subventionsminderung auf dem Sektor Preisausgleiche ist keine echte Minderung im Sinne Ihrer Behauptung, sondern ein echter Weniger-Bedarf, weil sich eben der vom seinerzeitigen Landwirtschaftsminister Dr. Schleinzer eingeleitete Umstellungsprozeß von der Weizenproduktion auf die Futtergetreideproduktion sehr positiv ausgewirkt hat und deshalb weniger Preisausgleichsmittel notwendig waren.

Also von den 1255 Millionen Schilling, die angeblich eingespart wurden, bleiben bei großzügigster Auslegung vielleicht 65 Millionen echte Einsparungen übrig, denen aber 361 Millionen mehr Subventionen gegenüberstehen. Ich will gar nicht behaupten, daß die Mehreinsparungen nicht gerechtfertigt wären. Darum geht es mir in diesem Zusammenhang nicht. Ich stelle nur fest, daß insgesamt in diesem Budget mehr Subventionen aufscheinen als 1970, und zwar von der Frage her betrachtet, ob eingespart wurde oder nicht.

Vielleicht werden Sie, Herr Bundesminister, durch meine Ausführungen angeregt, um eine Berichtigung des stenographischen Protokolls zu ersuchen, um diese Angelegenheit mit den Subventionseinsparungen richtigzustellen.

Herr Bundesminister! Wie Sie weiters in Ihrer Budgetrede von einem Konsolidierungsprozeß reden können, ist mir unerklärlich, wo es Ihnen und damit der sozialistischen Minderheitsregierung vorbehalten bleibt, dem Hohen Haus ein Budget mit dem größten Defizit, das es je in Österreich gegeben hat, mit 9,8 Milliarden Schilling vorzulegen. Ein Defizit von 9,8 Milliarden Schilling!

Unter Einbeziehung des Eventualbudgets wird sich, falls die Ausgaben hierfür verwendet werden sollten, ein Defizit von über 13 Milliarden Schilling ergeben. Das würde eine Zunahme der Nettoverschuldung von über 7 Milliarden Schilling bedeuten, und das nach einem einzigen Jahr sozialistischer Regierung! Eigentlich, Herr Bundesminister, wäre das ein trauriger Rekord, der hier von der sozialistischen Minderheitsregierung aufgestellt wird.

Hier scheint es, glaube ich, angebracht, sich wiederum eines Wortes des Herrn Bundeskanzlers zu erinnern, der vor der Wahl einmal

2881

Nationalrat XII. GP - 28. Sitzung - 17. Dezember 1970

Sandmeier

gemeint hat, Defizite von bis zu 3 Milliarden Schilling seien durch ein Wahlstopf zu vermeiden. Und nur das Defizit, Herr Bundesminister, das Sie der österreichischen Bevölkerung beschreiben, zu charakterisieren, mußte man wohl um bei Kreiskys Ausspruch zu bleiben, nach einer Steigerungsstufe des Wortes „Wahlstopf“ suchen.

Bezüglich der Einordnung des vorliegenden Budgets in die konjunkturpolitische Landschaft haben Sie sich, Herr Bundesminister, wohlweislich ausgeschwiegen. Offensichtlich war Ihnen hier eine Aussage zu unsicher. Wenn Sie aber in der Zwischenzeit die einschlägigen Fachzeitschriften gelesen haben, müssen Sie zu geben, daß Sie in der Beurteilung des vorliegenden Budgets von der konjunkturpolitischen Seite her gesehen nicht gut abschneiden. Sehr häufig wird zum Ausdruck gebracht, daß Ihr Haushalt zu einer Zeit immer noch äußerster Anspannung der Produktionskapazität deutliche Anzeichen der Überbeschäftigung und eines beschleunigten Preisauftriebes aufweist. Besonders schwierige Situationen könnte es unter Umständen auf dem Hochbausektor geben. Richtig wäre gewesen, kein expansives Budget zu erstellen, da ja letztlich, wenn die Notwendigkeit bestehen wird, mehr auszugeben, ein Eventualvoranschlag vorgesehen ist.

Für eine etwaige Abschwächung der Konjunktur wäre, wie gesagt, das Eventualbudget vorgesehen gewesen, und es bestünde somit vom Budget 1971 her gesehen, nicht die Gefahr, daß die Konjunktur weiter angeheizt wird und letztlich preisverschärfend wirkt.

Meine Damen und Herren! Es war von Anfang an klar, daß diese Minderheitsregierung die anstehenden und dringenden Probleme des Landes allein nicht lösen können wird. Am deutlichsten zeigt sich dies an der Behandlung der wirtschaftspolitischen Fragen.

Das zentrale Wahlversprechen der Sozialistischen Partei war die Neugestaltung der Grundlagen für die wirtschaftspolitische Entwicklung Österreichs. Viele Experten sollten ein umfangreiches Wirtschaftsprogramm „unmittelbar in die Tat umsetzen“. Tatsächlich hat die gegenwärtige Bundesregierung ihre wirtschaftspolitischen Aufgaben bisher völlig vernachlässigt. Die Bundesregierung hat kaum etwas unternommen, um der gefährlich rasch zunehmenden Geldverdünnung durch entsprechende, wirtschaftskonforme Maßnahmen entgegenzuwirken.

Der Preissituation steht die Minderheitsregierung trotz verschiedener Alibierklärungen nach wie vor hilflos gegenüber. Die

2882

Osterreicher wissen heute zu den Weihnachtsfesttagen mit Preissteigerungsraten von mehr als 5 Prozent rechnen.

Trotz der ständig steigenden Preise und dem sich seit einiger Zeit abzeichnenden Abklingen der internationalen Hochkonjunktur beschränkt sich die gegenwärtige Regierung lediglich darauf, die extrem starken Preissteigerungen dieses Jahres zu verniedlichen und zu verharmlosen.

Mit einer weiteren Verschärfung an der Preisfront ist durch das falsch konzipierte Budget 1971 zu rechnen. Das übergroße Budgetdefizit 1971 in der Höhe von 9,8 Milliarden Schilling belastet jeden der 3,32 Millionen Erwerbstätigen in Österreich mit rund 2940 S.

Der unter der sozialistischen Minderheitsregierung eingetretene Verfall der Kaufkraft des österreichischen Schillings von gut 5 Prozent wird 1970 für die Empfänger von Durchschnittseinkommen in der Höhe von monatlich 5000 S jährlich fast 3000 S betragen.

Herr Bundesminister! Sie haben in der Budgetrede, wo Sie Ihr Budget doch etwas zu sehr glorifiziert haben, auch sehr viel von Schwerpunkten gesprochen. Vielleicht sind Sie, Herr Bundesminister, ein wenig dem seltsamen Zwang modischer Schlagworte unterlegen, als Sie in Ihrer Budgetrede unter Berufung auf die Regierungserklärung vom 27. April erklärt haben, im Budget befände sich eine Reihe von Schwerpunkten. Sie haben dabei nicht weniger als elf sogenannte Schwerpunkte aufgezählt. Da scheint sich also schon von der Zahl her gesehen der Begriff „Schwerpunkt“ ad absurdum zu führen.

Betrachtet man aber nun einzelne Schwerpunkte näher, so festigt sich der Eindruck, daß mehr an Propaganda gedacht wird als an Sachlichkeit.

Schwerpunkt 1: Unterricht, Wissenschaft und Forschung, also fast der gesamte Bereich zweier Ministerien. Dafür wurden, wie erwähnt, 12 Prozent mehr Mittel als 1970 aufgewendet. Da aber die allgemeine Ausweitung des Budgets rund 10 Prozent beträgt, entfallen auf die Bevorzugung lediglich 2 Prozent. Aber selbst dieser Betrag wird keineswegs freiwillig gegeben, sondern er entspricht etwa dem Anwachsen des Standes an Schulen, Klassen, Lehrern und Hochschülern. Dementsprechend ist der Personalaufwand in diesen Bereichen um 871 Millionen Schilling gestiegen, der Sachaufwand um etwa 380 bis 390 Millionen Schilling. Das ist prozentuell weit weniger als die Steigerung von 1969 auf 1970. Damals stieg der Sachaufwand um 20 Prozent, 1971 nur um 12 Prozent.

Sandmeier

und das sprechen Sie, Herr Bundesminister, von einer besonderen Steigerung im Kapitel Unterricht, Wissenschaft und Forschung.

Ein weiterer Schwerpunkt, den Sie angeführt haben: die Mehrausgaben beim Straßenbau. Auch hier keine echte Schwerpunktsetzung. Denn die Mittel, die Sie dafür eingesetzt haben, müssen Sie ja einsetzen. Es sind ja alles zweckgebundene Einnahmen, die Sie hier zu verwenden haben. Von einer Schwerpunktsetzung kann also auch hier keine Rede sein.

Die Post ist ein nicht uninteressantes Kapitel. Es hat mich gewundert, daß der Abgeordnete Ulbrich nicht davon gesprochen hat, daß die im Budget vorgesehenen Investitionsmittel im Rahmen des Fernsprechtsbetriebs-Investitionsgesetzes in der Höhe von 2070 Millionen Schilling ja gar keine echten Investitionsbeträge sind. Darin stecken doch 315 Millionen Schilling als erste Tilgung der Zwischenfinanzierung nach dem Fernsprechtsbetriebs-Investitionsgesetz.

So gerechnet beträgt die Steigerung von 1969 auf 1970 16 Prozent, während die Anlageninvestitionen 1971 gegenüber dem Vorjahr nur um 4 Prozent steigen. Auch hier, Herr Bundesminister, ist kein Schwerpunkt zu sehen.

Schwerpunkt Soziales. Hier darf ich Ihnen sagen, daß die Steigerung von 1969 auf 1970 17 Prozent war, von 1970 auf 1971 nur 11 Prozent. Auch hier handelt es sich fast ausnahmslos um Aufwände auf Grund gesetzlicher Vorschriften, die fast ausschließlich aus der früheren Gesetzgebungsperiode stammen.

Bezüglich des Wohnbaues, Herr Bundesminister, hat Ihnen beziehungsweise dem Hohen Haus der Abgeordnete Dr. Gruber ja bereits mitgeteilt, daß, wenn im Jahre 1971 tatsächlich um 5000 Wohnungen mehr gebaut werden sollten, dies ja kein Verdienst der sozialistischen Minderheitsregierung ist, sondern eben die Erfüllung des Wohnbauförderungsgesetzes aus dem Jahre 1968.

Um wie viele Wohnungen nun tatsächlich im Jahre 1971 mehr gebaut werden könnten, kann heute noch nicht festgestellt werden, weil ja der Baukostenindex innerhalb der letzten zwölf Monate um etwa 12 Prozent gestiegen ist.

So wenig also, Herr Bundesminister, bei genauerer Untersuchung die meisten der behaupteten Schwerpunkte hervortreten, so eindeutig ergeben sich aber solche an ganz anderen Stellen: etwa bei den Dienstposten und Dienstautos. Doch darüber wird ein anderer Kollege noch zu sprechen haben.

Dr. Broesigke

Hohes Haus! So lautet also das zusammenfassende Urteil für das heute abzuschließende Budgetjahr. Ich möchte mich dem Bundeswortschatz 1971 bringt nicht einmal einen Ansatz zu einer Reform oder zu einer Strukturänderung von der vor der Wahl so viel geredet wurde. Von Sparsamkeit ist keine Spur zu entdecken. Geblieben ist eine fortgesetzte Ausweitung der Staatsausgaben und ein höherer Personalaufwand, die ganz einfach durch eine erhöhte Besteuerung und eine erhöhte Verschuldung gedeckt werden.

Die Lösung aller noch so brennenden Probleme bleibt also offen. Die getroffene Budgetlösung wird den zugrunde gelegten parteipolitischen Gesichtspunkten zweifellos gerecht werden, nicht jedoch den konjunktur- und wirtschaftspolitischen Sachzwängen, noch den auf uns zukommenden gesellschaftspolitischen Problemen.

Nichts ist im vorliegenden Budgetentwurf enthalten, das die Aufrechterhaltung der Sondersteuern rechtfertigen könnte. Nichts in diesem Budgetentwurf deutet darauf hin, daß die zusätzlichen Mittel aus den Sondersteuern zur Verwirklichung neuer Vorhaben, wie Umweltschutz, Forschungsförderung, Wissenschaftspolitik, Strukturverbesserung und so weiter, eingesetzt werden.

Aus diesen angeführten Gründen — und damit, meine Damen und Herren, möchte ich schließen — lehnen die Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei das Bundesfinanzgesetz 1971 ab. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Probst: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Broesigke. Er hat das Wort.

Abgeordneter Dr. Broesigke (FPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich möchte nicht hier die Generaldebatte wieder eröffnen und eine Betrachtung über das Budget als solches anstellen, sondern ich möchte nur aus der Generaldebatte eine Feststellung in die Debatte über dieses Kapitel übernehmen. Das ist die Tatsache, daß das Bruttonationalprodukt Österreichs mit 39 Prozent Steuern belastet ist. Das ist eine Ziffer, die zeigt, welcher schwerer Steuerdruck auf der österreichischen Bevölkerung liegt. Es gibt eine Entwicklung in Richtung der ständigen Erhöhung dieses Prozentsatzes, die aufgehalten werden muß.

Daraus ergibt sich die Folgerung, daß die Maßnahmen, die im Zusammenhang mit dem Budget 1971 getroffen wurden, nur als Provisorium angesehen werden können und daß noch aussteht, was der Herr Bundesminister in seiner Budgetrede angekündigt hat, nämlich eine allgemeine Steuerreform.

Dr. Broesigke

Eine solche Steuerreform wird zwei Gesichtspunkte besonders in den Vordergrund stellen müssen, nämlich die Frage der Billigkeit der Einhebung der Steuern — augenblicklich ist alles sehr kostspielig und sehr kompliziert — und auf der anderen Seite die Frage der Steuergerechtigkeit.

Darüber hinaus wird im Vordergrund zu stehen haben, daß wir in Österreich ja nicht die Entwicklung in unseren Nachbarländern und die gesamteuropäische Entwicklung unberücksichtigt lassen können. Wir müssen insbesondere zur Kenntnis nehmen, wie die Entwicklung der Steuergesetzgebung in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft weitergeht, und wir müssen zur Kenntnis nehmen, welche Prinzipien dort angewendet werden. Daraus ergibt sich zunächst, daß einige Steuern, die es in Österreich heute noch gibt, bereits veraltet sind oder doch in naher Zukunft veraltet sein werden.

Es handelt sich zunächst um die Gewerbesteuer, die es nur mehr in der Bundesrepublik Deutschland, in Frankreich und in Luxemburg gibt; sonst nirgends in Europa.

Es handelt sich weiters um die Vermögensteuer, die in einer Anzahl europäischer Länder nicht mehr besteht und bezüglich deren auch die derzeitige Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Abschaffung erwägt.

Es handelt sich schließlich um das österreichische Gebührengesetz. Meine Damen und Herren! Fledermäuse haben bekanntlich ein Organ, das sie befähigt, auch bei völliger Finsternis zu fliegen, ohne irgendwo anzu stoßen. Ein solches Organ würde auch der österreichische Steuerpflichtige benötigen, um mit den komplizierten Steuervorschriften im allgemeinen, aber im besonderen mit dem österreichischen Gebührenrecht fertig zu werden.

Wieviel Verwaltungsaufwand und wieviel komplizierte juristische Erwägungen bis zum Verwaltungsgerichtshof hinauf sind unter Umständen erforderlich, um festzustellen, ob eine Eingabe mit 15 S gestempelt werden muß oder nicht! Wenn jemand eine Eingabe überreicht, so vertieft sich zunächst der Beamte der Einlaufstelle in ein aufmerksames Studium dieser Eingabe, um festzustellen, ob sie nicht etwa gebührenpflichtig ist. Wenn er dieses Studium beendet hat, dann nimmt er die Eingabe in Empfang oder er fordert die fehlenden 15 S. Völlig aufreizend ist es aber für den, der die Eingabe per Post geschickt hat und sie nach 14 Tagen bis drei Wochen zurückbekommt, zunächst einmal mit der Aufforderung, fehlende 15 S Stempel nachzubringen, woraus er

entnehmen kann, daß die ganze Aufmerksamkeit der Behörde sich nicht auf sein Anliegen, sondern auf die Frage der Stempelpflicht konzentriert hat.

Wir haben bekanntlich sämtliche Steuergesetze übernommen, die schon die Republik von Weimar hatte. Wir haben im Jahr 1939 auch das Urkundensteuergesetz übernommen, das an die Stelle des österreichischen Gebührenrechtes trat und während des Krieges aufgehoben wurde. Bis zum Jahre 1946 war dann ein Zustand, bei dem es das Problem der Stempel und Gebühren in Österreich nicht gab. Dann wurde es schleunigst wieder so eingeführt, wie es seit dem Jahre 1850 in der Monarchie bestanden hatte.

Das Ergebnis ist eine beispiellose Rechtsunsicherheit. Um Gebühren zu ersparen, vernachlässigen es viele Bürger dieses Staates, wichtige Vereinbarungen schriftlich niederzulegen, sodaß sich nachher Streitigkeiten ergeben, die Gerichte in Anspruch genommen werden und mühsam erforscht werden muß, was überhaupt vereinbart gewesen ist. Wer aber schlau ist, der begibt sich ins Ausland und kann dort die Vereinbarung, die er nicht vergewahrt haben will, gebührenfrei abschließen.

Überhaupt ist das ganze Rechtsgebiet so formalistisch und so kompliziert geregelt, daß dies mit den modernen Grundsätzen der Besteuerung nicht vereinbar ist. Wenn also bei einem Gesetz im derzeit geltenden Steuerrecht die Notwendigkeit ehester Bereinigung besteht, dann ist es das österreichische Gebührengesetz.

Ich habe vorhin die Entwicklung im europäischen Staatensystem erwähnt und darf sagen, daß die Empfehlungen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft an ihre Mitgliedstaaten zum Ziele haben, daß der Warenverkehr im Raum der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft möglichst ungestört durch steuerrechtliche Verschiedenheiten abgewickelt werden kann, daß — und das scheint mir auch für Österreich sehr wichtig — keine Benachteiligung der Klein- und Mittelbetriebe erfolgt und daß es schließlich keine auffallenden Unterschiede in der Besteuerung gibt, die bekanntlich mit sich bringen, daß eine Verlagerung von Betrieben oder Kapitalien aus steuerrechtlichen Gründen erfolgt.

Man hat sich in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft aber auch schon Gedanken darüber gemacht, wie die Besteuerung in Zukunft aussehen soll. Man will dort zunächst die Mehrwertsteuer zu einer der tragenden

Dr. Broesigke

Säulen machen. Sie ist bekanntlich in den meisten Teilnehmerstaaten bereits eingeführt. Sie tritt am 1. Jänner 1971 in Belgien in Kraft und wird in Italien mit 1. Jänner 1972 eingeführt werden. In den skandinavischen Ländern, also unseren EFTA-Partnern, besteht sie schon seit längerer Zeit. Alles dies bei einem schwankenden Normalsteuersatz von 10 Prozent in Luxemburg bis zu 23 Prozent in Frankreich.

Die Erkenntnis dieser Entwicklung ist es auch gewesen, die uns veranlaßt hat, darauf zu bestehen, daß die eheste Einführung der Mehrwertsteuer bei der kommenden Steuerreform im Vordergrund steht.

Dies einmal aus dem Grund der europäischen Angleichung der Steuersysteme, die uns naturgemäß besonders am Herzen liegt, auf der anderen Seite aber auch deshalb, weil bekanntlich das wettbewerbsverzerrende System der derzeitigen Umsatzsteuer zu verschiedenen Nachteilen führt, die ich hier nicht eigens schildern muß.

Das zweite, was für die europäische Steuerentwicklung wesentlich sein wird, ist das System der Verbrauchsteuern und das dritte ein System der Besteuerung des Unternehmergewinns, alles das harmonisiert unter den Mitgliedstaaten; daneben nicht harmonisiert eine Besteuerung natürlicher Personen.

Das wären ungefähr die allgemeinen Ziele einer Entwicklung der Steuergesetzgebung für die nähere und fernere Zukunft.

Wir sind uns darüber im klaren, daß dies natürlich nur ein längerfristiges Konzept und Ziel sein kann und daß es augenblicklich natürlich auch vordringlich darum geht, auf dem Gebiet der geltenden Steuergesetzgebung einige dringende Maßnahmen durchzuführen.

Eine solche Maßnahme ist die Abschaffung der Kfz-Sonderabgabe gewesen, die zumindest eine der Sondersteuern beseitigte.

In der Zeitung „Die Volkspresse“ vom 26. November 1970 ist unter der Überschrift „Das rot-blaue Budgettheater“ zu lesen:

„Den so stolz hinausposaunten Wegfall der Autosondersteuer hat die ÖVP seit langem gefordert, die Beseitigung der Weinststeuer bleibt weit hinter der von der großen Oppositionspartei verlangten Liquidierung ... zurück.“

Diesen Artikel muß ich einfach als unwahr bezeichnen. Denn die Kfz-Sonderabgabe war bekanntlich auf unbestimmte Zeit eingeführt, niemand von der ÖVP hat ihre Abschaffung gefordert; und die Alkohol-Sonderabgabe wäre auch nicht am 31. Dezember dieses Jahres ausgelaufen.

Dagegen entnehme ich 455 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Bundesrates, daß nun die Österreichische Volkspartei dem Gesetz über die Sonderabgaben auch zustimmt, denn der Finanzausschuß hat dort am 2. Dezember 1970 „mit Stimmeneinheit beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben“. Damit wären wir uns über die Frage der Sonderabgaben, und zwar sowohl darüber, was augenblicklich abgeschafft wird, als auch über das, was in Zukunft abgeschafft werden soll, so ziemlich einig.

Nun zu einigen Einzelproblemen.

Es wurde in der Generaldebatte bereits erwähnt, daß es eine der nächsten Aufgaben sein wird, das ganze System der Kfz-Besteuerung und aller Dinge, die drum- und dranhängen, zu ändern. Dazu gehört vor allem die Umgestaltung der Fernbeförderungssteuer, die Umstellung auf Umsatzbasis; dazu gehört aber auch eine Neugestaltung der Kfz-Besteuerung, da ja die Besteuerung nach dem Hubraum wohl schon leicht überholt ist.

Nun ein weiteres Problem. Ich habe hier einen Erlaß der Finanzlandesdirektion für Wien, Niederösterreich und Burgenland vom 21. April 1970. Dieser Erlaß befaßt sich mit der Frage der Betriebsprüfungen und kommt zu folgendem interessanten Ergebnis:

„Eine vorherige Ankündigung von Wareneingangsprüfungen und Umsatzsteuernachschau, die in der Regel bei kleineren Betrieben durchgeführt werden, wird somit zu meist nicht zweckmäßig sein.“

Herr Bundesminister! Das bedeutet, daß sich die Finanzlandesdirektion für Wien, Niederösterreich und das Burgenland zum System der überfallsartigen Betriebsprüfung bekennt, ein System, das ich keineswegs für richtig halte, das ich auch dann nicht für richtig halte, wenn man von dem einen oder anderen Steuerpflichtigen annimmt, er könnte zwischen dem Zeitpunkt der Ankündigung und dem Zeitpunkt der Prüfung irgend etwas zu manipulieren versuchen.

Ich bin der Meinung, daß dieser Erlaß nicht nur inhaltlich falsch ist, sondern daß er darüber hinaus mit den der Betriebsprüfung zugrunde liegenden gesetzlichen Bestimmungen — das ist der § 148 Abgabenordnung — nicht in Einklang steht. Sosehr auch wir dafür sind, daß dafür gesorgt wird, daß jeder in diesem Staate die ihm nach dem Gesetz vorgeschriebene Steuer pünktlich bezahlt, so sehr sind wir aber auch der Meinung, daß man den Steuerpflichtigen nicht schikanieren soll. Und dieser Erlaß hat schon den Charakter einer beabsichtigten Schikane.

2874

Nationalrat XII. GP - 28. Sitzung - 9. 17. Dezember 1970

Dr. Broesigke

Zu dem Kapitel, das wir heute behandeln, gehört auch das Kapitel Bundesvermögen. Ich glaube, daß nicht unerwähnt bleiben kann, daß bei den Erträgen des Bundesvermögens Ziffern aufscheinen, die zum Teil alarmierend sind. Die verstaatlichten Banken bringen 95 Millionen Schilling, die Elektrizitätsunternehmungen haben einen Eingang von 16 Millionen Schilling, der Gewinnanteil der Nationalbank beträgt 654 Millionen Schilling, der der Postsparkasse 89 Millionen, die Austria Tabakwerke haben einen Eingang von 36 Millionen, die verstaatlichte Industrie nichts. Vom Fiasko der AUA ist hier nicht zu sprechen.

Ich glaube, daß hier eine der Wurzeln der österreichischen Steuerproblematik liegt, weil hier ein Einnahmenseinbruch des Staates in doppelter Weise vorliegt: einmal durch den Ausfall von Erträgen und zum anderen durch den Ausfall von Steuern. Es gibt in anderen Staaten, die eine große Anzahl von verstaatlichten Unternehmungen haben, Regelungen, die diesem Umstand Rechnung tragen. Solche Regelungen werden früher oder später auch in Österreich erforderlich sein.

Wir haben im Laufe dieser Budgetdebatte sehr viel über die Frage der Staatsverschuldung und im Zusammenhang damit auch von der Auslandsschuld und der manchmal sich ergebenden Notwendigkeit, Auslandskredite aufzunehmen, gesprochen.

Um solche Auslandskredite zu bekommen, wäre es erforderlich, eine Bereinigung der letzten Fragen vorzunehmen, die aus der Zeit der Ersten Republik, zum Teil sogar noch aus der Zeit der Monarchie offen sind. Das ist die restliche Reichsanleihe 1938/II, die ja durch eine Konvertierung österreichischer Anleihen entstanden ist; das ist die Frage bestimmter Eisenbahnprioritäten — es handelt sich um 18 Unternehmungen —; und es ist die Frage der Pfandbriefe der Österreichisch-ungarischen Bank. Es sind Beträge, die im Verhältnis zu unserer Staatsverschuldung von durchaus untergeordneter Bedeutung sind, es wird aber notwendig sein, auch diese Dinge früher oder später zu regeln, um unsere Kreditfähigkeit gegenüber dem Ausland zu erhöhen.

Zum Abschluß noch einige Worte zum Haushaltsrecht. Sie wissen, daß Artikel II a des Bundesfinanzgesetzes ursprünglich dem Finanzminister das Recht gab, das Eventualbudget unter bestimmten Voraussetzungen in Kraft zu setzen, ohne weiter eine parlamentarische Instanz zu befragen.

Wir haben schon in der Generaldebatte diese Bestimmung als unhaltbar bezeichnet. Sie wurde dann auch im Ausschuß abgeändert, sodaß jetzt ein Bundesgesetz erforderlich ist,

Dr. Broesigke

was das Eventualbudget in Kraft zu setzen. Ich glaube aber, daß diese Sachlage wohl am besten unterstreicht, wie notwendig es ist, ein neues Haushaltsrecht zu schaffen. Denn es kann kein Zweifel daran sein, daß der Staatshaushalt eine konjunkturbereinflussende Bedeutung von ganz besonderer Art hat und daß es unter Umständen erforderlich sein wird, eine Konjunkturabschwächung zu durchsetzen, die für die zweite Hälfte 1971 unter Umständen drohen könnte, durch fiskalische Maßnahmen zu bekämpfen.

In der Zeit, in der das österreichische Haushaltsrecht geschaffen wurde, gab es die Theorie von Keynes noch nicht, daß das ganze System der Konjunkturbeeinflussung, wie es heute die herrschende volkswirtschaftliche Doktrin ist, noch nicht bekannt und es war daher kein Anlaß für den Gesetzgeber gegeben, für derartige Eventualitäten vorzusorgen.

Es zeigt sich aber jetzt und nicht nur bei diesem Beispiel, daß das geltende Haushaltsrecht in der derzeitigen Form unzureichend ist und daß es einer Änderung bedürftig wird.

Hohes Haus! Wir haben in der Einbegleitungsrede des Herrn Bundesfinanzministers von einer ganzen Reihe von Reformplänen gehört. Wir waren uns im klaren darüber, daß diese Reform nicht heute und nicht vor der Beschlussfassung über dieses Budget durchgeführt werden kann. Wir werden aber aufmerksam im Laufe des kommenden Jahres verfolgen, wie diese notwendige Reform vor sich geht und ob das eingelöst wird, was in der Einbegleitungsrede angekündigt wurde.

Ich darf Ihnen zum Schluß und das gehört nicht zu diesem Kapitel, sondern zum Budget im ganzen einen Entschließungsantrag unterbreiten, den mein Fraktionskollege Zeillinger bereits in der Debatte zum Kapitel Inneres angekündigt hat. Er betrifft den von ihm damals geforderten Sicherheitsbericht und hat folgenden Wortlaut:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht, jährlich einmal dem Nationalrat einen Bericht über die Sicherheitsverhältnisse im Lande vorzulegen. Dieser Bericht, an dem die Bundesministerien für Inneres und Justiz mitzuwirken haben werden, soll alle Aspekte der inneren Sicherheit Österreichs umfassen und dem Nationalrat einen Überblick über den aktuellen Stand der in diesem Zusammenhang getroffenen Maßnahmen vermitteln.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, diesen Entschließungsantrag in die Debatte einzu-

Dr. Broesigke

beziehen, und stelle ich im übrigen fest, daß unsere Fraktion diesem Budgetkapitel ihre Zustimmung geben wird. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident **Probst**: Der Entschließungsantrag der Abgeordneten Zeilling, Blecha und Genossen, den, soeben, der Herr Abgeordnete Dr. Broesigke vorgelesen hat, ist genügend unterstützt und steht jedenfalls zur Debatte.

Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete **Dr. Neuner**.

Abgeordneter **Dr. Neuner (ÖVP)**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister! Bevor ich meine Rede zu diesem Budgetkapitel, vornehmlich über steuerpolitische Fragen und Fragen der Steuerverwaltung, beginne, möchte ich zu einem Fragenkomplex zurückblenden, der im Zuge der Beratungen zur Einkommensteuergesetz-Novelle 1970 behandelt worden ist.

Es war damals auf Grund eines von der Österreichischen Volkspartei eingebrachten Antrages die Rede davon, ob man Enteignungsschädigungen — ich darf das unjuristisch zunächst so sagen — die den Pächtern von Betrieben zufließen, deren Bestandsobjekt enteignet wird, steuerlich begünstigt behandeln soll oder nicht.

Wir haben einen entsprechenden Initiativantrag im Unterausschuß eingebracht. Wir haben im Unterausschuß — dazu ist ja ein Unterausschuß da — Bedenken betreffend die juristische Formulierung dieses Abänderungsantrages gehört. Wir haben selbstverständlich, wenn Bedenken berechtigt sind, dann unseren Initiativantrag, den wir im Hause hier eingebracht haben, so formuliert, daß diese Bedenken beseitigt werden konnten. Wir haben also den Initiativantrag in der Formulierung gegenüber dem Ausschußantrag wesentlich abgeändert.

Der Herr Bundesminister für Finanzen hat damals — ich war leider nicht im Saal, ich war verhindert, hier zu sein — dazu gesagt — ich zitiere jetzt wörtlich aus der Sitzung vom 30. November 1970 —:

„Nun zu ... Herrn Abgeordneten Doktor Neuner, weil er gemeint hat, daß man bezüglich der Simmeringer Gärtner dieser Überlegung nicht zugänglich gewesen wäre. Wir waren dazu durchaus bereit und haben erklärt, daß das einer Lösung bedarf, daß aber mit dem Vorschlag eine Lösung nicht erreicht wird, denn von einer Enteignung von Bestandverträgen zu sprechen heißt totes Recht gebären. Bestandverträge kann man kündigen, aber nicht enteignen. Bitte sehen Sie sich Ihren Antrag an, Sie haben sich ja im Unterausschuß deswegen auch bereit erklärt, das

Dr. Neuner

zurückzustellen, weil Sie selber hingesehen haben, daß Sie hier totes Recht vorgeschlagen hätten.

Nun, meine Damen und Herren: Wie steht, Herr Minister, Ihre Bereitschaft aus, das zu lösen, was Ihren Worten nach einer Lösung bedarf? Im Unterausschuß haben Sie, Herr Minister, über den Fall der Gärtner gewitzelt. Im Plenum haben Sie es nicht einmal der Mühe wert gefunden, den geänderten und den im juristisch einwandfreien Form vorgelegten Abänderungsantrag überhaupt nur zu lesen. Sonst hätten Sie sich nicht getraut, hier einfach oberflächlich Belehrungen zu erteilen. Ich gebe Ihnen also diese Aufforderung zurück: Bitte, sehen Sie sich den Antrag, den wir seinerzeit hier im Plenum vorgelegt haben, an. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Ich frage Sie nun, Herr Minister — das ist meine erste Frage im Laufe meiner Rede —: Werden Sie einem Initiativantrag der Österreichischen Volkspartei, der in dieser Richtung wieder einzubringen wäre, Ihre Zustimmung erteilen, wenn Sie sagen, Sie wären dazu durchaus bereit, und wenn Sie erklären, daß das einer Lösung bedürfe? Es muß also Ihre mangelnde Bereitschaft eben auf einer — meiner Meinung nach — Unkenntnis des richtigen Sachverhaltes beruhen.

Nun, meine Damen und Herren, zu einem Kapitel, das man mit „Steuerklima“ überschreiben kann: Die Beziehung zwischen Finanzbeamten und Staatsbürger, vor allem eine Beziehung, bei der die Finanzbeamten den legitimen Auftrag haben, dem Bürger Geld wegzunehmen, bewegt sich naturgemäß in einem gigantischen Spannungsverhältnis, einem Spannungsverhältnis, wie wir es auf keinem Verwaltungszweig zwischen dem Staatsbürger und dem Beamten finden. Ihre Vorgänger, Herr Finanzminister, waren bemüht, dieses Spannungsverhältnis in erträglichen Grenzen zu halten. Sie haben damit im Interesse der Abgabepflichtigen, aber genauso im Interesse der Finanzbeamten gehandelt. Ihre Vorgänger haben erkannt, daß man die Steuermoral des Bürgers nur dann verlangen kann, wenn der Staat in der Besteuerungsmoral eine gewisse Vorleistung erbringt. Sie aber, Herr Minister, haben in dieses Spannungsverhältnis trotz Ihrer kurzen Zeit, in der Sie dieses hohe Amt verwalten, bereits gewaltige Stromstöße geleitet, insbesondere mit dem in der breiten Öffentlichkeit harte Kritik erfahrenden sogenannten Fahrtenbucheß.

Gegen diesen Fahrtenbucheß sind Widerstände nicht nur von außen gekommen, sondern auch von den eigenen Beamten, weil

DDr. Neuner

sie erkannt haben, daß so, wie dieser Fahrtenbucherlaß formuliert ist, die Vollziehung dieses Erlasses nur zu nichtsbringenden Kämpfen zwischen den Abgabepflichtigen und den Finanzbeamten führen wird. Sie haben sich dann genötigt gesehen, diesen Erlaß wesentlich einzuschränken, und haben dann von Mißverständnissen gesprochen, die mit diesem Erlaß verbunden gewesen sein sollen.

Es waren keine Mißverständnisse. Wir haben ganz klar und eindeutig erkannt, was Sie, Herr Minister, damit bezwecken wollten.

Ich muß sagen, daß vielleicht in erster Linie nicht Sie persönlich für diesen Erlaß verantwortlich gemacht werden können, denn Sie als erfahrener Parteivertreter und als erfahrener Steuerberater werden genau wissen, wie wenig man mit solchen Erlassen zum Steueraufkommen beitragen kann, sondern wie sehr man dadurch nur dieses Spannungsverhältnis zwischen Staatsbürger und Finanzverwaltung verstärkt und wie wenig vorteilhaft dies letztlich in weiterer Folge für den Staat ist. Aber wir können mit Recht vermuten, daß Sie wider besseres Wissen von anderen Auftraggebern Aufträge entgegengenommen haben, die Sie dann als Minister in Form eines solchen Erlasses hinausgegeben haben.

In diesem Zusammenhang, Herr Minister, interessiert mich aber eine praktische Frage, im Zusammenhang mit dem Fahrtenbucherlaß. Sie haben nun in den Erlaß hineingeschrieben, daß die Kürzung eines Personenkraftwagenaufwandes wegen des Privatanteiles rund 40 Prozent betragen solle. Selbstverständlich kürzen dann die Finanzbeamten auch die Abschreibung des Personenkraftwagens, also den Aufwand, der in Form einer Abschreibung in die Aufwandsrechnung geht. Wenn nun, Herr Minister, im Falle der Veräußerung eines solchen Kraftwagens, von dem die Abschreibung auch um 40 Prozent gekürzt worden ist, ein Veräußerungsgewinn — sagen wir von 10.000 S — entsteht, frage ich Sie in meiner zweiten Frage, Herr Minister: Wird dann dieser Veräußerungsgewinn auch um 40 Prozent gekürzt, daß also nur 6000 S steuerpflichtig sind? Oder wenn Sie das nicht kürzen lassen wollen, würde ich Sie bitten, eine Begründung dafür zu geben.

Meine Damen und Herren! Das Abgabenrecht ist eine sehr komplizierte Rechtsmaterie. Ich habe einmal den Präsidenten einer Rechtsanwaltskammer sagen hören, daß die Wirtschaftstreuhänder die modernen Haruspizes wären. Es lassen sich die Tatbestände nicht immer eindeutig auslegen, mitunter sind mehrere Auslegungen steuerrechtlicher Tat-

bestände möglich. Andererseits besteht aber, wie auf keinem anderen Rechtsgebiet, gerade im Abgabenrecht das eminente Interesse, den Grundsatz der Gleichmäßigkeit der Behandlung zu effektuieren.

Der Idealfall wäre, daß alle Abgabepflichtigen gleichmäßig richtig behandelt werden. Sie werden vielleicht erstaunt sein, wenn ich aus meiner Praxis sage: Noch besser, als einzelne machen es richtig und andere machen es falsch oder eine Gruppe macht es richtig und eine andere Gruppe macht es falsch, ist es — eben dem Grundsatz der Gleichmäßigkeit folgend —, alle machen es gleichmäßig falsch. Deshalb wird, wenn man diese Postulate sowohl auf seiten der Finanzverwaltung, der Beamtschaft, als auch auf seiten der Wirtschaftstreibenden erhebt, immer der Ruf laut, man möge doch Ausführungserlässe hinausgeben. Aber dem Rechtsstaat konform ist eine solche Handlungsweise nur dann, wenn erstens unbedingt daran festgehalten wird, keine Geheimerlässe hinauszugeben, und zweitens eine strikte Bindung der Verwaltungsbeamten an die Erlässe besteht; solange ein solcher Erlaß nicht ausdrücklich widerrufen oder aufgehoben ist, und zwar auch wieder nicht nur geheim aufgehoben, sondern offenkundig aufgehoben worden ist.

Der einzige Fall, in dem eine Bindung eines Finanzbeamten an einen solchen Erlaß nicht bestehen darf und nicht bestehen soll, ist eben der des Artikels 20 Bundes-Verfassungsgesetz; das sind Fälle, die man praktisch ausschalten kann.

Ich stelle an Sie nunmehr, Herr Minister, in diesem Zusammenhang die dritte Frage: Werden Sie daran festhalten, alle Erlässe, die nicht nur intern für den Ablauf der Verwaltung maßgebend sind, sondern alle Erlässe, die die Abgabepflichtigen betreffen und die für sie von Bedeutung sind, in geeigneter Form — und es bietet sich hier das „Amtsblatt der österreichischen Finanzverwaltung“ an — der Allgemeinheit auch zugänglich zu machen?

Ich frage Sie viertens, Herr Minister: Wird das Finanzministerium immer dann einschreiten, etwa durch Klaglosstellung einer Verwaltungsgerichtshofbeschwerde oder durch sonstige aufsichtsbehördliche Bescheidaufhebungen, wenn dem Finanzministerium ein Fall bekannt wird, in dem ein Bescheidinhalt mit Erlässen im Widerspruch steht, auch wenn eine Judikatur des Verwaltungsgerichtshofes, in einem Einzelfall ergangen, vielleicht den Bescheidinhalt decken könnte, oder werden Sie in solch einem Falle ganz klar und deutlich den Erlaß dann aufheben?

DDr. Neuner

Nun — ich freue mich, daß Herr Kollege Kostroun inzwischen im Saal erschienen ist — komme ich zu Ausführungen, die man mit dem überschreiben kann, was man vielleicht als sozialistische Steuerreform bezeichnet. Zunächst haben Sie, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, sehr lang zu Steuerreformplänen geschwiegen. Ich darf Ihren Vorsitzenden Dr. Kreisky zitieren, der in der „Arbeiter-Zeitung“ vom 16. Oktober 1968 gesagt hat: Wir „... haben ... sehr wohl Vorstellungen zur Steuerpolitik. Es fällt uns aber nicht ein, der ÖVP jetzt schon zu sagen“ — und jetzt kommt der inhaltsschwere Halbsatz —, „was es da alles geben könnte“.

14 Tage vor dem 16. Oktober 1968 allerdings haben Sie schon die „große Wunschtüte“ im Wirtschaftsprogramm der Sozialistischen Partei beschlossen. Aber am 16. Oktober 1968 konnte Kreisky oder wollte Kreisky noch nicht sagen, „was es da alles geben könnte“.

Ein Jahr später ließ sich dann Ihr Staatssekretär Dr. Veselsky in der „Neuen Wochen-Ausgabe“ vom 11. Oktober 1969 vernehmen. Dort sagt er: „Der nächste Finanzminister kann keine Steuern senken, er kann es nicht einmal in einem Wahlkampf versprechen.“ Jetzt wird er deutlich, der Herr Dr. Veselsky: „Wer das Gegenteil behauptet, ist ein Narr oder ein Demagoge.“

Meine Damen und Herren von der sozialistische Fraktion! Nachdem Sie vor einigen Tagen die Einkommensteuergesetz-Novelle 1970 mit Steuerminderungen von mehr als 2 Milliarden eingebracht haben und verabschiedet haben, muß ich es Ihnen überlassen, aus der Alternative, die Ihnen Veselsky stellt, eine Auswahl zu treffen. *(Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Kollege Kostroun! Nun war der Freie Wirtschaftsverband schon konkreter. Ich nehme an, Sie kennen dieses Werk: Im „Zielprogramm für die gewerbliche Wirtschaft“ haben Sie ein weites Kapitel überschrieben mit „Die Umgestaltung des österreichischen Steuerwesens“. Ein Unterteil ist dann überschrieben mit „Die globale Steuerreform“. Dieses Kapitel schließt damit, daß es langfristig gelte, die globale Steuerreform durchzusetzen.

Dann kommt das zweite Kapitel, überschrieben mit „Nahziele der Steuerreform“. Dem entnehme ich auf Seite 29 zunächst den Satz: „Im Vordergrund stehen die Bemühungen um eine Reform der Haushaltsbesteuerung. Die Beseitigung der ungerechtfertigten Diskriminierungen, die sich durch das derzeit angewendete System ergeben, ist ebenso vor-

dringlich wie die Prüfung der Frage, ob und in welcher Form das Splitting-Verfahren auch in Österreich anwendbar ist.“

Herr Kollege Kostroun! Ich glaube, Sie sind sicherlich den Beratungen über die Einkommensteuergesetz-Novelle sehr aufmerksam gefolgt und haben gesehen, daß wir einen Entschließungsantrag eingebracht haben: „Der Herr Bundesminister für Finanzen wird aufgefordert, dem Hohen Hause eine Gesetzesvorlage über das Splitting-System verbunden mit einer Tarifreform zuzuleiten, um die unterschiedliche Besteuerung der Ehegatten zu beseitigen.“

Herr Kollege Kostroun! Warum haben Sie dann das niedergestimmt, was Sie selbst in Ihrem „Zielprogramm für die gewerbliche Wirtschaft“ vom Finanzminister verlangen? *(Abg. Kostroun: Das werde ich Ihnen sagen!)*

Ich zitiere weiter aus Ihrem „Zielprogramm“: „Außerdem soll gerechterweise eine ähnliche Progressionserleichterung auch bei der Zusammenveranlagung von Eltern mit Kindern angestrebt werden, was bisher nicht vorgesehen ist.“

Herr Kollege Kostroun! Der Wahlkampflüge Nummer 1 schließen Sie jetzt die Wahlkampflüge Nummer 2 an, weil Sie unseren Initiativantrag, der vorgesehen hat, daß auch die nichtselbständigen Einkünfte der Kinder im eigenen Betrieb aus der Haushaltsbesteuerung herauskommen sollen, im Ausschuß glatt niedergestimmt haben. Oder haben Sie so wenig koordiniert, daß Ihre Kollegen das „Zielprogramm“ nicht gelesen haben und nicht kennen? *(Abg. Kostroun: Warum haben Sie das in Ihrer Alleinregierung nicht gemacht? — Abg. Mitterer: Sie haben es versprochen, nicht wir!)* Sie sagen das im Wahlkampf, und der Bevölkerung gaukeln Sie vor, daß Sie irgend etwas auch nur für die gewerbliche Wirtschaft in Ihrer Fraktion durchzusetzen vermögen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Es geht aber weiter in Ihrem „Zielprogramm“, Herr Kollege Kostroun, und jetzt kommt etwas für die Zukunft. Ich darf Sie bitten, jetzt aufzumerken, damit Sie dann nicht vergessen, mit uns zu stimmen, wenn die entsprechenden Vorlagen behandelt werden.

Sie schreiben dann weiter auf Seite 30: „Eine Erweiterung der Freigrenzen des steuerfreien Gewerbeertrages und des Gewerbekapitals erscheint notwendig.“

Herr Kollege Kostroun! Zu Ihrer Bedienung: Der Antrag Mussil liegt bereits im Ausschuß und kann behandelt werden!

2378

Nationalrat XII. GP - 28. Sitzung - 17. Dezember 1970

DDr. Neuner

Sie schreiben weiter auf dem Gebiet der Lohnsummensteuer? Ist die Erweiterung der Freigrenzen dringend geboten?

Herr Kollege Kostroun: Der Antrag Mussil liegt bereits im Ausschuss (Abg. Doktor Wjthalam: Ungeheure Möglichkeiten!).

Und Sie schreiben schließlich: „Eine Erhöhung der Freigrenzen für die Berechnung des sechsprozentigen Beitrages zum Familienbeihilfenausgleichsfonds ist vordringlich.“

Herr Kollege Kostroun! Auch dieser Antrag liegt im Ausschuss. Sorgen Sie, Herr Kollege Kostroun, dafür, daß von der Sozialistischen Partei dann diese Anträge angenommen werden, damit Sie nicht diesen Wahlkampfplänen 1 und 2 noch die Wahlkampfpläne 3, 4 und 5 anhängen (Beifall bei der ÖVP).

Meine Damen und Herren! Täuschen Sie die Bevölkerung auch nicht darüber hinweg, indem Sie ständig davon reden: das Einkommensteueraufkommen steigt nicht so wie das Lohnsteueraufkommen. Das beweist doch eindeutig, daß die Ertragslage der Unternehmungen zurückgeht und nicht zuletzt deshalb zurückgeht, weil eben die laufenden Lohn- und Gehaltserhöhungen den Ertrag kürzen müssen; eine der Ursachen dafür. Wenn Sie von der Sozialistischen Partei das nicht wollen, ja dann müssen Sie eben einen Gesetzesantrag einbringen und vielleicht sagen: Jede künftige Lohn- und Gehalts-erhöhung ist keine Betriebsausgabe mit steuerlicher Wirkung mehr! Anders ist das aber nicht zu vermeiden.

Und täuschen Sie auch die Bevölkerung nicht darüber hinweg, auch der Herr Finanzminister hat das letztlich getan: Wenn man hier von unserem exorbitant hohen Tarif spricht, vom Weltrekord des Einkommensteuertarifes verbunden mit der Gewerbesteuerbelastung bei mittlerem Einkommen, dann sprechen Sie ständig davon, daß man ja auch die Bemessungsgrundlagen im Zusammenhang mit dem Tarif sehen müßte. Ja was meinen Sie denn damit? Meinen Sie vielleicht damit, daß man die Abschreibungen überhaupt nicht in den Aufwand nehmen sollte? Oder meinen Sie damit, daß man vorzeitige Abschreibungen, die Investitionsrücklagen, die ja nichts anderes sind als nur die Vorwegnahme von Aufwendungen, nicht von der Bemessungsgrundlage abziehen sollte? Was sollen die Fragen, die Ihnen im Ausschuss gestellt werden und die Sie sehr erfreut beantworten, Herr Minister, indem Sie sagen, daß zum Beispiel für das Jahr 1966 69.000 Fälle die vorzeitige Abschreibung mit einer Bemessungsgrundlage von 2,8 Milliarden geltend gemacht haben, und im Jahre 1967

waren es 67.000 Fälle mit einer Bemessungsgrundlage von 3,35 Milliarden. Ihnen, Herr Minister, muß doch bekannt sein, daß die vorzeitige Abschreibung nicht reiner Steuerförschneid ist, sondern lediglich die Vorwegnahme einer normalen Abschreibung. Wenn man seit dem Jahre 1953 die Institution der vorzeitigen Abschreibung hat, so ist, am Modell eines dauernd und laufend investierenden Unternehmens gemessen, ohne weiteres erkennbar, daß heute schon längst die vorzeitige Abschreibung nicht mehr den Erfolg einer Steuerstundung bringt, sondern nur mehr der Brätsatz für die entgehenden Abschreibungsaufwendungen für jene Wirtschaftsgüter ist, die in der Vorzeit schon vorzeitig abgeschrieben worden sind. (Der Präsident übernimmt wieder den Vorsitz.)

Meinen Sie vielleicht damit, wenn Sie von den Bemessungsgrundlagen sprechen, die angesehen werden müßten, daß die Abfertigungsrücklagen vielleicht nicht Aufwendungen wären? Auch die Abfertigungsrücklagen sind nichts anderes als eben das Vorziehen eines Abfertigungsaufwandes und nichts anderes als ein echter Aufwand. Oder meinen Sie schließlich, wenn Sie sagen, Tarife und Bemessungsgrundlagen müßten angesehen werden, daß vielleicht ein Vorwurf gegenüber den Finanzbeamten zu erheben wäre, daß sie die Steuerbemessungsgrundlagen nicht richtig ermitteln und die Abgaben nicht richtig vorschreiben? Dann, Herr Minister, und die Herren von der Sozialistischen Fraktion, müßten wir diesen Vorwurf und ich als Praktiker muß Ihnen das bekunden — ganz energisch zurückweisen: Die Finanzverwaltung arbeitet tadellos! (Beifall bei der ÖVP.)

Ich komme zur Schlussfeststellung. Hohes Haus! Mit solchen oberflächlichen und keinerlei Sachkenntnis verratenden Äußerungen kann man nicht darüber hinwegtäuschen, daß die SPÖ auf dem besten Wege ist, das Besteuerungssystem Österreichs zum Feind der Leistung und zum Feind der Investition zu machen. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Lenc das Wort. (Abg. Dr. Lenc: Der Herr Kostroun ist schon in den Wirtschaftsrat gegangen, was er tun soll! Er ist nimmer da!)

Abgeordneter Lenc (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich bin sicher, nicht dazu beufen, eine Bilanz der Budgetdebatte zu ziehen. Aber gestatten Sie mir doch einige Bemerkungen zum bisherigen Verlauf der Debatte über das Bundesfinanzgesetz 1971. Sicherlich gibt es da und mir stehen ja Ver gleichsmöglichkeiten zu Gebote, bei jeder

Lanc

ons I

Auseinandersetzung und gab es bei jeder Auseinandersetzung über den Bundeshaushalt Höhepunkte, aber auch Zeiten, in denen die Debatte verflachte, manchmal verursacht vom Debattenredner, manchmal einfach dadurch bedingt, daß sich durch die lange Dauer der Debatte eben auch die physischen Kräfte derer, die zuhören sollen oder müssen, erschöpfen.

Aber ich glaube, meine Damen und Herren, die heutige Budgetdebatte unterscheidet sich, abgesehen von diesen Gemeinsamkeiten, die alle bisherigen Budgetdebatten gehabt haben, dadurch, daß dieses Haus zum ersten Mal etwas kennengelernt hat, was es bislang nicht gab: eine vollkommen konfuse Opposition (*ironische Heiterkeit bei der ÖVP*). Keine Opposition, bei der man das Gefühl hatte, daß sie selbst nicht weiß, was in der nächsten Minute passieren wird — ja nicht nur das, sondern man hat in dieser Oppositionspartei, die noch bis vor kurzem in alleiniger Regierungsverantwortung war, nicht einmal genau gewußt, wie man in dieser Debatte wenigstens eine einheitliche Argumentation durchhalten werde. (*Zwischenruhe bei der ÖVP*). Wenn Ihnen das zu hoch ist, bitte sehr, das Couloir steht Ihnen zur Verfügung! (*Heiterkeit*.)

Meine Damen und Herren! Die große Oppositionspartei war also zum Einhalten einer solchen Argumentationslinie offenbar nicht in der Lage. Spricht man nun als Vertreter der gegenwärtigen Regierungspartei und versucht man, das vom eigenen Standpunkt her zu werten, dann könnte man, wenn man es rein parteipolitisch betrachten würde, zu dem Schluß kommen, daß das ja für die eigene Fraktion und damit im gegenwärtigen Zeitpunkt für die Bundesregierung nur gut sei. (*Abg. Mitterer: Wir haben nichts bemerkt!*)

Ich persönlich bin aber nicht dieser Auffassung. Ich glaube, es ist weder für eine Regierungspartei gut, wenn die Opposition keine einheitliche Linie hat, noch für unser gesamtes Staatswesen. Denn die Institution der Opposition impliziert, daß eine solche funktionsfähig ist. Sie ist damit ein wesentlicher Teil der Lenkung des öffentlichen Geschehens, aber auch der Beeinflussung der öffentlichen Meinung und nicht zuletzt ein wesentlicher Teil der ständigen Anregung und Kontrolle für diejenige Partei, die jeweils die Regierung stellt, die Regierungsverantwortung trägt.

So ist im Interesse der Republik zu hoffen, daß sich die Österreichische Volkspartei vom internen Schlagabtausch wieder zu einem Schlagabtausch in der internpolitischen Arena

einfindet, daß sie von klabinernen Sparringkämpfen loskommt und wieder in den Ring eintritt, in dem sie ja kraft des Notums von immerhin rund 2 Millionen Wählern vom vergangenen 1. März 1970 stehen soll! (*Abg. Mitterer: Aber Bescheidenheit ist nicht Ihre besondere Leistung! Bescheiden sind Sie nicht!*) Das war ich nie! (*Abg. Mitterer: So etwas an Überheblichkeit!*) Herr Bundesminister außer Dienst, wieso? Erklären Sie mir das! (*Abg. Mitterer: Herr Kollege, da gehört doch etwas dazu an Überheblichkeit, was Sie da sagen! Die Zensuren, die Sie da austeilen, sind schon ein starkes Stück!*) Ich teile keine Zensur aus! (*Abg. Mitterer: Was denn?*) Ich werde Ihnen gleich einige Beispiele dafür bringen, die zeigen, daß nicht nur ich, sondern die gesamte österreichische Öffentlichkeit und darüber hinaus auch jener Teil der Presse, der Ihnen durchaus näher steht als uns, zu dieser Einschätzung gelangt und diesen Zustand bedauert. Ich bedauere ihn ja nicht allein. Auch ein großer Teil der österreichischen Öffentlichkeit, der niemals sozialistisch gewählt hat und vielleicht auch nie wählen wird, ist zu diesem Schluß gekommen. Wenn ich also Ihrer Meinung nach mit dieser Argumentation überheblich war, dann müssen Sie diese Wertung meiner Stellungnahme hier auf alle jene ausdehnen, die auch zu einer solchen Schlussfolgerung gekommen sind. Und das ist sicherlich nicht in Ihrem Interesse, Herr Bundesminister außer Dienst!

Meine Damen und Herren! Wie komme ich persönlich zu diesem Schluß? Ich möchte Ihnen hier nur zwei kurze Zitate aus der Debatte der ersten Lesung des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1971 bringen. Ich gehe jetzt nicht auf irgendeinen Abgeordneten der ÖVP über, der vielleicht das erste Mal hier im Hause ist und sich vielleicht in irgendeiner Argumentation etwas vergriffen hat:

Ich zitiere hier eine Äußerung, die der Bundesparteiobmann der Österreichischen Volkspartei, Herr Dr. Withalm, getan hat. Er hat einmal in einer Wortmeldung das Budget 1971 so klassifiziert, daß er sagte: „muß heute schon festgestellt werden, daß das Budget 1971 — ob Sie das nun gerne hören oder nicht — das größte Defizit aufweist, das es jemals gegeben hat.“ (*Abg. Dr. Withalm: Damit habe ich nicht unrecht gehabt!*)

In derselben Debatte, nämlich bei der ersten Lesung des Bundesfinanzgesetzes, hat der Bundesparteiobmann der ÖVP, Herr Doktor Withalm, auch erklärt: „Herr Bundeskanzler, Sie täuschen sich, wenn Sie den Budgetrahmen als tabu angesehen wissen wollen.“

Meine Damen und Herren! Wenn man also den Budgetrahmen nicht als tabu ansehen

Lanc

will und das im Zusammenhang mit in diesem Budget angeblich unerfüllten Forderungen zum Ausdruck bringt, aber in derselben Debatte erklärt, und zwar offenbar mit kritischem Background erklärt, daß es sich hier um das größte Defizit handle, das es jemals gegeben habe, so ist in der Äußerung ein und derselben Person schon ein Bruch drinnen. (Abg. Dr. Withalm: Wo ist da der Widerspruch? Erklären Sie mir bitte da den Widerspruch!) Da ist sehr wohl ein Widerspruch drinnen, denn man kann nicht auf der einen Seite verlangen, daß der Rahmen des Budgets 1971 nicht tabu sein kann, während man auf der anderen Seite sagt, das sei ein Budget mit dem größten Abgang, also ein ganz schlechtes Budget. (Abg. Dr. Withalm: Wenn der Rahmen nicht tabu ist, wäre das Budgetdefizit noch größer! Dieses Beispiel ist danebengegangen, Herr Lanc!) Sie haben sich nun — ich werde Ihnen das an einem konkreten Fall nachweisen — genau an die Interpretation, die ich jetzt den Äußerungen des Herrn Dr. Withalm gegeben habe, gehalten. (Abg. Mitterer: Dieses Beispiel, das Sie da gebracht haben, hat keine Linie!)

Die ÖVP hatte in ihren Abänderungsanträgen zum Budget ursprünglich lediglich die Erhöhung von sieben Ausgabenansätzen verlangt. Das hat einem Anteil von rund 0,2 Prozent des Ausgabenvolumens entsprochen. Das wäre zumindest noch annähernd konform mit der Äußerung gewesen, daß der Budgetrahmen nicht tabu ist.

Trotz des relativ geringen Umfanges dieser Abänderungswünsche — beantragt wurde eine Erhöhung verschiedener Ausgabenpositionen in einer Gesamthöhe von 231 Millionen Schilling — ergab sich mangels entsprechender Bedeckungsvorschläge aus diesen Anträgen eine Bedeckungslücke von 184 Millionen Schilling.

Meine Damen und Herren! So hat in der ersten Phase der Verhandlungen zum Budget 1971 die Sache ausgesehen. Hier wurden also gleichzeitig mit der harten Kritik an der Höhe des Budgetrahmens Erhöhungsanträge, die natürlich auch den Budgetabgang — nämlich um 184 Millionen — hätten steigen lassen, gestellt.

Man hat dann gemerkt, daß diese Argumentation nicht durchzuhalten ist. Man hat zwar nicht in der Form eines formellen Antrages, sondern in der Form einer öffentlichen Äußerung des Klubobmanns der ÖVP im Finanz- und Budgetausschuß sogenannte Bedeckungsvorschläge gemacht; darunter war last not least eine fünfprozentige lineare Kürzung der Ermessenskredite, hiemit auch jener

Kredite, die dann später bei der Wissenschafts- und Kulturpolitik zur Debatte gestanden sind.

In diesem ersten ÖVP-Erhöhungsantrag — 231 Millionen — hat interessanterweise das Kapitel Hochschulen einen untergeordneten Platz eingenommen. Es lag der Antrag des Herrn Abgeordneten Gruber, Aufstockung um insgesamt 26 Millionen Schilling, vor.

Als die Österreichische Volkspartei, die es ursprünglich offenbar für unmöglich gehalten hat, daß sich in diesem Hause eine Mehrheit auf der Basis des eingebrachten Budgetvorschlages der Regierung finden könnte, gemerkt hat, daß diese Mehrheit doch zustandekommt, ist man plötzlich mit einer großen Offensive der Erhöhung der Dotierung der österreichischen Hochschulen und der österreichischen Wissenschaft angetreten. Dann, aber wirklich erst dann, und erst im Hause, nicht schon bei der Debatte im Ausschuß, hat man sich plötzlich daran erinnert, daß man ja eine Wissenschaftsmilliarde verlangen könnte, daß das sehr populär sein könnte und daß man hier auch sicherlich zu einem erheblichen Teil gutgläubige junge Menschen unter Umständen vor den politischen Karren der Österreichischen Volkspartei spannen kann.

Meine Damen und Herren! Jeder politischen Gruppe, sicherlich auch der Österreichischen Volkspartei, bleibt es überlassen, Politik so zu betreiben, wie sie es will. Nur darf man doch nicht glauben, daß die Öffentlichkeit und damit die Staatsbürger in unserem Lande nicht merken, welche Absicht dahintersteckt, daß sie nicht merken, daß es sich hier um einen echten Zickzackkurs handelt, und daß man, nachdem man gemerkt hat, daß man eine Kurve nicht genommen hat, sofort umschwenkt und versucht, es von der anderen Seite her anzugehen, womöglich bei den Bedeckungsvorschlägen mit demselben Schilling, den man für etwas anderes schon einmal ausgeben wollte. Bekanntlich kann man aber einen Schilling nur einmal und nicht mehrmals ausgeben.

Meine Damen und Herren! Ich möchte mich daher von diesem Zeitpunkt an nicht mehr mit der für meine Begriffe wirklich nicht sehr erfreulichen Politik der ÖVP im Verlaufe dieser Budgetdebatte auseinandersetzen. (Abg. Dr. Kottzina: Waren das alle Widersprüche?)

Ich möchte versuchen, vor allem auf jene Probleme hinzuweisen, um die es bei der künftigen Gestaltung der Bundesfinanzen und des Staatshaushaltes wirklich geht. Denn seien wir doch ehrlich: Mit einer Polemik auf der schwankenden, wechselnden Grundlage, wie

Lanc

wir sie in den letzten Wochen erlebt haben, wird weder dem echten Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit gedient, noch werden die dringend anstehenden Probleme der Staatsfinanzen und des Bundeshaushaltes auf diese Art und Weise gelöst beziehungsweise eher lösbar, als sie es uns bisher erscheinen.

Die Grundlage der staatlichen Finanzpolitik ist zweifellos die Entwicklung unserer Wirtschaft. Ich glaube, darüber sind sich alle Fraktionen in diesem Hause einig.

Im Rahmen dieser Wirtschaftspolitik waren wir Sozialisten — damit sind wir durchaus nicht immer allein gewesen; wir haben die Unterstützung durch namhafte Fachleute und ebenso durch namhafte Wirtschaftspublizisten unseres Landes gefunden — immer der Auffassung, daß wir bei aller Wahrung stabilitätspolitischer Grundsätze immer darauf achten müssen, aus unserer Wirtschaft das optimale reale Wirtschaftswachstum herauszuholen.

Daß das durchaus nicht irgendein Fetisch ist — manche meiner Parteifreunde, die diese Auffassung vertreten haben, sind als „Wachstumsfetischisten“ bezeichnet worden —, möge Ihnen ein kurzes Zitat aus einem jüngst erschienenen Buch des Franzosen Jean Jacques Servan-Schreiber unter Beweis stellen, der in diesem Buche auf Seite 15 sagt:

„Das regelmäßige Wachstum des Brutto-sozialprodukts, das in den Industrieländern im Schnitt 3 bis 5 Prozent im Jahr beträgt, bewirkt, daß nunmehr ein Mensch auch ohne beruflichen Aufstieg damit rechnen kann, daß sich seine Kaufkraft im Verlauf seiner aktiven Berufsjahre verdreifacht.“

Meine Damen und Herren! Diese Feststellung ist nichts anderes als eine Erinnerung daran, welche Bedeutung im Leben jedes einzelnen Menschen — nicht nur in Österreich, sondern auch in anderen Ländern — die Wachstumspolitik hat. Ich glaube, daß diese wachstumspolitische Prämisse unbedingt beobachtet werden muß, wenngleich auch wir selbstverständlich der Auffassung sind, daß in Zeiten einer überdurchschnittlichen Preis-aufwärtsentwicklung stabilitätspolitische Grundsätze im Vordergrund der Regierungs- und Finanzpolitik zu stehen haben.

Aber gerade hier sind ja erhebliche Meinungsdifferenzen im Verlaufe dieser Debatte aufgetreten, und ich glaube, auf diesem Gebiet hat es auch die härtesten und — ich möchte gleichzeitig sagen — die sachlichsten Einwürfe der großen Oppositionspartei zum Budget 1971 gegeben. Der wichtigste Einwurf war, dieses Budget gefährde die Stabilität, dieses

Budget nehme nicht auf den vom Ausland importierten Preisanstieg entsprechend Rücksicht.

Es wird dabei immer wieder der Versuch unternommen, den sogenannten Eventualhaushalt, das Konjunkturausgleichsbudget — um es konkret zu sagen — bereits als einen Bestandteil des Staatshaushaltes für das nächste Jahr zu bezeichnen, obwohl gerade nach den Ausschußverhandlungen und zumindest nach den Ausschußverhandlungen klargestellt sein müßte, auch für jeden Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei klargestellt sein müßte, daß es sich hier nur um eine Art Reserve für ganz außergewöhnliche Fälle — ich möchte sagen, für wirtschaftliche Katastrophenentwicklungen — handelt. Um nicht mehr, aber auch um nicht weniger!

Mit einem Wort: Dieses Konjunkturausgleichsbudget — wie schon sein Name sagt — ist lediglich eine Vorsorge für den Fall, daß sich die Konjunktur und damit die Voraussetzung für das Wirtschaftswachstum nicht so günstig entwickeln sollten, wie wir es erhoffen und wie wir es mit einer gewissen Berechtigung noch immer auch beim jetzigen Stand der weniger günstigen Entwicklungsprognosen erwarten können.

Ich komme nun zu der Schlußfolgerung. Es bleibt das Budget — nach den Abänderungsanträgen Broesigke und Lanc — mit seinem Abgang von insgesamt 9,8 Milliarden Schilling. Ein Abgang, der sich in der Größenordnung im Verhältnis zum Budgetrahmen, wenn auch geringfügig, so doch unter dem hält, was im vergangenen Jahr von der ÖVP-Regierung übernommen wurde und vom Finanzminister vollzogen werden mußte.

Die Frage, die sich nun ergibt, ist, ob bei diesem Abgang nicht doch — so wie wir sagen — von einem Stabilisierungsbudget gesprochen werden kann. Ich bin der Auffassung, daß dieser Abgang währungs- und wirtschaftspolitisch — ich möchte fast sagen, in Verein mit den Vollziehungsmöglichkeiten im Laufe des kommenden Jahres — jene Größenordnung darstellt, die uns im Rahmen der vorhersehbaren und wahrscheinlichen Wirtschaftsentwicklung einen optimalen Mitteleinsatz ermöglicht. Es ist jener Abgang, der sich aber — und das soll man hier doch ganz eindeutig feststellen — vor allem dadurch ergibt, daß über 9 Milliarden Schilling, also rund neun Zehntel dieses Abganges, einfach dafür aufgewendet werden müssen, um jene Schulden mit Zinsen, Tilgungs- und Nebenkosten zurückzuzahlen, die früher — ob zu Recht oder zu Unrecht, möchte ich in dem

Lanc

Zusammenhang gar nicht untersuchen — gemacht worden sind.

Das heißt: Ich halte diesen Budgetabgang nicht nur in seiner absoluten Größe, in seinem Verhältnis zum Budget für vertretbar, sondern ich halte ihn auch im Hinblick auf die Wirtschaftsentwicklung für richtig — soweit es überhaupt eine vorhersehbare Entwicklung gibt —, die die Fachleute für das nächste Jahr prognostizieren. Diese Entwicklung wird im Gegensatz zu der Argumentation mancher Sprecher der Österreichischen Volkspartei nicht mehr als so günstig eingeschätzt, wie das vielleicht noch mit Fug und Recht vor wenigen Wochen oder Monaten angenommen werden konnte.

Ich halte hier eine Nummer des „Deutschen Volkswirts“ vom 4. Dezember 1970 in Händen. Der Titel lautet: „Wann kommt die Rezession?“ Dort heißt es zu dieser Frage:

„Daß der fünfte Boom in der zwanzigjährigen Geschichte der Bundesrepublik ausläuft, ist keine Frage mehr. Die bange Frage ist vielmehr, ob die Bundesrepublik vor ihrer zweiten Rezession steht. Die Gründe für die Beunruhigung“ — ich glaube, jetzt kommt das Entscheidende, denn das andere ist die Meinung des Autors; sie kann richtig sein oder auch nicht —: „Namhafte Unternehmen meldeten Kurzarbeit. Darunter AEG-Telefunken für 7500, Bosch für 4000, Salamander für 2400 und die Continental Gummiwerke für 1400 Beschäftigte. Die Kinle Uhrenfabriken propagieren statt Kurzarbeit unbezahlten Werksurlaub über Weihnachten und Neujahr. Selbst traditionelle Wachstumsbranchen, wie die Chemie, werden von dem konjunkturbedingten Nachfragerückgang überrascht. Die stark exportabhängigen“ — und das ist auch wieder für uns in Österreich sehr wichtig — „Maschinenbauer klagen, früher und kräftiger als in der Industrie insgesamt hat die Abschwächung der Auftragsentwicklung im Maschinenbau eingesetzt. Ähnlich war die Auftragsentwicklung 1961, als der Investitionsboom der Jahre 1959 und 1960 auslief.“

Meine Damen und Herren! Ich überwerte das keineswegs. Bei einem so großen Land wie der Bundesrepublik Deutschland mag es ein Indikator — aber vorläufig nicht mehr — für eine vorsichtigere Einschätzung der Wirtschafts- und Konjunkturentwicklung und damit des Wirtschaftswachstums sein.

Es wird mir aber jedermann zugeben müssen, daß bei der engen handelspolitischen Verflechtung, aber auch bei der vielfachen Konkurrenzsituation auf Drittmärkten, wo sich österreichische mit deutschen Firmen in Konkurrenz befinden, es für uns gelinde gesagt

nicht uninteressant ist, welche Indikatoren deutsche Beobachter der Wirtschaftsentwicklung im Hinblick auf die Konjunktur und damit verbunden das Wirtschaftswachstum für wesentlich halten.

Ohne etwas unbesehen und sklavisch auf unsere Verhältnisse übertragen zu wollen, muß uns diese Betrachtung zumindest zum Nachdenken anregen und muß uns — meiner Auffassung nach — zumindest zu der Schlußfolgerung führen, daß wir keineswegs vorzeitig drosseln dürfen.

Mit Fug und Recht können wir sagen: Das Budget 1971 — soweit eben die Wirtschaftsentwicklung vom Budget her beeinflussbar ist — ist die relevante Größe und versucht alles zu vermeiden, um in einem Zeitpunkt zu drosseln, wo die Meinungen darüber schon sehr geteilt sind, ob es überhaupt noch einer Drosselung bedarf und ob nicht bereits gegenläufige, nämlich konjunkturfördernde Maßnahmen eintreten müßten. Ich glaube, hier ist im Hinblick auf diesen Stand der Dinge genau die richtige Mitte, wenn ich das so ausdrücken darf, gewählt worden.

Meine Damen und Herren! Das waren einige Betrachtungen zu konjunktur- und wachstumspolitischen Fragen, die in der letzten Zeit diskutiert worden sind. Ich glaube aber, für unsere Wirtschaftsentwicklung, in längerer Frist gesehen, und für die Entwicklung unserer Exportwirtschaft, die sich gerade in der letzten Zeit so gut entwickelt hat wie selten zuvor, ist es doch sehr wesentlich, wie sich diese Wirtschaft finanzieren kann, und für uns, im engeren Maßstab des Bundeshaushaltes gesehen, ist es mindestens ebenso wichtig, wie sich nicht nur der Bundeshaushalt, sondern auch die Haushalte der Länder und Gemeinden finanzieren können, wie die Finanzierungsvoraussetzungen auf dem in- und ausländischen Kapitalmarkt in diesen Fragen sind.

Hier bin ich mitten in einer Frage, die in der letzten Zeit in der Öffentlichkeit sehr eingehend und zum Teil heftig diskutiert worden ist, nämlich bei der Frage des Zinsniveaus, sowohl des Soll- als vor allem auch des Habenzinsniveaus und hier wieder ganz besonders des Eckzinssatzes.

Meine Damen und Herren! Man kann die Dinge von jeder Seite her betrachten. Betrachte ich sie von der Seite des Sparers her, dann muß ich sagen: Ich möchte die Zinsen so hoch wie möglich haben, eine so gute Verzinsung wie nur möglich für mein Sparkapital erzielen. Das ist eine legitime Forderung jedes Menschen, der spart.

Lanc

Je nach Fristigkeit und damit Abrufbarkeit des angesparten Kapitals — das ist ja nichts Neues — entwickeln sich auch die Habenzinssätze zum Teil innerhalb und heute schon zu einem sehr wesentlichen Teil außerhalb des Habenzinsabkommens. (*Abg. Mitterer: Nettopreisverordnungen!*) Sicherlich ist hier einmal eine Ordnung dieser Dinge, ein Neuüberdenken notwendig.

Aber ich glaube, es ist doch gefährlich — nicht für die jetzige Bundesregierung, nicht für die jetzigen politischen Mehrheitsverhältnisse, sondern für die gesamte österreichische Wirtschaft —, wenn im Rahmen dieser sicherlich an sich verständlichen Diskussion so getan wird, als müßte der Zinssatz für Einlagen jeweils in dem Ausmaß schwanken, wie die sogenannte Geldentwertungsrate sinkt oder wieder ansteigt. Das würde bei den Schwankungsbreiten, die sich beim Preisindex in einer längeren Periode — wenn wir das bis 1955 zurückverfolgen — ergeben und ergeben haben, doch zu einer derartigen Unsicherheit in der Bildung des Sollzinssatzes führen, daß man sich das sehr genau überlegen muß, bis man zu der Schlußfolgerung, zu der meiner Auffassung nach einige schon voreilig gelangt sind — ich möchte sie nicht ausschließen, solange das Thema nicht ordentlich durchdiskutiert ist —, kommen kann.

Aber wenn Sie beispielsweise im Jahre 1965 eine Indexentwicklung von 5 Prozent hinauf gehabt haben und im Jahre 1959 eine solche um 1,1 und wollen jetzt danach den Habenzinssatz oder meinetwegen nur den Eckzinssatz orientieren, dann muß man sich fragen: in welchem Größenverhältnis dazu, wann soll mitgeschwankt werden, mit welchem time lag und all das. (*Abg. Mitterer: Freigeben!*) Freigeben? Selbstverständlich, man kann das liberalisieren, dann ist also freie Konkurrenz. Aber dann müssen sich all die, die das vertreten, auch darüber im klaren sein, daß es dann auf anderen wettbewerbspolitischen Gebieten keine Beschränkungen mehr geben kann für die einen oder Bevorzugungen für die anderen.

Der Komplex — das wollte ich damit gesagt haben — ist also nicht so einfach zu lösen, wie es manche in der Öffentlichkeit getan haben, unabhängig von ihrer politischen Couleur, möchte ich dazu sagen (*Abg. Graf: Da gebe ich Ihnen recht!*), um der Wahrheit die Ehre zu geben, sondern hier hängen so viele Dinge zusammen, daß jeder, der diese Frage — von welchem Standpunkt auch immer — ernst diskutiert, die Öffentlichkeit darauf aufmerksam zu machen hat, daß mit der Lösung

des Problems X auch eine Lösung der Probleme Y und Z verbunden sein muß. Das wollte ich im Zusammenhang mit der Besprechung des Bundeshaushaltes und der wirtschaftspolitischen Debatte, die sich am Rande des Bundeshaushaltes in der Öffentlichkeit ergeben hat, gesagt haben.

Meine Damen und Herren! Um jetzt wieder zu dem engeren Gesichtswinkel des öffentlichen Schuldners — sei es Bund, Länder, Gemeinden oder öffentlich-rechtliche Körperschaften sonstiger Art —, um also wieder zu diesem Standpunkt und zu diesem Blickwinkel, den man von hier her haben muß, zurückzukehren: Wir haben lange Zeit — nicht nur bei der öffentlichen Wirtschaft und nicht nur bei öffentlichen Investitionen ist das aufgetreten, sondern die Klage kam mindestens mit derselben Intensität und, wie ich sagen möchte, auch mit derselben Berechtigung aus der privaten Wirtschaft — gehört, daß wir ein Land mit relativ hohem Sollzinnsniveau sind und daß sich das bei der Kalkulation, bei Investitionen äußerst unangenehm in der Konkurrenzsituation auf ausländischen Märkten, aber auch auf dem inländischen Markt — je weiter die Liberalisierung für Importe gegangen ist — bemerkbar gemacht hat.

Wir haben dann in den letzten zwei Jahren als Fernwirkung — über sieben Ecken — der amerikanischen Vietnam-Politik einen ungeahnten Anstieg der Zinssätze auf dem sogenannten ganz freien Kapitalmarkt, auf dem Eurodollarmarkt erleben und vielfach auch erleiden müssen. Es ist uns mit Ausnahme einiger Korrekturen, die sich in der Regel nicht über ein halbes Prozent hinaus bewegt haben, gleichzeitig und in dieser Periode internationaler Kapitalverteuerung und -verknappung gelungen, unser Sollzinnsniveau, insbesondere für langfristige Veranlagungen, also für Investitionen, egal in welcher Wirtschaftsstufe und in welchem Wirtschaftsbereich, annähernd zu halten. Wir sind damit von einem Hochzinsland in die Rolle, ich möchte nicht sagen, eines Niedrigzinslandes, aber doch eines Landes gekommen, dessen Wirtschaft — öffentliche und private Wirtschaft — heute nicht mehr aus dem Titel der Kosten der Kredite her wesentlich oder überhaupt benachteiligt ist gegenüber anderen Staaten. Selbstverständlich ist hierbei beispielsweise die Schweiz ausgenommen, die noch immer, aber nur mehr wenig, insbesondere bei langfristigen Veranlagungen nur mehr wenig darunter liegt. Wenn man die Nebenkosten bei den Schweizer Anleihen oder langfristigen Krediten dazuzählt, dann kommt das schon auf das gleiche heraus wie bei uns.

Lanc

Auch hier muß man sich jetzt überlegen, wenn man eine Popularitätsmaschine weiterstricken will, von dieser oder jener Institutsgruppe im österreichischen Kreditapparat oder von diesem oder jenem Einzelinstitut her gesehen — das möchte ich in aller Offenheit sagen —, was das höherliegende Interesse ist. Das ist beileibe keine parteipolitische Frage, das möchte ich noch einmal feststellen. Was ist das höherliegende Interesse für die langfristige Entwicklung unserer Wirtschaft? Ich glaube, auch hier kommt man dann zu etwas anderen Schlußfolgerungen, vor allem aber zu weniger voreiligen Schlußfolgerungen, als das in den letzten Wochen manchmal da und dort, erfreulicherweise nicht von der Mehrheit derer, die damit in Österreich zu tun haben und dafür verantwortlich sind, geschehen ist.

Meine Damen und Herren! Diese Frage wollte ich auch nicht unbesprochen lassen. Ich weiß, daß sie heikel ist. Ich weiß, daß sie keinen Popularitätsgewinn bringt. Populär wäre es, hier zu sagen: Zahlen wir höhere Zinsen jedermann, der sie haben will, wenn die Preise steigen.

Das wäre das Populärste; aber so einfach, glaube ich, dürfen wir es uns nicht machen. Ich meine, daß auch so heikle Probleme — zugegebenermaßen heikle Probleme — in einer Debatte über den Staatshaushalt und damit über die Wirtschaftsentwicklung unseres Landes mit aller Offenheit besprochen werden müssen und daß damit das Parlament auch einen Beitrag zu leisten hat, um den wirtschaftspolitischen Horizont jener Staatsbürger, die von Berufs wegen nicht so viel damit zu tun haben, zu erweitern, wie wir auch als Parlamentarier für Hinweise und Aufmerksammachen auf Probleme, die wir nicht so genau kennen, aus anderen Bevölkerungskreisen dankbar sind und sie auch immer wieder, soweit es sich realisieren läßt, aufzugreifen versuchen.

Meine Damen und Herren! Letztlich aber noch eine Frage, die mit der Finanzierung der öffentlichen Hand im allgemeinen und der des Bundes im besonderen in Zusammenhang steht, die aber mehr eine finanzierungstechnische, ja, ich möchte fast sagen, eine investitionsorganisatorische Frage darstellt: das ist die Lösung des Problems, ungeheuer große öffentliche Bauvorhaben — ich meine jetzt nicht das Einzelprojekt, sondern eine bestimmte große Kategorie von öffentlichen Bauvorhaben — optimal zu finanzieren und gleichzeitig das Planungs- und Baugeschehen optimal zu organisieren.

Ich glaube, meine Damen und Herren, nicht nur wir in Österreich — das können wir uns

zugute halten —, sondern auch andere Staaten, und zwar sehr hoch entwickelte Staaten, kämpfen mit diesem Problem. Aber ich glaube, hier müssen wir zumindest einmal eine ernsthafte Diskussion über eine bessere Organisation und damit bessere Lösungsmöglichkeiten dieser Probleme beginnen. Das ist unser aller Verpflichtung, egal, ob wir jetzt auf der Regierungsseite dieses Hauses sitzen oder auf den Oppositionsbänken. Wie rasch hier die Rollen wechseln können, haben wir ja alle gelernt.

Meine Damen und Herren! Was meine ich konkret damit, und welchen konkreten Beitrag möchte ich dazu liefern? Ich greife hier ein Beispiel heraus, um diese Dinge auch für jene, die damit wenig zu tun haben, plastischer zu machen. Ich hoffe, daß mir das bei dieser Materie gelingt.

Wir alle wissen, daß wir einen ungeheuren Nachholbedarf an Bildung, Bildungsmöglichkeiten, Bildungseinrichtungen und damit auch — nicht nur, aber auch, und nicht zuletzt — an modernen, zweckentsprechenden Schulgebäuden haben, wobei es hier auch nicht immer nur um die Quantität, sondern heute vielfach um die Qualität dieser Gebäude geht, um ihre Ausstattung, die überhaupt einen modernen Unterricht von der Methode und vom Inhalt her ermöglicht.

Das Schulbauproblem ist aber nicht etwas, was den Bund oder die Gemeinden oder die Länder allein betrifft, sondern nach unserer verfassungsmäßigen Aufteilung der Baukompetenzen oder, wenn Sie wollen, der Zahlkompetenzen sind alle Stufen von Gebietskörperschaften mit diesem Problem beschäftigt.

Aber wir leisten uns ganz unterschiedliche Schulbauordnungen. Das bedeutet: Wenn wir uns unterschiedliche Schulbauordnungen leisten, dann leisten wir uns auch in der heutigen Zeit des hochorganisierten Bauens den Luxus, daß wir keiner Firma sagen können: Ihr könnt jetzt, wenn ihr tüchtig seid, soundso viele Aufträge bekommen, entwickelt einen Prototyp mit großen Variationsmöglichkeiten, der in ganz Österreich gebaut werden kann! — Das ist auf Grund dieser Bauordnungshemmnisse nach meinen Informationen — und ich hoffe, daß sie stimmen — nicht drinnen. Also muß hier einmal auf rein organisatorischem Gebiet etwas geschehen.

Es müßte aber meiner Auffassung nach noch ein anderer Gedanke hier aufgegriffen und miteingebaut werden. Wir sind schon mitten drinnen, aber ich glaube, in einer insuffizienten Form: nämlich der Gedanke, die Leasingfinanzierung für diese Zwecke einzusetzen.

Lanc

Gerade bei der öffentlichen Hand, zum Unterschied vom privaten Leasing, lassen sich Konstruktionen finden, die — und das ist bereits überprüft — durchaus nicht jene steuerlichen und damit in der Folge kostenmäßigen Nachteile haben, wie das beim kommerziellen Leasing vielfach der Fall ist.

Wenn sich also beispielsweise auf dem Schulbausektor alle Schulbauträger zusammenfinden könnten, um hier auf der Basis einer gemeinsamen Leasing-Gesellschaft mit gleichzeitiger Anpassung der organisatorischen und rechtlichen Voraussetzungen, die jetzt noch different sind, etwas auf die Beine zu stellen, dann könnten wir nicht nur rascher und leichter den Schulbau in Österreich auf allen Ebenen — von der Pflichtschule bis zur Hochschule — finanzieren, sondern wir könnten ihn auch optimaler organisieren, und die geringen Verwaltungskosten, die eine solche von Bund, Ländern und Gemeinden gebildete Leasing-Gesellschaft verursachen würde, müßten meiner festen Überzeugung nach durch eine vielfache Ersparnis bei den Baukosten infolge von Typisierung und Vorfertigungsmöglichkeiten nicht nur hereingebracht, sondern um ein Vielfaches übertroffen werden können.

Selbstverständlich gehören dazu auch Leute, die das ordentlich anpacken, die das ordentlich machen, die das richtig organisieren. Nichts existiert in der Wirtschaft allein vom Papier und von der Konstruktion auf dem Papier. Aber ich glaube, es müßte doch auf allen drei Ebenen der Gebietskörperschaften in Österreich möglich sein, diese wenigen Leute mit den entsprechenden Fach- und Sachkenntnissen ausfindig zu machen, um so etwas auf die Beine zu stellen. Ich glaube, daß hier ein echter Rationalisierungs- und daneben noch ein günstiger Finanzierungseffekt erzielt werden könnte.

Ich wollte diesen Gedankengang einmal zur öffentlichen Diskussion stellen, nicht weil ich glaube, damit unbedingt das Ei des Kolumbus auf dem Sektor der öffentlichen Investitionsfinanzierung gefunden zu haben, sondern einfach deshalb, um dieser Diskussion Impulse zu geben, und in der Hoffnung, auf Grund des Wiederhalls neue Erfahrungen, vielleicht neue Erkenntnisse sammeln zu können.

Meine Damen und Herren! Ich gebe zu, daß diese Überlegungen für eine Budgetdebatte zum Kapitel Finanzen in diesem Hohen Hause so knapp vor Unterbrechung der Sitzung wegen einer anschließenden Festivität mehr als unorthodox sind. Aber ich glaube, meine Damen und Herren: Wenn wir in Österreich uns dazu finden, aus den ein-

gefahrenen Gleisen herauszukommen und gelegentlich auch etwas zu tun, was bisher nicht getan worden ist, dann wird uns das auf gar keinen Fall und schon gar nicht unserer Republik schaden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Bauer das Wort.

Abgeordneter Dr. **Bauer** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich greife die Ausführungen meines Vorredners, des Kollegen Lanc, auf, der hier gemeint hat, vor einer kleinen Festivität einige unorthodoxe Bemerkungen gemacht zu haben. Ich möchte auch einige unorthodoxe Bemerkungen machen und an eine Überlegung anknüpfen, die Kollege Lanc hier über den Schulbau in den Raum gestellt hat. Eine sehr interessante Überlegung!

Ich habe mit großem Interesse dem zweiten Teil der Ausführungen meines Vorredners zugehört, über den ersten wird anschließend noch eine kurze Bemerkung folgen. Ich möchte sagen, daß die schönsten Schulbauten nichts nützen, wenn drinnen nicht Menschen erzogen werden, die das, was hier von einem jungen Abgeordneten — Kollege Lanc zählt ja nicht zu den Methusalems unseres Hauses — gesagt wurde, auch verstehen können. Ich bin daher der Auffassung, man müßte die Themen wie die hier erörterten schon innerhalb der allgemeinbildenden höheren Schulen in den letzten Jahren als Lehrstoff vermitteln, und zwar in einem größeren Ausmaß, als das bis jetzt geschehen ist. Da greife ich niemanden an, denn das hat sich aus der Entwicklung unseres Schulwesens ergeben.

Man stellt ja manchmal — Kollege Lanc und ich sind ja in verwandten Berufen tätig — mit Erstaunen fest — und dieses Erstaunen wird sicherlich auch von einem Hochschulprofessor geteilt —, daß Leute, die an die Universität kommen, den Unterschied zwischen Geld und Kapital nicht kennen. Dinge wie die hier erörterten bedürfen also, das meine ich, einer gründlichen Prüfung. Ich glaube, daß dafür das Forum hier viel zu groß ist. Über derartige Anregungen wird sicherlich in den zuständigen Ausschüssen zu diskutieren sein, in den Ausschüssen des Parlaments, wo ja die Hauptarbeit liegt und auch geleistet wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Jetzt aber noch eine kurze Bemerkung zu der einleitenden Feststellung des Kollegen Lanc, der gemeint hat, die Österreichische Volkspartei biete sozusagen das Bild einer konfusen Opposition. Ich weise diese Meinung vor allem deshalb zurück, weil sie im Ton, lieber Kollege Lanc, eine gewisse Überheblichkeit erkennen ließ, die uns hier nicht paßt. *(Beifall bei der*

Dr. Bauer

OVP. — Ruf bei der OVP: Das macht er immer!)

Meine Damen und Herren! Wenn hier das Niveau der Debatte angezogen wurde, so bin ich nachher gerne bereit, einige kleine Notizen, die ich mir gemacht habe, dem Kollegen Lanc in einem Privatissimum zur Verfügung zu stellen. Ich halte nichts davon, hier uns als konfus abzustempeln. Ich möchte Ihnen nur in aller Offenheit sagen, meine Damen und Herren: Bei uns geht es wie bei jeder demokratischen Partei transparent zu, das ist ja ein Lieblingswort des Herrn Bundeskanzlers. Nachdem die Zensur abgeschafft ist, nehme ich, Kollege Lanc, für mich das Recht in Anspruch, diese Meinung, die Sie über unsere Partei hatten, die Sie interessanterweise — das ist mir nicht entgangen — als einzige Oppositionspartei in diesem Haus bezeichneten, zurückzuweisen.

Ich möchte hier aber nun noch auf eine Bemerkung eingehen, die im Zusammenhang mit der Verwaltungsreform, mit der ich mich jetzt beschäftigen möchte, und mit dem Dienstpostenplan in der Debatte über das Verkehrsressort — ich glaube, vom Kollegen Ulbrich — gemacht wurde. Kollege Ulbrich erklärte, die Volkspartei hätte das Märchen von der Verwaltungsreform in die Welt gesetzt; eine solche Verwaltungsreform hätte es unter der Regierung Klaus nie gegeben.

Ich darf mich hier, meine sehr verehrten Damen und Herren, auf einen völlig unverdächtigen Zeugen berufen und möchte Ihnen jetzt aus einem Buch etwas zitieren; es ist nicht sehr lang. Ich hoffe, der Herr Präsident wird mir das gestatten. Ich zitiere aus dem sehr interessanten Buch von Vodopivec „Der verspielte Ballhausplatz“, einer Publikation, die erst unlängst herausgekommen ist. Auf Seite 190 heißt es in bezug auf die Rationalisierung der Verwaltung wörtlich:

„Im Bereich der Rationalisierung der Verwaltung und des öffentlichen Dienstes wird das Kabinett Kreisky froh sein müssen, wenn es ihm gelingt, eines“ — ich zitiere wörtlich, meine Damen und Herren — „der größten Wunder der Regierung Klaus fortzusetzen — den gelungenen Versuch, die Gesamtzahl der öffentlich Bediensteten bei steigenden personellen Mehranforderungen auf verschiedenen Einzelsektoren, etwa im Unterrichtsressort oder bei der Post, zu vermindern.“ — Hier heißt es „im Unterrichtsressort oder bei der Post“.

Sie haben zu einer Zeit, in der ich noch nicht dem Hause angehört habe, das Strafvollzugsgesetz, eines der modernsten Gesetze, be-

schlossen. Hier werden zweifelsohne gewisse Personalvermehrungen etwa auf dem Gebiete der Justizwache notwendig sein. Aber diese Personalvermehrungen müßten sich ja unserer Meinung nach bei einer Reduktion gewisser Personalstände in der Verwaltung durchaus machen lassen.

Ich habe also hier die Bemerkung des Kollegen Ulbrich durch einen fraglos unabhängigen Zeugen zurückweisen und entkräften können. Ich bin darüber froh, weil man derartige Dinge nicht im Raume stehenlassen soll.

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, erlauben Sie mir einige Bemerkungen zur Beamtenvermehrung, wobei ich Ihnen hier sage, daß ich weder schwarze noch rote Beamte, sondern nur österreichische Beamte kenne. (Beifall bei der OVP.) Ich bin froh darüber, wenn sich jeder Beamte zu seiner politischen Partei bekennt. Ich halte es nur nicht für sehr glücklich, wenn man hier im Haus den einen als schwarz, den andern als rot abstempelt.

Im Parkinsonschen Gesetz der Schreibtischvermehrung wird die sozialistische Minderheitsregierung zweifelsohne einen neuen Rekord erreichen. Die Ausgaben, die in diesem Budget direkt und indirekt als Verwaltungsausgaben aufscheinen, stellen alles in den Schatten, was vor Ihnen, meine Damen und Herren, dagewesen ist.

So also, mit einer Steigerung der Belastungen für den Staatsbürger auf allen Linien, so sieht — und das haben wir jetzt in diesem Budgetentwurf schwarz auf weiß oder besser rot auf blau gesehen — die sozialistische Alternative aus. Aber im Parlament werden wir dazu nicht schweigen und dafür sorgen, daß das immer wieder in die Welt hinausposaunt wird.

Die Kritik, die Sie, meine Damen und Herren von der Linken, an der Arbeit der letzten Regierung geübt haben, die versprochenen Alternativen, das Bessermachen, all das wird nun manchem in einem andern Licht erscheinen. Denn die Zeit der Versprechungen, der Beteuerungen, der Vernebelungen und der Programmankündigungen ist vorbei, jetzt stehen Tatsachen vor uns, unverrückbare Zahlen. Die ernüchternde Stunde der Budgetwahrheit ist gekommen.

In diesem Licht sieht alles ein wenig anders aus. Jetzt, wo Sie gezeigt haben, wie Sie es machen wollen, kann ich Ihnen sagen: Wir scheuen nicht den Vergleich mit den Leistungen der letzten Regierung, die auf Grund einer politischen Entwicklung, die wir heute alle zu spüren bekommen, die Verantwortung ab-

Dr. Bauer

geben mußte, die manches unvollendet lassen mußte, was sie begonnen hatte, deren, wie Sie damals meinten, bescheidene Leistungen heute in einem ganz anderen Licht dastehen.

Wir scheuen auch nicht den Vergleich der Leistungen der Regierung Klaus mit dem, was Sie heute dem österreichischen Volk auf allen Linien zumuten und wofür heute und morgen der österreichische Steuerzahler, der österreichische Konsument, die österreichische Volkswirtschaft aufzukommen hat, wofür wir alle die Quittung der sozialistischen Minderheitsregierung in unserer Geldbörse vorfinden. Aber nicht nur der österreichische Steuerzahler schlechthin, letztlich auch der österreichische Beamte.

Nur durch die Einsparungserfolge der letzten Regierung war es möglich, die Beamten besser zu bezahlen, ein Gehaltsabkommen zu schließen, das bessere Besoldung brachte; ein Abkommen, das mit 1971 — wie uns bekannt ist — ausläuft. Darf ich Sie, Herr Bundesminister, fragen, womit Sie — wenn Sie dann noch im Amt sein sollten — die Beamtenforderungen, die nach Ablauf dieses Abkommens an Sie gestellt werden, bezahlen wollen, nachdem Sie in Ihrer Regierung den von der Volkspartei-Regierung eingeleiteten Trend nach einer Verminderung der Beamtenzahl nun wieder umgekehrt haben in eine neuerliche Steigerung der Beamtenzahl nach schönster Parkinsonscher Tradition?

Ich verweise darauf, daß gerade in dieser Frage die österreichische Öffentlichkeit die Entwicklung besonders besorgt registriert.

Eine österreichische Wochenschrift hat vor kurzem sehr deutlich und umfassend zu dieser beunruhigenden Entwicklung Stellung genommen und in einem Artikel unter dem Titel „3130 neue Dienstposten, Der Meister Parkinson“ auch den Versuch unternommen (*Zwischenruf des Abg. Robak*) — Herr Kollege, kommt gleich, ein wenig Geduld —, das darzustellen, was Sie in Ihrer trefflichen Dialektik zu dieser unglücklichen Entwicklung sagen werden beziehungsweise schon gesagt haben. Unter der Überschrift „Kreiskys billige Ausreden“ schreibt dieses Wochenblatt:

„Die große Oppositionspartei hat denn auch angesichts dieser exorbitanten Personalsteigerung begonnen, scharf zu schießen. Kreisky verantwortete sich mit dem Hinweis auf die Arbeitszeitverkürzung, das Erfordernis der verstärkten Lehrereinstellung und die Durchführung der Volkszählung von 1971. Das ist, schlicht gesagt, reine Augenauswischerei. Denn 300 zusätzliche Posten werden für die Volkszählung benötigt. Gut. Was die Arbeitszeit-

verkürzung anlangt, so betrug die wöchentliche Arbeitszeit in den zentralen Dienststellen weniger als 45 Stunden, und gänzlich verfehlt ist das Argument mit der steigenden Lehrerzahl. Schließlich wurden unter der Regierung Klaus weit mehr Lehrer eingestellt, ohne daß die Gesamtzahl der Bundesbediensteten in die Höhe gegangen wäre.“

Die zahlenmäßigen Angaben zur Frage Lehrer darf ich als bekannt voraussetzen. Was hier bedenklich ist, ist folgendes: Sie haben heuer mehr Lehrerdienstposten in den Dienstpostenplan eingesetzt, als Sie tatsächlich Lehrer auf Grund des Ausstoßes bekommen können. Warum haben Sie aber dann mehr Lehrerdienstposten geschaffen, als Sie für Lehrer wirklich verwenden können?

Ich glaube es Ihnen wenigstens zum Teil beantworten zu können: Weil Sie offenbar einige dieser Dienstposten als Verwaltungsposten für das neue Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung verwenden wollen! Für jenes Ministerium also, welches angeblich keinen Mehrbedarf an Verwaltung bringen sollte, in jenem Ministerium, bei dem sich die Freiheitliche Partei ausbedungen hatte, nur dafür zu stimmen, wenn es zu keiner Verwaltungsaufblähung kommt. In jenem Ministerium, in dem bereits drei neue Dienstwagen gefahren werden, wo schon jetzt rund 50 Verwaltungsbeamte Dienst machen, freilich verschleiert durch Jonglierung von Dienstposten aus anderen Ressorts, durch Sonderverträge und Stundenentgelte von Arbeitskräften, die im Dienstpostenplan gar nicht aufscheinen, und auch bereits unter Verwendung von Dienstposten, die eigentlich für Lehrer gedacht waren. Dazu also brauchen Sie mehr Lehrerdienstposten, damit wollen Sie die neuerliche Verwaltungsaufblähung vernebeln.

Was die Arbeitszeitverkürzung anlangt, so frage ich: Was sollen da die vielen österreichischen Betriebe machen? Haben die denn keine Arbeitszeitverkürzung zu verkraften und können die ohneweiters in die Personalvermehrung ausweichen, wenn qualifizierte Arbeitskräfte in den verschiedensten Branchen einfach nicht zu finden sind?

Die Arbeitszeitverkürzung kann in der österreichischen Volkswirtschaft sicher nicht dadurch erreicht werden, daß man einfach neue Dienstposten schafft. Und unter dieser Voraussetzung wurde die Arbeitszeitverkürzung nie und nimmer beschlossen. Ich verweise hier auf die diesbezüglichen Verhandlungen. Politische Aussagen und volkswirtschaftliche Untersuchungen bestätigen dies eindeutig.

Die freie Wirtschaft Österreichs, das heißt die Steuerzahlenden, die den Staat und die

Dr. Bauer

Staatsfinanzen Tragenden müssen durch Rationalisierung die Arbeitszeitverkürzung auffangen. Jetzt vielleicht noch mehr, da ja Sie darangehen, die letzten Arbeitsreserven auf dem ohnehin angespannten Arbeitsmarkt auch noch für die Staatsverwaltung zu reklamieren. Sie gehen hier wahrlich nicht mit gutem Beispiel voran, wie man das von einer verantwortungsbewußten Regierung verlangen könnte.

Ich habe mich bei Wirtschaftsbetrieben unseres Landes umgesehen und auf meine Frage fast immer die Antwort bekommen: Wir können die Arbeitszeitverkürzung nicht durch Vermehrung des Personals auffangen, ganz einfach deshalb nicht, weil es dieses Personal im erforderlichen Ausmaß nicht gibt. Und so einfach wie der Vater Staat haben wir es nicht, daß wir mit einem Federstrich in der Wirtschaft einfach die Zahl der Arbeitskräfte hinaufsetzen und die Rechnung dafür noch jemand anderem präsentieren.

Der Herr Bundeskanzler als oberster Dienstherr der Verwaltung hat auf diesem Gebiet jedenfalls — das kann man ganz kritisch feststellen — nicht wie ein verantwortungsvoller Betriebsinhaber gehandelt.

Sagen Sie nun nicht, diese Aufgabe wäre Ihnen zu schwer gewesen. Auch die letzte Regierung hat es in dieser Hinsicht nicht leicht gehabt, wie ich schon aufgezeigt habe, und Sie haben für Ihre Amtsvorgänger nur höhnische Worte gehabt und versprochen, es besser zu machen. Ich will hier nichts wiederholen. Kollege Halder hat Ihnen zu Eingang seiner Darstellung vor einigen Tagen schon gesagt, wo und wie Sie zu einer Rationalisierung kommen könnten. Sie hätten übrigens, auf den begonnenen Arbeiten und Ergebnissen Ihrer Amtsvorgänger aufbauend, ihre Tätigkeit fortsetzen können. Ich stelle fest, Sie waren offenbar nicht willens, diesen Weg zu gehen, oder dazu nicht imstande.

Ich muß Sie da auf noch etwas aufmerksam machen, auf ein Gebiet, bei dem Sie auch nicht durch besondere Sparsamkeit auffallen und glänzen. Ich meine das Gebiet der Dienstkraftwagen. Hier haben wir eine recht beträchtliche Erhöhung von 13.581 Einheiten im Vorjahr auf 14.076 im nun vorliegenden Budgetentwurf.

Ich nehme an, daß es sich dabei zum großen Teil um betriebliche Fahrzeuge handelt, durch deren Einsatz Personal eingespart werden soll. Aus einigen Gründen habe ich aber Zweifel daran, ob dies auch tatsächlich in einem die Steigerung rechtfertigenden Ausmaß von Ihnen bewältigt wird.

Schauen wir uns einen bestimmten Bereich an: die Dienstfahrzeuge der Ministerien. Hier gab es immer wieder berechtigte Klagen von seiten der Bevölkerung und auch der Presse, es gab aber auch Feststellungen des Rechnungshofes, die uns daran zweifeln lassen, ob alle diese Fahrzeuge ökonomisch eingesetzt werden und auch immer notwendig sind.

Das allein ist schon Grund genug, sich diesen Teil des Budgets etwas genauer anzusehen. Da fällt schon eine — relative — Kleinigkeit auf. Ich meine die Anschaffung eines Kraftwagens der Kategorie III, welcher 178.000 S kostete, was doch einigermaßen für einen Kraftwagen teuer ist, besonders wenn man die Möglichkeit des Behördenrabatts erwägt. (*Abg. Ing. Häuser: Was haben die im Sozialministerium gekostet?*) Hier wurden die von der Regierung Klaus festgelegten Richtlinien, Herr Vizekanzler, die für diese Wagen eine Obergrenze von 130.000 S festsetzten — damit bekommt man schon ein ganz schönes Auto —, nicht unwesentlich überschritten. (*Zwischenruf des Abg. Ing. Häuser.*) Ob man da nicht doch angesichts so vieler unerfüllter Wünsche der Bevölkerung hätte ein wenig sparen können? Das ist nur eine Einzelercheinung, aber sie ist doch irgendwo symptomatisch.

Was aber bedenklicher, zumindest mich bedenklicher stimmt, ist, daß der Herr Bundeskanzler erklärte, die Beamten würden in Zukunft mehr mit dem Taxi als mit den Dienstkraftwagen fahren, ich aber auf Grund dieser angekündigten Ersparungsmaßnahme kein einziges eingespartes Fahrzeug im Systemisierungsplan vorfinde. Herr Vizekanzler, Sie zeigen auf; ich nehme zur Kenntnis: eines. — Ich danke vielmals. Wir hatten im Vorjahr in den Ministerien 140 Dienstaautos, heuer haben wir immerhin schon 144.

Es ist nicht uninteressant, auch hier die sozialistische Alternative mit der Regierung der Volkspartei zu vergleichen. Der Regierung Klaus ist es gelungen, einen ersten Schritt zu Ersparungen bei den Ministerienautos zu machen. 1968 wurden neue, strenge Richtlinien eingeführt. (*Abg. Ströer: Eingeführt, aber nicht eingehalten!*) Doch. — Es wurden aber nicht nur diese Richtlinien erstellt, sondern auch die Kennzeichnung der Dienstwagen eingeführt, eine Obergrenze für die Neukäufe festgelegt und zu billigeren Typen übergegangen. Dadurch gelang es — ein bescheidener Erfolg, aber immerhin ein greifbares Ergebnis —, die Dienstwagen der Ministerien um 15 Prozent zu reduzieren, und das in der von Ihnen so sehr verteufelten Ära Klaus, von der Sie angeblich ein so schlechtes Erbe übernommen haben.

Dr. Bauer

Ich beschränke mich darauf, festzustellen, daß Sie keine wie immer gearteten Einsparungsmaßnahmen auf diesem Gebiet hier im Hause vorzulegen imstande sind. *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Die Ministeriendienstautos, Herr Minister! *(Abg. Weikhart: Herr Doktor, Sie wollen einsparen und mehr ausgeben; beides wollen Sie!)* Ich beschränke mich also darauf, festzustellen, daß Sie das hier im Hause nicht vorzulegen imstande waren.

Wenn ich alles zusammenfasse, so drängt sich mir der Eindruck auf, daß Sie in Ihrer groß angekündigten Alternative jedenfalls auf den beiden Gebieten, über die ich heute hier zu referieren Gelegenheit hatte, schlicht und einfach versagt haben. Und die Zeche für diese Politik des Versagens werden, so glaube ich, wir alle zu bezahlen haben. *(Neuerliche lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)* Der moralische Schaden wird dabei noch größer sein als der unmittelbar finanzielle. Denn nachdem wir jahrzehntelang gehört haben, daß in Österreich Verwaltungseinsparungen nicht möglich sind, hat die Regierung Klaus doch dieses, wie es Vodopivec nennt, Wunder zustande gebracht oder, wie es die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ ausdrückte, immerhin mehr erreicht, als die Skeptiker zu hoffen wagten. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Ing. Häuser: Indem man Reinigungsfirmen statt Bedienerinnen verwendet hat! — Gegenrufe bei der ÖVP.)*

Diesen Optimismus können wir nun, ich sage das schlicht und einfach, in den Rauchfang schreiben. Diese Hoffnung haben Sie, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei Österreichs, mit dieser sozialistischen Minderheitsregierung erledigt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Breiteneder das Wort. *(Abg. Libal: Breiteneder, der Rückzugsmann!)*

Abgeordneter **Breiteneder** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine verehrten Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Lanc hat die Österreichische Volkspartei als konfuse Opposition bezeichnet. Nun, wenn ich auf die linke Seite dieses Hauses schaue, dann muß ich sagen: Meine Herren, so recht auf Vordergrund sind Sie auch nicht mehr! Ich glaube, der Herr Abgeordnete Lanc kann froh sein, wenn er durch diesen Ausspruch die Kräfte der Österreichischen Volkspartei nicht zu sehr mobil macht, denn ich bin davon überzeugt, daß Sie sehr froh sein werden, wenn wir morgen oder übermorgen mit den Sitzungen fertig sind.

Meine verehrten Damen und Herren, noch eine Bemerkung: Wenn ich den Herrn Abgeordneten Lanc betrachte, dann muß ich sagen, daß der Abgeordnete Lanc von heute mit dem Abgeordneten Lanc vom Vorjahr auch nicht mehr konform ist. Schnell vollzog sich ein Wandel, und er sieht heute das Budget ganz anders als im vorigen Jahr.

Ich habe aber nicht die Absicht, dieses Kapitel allzu lange zu erörtern, sondern ich habe mir vorgenommen, über den Finanzausgleich zu sprechen. Es ist heute noch wenig davon geredet worden, und doch war dies in den vergangenen Jahren ein Kapitel, das immer irgendwie in den Vordergrund gestellt worden ist. Es ist interessant, wenn man die stenographischen Protokolle aus den Jahren 1922 und 1930 durchliest, zu sehen, welche Bedeutung auch damals der Finanzausgleich für Bund, Länder und Gemeinden gehabt hat.

Ich kann es mir nicht versagen und muß Sie daher um Verständnis bitten, wenn ich als bescheidener Kommunalpolitiker hier doch meine Gedanken zum Finanzausgleich entwickle, meine Gedanken zu dem, was wir eigentlich erwarten und was uns der Finanzausgleich tatsächlich bringt. Ich bin überzeugt davon, Herr Finanzminister, daß die Novellierung des Steuergesetzes auch hier einen Einnahmefall für die Gebietskörperschaften in irgendeiner Form bringen wird und daß besonders wieder — wie schon manchmal — in erster Linie die Gemeinden zum Handkuß kommen werden.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß heute gerade den Gemeinden und besonders den kleinen Gemeinden, in denen ein sehr beachtlicher Teil der österreichischen Bevölkerung lebt, eine besondere Bedeutung zukommt. Ich bin mir der Schwierigkeit dieses Problems bewußt. Diese Schwierigkeit zeigt ja auch die Diskussion, die man in den stenographischen Protokollen aus den Jahren 1922 und 1930 feststellen konnte. Es geht auch bei diesem Finanzausgleich, der jetzt in Geltung ist, nicht so sehr um zuwenig Geld, sondern vielmehr darum, ob die Mittel, die nun zur Verteilung gelangen, und der Verteilungsschlüssel einigermaßen gerecht sind. Sie werden mir den Ausspruch gestatten, daß ich ihn für ungerecht halte.

Man kann darüber streiten, und die Auffassung ist sicherlich unterschiedlich. Richtig ist, daß die Aufgabenbereiche der Gemeinden und die Belastungen der Gemeinden ebenfalls sehr unterschiedlich sind. Man hat vor 20 Jahren noch nicht angenommen, daß auch in den kleinen Gemeinden jetzt in unserer Zeit so gewaltige Bedürfnisse in kultureller Hinsicht,

Breiteneder

bei Wohnungsbauten, Straßenbauten und Kanalisation bestehen werden, sodaß daher, Herr Finanzminister, dieser Aufteilungsschlüssel von sehr vielen Kommunalpolitikern als nicht mehr gerechtfertigt angesehen wird. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Spielbüchler: Vorher war das nicht so? Davon redet er nichts! — Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Meine verehrten Damen und Herren! Es ist ja bekannt, daß zumindest bei der Aufteilung gewisser Steuern der gestaffelte Bevölkerungsschlüssel eine besondere Rolle spielt. Ich nehme an, daß die meisten Abgeordneten diesen abgestuften Bevölkerungsschlüssel kennen. So wird zum Beispiel bei der Errechnung von Abgabenertragsanteilen bei Gemeinden bis zu 1000 Einwohnern der Faktor $1\frac{1}{6}$ als Berechnungsgrundlage herangezogen, bei Gemeinden von 1000 bis 10.000 $1\frac{1}{3}$, bei Gemeinden von 10.000 bis 20.000 Einwohnern $1\frac{2}{3}$, bei Städten von 20.000 bis 50.000 Einwohnern und Städten mit eigenem Statut der Faktor 2 und bei Städten über 50.000 Einwohnern und der Stadtgemeinde Wien der Faktor $2\frac{1}{3}$. Das heißt also, daß Großstädte mit über 50.000 Einwohnern das Doppelte im Verhältnis zu Gemeinden mit 1000 und etwas mehr Einwohnern bekommen. Da muß man schon sagen, daß dieser Aufteilungsschlüssel heute nicht mehr den Gegebenheiten entspricht.

Ich darf das Hohe Haus daran erinnern, daß im Zuge der Entwicklung unser Land sehr klein geworden ist. Die Bürger der Großstädte kommen aufs Land hinaus und üben oft berechtigte Kritik daran, daß manches nicht in Ordnung ist, daß zuwenig auf dem Wohnbausektor getan wird, daß die Gemeinden zuwenig in der Lage sind, den Fremdenverkehr zu fördern, daß sie zuwenig in der Lage sind, die Ortsgestaltung zu pflegen, und daß sie zuwenig in der Lage sind, die Wege und die Gemeindestraßen auszubauen. Und hierin ist eine wesentliche Ursache zu suchen.

Ich bin daher der Auffassung, daß es im Interesse des Gesetzgebers gelegen sein muß, hier einen Modus zu finden, der zumindest den Gemeinden die Möglichkeit gibt, ihre Bürger genauso zu behandeln, wie es die Stadtgemeinden und wie es die reichen Gemeinden tun. Diese Entwicklung ist sicherlich eingeleitet worden durch die Entstehung von Ballungszentren, durch die sehr gute Entwicklung der Industrie. Aber wir sind gleichzeitig auch verpflichtet, hier echt aufzuteilen, denn es ist nicht von der Hand zu weisen, daß gerade diese Gemeinden unter Umständen manche Einrichtungen, die heute selbstverständlich sind, viel teurer errichten müssen, als das in den Großstädten der Fall ist.

In meinem eigenen Wahlkreis gibt es Gemeinden, die eine Budgetkopfquote von 1000 S haben, gibt es andere Gemeinden, die eine solche von 2000, 3000 und 4000 S haben, und gibt es auch Gemeinden, die eine solche von 5000, 6000 S und darüber haben. Da ist etwas nicht in Ordnung.

Ich sehe ein, daß es keine Gemeinde in Österreich gibt, die zuviel Abgabenertragsanteile bekommt. Es gibt auch keine Gemeinde, die nicht weiß, wie sie diese Abgabenertragsanteile nützlich verwenden soll. Ich freue mich, wenn es Gemeinden gibt, die in der Lage sind, Kinder auf Erholungsaktionen zu schicken und ältere erholungsbedürftige Menschen zu unterstützen. Aber mit gleichem Recht, meine verehrten Damen und Herren, muß man hier vorbringen, daß es auch den kleinen Landgemeinden möglich gemacht werden muß, helfend zu wirken. *(Abg. Pay: Zusammenlegungen sind nötig! — Abg. Robak: Herr Abgeordneter! Wer hat denn den Finanzausgleich beschlossen? Die ÖVP!)* Herr Abgeordneter! Sie wissen genau, daß der Finanzausgleich als gebundenes Gesetz ins Haus kommt, daß dann bereits eine Einigkeit darüber besteht. Ich möchte niemandem etwas wegnehmen. Es gibt hier auch Schwierigkeiten im Städtebund, weil Gemeinden nicht bereit sind, zugunsten der armen Gemeinden etwas abzugeben. Das kann man verstehen.

Ich habe damit begonnen, daß es auch schon früher Schwierigkeiten gab, hier eine gerechte Linie zu finden. Schauen Sie sich einmal die stenographischen Protokolle aus dem Jahre 1922 und besonders aus dem Jahre 1930 an. Damals war Ender Bundeskanzler von Österreich. Interessanterweise haben damals auch sehr viele Wiener Abgeordnete in ihren Äußerungen eine Solidaritätskundgebung ausgedrückt. Zu dieser Zeit — und ich gebe ohne weiteres zu, daß die Aufgaben einer Bundeshauptstadt sehr groß sind; ich sage ja nicht, daß sie zuviel hat, sondern ich sage, daß die Gemeinden zuwenig haben — haben die Wiener Abgeordneten einem gerechten Finanzausgleich das Wort gesprochen.

Und sehen Sie, darauf wollte ich hinaus. Es ist unverantwortlich von uns allen, wenn wir nicht trachten, von dieser Stelle aus dafür zu sorgen, daß es den Gebietskörperschaften ermöglicht wird, gleiche Voraussetzungen für alle Staatsbürger zu schaffen. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Jungwirth: Die Steuersätze ausnützen!)* Ich weiß schon, daß man die Grundsteuer heranziehen will. Das bringt natürlich nicht viel.

Der Herr Abgeordnete Lanc hat in lobenswerter Weise den Schulbau erwähnt. Wenn

Breiteneder

nun in einer Landgemeinde eine Schule errichtet wird, dann ist dort meistens das Budget für Jahrzehnte blockiert, dann sind keine anderen Maßnahmen mehr möglich, weil die Finanzkraft oft nur ausreicht, um die Darlehen zu tilgen. (*Abg. Pölz: Da versagt aber dann das Bundesland! Bei uns in Niederösterreich gibt es Förderungen bis zu 80 Prozent!*) Herr Abgeordneter Pölz! Sie wissen genau: Wenn man Bedarfszuweisungen in Anspruch nehmen will, dann muß man erst einmal in der Lage sein, echte Projekte vorzulegen und zu beginnen. (*Abg. Pölz: Was sagt der Bürgermeister dann?*) Daran fehlt es schon oft den Gemeinden, sodaß sie gar nicht beginnen können. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Die finanzschwachen Gemeinden kommen dadurch gar nicht in den Genuß von Bedarfszuweisungen. Soviel Ehrlichkeit müssen wir aufbringen.

Es wird immer davon gesprochen, daß wir zuwenig Interesse für die Sportförderung haben. (*Abg. Pölz: Was habt ihr dann für eine Ordnung in eurem Bundesland? Da sind wir besser in Niederösterreich!*) Das bezweifle ich sehr. Wir tun alles, um hier Schritt zu halten. Aber wir empfinden es als außerordentlich störend, daß wir nicht in der Lage sind, mit den anderen Gemeinden Schritt zu halten. Wir sind in den Landgemeinden nicht in der Lage, Fahrtkostenzuschüsse zu gewähren, und wir sind in den Landgemeinden auch nicht in der Lage, die Schulbücher zu bezahlen. Wir bedauern das. Wir machen den Großstädten keinen Vorwurf, sondern wir würden uns sehr freuen, wenn wir in der gleichen Situation wären. Aber dazu reicht eben das Geld nicht aus.

Das ist der Grund, warum ich den Herrn Finanzminister heute schon ersuche, auch bei der Erstellung des kommenden Finanzausgleiches mitzuwirken — und dieses Ersuchen richtet sich an alle drei Parteien, die hier im Hohen Haus vertreten sind —, damit endlich ein gerechterer Finanzausgleich entsteht. Ich

habe wiederholt betont, daß dieser Finanzausgleich nicht den Gegebenheiten entspricht. Ich bin mir auch der Problematik bewußt, daß es nicht möglich sein wird, einen absolut gerechten Finanzausgleich zu erstellen, weil die Entwicklung einfach zu rasch vor sich geht. Aber wir müssen die bewußten Irrtümer der Vergangenheit in Zukunft ausschließen. (*Abg. Pölz: Herr Kollege Breiteneder! Zehn Jahre sind zu lang beim Finanzausgleich! Da gebe ich Ihnen recht!*) Wir werden auch nichts dagegen haben. Herr Abgeordneter Pölz! Jeder Finanzausgleich läßt sich irgendwie durch eine Novelle abändern. (*Abg. Pölz: Volkszählung!*) Herr Abgeordneter Pölz! Im Jahre 1922 wurde das Finanzverfassungsgesetz beschlossen, und im Jahre 1925 hatte man bereits die 5. oder 6. Novelle zu diesem Finanzausgleich. Auch damals war die Entwicklung verhältnismäßig stürmisch, aber der Gesetzgeber hat dieser Entwicklung Rechnung getragen.

Und so erwarte ich, daß das Hohe Haus in Anbetracht dieser Tatsache künftig bei der Erstellung eines neuen Finanzausgleiches diese Entwicklung berücksichtigt, damit den Landgemeinden die Möglichkeit gegeben wird, der Forderung der österreichischen Bevölkerung Rechnung zu tragen, daß unsere Heimat auch in Zukunft ein sauberes, gesundes Land bleiben soll. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Ich unterbreche nunmehr die Sitzung bis morgen, Freitag, den 18. Dezember, 13 Uhr.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen wird in der Erledigung der für die heutige Sitzung ausgegebenen Tagesordnung fortgefahren. Zum Wort kommt dann der Herr Abgeordnete Jungwirth.

Die Sitzung ist unterbrochen.

Die Sitzung wird um 16 Uhr 30 Minuten unterbrochen und am Freitag, dem 18. Dezember 1970, um 13 Uhr wiederaufgenommen.

Fortsetzung der Sitzung am 18. Dezember 1970

Präsident: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Zur Verhandlung steht der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (125 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz 1971, Spezialdebatte über die Beratungsgruppe XI.

Ferner steht zur Verhandlung die Spezialdebatte über das Bundesfinanzgesetz selbst, den Systemierungsplan der Kraft-, Luft- und

Wasserfahrzeuge des Bundes und den Dienstpostenplan.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Wielandner. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Wielandner** (SPÖ): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man so die letzten 14 Tage Revue passieren läßt und sich Ihre Reden von der rechten Seite überlegt, dann muß man sich fragen, ob es in Österreich über-

Wielandner

haupt einmal eine ÖVP-Alleinregierung gegeben hat. Auf einmal fallen Ihnen die Wünsche, Anregungen und Ratschläge ein, die Sie glauben, unserer Regierung erteilen zu müssen. (Abg. Steiner: Wir haben ja Erfahrung!)

Sie hatten vier Jahre lang die Möglichkeit, das zu tun, meine Herren. Wir haben eigene Gedanken zu unserem Budget und zu unserer Regierungsführung. (Abg. Deutschmann: Wielandner, frag einmal den Herrn Finanzminister, welche Ratschläge er uns erteilt hat, die er jetzt auch nicht in die Tat umsetzen kann!)

Meine Herren! Sie wollen jetzt auf einmal alles besser wissen. Vier Jahre lang sind Sie Versager gewesen, das hat der 1. März bewiesen, das hat der 4. Oktober bewiesen, das haben die Regionalwahlen bewiesen. Was wollen Sie: Der Effekt der politischen Tätigkeit sind doch die Ergebnisse der Wahlen draußen, und die sind für Sie schlecht gelaufen. (Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Machunze: Munderfing!) Munderfing? — Nichts wissen! Auf Munderfing wird es uns nicht ankommen, Kollege Machunze, aber auf Österreich! (Abg. Hanna Hager: Das ist ein Mini-Mini! — Heiterkeit.)

Kollege Lanc hat gestern von einer konfusen Opposition gesprochen, und bei Ihnen hat man sich an diesem Wort gestoßen, jeder Ihrer Redner ist darauf eingegangen. Aber überlegen Sie sich doch die Äußerungen Ihrer Redner in den letzten 14 Tagen! Denken Sie an die erste Rede des Dr. Halder und in welcher Form sie gehalten worden ist! Denken Sie daran, was ein Dkfm. Gorton hier hinterlegt hat an persönlichen Angriffen gegenüber dem Herrn Bundeskanzler! (Abg. Landmann: Er hat sich entschuldigt!) Gut, er hat sich entschuldigt. Das kann man immer wieder sagen. Man kann herausgehen und sagen: Ich entschuldige mich dafür, aber es ist ... (Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Präsident: Seid friedlich, es weihnachtet sehr! (Heiterkeit und allgemeiner Beifall.)

Abgeordneter **Wielandner** (fortsetzend): Allüberall auf den Tannenspitzen sah ich goldene Schwarze blitzen. (Ruf bei der ÖVP: Aber große Kugeln auch!)

Herr Dr. Moser hat das Wort „Porno“ in Zusammenhang mit persönlichen Angriffen hereingebracht. (Abg. Steiner: Das hat der Broda hereingebracht!) In Zusammenhang mit persönlichen Angriffen, Kollege Steiner! (Abg. Steiner: Das war der Broda!)

Ein Dr. Gruber ist heruntergegangen und hat etwas verteidigt, was er nachher auf sich

nehmen mußte und zugeben mußte, daß die Studenten bei Demonstrationen bezahlt worden sind. (Abg. Steiner: Der Schieder soll sich entschuldigen, habe ich in den Zeitungen gelesen!)

Denken wir doch an die Entgleisung eines ruhigen Abgeordneten Regensburger (Heiterkeit — Abg. Dr. Pittermann: Was? Ruhig?) beim Kapitel Landesverteidigung. (Weitere Zwischenrufe.)

Präsident: Die Beratungsgruppe XI — bitte — steht zur Diskussion! (Zustimmung bei der ÖVP.)

Abgeordneter **Wielandner** (fortsetzend): Aber beim Kapitel Finanzen muß man doch noch einmal resümieren, was hier gesagt worden ist. Meine Herren, das kann man nicht oft genug sagen. (Abg. Dr. Kranzlmayr: Wenn Sie sonst nichts zu sagen haben!)

Ein Dr. Bauer muß heruntergehen und sich für unwahrscheinliche Äußerungen außerhalb des Hauses hier entschuldigen. (Abg. Doktor Bauer: Herr Kollege! Ich muß nicht, ich habe!) Ja, Sie haben. (Abg. Dr. Bauer: Nehmen Sie das zur Kenntnis!) Ich habe es zur Kenntnis genommen. (Abg. Dr. Bauer: Es hat sich hier in diesem Hause auch der Herr Vizekanzler entschuldigt!) Aber das alles beweist doch Ihre Konfusität. (Abg. Doktor Bauer: Reden Sie zum Kapitel XI und hören Sie bitte auf! — Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Bauer: Es ist unfäßbar, was Sie sich erlauben! — Abg. Dr. Gruber: Weil er nichts Besseres weiß!) Kommt schon, Kollege Gruber. (Abg. Dr. Bauer: Von Ihnen brauchen wir keine Belehrungen!)

Wenn wir uns überlegen, was Kollege Sandmeier gestern gesagt hat — und damit komme ich zum Kapitel Finanzen, damit Sie zufrieden sind. Er sagte: Die flexiblen Ausgaben sind nur 12,5 Prozent.

Woher stammt denn diese Entwicklung, woher kommt sie denn? Glauben Sie, daß sie von den acht Monaten SPÖ-Alleinregierung kommt? Oder glauben Sie nicht, daß das noch Nachwirkungen der letzten vier Jahre sind? (Abg. Dr. Bauer: Sie haben offenbar die Rede des Herrn Präsidenten heute bei der Festsitzung verschlafen!) Aber ich habe die Äußerungen gehört, die Sie in den letzten 14 Tagen hier gemacht haben. (Abg. Dr. Bauer: Ich habe hier außer meinen Reden keine Äußerungen getan! Nehmen Sie das auch zur Kenntnis!)

Präsident: Hört auf zu streiten, und diskutieren wir über das Kapitel Finanzen! Alle wollen nach Hause fahren, und dann geht

Präsident

es wieder von vorne an. Bitte: Kapitel Finanzen steht zur Diskussion!

Abgeordneter **Wielandner** (*fortsetzend*): Sie haben 16 bis 17 Milliarden an Schuldensteigerungen in den kommenden Jahren vorausgesagt. Jetzt sind die Schulden einigermaßen in dem Rahmen gehalten, den Sie ja vorgezeichnet und gesetzt haben, jetzt ist das auch wieder nicht richtig. Man könnte diese Dinge fast beliebig fortsetzen. Den roten beziehungsweise den schwarzen Faden, der sich durch diese Budgetdebatte zieht, den kann man nur als konfus bezeichnen.

Die Aussage des Herrn Kollegen Breiteneder zum Finanzausgleichsgesetz war wieder ungefähr dasselbe. Man spricht nur von einem abgestuften Bevölkerungsschlüssel. Alle anderen Grundsätze werden nicht hereingenommen, von denen redet man überhaupt nicht mehr.

Dieses Finanzausgleichsgesetz ist doch damals gemeinsam beschlossen worden. Es ist durch Ihren Finanzminister Dr. Schmitz eingebracht und dann durch Ihren Präsidenten Grundemann und auch mit unseren Stimmen gemeinsam beschlossen worden. Auch unseren, aber auch mit Ihren! Da kann man doch jetzt nicht hergehen und sagen, der Finanzausgleich wäre so schlecht, wie das Kollege Breiteneder gestern dargestellt hat. Ich glaube, Herr Grundemann würde sich im Kreis drehen, wenn er gehört hätte, was Sie gestern gesagt haben, denn er war ein echter Verfechter dieser Finanzausgleichsbestimmungen, die wir seinerzeit, 1966 beziehungsweise 1967 hier beschlossen haben. Derzeit werden überall in Österreich die Voranschläge beschlossen: im Bund, in den Ländern und in den Gemeinden. Da sollten wir uns doch die Grundlage für diese Voranschläge wieder vor Augen führen.

Betrachten wir einmal die geschichtliche Entwicklung. Herr Kollege Breiteneder hat gestern von den Jahren 1922 und 1930 gesprochen. Ich möchte im Jahre 1920 beginnen. Damals hat Danneberg diesen abgestuften Bevölkerungsschlüssel gebracht — also etwa zwei Jahre vorher (*Abg. Ing. Schmitzer: Reden wir, was nächstes Jahr ist, der neue Finanzausgleich wird erst behandelt!*) —, er kommt auf 15 Kronen je Kopf, und das ist dann heraufgegangen. Das war der Grundgedanke.

Heute gelten für den Finanzausgleich ja ganz andere Grundsätze. Es wird erstens einmal die Finanzkraft einer Gemeinde berücksichtigt, die Volkszahl, der abgestufte Bevölkerungsschlüssel, und das letzte Korrigierende ist der Gemeindeausgleichsfonds, der entsprechende Mittel hat und der zugunsten der

finanzschwachen Gemeinde echt eingreifen kann.

Wenn wir die weiteren Entwicklungen des Finanzausgleiches von damals betrachten, so müssen wir feststellen, daß im Jahre 1948 ein Finanz-Verfassungsgesetz beschlossen wurde. Man hatte damals nicht den Mut, einen Finanzausgleich auf längere Zeit zu schließen, und beschloß bis zum Jahre 1959 Jahr für Jahr immer wieder einzelne Finanzausgleichsgesetze.

Wir haben nicht viele Möglichkeiten. Es gibt zwei Sorten: das Trennsystem und die verbundene Steuerwirtschaft. Und Kollege Breiteneder, welche Vorschläge machen Sie noch zusätzlich — nach Ihrer gestrigen Rede —, die wir berücksichtigen sollten, um hier entsprechende Änderungen vornehmen zu können?

Gerade beim letzten Finanzausgleich ist doch die Gewerbesteuer für die Umsatzsteuer umgetauscht worden, um damit insbesondere den kleinen Gemeinden zu helfen, also den Großgemeinden die Gelder wegzunehmen und sie den kleinen Gemeinden zu geben.

Aber wenn wir vom Finanzausgleich reden, dann müssen wir uns auch etwas anderes überlegen. Es gab immer wieder von Ihrer Seite Bestrebungen, die Finanzen der Gemeinden zu schmälern. Sogar ein Finanzminister Margaretha hat im Jahre 1951 schon in die Taschen der Gemeinden gegriffen, und ich darf aus den stenographischen Protokollen seiner damaligen Budgetrede ganz kurz zitieren: „Eine teilweise Hilfe habe ich in der Änderung des Finanzausgleiches zwischen Bund, Ländern und Gemeinden gefunden. Im Jahre 1949 waren Abkommen auf der Grundlage einer Nothilfe von 300 Millionen Schilling zustandegekommen, wovon aber 150 Millionen Schilling im Jahre 1949 bezahlter Rest ist, bis zum Jahre 1950 revidiert worden ist, im Jahre 1950 wurde darüber hinaus ein weiteres Notopfer von 200 Millionen Schilling bewilligt.“ 1951 waren es 400 Millionen, 1953 575 Millionen, dann 685 Millionen und so weiter, so ist es weitergegangen; dann waren es 6 Prozent Gewerbesteuer, und schließlich hat man 40 Prozent der Gewerbesteuer den Gemeinden überhaupt genommen. Und als Ihr abgetretener Bundesparteiobmann, der ehemalige Bundeskanzler und Finanzminister Dr. Klaus, Finanzminister war, war es das erste, daß er wieder den Gemeinden 350 Millionen Schilling genommen hat. Sie, meine Herren, haben nach dem Jahre 1967 als erste Tat gesetzt, daß Sie einen Initiativantrag der Abgeordneten Scheibenreif, Minkowitsch, Tschida, Hofstetter und so weiter eingebracht

Wielandner

haben, mit dem wiederum der Finanzausgleich geändert wurde.

Und jetzt — der Herr Abgeordnete Mussil ist leider hinausgegangen — gibt es wieder einen Angriff auf die Großgemeinden hier: Änderung der Gewerbesteuer. Initiativantrag der Abgeordneten Dr. Mussil, Graf und Genossen. Wir sehen ein, daß in den unteren Grenzen, bei 30.000 S, vielleicht Änderungen eintreten sollen. Wir sehen aber nicht ein, daß bei den großen Einnahmen ebenfalls Änderungen eintreten sollten. Ähnlich bei der Lohnsummensteuer. Sie wissen alle, wie wichtig diese Beträge sind, sie sind ja in einem paktierten Gesetz verankert, aber immer wieder will man mit Initiativanträgen diese Dinge durchbrechen.

Bewertungsgesetz: eine ähnliche Entwicklung! Wir sehen heute, daß draußen die Grundsteuer kaum mehr eine Bedeutung hat, und hier setzen Sie wieder zum Generalangriff an. Sie haben einen Antrag des Herrn Dr. Haider und Genossen eingebracht, der hier wieder korrigierend eingreifen soll und der den Gemeinden wieder etwas nehmen soll.

Das erstmal haben wir es von einem sozialistischen Finanzminister erlebt, daß 8 Millionen Schilling mehr für die Nicht-einhebung der Weinststeuer den Gemeinden zugebilligt werden. Ich glaube, man sollte auch in der Zukunft immer wieder beherzigen, daß man den Gemeinden, wenn man ihnen etwas nimmt, auch etwas dafür geben muß.

Wir haben auch Vorstellungen, wie der Finanzausgleich etwa verändert werden soll. Vor allen Dingen geht es uns darum, daß in Hinkunft stärker die Verhandlungsbereitschaft des Bundes vorhanden sein muß, wenn eine Änderung des Finanzausgleiches, eine Änderung des § 3 und eine entsprechende Textierung des § 6 erfolgen soll, damit nicht durch Initiativanträge immer wieder diese Veränderungen eintreten, ohne daß man mit den Finanzausgleichspartnern gesprochen hat. Auch im § 18 ist es sicher notwendig, eine Katalogerweiterung durchzuführen. Wir wissen, wie schwierig die Situation bei den Krankenanstalten ist; ich darf in dieser Hinsicht auf die Ausführungen meines Klubkollegen Samwald in der vergangenen Woche verweisen.

Bei den Schulen hatten wir im Jahre 1959 einen Bedarf von etwa 1 Milliarde. 1967 waren es bereits 3 Milliarden, und trotzdem verändert man immer wieder den Finanzausgleich zuungunsten der Gemeinden. (*Abg. Dr. Mussil: Sozialistische Regierung!*) Ist ja nicht richtig, Sie hätten herinnen bleiben

müssen, Herr Generalsekretär, dann hätten Sie gehört, was ich gesagt habe. (*Abg. Doktor Mussil: Entschuldigen Sie, ich mußte hinausgehen!*) Gerade Ihre Anträge sind es ja, die hier wieder eingreifen sollen.

Durch die OVP-Regierung ist der Finanzausgleich 16mal durchbrochen worden, Herr Generalsekretär. Ich weiß nicht, ob Sie das wissen, aber wir als Bürgermeister müssen uns leider damit beschäftigen und können diese Feststellungen treffen.

Ich weiß nicht, was den Freund Breiteneder gestern bewogen hat, die Bevölkerungszahl allein herauszuheben. Man steht doch zu einem Gesetz, das man selbst beschlossen hat, ich jedenfalls stehe zu diesem Gesetz. Aber wir wenden uns gegen die Initiativanträge, die ohne Absprachen mit den Partnern gemacht werden. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Fachleutner das Wort.

Abgeordneter **Fachleutner** (OVP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mein Vorredner hat die Behauptung aufgestellt, daß die Opposition — OVP — mit ihren Forderungen in der Gegenwart über das Maß schieße, im Gegensatz zur Zeit, als sie in der Alleinregierung die Verantwortung trug. Nur mit einem Unterschied, Herr Kollege Wielandner: daß wir bei diesen Forderungen, die wir im Interesse der österreichischen Bevölkerung aufstellen, Bedeckungsvorschläge unterbreiten. Sie haben in der vergangenen Opposition ohne Bedeckungsvorschläge gigantische Forderungen in einer Größenordnung von 100 Milliarden aufgestellt. Das ist der wesentliche Unterschied.

Wenn wir uns in der Endphase der Budgetberatungen befinden und das Kapitel Finanzen zur Beratung steht, dann ist es recht und billig, daß sich auch Vertreter der Landwirtschaft zu diesem Kapitel zum Worte melden. Denn es kann für uns nicht uninteressant sein, wie die Finanzpolitik ist, welche Initiativen ergriffen werden, um geordnete Verhältnisse nicht nur für die Gegenwart, sondern auch für die Zukunft zu erreichen, weil es für uns von Seite der Landwirtschaft nicht unwesentlich sein kann, welche Ausstrahlungskraft der Finanzminister in der Preispolitik hat, weil es für uns nicht unwesentlich sein kann, welche Markterschließungsmaßnahmen er durch seine Person einleiten kann, und weil es uns nicht unwichtig sein kann, ob die Kaufkraft in der Zukunft in diesem Lande erhalten bleiben kann.

Wenn wir das Budget und auch das Kapitel Finanzen betrachten, so müssen wir leider

Fachleutner

feststellen, daß es von all dem, was sich der Staatsbürger vorstellt, sehr weit entfernt ist. Das gilt auch für Maßnahmen oder Ihre Maßnahmen, die im Kapitel Finanzen ihren Niederschlag finden.

Wir haben doch schon erfahren, daß die Landwirtschaft ihrerseits, direkt oder indirekt, durch die Budgetnebensetze einer Belastung von zirka 1 Milliarde Schilling ausgesetzt ist. Ich glaube daher auch sagen zu können, daß gerade eine Sparte in der Landwirtschaft schwer enttäuscht wurde durch jene Budgetverhandlungen, die zwischen Rot und Blau abgewickelt wurden, durch das Nichtauslaufen der Alkoholsondersteuer, überhaupt wenn wir uns erinnern, Frau Kollegin, daß gerade Ihre Partei in der Vergangenheit es war, die, als diese Alkoholsondersteuer eingeführt wurde, mit großer Vehemenz dagegen Stellung genommen hat. In der Presseaussendung in Ihrer „Arbeiter-Zeitung“ wurde dagegen Stellung bezogen, etwa in der Form: Die Ausbeutung der Weinbauern wird in Angriff genommen.

Nun sehen wir aber, daß der Herr Finanzminister gegenwärtig nicht bereit ist, diese Belastungen zu liquidieren, sondern sie fortzusetzen in einer Größenordnung von 300 Millionen bis 350 Millionen Schilling.

Nun würde vielleicht der Eindruck entstehen, er habe schon etwas unternommen — wohl nicht aus Liebe, sondern durch das Paktieren mit den sechs Freiheitlichen —: als ein kleines Zuckerl die Weinsteuer außer Kraft zu setzen.

Meine verehrten Damen und Herren! Die Weinbauern befinden sich in einer sehr schlechten Lage. Das heißt nicht, daß sie gegen die Liquidierung der Weinsteuer wären. Durch das Auslaufen herrscht großes Unbehagen. Was soll jetzt weiter geschehen? Wie werden die Kontrollen durchgeführt? Welche Maßnahmen wird der Herr Finanzminister treffen? Ich frage den Herrn Finanzminister, ob es wahr ist, daß er plant, dies mit einer Auszeichnungspflicht zu tun, daß er in weiterer Folge gewaltige Kontrollen einsetzen möchte, obwohl, wie Sie wissen, die zirka 70.000 bis 80.000 Weinbaubetriebe durch solche Maßnahmen direkt oder indirekt in ungeheure Schwierigkeiten kommen und ihnen daher mit Unbehagen gegenüberstehen.

Herr Finanzminister! Wenn Sie bereit wären, von uns auch Vorschläge entgegenzunehmen, vielleicht könnte man darüber reden, die Einkommensteuer, die Umsatzsteuer in eine Pauschalierung für diese 80.000 Betriebe umwandeln. Das wäre auch eine echte Entlastung, und vielleicht könnte man dies

doch bei den Verhandlungen ins Kalkül ziehen. Vielleicht ist es möglich, daß sich der Aufbau- und Finanzminister Androsch im Team Kreisky bereit findet, die Anregungen der Interessenvertretung, sprich Landwirtschaftskammer, aufzugreifen und sie vielleicht doch in weiterer Folge in die Tat umzusetzen.

Die Lage der Weinbauern, das wird Ihnen, Herr Finanzminister, ja bekannt sein, ist nicht rosig. Sicherlich haben auch die guten Ernten insofern dazu beigetragen, daß Preisstürze festzustellen sind. Ich bin kein Hellseher, aber in den nächsten sechs Monaten erwarten wir auf diesem Gebiet eine Verschlechterung zugunsten der Weinbauerschaft, deren Auswirkungen wir zur Stunde noch gar nicht absehen können.

Wenn man die Lage betrachtet, muß man das einsehen. Ich mache Ihnen keinen Vorwurf, weil es nicht leicht ist, entscheidende marktentlastende Maßnahmen zu treffen. Ich mache Ihnen und Ihrer Partei nur den einen Vorwurf, daß Sie auch in den letzten Jahren, wo bessere Ernten waren, die Weinbauerschaft unrichtig informiert haben, daß die Regierung nicht bereit wäre, Maßnahmen im Interesse dieses Berufsstandes zu setzen. Das mache ich Ihnen zum Vorwurf, und ich mache Ihnen auch noch den Vorwurf, daß es gar nicht richtig war, wie der Herr Bundeskanzler vor und nach der Wahl erklärt hat, man hätte ja Möglichkeiten, man müsse sie nur nützen; und er sprach vom Schwedenexport — ich glaube, auch in der „Arbeiter-Zeitung“ stand sogar etwas von 100.000 bis 200.000 hl —, nur müßten die Interessenvertretungen des Handels und die Genossenschaften sich in dieses Geschäft einbauen.

Herr Finanzminister — der Herr Bundeskanzler ist nicht hier —, die Erkundigungen haben leider ergeben, daß diese Vorschläge nicht realisierbar sein werden. Vielleicht hätten Sie oder haben Sie inzwischen Erkundigungen eingeholt, damit man eventuell dieser Aussage gerecht werden könnte und eine solche marktentlastende Maßnahme setzt, die wesentlich zu einer Verbesserung des Produzentenpreises beitragen würde. Dagegen müßte ich Ihnen sagen, daß die Außerkraftsetzung der Weinsteuer keine Verbesserung für die Produzenten nach sich ziehen wird. (Abg. Pölz: Das ist ein Blödsinn!) Das ist kein Blödsinn, Herr Kollege, das ist eine Tatsache, und wir werden ja noch zurückzukommen haben, wenn Sie glauben, daß durch das auspackierte Budget 1971 in diesem Frühjahr noch ein weiteres Absinken der Produzentenpreise eintreten wird. (Abg. Pölz: Das hat damit nichts zu tun!)

Fachleutner

Ich werde Sie dann fragen, wenn Sie glauben, es ist ein Blödsinn und es werde sich noch preisverbessernd auswirken. (*Zwischenruf des Abg. Pölz.*) Herr Kollege Pölz, das ist doch kein Ausgleich für die Alkoholsondersteuer, die immerhin die Weinbauernschaft mit 500 Millionen Schilling belastet. (*Abg. Pölz: Wir zahlen das ja, die Konsumenten, nicht die Weinbauern! Das wird beim Gastwirt eingehoben!*)

Herr Kollege Pölz! Sie wollten doch auch in der Vergangenheit zum Ausdruck bringen, wenn Sie die Mehrheit in diesem Staat hätten, würden Sie nicht nur für die Konsumenten, sondern auch für die Produzenten, sprich Weinbauern, Maßnahmen setzen. Ich frage Sie: Wie sehen diese Maßnahmen aus, wenn Sie bereit sind, in weiterer Folge in die Taschen der Weinbauern zu greifen (*Zwischenruf bei der SPO*) und ihnen 350 Millionen Schilling aus der Tasche zu nehmen? (*Abg. Pölz: Das kapiert er nicht!*) Na, Sie kapierten das, Herr Kollege Pölz! Herr Kollege, Theorie und Praxis ist ein Unterschied. Da Sie nur Theorie beherrschen, kann ich Sie in der Agrarpolitik überhaupt nicht ernst nehmen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wir können uns ja auch noch erinnern, als gerade die Sozialistische Partei vor den Wahlen beispielsweise in den Weinbaugemeinden und -bezirken, wo Notstandsgebiete waren, erklärte: Wenn wir die Mehrheit bekämen, würden wir eine moderne Regional-Infrastrukturpolitik betreiben! Wenn Sie sich dieses Budget ansehen, dann werden Sie von all diesen Maßnahmen, die sich für die Bauernschaft günstig auswirken könnten, überhaupt nichts vorfinden. Sie sind jetzt ruhiger geworden, Sie sprechen jetzt darüber weniger, auch in Ihren Presseaussendungen, und auch im Kapitel Finanzen sind nicht jene Maßnahmen, die Sie vor dem 1. März der Bevölkerung versprochen haben, zu sehen.

Wir glauben daher, daß man angesichts der Belastungen durch das Budget und der Nebengesetze nicht noch das Verlangen stellen kann, wie Sie es jetzt getan haben: Wäre es vielleicht vermessen, wenn sich die starke Oppositionspartei, sprich ÖVP, zu einer Bejahung des Kapitels Finanzen beziehungsweise des Budgets 1971 bekennt?

Ich glaube, wenn man sich von der ganzen Abwicklung ein Bild macht, dann könnte man dies mit einer Fußballmannschaft vergleichen. Wenn ich nur vier Spieler hervorheben darf: den Mittelstürmer Bruno Kreisky, den Aufbauläufer Finanzminister Androsch, den Keeper Landwirtschaftsminister Weihs und

den Stopper und Trainer Bruno Pittermann. (*Heiterkeit.*)

Meine sehr Verehrten! Wie hat sich nun dieses Spiel entwickelt? Sie versuchten der Bevölkerung ein Kurzpaßspiel vorzuexerzieren. (*Abg. Libal: Die ÖVP ist im Out!*) In diesem Kurzpaßspiel ist aber — ich gebe das zu — trotz mancher guter Vorlagen vom Aufbauläufer Androsch der Mittelstürmer Kreisky leider nicht in der Lage, sie rechts zu übernehmen, er übernimmt sie weiter links, aber mit drei Rasuren, und das führte bereits zu drei Eigentoren.

Das erste Eigentor, das Bruno Kreisky als Mittelstürmer der Bevölkerung präsentieren kann, waren die Budgetnebengesetze.

Das zweite Eigentor ist das Budget als Ganzes.

Das dritte Eigentor (*Rufe bei der SPO: Ist die ÖVP!*) ist jenes, daß eine Stabilisierung der Preise nicht erreicht werden konnte. (*Abg. Pölz: Unter Klaus: Spielabbruch!*)

Ich bin kein Hellseher, glaube aber, daß der Aufbauläufer gemeinsam mit dem Mittelstürmer Kreisky auch noch das vierte Eigentor schießen wird: Unsicherheit und Gefährdung der Stabilität und Aushöhlung von einzelnen Berufsgruppen, so wie dies bereits im Kapitel Landwirtschaft augenscheinlich demonstriert wurde. (*Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: Einstweilen ist der Klaus vom Feld getragen worden!*)

Nun darf ich aber die Herren von der Freiheitlichen Partei nicht alleine lassen. Auch sie haben einen Beitrag geleistet. Interessant ist ja: wenn man die sechs Freiheitlichen früher als Angriffskompanie mit ihrem Kompaniechef Peter sah, so sind sie plötzlich zu einer lavierenden Troßtruppe geworden. (*Zustimmung bei der ÖVP. — Heiterkeit.*) Wenn Sie das Bild der Fußballmannschaft mit dem Stopper Pittermann, mit dem Mittelstürmer Kreisky und dem Aufbauläufer Androsch und mit der Troßkompanie oder Troßtruppe Peter sehen — ich glaube, dann wird allen Österreichern bereits klar, daß es sich hier um eine Widerspruchsentwicklung der Regierung gehandelt hat, die die österreichische Bevölkerung nicht honorieren kann. (*Abg. Peter: Was ist mit dem Eigentor, das Withalm und Koren geschossen haben? — Abg. Weikhart: Die sind disqualifiziert worden!*) Weil wir der Meinung sind, Herr Kollege Peter und meine Herren von der Sozialistischen Partei, daß dieses Budget auch für die Zukunft für die Österreicher nichts bringt, sind wir nicht in der Lage, auch nicht wir als landwirtschaftliche Vertreter oder wir

Fachleutner

alle von der Österreichischen Volkspartei, diesem Kapitel und in der weiteren Folge in der Endphase dem gesamten Budget die Zustimmung zu geben. *(Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Präsident *(das Glockenzeichen gebend)*: Also zurück vom Fußballplatz zum Kapitel XI. *(Abg. Fachleutner: Outwacher sind Sie, Herr Kollege!)*

Als nächster Redner: Herr Abgeordneter Pfeifer. Ich bitte.

Abgeordneter **Pfeifer** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich hätte mich nicht zu Wort gemeldet. Kollege Fachleutner hat aber besonders von der Aushöhlung der Landwirtschaft gesprochen und hier so eine Szene vom Fußballplatz gebracht. Er hat hier die Regierungsmannschaft mit einem Fußballklub verglichen. Er hat aber außerdem noch die Jameriade des Bauernbundes — wie ich das ja schon seinerzeit angekündigt habe — in wirklich beredter Weise fortgesetzt und unter anderem gemeint, er warte jetzt ab, wie das auf dem Weinsektor wird.

Ich darf Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren dieses Hauses, folgendes sagen. Wir wissen alle: Wenn wir in der Annahme d'accord gehen, daß die Landwirtschaftspolitik eine Politik ist, die sehr wesentlich zur allgemeinen Wirtschaftspolitik gehört und die alle angeht, also die Konsumenten wie die Produzenten, dann müssen wir uns nicht nur über den Ernst der Situation im klaren sein, sondern wir müssen doch auch eines erkennen — Herr Kollege, ich glaube, das müßte und sollte gesagt werden —:

Wenn die Schwierigkeiten auf dem Weinsektor erstens einmal nicht jetzt, sondern seit Jahren groß sind, dann müssen Sie doch auch sagen, wieso diese Schwierigkeiten so groß geworden sind. Herr Kollege! Ich hätte mich gar nicht zu Wort gemeldet, wenn Sie gesagt hätten: Auf Grund der Nichteinhaltung oder der schlecht eingehaltenen Ländergesetze, der Flächenbeschränkungsgesetze, ist in Niederösterreich wie auch im Burgenland eine gigantische Flächenerweiterung die Folge gewesen. Wenn Sie heute glauben, daß Sie dieser sozialistischen Regierung nun die Schuld für die nicht eingehaltenen Flächenbeschränkungsgesetze in die Schuhe schieben können *(Abg. Fachleutner: Das habe ich nicht gesagt, Herr Kollege!)*, dann irren Sie. Das muß ich zur Steuerung der Wahrheit absolut feststellen. *(Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Fachleutner: Das habe ich nicht gesagt! Das ist ja nicht wahr!)*

Weil Sie von der Aushöhlung der Landwirtschaft gesprochen haben: Wenn Sie so ad hoc behaupten, daß in diesem Budget 1 Milliarde Schilling fehlt, so habe ich Ihnen schon seinerzeit beim Kapitel Land- und Forstwirtschaft gesagt, daß Sie und Ihre Partei sich selbst ins Out manövriert haben. Ich sage Ihnen: Wenn Sie die gesamten Presseerzeugnisse, alle Zeitungen verfolgen, so werden Sie zur Kenntnis nehmen müssen, daß es sicherlich in dieser Regierung und durch diese Regierung möglich war, für die Landwirtschaft Verbesserungen — Verbesserungen, meine Damen und Herren! — durchzuführen. *(Rufe bei der ÖVP: Wo?)*

Meine Damen und Herren! Ich möchte jetzt nicht beim Kapitel Finanzen eine Landwirtschaftsdebatte vom Zaun brechen. Mir sind Ihre Zwischenrufe ja bekannt. *(Abg. Kern: Wir können ruhig noch einmal anfangen!)* Herr Kollege Kern! Von Ihnen nehme ich gar nichts zur Kenntnis. Sie haben ja zum Kapitel Landwirtschaft nichts zu sagen.

Es steht also fest, daß Sie in der Frage der Weinsteuer *(Abg. Kern: Ich mache Sie aufmerksam: Seien Sie vorsichtig mit solchen Äußerungen!)*, der Alkoholsondersteuer behauptet haben, daß diese Erleichterung bei der Weinsteuer so quasi nichts sei. Herr Kollege Fachleutner! Welche Töne hätte man von Ihnen gehört, wenn die monocolore ÖVP-Regierung die Weinsteuer sistiert hätte! Was hätten Sie erzählt! Welch eine gigantische und triumphale Rede hätten Sie gehalten! *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Jetzt sagen Sie: Nichts ist drinnen. 110 Millionen Schilling weniger an Belastung für die Landwirtschaft sind für Sie nichts! Ja, meine Damen und Herren, wir stellen fest — und auch das haben Sie ja jetzt schon übernommen von uns *(Abg. Fachleutner: Ist ja erst auf Grund des Paktes entschieden worden!)* —: Alle Redner haben ja bereits in den letzten Tagen von der Politik im ländlichen Raum gesprochen. Ja, meine Damen und Herren: An und für sich freuen wir uns darüber, denn als wir die Politik für den ländlichen Raum in unserem Programm vertreten haben, haben Sie sie belächelt. Heute übernehmen Sie diese Sätze!

Ich sage noch einmal: Wir sind der Überzeugung, daß diese sozialdemokratische Regierung eine echte Politik für den ländlichen Raum zugunsten der Produzenten und der Konsumenten machen wird. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Spannocchi das Wort.

Abgeordneter Dr. **Spannocchi** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Bundesminister! Meine Damen und Herren! Nachdem hier manches aggressive Wort fällt, fürchte ich, daß meine Rede Sie sogar langweilen wird, denn ich spreche heute über den Finanzausgleich, und zwar nicht über denjenigen, den wir erst in zwei Jahren abschließen werden, sondern über die Vorbereitungen, die hier unbedingt notwendig sind.

Der Finanzausgleich ist natürlich eines der wichtigsten Kapitel unserer Finanzpolitik. Die Verteilung der Besteuerungsrechte und der Abgabenerträge an Bund, Länder und Gemeinden — Artikel 2 des Bundes-Verfassungsgesetzes — gehört natürlich auch in der Finanzverfassung verankert.

Das Bundes-Verfassungsgesetz kennt das föderalistische Prinzip, das Finanz-Verfassungsgesetz, im Jahre 1948 rasch zustandegewonnen, kennt dieses Prinzip nicht in diesem Ausmaß. Es gibt alle Rechte der Verteilung der Besteuerungsrechte und Abgabenerträge dem Bund und hier dem Hohen Haus und gibt damit dem Hohen Haus die ganze Verantwortung, meine Damen und Herren, nicht nur für das Bundesbudget — ich wiederhole das, weil es sehr wichtig erscheint: nicht nur für den Haushalt des Bundes! —, sondern auch für den Haushalt der Gemeinden und für den Haushalt der Länder.

Es ist also nicht möglich, daß wir hier eine Politik betreiben, bei der wir sagen: Wir haben große Sorgen, und da uns das Hemd näher ist als der Rock, dürfen wir auf andere vergessen.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Vorbereitungsarbeiten für den Finanzausgleich fangen im Jahr 1971 an. Dazu möchte ich sagen: Wir sind es nun gewöhnt, daß dieser Finanzausgleich verhandelt und paktiert wird. Aber nirgends im Finanz-Verfassungsgesetz ist die Verhandlung und die Paktierung verankert. Es steht lediglich im § 3, daß die Partner Bund und Länder sind; die Gemeinden stehen schon in Klammern. Es steht nirgends, daß verhandelt werden muß, es steht nirgends, daß paktiert werden muß.

Dabei heißt es doch, daß alles so verteilt werden soll, daß die Grenzen der Leistungsfähigkeit der Gebietskörperschaften im Verhältnis zu ihren Lasten nicht überschritten werden.

Zunächst einmal müßte man fordern — ich würde bitten, daß das im Laufe des Jahres auch tatsächlich hier im Hohen Haus durch

eine Regierungsvorlage, durch einen Initiativantrag zur Bearbeitung kommt —, daß folgende Fragen einmal endgültig geklärt werden — die Bundesländer und die Gemeinden müssen das wirklich auch tatsächlich einmal durchsetzen —:

Die Partner sind klar. Aber die Praxis ist dem Gesetz längst davongelaufen. Wer verhandelt? Es verhandelt der Bund durch seine gesetzlichen Vertreter mit den Ländern durch ihre gesetzlichen Vertreter; mit den Gemeinden kann schon nicht mehr mit den gesetzlichen Vertretern verhandelt werden, außer mit der Gemeinde Wien, weil ja alle Gemeinden nicht ihre gesetzlichen Vertreter an den Verhandlungstisch schicken können. Daher wird mit dem Gemeindebund und mit dem Städtebund verhandelt, und beide haben streng genommen keine gesetzmäßige Vertretungsbefugnis für alle.

Bei der Paktierung ist es noch schwieriger. Es steht nirgends, daß paktiert werden muß. Bisher wurde der Finanzausgleich paktiert. Ist man sich nicht einig geworden über den Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, hat man den alten Finanzausgleich verlängert. Man hat auf ein Jahr verlängert, auf zwei Jahre, der Finanzausgleich des Jahres 1959 hat sehr lang gelebt, und der im Jahre 1966 für das Jahr 1967 abgeschlossene Finanzausgleich läuft jetzt sechs Jahre. Da wird wahrscheinlich auch wieder verhandelt und paktiert werden. Nachher wird das Finanzausgleichsgesetz die Paktierung dokumentieren.

Aber wir haben den größten Ärger bei den Landtagen schon gehabt, wie Sie wissen. Die Finanzreferenten und die Landeshauptleute und der Bund und der Städtebund und der Gemeindebund schließen ab, und dann heißt es bei den Landtagen: Wieso werden wir nicht eingeschaltet? Wieso haben wir nicht das Recht, zu sagen, ob wir mit dem Finanzausgleich einverstanden sind? Wir haben schwerste Vorwürfe bekommen, unter anderem vom Herrn Abgeordneten Peter, der dem Land Oberösterreich diese Vorwürfe gemacht hat, daß die Angelegenheit nicht vor den Landtag gekommen ist.

Wir haben gesagt: Dem Landtag können wir es nicht vorlegen, denn selbst wenn der Landtag beschließt, hat es keine Wirkung. Dieser Einwurf wird nicht abgenommen und wurde nicht abgenommen, weil die Wirklichkeit ja anders ist. In Wirklichkeit hat man paktiert, in Wirklichkeit hat man abgeschlossen.

Sehr verehrte Damen und Herren! Es ist also an der Zeit, daß man die gesetzlichen

Dr. Spannocchi

Bestimmungen des Finanz-Verfassungsgesetzes in Ordnung bringt, daß man eine entsprechende Novellierung durchsetzt und daß man verankert erstens die Verhandlungspflicht zwischen den Gebietskörperschaften, zweitens regelt, wer verhandelt, und festlegt, daß der Städtebund und daß der Gemeindebund Verhandlungspartner sind.

Wenn man das nicht will, dann muß man hier im Hohen Haus beschließen, wer die Städte und die Gemeinden vertritt, denn es ist nicht möglich, daß jede kleine Gemeinde bei der Verhandlung dabeisitzt.

Das ist das erste, was man im Jahr 1971 machen muß. Ich rede nicht über den Finanzausgleich, der dann abgeschlossen wird, aber diese Vorarbeiten müssen gemacht werden, denn sonst ist das politische Freistilringen über den Finanzausgleich wahrscheinlich bei zunehmenden Schwierigkeiten, die Haushalte auszugleichen, kaum noch erträglich. Davor möchte ich gewarnt haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist ja heute auch schon vom Kollegen Wielandner davon gesprochen worden, daß der Finanzausgleich abgeändert worden ist. Natürlich: Der Bund hat das Recht, auch Gesetze zu beschließen, die dann den Finanzausgleich abändern. Wir Länder und Gemeinden, die wir bisher das vertreten, haben immer sehr bedauert, daß das so ist. Wenn ich mir erlauben darf, nur das Lamento der Länder und Gemeinden vorzulesen, so lautet das im „Förderungsprogramm der Bundesländer“ — dieses Förderungsprogramm trägt rote und schwarze Unterschriften und im Hintergrund sicherlich auch blaue —:

„Während bei Berücksichtigung von Minder-einnahmen aus den Wachstumsgesetzen und der ersten sowie der zweiten Einkommen-steuerreform der Bund durch das spätere 1. und 2. Abgabenänderungsgesetz Mehrein-nahmen in der Höhe von 2135 Millionen Schilling erzielte, haben die Länder und Gemein-den aus diesen einnahmemindernden Maß-nahmen insgesamt Verluste von 1669 Mil-lionen Schilling ohne entsprechende Kompen-sation zu tragen.“ Ihre Ausgaben steigen aber auch.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist also wirklich notwendig, etwas zu machen. Zum Beispiel jammern alle doch darob, daß jetzt die Sondersteuern, seinerzeit eingeführt, tatsächlich Bundeszuschläge zu den gemeinschaftlichen Bundesabgaben waren. Hätte man das nicht anders machen können? Da hätte jeder relativ dieselben Sorgen getra-gen.

Vor Bundeszuschlägen zu den gemein-schaftlichen Bundesabgaben möchten über-haupt die Länder und Gemeinden warnen, denn wir haben einen Bundeszuschlag erlebt — das ist der Bundeszuschlag zur Mineralöl-steuer —, der wurde eines schönen Tages die Bundesmineralölsteuer, die an sich gegen die Grundsätze jeder Finanzpolitik vom sel-ben Steuergegenstand eingehoben wird. Wie verhalten sich denn die Bundesmineralölsteuer und die andere Mineralölsteuer zueinander? Jetzt ist die Stammsteuer 1,1 Milliarden und der Zuschlag, die Bundesmineralölsteuer, 5,9 Milliarden.

Wir möchten heute schon sagen: Das Hohe Haus möge, wenn einmal die Frage der Auf-lösung der Sondersteuern kommen wird, diese Dinge nicht so behandeln, daß aus der Sonder-steuer ein verewigter Bundeszuschlag bleibt! Das wäre wirklich eine grundlegende Ver-änderung des Finanzausgleiches, die wirklich keine Gebietskörperschaft aushalten kann, auch nicht das Hohe Haus, denn das Hohe Haus ist nach der derzeitigen massiven Ge-setzesbestimmung des Finanz-Verfassungs-gesetzes der alleinige Hüter der Haushalte aller drei Gebietskörperschaften, und niemand nimmt dem Hohen Haus diese Verantwortung ab.

Eine Kleinigkeit noch. Beim Paktieren, meine sehr verehrten Damen und Herren, müßte die Paktierung, bitte sehr, verankert werden. Es muß heißen: Wenn nachher ein Pakt nicht zustandekommt, so ist es doch immer noch möglich und muß möglich sein, daß das Hohe Haus auch bei Nichteinigung einen Finanzausgleich dekretiert, weil es eben irgend jemand sein muß, der die Ent-scheidungsrechte hat. Das soll dem Hohen Haus nicht weggenommen werden. Aber zu-nächst einmal soll paktiert werden, und da bittet man darum, daß nicht nur Regierungsvorlagen tatsächlich den Weg des ganzen Ver-fahrens nehmen, sondern da bitten die Län-der und Gemeinden, daß auch Initiativanträge an die Länder zur Verhandlung kommen. Daher die Bitte bezüglich der Schutzklausel, die erst im Finanzausgleich geändert werden kann. Schutzklausel heißt ja nichts anderes, als daß die Länder von finanzausgleichändern-den Bestimmungen verständigt werden sollen. Das ist nichts anderes als eine Signalwirkung, nichts anderes als ein Signal: Achtung!, es könnte etwas geschehen! Länderpolitiker, rührt euch! Gemeindepolitiker, rührt euch!

Ich will Sie nicht zu lang aufhalten, es ist doch bald Weihnachten. Aber das muß doch gesagt werden: Die Hoheitsverwaltung ist in der Kompetenz ganz schön geregelt, aber die

Dr. Spannocchi

Privatwirtschaftsverwaltung hat keine Kompetenzen. Jetzt ist jeder für alles oder für nichts zuständig. Wie soll denn in einer solchen Situation der gesetzliche Auftrag erfüllt werden können, der da heißt: Die Ausgaben müssen bezahlt werden und die Steuern müssen so verteilt werden, daß die Leistungsfähigkeit der Länder, der Gemeinden und des Bundes nicht überschritten wird. Wie soll man denn das beurteilen, wenn jeder für alles zuständig ist? Für das Förderungswesen, für parteipolitische, wirtschaftspolitische und sonstige wichtige Dinge sind alle zuständig. Für Dinge, die uninteressant sind, wie zum Beispiel der Zivilschutz, ist so gut wie niemand wirklich zuständig. Es sind überall, bei allen Gemeinden, bei den Ländern und beim Bund, nur Erinnerungsansätze drinnen, obwohl das staatspolitisch so wichtig ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es wäre notwendig, daß man doch eine gewisse Klarheit hineinbringt. Die Länder empfehlen im Länderförderungsprogramm, daß — auch in der Privatwirtschaftsverwaltung — zunächst einmal das Förderungswesen geregelt wird, und im Förderungswesen vorerst jene Dinge, bei denen der Bund natürlich ein gesamtösterreichisches Interesse wahrnehmen muß, damit das Bundessache in Gesetzgebung und Vollziehung bleibt. Dort aber, wo die Hoheitsverwaltung — Gesetzgebung und Vollziehung — Landessache ist, möge das Förderungswesen den Kompetenzen der Hoheitsverwaltung folgen und in Gesetzgebung und Vollziehung Landessache sein. Wo aber die Gesetzgebung in der Hoheitsverwaltung Bundessache ist und die Vollziehung Landessache, dort könnte auch sehr gut in der mittelbaren Bundesverwaltung oder in der Auftragsverwaltung alles von den Unterbehörden erledigt werden. Der Weg der Zweckzuschüsse ist ja im § 12 Finanz-Verfassungsgesetz und im § 18 Finanzausgleichsgesetz gegeben. Das Instrument wäre da. Man könnte in dieser Hinsicht, wo der Bund in Gesetzgebung und Vollziehung zuständig ist, natürlich genausogut in mittelbarer Bundesverwaltung oder in der Auftragsverwaltung das Förderungswesen vollziehen.

Verzeihen Sie, wenn ich Sie mit diesen Dingen etwas zu lange aufgehalten habe. Aber eines ist sicher: Eine schrittweise Klärung muß gefordert werden. Es ist nicht möglich, dieses große Problem auf einmal zu lösen. Das Förderungswesen ist schrittweise zu klären, damit wir dann hinterdrein wissen, wer etwas macht, damit nicht jeder bei jeder Schnalle drücken muß, beim Ministerium eins, beim Ministerium zwei und drei. Meine Herren, Sie wissen, in puncto Förderungswesen

muß man oft zu drei Ministerien gehen, zum Land Oberösterreich und zur Gemeinde. Das ist doch unzumutbar. Wie soll da der Finanzausgleich funktionieren?

Auch in der Verwaltung müßte einiges vorbereitet werden. Sie sehen doch, wie oberflächlich die Schulden verglichen werden. Der Bund hat enorme Schulden, die Gemeinde hat enorme Schulden. Aber Schulden und Schulden, das ist doch ein Riesenunterschied! Das läßt sich nicht vergleichen. Nur ein Beispiel. Wenn zum Beispiel ein Stadtbetrieb ein Elektroversorgungsunternehmen hat, dann sind die Milliarden Schulden dieses Elektroversorgungsunternehmens in der konsolidierten Finanzschuld der Gemeinde ausgewiesen laut dem 2. Verstaatlichungsgesetz. Die Elektroversorgungsunternehmen, die nach dem Aktiengesetz konstruiert sind, sind bei den Ländern. Dort entstehen die Schulden lediglich in der Bilanz, sie werden den Schulden der Länder nicht zugezählt. Wie wollen Sie denn dann die Schulden vergleichen? Eine Stadt kauft zum Beispiel Gründe, die im Augenblick billig waren. Sie bringen in zehn Jahren der Stadt einen enormen Vermögenszuwachs, der viel größer ist als der Schuldendienst, der außerdem infolge eines gewissen Inflationsfaktors leichter wird. Es ist doch notwendig, daß man Brauchbarkeiten und zeitgerechte Vergleichbarkeiten herstellt, bevor man in die Finanzausgleichsverhandlungen geht. Das ist ein Appell an die Verwaltung.

Meine Damen und Herren! Im Zeitalter der elektronischen Datenverarbeitung muß es möglich sein, vergleichbare Schuldenausweise zu haben, vergleichbare Vermögensausweise, vergleichbare Vermögenszuwächse, vergleichbare Bestimmungen im Finanzvermögen, im Verwaltungsvermögen und im öffentlichen Gut vergleichbar, sodaß wir uns bei den sogenannten Finanzausgleichsverhandlungen nicht darum streiten müssen. 13 Jahre sitze ich bei diesen Verhandlungen und habe oft das Gefühl, daß wir uns stundenlang nur angejammert haben, wer ärmer ist. Das ist doch sinnlos!

Bitte noch etwas. Wenn ich heute sage, daß die Vergleichbarkeit nicht da ist, so ist trotzdem die Sorge um die zunehmende Verschuldung der öffentlichen Hand sehr groß. Bei den Gemeinden betrug im Jahre 1959 die Verschuldung 37,2 Prozent der Summe der ordentlichen Haushalte. Im Jahre 1968 — das sind die letzten Zahlen, die vorliegen, weil die Rechnungsabschlüsse so spät kommen — waren es bereits 67,15 Prozent. Und heute ist sie natürlich noch viel höher. Wir müßten diese Zahlen rascher bekommen. Ich könnte

Dr. Spannocchi

mir vorstellen, daß man über einen Finanzausgleich für das Jahr 1972 nicht mit den Zahlen des Jahres 1970 verhandeln kann. Das muß eben mit den Zahlen des Jahres 1971 endgültig abgehandelt werden. Das Unbehagen steigt. Welche Gebietskörperschaft hat etwas gemacht, was sich eine andere gespart hat, aber hätte machen sollen? Alle diese Vergleiche sind notwendig.

Die Personalstellen in den Ländern. Schauen Sie, welch ein Unterschied! In der Hoheitsverwaltung hat pro tausend Kopf der Bevölkerung das eine Land 2,85 Personen angestellt und das andere 4,05. Bei der Bau- und Straßenverwaltung sind es 1,20 beziehungsweise 3,08. Warum bestehen diese Unterschiede? Hat das eine mehr Spitäler wie zum Beispiel Steiermark oder nicht? Man kann aber mit solchen Zahlen überhaupt keinen Finanzausgleich verhandeln.

Zu diesen Vorberatungen kommen noch die notwendigen Vorberatungen der wesentlichen Angelegenheiten. Hier in diesem Hause wurde laut genug das Malheur der Krankenanstalten-Defizite aufgezeigt. Ich als Oberösterreicher erlaube mir nur zu sagen: Im Jahre 1963 hatten die Spitäler — alle zusammen, vom Land, von den Gemeinden und von den Orten — 95 Millionen Abgang. Im Jahre 1971 sind es 294 Millionen. Vom Jahre 1967 bis 1971 haben sich die Abgänge verdoppelt. Das sind Zahlen, die im Sozialreferat gut begründet wurden, sie sind sehr ernst und zeigen, wie schwer das alles ist.

In bezug auf die Straßen darf ich das Hohe Haus daran erinnern, daß es natürlich auf die Qualität und auf die Breite ankommt. Aber 90 Prozent der Straßen gehören den Gemeinden, den Ländern und den Bezirken und nur 10 Prozent dem Bund. Allerdings sind die 10 Prozent natürlich von einer anderen Wertigkeit. Aber trotzdem, die Herren fahren mit dem Auto, wollen dann auf eine andere Straße und sagen: Wieso komme ich denn auf diesen armseligen Schmarnweg?! — Weil eben das Geld nicht da ist.

Wenn diese Vorbereitungen nicht richtig getroffen werden, dann sage ich voraus, daß vielleicht der Finanzausgleich um ein Jahr verlängert werden kann — wenn man das Glück hat —, was aber auch noch gar nicht sicher ist. Die Unzufriedenheit bei den Gemeinden ist riesengroß. Das wird mit einer Lautstärke vorgetragen werden, die wahrscheinlich nicht überhört bleiben kann. Wenn dann aber keine Unterlagen da sind, auf Grund deren man sagen kann: Meine sehr verehrten Gemeinden, ihr hättet euch das geschlossene Schwimmbad ersparen kön-

nen, hättet ihr lieber die Schule gebaut!, dann kann man doch gar nicht verhandeln. Daher muß das vorbereitet werden. Das Jahr 1971 gibt uns die Zeit dazu, und im Jahre 1972 sollen wir schon abschließen. Die Voraussagen sind schließlich nicht glücklich. Wie sollen wir mit unserem Haushalt zurechtkommen, wenn alles immer irgendwie komplizierter wird.

Eine Koordination in der Wirtschaftspolitik ist auch notwendig. Wir haben in den vergangenen Jahren ab und zu einmal mit dem Finanzminister eine Diskussion darüber abgeführt. Es kam aber nicht über die Diskussion hinaus, weil ja schließlich keine Unterlagen da sind. Ich möchte darauf aufmerksam machen, wenn eine große Gemeinde spekuliert, daß das Geld schlechter wird, dann baut sie rasch etwas, damit sie billiger bauen kann. Wenn aber ein Land das auch macht, ja meine sehr verehrten Damen und Herren, dann muß ich sagen, die Spekulation der öffentlichen Hand, die Spekulation eines Teiles des Staates auf Inflation ist Inflationsmacherei! Auch wenn es dem einen oder anderen nicht mehr auffällt, daß er sie macht. Ich bin voll und ganz davon überzeugt, daß jeder Bürgermeister, der das macht, die Inflation gar nicht machen will. Aber das ist effektiv der Erfolg.

Wie ist aber eine wirtschaftliche Koordination möglich, wenn man hier nicht effektiv entsprechende Daten hat, mit denen man das in der Hand behält? Schließlich verhält sich das Bundesbudget auf der Ausgabenseite im Verhältnis zu den Budgets der Länder und Gemeinden wie 65,6 zu 34,4. Bei den Milliardenbeträgen, um die es dabei geht, ist das ganz bedeutend.

Wenn heute Länder und Gemeinden eine Finanzpolitik betreiben, die, sagen wir, inflationär wäre, wenn alle spekulierten, dann könnten Sie hier die Bremsen so stark, wie Sie wollen, anziehen, und das würde einen Schmarrn wirken. Umgekehrt: Wenn die eine Gruppe sparen würde und der Bund das Geld hinaushausen würde, wohin kämen wir da? Das bezieht sich nur auf die Währungspolitik.

Zur Fiskalpolitik möchte ich noch sagen: Es wird immer so groß von John Maynard Keynes, vom Deficit spending und weiß der Teufel von was allem anderen gesprochen. Wie sollen aber die Länder und die Gemeinden beispielsweise das machen, wenn der Finanzausgleich darauf keine Rücksicht nimmt?

Wenn zum Beispiel heute ein Land sehr viel Geld auf Kredit nimmt, um die Wirtschaft im Lande lebendig zu machen, anzukurbeln, dann ist das Ende davon, daß die Wirtschaft gut läuft. Hat man das Glück, daß das geschickt

Dr. Spannocchi

gemacht wird und das Geld in der Wirtschaft mit dem Faktor 5 arbeitet, dann wird man sagen: Gott, wie das aufblüht!

Wohin fließen aber die Steuern? Die Steuern fallen dann in den Bundestopf. Die Länder kriegen das Geld nicht zurück, jenes Geld, mit denen sie ihre Schulden bezahlen könnten. Im Zusammenhang mit dem Finanzausgleich können sie dann raufen. Es ist aber ausgeschlossen, daß der Finanzausgleich extra für ein bestimmtes Land geändert wird.

Wenn also eine gemeinsame Fiskalpolitik verlangt wird, dann muß das auch im Finanzausgleich verankert sein. Ich glaube, eine gemeinsame Fiskalpolitik zwischen Bund, den Ländern und den großen Gemeinden ist möglich; die kleinen Gemeinden muß man da ausnehmen.

All das durfte ich nun sagen, zumal Sie das nicht so sehr langweilen kann, weil ja auf diesem Gebiete im Jahre 1971 entsprechende Vorbereitungen getroffen werden müssen. Denn wenn im Jahre 1971 keine entsprechende Vorbereitung erfolgt, ist es zu spät. Dann müssen wir wieder „herumnudeln“, wie wir das schon oft getan haben.

Immer wieder ist von der Selbständigkeit der Länder die Rede. Man fragt da: Warum machen wir dieses oder jenes nicht zentralistischer?

Meine Damen und Herren, Sie wissen: Die Gemeinden und die Länder leben. Was Leben ist, kann niemand erklären, man kann aber sagen, daß sie effektiv leben. Wenn man sie aber nicht richtig mit Geld versorgt, dann verdorrt man dieses Leben.

Dieses Leben brauchen wir aber außerdem im Rahmen unserer Demokratie. Wenn wir heute ein Riesenparlament hätten, dann würden die scharfen Gegensätze, die es nur hier in diesem Hause gibt, die nicht in den Landtagen und nicht in den Gemeinden vorhanden sind, wahrscheinlich die Situation nur erschweren. (*Abg. Dr. Pittermann: Kollege, sie sind nicht so arg!*) Ich glaube das wohl.

Bei den Landtagen wird doch stufenweise die Demokratie aufgebaut. Wir müssen doch die Demokratie dadurch lebendig halten, daß wir unsere kleinen Gemeinschaften lebendig halten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Jetzt noch eine Kleinigkeit, die ich in diesem Hohen Hause sagen möchte. Ich glaube nicht, daß meine Worte jetzt hier und draußen sehr viel Echo finden werden. Aber es muß doch gefragt werden, warum wir alle das Gefühl des Unbehagens haben, wir alle, die wir mit Finanzen zu tun haben. Der Herr Bundes-

minister für Finanzen wird dieses Unbehagen ja wohl auch verspüren. Er hat ja die Voraussage des Wirtschafts- und Sozialbeirates für die kommenden Jahre. Das einjährige Budget paßt recht gut herein, aber für die mehrjährigen Budgets braucht man eine Voraussage. Die Finanzausgleiche erstrecken sich auf mehrere Jahre, hier treten immer wieder Veränderungen ein, hier ist alles sehr schwierig. Die Abgänge steigen.

Wenn man die Frage stellt, warum es denn dieses Unbehagen gibt, so kann man, wie ich glaube, folgende Antwort geben: Jedenfalls für jemanden, der wie ich seit Jahrzehnten, sagen wir, „Budgetbeamter“ war, ist es völlig klar, daß das Kernproblem in der heutigen Staatsauffassung liegt. Der einzelne und die gesamte Gesellschaft erwarten vom Staat alles. Selbst Gruppen, die früher vom Staat nichts gefordert haben, richten heute Forderungen an den Staat. Die Anliegen überschwemmen den Staat!

Die politischen Parteien müssen ehrgeizige Programme schaffen, um dem Staatsbürger zu dienen. Auf diese Weise wird programmiert, geplant, dann wird wieder programmiert, dann wird auf Grund dieser ehrgeizigen Programme budgetiert. Es wird der Vorwurf erhoben, daß das Programm, das Budget und der Plan nicht in der entsprechenden Form erfüllt werden können. Das sagt der eine dem anderen und der andere dem einen. Faktisch verhält es sich so: Planung, Programmierung, Budgetierung nach der modernen Staatsauffassung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren hier in diesem Saale und auch meine Damen und Herren von der Presse! Es gehört noch etwas dazu: Die Tugend der Mäßigung, eine der Kardinaltugenden, ist heute sicherlich auch noch zweckmäßig.

Daher wäre es gut, wenn zu allen diesen Programmen noch folgendes gehören würde: die Tugend der Mäßigung, auch bei den Finanzen zu planen, zu programmieren, sie aber auch bei unserer verehrten und geliebten Bevölkerung zu propagieren. — Diesen Wunsch habe ich zu Weihnachten. (*Beifall bei der ÖVP und beim Abgeordneten Peter.*)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Melter das Wort.

Abgeordneter **Melter** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eine kurze Wortmeldung scheint notwendig zu sein, um eine Klarstellung herbeizuführen und vielleicht auch einen Zusammenhang zwischen den Äußerungen des Präsidenten Sallinger und denen des Herrn Fachleutner, der vor kurzem hier gestanden ist, herzustellen.

Melter

Herr Fachleutner hat ausgeführt, wir sechs Freiheitliche würden mit der SPÖ paktieren. Denselben Ausdruck hat aber die ÖVP nicht gefunden, als sie einem unserer Anträge beigetreten ist. Es war dies scheinbar kein echter Pakt, sondern für die ÖVP nur eine Notlösung, um hier mitzukommen.

Es geht darum, daß Präsident Sallinger am 14. 12. bei der Behandlung des Kapitels Handel unter anderem ausgeführt hat, die Österreichische Volkspartei habe mit ihrer Initiative, die Überstunden steuerlich zu entlasten, einen Erfolg gehabt.

Dazu ist richtigzustellen, daß die ÖVP in dieser Frage keine Initiative ergriffen hat.

Es muß im Interesse der Arbeitnehmer, aber auch der Wirtschaft ganz eindeutig klargestellt werden, daß diese Initiative seit Jahren von den Freiheitlichen betrieben wird und daß wir schließlich den Antrag 16/A der Abgeordneten Peter und Genossen am 3. Juni 1970 eingereicht haben. Es ist im letzten Moment gelungen, ein Mitglied der ÖVP-Fraktion zu bewegen, diesen Antrag zu unterstützen. In dem ursprünglichen Antrag hieß es nämlich, es wolle, da dieser Antrag von weniger als acht Abgeordneten unterzeichnet ist, die Unterstützungsfrage gestellt werden. Dadurch, daß es uns gelungen ist, den Herrn Präsidenten Graf zu bewegen, diesen Antrag zu unterschreiben, und noch eine weitere Unterschrift zu bekommen, mußte er schließlich zur Debatte gestellt werden.

Dies hat schließlich dazu geführt, daß vor kurzem dieses Hohe Haus mehrheitlich, und zwar mit den Stimmen der Freiheitlichen als Initiatoren und denen der Volkspartei als Unterstützer, diesen Gesetzesbeschluß betreffend die Befreiung der Überstundenzuschläge von der Steuer fassen konnte.

Und nun nochmals zum Zusammenhang mit Herrn Fachleutner. Fachleutner hat unsere Gruppe als „Troß“ bezeichnet. Im Zusammenhang mit diesem Initiativantrag über die Steuerbefreiung der Überstundenzuschläge war zweifellos die ÖVP der „Troß“, der nachgefolgt ist.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß es in früheren Zeiten die Eigenschaft der Troßbuben war, in fremden Gärten zu ernten. Diese Art der politischen Ernte wollte hier Präsident Sallinger für die ÖVP betreiben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Scherrer das Wort.

Abgeordneter **Scherrer** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Am 11. Dezember dieses Jahres, also genau heute vor einer Woche,

haben die vier Geldinstitutsverbände Österreichs in der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft beziehungsweise der Sektion Geld-, Kredit- und Versicherungswesen ein neues Habenzinsenabkommen beschlossen, auf Grund dessen der Eckzinsfuß für Bucheinlagen in Österreich mit 3,5 Prozent, so wie wir ihn bereits durch 15 Jahre haben, weiter bestehen bleiben soll. Dieser Beschluß, der als fünftes Zusatzübereinkommen zum Habenzinsenabkommen, das die Geldinstitutsverbände mit der Postsparkasse im Jahre 1954 geschlossen haben, getroffen wurde, hat nun erstmalig ein Presseecho von ganz großer Bedeutung ausgelöst. Ich glaube, daß es daher notwendig ist, daß ein Vertreter dieser Geldinstitutsverbände auch hier im Hohen Hause gerade deshalb dazu Stellung nimmt.

Ich möchte zuerst darauf hinweisen, daß die „Arbeiter-Zeitung“ am Freitag vergangener Woche, also bereits vor Abschluß dieses Abkommens, folgendes schreibt: „Das Weihnachtsgeschenk für die Masse der Sparer bleibt aus. Der Zinssatz für Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist ... von derzeit 3,5 Prozent wird nicht erhöht. Der Bankenverband stimmte Donnerstag eher gegen seine Überzeugung der Verlängerung des mit Ende dieses Jahres auslaufenden Habenzinsenabkommens um ein weiteres halbes Jahr zu. Da mit Ausnahme des Raiffeisensektors alle anderen Institutsgruppen, voran die Sparkassen, bekanntlich die Erhöhung des Eckzinsfußes von Anfang an ablehnten, wird die Verlängerung des Habenzinsenabkommens nun Wirklichkeit.“

Am 15. dieses Monats, also vor drei Tagen, schrieb Herr Karl Graber in der „Presse“ unter dem Titel „Zinspolitik für wen?“ unter anderem folgendes: „Niemand investiert nämlich in der Wirtschaft, um knapp die Substanz seiner Investitionen zu erhalten; jeder Investor will am Ertrag seiner An- oder Einlage partizipieren und am Ende, wenn er die wieder liquidiert, nicht nur auf Heller und Pfennig zurückhaben, was er eingezahlt hat, sondern ein erkleckliches Mehr als Rendite zu sehen bekommen.“

Weiters schreibt der gleiche Journalist: „Mit anderen Worten: Wer heute von seinem Sparbuch abhobe, was er 1960 eingelegt hat, kann sich für den Betrag ebensoviel kaufen, wie er sich hätte kaufen können, wenn er die Summe 1960 schon zur Verfügung gehabt hätte. Von einer Rendite allerdings kann keine Rede mehr sein; mehr als ein Ausgleich des Geldwertschwundes schaut bei der Geschichte nicht heraus.“

Scherrer

Darüber hinaus haben sich alle Zeitungen unseres Landes sehr eingehend mit diesem Eckzinsfuß, mit diesem Übereinkommen der österreichischen Geldinstitutsverbände befaßt.

Gestatten Sie mir nun, daß ich dazu denn doch grundsätzlich folgendes ausführe. Es handelt sich um ein Übereinkommen, das ohne politischen Druck, freiwillig von den vier Geldinstitutsverbänden einschließlich der Postsparkasse geschlossen wurde und in dem festgelegt wird, daß das Übereinkommen auf unbestimmte Zeit verlängert wird, frühestens aber zum 30. Juni nächsten Jahres gekündigt werden kann.

Welche Arten des Sparens gibt es nun in Österreich? Wir haben hier in erster Linie das mit dem sogenannten Eckzinsfuß ausgestattete Sparen auf Spareinlagenbuch, für welches ein 3,5prozentiger Zinssatz bei gesetzlicher Kündigung festgelegt ist.

Vor eineinhalb Jahren, im Juli 1968, haben die Geldinstitutsverbände freiwillig eine neue Zinsenvereinbarung in der Richtung getroffen, daß auf längere Kündigungsfristen eingelegte Gelder bis zu 5,5 Prozent verzinst werden können. Es ist sehr interessant, daß ein Drittel aller österreichischen Sparbuchsparer von dieser höheren Verzinsung Gebrauch macht. Das heißt: jene Sparer, die von vornherein wissen, daß sie ihre Ersparnisse auf längere Frist in das Geldinstitut legen, haben von der Möglichkeit, einen höheren Zinsfuß bis zu 5,5 Prozent zu bekommen, Gebrauch gemacht.

Nun haben wir neben dem Sparbuchsparen das Prämiensparen, das auf Grund eines Bundesgesetzes aus dem Jahre 1962 bei allen österreichischen Geldinstituten durchgeführt werden kann und für das der Sparer eine Nettoverzinsung von 7 Prozent erhalten kann, nämlich dann, wenn er durch fünf Jahre hindurch seine Sparraten einzahlt.

Als drittes haben wir das Bausparen. Ich habe auch über das Bausparen gerade vor einem Jahr, unmittelbar vor den Wahlen, als das Wohnbauprogramm der Sozialistischen Partei herausgekommen war, von dieser Stelle aus gesprochen und darum gebeten, daß die in diesem Programm vorgesehene Maßnahme der Aufhebung der Steuerbegünstigung beim Bausparen doch um Himmels willen unterlassen werden soll. Wir können mit Genugtuung feststellen, daß es den Bausparkassen mit vereinten Kräften gelungen ist, diese Maßnahme nicht wirksam werden zu lassen, die im sozialistischen Wohnbauprogramm vorgesehen war.

Beim Bausparen bekommen wir nun ebenfalls die — wie bei jedem Sparbuchsparen —

erreichbaren Zinssätze von 3,5 Prozent und darüber hinaus eine Steuerbegünstigung des Bausparers, die eine wesentlich höhere Verzinsung als 3,5 Prozent für den einzelnen Bausparer mit sich bringt.

Ich identifiziere mich aber nicht mit jenen Propagandamethoden von Bausparkassen, die gerade in letzter Zeit insbesondere im Fernsehen glauben darauf hinweisen zu müssen, daß man bis zu einer 40prozentigen Verzinsung für seine Bauspareinlage bekommen könnte. Tatsache ist, daß auch hier ein Zinsfuß zwischen 6 und 10 Prozent, je nach den Familienverhältnissen und je nach den Bedingungen des abgeschlossenen Bausparvertrages, erreichbar ist.

Ich betone, daß dieses Bausparen ja in erster Linie kein Sparen als solches sein soll, sondern die Mittel aus den Bausparkassen ausschließlich dem Wohnbau zufließen.

Dann haben wir in Österreich noch die Möglichkeit des Wertpapiersparens. Hier werden ebenfalls Milliardenbeträge mit Genehmigung des Finanzministeriums an Anleihen, an Renten aufgelegt, die ebenfalls derzeit durchwegs mit einer rund 7prozentigen Verzinsung ausgestattet sind und darüber hinaus sogar noch eine Begünstigung in Form von 15 Prozent Rückvergütung des gezeichneten Anleihebetrages durch das Finanzamt erhalten.

Das sind die von uns festgelegten Sparmethoden.

Hohes Haus! Nun ist etwas festzustellen: Wir haben in den letzten zehn Jahren zugegebenerweise eine Wertminderung des Schillings von durchschnittlich 3 Prozent pro Jahr. In den letzten zehn Jahren war es also immer möglich, mit den derzeit geltenden Zinssätzen auch noch eine Rendite der ersparten Gelder unserer Sparer sicherzustellen, ihnen also über den Wertverlust oder den Abwertungsbetrag bei der Währung noch eine zusätzliche Wertvermehrung ihrer Einlagen zu sichern.

Das heurige Jahr bringt allerdings zu unser aller Erschrecken wahrscheinlich eine Wertminderung von 5 Prozent. Diese 5 Prozent sind durch eine Normaleinlagenverzinsung sicherlich nicht mehr gedeckt, darüber hinaus ist aber nur bei längerfristigen Einlagen und bei den von mir nun angeführten Spararten auch hier noch eine Deckung beziehungsweise ein Ertrag dieser Einlagen sichergestellt.

Meine Damen und Herren! Vor zehn Jahren hatten wir eine Geldschwemme in umgekehrter Richtung. Das heißt: Wir haben damals erwogen, ob nicht der Zinsfuß wegen der vielen Einlagen und der geringen Kreditinanspruchnahme herabgesetzt werden soll. Auch damals

Scherrer

haben wir dazu nein gesagt und sind nun über 15 Jahre auf den gleichen Zinssätzen in Österreich stehengeblieben.

Nun aber ist es doch nicht Aufgabe der Geldwirtschaft, die Maßnahmen zu setzen, die die Regierung setzen müßte, nämlich die Werterhaltung der Währung zu garantieren. Denn man kann doch nicht immer wieder nur sagen, daß die Maßnahmen des Wachstums wichtiger seien als die der Stabilität. Ich gestehe Ihnen ein, daß ich mich sehr gewundert habe, daß ein maßgebendes und sicherlich hochangesehenes Mitglied dieser Bundesregierung vor einigen Wochen in der Öffentlichkeit erklärt hat, Wachstum gehe vor Stabilität.

Ich muß Ihnen dazu sagen, daß ich auch nicht der Meinung bin, daß Stabilität vor dem Wachstum zu setzen sei. Aber Wachstum und Stabilität müssen uns gleichwertig erhalten bleiben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Daher kann in dieser Frage nur ein dringender Appell an die Bundesregierung gerichtet werden, alle Maßnahmen zu setzen, daß eine Abwertung unserer Währung in einem Ausmaß von 5 Prozent — und sie ist in diesem Ausmaß absolut als inflationistisch zu bezeichnen — für das nächste Jahr nicht mehr in Frage kommt.

Ich war ebenso enttäuscht davon, daß auch der Herr Präsident des Gewerkschaftsbundes schon vor wenigen Wochen in Innsbruck gesagt hat, daß man für nächstes Jahr ebenfalls mit einer solchen Wertminderung von 5 Prozent rechnet, wo wir doch noch gar nicht wissen, welche Maßnahmen die Regierung setzen wird und setzen muß, um eine solche weitere Abwertung der Währung zu verhindern.

Ich bin daher überzeugt davon, und die Bundesregierung kann sicher sein, daß gerade die verantwortliche Geldwirtschaft, aber auch die Wirtschaft dieses Landes gern alle Bemühungen und Bestrebungen unterstützen wird, die verhindern, daß auch im kommenden Jahr eine so starke Verteuerung der Lebenshaltungskosten auf der einen Seite und damit eine Abwertung der Währung auf der anderen Seite eintreten kann. Es gehört meiner Meinung nach zu einer der vornehmsten Aufgaben des Herrn Finanzministers, mit seiner Finanzpolitik und mit seinen Maßnahmen im Bundesbudget dafür zu sorgen, daß eine weitere Wertminderung des österreichischen Schillings in dem im heurigen Jahr eingetretenen Ausmaß verhindert wird.

Hohes Haus! Wie schaut es denn überhaupt mit der Sparbewegung in unserem Lande aus? Denn die Sparbewegung allein ist doch der

Garant dafür, ob unsere Wirtschaft eine weitere gesunde Aufwärtsentwicklung gesichert hat oder ob irgendwelche Gefahren auch für die Wirtschaft und Rezessionserscheinungen eintreten könnten. Ich möchte Ihnen dazu kurz einige sicherlich sehr aktuelle Ziffern sagen.

Wir haben in der Zeit vom 31. Oktober 1969 bis 31. Oktober 1970, also innerhalb des letzten Jahres, einen Zuwachs an Spareinlagen bei den österreichischen Geldinstituten in der Höhe von 17.153 Millionen — das ist eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 15,7 Prozent — gehabt. Wir haben innerhalb des Zehnmonatsvergleiches des heurigen Jahres, also von Jänner bis Oktober, einen solchen Zuwachs von 13,2 Milliarden oder eine Steigerung um 11,6 Prozent.

Hinsichtlich der gesamten Einlagen, die wir in Österreich im letzten Jahre hereingenommen haben, also vom 31. Oktober des vorigen Jahres bis heuer 31. Oktober, erreichten wir 22 Milliarden Schilling oder 14,2 Prozent, gegenüber einer Zunahme von 17,8 Milliarden Schilling oder 13 Prozent im Jahre vorher.

Wir haben damit das von mir schon so oft in diesem Hause angezogene Steigen des Einlagenstandes im Vergleich zum Volkseinkommen anheben können. Wir hatten von 1969 auf 1970 eine Steigerung der Einlagen von 9 Prozent des mit 240,7 Milliarden Schilling am Ende des vorigen Jahres erreichten Volkseinkommens.

Nun, Hohes Haus, die Pro-Kopf-Einlage jedes österreichischen Sparerers. Auch sie stieg von Ende des Jahres 1968 mit 13.354 S mit Ende 1969 auf 15.377 S. Am 31. Oktober dieses Jahres liegt pro Kopf jedes Österreicher bei den österreichischen Geldinstituten eine Einlage von 16.890 S. Sie ist daher gegenüber dem Vorjahr um 14 Prozent gestiegen, gegenüber 15 Prozent im Jahr voraus.

Hohes Haus! Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß auf Grund des Prämiensparens — wir haben gerade hier im Hohen Haus für diese Art des Sparens große Propaganda gemacht — am 31. Dezember 1969 mit 72.525 solcher Sparverträge 806,5 Millionen Schilling eingelegt gewesen sind und dies 0,7 Prozent des gesamten österreichischen Einlagenstandes ausmachte.

Obwohl dem österreichischen Sparer die Möglichkeit gegeben ist, seine Einlagen mit einem Zinsfuß von 7 Prozent verzinst zu erhalten, wenn er sich fünf Jahre lang zum Sparen verpflichtet, er jederzeit aus dieser Sparverpflichtung ausscheiden kann und dann eben nur 3,5 Prozent für seine Einlagen vergütet bekommt, wird von dieser großartigen Be-

Schierrer

günstigung des Sparens nicht im erwarteten Ausmaß Gebrauch gemacht.

Wie sieht es nun beim Bausparen aus? Auch beim Bausparen sind im letzten halben Jahr beziehungsweise im laufenden Jahr außerordentliche Erfolge erzielt worden. In der Zeit vom 1. Jänner bis 30. Juni dieses Jahres wurden 59.927 neue Bausparverträge abgeschlossen mit einer Gesamtsumme von 10.537 Millionen Schilling. In diesen rund 59.900 Verträgen sind 10.176 sogenannte Jugendbausparverträge mit einer Vertragssumme von 1296 Millionen Schilling Zuwachs enthalten.

Am 30. Juni 1970 sind bei insgesamt 129.932 Bausparern Tilgungsdarlehen mit einer Gesamtsumme von 11.485 Millionen aushaftend, und in der Zeit vom 1. Jänner bis 30. Juni dieses Jahres konnten 10.329 Bausparern ihre Bauspardarlehen bewilligt werden, sodaß im Wohnungsbau im ersten Halbjahr allein aus der Privatinitiative der österreichischen Bausparkassen über 10.000 Wohnungen gebaut werden konnten. In diesem Jahr werden aus den Bausparkassen allein über 4 Milliarden Schilling dem Wohnungsbau in Österreich zugeführt werden.

Hohes Haus! Ich habe bewußt diese Aufstellung gebracht, weil sie den optischen Eindruck erwecken könnte, als ob dies ein Vertrauensbeweis der österreichischen Sparer zur derzeitigen Minderheitsregierung sei. Ich möchte aber dem Herrn Finanzminister dringend empfehlen, nicht in diesen Irrtum zu verfallen, denn dieses Ergebnis ist das Ergebnis jener Maßnahmen, die die Alleinregierung der Österreichischen Volkspartei in den letzten Jahren gesetzt hat, und sie ist das Ergebnis einer wachsenden Wirtschaft, die auf Grund der sogenannten Koren-Gesetze, auf Grund des sogenannten „Paukenschlages“ nunmehr Tatsache geworden sind. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Seien wir uns darüber im klaren, daß es die Wirtschaftswachstumsgesetze gewesen sind, die von diesem Pult aus vor Jahren immer wieder so sehr angegriffen worden sind, und daß es das Programm des Finanzministers Dr. Koren gewesen ist, das diesen Aufbau der Wirtschaft in den letzten Jahren gesichert und uns in die Lage versetzt hat, innerhalb von fünf Jahren das Sparvermögen des Österreichers um 100 Prozent zu erhöhen. *(Erneuter Beifall bei der ÖVP.)*

Nur eine lebendige, pulsierende Wirtschaft ist imstande, Garant dafür zu sein, daß auch der Sparer jene Gutschrift für sein Sparguthaben bekommen kann, die er mit Recht verlangen darf, wobei auf die Stabilität nicht vergessen werden darf.

Professor Koren hat, als er als Mitglied der Bundesregierung das Finanzressort übernommen hat, mit einem fertigen Programm dieses Ressort übernommen. Ich gebe das ohne weiteres zu. Wir haben in einer Reihe von Gesetzen, beginnend mit den Wachstumsgesetzen, über den Entwicklungs- und Erneuerungsfonds bis zum Strukturverbesserungsgesetz und so weiter, die gesetzlichen Voraussetzungen für eine gesunde und ruhig sich entwickelnde Heimat geschaffen. Wir wurden bei der Durchführung dieses Planes und bei der Beschlußfassung dieser Gesetze immer wieder torpediert.

Wir haben aber heute die Erfolge; denn, hochverehrter Herr Finanzminister, wo wären die Steuereinnahmen, die Sie im Bundesvoranschlag 1971 mit ruhigem Gewissen einsetzen können, wenn nicht durch die Wachstumsgesetze schon vor Jahren die Voraussetzungen für eine so gesunde wirtschaftliche Entwicklung geschaffen worden wären? *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte daher, um jeden Irrtum auszuschließen, offen zugestehen, Herr Bundesminister für Finanzen, daß Sie in der Öffentlichkeit draußen ein sehr gutes Image haben. Sie sind ein photogener junger Mann, der Österreicher liebt das, anerkennt es, und er freut sich und erwartet sich, daß Sie mit Ihrer Jugend und mit Ihren Erfahrungen als Fachmann des Wirtschaftswesens in diesem Lande imstande sein werden, die Dinge zu meistern.

Aber nun, Herr Finanzminister, kommt die Zeit, da Sie Taten setzen müssen. Nun kommt die Zeit, da auch Sie mit einem Programm kommen müssen, wie es Professor Koren in den letzten Jahren mit diesem Hohen Hause durchzuführen imstande gewesen ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Auch Sie werden jetzt ein Programm gemeinsam mit dem Herrn Handelsminister bringen müssen, damit auch in der Zukunft diese wirtschaftliche Entwicklung und damit vor allem die Spartätigkeit in Österreich sichergestellt werden wird und werden kann.

Denn, Herr Bundesminister, ich muß, obwohl ich das nicht gerne tue, über die Grenzen schauen und gestehen und zugeben — und das wird uns ja gerade in den letzten Wochen wegen der Entschließung der österreichischen Geldinstitute zur Beibehaltung des Eckzinsfußes immer wieder zum Vorwurf gemacht —, daß hier die westlichen Bundesländer eine ganz andere Taktik verfolgt hätten. Sie werden genauso gut wie ich selber wissen, daß die Wirtschaftsfachleute und Verantwortlichen des Westens mit dieser Entwicklung absolut nicht zufrieden sind, sondern sehr unglücklich

Scherrer

sind über die Entwicklung, die draußen der Zinsfuß genommen hat. Man beneidet uns in Österreich geradezu, daß wir auf vollkommen freiwilliger Basis, ohne gesetzlichen Zwang in der Zinsfußpolitik des Landes Ordnung gehalten haben.

Ich muß Ihnen hier noch eines sagen: Eine Erhöhung des Einlagenzinsfußes um $\frac{1}{2}$ Prozent würde bei einem derzeitigen Einlagenstand von 125 Milliarden Schilling in Österreich eine Verteuerung der Einlagen um 600 Millionen mit sich bringen. Diese 600 Millionen Schilling können die österreichischen Geldinstitute nicht aus den eigenen Betriebsergebnissen verkraften.

Ich bin hier absolut nicht der Meinung des Herrn Präsidenten des Österreichischen Bankenverbandes, daß eine Erhöhung des Einlagenzinsfußes ohne Rückwirkung auf die Kreditzinsen bleiben wird, sondern im Gegenteil, die Geldinstitute würden gezwungen, den Kreditzinsfuß um das Doppelte gegenüber dem Einlagenzinsfuß zu erhöhen, um die gleiche Rentabilität erhalten zu können. Denn wir dürfen auf Grund der Liquiditätsbestimmungen und so weiter nur rund 50 Prozent der hereingenommenen Einlagen überhaupt im Kreditgeschäft veranlagen, also zu einer höheren Ertragsquote bringen, als wir selber für diese Gelder zahlen. Die restlichen 50 Prozent müssen als Liquiditätsmittel oft zu einer Rendite gehalten werden, die unter den eigenen Kosten dieser Einlagen liegt.

Daher würde eine Verteuerung der Kredite um mindestens 1 Milliarde Schilling in Österreich eintreten, und wir hätten damit neuerlich Preissteigerungen in Österreich zu erwarten, wir hätten vor allem in der Wohnungswirtschaft und in den Zehntausenden Wohnungsdarlehen eine Verteuerung der Mieten in unseren Wohnungen zu erwarten, und die Folgen gingen herunter bis zur letzten Konsequenz.

Darum möchte ich das Hohe Haus bitten, zu verstehen, daß wir mit den getroffenen Maßnahmen vor allem der Regierung den Rücken gestärkt haben, ja ihr sogar eine große Hilfestellung gegeben haben in der Wertbeständigkeitserhaltung des österreichischen Schillings. Wenn es alle anderen in gleicher Weise machen würden, dann wäre eine Wertminderung von 5 Prozent im Jahr sicherlich nie der Fall.

Und nun, Hohes Haus, im Zusammenhang damit noch einmal zurück zum Westen Europas. Auch hier liegt mir ein Zeitungsartikel aus unserer „Presse“ vor, in dem der Berichterstatter Hans Kurt Hutter schreibt:

„Die deutsche Sparwut ist gebrochen.“ — „Hat die jährliche Preissteigerungsrate an der Verbraucherfront von etwa 4 Prozent, wie sie sich für das Jahr 1970 in der Bundesrepublik Deutschland im Durchschnitt ergeben dürfte, dem ‚deutschen Michel‘ die Lust am Sparen verdorben?“

Und dann schreibt er unter anderem weiter: „Immerhin haben die deutschen Bundesbürger im ersten Halbjahr 1970 mit 19,9 Milliarden DM um 3 Prozent weniger auf die ‚hohe Kante‘ gelegt als ein Jahr zuvor.“

„Der Bundesbürger sparte also von 1000 DM Einkommen diesmal nur 100 DM und nicht 115 DM wie ein Jahr zuvor.“

Ich glaube, ich brauche diesen Ausführungen nichts hinzuzufügen. Ich möchte nur sagen, daß wir von unseren Grenzinstituten gegenüber Westdeutschland wissen, wie schwer sie es in den letzten zwei Jahren hatten, ihre Einleger zu halten, weil die, wenn sie mit ihren Ersparnissen über die Grenze gingen, bis zu 8 Prozent für ihre Einlagen bei nur dreimonatiger Kündigungsfrist erhalten konnten.

Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Ist daher die Leistung, die wir in Österreich immer wieder in so brennenden Problemen beweisen, nicht großartig? Ist es nicht großartig, daß wir es verstanden haben, uns aus diesem Dilemma und aus diesen Schwierigkeiten herauszuhalten?

Und nun, Hohes Haus, möchte ich zum Abschluß kommen. Ich bin überzeugt, daß der Bundesminister für Finanzen ganz bestimmt sagen wird: Ja, Koren und die ÖVP mit ihrer Alleinregierung hatten es leicht, die hatten ja damals nur den halben Schuldenstand zu übernehmen, den ich von der ÖVP-Alleinregierung übernehmen mußte; bei diesem hohen Schuldenstand, den zu übernehmen ich gezwungen gewesen bin, fließen doch allein — und wir hören das aus den Ausführungen der linken Seite ja immer wieder — 9 Milliarden im kommenden Jahr für Verzinsung und Tilgung dieser früher aufgenommenen Kredite weg, belasten daher das Budget außerordentlich und versetzen die Regierung nicht in die Lage, der Wirtschaft jene Impulse zu geben, die sie brauchen würde und die in den vorangegangenen Jahren durch die ÖVP-Alleinregierung gegeben worden sind.

Ich weiß, Herr Finanzminister, daß bis heute leider Gottes nicht einmal die so notwendige und dringende Freigabe der Bürges-Kredite erfolgt ist. Ich kann nur hoffen, daß mit der heutigen Endabstimmung des Budgets nun wenigstens diesem Institut die Freigabe für diese Kredite gegeben wird, damit die Wirtschaft, der Klein- und Mittelbetrieb weiter

Scherrer

investieren kann, damit ihre Betriebe modern bleiben und so die Voraussetzungen schaffen, daß wir auch in den kommenden Jahren immer steigende Steuereingänge von unseren Betriebsinhabern und von den Angestellten und Arbeitern dieser Betriebe bekommen können.

Nun möchte ich noch einmal auch auf die Schuldenwirtschaft des Bundes kurz zu sprechen kommen.

Wir haben Ende 1968 einen Schuldenstand von 39.840 Millionen gehabt. Ende 1969 waren es 43.603 Millionen Schilling, wobei 30,8 Milliarden im Inland aufgenommen werden konnten und 12,7 Milliarden aus dem Ausland hereingenommen werden mußten. Im heurigen Jahr wird der Zuwachs auf 47.895 Millionen Schilling kommen, wobei — das möchte ich anerkennen und sogar meiner Freude darüber Ausdruck geben — nur 726 Millionen Schilling aus dem Ausland aufgenommen werden mußten, während alles andere an Kreditbedarf des Bundes aus inländischen Kreditquellen gedeckt werden konnte.

Herr Bundesminister! Nun stehen diesen Schulden — das habe ich in diesem Hause schon einmal ausgedrückt — Forderungen des Bundes aus Aktienbesitzen, aus Anteilsbesitzen, aus Beteiligungen im In- und Ausland gegenüber, und zwar in gleicher Höhe wie die Schulden; also soviel — ohne die verstaatlichten Betriebe, die ja auch Eigentum des Bundes sind — stehen an Aktiven auch im Bundesrechnungsabschluß jedes Jahres verzeichnet, als der bisherige Schuldenstand ist.

Wieso ist es zu diesem Schuldenstand gekommen? Hätte man nicht all die großen wirtschaftlichen Förderungsausgaben aus der Rezession des Jahres 1968 heraus erfüllen sollen? Haben wir nicht dadurch, Herr Bundesminister, daß die ÖVP-Alleinregierung mit der Aufnahme dieser Kredite den Straßenbau und den Schulbau forcieren konnte, Elektrizitätswerke gebaut hat und so fort und so fort, Ihnen wieder Steuerquellen erschlossen, die heute fließen und durch die Sie in die Lage versetzt werden, nunmehr die großen Aufgaben, die vor uns liegen, decken und erfüllen zu können?

Denn wenn wir auch aus den Elektrizitätswerken wegen der Schulden keine direkten Rückflüsse beim Bund zu verzeichnen haben, werden die Stromlieferungen umsatzversteuert. Die Unternehmungen, die diesen Strom für ihre Betriebe benötigen, zahlen wieder Steuern an den Bund, und so erschließt sich hier eine ununterbrochene Quelle, von der nur der Bund selbst profitieren kann. Selbst die über die Straßen, über die Autobahnen rollenden Fahr-

zeuge der österreichischen Wirtschaft zahlen für jeden Kilometer, den sie fahren, wieder ihre Abgaben an den Bund und werden es im kommenden Jahr wegen Erhöhung der Dieselölsteuer in noch wesentlich verstärktem Ausmaß tun müssen.

Und diese Quellen, verehrter Herr Bundesminister für Finanzen, versetzen gerade Sie in die Lage, über jene Mittel zu verfügen, die Sie zur Führung des Staatshaushaltes brauchen. Es haben sich daher jene Schulden mehr als verzinst, weil in einer Zeit noch wesentlich niedrigerer Preise mit diesen Mitteln große Investitionsvorhaben durchgeführt wurden, deren Ertrag nun in die Kassen des Bundes fließt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich könnte hier noch eine Vielzahl von Beispielen anführen, die in gleicher Weise die erfolgreiche Politik der vorangegangenen Jahre, die verbunden war mit dem felsenfesten Vertrauen aller Österreicher zu ihrer Währung, zu ihrer Regierung und zur Wirtschaft dieses Landes. Dieses Vertrauen müssen wir uns erhalten.

Ich bin davon überzeugt, daß die Österreichische Volkspartei alle Bemühungen der Bundesregierung, die weiterhin in dieser Richtung laufen, gerne und jederzeit unterstützen und fördern wird.

Wir, die österreichische Geldwirtschaft, haben durch unsere Entscheidungen den Beweis erbracht, daß wir alles tun wollen, wegen dieser vorübergehenden Schwierigkeiten — wir glauben, daß es nur eine vorübergehende Abwertung des Geldes in diesem Jahr sein kann — nicht gleich selbst in den gleichen Fehler einer Verteuerung des Geldes durch die Erhöhung der Einlagenzinsen zu verfallen.

Ich glaube daher, Herr Bundesminister, daß Ihnen in der Zukunft und gerade im kommenden Jahr große Chancen gegeben sind. Auch Sie müssen nun mit eigenen Programmen, mit eigenen Ideen kommen. Nur Buchhalter zu sein für den Staat, genügt für einen Finanzminister nicht *(Beifall bei der ÖVP)*, sondern er muß selber Ideen haben, so wie wir sie im Koren-Plan durch Jahre hindurch konsequent zu verwirklichen bemüht gewesen sind. Ich weiß, daß das nicht leicht ist, aber das ist die Aufgabe einer Regierung.

Bemühen Sie sich darum, Herr Bundesminister! Die Unterstützung dieses Hauses werden Sie dazu immer bekommen. Aber Sie können von uns, von den Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei, nicht verlangen, daß wir Ihnen schon als Vorschuß die Zustimmung zu einem Budget geben, von dem wir nicht wissen, ob Sie es wirklich überhaupt über die

Scherrer

Hürden bringen, beziehungsweise von dem wir sehen, daß keine neuen Initiativen, keine neuen für die Wirtschaft maßgeblichen Auftriebe zu erwarten sind.

Meine Partei kann daher auch diesem Kapitel, dem Kapitel Finanzen, aus den vorher geschilderten Gründen nicht zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Jungwirth das Wort.

Abgeordneter **Jungwirth (SPÖ):** Herr Präsident! Hohes Haus! Als Bürgermeister möchte ich den sachlichen Ausführungen des Herrn Dr. Spannocchi meine Anerkennung zollen. Ich glaube, alle Bürgermeister können diese von Ihnen so sachlich fundierten Ausführungen begrüßen. *(Beifall bei der ÖVP. — Ruf bei der ÖVP: Wo bleibt der Beifall von der Linken?)*

Ich wurde gestern überrascht durch die Rede des Herrn Abgeordneten Wedenig, der mich plötzlich zum Helden gestempelt hat, denn er hat in seinen Ausführungen klar und deutlich gesagt, daß jeder, der dem ÖAAB angehört und bei den Österreichischen Bundesbahnen beschäftigt ist, ein Held sein muß. Sehr verehrte Damen und Herren! Mir hat man, als ich im Jahre 1951 die Obmannstelle der Sozialistischen Partei in meiner Gemeinde übernommen habe, im Finanzamt offen erklärt, wenn man meine politische Einstellung vorher gekannt hätte, wäre ich nie im Finanzamt eingestellt worden. *(Abg. Dr. Mussil: Ammenmärchen!)* Das ist kein Märchen, Herr Abgeordneter Mussil.

Ich möchte mich jetzt Ihren Ausführungen zuwenden, Herr Dr. Mussil, Ihren und den Ausführungen des Herrn Dr. Neuner. *(Abg. Dr. Mussil: Darf ich Ihnen eines sagen: Mir haben Sie noch nie eine Anerkennung ausgesprochen! — Heiterkeit.)* Doch, Herr Dr. Mussil. Sie und Herr Dr. Neuner laufen sich in den Verhandlungen zu diesem Budget gegenseitig den Rang in der Lizitierung ab. Ich möchte nur kurz mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten folgendes zitieren, was der „Kurier“ dazu schreibt:

„Inzwischen saß ein verbitterter Prof. Koren in der Milchbar des Hohen Hauses, schüttelte über die Lizitationspolitik aller drei Parteien den Kopf und rechnete nach, wie sein Nachfolger wohl die von allen Seiten hereinbrechenden Budget-Belastungen ohne Ruin des Staatshaushaltes ‚hinkriegen‘ könne.“

Inzwischen kann ich leider nicht mehr eine sorgenumfurchte Stirn des Herrn Professors Koren feststellen, im Gegenteil, er lächelt jetzt nur mehr zu diesen Lizitationsanträgen.

Herr Dr. Mussil und Herr Dr. Neuner sind zum Sturm, zum Generalangriff auf die Kassen dieses Staates angetreten, aber nicht nur auf die Kassen dieses Staates, sondern auch auf die Kassen der Gemeinden. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Herr Abgeordneter Mussil! Wir werden noch bei Behandlung Ihrer beiden Anträge, die Gewerbesteuer und die Lohnsummensteuer betreffend, Gelegenheit haben, darüber zu reden.

Ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, eines festzustellen: Es wurde uns hier der Vorwurf gemacht, wir hätten in dieser Zeit nichts getan. Die „Wiener Kirchenzeitung“ schreibt ebenfalls zu Ihrer Lizitationspolitik folgendes *(Abg. Staudinger: Was schreibt sie zu den 800 Millionen?)* — nur Geduld, es kommt noch —:

„Aber unbeschadet der Realisierung dieser sozial vollauf berechtigten Maßnahme, die den Witwen ja schon seit langem zugesagt war, zeigte der Ablauf der Ereignisse der vergangenen Woche doch, wie sehr die gegenwärtige Konstellation im Parlament die stete Gefahr wechselseitiger, nicht mehr bremsbarer Lizitation auf Kosten des gesamten Staates, zum Schaden der Allgemeinheit in sich birgt.“ *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Dieser Artikel ist überschrieben: „Eine Regierung muß auch ‚Nein‘ sagen können!“ *(Abg. Dr. Hauser: Sie hat doch ja gesagt zu dem allem!)*

Wir haben aus diesem Grunde zu manchen Ihrer Forderungen, mögen sie auch berechtigt sein, im Hinblick auf die derzeitige finanzielle Lage des Staatshaushaltes eben nein sagen müssen. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil.)* Herr Abgeordneter Dr. Mussil, Sie können mich heute nicht aus dem Konzept bringen.

Ich möchte, nachdem Herr Dr. Bauer gestern den Herrn Alexander Vodopivec hier zitiert hat, zur Ehrenrettung dieses Schriftstellers noch etwas zitieren, das er in diesem Buch ebenfalls gesagt hat. Vodopivec schreibt hierin:

„In der ÖVP stellte sich heraus, daß die 1966 gebildete Alleinregierung den Erwartungen, die man in sie gesetzt hatte, nur zum Teil entsprach.“ *(Abg. Dr. Mussil: Und Ihre überhaupt nicht!)* Das schreibt er nach vier Jahren, Herr Dr. Mussil! „Die Regierung bildete aber nur einen Teil jenes größeren politischen Panoramas, das die ÖVP als Ganzes in ihrer neuen, ungewohnten, unbewältigten Rolle bot. In Abwandlung eines bekannten Wortes des früheren amerikanischen Außenministers General Marshall könnte man sagen,

Jungwirth

daß die Volkspartei das falsche Konzept mit den falschen Personen und falschen Methoden zur falschen Zeit verfolgt hat."

Diesen Worten ist zweifelsohne nichts mehr hinzuzufügen. (Abg. Dr. Mussil: Ein sehr hartes Urteil!)

Ich möchte nun, Herr Bundesminister, Ihr Augenmerk auf ein ... (Abg. A. Schlager: Ich bin neugierig, was er in vier Jahren über euch schreiben wird! Darauf bin ich nämlich neugierig! — Heiterkeit bei der ÖVP.) Lassen Sie sich Zeit, Kollege Schlager. Ihre Neugierde wird zweifelsohne noch befriedigt werden. Darauf können Sie sich verlassen. (Abg. A. Schlager: Pfui Teufel noch einmal, das wird lieb ausschauen!)

Herr Bundesminister! Ich möchte nur ganz kurz auf den Zustand eines Straßenzollamtes hinweisen, des Straßenzollamtes Arnbach. Ich war heuer selbst Zeuge der Abwicklung des dortigen Verkehrs. Dieses Zollamt besteht aus einer alten Holzbaracke, kein WC steht zur Verfügung für den öffentlichen Verkehr. (Allgemeine Heiterkeit.) Ein WC, das sich in der Wohnung des dortigen Amtsleiters befindet, muß von den Passanten dieses Straßenzollamtes benützt werden. Die Frequenz beträgt zirka 6000 Autos im Tag. Es ist nur ein Glück, werte Damen und Herren, daß in der Nähe ein dichter Wald liegt. (Heiterkeit.) Aber man müßte dann einen Anschlag „Achtung Treten" anbringen. (Neuerliche Heiterkeit. — Abg. A. Schlager: Redest du von der SPÖ oder von der ÖVP?) Ich habe nur eine Anregung gemacht. Ich wollte auf die Mißstände hinweisen. Ich bin davon überzeugt, daß sich der Herr Minister dieser Dinge annehmen wird. (Neuerliche allgemeine Heiterkeit.) Denn er hat ja auch das nötige Verständnis bewiesen bei dem neuen und großzügigen Ausbau des Straßenzollamtes Walserberg. (Abg. Dr. Mussil: Herr Kollege Jungwirth! Der Latrinen-dienst gehört nicht zur Aufgabe des Herrn Ministers!)

Und nun ein paar Worte der Kritik zu der immer wieder geforderten Einführung des Splitting-Verfahrens. Hiezu haben wir Beispiele aus der Bundesrepublik Deutschland, daß durch das Splitting-Verfahren die Bezieher hoher Einkommen stärker begünstigt werden als die Bezieher niedrigerer Einkommen. Diese beiden Nachteile werden in der Bundesrepublik Deutschland diskutiert, und Professor Littmann hält sogar die Beseitigung des Splittings für wünschenswert. Tendenziell tritt also beim Splitting eine Benachteiligung der dominierenden Mitglieder von Haushalten mit dem jeweils niedrigeren Einkommensniveau ein. Professor Littmann sagt dazu folgendes:

Unbefriedigend ist auch die durch das Gerichtsurteil, das sogenannte Kinderurteil, geschaffene Rechtslage, also die getrennte Veranlagung. Die Bezieher fundierter Einkommen haben nunmehr die Möglichkeit, Teile des Familieneinkommens durch Übertragung von Vermögen auf die Kinder dem Zugriff der Progression zu entziehen. Diese Entlastungsmöglichkeit bleibt den Empfängern von Arbeitseinkommen leider verschlossen. Dieser unbefriedigende Zustand könnte durch die Umwandlung des Ehegatten-Splitting zu einem Familiensplitting beseitigt werden. Es wird hiezu auch angeregt, für Kinder in unterschiedlichem Lebensalter verschieden hohe Splitting-Divisoren festzusetzen, da der konsumtive Bedarf mit steigendem Alter zunimmt. Im Falle eines Ehepaares mit zwei Kindern im Alter zwischen 7 und 14 Jahren werden die einzelnen Elemente des Divisors $1,8 + 0,6 + 0,6 = 3$ sein. Dieses Familieneinkommen wäre dementsprechend durch 3 zu teilen und die sich ergebende Steuerschuld mit 3 zu multiplizieren. Im Zusammenhang mit der Anwendung des Familiensplittings wird vom wissenschaftlichen Beirat beim Bundesministerium für Finanzen in Deutschland sogar eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes von 53 Prozent auf 60 Prozent vorgeschlagen. Der österreichische Höchststeuertarif bei der Einkommensteuer beträgt 52 Prozent. (Abg. Dr. König: Kollege Jungwirth! Heißt das, daß Sie unserem Antrag zustimmen?)

Und nun, Herr Dr. Mussil, noch zu dem Kapitel, das Sie beim Kapitel Handel angeschnitten haben. Sie haben einen Vergleich der direkten Besteuerung verschiedener Länder angeführt und haben von einem „traurigen Rekord" Österreichs gesprochen. Sie haben — ich glaube, mich richtig zu erinnern — gesagt, daß im Jahre 1965 die Gesamtsteuerbelastung — jetzt meine ich nicht allein die direkten Steuern — 35 Prozent betragen hat und heute 40 Prozent beträgt. Aber hier, Herr Dr. Mussil, muß ich Ihnen sagen, daß in den Jahren von 1965 bis 1970 (Abg. Dr. Mussil: Herr Kollege! Das war nicht ich!) die 4prozentige Erhöhung von Ihrer Alleinregierung herbeigeführt wurde, aber nicht von uns Sozialisten. (Abg. Dr. Mussil: Ich nehme alles auf mich, aber ich war es wirklich nicht!)

Auch zu der Problematik internationaler Steuervergleiche ein paar Worte. In erster Linie kranken internationale Vergleiche an der Tatsache, daß sie auf eine einzige Steuer — in dem von Ihnen, Herr Dr. Mussil, angezogenen Fall auf die Einkommensteuer — aufgebaut werden. Bloße Angaben der Einkommensteuerprogression besagen aber sehr wenig. Es sind nicht nur die Transferzahlun-

Jungwirth

gen, wie zum Beispiel Kinderbeihilfen und so weiter zu berücksichtigen, sondern auch die indirekten, vor allem die den Konsumaufwand betreffenden Steuern. Die indirekten Steuern wirken nämlich hinsichtlich des Einkommens regressiv. Die logische Folge ist, daß der, der über ein doppelt so hohes Einkommen verfügt, sicherlich nicht doppelt soviel konsumieren wird. Man wird daher auch nicht doppelt soviel indirekte Steuern bezahlen. Ein gerechter Ausgleich kann daher in Fällen, wo der Anteil der indirekten Steuern höher ist als der direkten, nur durch die Verschärfung der Progression der Einkommensteuer geschaffen werden. Das Verhältnis der direkten zu den indirekten Steuern beträgt in Österreich bedauerlicherweise bereits 40 zu 60, und das möchte ich als einen traurigen Rekord anführen.

Andere Länder erreichen das Ziel der Einkommensnivellierung nicht über die Progression der Einkommensteuer, sondern über die Vermögensteuer; siehe Deutschland. Ein besonderes Beispiel dafür sind die USA. Dort wird durch eine rigorose Erbschaftssteuer, die bis zu über 70 Prozent beträgt, zwangsläufig eine mildere, niedrigere Einkommensteuerprogression, eine Nivellierung der Einkommen erreicht. Es wird in Österreich durch eine äußerst milde Erbschaftssteuer — für die nächsten Erben sind höchstens 15 Prozent vorgesehen — mehr als ausgeglichen.

Zu nicht unbedeutenden Unklarheiten bei den Begriffen Einkommen und Steuer kommt es dadurch, daß das steuerpflichtige Einkommen vom tatsächlich erzielten Einkommen in Österreich durch großzügige Absetzbeträge und Freibeträge beträchtlich abweicht. Die tatsächliche durchschnittliche Steuerbelastung, mit der Herr Abgeordneter Dr. Mussil hier im Hohen Hause immer zu operieren pflegt, ist beileibe nicht geeignet, verlässliche Vergleiche zuzulassen.

Man kann nun mit Recht die Frage aufwerfen, worin denn der Nutzen derartiger internationaler Vergleiche besteht. Denn aus der Tatsache, daß in einem beliebigen Land die Einkommenbesteuerung geringer ist als in Österreich, kann überhaupt nicht schlüssig gefolgert werden, daß die Einkommensteuer bei uns zu hoch ist. Wenn auch ein bekannter österreichischer Industrieller in aller Öffentlichkeit gedroht hat, bei einer zu hohen Einkommenbesteuerung in Österreich das Kapital im Ausland anzulegen — was sicherlich und zweifelsohne sein gutes Recht ist —, so möchte ich doch dazu zu bedenken geben, daß in Österreich in Sachen freier Wettbewerb angesichts einer unleugbaren protektionistischen Politik kein so frischer Wind in Sachen

Konkurrenz weht. Ich denke nur an die Zollmauern. Und dann ein Beispiel, Herr Abgeordneter Dr. Mussil: Sie werfen uns immer vor, wir sollten bei der Stabilisierung der Preise keinen Dirigismus betreiben. Ich erinnere mich, welchen harten Kampf es hinsichtlich eines österreichischen Rollmopswickers gab, der nicht wollte, daß die Fischmari-naden aus Deutschland der Zollsenkung unterworfen werden. Diesen harten Kampf, Herr Dr. Mussil, werden Sie ja sicherlich mitgemacht haben. (*Präsident Dr. Malleta übernimmt den Vorsitz.*)

Zweitens dürften unsere Unternehmer im Ausland mit keinem so niedrigen Lohnniveau rechnen können, und drittens wäre es äußerst interessant zu sehen, wie eventuell österreichische Unternehmer mit der im Ausland wesentlich rigoroseren Vermögensbesteuerung und vor allem mit der erwähnten exorbitant hohen Erbschaftssteuer fertig würden.

Daher möchte ich der OVP doch raten, endlich mit dem Krankjammern, das die ganze Budgetdebatte heuer beherrscht hat, aufzuhören und sich ein altes Sprichwort zu merken: Bleibe im Lande und nähre dich redlich!

Es gibt eben auf dem Gebiet der Besteuerung keine unbedingte Gerechtigkeit. Als Beispiel möchte ich auf den Antrag der OVP auf weitere Erhöhung des Alleinverdienerfreibetrages, der den Fiskus sicherlich mehr als 1 Milliarde Schilling gekostet hätte, hinweisen. (*Abg. Dr. Koren: Nicht übertreiben!*) Aus der Tabelle des Berichtes über die Lage der Familien in Österreich geht klar hervor ... (*Abg. Machunz: Das glaubt nicht einmal Finanzminister Androsch!*) Herr Abgeordneter Machunz, sehen Sie sich das an! Ein Steuerpflichtiger mit einem Monatseinkommen von 5000 S und vier Kindern erspart sich durch den Alleinverdienerfreibetrag bloß 577 S. Bei einem steuerpflichtigen Monatseinkommen von 20.000 S ist die Ersparnis schon 1205 S, obzwar ja die Frau des Mannes, der 20.000 S steuerpflichtiges Monatseinkommen hat, ja sicherlich nicht mehr gezwungen ist, einer Arbeit nachzugehen.

Ebenso verhält es sich mit den Kinderfreibeträgen. Bei einem Jahreseinkommen von 46.800 S ist die Steuerersparnis 1834 S. Bei einem Einkommen von 2 Millionen beträgt diese Ersparnis bereits 4124 S.

Ich möchte damit beileibe nicht einen Neidkomplex erwecken, sondern darauf hinweisen, daß man damit allein keine gerechte und sinnvolle Familienpolitik betreiben kann und daß dies bei der Beratung der großen Steuerreform mit ins Kalkül gezogen werden soll.

Jungwirth

Die ÖVP hat bei diesen Budgetverhandlungen in keiner Weise den Beweis erbracht, wie auf den Plakaten, die nun angebracht sind, zu lesen ist: „ÖVP immer voran“ ... (Abg. Dr. K o r e n: „wieder voran“!) Wieder voran! Entschuldigen Sie, Herr Klubobmann: „ÖVP wieder voran“. Die ÖVP hat vielmehr bewiesen, wie die Anträge beim Familienlastenausgleich zeigen: Hintennach reitet die ÖVP-Tant'.

Wir Sozialisten haben in der gegenwärtigen Situation eine große staatspolitische Verantwortung übernommen, zum Wohle Österreichs und seiner Bevölkerung. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Koren. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Koren (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Kollege Jungwirth, nur zu Ihrer Information: Bezüglich der Familienbeihilfen lag unser Antrag seit dem Mai im Hohen Haus. Die „ÖVP-Tant'“ ist also in diesem Fall nicht nach-, sondern weit vorangeritten. Weit voran! (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Heute noch wird — aller Voraussicht nach — der Bundesvoranschlag für das Jahr 1971 beschlossen werden. Beschlossen von Sozialisten und Freiheitlichen, und das ist neu. (Ruf bei der SPÖ: Das ist sicher!)

Neu ist auch, daß ein Budget erstmals in diesem Haus die Zustimmung der Freiheitlichen Partei findet, und neu ist ferner, daß erstmals ein sozialistischer Finanzminister seine budgetären Vorstellungen vom Haushalt des nächsten Jahres präsentiert hat. Neu ist auch, daß die Österreichische Volkspartei erstmals gegen ein Budget stimmen wird, an dessen Erstellung sie nicht mitgewirkt hat. Und neu ist auch, daß die Kritiker vom Vorjahr zu den Kritisierten von heute geworden sind. Und neu mag auch sein, daß zum ersten Mal in diesem Haus die Zustimmung zu einem Budget feilgeboten worden ist, und dem Billigstbieter der Zuschlag erteilt worden ist. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Vieles an diesen Budgetverhandlungen ist neu. Mancher Saulus ist zum Paulus geworden und umgekehrt. Vielleicht werden erst später Chronisten die tiefere Komik mancher Rollen-umkehr pointieren können.

In den letzten Wochen, meine Damen und Herren, haben wir das Kaleidoskop der Budgetverhandlungen gedreht. Wir haben viele Details erörtert. Es wurde kritisiert auf der einen Seite und verteidigt auf der anderen.

Und in diesen wogenden Auseinandersetzungen mag mancher den Blick für das Ganze vorübergehend verloren haben. Erlauben Sie mir deshalb nochmals eine abschließende globale Betrachtung.

Ein solcher Überblick muß dort beginnen, wo die Grundlagen einer längerfristigen Politik akzentuiert und artikuliert worden sind. In den letzten beiden Jahren hat in den Lagern beider großen Parteien in diesem Haus die Erkenntnis an Boden gewonnen, daß die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in der Welt und in unserem Lande eine grundlegende Änderung der aus den Aufgaben der Nachkriegszeit allmählich gewachsenen Politik der fünfziger und der sechziger Jahre erfordert.

Die Wege, auf denen man zu diesen Erkenntnissen gelangt ist, mögen verschieden gewesen sein. Es mag manche Unterschiede in der Beurteilung von Ursachen und Wirkungen gegeben haben. Es mag die Rangordnung der zu lösenden Probleme unterschiedlich ausgesehen haben. Jenseits aller politischen und sachlichen Differenzen sind aber hier wie dort die entscheidenden Probleme der siebziger Jahre in gleicher Weise erkannt worden. Es war die Erkenntnis, daß die verteilungsorientierte Politik der ersten beiden Nachkriegsjahrzehnte die Grenzen der ökonomischen und budgetpolitischen Möglichkeiten zu sprengen droht. Es war die Erkenntnis, daß das Tempo der wirtschaftlichen Expansion zu verflachen droht und zu seiner Sicherung für die Zukunft neue wachstumspolitische Impulse erfordert. Es war die Erkenntnis, daß die Grundzüge des Systems der sozialen Sicherheit neu überdacht werden müßten, wenn seine Funktionsfähigkeit in der Zukunft erhalten werden sollte. Und es war die Erkenntnis, daß zur Sicherung des weiteren Fortschritts das geistige Potential in unserem Lande besser genutzt werden muß. Es war die Erkenntnis, daß die Probleme des rasch wachsenden Wohlstandes in vielen Bereichen neue Wege und neue Lösungen erfordern. Und schließlich war es die Erkenntnis, daß Fortschritt und Zukunft nur durch Leistung und Verantwortung gesichert werden können.

Wir haben uns, meine Damen und Herren, bemüht, die ersten Schritte auf diesem Weg zu gehen. Wir mußten uns in den letzten Jahren in den Grenzen des Möglichen halten, und Sie, meine Damen und Herren von der heutigen Regierungspartei, konnten die größeren, die weitreichenderen, ja die illusionären Ziele propagieren. Das ist kein Vorwurf, aber eine Feststellung. Sie haben damals nicht die Verantwortung getragen, aber sich um die Verantwortung für die Zukunft beworben. Sie

Dr. Koren

konnten aus Ihrer Ausgangssituation heraus der österreichischen Bevölkerung die größere Dynamik, die größeren Ziele auf dem gleichen Weg glaubhaft machen.

Die bessere Ausgangsposition hat Ihnen den Erfolg gebracht. Weil Ihnen aber die Wähler am 1. März die ganze Macht verweigert haben, haben Sie das Experiment der sozialistischen Minderheitsregierung als ungeeignete Behelfskonstruktion gewählt, und Sie mußten zwangsläufig den Stil zerbrechen, den Sie im Kampf um die Verantwortung geformt hatten. In Ihrem Balanceakt zwischen Macht und künftigem Machtanspruch mußten Sie die Last der Verantwortung abwerfen und den Aufwind der Opportunität entfachen. Vor dem Absturz hat Sie die Freiheitliche Partei bewahrt. Auf der Strecke blieb alles das, was Sie vor dem 20. April als wichtig und notwendig erkannt haben.

Meine Damen und Herren! Was ist die Erfolgsbilanz seit den Märzwahlen? Es ist die Zeit der tausendundeinen Meinungen, Vorschläge, Ankündigungen und Prüfungen. Was blieb, ist ein abgewirtschafteter Wahlschlager um die Militärdienstzeit, eine steckengebliebene kleine Strafrechtsreform, die dem Expreß der Wahlrechtsänderung Vorfahrt geben mußte, eine verunglückte Taktik gegenüber der Unabhängigkeit des Rundfunks, der bittere Nachgeschmack eines Pressekriegs im eigenen Lager, die permanente Verunsicherung demokratischer Einrichtungen, ein sinnloser Krieg um den Krisengroschen und echte Versorgungsschwierigkeiten im Milchsektor und ein ganz kleiner Rohrkrepierer der Privilegienkommission. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

So spannt sich der weite Bogen der Scheingefechte an den Nebenfronten der Politik vom 20. April zum 18. Dezember. Zweifellos ein Rekord an politischer Equilibristik, dem man die Anerkennung nicht versagen kann.

Wenngleich das gebotene Programm allmählich die Angesprochenen überfordern mag, bisher hat der Terminkalender helfend eingegriffen. Nach zweieinhalb Monaten Minderheitsregierung, als der Chor der Opposition, der unabhängigen Zeitungen, der öffentlichen Meinung bereits den Schluß Ihres Experiments forderte, hat der Gong zur Sommerpause den leicht Angeslagenen gerettet. Auch jetzt, nach drei Monaten Herbstarbeit, die sichtbare Spuren in Kreiskys Team hinterlassen haben, werden Sie die Weihnachtspause bitter nötig haben, um die schlimmsten Cuts zu heilen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Wenn heute, meine Damen und Herren, die Budgetdebatte zu Ende geht und scheinbar den

ersten Erfolg der Minderheitsregierung bringt, so verdanken Sie dies der Disziplin aller Fraktionen in diesem Hause, und ich möchte nur am Rande darauf hinweisen, daß wohl selten in der Vergangenheit ein solches Arbeitspensum in den letzten Wochen vor Weihnachten bewältigt worden ist wie in diesem Jahr. Und wenn Sie jeden Vorwurf gegen uns erheben können, den, daß wir Ihre Arbeit blockiert hätten, daß wir Sie daran gehindert hätten, Ihre Alternativen zu verwirklichen, diesen Vorwurf werden Sie uns nie machen können. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Zu Beginn der Spezialdebatte beim Kapitel Oberste Organe, sozusagen bei der zweiten Generaldebatte, habe ich Kritik, Kontrolle und Alternativen angekündigt. „Das kann, das muß man von der Opposition verlangen können“, habe ich Ihnen damals gesagt. Wir sind Ihnen nichts schuldig geblieben. Wir haben die Minister fast drei Wochen einer harten Kontrolle im Finanz- und Budgetausschuß unterzogen. Wir haben diese Regierung und ihre Budgetvorstellungen fast drei Wochen im Plenum ausgiebig behandelt und kritisiert, und die Österreichische Volkspartei hat als erste Fraktion in Budgetberatungen Alternativen entwickelt und präsentiert. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

An der Spitze unserer Vorstellungen stand ein klares und eindeutiges steuerpolitisches Konzept. Statt einer Retusche an der Lohn- und Einkommensteuer, die den Weg zu der von allen Parteien als notwendig erkannten großen grundlegenden Reform verbaut, wollten wir die befristeten Sondersteuern termingerecht auslaufen lassen.

Unser Vorschlag hätte den überhöhten Ausgabenrahmen dieses Budgets gesenkt und sein Defizit vermindert. Wir waren selbstverständlich bereit zu verhandeln, bereit, unseren Standpunkt zu begründen und Argumente zu hören, bereit, Kompromisse zu finden. Sie aber haben von vornherein den billigeren Partner gewählt und uns ohne Diskussion niedergestimmt.

Wir haben im Finanz- und Budgetausschuß 32 Anträge vorgelegt. Wo immer ein solcher Antrag Mehrkosten verursacht hätte, haben wir auch die entsprechende Bedeckung vorgeschlagen. Sie haben alle diese Anträge, die das Budget, wenn auch nur geringfügig, verändert hätten, ohne Ausnahme und ohne Diskussion weggestimmt.

Sie haben über unsere Bedeckungsvorschläge gelacht und sie dann in wesentlichen Teilen in Ihre eigenen Abänderungsanträge übernommen.

Dr. Koren

Nachdem Sie im Ausschuß und anschließend hier im Plenum unsere steuerpolitischen Alternativen niedergestimmt hatten, haben wir hier in der Spezialdebatte neuerlich unsere Anträge gestellt, die wir unter den veränderten Bedingungen für notwendig und richtig gehalten haben.

Sie haben sich auch mit diesen Anträgen nicht auseinandergesetzt, sondern sie einfach niedergestimmt. Sie haben den Bergbauern 90 Millionen verweigert, Sie haben den Vorschlag, 77 Millionen zur Stützung der Düngerpriese zu verwenden, abgelehnt. Bezeichnend aber war Ihr Verhalten gegenüber unserem Vorschlag, ein Sonderprogramm zur besseren Ausstattung und Einrichtung wissenschaftlicher Einrichtungen und Hochschulinstitute, die sogenannte Wissenschaftsmilliarde, zu schaffen. Wir haben gerade dazu, meine Damen und Herren, einen klaren, eindeutigen und verwirklichtbaren Finanzierungsvorschlag unterbreitet. Wir haben nicht verlangt, daß ein größeres Defizit in Kauf genommen werden sollte. Die Herren Kollegen Peter und Scrinzi sind auf der Universitätsrampe mit großem Eifer für die Belange der Hochschulen eingetreten. Sie haben dort unseren Vorschlag im Detail verlangt, sie haben ihn am gleichen Tag noch bekommen. Einer Antwort waren wir nicht würdig. (*Zwischenruf des Abg. Peter.*) Am Freitag nachmittag, Herr Kollege Peter, haben Sie ihn bekommen. Reden und Handeln sind wieder zweierlei, wenn man an eine Marschroute gebunden ist.

Sie, meine Herren von der Freiheitlichen Partei, haben die Verantwortung dafür übernommen, daß das vorliegende Budget der Minderheitsregierung den Eintritt in das Jahr 1971 gestattet. Man hat Ihnen dafür einige Gags geschenkt, aber eine Last und eine Mitverantwortung aufgebürdet, die Sie kaum werden tragen können. Sie glauben, einen Erfolg errungen zu haben, in Wirklichkeit haben Sie es dem Bundeskanzler sehr einfach gemacht. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Und niemals, meine Damen und Herren, im Laufe dieser Budgetdebatte waren die verworrenen Linien der Politik des Bundeskanzlers deutlicher zu erkennen als vor 14 Tagen, als er einmal hier auf der Regierungsbank die Contenance verlor und in den Saal hinabgedonnert hat; ich darf aus dem stenographischen Protokoll zitieren: „Die 840 Millionen Schilling, die sich die Freiheitliche Partei in den Verhandlungen geholt hat, hätten Sie sich auch holen können.“ — Gemeint war hier die Österreichische Volkspartei. — „Sie hätten diesen Betrag für die Landwirtschaft haben können, für die Kultur und vieles andere. Sie

haben aber diese Möglichkeiten nicht wahrgenommen.“

Damit, meine Damen und Herren, hat, glaube ich, der Herr Bundeskanzler sehr deutlich gezeigt, daß es überhaupt keine Linie der Budgetpolitik gibt und daß, wer immer bereit ist, ihm seine Stimme zu geben, die Lebensversicherungsprämie für das Kabinett Kreisky verwenden kann, wofür immer er will. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Das, meine Damen und Herren, war wirklich eine Wende in der Budgetpolitik, das sind die neuen Geleise und die neuen Akzente, von denen Sie gesprochen haben. Die politische Klassenlotterie ist eröffnet. (*Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Sie werden in Kürze ein Budget beschließen, das im kommenden Jahr das größte Defizit bringt, das es je gegeben hat, ein Budget, in dem die teuersten Kredite aufgenommen werden, viel teurer als jene, die der Herr Bundeskanzler noch vor Jahresfrist als Wahnsinn bezeichnet hat (*Abg. Fachleutner: Da kann er sich nicht mehr erinnern!*), ein Budget, das einen Konjunkturhaushalt vorgaukelt, der finanziell undurchführbar ist, wenn er erforderlich werden sollte, einen Haushalt, den Sie in dieser Form wohl bestenfalls bis zum Sommer des kommenden Jahres vollziehen können. Vielleicht genügt Ihnen das!

Der Stil, den der Herr Bundeskanzler seit dem Regierungsantritt gewählt hat, war 1970 möglich, er war möglich für kurze Zeit, weil ihm ein wohlfundierter Staatshaushalt und eine ungewöhnliche Hochkonjunktur alle wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Sorgen abgenommen hat, es ihm erlaubt hat, zu agieren statt zu regieren. Die österreichische Bevölkerung hat heuer noch zur Kenntnis genommen, daß die höchste Preissteigerungsrate, die es je gab, die Realeinkommensentwicklung auf ein Minimum reduziert.

Ihr Finanzminister, meine Damen und Herren, hat in einem Interview in Salzburg in seltener Offenheit angekündigt, daß der österreichischen Bevölkerung noch ein zweites Jahr bevorsteht, in dem Sie der Inflation freie Bahn lassen wollen. Glauben Sie wirklich, daß besonders die Bezieher kleiner Einkommen in diesem Land es zwei Jahre lang hinnehmen können, durch Ihre nicht vorhandene Wirtschaftspolitik um den Erfolg ihrer Arbeit geprellt zu werden? Die goldenen Zeiten von 1970 sind mit dem Beschluß über diesen Haushalt für Sie endgültig vorüber. Nächstes Jahr werden Sie, ob Sie wollen oder nicht, mit

Dr. Koren

der rauen Wirklichkeit jener Probleme konfrontiert werden, die Sie seit dem 20. April dieses Jahres so nachhaltig aus dem Gesichtsfeld der Österreicher verdrängt haben, weil Sie sie verdrängen mußten und nicht wahrhaben durften, wenn Sie überleben wollten. Ich werde dem Herrn Bundeskanzler jene Fragen und Themen vorführen, die er erkennt und bewußt verschweigt, jene Fragen, die mit diesem Budget auf keinen Fall gelöst werden können.

Meine Damen und Herren! Das Budget 1971 wird alsbald über die Hürden gehen. In der Euphorie des heutigen Abends sollen aber jene Probleme nicht vergessen werden, die rasch näher kommen und die mit keinem Trapezakt bewältigt werden können. Ich darf sie der Reihe nach kurz skizzieren.

1. Es mehren sich heute sehr rasch und erschreckend die Anzeichen dafür, daß die internationale Hochkonjunktur, die Ihnen heuer sehr zustatten gekommen ist, im kommenden Jahr ernste Einbußen erleiden wird. Auch wenn man nicht den allzu pessimistischen Stimmen folgt, die eine besonders scharfe Rezession erwarten, wird sich eine internationale Konjunkturdämpfung besonders nachhaltig auf die österreichische Wirtschaft auswirken. Ähnlich wie in anderen Ländern droht auch uns in absehbarer Zeit eine Verlangsamung des Wirtschaftswachstums bei anhaltend hoher Inflationsrate.

Dadurch, meine Damen und Herren, werden jene strukturellen Budgetprobleme neuerlich akut, weil eine Abschwächung der Einnahmentwicklung ähnlich wie in der Dämpfung im Jahre 1967 mit konjunkturpolitisch und dynamisiert steigenden Ausgabenerfordernissen zusammentreffen wird. Mit einer solchen Entwicklung wird sich das strukturelle Defizit des Haushalts neuerlich entscheidend vergrößern und weit über die denkbaren Finanzierungsmöglichkeiten hinausgehen. Damit werden jene Probleme, die nach 1967 nur mühsam bewältigt werden konnten, in einem ungleich schärferen Ausmaß akut werden.

Sie haben es heuer, meine Damen und Herren, verabsäumt, in der unerwartet günstigen Konjunktur von 1970 eine bessere Ausgangsposition für die folgenden Jahre zu gewinnen. Es wird schwierige und harte Entscheidungen brauchen, um diese Probleme im nächsten Jahr zu lösen.

Wir, meine Damen und Herren, werden nicht zögern, unsere Vorschläge dazu zu präsentieren.

2. Wir werden 1971 mit allen wirtschaftlichen und politischen Folgen einer hohen Inflationsrate bei gleichzeitig geringer

werdendem wirtschaftlichem Wachstum konfrontiert werden.

Sie überfordern, glaube ich, meine Damen und Herren, die Geduld von Rentnern und Pensionisten und die Geduld der Sozialpartner, wenn Sie glauben, daß es zwei Jahre hindurch möglich sein sollte, eine extrem hohe Inflationsrate zu halten. Ich sage das in echter Sorge um die Entwicklung im nächsten Jahr. Wir werden nicht zögern, Ihnen das wieder und wieder zu sagen.

3. In der Konjunkturpolitik haben Sie ein entscheidendes Jahr versäumt. Noch im ersten Halbjahr haben Sie alle unsere Mahnungen und Hinweise vom Tisch gewischt und erklärt, es sei zu spät, konjunkturpolitisch notwendige Korrekturen am laufenden Haushalt anzubringen. Im Juli hat dann der Herr Bundeskanzler in einer Pressekonferenz propagandistisch die Konjunkturbremsen gezogen, aber erst im September seinen Finanzminister über verschiedene Maßnahmen im Ministerrat berichten lassen. Im Dezember, als es längst zu spät war, hätten die Schlagzeilen vom Juli realisiert werden sollen.

Konjunkturpolitik ist aber in keiner Phase der Konjunktur eine populäre Aufgabe. Das weiß jeder, der sich jemals mit diesen Aufgaben beschäftigen mußte. Wir werden nicht zögern, Ihnen zu sagen, wie Konjunkturpolitik gemacht werden muß.

4. Die Wirtschaftspolitik war noch vor einem Jahr Ihr zentrales Anliegen. Heute ist dieses Wort aus Ihrem Vokabular verschwunden! Sie werden dieses Wort zurückholen müssen und irgendwann auch sagen müssen, wer in diesem Kabinett — ob der Herr Bundeskanzler selbst oder welcher andere Minister — für die Wirtschaftspolitik zuständig ist. Derzeit haben wir den Eindruck, daß niemand zuständig ist! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Wir haben 1968 und 1969 ein klar formuliertes Programm zur Schaffung neuer Instrumente und besserer Grundlagen für die Entwicklung der österreichischen Wirtschaft ausgearbeitet. Gerade Sie, meine Damen und Herren, haben es damals verlacht, weil Ihr Programm viel umfangreicher, viel dicker und viel weiter gesteckt war. Wir haben unser Programm durchgeführt, und Sie arbeiten heute mit den Instrumenten, die wir geschaffen haben. Sie sind selbst nicht einen Schritt weiter auf dem Weg gegangen, den Sie sich selbst gesteckt haben. Wir werden nicht zögern, einen Plan vorzulegen, wie es weitergehen soll.

5. In der Steuerpolitik haben Sie vor den Wahlen sehr klare und sehr eindeutige Vor-

Dr. Koren

stellungen über Ihre Absichten niedergelegt. Es ist heute Ihre Sache, wenn Sie mit den Beschlüssen der letzten Wochen Ihre erklärten Absichten selbst desavouieren. Es ist aber nicht mehr Ihre Sache, wenn Sie damit den dornenvollen Weg zu einer Neuordnung des österreichischen Steuersystems weiter verbarrikadiert haben. Wir werden nicht zögern, die Grundzüge eines leistungsgerechten Steuersystems vorzulegen.

6. Schließlich die Industriepolitik. Sie war der harte Kern Ihres Wahlprogramms. Die große Industrialisierungswelle sollte über Österreich branden. In der verstaatlichten Industrie haben Sie die Bremsen gezogen, auf anderen Gebieten gab es nicht eine einzige Initiative. Wir, meine Damen und Herren, werden nicht zögern, initiativ zu werden.

7. Ab 1973 wird eine Explosion an Österreichs Hochschulen stattfinden. Sieht die Karikatur die für den Lehrbetrieb zur Verfügung stehenden Räume ohnehin heute schon als Sardinendosen, welche Vergleiche werden dann gefunden werden müssen, um der Raumnot richtig gerecht zu werden? Die gegenwärtige relative Ruhe an den Universitäten sollte uns nicht täuschen. Reformversäumnisse — Sie haben die Reform abgestoppt —, Unterlassungen und Fehleinschätzungen könnten heftigere Reaktionen auslösen, als manche heute befürchten mögen. Wir werden nicht zögern, auch hier zu sagen, wie die Reform weitergehen soll.

8. In der Frage des Umweltschutzes droht Österreich in einen gefährlichen Rückstand zu geraten. Die Erkenntnis der Notwendigkeit von Maßnahmen ist auf der ganzen Welt in den letzten Jahren gewachsen, diese Regierung beginnt eben erst — nach dreivierteljähriger Tätigkeit — die Kompetenzlage prüfen zu lassen. Auch hier werden wir nicht zögern, Ihnen ein Konzept vorzulegen.

9. Seit 1969 liegen abgeschlossene Vorarbeiten zur Neuordnung des Spitalwesens vor, die dringend weitergeführt werden müssen. Von einem Konzept dazu ist weit und breit nichts zu bemerken. Geradezu trostlos sieht es mit den ebenfalls von allen Seiten geforderten Finanzierungsreformen in der sozialen Sicherheit aus. Die vom Sozialminister angelegten „Notverbände“ lassen das durchsickernde Unbehagen klar zutage treten.

10. Meine Damen und Herren! Das Unbehagen am parlamentarischen System wächst. Hellhörigen dürften diese Zeichen der Zeit nicht verborgen bleiben. Karl Schmitt etwa konstatiert: „Wie sehr die Institution (gemeint ist das Parlament) geistesgeschichtlich ihren Boden verloren hat und nur noch als ein

leerer Apparat aufrecht steht“. Die negativen Prognosen für die repräsentative Demokratie verstummen nicht mehr, und sie sollten zu denken geben. Und die Diskussion darüber — die vielversprechend ja bereits begann und Kreisky zum Alibi entwertete — wird und soll uns nicht erspart bleiben. Wir werden nicht zögern, diese Frage aufzugreifen und die Diskussion darüber nicht mehr abreißen zu lassen.

Meine Damen und Herren von der Regierungs- und Budgetkoalition! Ich höre schon Ihre polemischen Fragen, warum all dies, was ich jetzt als drängende und dringende Probleme unseres Landes und unserer Gesellschaft aufgezählt habe, nicht schon längst von der ÖVP-Alleinregierung verwirklicht worden ist. Man kann, meine Damen und Herren, der vergangenen Regierung einiges vorwerfen — vielleicht, sie hätte nicht konsequent genug ihre Vorstellungen durchgezogen, sie hätte von den ihr auf Grund der Mehrheit zustehenden Möglichkeiten mehr Gebrauch machen sollen, und anderes mehr. Aber, meine Damen und Herren, damals sind Schritte gesetzt worden, diese Fragen zu lösen, und nicht nur verbal, wie dies heute der Fall ist. Wir verschließen auch heute nicht unsere Augen vor jenen Problemen, die Sie von der SPÖ, als Sie noch nicht in der Regierung waren, sehr deutlich gesehen haben und die Sie jetzt, wo Sie Ihre Vorstellungen verwirklichen könnten, vergessen haben. Wir werden uns in den nächsten Wochen und Monaten mit allen jenen Möglichkeiten auseinandersetzen, die den von uns aufgebauten wirtschaftlichen Wohlstand der Österreicher weiterhin sichern werden. Wir wissen jetzt schon, daß wir hier mehr Mut zur Sachlichkeit werden beweisen müssen, als Sie je aufbringen können. Den Weg, auf den Sie das Irrlicht der scheinbar winkenden Macht gelockt hat, werden wir unter Opfern zurückgehen müssen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Wir werden dem österreichischen Volk zeigen, wie der moderne Staat aussehen soll, den Sie versprochen haben, den Sie aber gleichzeitig mit Ihren Aktionen ad absurdum geführt haben. Daß dieses Kabinett zu solch grundlegenden Reformen nicht fähig sein wird, mag nicht einmal so sehr an den Personen liegen, an jenen Personen, die ihm angehören, mag zumindest nicht nur an jenen liegen. Die Schuld liegt, das haben wir schon oft gesagt, bei dem verfehlten Experiment, das Sie eingegangen sind und das zugeschnitten auf Kreisky auch dessen Schicksal werden könnte. *(Beifall bei der ÖVP.)* Sie wollen die Ausnahme zur Regel machen, Fassaden sollten ein Gebäude ersetzen, und die Emotion des Gags sollte an die Stelle ernster und verant-

Dr. Koren

wortungsbewußter Politik treten. Aber wie lang glauben Sie, meine Damen und Herren, diese Täuschung aufrechterhalten zu können? Wie soll dieses Kabinett angesichts unausweichlich näherrückender Probleme den Mut finden, auch Unpopuläres zu entscheiden? Wie soll die Regierung je wirklich kontroverse Fragen angehen? Wie soll unter solcher Herrschaft die notwendige Strukturreform von Wirtschaft und Gesellschaft weitergeführt werden, eine Reform, die das Land nötiger braucht als einen Kanzler, der ihm alle Wünsche zu erfüllen verspricht? Wenn Sie weiter ohne eine regierungsfähige Mehrheit regieren wollen, werden Sie schon im Sommer des nächsten Jahres mit den harten Realitäten des Rezessionsbudgets 1972 konfrontiert werden. Und Sie wissen so gut wie jeder wirtschaftlich geschulte Mensch in diesem Land, daß Sie mit Ihrer Minderheit zwar das Budget einer Mehrheitsregierung durchführen konnten, ein Budget, das für eine konjunktur- und wirtschaftspolitisch ausgewogene Zeit gemacht worden war, daß Sie aber zu schwach sind, sich den kommenden Problemen zu stellen. Sie, meine Damen und Herren von der SPÖ, haben als Minderheitsregierung nicht den Mut zu Maßnahmen, wie sie eine Zeit der wirtschaftlich schwächeren Entwicklung von Ihnen fordern wird.

Meine Damen und Herren! Die Weihnachtsglocken werden eine Periode sechswöchiger harter Auseinandersetzung beenden. Die Ruhepause kommt Ihrem Team sicherlich gelegen. Dann haben Sie noch zwei Monate bis zum Beginn des Bundespräsidentenwahlkampfes durchzustehen, bis Ihnen der Frühjahrskalender eine weitere Atempause schenken wird. An die Erstellung des Rezessionsbudgets für 1972, die wirkliche Feuerprobe Ihres Teams, werden Sie sich aber kaum mehr wagen können. Sie werden wahrscheinlich rechtzeitig die Reißleine des Neuwahlfallschirmes ziehen, um den Absturz Ihres Regierungsschiffes aufzufangen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Um Wahlkampfgags, wie kostenlose Schulbücher, Gratisfahrten, Beamtentaxis, Privilegienabbau — derzeit besonders beliebt bei Ihnen —, Autosondersteuer et cetera werden Sie sicher nicht verlegen sein. Dieses Vertrauen dürfen wir auch weiterhin in Sie setzen. Sie hingegen vertrauen wahrscheinlich auf die häufig zitierte Uneinigkeit der Österreichischen Volkspartei. Seien Sie versichert, diesen Wahlgag werden wir auf unser Konto zu buchen wissen.

Meine Damen und Herren! Als im Sommer in klarer Erkenntnis der Probleme und der Lösungen, die Sie in diesem Budget vorschlagen werden, die Österreichische Volkspartei ihr Nein zum ersten sozialistischen

Budget erklärte, haben manche vielleicht bedächtig und besorgt den Kopf gewiegt und gefragt, ob diese Vorgangsweise klug und den Gegebenheiten entsprechend wäre. Sie haben weiters bezweifelt, ob uns die Erstellung einer Alternative gelingen und ob der Fraktion der Anzug der Opposition passen würde. Er hat gepaßt, wir haben eine Alternative erstellt, und unser Nein zu diesem Budget hat im Ausschuß, durch die Budgeteinigung zwischen Ihnen und der Freiheitlichen Partei und durch die nachfolgende Diskussion in der zweiten Lesung vielfache Bestätigung erfahren. *(Anhaltender starker Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Peter. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Peter (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die letzten beiden Redner der Österreichischen Volkspartei haben mit der Mannschaftswertung begonnen. Das bedeutet, daß die Budgetdebatte in die Zielgerade gelangt ist. Ich darf bei der Mannschaftswertung anknüpfen, die der ÖVP-Abgeordnete Fachleutner vorgenommen hat. Er wählte Vergleiche aus dem Fußball. Ich darf mich dieses Vergleiches bei der Beurteilung der ÖVP-Mannschaft ebenso bedienen.

Herr Abgeordneter Dr. Koren, ich stehe unter dem Eindruck, daß dem Angriffsspiel der ÖVP-Mannschaft schwere Mängel anhaften. Ich bin weiter der Meinung, daß die ÖVP-Mannschaft im Deckungsspiel der Budgetdebatte nicht gut gewesen ist. Die Verbindungsspieler der Österreichischen Volkspartei haben sich im Verlauf der Budgetberatungen als nicht auf der Höhe erwiesen. Ich stehe auch unter dem Eindruck, daß die Führung der ÖVP-Mannschaft ihr eigenes Spiel durch einige grobe Mängel in der Mannschaftsführung behindert hat. *(Abg. Doktor Bauer: Mit so einem Ersatztormann wie Sie geht es noch!)*

Abschließend zu diesem Thema der ÖVP-Mannschaftswertung vom Standpunkt des freiheitlichen Schiedsrichters aus noch eine Feststellung. *(Abg. Dr. Haider: Reservespieler! — Weitere Zwischenrufe.)*

Präsident Dr. Maleta *(das Glockenzeichen gebend)*: Ich werde gleich abpfeifen!

Abgeordneter Peter *(fortsetzend)*: Ich glaube, Herr Präsident, daß das Abpfeifen nicht notwendig sein wird. Wir können das Spiel weiterführen und hoffen, daß wir es in wenigen Stunden zu einem guten Ende bringen werden. *(Abg. Weikart: Peter, aber der Elfer ist gegessen!)*

Peter

Ich möchte noch auf den Zwischenruf „FPO-Reserve“ zurückkommen, aber ehe ich es tue, Herr Staatssekretär Weikhart, muß ich der ÖVP-Mannschaft dennoch mit allem Nachdruck (*Abg. Machunz: Ein gutes Zeugnis ausstellen!*) — nein, Herr Abgeordneter Machunz — in Erinnerung bringen, daß das erste entscheidende und gravierende Foul im Verlauf dieser Budgetdebatte von einem Spieler der ÖVP-Mannschaft gesetzt wurde. Und damit schließe ich diesen Vergleich gegenüber der ÖVP-Fraktion ab und komme zu meiner eigenen Mannschaftswertung, die ich in diesem Zusammenhang auch vorzunehmen habe.

Eben kam der Zwischenruf, wir Freiheitlichen wären Reservespieler in der parlamentarischen Auseinandersetzung gewesen. Jede Fußballmannschaft, die aufsteigen will, muß den Weg von unten nach oben, also den Weg aus der Reserve nach oben beschreiten. Herr Abgeordneter Haider, ich bin nicht der Meinung, daß wir Freiheitlichen in den Jahren 1966 bis 1970 noch in der Reserve gespielt haben. Nein, in der Mitte des Hohen Hauses saß eine gute Mannschaft der Regionalliga Mitte.

Inzwischen, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, hat sich dieser Zustand geändert. Denn dieser FPO-Mannschaft (*Abg. Dr. Musil: Schiedsrichter zum Telefon! — Heiterkeit*) der Regionalliga Mitte ist es gelungen, in den letzten Monaten in die Nationalliga aufzusteigen. (*Abg. Mayr: „Damit die Richtung stimmt!“ — Abg. Doktor Koren: Die wechselt nur!*) Irrtum, Herr Abgeordneter Mayr! Die Richtung stimmt! Sechs Freiheitliche spielen derzeit so gut, als wären elf vollbesetzt. Das steht außer Zweifel!

Nun muß ich der Österreichischen Volkspartei doch etwas in Erinnerung rufen, was bei ihrem Chefsprecher Dr. Koren wirklich in Vergessenheit geraten ist. Bei der Wertung der sozialistischen Mannschaft bediente er sich des Ausdruckes „der Runden“. Ich nehme an, daß er sich mit dieser Formulierung in den Kategorien des Boxsportes bewegt hat. (*Abg. Dr. Koren: Nicht expressis verbis!*) Wollen wir die „Runden“ einmal politisch betrachten. Die Frühjahrssession, Herr Abgeordneter Dr. Koren, war die erste entscheidende politische Runde für die sozialistische Minderheitsregierung, die in diesem Hause über keine Mehrheit verfügt. (*Abg. Tödling: Über wie viele Runden machen wir es? 15?*) Bleiben wir zuerst bei den ersten drei Runden, Herr Abgeordneter Tödling, und unterhalten wir uns dann über die weiteren Runden.

Nun zur ersten Runde. Ich räume ein, Herr Abgeordneter Dr. Koren, daß es dem Chef des Minderheitskabinetts manchmal schwergefallen ist, die Runde der Frühjahrssession gut zu nehmen. Damals war die ÖVP-Mannschaft noch einigermaßen in Form. Man konnte mit der ÖVP-Fraktion in der Frage der Steuerfreiheit des Überstundenzuschlages ganz gut in eine Runde gehen, die der sozialistischen Fraktion zu schaffen machte. Wie sehr, das ging aus der Reaktion hervor, die seinerzeit von den Sozialisten auf Grund der FPO-ÖVP-Initiative erfolgte.

Aber als dann die rote, von Herrn Doktor Kreisky gesteuerte Limousine am Ende der Frühjahrssession mit Blechschäden die Urlaubsreise anzutreten hatte, waren es am Ende desurlaubes die Karoserieschlosser der Österreichischen Volkspartei mit ihrem Nein zum noch nicht vorliegenden Budget, die diese eingebeulte Karosserie der roten Limousine wieder ausklopften und frisch rot lackierten.

Als in der Herbstsession des Parlaments die zweite Runde begann, waren Sie in dieser der Wahlrechtsreform zugeordneten Runde mit eigenen ÖVP-Initiativen leider, Herr Doktor Koren, überhaupt nicht mehr existent. Als wir dann in die dritte Runde der Herbstsession gegangen sind, nämlich in die der Budgetverhandlungen, da übte die Österreichische Volkspartei neuerdings Absenz, vermutlich, weil sie sich für die entscheidende Auseinandersetzung noch nicht fit fühlte. Die ÖVP-Fraktion nahm an dieser Auseinandersetzung nicht aktiven Anteil, versuchte aber, von der Kritik her zur Wahlrechtsreform Stellung zu nehmen.

Herr Dr. Koren! Ich erinnere mich noch gut der schon am Beginn der Budgetdebatte zitierten ÖVP-Pressekonferenz mit all Ihrer persönlichen Kritik an der Budgeteinigung zwischen der sozialistischen Minderheitsregierung und den freiheitlichen Abgeordneten.

Ich habe dann mit außerordentlichem Vergnügen im Verlaufe der Beratungen im Finanz- und Budgetausschuß erlebt, wie aus dem Saulus Koren der Paulus Koren wurde, der dann das, was er in der Pressekonferenz bezüglich der SPÖ-FPO-Budgeteinigung kritisiert hatte, mit den Stimmen der Österreichischen Volkspartei bejahte.

Vor allem bei den Budgetnebensetzen haben die Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei für die kleine Steuerreform gestimmt. Sie haben weiter für die Beseitigung der Autosondersteuer und ebenso für die Beseitigung der Weinsteuer gestimmt.

Peter

Die ÖVP-Fraktion stimmt dafür, Herr Abgeordneter Dr. Koren, und Sie stellen sich dann in der Schlußrunde ans Rednerpult des Hohen Hauses, um die Budgeteinigung zwischen der sozialistischen Minderheitsregierung und den freiheitlichen Abgeordneten, wie Sie es vorhin taten, in der Frage der Autosondersteuer einer Kritik zu unterziehen, vergessen dabei aber, daß die ÖVP-Abgeordneten hier sehr wohl mitgestimmt haben. (Abg. Dr. Koren: Herr Kollege Peter! Sie dürfen nur nicht vergessen, daß Sie vorher unsere Alternative niedergestimmt haben! Ich habe schon vor geraumer Zeit hier erklärt, daß es ein alter und selbstverständlicher Brauch ist, daß man dann der zweit- oder der drittbesten Lösung zustimmt! Vergessen Sie nicht immer den ersten Akt!) Aber nein. (Abg. Zeillinger: Wo ist der Antrag? Welche Nummer meinen Sie, Herr Koren? — Abg. Dr. Mussil: Im Finanz- und Budgetausschuß haben wir ihn eingebracht!) Man kann diese Debatte ... (Abg. Weikhart: Ein Teil dafür, ein Teil dagegen! — Weitere Zwischenrufe. — Abg. Dr. Mussil: Ich bemängle Ihre Schriftführung, Herr Jungwirth!)

Präsident Dr. Maleta: Am Wort ist der Abgeordnete Peter.

Abgeordneter **Peter** (fortsetzend): Diese Meinungsverschiedenheit läßt sich sehr rasch klären: Wir Freiheitlichen konnten der ÖVP-Alternative nicht Folge leisten, weil wir der Meinung waren, daß unsere eigene besser war. Herr Dr. Koren! In dieser Auffassung sind wir ja durch Ihre Entscheidung bestätigt worden, nämlich dadurch, daß Sie dann der FPÖ-SPO-Alternative die Zustimmung erteilt haben. Sie können es drehen und wenden, wie Sie wollen, Faktum ist, daß die Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei für die Beseitigung der Autosondersteuer gestimmt haben! (Abg. Dr. Mussil: Im Herumreden sind Sie fast schon wie der Kreisky! Sie haben vollkommen von ihm angezogen! — Abg. Dr. Koren: Der Herr Bundeskanzler verwahrt sich dagegen! — Heiterkeit. — Weitere Zwischenrufe.)

Präsident Dr. Maleta: Stop, stop, stop! Bitte, meine Damen und Herren, am Wort ist der Redner!

Abgeordneter **Peter** (fortsetzend): Ich habe volles Verständnis, Herr Abgeordneter Doktor Mussil, dafür, daß Sie die Wahrheit hart trifft (Abg. Dr. Mussil: Überhaupt nicht!) und Sie dieselbe nicht gerne hören, da Sie ja im Budgetausschuß bezüglich der Autosondersteuer-Aufhebung eine unangenehme Aufgabe zu erfüllen hatten. (Abg. Dr. Mussil: Wir haben einen profunden Antrag eingebracht!)

Sie haben ihn niedergestimmt, und dann haben wir der zweitschlechten ...! — Abg. Dr. Koren: Der drittschlechten! — Abg. Dr. Mussil: ... der drittschlechten Lösung zugestimmt, die von Ihnen stammt! So war es! — Weitere Zwischenrufe.) Ich stelle fest, der Abgeordnete Mussil redet viel besser „herum“ als Bundeskanzler Dr. Kreisky! (Abg. Dr. Withalm: Das ist nicht leicht möglich! — Heiterkeit bei der ÖVP.)

Nun muß noch über die „fünft- und sechschlechten“ ÖVP-Anträge gesprochen werden, nämlich über die Anträge der Österreichischen Volkspartei auf Beseitigung aller Sondersteuern in einem Zug. Da sich aber die Budgetdebatte dem Ende nähert, wollen wir nicht wieder von vorne beginnen! Schließlich haben wir Freiheitlichen dazu schon ablehnend Stellung genommen.

Herr Abgeordneter Dr. Koren! Sie stellten fest, daß sich Ihrer Meinung nach die sozialistische Minderheitsregierung bei dem Versuch, eine Mehrheit für das Budget zu finden, des „billigeren“ Partners bedient habe. Sie haben leider diesen Ausdruck nicht präzisiert. (Abg. Graf: Genau! Er meinte Ihre Partei!) Sie können diesen Koren-Ausdruck noch in einer weiteren Wortmeldung interpretieren, Herr Abgeordneter Graf! (Abg. Dr. Mussil: Er meinte Ihre Qualität!)

Ich frage zurück: Wie „teuer“ sind denn Sie, Herr Abgeordneter Dr. Koren? (Abg. Graf: Teurer als Sie, Herr Peter!) Warum haben Sie dann den „Preis“ in den Budgetgesprächen nicht genannt, Herr Abgeordneter Graf? (Abg. Graf: Weil Sie schon dran waren!) Ach, weil wir schon dran waren? (Abg. Graf: Freilich!) Auch das haben Sie versäumt. Das ist wirklich bedauerlich.

Ich komme zurück zur Feststellung des Herrn Abgeordneten Koren. Wir Freiheitlichen haben jedenfalls die Einladung der sozialistischen Minderheitsregierung zu Budgetverhandlungen angenommen, mit derselben verhandelt und einen positiven Abschluß herbeigeführt.

Wir sind dabei nicht von der Überlegung ausgegangen, zu lizitieren und die Budgetsituation einer weiteren Verschärfung zu unterziehen. Wir Freiheitlichen wollten den Versuch unternehmen, einen tragbaren Kompromiß zu erarbeiten, und sind der Meinung, daß uns das gelungen ist.

Wir sind nicht der Meinung, die Sie, Herr Abgeordneter Dr. Koren, geäußert haben, daß wir es nämlich der sozialistischen Minderheitsregierung leichtgemacht hätten, die Schwelle des Jahres 1971 zu überschreiten.

Peter

Hier ergibt sich aber die Frage, ob Sie, Herr Klubobmann Dr. Koren, tatsächlich der Auffassung sind, die Sie vorhin zum Ausdruck gebracht haben. Ist die ÖVP — ich sage nicht: so geschlossen; ich möchte die Diskussion nicht in diese Linie führen — so stark, wie Sie es heute darzustellen versuchten, daß sie sich sofort der Entscheidung des Wählers in der Erwartung stellen kann, daß sie ihr Tief vom 4. Oktober 1970 bereits zu überwinden glaubt? Aus Ihren heutigen Ausführungen mußte man das schließen. (Abg. Graf: Ja, Konsolidierungsprozeß, mein Lieber!) Also schon abgeschlossen? (Abg. Graf: Ja, ja! Sie glauben es nur nicht! Sie werden es aber schon merken! — Abg. Ing. Häuser: Weihnachtsmärchen!) Ich stelle nach dem Zwischenruf des Abgeordneten Graf fest, daß es in der ÖVP-Fraktion wenigstens eine qualifizierte Minderheit gibt, die an den Konsolidierungsprozeß glaubt. (Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der SPÖ.)

Es könnte aber auch sein, Herr Abgeordneter Graf, daß die Dinge in Ihrem Partei- und Wählervolk vielschichtiger sind, als Sie annehmen. (Abg. Graf: Wir haben mehr Wähler als Sie! Daher sind wir vielschichtiger!) Es wäre traurig, wenn Sie schon jetzt weniger Wähler hätten als wir. (Beifall bei der FPÖ. — Abg. Graf: Herr Peter! Wir werden immer mehr Wähler haben als Sie! Ihre werden immer weniger werden! Die Dieseltreibstoffgeschichte kostet Sie vieles!) Sie sind jetzt unter die Propheten gegangen, Herr Abgeordneter Graf! Das Orakel von Koren ... (Abg. Graf: Das von Delphi!) Verzeihung, von Delphi. Auch das soll nicht immer gestimmt haben! (Abg. Dr. Mussil: Sie haben in der letzten Zeit wahnsinnig viele Fehler begangen, Herr Collega!) Ich bin gerne bereit, mit Ihnen über Fehler zu diskutieren, die mir unterlaufen sein könnten. Ich schließe nicht aus, daß einem Politiker Fehler passieren. Sie scheinen aber die Auffassung zu haben, daß das bei der ÖVP nicht der Fall ist. (Abg. Zeillinger: Sie von der ÖVP, Sie halten sich immer für fehlerlos! — Weitere Zwischenrufe.)

Präsident Dr. Maleta: Meine Damen und Herren! Die Stimmung wird scheinbar sehr gelöst. Am Wort ist Kollege Peter.

Abgeordneter **Peter** (fortsetzend): Herr Präsident! Ich werde mir erlauben, dazu beizutragen, daß sie noch lockerer wird. (Heiterkeit.)

Herr Abgeordneter Dr. Koren hat dann weiter festgestellt, daß die Zustimmung der freiheitlichen Abgeordneten zum Bundesvoranschlag 1971 eine Hilfe für Dr. Kreisky und

eine solche für die sozialistische Minderheitsregierung darstellen würde. — Damit bin ich einverstanden. Nur darf ich diese Auffassung ergänzen: Unser freiheitliches Ja zum Budget 1971 ist nicht nur eine Hilfe für die sozialistische Minderheitsregierung, sondern auch eine Hilfe und wesentliche Erleichterung für die ÖVP-Fraktion. (Abg. Graf, auf die SPÖweisend: Drüben ist die Sicht! — Abg. Doktor Gruber: Altruismus! Altruismus! — Weitere Zwischenrufe.) Herr Abgeordneter Doktor Gruber! Ich bin der Meinung, daß unser Ja zum Budget tatsächlich eine wesentliche Erleichterung für Sie ist, auch wenn Sie uns mit dem Zwischenruf „Altruismus“ begegnen. (Abg. Dr. Gruber: Das haben wir schon einmal gehört!) Denn die Auffassungen in Ihrer Partei und an deren Spitze sind im Augenblick bei weitem nicht so homogen, wie Sie es darzustellen versuchen. (Abg. Doktor Mussil: Das ist ein Aberglaube!)

Herr Abgeordneter Dr. Koren! In Wirklichkeit ist der Bundesvoranschlag 1971 eine Mischung aus Koren und Androsch. (Abg. Doktor Mussil: Mit einer schriftlichen Unvernunft durchsetzt, durch und durch! — Abg. Machunze: Drei Viertel Koren und ein Viertel Androsch!)

Das Resümee der Ausführungen des Klubobmannes der Österreichischen Volkspartei Dr. Koren gipfelt in der sachlich berechtigten Forderung nach Reformen. Hier pflichte ich Ihnen bei. Nur war Ihre gesamte Rede, Herr Abgeordneter Dr. Koren, ein untrüglicher Beweis dafür, daß Reformen in Zukunft durchgeführt werden müssen, zu denen weder eine Regierung der großen Koalition noch eine Alleinregierung der Österreichischen Volkspartei in der Vergangenheit befähigt war. Es wird aller Anstrengungen der drei Fraktionen dieses Hohen Hauses bedürfen, dieser Aufgabe gerecht zu werden.

Eine weitere Frage des Herrn Abgeordneten Dr. Koren an die sozialistische Minderheitsregierung lautete, wie lange sie die Öffentlichkeit zu täuschen beabsichtige; das heißt, wie lange der jetzige Zustand aufrechterhalten würde.

Wenn man sie objektiv zu beantworten versucht, könnte folgendes geantwortet werden: Vermutlich so lange, solange sich die Österreichische Volkspartei in ihrer derzeitigen Schwächephase befindet. Gestatten Sie, daß ich das mit allem Nachdruck festhalte, auch wenn Sie, Herr Dr. Koren der Meinung sein sollten, daß sich die Österreichische Volkspartei derzeit in keiner Schwächephase befindet.

Peter

Nun darf ich mein Wort an Sie, Herr Bundesminister für Finanzen, richten. Wenn wir nun in wenigen Stunden unser abschließendes freiheitliches Ja zum Bundesvoranschlag 1971 setzen, so haben wir jene Verpflichtung vollinhaltlich wahrgenommen, die wir als FPÖ-Fraktion bei den Budgetverhandlungen übernommen haben.

Herr Minister Dr. Androsch! Sie wissen, daß fünf wesentliche Punkte der SPÖ-FPÖ-Parteienvereinbarung über die Budgetabstimmung hinausgehen und ins kommende Haushaltsjahr hineinwirken. Ich ersuche namens der freiheitlichen Abgeordneten die Bundesregierung, aber auch die sozialistischen Abgeordneten, mit allem Nachdruck die Vorarbeiten für diese wesentlichen Bestandteile unserer gemeinsamen Vereinbarung am Beginn des Jahres 1971 unverzüglich in Angriff zu nehmen. *(Abg. Dr. Mussil: Da werden Sie noch Wunder erleben!)*

Gerade in diesen fünf Punkten liegt ein Teil jener Forderungen, die auch der Klubobmann der Österreichischen Volkspartei heute zum Ausdruck gebracht hat. Meines Erachtens sind diese Vereinbarungen auf weiten Strecken ein Anliegen, das weit über Parteigrenzen hinausgeht und das grundlegende Strukturprobleme der Budgetpolitik berührt.

In erster Linie ist es jene Regierungsvorlage, mit der dem Nationalrat ein neues Haushaltsrecht unterbreitet werden soll. Beim neuen Haushaltsrecht soll insbesondere auf eine moderne Budgettechnik und eine mehrjährige Budgetplanung Bedacht genommen werden.

Wir wissen auch, daß wir mit der FPÖ-Forderung nach Einführung der Mehrwertsteuer ein Problem anschneiden, das nicht nur auf diese Materie allein begrenzt ist, sondern das in der Endkonsequenz in der Neuordnung unseres gesamten Steuersystems gipfelt.

Von der erfolgreichen Bewältigung dieses Komplexes wird es abhängen, ob in den nächsten Jahren die Budgetierung leichter und erfolgreicher erfolgen kann als bisher.

Besonders am Herzen liegt uns freiheitlichen Abgeordneten die Verwaltungsreformkommission, die nunmehr einen abschließenden Bericht über jene Maßnahmen erstatten soll, die zur Zeit der ÖVP-Alleinregierung in die Wege geleitet worden sind.

Darüber hinaus ist Gegenstand der Vereinbarung der sozialistischen Minderheitsregierung und der freiheitlichen Abgeordneten die Modernisierung der Verwaltungsreformkommission zum Zwecke der Rationalisierung.

In diesem Zusammenhang sollen Organisationsfachleute und solche der Verwaltung, des Rechnungshofes, der Wirtschaft und der Wissenschaft herangezogen werden, um die Staatsverwaltung so rasch wie möglich in die Lage zu versetzen, ihre Verwaltungsaufgaben rationeller wahrzunehmen. Wir halten heute bei 40 Prozent des Gesamthaushaltes, die für Verwaltungsaufgaben erforderlich sind. Die ausweitende Tendenz ist beängstigend. Um so notwendiger ist es, Abhilfe zu schaffen.

Herr Bundesminister für Finanzen! Ich erinnere Sie weiter an die vereinbarte Regierungsvorlage, mit der die Fernverkehrsteuer auf Umsatzsteuerbasis umgestellt werden soll.

Nicht zuletzt haben sozialistische Minderheitsregierung und freiheitliche Abgeordnete in den Parteiverhandlungen abschließend festgestellt, daß alle Kräfte aufgeboten werden sollen, um die Finanzpolitik mit der notwendigen Verantwortung und Sparsamkeit mit dem Ziel zu betreiben, die Kaufkraft der Währung aufrechtzuerhalten.

Mit allem Nachdruck bitte ich Sie, nun Ihrerseits die offenen Teile der Vereinbarung zu realisieren und die zugesagten Regierungsvorlagen vorzubereiten, damit wir zeitgerecht im Jahre 1971 an die Diskussion dieser Probleme herangehen können.

Meine Damen und Herren! Alle drei Fraktionen dieses Hohen Hauses haben in den letzten Wochen eine umfassende Arbeit geleistet. Dennoch erfüllt uns am Ende dieser umfassenden und schwierigen Budgetdebatte ein Unbehagen *(Abg. Dr. Mussil: Das glaube ich!)*, ein Unbehagen, das aus den Reihen aller drei Fraktionen angeklungen ist. *(Abg. Dr. Mussil: Bei uns auch!)* Herr Abgeordneter Dr. Mussil! Das von mir gemeinte Unbehagen ist nicht so gelagert, wie Sie es etwa durch den Zwischenruf ungeschwellig darzustellen versuchten. Es ist ein Unbehagen dahin gehend, daß weitgehende Reformen in unserem demokratischen Gemeinwesen notwendig sind und daß dieselben auch die Arbeitsgrundlagen dieses Hohen Hauses miteinbeziehen müssen.

Eine der entscheidendsten Aufgaben, die wir Freiheitlichen vor uns sehen, ist die Reform der Geschäftsordnung des Nationalrates mit dem Ziel, dem Parlament moderne und zeitgemäße Arbeitsformen zu geben, die es in die Lage versetzen, seiner schwierigen Aufgabe in einer Epoche großer gesellschaftlicher Veränderungen gerecht zu werden.

Neu — sagte der Klubobmann der Österreichischen Volkspartei — ist, daß die Freiheitliche Partei Österreichs zum ersten Mal

Peter

einem Bundesbudget die Zustimmung erteilt.
— Das entspricht den Tatsachen!

Wir Freiheitlichen geben der Erwartung Ausdruck, daß es in diesem Hohen Hause nicht nur bei dieser einen Neuerung bleibt, sondern daß dieser Neuerung weitere mit dem Ziel folgen werden, die Arbeitsgrundlagen des österreichischen Nationalrates so qualitativ wie nur möglich zu verbessern und zu erneuern, damit das Hohe Haus stets und allezeit seiner demokratischen Aufgabe gerecht werden kann.

Nie aber werden wir Freiheitlichen uns in schwierigen Situationen des Staates scheuen, wenn notwendig, eine Teil- oder eine Mehrverantwortung zu übernehmen.

Für eines vermögen wir aber kein Verständnis aufzubringen: daß Sie, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, diese Bereitschaft der Freiheitlichen, einen Teil der Verantwortung zu übernehmen, wenn sich die ÖVP-Fraktion dazu außerstande sieht, so gering einschätzen. Aber diese unverständliche Haltung der ÖVP-Abgeordneten wird uns dennoch nicht abhalten, der Verantwortung, die wir übernommen haben, gerecht werden.

Auch aus diesem Grund werden die freiheitlichen Abgeordneten dem Bundesvoranschlag 1971 die Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Dr. **Maleta**: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Finanzminister. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Finanzen Dr. **Androsch**: Herr Präsident! Hohes Haus! Der Klubobmann der großen Oppositionspartei hat davon gesprochen, daß sie mehr Mut zur Sachlichkeit aufbringen werde, als wir, als die Regierung und die Regierungspartei je aufbringen können. Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang eine rückblickende Betrachtung auf die Diskussion im vergangenen Herbst, als es darum gegangen ist, festzustellen, welche Entwicklung der Bundeshaushalt, die Bundesfinanzen nach der damals geltenden Rechtslage nehmen werden.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Sie werden sich erinnern, daß mein Amtsvorgänger nicht bereit war, damals seine Orientierungsgrößen bekanntzugeben. Wie das mit der Vorstellung von Mut und Sachlichkeit zu verbinden war, ist eine andere Sache. Jedenfalls hat sich dann wenige Wochen nach dieser Weigerung, als die Budgetvorschau des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen veröffentlicht wurde, herausgestellt, daß für die Jahre 1971 und 1972 mit Budgetabgängen zwi-

schen 15 und 20 Milliarden Schilling gerechnet werden müsse.

In Kenntnis der uns nicht bekanntgegebenen Orientierungsdaten hat der Herr Professor Koren als amtierender Finanzminister am 5. Jänner 1970 dem ÖVP-Pressedienst ein Interview gegeben, in dem er das Auslaufen der Sondersteuern, eine Milderung der Einkommensteuerprogression und die Sicherstellung, daß die Überschüsse des Familienlastenausgleiches nicht wie in den beiden vorangegangenen Jahren zur Bedeckung des Budgets herangezogen werden, angekündigt hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Demgegenüber haben wir, am 22. November 1969, nicht in Regierungsverantwortung, nicht für die Finanzen des Bundes verantwortlich, auf einem Parteigremium unserer Partei ein Finanzierungskonzept vorgelegt, in dem wir über die Lage und Entwicklungstendenzen der Bundesfinanzen unsere Vorstellungen erarbeitet und — als Oppositionspartei — erklärt haben, daß ein Auslaufen der Sondersteuern angesichts der gegebenen Situation nicht möglich sein werde.

Bei wem nun mehr Verantwortung und mehr Opportunität gelegen hat, überlasse ich der Beurteilung des Hohen Hauses. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zum Problem des Bundesvoranschlages 1971 gestatten Sie mir zwei kurze Zitate aus einem Artikel in der „Presse“ vom 31. Oktober, den Professor Hans Seidl vom Institut für Wirtschaftsforschung verfaßt hat. Er meint hier: „Die Aufgabe des Finanzministers, die Ausgabenansprüche mit den Einnahmemöglichkeiten abzustimmen, wurden vor allem dadurch erschwert, daß das Budget 1971 mit einer fühlbaren Hypothek vorbelastet ist.“ Und er schreibt dann weiter: „Der entscheidende Bruch, der von Experten mit verschiedener politischer Orientierung gesehen und öffentlich kritisiert wurde, lag somit im Jahre 1970. Er hat verständliche politische Gründe: der Voranschlag wurde im Zeichen der bevorstehenden Nationalratswahlen erstellt, die neue Regierung brauchte Zeit, um sich mit den Problemen vertraut zu machen, und nennenswerte Bindungen von Ausgaben wären ab Mitte 1970 kaum noch wirksam gewesen, da die Aufträge bereits vergeben waren.“

Das sei zur konjunkturpolitischen Situation des laufenden Jahres und zur Ausgangssituation für die Erstellung des Bundesvoranschlages 1971, bei dem es geglitten hat, ein drohendes Defizit von 15 Milliarden auf ein finanzierbares und ökonomisch vertretbares Maß zu reduzieren, vorausgeschickt, auf Grund der Hypotheken, die nicht nur von uns behaupt-

Bundesminister Dr. Androsch

tet werden, sondern von unabhängigen Fachleuten festgestellt wurden, und gerade im Hinblick — und da stimme ich mit Ihnen durchaus überein, Herr Professor Koren — darauf, daß die Situation im Jahre 1972 noch schwieriger sein wird, aber daß mit diesem Budget und den über das Jahr 1971 hinausgehenden Beschlüssen bereits wesentliche Entscheidungen getroffen worden sind, diese Situation zu erleichtern. Es handelt sich um eine Situation, die sich ergeben hat nach fünf Budgets jener Regierung, der Sie ungefähr die halbe Legislaturperiode als Finanzminister angehört haben.

Nun gestatten Sie mir einige Bemerkungen zu den „Alternativen“. Es ist in Ihren Ausführungen von einer Konjunkturabflachung die Rede gewesen. Gleichzeitig kritisierten Sie die Ausgabenexplosion. Wenn man sich die Anträge im Zuge der Budgetdebatte ansieht, dann war auf der einen Seite die Kritik an der Ausgabenexplosion zu vernehmen, auf der anderen Seite waren namhafte Ausgaben erhöhungen beantragt. (*Abg. Dr. Koren: Aber jeweils mit Bedeckungsvorschlägen!*) Ich komme auf die Bedeckung zu sprechen.

Es wird die Höhe des Defizites kritisiert, und es wird von Ihnen darauf hingewiesen, daß es das „größte Defizit ist, das es je gab“. In absoluten Zahlen ist das sicherlich richtig. Aber Sie werden mit mir übereinstimmen (*Abg. Dr. Hauser: Nicht leicht!*) — das ist dann das Problem des Herrn Abgeordneten Dr. Koren —, Sie werden mit mir darin übereinstimmen, daß in einer dynamischen Wirtschaft — und um eine solche handelt es sich — absolute Vergleiche weniger aussagekräftig sind als relative. Da aber zeigt sich, daß es gelungen ist, die Höhe des Abganges für 1971 prozentuell niedriger zu präliminieren, als das im vergangenen Jahr für 1970 im Hinblick auf ein Hochkonjunkturjahr geschehen ist.

Sie sagen: „das größte Defizit“, und gleichzeitig schlagen Sie namhafte Mindereinnahmen vor, wie das Ihr Antrag zur Einkommensteuernovelle beinhaltet hat. Schließlich kritisieren Sie auf der einen Seite, daß die Subventionen nicht gekürzt werden oder wurden, und kritisieren gleichzeitig die Kürzung der Subventionen. Das als „Alternative“ zu bezeichnen, überlasse ich auch der Beurteilung des Hohen Hauses. (*Abg. Pay: Der Fachmann Koren!*)

Mir ist schon durch vier Jahre als Oppositionsabgeordneter durchaus bekannt, wie schwierig es ist, Budgetalternativen zu erstellen. Aber Sie haben von uns nicht nur Budgetalternativen, ja Sie haben jährlich ein Alternativbudget verlangt. (*Abg. Dr. Koren:*

Sie haben beides nicht gemacht!) Nun müssen Sie selber zugeben, daß das gar nicht möglich ist (*Abg. Dr. Withalm: Sie haben es angeboten damals!*), ja daß Ihre Budgetalternativen so aussehen, wie ich es eben geschildert habe.

Und nun, Hohes Haus, zu den Bedeckungsvorschlägen. Ich möchte feststellen: Ein Antrag dazu war nicht im Ausschuß, sondern es war ein Debattenbeitrag des Herrn Abgeordneten Koren mit einem „Bedeckungsvorschlag“, der eine Summe von 1,8 Milliarden beinhaltet hat.

Ich habe unmittelbar, nachdem dieser Debattenbeitrag geleistet worden war, sagen können, daß sicherlich ein Drittel davon realisierbar ist, aber zwei Drittel auf gar keinen Fall.

Sie, Herr Abgeordneter Dr. Koren, der Sie das Budget 1970 gemacht haben, wissen doch ganz genau, daß nicht Personaleinsparungen im Ausmaß von 500 Millionen Schilling für 1971 drinnen sind, weil sie schon nicht mehr für 1970 drinnen waren, da Sie den Personalaufwand, mit Recht, bei der Budgeterstellung auf das voraussichtliche Maß gekürzt haben und wir froh sein müssen, recht und schlecht damit durchzukommen. Wir konnten etwa bei der Post nicht durchkommen, weil willkürlich in der letzten Phase der Budgeterstellung für 1970 hier die Beträge reduziert wurden, mit der Folge, daß namhafte Überschreitungen im laufenden Jahr notwendig geworden sind.

Ebenso verhält es sich mit den Erhöhungen bei den Zöllen und der Umsatzsteuer. Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auf der einen Seite zu kritisieren oder zu prophezeien, daß die Finanzierbarkeit dieses Bundesvoranschlages im Jahre 1971 angeblich nur für ein halbes Jahr gesichert sei, aber in sogenannten Bedeckungsvorschlägen gleichzeitig eine Erhöhung der Zolleinnahmen und Einnahmen aus der Umsatzsteuer hineinzunehmen, was das für ein Bedeckungsvorschlag ist, das überlasse ich ebenfalls dem Hohen Haus zu beurteilen. Ich weiß nicht, wem es hier einer Berechtigung ermangelt, von einer Täuschung der Öffentlichkeit zu sprechen.

Ich werde dann noch auf das Argument der „teuersten“ Kredite zu sprechen kommen, aber, Herr Abgeordneter Dr. Koren, in Ihren Finanzierungsüberlegungen für das laufende Jahr waren höhere Auslandskredite vorgesehen; ich werde dann noch bei der Situation des Kapitalmarktes darauf zu sprechen kommen.

Bundesminister Dr. Androsch

Schließlich sprechen Sie von einem „Vorgaukeln“ eines Konjunkturhaushaltes. Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich war bei der Erstellung des Budgets der Meinung, daß es gelte zu vermeiden, was uns im Jahre 1967 passiert ist und was nicht zuletzt maßgeblich dafür schuld daran war, daß wir in die Situation gekommen sind, in der wir uns auf dem Gebiet der Bundesfinanzen befinden. Ich stehe gar nicht an, anerkennend festzustellen, daß mein Amtsvorgänger hier schon große Bemühungen gesetzt hat, das zu beseitigen; temporär, für zwei Jahre. Das war das Ergebnis des „Paukenschlages“, aber keine Sanierung auf Dauer; da werden Sie mit mir übereinstimmen.

Bei dem Konjunkturausgleich-Voranschlag handelt es sich um kein Vorgaukeln, sondern um eine vorsorgliche Vorsorge. Bei den Konjunkturerwartungen für das kommende Jahr, wie sie in den letzten Tagen auch von den Fachleuten in der Prognosesitzung festgestellt wurden, kann man die Situation ungefähr so beurteilen, wie ich sie jetzt schildere. Und ich darf dem Hohen Haus berichten, daß ich hier im Gegensatz zu meinem Freund, dem Handelsminister Dr. Staribacher bin; denn er schätzt mit hundertprozentiger Sicherheit, daß der Konjunkturausgleichshaushalt nicht notwendig sein werde, ich hingegen nur mit einer 95prozentigen Sicherheit. Aber, Hohes Haus, wir fühlen uns verpflichtet, vorzusorgen für den Fall, daß die internationale Wirtschafts- und Konjunkturentwicklung eine wesentlich ungünstigere Tendenz nimmt, als derzeit anzunehmen ist.

Ich gebe gerne zu, daß im Falle des Inkraftsetzens oder teilweise Inkraftsetzens es Finanzierungsschwierigkeiten gibt, nicht zuletzt deswegen, weil wir eine Finanzierungsenge schon auf Grund der Tatsache haben, daß die Tilgungs- und Zinsenleistungen für die bestehende Staatsschuld anteilmäßig um gute zwei Prozentpunkte gestiegen sind. Das ist immerhin ein Betrag von 2 Milliarden Schilling. Ob das Defizit um 2 Milliarden Schilling kleiner oder größer ist, wäre allein vom Finanzierungstechnischen Standpunkt aus zweifelsohne von größter Bedeutung.

Nun haben Sie auch die Frage des „Preises“ von 840 Millionen Schilling für das Erhalten einer Mehrheit gezogen. Der Bundesregierung war es selbstverständlich klar, daß sie nicht unverändert diesen Bundeshaushalt im Parlament werde durchbringen können. Wir haben aber von allem Anfang an erklärt, daß wir gesprächsbereit, verhandlungsbereit sind, soweit das im Rahmen der Grundsätze, zu denen sich die Regierung in ihrer Regie-

rungserklärung bekannt hat, möglich ist. Daß Sie nicht in der Lage oder nicht willens waren, darüber zu verhandeln, darob können Sie niemandem anderen einen Vorwurf machen als sich selbst. (*Beifall bei der SPÖ.*) Denn ich hatte aus den Verhandlungen den Eindruck, daß die drei Herren, die zu den Gesprächen gekommen waren, durchaus unterschiedlicher Meinung waren. Ich hatte persönlich den Eindruck, daß Sie, Herr Abgeordneter Dr. Koren, am ehesten bereit waren, zu verhandeln, es ist aber zu weiteren Gesprächen in Ermangelung eines entsprechenden Interesses Ihrerseits nicht gekommen.

Wenn Sie nunmehr von den drängenden und dringenden Problemen sprechen, von den Erfordernissen, daß Schritte gesetzt werden müssen, von der Hochschulsituation, vom Umweltschutz, von der Finanzierung der sozialen Sicherheit, so könnte ich es mir leicht machen und sagen: Wir werden dem Hohen Haus alle jene Konzepte vorlegen, die wir vorgefunden haben, die die vorangegangene Regierung in vier Jahren erarbeitet hat. Beim Umweltschutz, bei der Finanzierung der sozialen Sicherheit, bei der Hochschulsituation werden wir da dem Hohen Haus kaum etwas vorlegen können. Das ist das Problem.

In dieser Situation, Herr Abgeordneter Doktor Koren, in düsteren Worten von weiteren nicht absehbaren Reaktionen an den Hochschulen zu sprechen, das kriegt doch irgendwo den leichten Anklang zur Aufforderung; die Demonstration, die es zuletzt gegeben hat, und was sich hier in der Diskussion gezeigt hat (*Abg. Graf: Keine Polemik, Herr Minister!*), macht die Situation allerdings wirklich nicht erfreulich. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Ich darf noch einmal sagen: Sie meinen, wir sind zu grundlegenden Reformen nicht fähig; Sie meinen, daß wir die Öffentlichkeit täuschen; Sie meinen, daß wir zu schwach sind, uns den Problemen zu stellen. Hohes Haus! Wer die innenpolitische Landschaft in den letzten Wochen verfolgt hat, wird sich ein Bild machen und ein Urteil fällen können, wer in der gegenwärtigen Situation in der Lage ist, die Probleme anzugehen und Entscheidungen zu fällen. (*Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.*)

Wenn Sie meinen, daß wir den „Fallschirm von Neuwahlen“ brauchen, so möchte ich Ihnen dazu folgendes sagen: Wir haben unsere Vorstellungen, wir haben unser Programm und werden uns in der gegebenen politischen Situation bemühen, diese durchzusetzen; aber sehr zum Unterschied von anderen Zeiten und nicht so lange zurückliegenden Zeiten werden wir, wenn wir das Vertrauen der Bevölkerung

Bundesminister Dr. Androsch

nicht haben sollten, auch ohne Wehmut aus unseren Funktionen scheiden. (*Abg. Graf: Herr Minister! Sie sollten hier unten reden! Wenn Sie polemisieren wollen — hier herunter ist der Platz für eine Polemik! — Abg. Libal: Wo ist da die Polemik? — Weitere Zwischenrufe.*)

Präsident Dr. Maleta (*das Glockenzeichen gebend*): Meine Damen und Herren! Am Wort ist der Herr Bundesminister. Bitte keine Debatte! Am Wort ist der Herr Minister, und die Entscheidung, was Polemik ist, liegt beim Präsidenten. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Bundesminister Dr. Androsch (*fortsetzend*): Ich darf mich nun den Fragen der Steuerreform zuwenden. Es ist zweifelsohne so, daß wir konfrontiert sind mit einem historisch gewachsenen Steuersystem, das in vielen Punkten naturgemäß mit den Anforderungen eines modernen Industriestaates nicht mehr in Einklang steht. Der Ruf nach Reformen ist daher berechtigt, wenngleich er sich immer an Einzelpunkten, an Einzelsteuern aufhängt, was nicht unverständlich ist. Daher ist es ohne Frage notwendig, zu einer Reform zu kommen. Ich meine, daß eine solche Reform nicht von einzelnen Bestimmungen, nicht von einzelnen Steuern, ja nicht einmal vom Steuersystem als solchem ausgehen kann, sondern daß im Gesamtsystem die Entzugswirkung der Einnahmen einerseits gesehen werden muß und die Wirkungen der Ausgaben, die ja wieder in den Wirtschaftskreislauf zurückfließen, betrachtet werden müssen.

Zweifelsohne hat der Herr Abgeordnete Dr. Broesigke recht gehabt, wenn er hier zwei Forderungen für eine solche Reform aufgestellt hat, nämlich die, daß es eine möglichst einfache Einhebungsart sein soll, die angestrebt wird, und gleichzeitig der Grundsatz der Steuergerechtigkeit verwirklicht werden soll.

Ich möchte aber auch bei dieser Gelegenheit auf das Spannungsverhältnis zwischen diesen beiden Forderungen hinweisen. Gerechtere Steuern bedeuten subtilere Bestimmungen, differenziertere Bestimmungen, und das ist zweifelsohne nicht unbedingt in Einklang zu bringen mit der Forderung auf Einfachheit. Hier wird es im Einzelfall abzuwägen gelten, welche Richtung man geht.

Wieso nun durch die zweifelsohne im gegebenen System — zugegeben — getroffenen Maßnahmen der Weg zu einer Reform verbarrikadiert sein soll, kann ich nicht erkennen. Ich kann es nicht erkennen im Lichte Ihres Interviews vom 5. Jänner im „ÖVP-Pressedienst“, ich kann es aber auch nicht erkennen aus dem Verhalten im Finanz- und

Budgetausschuß, wo der Herr Abgeordnete Dr. Mussil nachdrücklichst Wert darauf gelegt hat, daß Sie diesen Maßnahmen Ihre Zustimmung geben, nämlich dem Wegfall der Sonderabgabe bei Kraftfahrzeugen und der Sistierung der Weinsteuern. Was die Kraftfahrzeugsondersteuer betrifft, haben Sie selbst — wenn ich mich recht erinnere — in Vorarlberg in einer öffentlichen Diskussion noch als Finanzminister in Aussicht gestellt, daß es ja nicht ewig sein muß, daß diese Steuer eingehoben werde. Umsoweniger kann ich die Verbarrikadierung dieses Weges erkennen, da Sie den gesamten Maßnahmen, also auch der Verlängerung der Geltungsdauer der Zuschläge, im Finanzausschuß des Bundesrates Ihre Zustimmung gegeben haben.

Im Zusammenhang mit der Debatte über das Steuersystem wurde auch die Steuerbelastungsquote, gemessen am Bruttonationalprodukt, angezogen und von mehr als 40 Prozent gesprochen und damit gemeint, daß wir an der Spitze lägen. Ich glaube, zur Steuer der Richtigkeit hier einige Feststellungen treffen zu sollen.

Ich will gar nicht bestreiten, daß die Steuerbelastungsquote in Österreich recht hoch ist, wobei Steuern im weitesten Sinne gemeint sind und Sozialversicherungs- und Kammerbeiträge dazugezählt werden. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil.*) Diese Quote beträgt im Jahre 1971 voraussichtlich 37,5 Prozent; sie liegt damit wesentlich unter den behaupteten mehr als 40 Prozent und wesentlich unter dem, was im internationalen Vergleich behauptet wurde. Hier liegen mir nur Zahlen für 1968 vor, aber Schweden, Norwegen, Holland und Frankreich liegen über diesem Niveau, und Dänemark, die Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien liegen unmittelbar darunter. Das heißt, es handelt sich um eine in den europäischen Industriestaaten durchaus übliche Relation, wobei aber auch zu betrachten ist, daß die Struktur dieses Anteils recht unterschiedlich ist und daß wir mit unserem Anteil an direkten Steuern — und die sind ja immer wieder Gegenstand der Kritik — an der Untergrenze liegen.

Ich darf Ihnen sagen, daß in Österreich der Anteil der direkten Steuern 12,1 Prozent beträgt, in den Niederlanden 13,2, in Norwegen 13,8, in den USA 15,6 und selbst in der Schweiz, das zweifelsohne als ein Niedrigsteuerland bekannt ist, 10,1 Prozent.

Dort, wo große Unterschiede sind, ergeben sie sich bei den indirekten Steuern, vor allem bei den Sozialversicherungsabgaben und bei den parafiskalischen Ausgaben und Einnahmen, nämlich bei den Kammerbeiträgen zu

Bundesminister Dr. Androsch

Bundeskammer, Landeskammer oder Arbeiterkammer. (*Abg. Dr. Mussil: Reden Sie nicht von den Kammerbeiträgen! Tun Sie hier nicht polemisieren!*) Das sind nüchterne Fakten und nüchterne Feststellungen. (*Abg. Dr. Mussil: Das sind keine nüchternen Fakten, sondern falsche Ziffern!*) Ich darf Sie auf den Artikel „Direkte und indirekte Steuern im internationalen Vergleich“ (*Abg. Dr. Mussil: Sozialversicherungsbeiträge und alles mögliche, aber nicht die Kammerbeiträge!*), Quartalsheft der Girozentrale, Heft 2/1970, verweisen. (*Abg. Dr. Mussil: Das ist unerhört! Von einer Regierungsbank zu polemisieren! Herr Präsident, greifen Sie ein!*)

Präsident Dr. Maleta (*das Glockenzeichen gebend*): Meine Damen und Herren! Darf ich etwas sagen. Ich bitte jetzt um Aufmerksamkeit. Es ist eine alte Übung (*Zwischenrufe bei der ÖVP*) — jetzt spreche ich, meine Damen und Herren —, es ist eine alte Tradition, daß von der Regierungsbank aus nicht polemisiert wird. Ich habe abgewartet, ob sich der Herr Minister auf diesen Weg begibt; das kann man vorzeitig nicht entscheiden. Ich würde Sie aber, Herr Bundesminister, ersuchen, sich bei der Darstellung wirklich auf die sachlichen Probleme zu konzentrieren. Wir wollen jetzt nicht eine Meinungsverschiedenheit über Polemik auslösen, denn dann würden wir uns von der Budgetdebatte abwenden. Ich würde sowohl den Herrn Minister als auch die Herren Abgeordneten ersuchen, auf einen Weg zueinander zu finden.

Bundesminister Dr. Androsch (*fortsetzend*): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich bitte aber wenigstens um die Zustimmung, Zahlen vortragen zu dürfen und Zahlen miteinander vergleichen zu dürfen. Ich darf in diesem internationalen Vergleich fortfahren und auf die Rede des Herrn Abgeordneten Mitterer zu diesem Thema zu sprechen kommen, der einen Vergleich für Jahreseinkommen von 250.000 S angestellt hat.

Ich darf zuerst noch einmal darauf verweisen, daß natürlich ein großer Unterschied ist zwischen Tarif und Belastung, weil hier die Bemessungsgrundlage eine Rolle spielt. (*Abg. Mitterer: Das habe ich aber gesagt!*) Ja.

Ich darf Ihnen die Höchstsätze bei der Einkommensteuer im internationalen Vergleich kurz vorführen. Sie betragen in der Schweiz 28,3, in der Bundesrepublik etwa 55, in Luxemburg 57, in Dänemark 60, in Österreich 62, in Belgien 69, in den Niederlanden 70, in Schweden 71, in Italien 86, in Frankreich 86, in den USA 80 und in Großbritannien 91 v. H. Sie sehen also, wie ein Tarifvergleich aus-

sieht, der allerdings noch nichts über die Belastung aussagt.

Ich habe mich bemüht, die Beispiele nachrechnen zu lassen, und komme zu folgendem Ergebnis: Für ein Einkommen von 250.000 S wurden für das Vereinigte Königreich genannt 21,8 Prozent, unsere Berechnungen ergeben 33 Prozent; für Schweden 12,6, unsere Berechnungen 25; für Frankreich 7,2, unsere Berechnungen ergeben 28. Der Vergleich mit der Schweiz ist besonders schwierig, weil wohl die Wehrsteuer äußerst niedrig ist, aber Kantonalsteuern in unterschiedlicher Höhe eingehoben werden, die etwa in Genf 26 und in Bern 29 Prozent betragen. Sie ersehen daraus die Probleme.

Ich könnte noch einiges zu dem Problem der Bemessungsgrundlage sagen, aber ich möchte die Zeit nicht über Gebühr in Anspruch nehmen. Fest steht jedenfalls, daß man nicht nur einen Tarifvergleich, der noch dazu noch mit Kaufparitäten umgerechnet werden müßte, anstellen kann, sondern darüber hinaus natürlich die Bemessungsgrundlage in die Betrachtungen einbeziehen müßte.

Ich möchte nur noch den Hinweis geben, daß das Aufkommen an Körperschaftsteuer im Jahre 1965 2,67 Milliarden betragen hat und im Jahre 1970 voraussichtlich 2,7 Milliarden Schilling betragen wird. Sie sehen also, daß offensichtlich die Möglichkeit, die Bemessungsgrundlage zu gestalten, einen beträchtlichen Einfluß hat.

Gestatten Sie mir nun, mich einigen Einzelfragen aus der Debatte zuzuwenden.

Der Herr Abgeordnete Dr. Broesigke hat einen Erlaß der Finanzlandesdirektion Wien hinsichtlich der Ankündigung von Umsatzsteuerprüfungen meines Erachtens mit Recht kritisiert. Ich darf aber darauf verweisen, daß dieser Erlaß inzwischen eine Ergänzung erfahren hat. Ich darf auch darauf verweisen, daß er autonom von der Finanzlandesdirektion erfolgt ist, also nicht mit Zustimmung des Ministeriums oder gar des Ressortleiters. Es ist ganz klar, daß die Bestimmung des § 148 Abs. 5 der Bundesabgabenordnung gilt, daß nach Tunlichkeit der zu prüfende Steuerpflichtige oder sein Bevollmächtigter rechtzeitig zu verständigen ist, wenn dadurch das Prüfungsvorhaben nicht vereitelt wird. Das gilt selbstverständlich auch für den Bereich der Finanzlandesdirektion Wien.

Der Herr Abgeordnete Dr. Neuner hat einige steuerpolitische Fragen releviert. Auch hier in aller Kürze eine Antwort.

Was die Veröffentlichung von Erlässen betrifft, werden diese selbstverständlich wie

Bundesminister Dr. Androsch

bisher veröffentlicht werden und damit allen Interessierten zugänglich sein. Das gilt natürlich nicht für interne Dienstanweisungen, die nicht das zum Gegenstand haben, was Ihnen vorschwebt. Eine Garantie oder eine Verpflichtung hinsichtlich Klaglosstellung kann ich aus verständlichen Gründen nicht geben. Ich kann nur sagen, daß, wenn sich ein Erlaß als nicht übereinstimmend mit der Rechtslage erweisen sollte, dieser selbstverständlich zurückgezogen beziehungsweise korrigiert wird.

Was nun den sogenannten Fahrtenbucheß betrifft, möchte ich sagen, daß es doch hier darum geht, bei Aufwendungen, bei Betriebsausgaben, deren Abgrenzung in den Bereich der Aufwendungen für die private Lebensführung gelangt, den Grundsatz der Gleichmäßigkeit nach Möglichkeit zu garantieren. Es besteht ja die Möglichkeit des Nachweises oder der Glaubhaftmachung und darüber hinaus die im Erlaßwege geregelte Pauschalform.

Was die Besteuerung des Veräußerungsgewinnes betrifft, wird diese — so wie bisher — in Übereinstimmung mit der Rechtslage erfolgen. Es ist kein Grund, hier von der Rechtslage abzugehen, da es ja Gegenstände des Betriebsvermögens sind. (*Abg. Mitterer: „Grau ... ist alle Theorie, und grün des Lebens goldner Baum!“*) Ich bin verpflichtet, die Gesetze zu vollziehen, und hier ist ein eindeutiger Ausfluß der Gesetze, so wie bisher, Herr Abgeordneter Mitterer.

Zu den Fragen der verschiedenen Altanleihen, Herr Abgeordneter Dr. Broesigke, bitte ich um Verständnis, wenn ich das erst einer Prüfung unterziehe.

Zum Zollamt Arnbach darf ich sagen, daß entsprechende Vorbereitungen zur Sanierung bereits im laufenden Jahr getroffen wurden.

Zur Frage des Herrn Abgeordneten Doktor Bauer bezüglich Dienstpostenplan muß ich in aller Kürze darauf hinweisen, daß Dienstpostenplaneinsparungen in der Vergangenheit in Bereichen erfolgten, wo eine Besetzung nicht möglich war, und zwar bei den Entlohnungsschemata I und II, Saison- und Teilbeschäftigte, beziehungsweise beim Reinigungspersonal, wo die Personalausgaben durch Sachausgaben zu ersetzen waren, weil natürlich die Reinigung zu erfolgen hatte.

Was die Pkw betrifft, darf ich darauf verweisen, daß ihre Zahl im Ministeriumsbereich im Durchschnitt der letzten vier Jahre 140 betragen hat und derzeit 118 beträgt. Kategorie III sind Wagen für die Minister um nicht mehr als 130.000 S. Die Wagen, die wir

angetroffen haben, haben mehr als 130.000 S gekostet. (*Abg. Dr. Withalm: Was kostet ein Mercedes 280 S?*) Es ist daher eine offenbar unrichtige Information, wenn gemeint wurde, daß früher die Wagen nur bis zu einem Betrag von 130.000 S gekauft wurden. (*Abg. Mitterer: Hat niemand behauptet!*) Das hat aber der Herr Abgeordnete Dr. Bauer behauptet. Sie stimmen mir zu, daß das nicht der Fall war. In Übereinstimmung mit dem Rechnungshof haben wir die großen, in ihrer Erhaltung teuren Wagen zum Zeitpunkt, der dafür in Frage kommt, ausgetauscht.

Hohes Haus! Das waren einige Einzelfragen. Ich darf mich nun dem Problem der wirtschaftspolitischen Situation und insbesondere der Preisentwicklung, der Inflationssituation zuwenden. Ich darf diesbezüglich etwas vorausschicken, was ich dem Sachverständigengutachten der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 1971 beziehungsweise 1970 entnehme. Gestatten Sie mir, in aller Kürze das auch zu zitieren, weil, wenn ich es ausführe, das noch länger dauern würde.

Erstens einmal stellt der Sachverständigenrat fest, daß die wirtschaftspolitische Diskussion heute anders als noch vor wenigen Jahren weithin von der Ansicht bestimmt ist, daß ein Land in einer inflationierenden Umwelt wegen des internationalen Preiszusammenhanges keine Insel der Geldwertstabilität sein kann. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Jetzt auf einmal?*) — Erste Feststellung.

Zweitens: In einer Zeit, in der das soziale Recht auf den Arbeitsplatz in der Nähe der allgemeinen Grundrechte gesehen wird, darf ein so ausgeprägter Konjunkturabschwung nicht der Preis für die Beseitigung einer inflatorischen Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes sein, sollen nicht soziale Konflikte die Funktionsfähigkeit der Ordnung, in der wir leben, in Frage stellen.

Und schließlich: Sollen die großen wirtschaftspolitischen Ziele in der Zukunft besser verwirklicht werden als in den vergangenen sechs Jahren, so wird es vor allem darauf ankommen, daß man konjunkturdämpfende Maßnahmen ergreift, bevor der Aufschwung seinen Höhepunkt erreicht hat, und daß man eine Politik der Nachfrageexpansion einleitet, bevor die Wirtschaft in die Talsohle gelangt ist.

Soweit diese Feststellungen. Und nun darf ich kurz darauf verweisen, welche Situation sich in den Monaten ergeben hat, bevor die Regierung ihre Amtsgeschäfte übernommen hat.

Die monatliche Entwicklung des Verbraucherpreisindex hat ergeben, daß im Novem-

Bundesminister Dr. Androsch

ber des vergangenen Jahres eine Steigerung um 2,8 und in den Folgemonaten dann folgende Steigerungsraten aufgetreten sind: 3,4, 3,9, 3,8, 3,9, 3,8. Sie sehen also, daß der Bruch im November des vergangenen Jahres gewesen ist, aus zweierlei Gründen: aus der Binnenkonjunktur und aus der währungspolitischen Entscheidung, die damals getroffen wurde. Ich darf daran erinnern, daß damals das Institut für Wirtschaftsforschung eine Steigerungsrate von 5 Prozent im heurigen Jahr vorausgesagt hat. Es war das wirtschaftspolitische Bestreben der Bundesregierung, daß man weit unter dieser Marke bleibt. Die Steigerung wird nicht, wie der Herr Abgeordnete Scherrer in seinen Ausführungen gemeint hat, 5 Prozent, sondern 4,5 Prozent betragen und damit unter der der Schweiz und der Bundesrepublik liegen. Nur Belgien wird mit 4,4 Prozent um ein Zehntelprozent günstiger sein.

Es ist unbestritten, daß das alles andere eher als eine erfreuliche Situation ist, daß aus einer Reihe von Gründen wir in den nächsten zwei Quartalen noch die allergrößten Schwierigkeiten haben werden. Das möchte ich auch mit aller Deutlichkeit sagen.

Ich darf nun anführen, was die Bestrebungen der Bundesregierung angesichts der internationalen Situation waren. Diese beruht doch im wesentlichen auf dem geltenden monetären, internationalen System, das in Breton Woods geschaffen wurde und das sicherlich seine Verdienste hat. Die Integrationsentwicklung, die Entwicklung des Welthandels in den letzten 25 Jahren bestätigen das. Der fixe Wechselkurs hat aber die Konsequenz, daß die Entwicklung eines Staates — vor allem der großen Staaten — sich in allen anderen verbreiten muß, solange nicht eine internationale, gemeinsame Wirtschaftspolitik betrieben wird, und davon kann leider bisher keine Rede sein. (Abg. Dr. Hauser: Herr Finanzminister! Warum haben Sie das der ÖVP-Regierung nicht zugestanden?) Herr Abgeordneter Doktor Hauser! Wenn Sie sich der Mühe unterziehen — ich erwarte das nicht von Ihnen —, daß Sie meine Reden nachlesen, so werden Sie feststellen, daß ich nie verschwiegen habe, daß es diese Zusammenhänge gibt. Aber es gibt auch einen autonomen Spielraum, und den gilt es zu nützen. Es steht außer Zweifel ... (Abg. A. Schlager: Den hat die ÖVP genützt!) Wenn Sie sagen, den hat die ÖVP genützt, so ist meine Antwort: Bis zum April dieses Jahres, als die 5 Prozent gedroht haben, ist keine einzige diesbezügliche Entscheidung getroffen worden.

Es ist uns darum gegangen, sowohl angebotsvermehrende wie kostendämpfende Maßnahmen zu setzen beziehungsweise zu ermög-

lichen. Angebotsvermehrend in dieser Richtung sind die preisdämpfenden Maßnahmen gegangen, die nunmehr von der Bundeskammer in Zukunft nicht mehr akzeptiert werden sollen, wie wir gehört haben; kostendämpfend, indem wir solche Maßnahmen setzen wie etwa bei der Umsatzsteuer, um die Erhöhung des Margarinepreises zu verhindern (Abg. Dr. Mussil: Bei der Dieselölsteuer, Herr Minister!), oder wie zum Beispiel bei der Einkommensteuernovelle, wo es angesichts der Finanzierungssituation nicht darum gegangen ist, eine großartige Steuersenkung zu machen, sondern nur darum, die Progression zu mildern, um es möglich zu machen, daß seitens der Arbeitnehmer Abschlüsse getroffen werden, die eine Kostendämpfung herbeiführen oder zumindest eine Kostenexplosion verhindern.

Diesbezüglich schreibt das Institut für Wirtschaftsforschung:

„Nach den bisherigen Abschlüssen wird die gegenwärtig laufende Lohnrunde die Tariflöhne um 13, die Istlöhne etwa um 8 Prozent steigern. Berücksichtigt man die Laufzeit der Verträge, so ergibt sich eine Jahressteigerungsrate von 8 bei den Soll- und von 5 Prozent bei den Istlöhnen.“

Hohes Haus! Man wird feststellen können — insbesondere im internationalen Vergleich —, daß hier ein gesamtwirtschaftlich orientiertes Verhalten vorliegt. (Beifall bei der SPÖ.)

In diesem Zusammenhang möchte ich auch auf das Problem der Sparentwicklung und des Habenzinsenabkommens eingehen. Es ist in den letzten Monaten eine Diskussion darüber geführt worden, ob nicht im Interesse des kleinen Sparerers der Eckzinsfuß von 3,5 Prozent angehoben werden soll. Er ist mit 3,5 Prozent — das hat der Herr Abgeordnete Scherrer ausgeführt — etwa 15 Jahre unverändert gewesen. Nun war zu beurteilen, wie die Zinsentwicklung international aussieht, welche Auswirkungen das haben müßte. Die Zinsentwicklung international ist sinkend und daher von der ökonomischen Seite diese Maßnahme nicht notwendig. Zweifellos hätte sie für weite Bereiche — nicht für alle, für weite Bereiche — eine Erhöhung der Kreditkosten zur Folge gehabt, gerade in jenen Bereichen, die zinsempfindlich sind, das ist der Wohnbau, das sind die Infrastrukturausgaben. Daher war die Überlegung, eine Verlängerung dieses Habenzinsenabkommens herbeizuführen. In der Diskussion hat sich gezeigt, daß es ja nicht der kleine Sparer war, den man schützen wollte — das war das vorgeschützte Argument, denn der kleine Sparer hat eine durchschnittliche

Bundesminister Dr. Androsch

Einlage von 10.000 S, das Viertelprozent hätte 25 S ausgemacht —, sondern in den konkreten Angeboten ist zum Ausdruck gekommen, was wirklich dahintergestanden hat. Ein Institutsleiter hat gemeint: 4 Prozent oder 35 Filialen, und andere haben gesagt, der Zinsvoraus der Raiffeisenkassen und der Postsparkasse müsse fallen. Es ist also um die Wettbewerbssituation im Kreditapparat gegangen. Ich will nicht bestreiten, daß es sich hier um ein Problem handelt. Aber ich glaube, man soll nicht den kleinen Sparer vorschützen und eine Maßnahme setzen, die ebenfalls kostenexpansive Wirkung hat. Daher war es das Bestreben, das Habenzinsenabkommen zu verlängern. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Überhaupt war die Zinsfußpolitik in diesem Jahr von folgender Überlegung getragen: Im Ausland gab es ungeheuer hohe Zinskonditionen, und zum Unterschied von früheren Jahren war Österreich ein Niedrigzinsland. Wir hoffen, daß wir das halten können, weil doch zu erkennen ist, daß die Zinsentwicklung international wieder etwas nach unten geht.

Hohes Haus! Das hat aber zur Folge gehabt, daß der Bund als Anleihewerber, als Kreditnehmer den heimischen Markt nicht monopolisiert oder in einem weitgehenden Maße in Anspruch nimmt. Das hat in Übereinstimmung mit den Vorstellungen, die Sie gehabt haben, Herr Abgeordneter Dr. Koren, als Sie den Plan erstellten, in Übereinstimmung mit Notenbank und Staatsschuldenausschuß dazu geführt, daß wir mit einem Teil hinausgegangen sind, diese Konditionen auf uns genommen haben, um den heimischen Kapitalmarkt zu schonen.

Das ist ja der große Unterschied zu den früheren Jahren, zu den Jahren 1967/68, daß wir damals eine hohe Krediterteilungsreserve hatten, während dies jetzt nicht der Fall war. Das hat es immerhin möglich gemacht, ein Anleihevolumen von 5,88 Milliarden gegenüber 4,68 im Vorjahr unterzubringen, wobei die Schwierigkeiten in dem ersten Semester größer waren, da hier sehr weitgehende Emissionsgenehmigungen gegeben waren. Eine Zurückhaltung im zweiten Semester hat es dann möglich gemacht, daß eine sehr rege Nachfrage bestand und alle Anleihen recht gut untergebracht werden konnten. Das war der Grund, warum wir diese Zinsfußpolitik gemacht haben.

Ich darf auch darauf verweisen — der Herr Abgeordnete Scherrer hat es erwähnt —, daß die Spareinlagen sich um über 17 Milliarden Schilling erhöht haben; das bedeutet eine Steigerung um 15,7 Prozent gegenüber 15 Prozent im vorjährigen Ver-

gleichszeitraum. Ich will nicht sagen, daß das ein Verdienst der Regierung ist, aber ich kann es auch nicht als eine Mißtrauenskundgebung gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung werten. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Doktor Musil: Es wird jetzt sehr stark abgehoben, Herr Minister!)*

Es werden daher zweifelsohne auch im kommenden Jahr alle unsere Bestrebungen der Preisdämpfung gelten müssen. Das wird ebenso für die Bundesregierung, die Finanz- und Budgetpolitik gelten, das wird gelten für die Notenbankpolitik, das wird natürlich aber auch für die Wirtschaftspartner gelten. Denn zweifellos besteht eine Tendenz des Verteilungskampfes und der Einigung zu Lasten Dritter. Das bringt kurzfristig einen Anfangsgewinn, aber sicherlich haben längerfristig alle die Zechen zu bezahlen. Ich stimme diesbezüglich mit den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Spannocchi, der hier von der Tugend der Mäßigung gesprochen hat, vollkommen überein.

Hinsichtlich der Ausgabenentwicklung der öffentlichen Hand kann die alleinige Last sicherlich nicht der Bundeshaushalt tragen. Es gibt ja viele andere öffentliche Haushalte, und es ist hier abzuwägen die Nachfragedämpfung und die Frage, zu wessen Lasten das geht. Wenn es in einem zu starken Maß zu Lasten der Infrastruktur geht, dann ist zweifelsohne in einiger Zeit wachstumspolitisch eine gefährliche Situation zu erwarten. Das gilt es abzuwägen.

Darüber hinaus darf ich zur Konjunkturbeurteilung des nächsten Jahres sagen: Es muß mit einer Abschwächung im zweiten Halbjahr gerechnet werden, noch lange nicht mit einer Rezession. Ich würde bitten, Herr Abgeordneter Dr. Koren, nicht von Rezessionsbudgets zu sprechen, denn wenn ich aus einem Artikel der dieswöchigen „Die Zeit“ mit dem Titel „Wie lange noch bis zur Krise?“ zitiere, findet sich hier nach einigen Ausführungen der Satz: „Die Konjunktur wird schlechter werden, weil alle daran glauben, daß sie schlecht wird.“ Ich glaube, wir sollten diesen Glauben nicht nur nicht nähren, sondern diesem Glauben entgegenzutreten. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. K o r e n: Einverstanden!)*

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wir haben daher vor, in der Wirtschaftspolitik zu Jahresbeginn im Budget eine 15prozentige Bindung der Ermessenskredite festzusetzen, um eine konjunkturpolitische Steuerung über das Jahr hin möglich zu machen und um zu verhindern, daß etwas Ähnliches möglich wird wie im heurigen Jahr, wo eine solche Bindung nicht ausgesprochen wurde.

Bundesminister Dr. Androsch

Zum Unterschied vom heurigen Jahr werden im kommenden Jahr, Herr Abgeordneter Scherrer, für die Bürges- und Zinskredite ausreichend Mittel zur Verfügung stehen, und es wird darüber hinaus eine Verschiebung der ERP-Kredite vom zweiten Halbjahr 1970 auf das kommende Halbjahr möglich sein. In Verbindung mit dem Konjunkturausgleichsbudget werden wir eine ganze Reihe von Maßnahmen herbeiführen können (*Abg. Dr. Mussil: Das kommt ja nicht nach Ihrer Meinung!*), um konjunkturpolitisch die Entwicklung steuern zu können. Die preisdämpfenden Maßnahmen, die mit 1. Jänner 1971 in Kraft treten, werden es ebenfalls möglich machen, den Index um 0,3 Prozentpunkte zu senken. (*Beifall bei der SPÖ. — Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.*)

Hohes Haus! Gestatten Sie mir abschließend diese Feststellung: Das Steuerbewilligungsrecht der früheren Parlamente hat sich wesentlich von dem Budgetbewilligungsrecht des heutigen Parlaments unterschieden. Wir haben die Situation, daß es den Verteilungskampf der verschiedenen sozialen Gruppen, daß es den Verteilungskampf um Mittel des Budgets gibt. Bei allen Gegensätzlichkeiten gilt es den Gesamtzusammenhang zu wahren und im Auge zu behalten. Es ist verständlich, daß aus politischen Gründen vielleicht die Opposition das Budget ablehnt. Es ist möglich, daß aus gesellschaftspolitischen Gründen über die Akzente große Verschiedenheiten herrschen. Aber ich glaube, wir sollten uns über die ökonomische Bedeutung und Beurteilung des Bundesvoranschlages 1971 einig sein.

Ich möchte nicht ohne Dankbarkeit feststellen, daß nicht zuletzt aus diesem Grunde der Bundesvoranschlag 1971 voraussichtlich in der Endabstimmung eine Mehrheit findet, weil er eine brauchbare und richtige Grundlage für die konjunkturelle und wirtschaftliche Entwicklung des kommenden Jahres darstellt und weil er die Arbeitsgrundlage für diese Regierung bildet. (*Lebhafter anhaltender Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident **Probst**: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Doktor Mussil.

Abgeordneter Dr. **Mussil** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zuerst möchte ich einige Worte zu der Art und Weise, wie der Herr Finanzminister von der Regierungsbank gesprochen hat, sagen. (*Abg. Sekanina: Da sind Sie der Berufene dazu!*) Ja, das bin ich.

Ich darf Ihnen eines sagen... (*Zwischenrufe bei der SPÖ. — Beifall bei der ÖVP. — Abg. Ing. Häuser: Das werden wir euch abgewöhnen!*)

Wenn Sie sich beruhigt haben, dann werde ich Ihnen das sagen. Der Herr Finanzminister kann polemisieren, soviel er will, wenn er hierher geht, aber von der Regierungsbank aus hat er nicht zu polemisieren. (*Zustimmung bei der ÖVP. — Neuerliche Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. Libal: Sie polemisieren doch dauernd!*)

Ich darf Ihnen in aller Ruhe eines sagen, meine Damen und Herren: Ich kann mich an die Zeit unserer Regierung erinnern. Wenn unsere Minister von der Regierungsbank aus gesprochen haben und ganz knapp von der sachlichen Berichterstattung abgewichen sind, dann haben Sie, meine Damen und Herren, sich aufgeführt wie die heulenden Derwische. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Das muß ich also feststellen.

Wenn wir jetzt etwas sagen, regen Sie sich auf. So können wir das Spiel nicht spielen, meine Damen und Herren! (*Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: So wie es die „Mussil“ manen meinen, geht es auch nicht! — Abg. Pansi: Der Herr Finanzminister hat nichts anderes getan, als Zahlen genannt! — Abg. Graf: Er hat polemisiert!*) Er hat polemisiert. (*Abg. Dr. Veselsky: Zahlenvergleiche waren es! — Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Darf ich also ein Beispiel des Polemisierens bringen. Wenn Sie mir Gelegenheit geben würden, das zu sagen. (*Abg. Horr: Wir sind auf deine Blötheiten gar nicht neugierig, die du da erzählst!*) Was hast du da gesagt? (*Abg. Horr: Auf deine Blötheiten sind wir gar nicht neugierig!*)

Herr Präsident! Bitte einen Ordnungsruf für den Abgeordneten Horr!

Präsident **Probst**: Ich habe nicht verstanden, was der Herr Abgeordnete Horr gesagt hat. Pardon, Herr Abgeordneter, ich werde aus dem stenographischen Protokoll feststellen lassen, welcher Zwischenruf gemacht worden ist. (*Neuerliche lebhafte Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. Sekanina: Wir werden uns nicht dauernd beleidigen lassen! — Abg. Libal: Der Dauerbeleidiger!*) Bei diesem Lärm kann ich nicht verstehen, was gesagt wird. Ich bitte um Ruhe. Der Redner hat das Wort.

Abgeordneter Dr. **Mussil** (*fortsetzend*): Ich darf also folgendes sagen. (*Abg. Sekanina: Wir werden uns von Ihnen nicht dauernd beleidigen lassen!*)

Wenn ich sage, daß der Minister nicht zu polemisieren hat, so ist das keine Beleidigung. Ich habe mich wegen einer Beleidigung zum Wort gemeldet, das war die Beleidigung des

Dr. Mussil

Kollegen Melter gegenüber Präsident Sallinger. Auf das komme ich später zu sprechen. (*Abg. Melter: Das ist gar nicht wahr!*)

Aber jetzt bleiben wir beim Polemisieren.

Präsident **Probst** (*das Glockenzeichen gebend*): Herr Abgeordneter! Ich muß den Redner unterbrechen! Ich habe festgestellt, daß Herr Präsident Maleta erklärt hat, zu beurteilen, was Polemik ist, stehe ihm zu; er hat das gestattet. Die Debatte ist weitergeführt worden. Ich bitte, sich nicht mehr weiter um die Polemik zu kümmern. Herr Präsident Maleta hat das gestattet und hat den Herrn Bundesminister auch ermahnt, sich im Rahmen der Debatte zu halten. Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen.

Abgeordneter Dr. **Mussil** (*fortsetzend*): Ich werde also nicht mehr von Polemik sprechen, sondern werde nur die Tatsachen feststellen und sagen, wie sich die Dinge verhalten haben.

Der Herr Minister hat nämlich gemeint, wir hätten einer Regierungsvorlage betreffend Abschaffung der Autosteuer und Abschaffung der Weinsteuern begeistert zugestimmt. (*Abg. Preubler: Das hat er nicht gesagt!*)

Meine Damen und Herren! Bitte schauen Sie im Protokoll nach, was der Herr Minister gesagt hat. (*Abg. Sekanina: Bringen Sie die Tatsachen!*)

Die Tatsachen waren so, Herr Kollege Sekanina: Wir haben den Antrag auf Auslaufenlassen der Sondersteuern gestellt und sind dann niedergestimmt worden. Sie haben den Antrag eingebracht, die Autosteuer und die Weinsteuern abzuschaffen. In dieser zweiten Phase haben wir dem zugestimmt. Das ist ein uralter parlamentarischer Brauch, und ich glaube, daß man dagegen nichts einwenden kann. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Nun zum Kollegen Melter. Kollege Melter hat folgendes erklärt. Auf Grund der Ausführungen von Kollegen Fachleutner, der zuerst vom Fußballspiel, vom Troß und von derartigen Dingen gesprochen hat, als er also gesagt hat, die Freiheitliche Partei wäre der Troß der Sozialistischen Partei, hat er sich bemüßigt gesehen, folgendes von sich zu geben:

„Nochmals zum Zusammenhang mit Herrn Fachleutner. Fachleutner hat unsere Gruppe als ‚Troß‘ bezeichnet. Im Zusammenhang mit diesem Initiativantrag über die Steuerbefreiung der Überstundenzuschläge war zweifellos die ÖVP der ‚Troß‘ der nachgefolgt ist.“ (*Abg. Peter: Stimmt ja auch!*) „Es ist eine bekannte Tatsache, daß es in früheren Zeiten — und jetzt kommt die Passage — „die Eigen-

schaft der Troßbuben war, in fremden Gärten zu ernten. Diese Art der politischen Ernte wollte hier Präsident Sallinger ... betreiben.“

Meine Damen und Herren! Das ist eine ausgesprochene Beleidigung! (*Abg. Meißl: Das ist keine Beleidigung!*) Ich möchte dazu folgendes feststellen: Das heißt also, daß Herr Präsident Sallinger ein Troßbube ist, und es heißt darüber hinaus, daß er in den fremden Gärten erntet. Was es bedeutet, in fremden Gärten zu ernten, das wissen Sie, meine Damen und Herren. (*Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der FPÖ.*)

Ich möchte also dem Kollegen Melter Gelegenheit geben, sich hier offiziell zu entschuldigen. Sagen Sie, diese Äußerung tut Ihnen leid, dann werde ich kein Wort mehr sagen. Aber wenn Sie das nicht sagen, dann werde ich meine Äußerung dazu abgeben, Herr Kollege. (*Zwischenruf des Abg. Melter.*)

Sie haben also Gelegenheit zu sagen, es tut Ihnen leid. Das sind drei Worte, Herr Kollege. (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Melter.*)

Sie sagen es also nicht, Herr Kollege. Dann möchte ich folgendes sagen. Erstens muß ich vollkommen korrekt feststellen: Daß dieser Initiativantrag von der Freiheitlichen Partei, vom Kollegen Melter eingebracht worden ist, haben wir nie bestritten, meine Damen und Herren! Wir haben uns diesem Antrag angeschlossen, wir wollten Ihnen Ihr Urheberrecht in diesen Dingen nie wegnehmen.

Der Herr Präsident Graf hat ein halbes Jahr oder ein Jahr früher in öffentlichen Versammlungen diese gleiche Forderung aufgestellt, sodaß das auf der gleichen Linie gelegen ist. Und der Herr Präsident Sallinger hat hier erklärt, die Initiative der Österreichischen Volkspartei habe dazu beigetragen. (*Abg. Meißl: Nichts umdrehen!*) Herr Kollege, daß dieser Initiativantrag durchgegangen ist. (*Abg. Peter: Der Präsident ist einem Irrtum unterlegen! Sie auch!*)

Wenn Sie also, Kollege Melter, das nicht zurückzunehmen bereit sind, muß ich folgendes sagen, obwohl es mir leid tut. (*Abg. Meißl: Keine Wortverdrehungen, Herr Generalsekretär! — Abg. Graf: Das ist Ihre Art!*) Wir waren in einem guten Verhältnis. (*Abg. Peter: Was heißt „waren“?*) Jetzt also nicht mehr. Aber da drängt sich mir ein altes Sprichwort auf, Herr Kollege Melter. Ich möchte es von mir wegschieben. (*Abg. Peter: Da bleiben Sie aber hängen!*) Ich bin aber innerlich nicht in der Lage dazu. Es handelt sich nämlich um dieses alte Sprichwort: Wer sich mit Hunden schlafen legt,

Dr. Mussil

wacht mit Flöhen auf! Das merken Sie sich, meine Damen und Herren! *(Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Peter: Haben Sie welche? — Anhaltende Zwischenrufe.)*

Präsident **Probst** *(das Glockenzeichen gebend)*: Herr Abgeordneter! Ich muß Sie doch ermahnen, daß dieser Ausdruck nicht der Würde des Hauses entspricht. Sie müßten auch erklären, wer die Hunde und die Flöhe sind! Nein, das ist nicht am Platz!

Abgeordneter Dr. **Mussil** *(fortsetzend)*: Herr Präsident! Wenn Sie den Ausdruck „Troßbuben“ und in „fremden Gärten ernten gehen“ zulassen ...

Präsident **Probst**: Ich verstehe Sie nicht.

Abgeordneter Dr. **Mussil** *(fortsetzend)*: Wenn Sie den Ausdruck „Troßbuben“ und „in fremden Gärten ernten gehen“ zulassen — das ist das gleiche wie „stehlen gehen“ —, so glaube ich, daß auch ich das Recht habe, in der gleichen Weise zu sprechen. Ich hätte das sonst nicht getan. *(Zustimmung bei der ÖVP. — Anhaltende heftige Zwischenrufe bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Lenc: Dann müssen Sie sich erinnern, wer den Vorsitz führte, als dieser Ausdruck fiel!)*

Präsident **Probst**: Meine Damen und Herren! Den anderen Ausdruck habe ich nicht gehört. Ich kann zu ihm nicht Stellung nehmen. *(Zwischenrufe.)* Nein, ich habe das nicht gehört, ich kann dazu nicht Stellung nehmen. *(Weitere heftige Zwischenrufe.)*

Bitte, der Redner hat das Wort.

Abgeordneter Dr. **Mussil** *(fortsetzend)*: Nun zu einigen Ausführungen des Herrn Ministers und des Kollegen Jungwirth.

Zunächst einmal zur Steuerquote: Es ist gesagt worden — ich möchte also nicht mehr das Wort „polemisieren“ gebrauchen —, daß die Steuerbelastungsquote — es kommen die anderen öffentlichen Abgaben wie diejenigen für die Sozialversicherungsträger, für die Kammern und so weiter ja auch dazu — 62,5 Prozent ausmacht. Wenn man die Gewerbesteuer dazuzählt, so macht diese Quote 70 Prozent aus. — Entschuldigen Sie vielmals: 40 Prozent; ich habe den Marginalsteuersatz gemeint. *(Abg. Dr. Veselsky: Das war ein bißchen zu hoch!)*

Meine Damen und Herren! In der Schweiz beträgt diese Steuerbelastungsquote 23 Prozent. Herr Minister! Das, was Sie bei der Schweizer Handelskammer oder bei dem Vortrag, den Sie vor Schweizer Unternehmern gehalten haben, gesagt haben, hat sich, glaube ich, nicht günstig ausgewirkt. Wir waren in Verbindung mit Schweizer Firmen, die in Österreich Betriebe errichten wollten. Diese Firmen haben uns sporadisch abgesagt und

haben erklärt: Auf Grund dieser Steuererhöhungen sind wir nicht mehr bereit, in Österreich einen Betrieb zu etablieren.

Meine Damen und Herren! Ich darf noch folgendes sagen: Die Steuerprogression ist also angehoben worden. Es ist das eine ausgesprochen spar- und wachstumsfeindliche Einstellung der Regierung. *(Abg. Doktor Veselsky: Es besteht hier kein Zusammenhang!)* Es ist so, daß jetzt die Sparraten zurückgehen, es ist ein ausgesprochener Entsparungsprozeß, der bereits beginnt.

Meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen ehrlich sagen: Wenn diese Politik in der Weise weiterbetrieben wird, so wird wirklich das zustande kommen, was wir alle nicht wollen: steigende Preise mit sinkendem Wachstum, meine Damen und Herren! *(Abg. Doktor Veselsky: Steigendes Wachstum!)* So ist also die Situation. *(Abg. Sekanina: Eure Politik in den letzten vier Jahren!)*

Ich darf zur Mehrwertsteuer etwas sagen, weil dieses Thema auch ein paarmal angeschnitten worden ist. Sie, Herr Minister, haben in diesem November-Pakt mit den Freiheitlichen in Aussicht gestellt, frühestens im September oder in der Herbstsession die Vorlage des Mehrwertsteuergesetzes dem Hause zu überreichen. Das bedeutet also folgendes: Wir brauchen mindestens drei oder vier Monate Begutachtungszeit; ohne eine solche Frist geht es nicht. Dann werden Sie also drei oder vier Monate brauchen, um die Gutachten einzuarbeiten. Ich glaube nicht, daß Sie in einer kürzeren Zeit auskommen. Es wird also so sein müssen, daß Sie, Herr Minister, im Jänner die Regierungsvorlage bereits einbringen müssen, sonst wird sich dieser Termin nicht einhalten lassen. *(Bundesminister Doktor Androsch: Regierungsvorlage?)* Nein, nicht die Regierungsvorlage; es sollte richtig heißen: den Entwurf aussenden. Sonst geht sich das nicht mehr aus.

Meine Damen und Herren! Ich darf noch ein Wort zur Dieselölsteuer sagen. Ich halte das für den größten Fehler, den Sie in der Wirtschaftspolitik begangen haben. Das ist eine Maßnahme, die unmittelbar in die Preise eingeht. Es ist eine Verbrauchsteuer. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß man in einer Zeit, in der die Preise steigen, die Verbrauchsteuern nicht erhöhen darf. Ich habe schon einmal gesagt: Wenn es notwendig wäre, um die Eisenbahn zu schützen, würden wir es machen. Aber die Eisenbahn ist ja so verstopft mit lauter Aufträgen, mit Güteraufträgen, daß die Kunden aus der Wirtschaft monatelang warten müssen, bis sie Güterwaggons zur Verfügung gestellt bekommen. *(Abg. Weik-*

Dr. Mussil

h a r t: *Ihr habt das Bauprogramm jahrelang sabotiert!!*) Unter diesen Voraussetzungen, meine Damen und Herren, gehen Sie her und treffen solche Maßnahmen und heizen damit die ganze Preisentwicklung an!

Sie haben dann in Aussicht gestellt — das ist in der Zwischenzeit auch erfolgt —, eine Umänderung der Fernbeförderungssteuer von der Flächenbesteuerung auf die Umsatzbesteuerung durchzuführen. Wir haben seinerzeit mit dem Ministerium verhandelt und haben dabei festgestellt, daß der Steuersatz 12 Prozent ausmachen würde, wenn keine Steuerausfälle bei dieser Umstellung eintreten sollten. Nun haben Sie die Aussendung in der Form gemacht, daß ein Steuersatz von 16 Prozent — *(Zwischenruf des Bundesministers Doktor Androsch)* ursprünglich von 12 Prozent, dann von 14 Prozent und schließlich von 16 Prozent — enthalten war.

Die Verhandlungen haben zu einem Zeitpunkt stattgefunden, Herr Minister, wo von einer Dieselölpreiserhöhung noch nicht die Rede war. Die gewerblichen Frächter und der Werksverkehr werden durch diese Dieselölsteuererhöhung mit 450 Millionen Schilling belastet. Die Fernbeförderungssteuer kostet per saldo etwa 130 Millionen Schilling. Das sind die Ziffern, die aus Ihrem Ministerium stammen. Wir stehen daher auf dem Standpunkt, daß eine Umstellung auf die Umsatzbesteuerung überhaupt nicht mehr in Frage kommen kann, sondern daß das einzige, was hier zu geschehen hat, eine Abschaffung dieser Fernbeförderungssteuer zu sein hat. *(Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Dr. Veselsky: Und das ist realistisch?)*

Dann hat mir ein Kollege vorgeworfen, ich hätte Anträge wegen der Gewerbesteuer, wegen der Lohnsummensteuer gestellt und lizitiert, daß die Freibeträge und auch die Beträge beim Familienausgleich erhöht werden sollen.

Meine Damen und Herren! Ich habe diese Anträge im Zielprogramm des Freien Wirtschaftsverbandes durchgelesen. Das Zielprogramm des Freien Wirtschaftsverbandes geht in der Erhöhung der Freibeträge und Freigrenzen noch viel weiter als wir. Ich habe Ihnen schon einmal in diesem Hause gesagt, daß wir diese Maßnahmen deswegen treffen müssen, weil man es dann, wenn es tatsächlich zu einer Änderung der Abfertigungsbestimmungen kommen sollte, den kleinen Gewerbe- und Handelstreibenden ermöglichen muß, sich entsprechende Beträge durch eine Erleichterung auf steuerlichem Gebiet ansammeln zu können, damit sie diese Abfertigungen auch zahlen können. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich möchte noch ein Wort zur Regionalpolitik sagen, meine Damen und Herren. Ich kann mich erinnern, was im Wahlkampf zur niederösterreichischen Landtagswahl und auch im Wahlkampf zur Nationalratswahl in Niederösterreich alles an regionalpolitischen Zielsetzungen von Ihrer Partei versprochen worden ist. Sie waren der Meinung, man müßte Industriebänder entlang der Hauptverkehrsadern etablieren, wir waren der Meinung, man müßte zentrale Orte schaffen. Es ist ein ausgesprochen theoretischer Streit darüber entstanden.

Aber, meine Damen und Herren, wir haben in der monocoloren Regierung eine Reihe von Dingen für diese Entwicklungsgebiete getan. Wir haben die Beförderungssteuer abgebaut, wir haben die Abschreibungssätze für die Betriebe erhöht. In allen Gesetzen, Entwicklungs- und Erneuerungsfonds, Gewerbestrukturverbesserungsgesetz und so weiter und so weiter, steht über unseren Antrag überall drinnen, daß die Betriebe, die in diesen Entwicklungszonen ihren Sitz haben, bevorzugt zu behandeln sind.

Sie haben versprochen, Sie werden Prämien schaffen, weil diese Maßnahmen nicht zielführend wären, es würden also Errichtungsprämien, Gründungsprämien von Ihnen eingeführt werden, damit endlich einmal Betriebe in diesen ländlichen Raum gebracht werden können, Dauerarbeitsplätze, damit die landwirtschaftliche Bevölkerung, die zum Teil von den Höfen abwandert, in diesen Betrieben Aufnahme finden und dort auch bleiben kann, damit nicht eine völlige Entleerung dieses Raumes an der Grenze stattfindet.

Herr Minister! Es ist überhaupt nichts geschehen. *(Abg. Dr. Veselsky: Zusätzliche Investitionen!)* Ich habe im Gegenteil gestern vom Herrn Minister Frühbauer wiederum hören müssen, daß er die Nebenbahnen wieder unter die Lupe nehmen will. Er macht das etwas geschickt: er wird es dem Parlament vorlegen. Aber die Zielsetzung geht immer wieder darauf hinaus, diese Nebenbahnen einzustellen.

Das ist eine passive Sanierung, meine Damen und Herren, die Sie betreiben wollen, und bei dieser passiven Sanierung werden wir nicht mitspielen! Ich darf Ihnen eines sagen: Wenn es tatsächlich zu einer Einstellung der Nebenbahnen kommen sollte, dann wird die brave Bevölkerung in diesen Landstrichen aufstehen, dann werden Sie etwas an Demonstrationen erleben, wie Sie es noch nicht erlebt haben! *(Zwischenruf des Abg.)*

Dr. Mussil

Frühbauer. — Abg. Sekanina: Wozu diese Drohungen?)

Ich möchte noch zu den Sondersteuern etwas sagen. (*Abg. Ing. Scheibengraf: Solche Drohungen können Sie sich ersparen!*) Man soll solche Sachen nicht vorbringen, Herr Kollege, das hat keinen Sinn. (*Abg. Neuhäuser: Ihr glaubt es selber nicht!*)

Ich darf zu den Sondersteuern folgendes sagen: Der Herr Minister hat gemeint, wir hätten keine richtigen Bedeckungsvorschläge vorgebracht. — Wir haben eine Reihe von Bedeckungsvorschlägen unterbreitet. Einen Teil haben Sie dann übernommen. Und man hätte ja eine Reihe von anderen Varianten haben können.

Es war eine Etappenlösung im Gespräch, daß man etappenweise abbauen könnte. Man hätte bei der Einkommensteuer den Sonderzuschlag auslaufen lassen können, man hätte bei der Körperschaftsteuer und der Vermögensteuer ihn noch weiter behalten können, und man hätte statt des Eventualbudgets eine Eventualsteuersenkung durchführen können, was ich für viel richtiger gehalten hätte. Diese Eventualsteuersenkung wäre allgemein breit gestreut worden, sie wäre den einzelnen Staatsbürgern zugute gekommen. Was Sie mit dem Eventualbudget machen wollen, das ist, daß der Staat wieder reicher wird und Vermögen ansammelt und daß durch diese Politik die Staatsbürger wieder ärmer werden. Ich glaube, daß das nicht eine richtige Politik ist, die man betreiben sollte.

Ich darf zum Schlusse noch folgendes sagen, weil Sie davon gesprochen haben, daß der deutsche Sachverständigenrat der Meinung war, die Inflation ist in irgendeiner Form auslandsbedingt. Sicherlich zum Teil. Ich habe das schon mehrmals hervorgehoben in diesem Hause. Aber es ist so, daß die Schweden eine Inflationsrate von 8 Prozent haben, die Bundesrepublik Deutschland eine um 4 Prozent herum, und wir haben eine um die 5 Prozent. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Veselsky. — Abg. Dr. Pittermann: Das stimmt doch nicht!*) Es ist ein Teil sicherlich auslandsbedingt, das gebe ich unumwunden zu, aber ein Teil, der sich zwischen 1 Prozent und 2 Prozent bewegt, Herr Staatssekretär, der ist in Österreich hausgemacht, und an dieser hausgemachten Inflation ist einzig und allein die Regierung schuld.

Ich darf zu den preisdämpfenden Maßnahmen noch eines sagen: Diese preisdämpfenden Maßnahmen waren seinerzeit zielführend, wie die D-Mark-Aufwertung durchgeführt worden ist, aber jetzt, Herr Minister, wird das so wie

eine böse Krankheit, die sich ununterbrochen von Jahr zu Jahr forterbt. Ihnen fällt nichts anderes ein. (*Abg. Dr. Veselsky: Von der OECD empfohlen!*) Sie verschenken ununterbrochen Zollkonzessionen, Sie erhöhen die Kontingente gegenüber dem Ausland und bringen die Betriebe in ausgesprochene Schwierigkeiten (*Zwischenruf des Abg. Doktor Veselsky*), und nicht nur die Betriebe, sondern auch die Arbeitnehmerschaft und die Arbeitsplätze in diesen Betrieben. Darum halten wir diese Maßnahmen für nicht mehr zielführend. (*Abg. Dr. Veselsky: Sie sind also gegen preisdämpfende Maßnahmen!*) Herr Staatssekretär! Wir sind nicht gegen preisdämpfende Maßnahmen (*Zwischenruf des Abg. Weikhart*), aber wir sind gegen unvernünftige preisdämpfende Maßnahmen. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Veselsky: Aber die sind von der OECD empfohlen!*) Und wenn man das hier weiter macht, Herr Staatssekretär, so wird es unvernünftig!

Ich darf Ihnen im Detail sagen: Wir sind in einer Anzahl von Positionen bereits unter dem EWG-Außenzoll. Wissen Sie, was das bedeutet? In der Handelspolitik verschenkt man nicht Zollkonzessionen! Da tauscht man mit dem Handelspartner ein. Aber wir verschenken ununterbrochen. Das kann man einmal machen, das kann man zweimal machen, meine Damen und Herren, das kann man dreimal machen, aber ein viertes Mal spielen wir in dieser Frage nicht mehr mit! (*Beifall bei der ÖVP. — Ruf bei der SPÖ: Wann haben Sie mitgespielt?*) Wir haben bisher mit Ausnahme von den Bekleidungspositionen und noch einer anderen Position die Zustimmung gegeben, weil wir der Meinung waren, daß wir beitragen sollten, und weil bisher die Differenz zum EWG-Außenzoll entsprechend groß war. Wenn die 30prozentige Senkung gegenüber der EWG kommt und wenn die Kennedy-Runde auch kommt, Herr Staatssekretär, dann kommen wir mit unseren Zollsätzen drunter. (*Zwischenruf des Abg. Doktor Veselsky*.) Das ist der Grund, warum wir auf diesem Gebiete effektiv nicht mehr in der Lage sind, weitere Zugeständnisse zu machen. Die Regierung kann regieren, die Regierung kann das festlegen, aber gegen die Zustimmung der Bundeskammer! Das möchte ich mit aller Deutlichkeit sagen. (*Beifall bei der ÖVP*.)

Meine Damen und Herren! Ich darf abschließend sagen: Die Wirtschaftspolitik, die Sie betreiben (*Abg. Dr. Veselsky: Kooperation!*), ist eigentlich keine Wirtschaftspolitik. Was Sie bisher gemacht haben, sind lauter Fehler gewesen, sind lauter Maßnahmen gewesen, die außerordentlich schwerwiegende nachteilige Folgen haben werden. Ich bin

Dr. Mussil

wirklich innerlich außerordentlich besorgt, daß wir, wenn Sie, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, noch länger an der Regierung sein werden, in ausgesprochene wirtschaftliche Schwierigkeiten kommen und daß Sie von der Sozialistischen Partei das, was wir, die Österreichische Volkspartei, in Österreich aufgebaut haben (*Heiterkeit bei der SPÖ*), zerstören. (*Zustimmung und Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident **Probst**: Meine Damen und Herren! Den vorliegenden stenographischen Notizen habe ich folgendes entnehmen können: Der Herr Abgeordnete Horr hat während der Rede des Herrn Abgeordneten Dr. Mussil einen Zwischenruf gemacht: „Wir sind gar nicht neugierig auf deine Blödheiten, die du da erzählst!“

Wegen des Ausdruckes „deine Blödheiten“ erteile ich dem Abgeordneten Horr einen Ordnungsruf. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Ich bitte, Beifallskundgebungen zu unterlassen.

Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Benya.

Abgeordneter **Benya** (SPÖ): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich glaube, der Herr Abgeordnete Mussil hat sich, bevor er sich zu Wort gemeldet hat, künstlich aufgeregt. (*Abg. Graf: Natürlich hat er sich aufgeregt, nicht künstlich!*) Denn wenn er den Ausführungen des Herrn Finanzministers in Ruhe hätte folgen können, von denen er meinte, sie seien eine Polemik, dann hätte er zu hören bekommen, da er ja die Steuerfragen angeschnitten hat, daß in dem Quartalsheft der Girozentrale über diese Frage der Steuern einige Artikel enthalten sind.

Der Herr Finanzminister sagte — aber Sie meinten, es sei Polemik —, daß festgestellt wurde, daß die indirekten Steuern, die bis 1938 noch den Schwerpunkt des gesamten Steueraufkommens bildeten, seither zugunsten der direkten Steuern und der Sozialbeiträge erheblich an Boden verloren haben. Was da Polemik ist, weiß ich nicht. Und dann heißt es: Der Anteil an den gesamten Steuereinnahmen des Staates (Bund, Länder, Gemeinden, Kammern, Sozialversicherungen) sank in den letzten dreißig Jahren von 60 Prozent (1937) auf 45 Prozent (1968). Im gleichen Zeitraum stieg der Anteil der direkten Steuern von 29 auf 30 Prozent und jener der Sozialbeiträge von 11 auf 22 Prozent.

Ja, meine Herren, wenn man über diese Problematik nicht mehr diskutieren kann, dann hat es wenig Sinn, dem Haus ein Budget vorzutragen. Ich glaube, zu dem sind wir ja hier, um zu prüfen, ob die Steuern nach Meinung

des Parlaments gerecht sind, ob wir mehr indirekte oder mehr direkte Steuern haben sollen. Aber deswegen, weil man etwas zitiert, hier gleich in Erregung zu verfallen, wie es der Herr Abgeordnete Dr. Mussil getan hat! Herr Doktor! Ich gebe Ihnen das dann zu lesen; Sie kennen es wahrscheinlich. Aber weil da soviel Wahrheit drinnen ist, Wahrheit, die wir jetzt bei diesem Budget auf der Steuerseite langsam in die Wege zu leiten versuchen, deshalb diese Nervosität? (*Zustimmung bei der SPÖ.* — *Abg. Soronics: Ich habe einmal als Regierungsmitglied die „Arbeiter-Zeitung“ zitiert, und der Kollege Moser hat gesagt, ich polemisiere!*)

Kollege Soronics! Wenn Sie den Teil gehört haben, der jetzt zum Vortrag gekommen ist, dann muß ich fragen: Was ist da Polemik? Aber bitte, irgendwo mag es unangenehm gewesen sein. (*Abg. Soronics: Wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht das gleiche!*)

Ich glaube, es war auch nicht sehr klug, die Debatte überhaupt in diese Richtung zu bringen, wie das Herr Kollege Mussil dann zum Schluß mehr oder weniger angedeutet hat. Zu seinen großen Befürchtungen glaube ich doch sagen zu dürfen: Wir sollen uns bei all den Dingen, die wir aufzeigen und aufzeigen müssen, hüten, Panik zu erzeugen. Wir sollen die Wahrheit sagen, die Wahrheit, aber nicht Panik machen aus rein politischen Gründen. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Wir haben uns bemüht, wir bemühen uns seit 25 Jahren. Heute vormittag bei der Festsetzung war so deutlich zu spüren, was das österreichische Volk und was die Abgeordneten des Hohen Hauses und die Mitglieder des Bundesrates getan haben, um diesem österreichischen Volk ein besseres Leben zu gestalten, mehr Sicherheit in sozialpolitischer und — wenn Sie wollen, weil es ja auch stimmt — in währungspolitischer Hinsicht zu geben.

Wozu dann das? Als Sozialisten sind wir gewohnt, daß vor Wahlen plakatiert gewesen ist zum Beispiel im Jahre 1966 „Roter Schilling — schlechter Schilling“. (*Abg. Soronics: Das haben Sie plakatiert!*) Ich werde darauf kommen, lieber Kollege Soronics. Vorsichtig! Bei uns muß man immer alles abwarten und dann erst die Bilanz ziehen. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Und ich muß sagen: Die Bilanz für die vier Jahre, wo man zuerst den „Roten Schilling“ als schlechten Schilling dargestellt hat, geht für die ÖVP-Regierung — und da sie im Volksmund eine schwarze Regierung ist —, für die schwarze Regierung der ÖVP nicht gut aus. Denn Sie haben in vier Jahren immer-

Benya

hin die Staatsschulden um 19 Milliarden erhöht. (*Abg. Soronic: Na und jetzt?*)

Das ist nicht wegzudiskutieren. Diese Erhöhung der Staatsschuld um 19 Milliarden bedeutet, daß das Budget, das bis 1965 etwa eine Rückzahlungsquote von 4 Milliarden gehabt hat, ab nun 8 Milliarden Rückzahlungsquote hat. (*Abg. Mitterer: Das muß man bestreiten, weil es nicht stimmt!*)

Also mit dem starken oder schwachen Schilling, rot oder schwarz, wollen wir doch ein wenig vorsichtig sein. Ich glaube, es läßt sich nicht bestreiten, Herr Dr. Koren, wir haben Ende 1965 Staatsschulden in der Höhe von 28 Milliarden gehabt, und wir werden Ende 1970 47 Milliarden haben. Von 28 auf 47 ergibt 19, das ist eine Steigerungsrate von plus 19 für die Zeit, wo Sie vier Budgets auf den Tisch gelegt haben. Wollen Sie das auch bestreiten? Ich glaube nicht. Dann sind wir schon einer Meinung. So gut war also Ihre Politik sicherlich auch nicht. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Wir können froh sein, daß wir im Jahre 1970 trotz der Bewegung auf der Preisseite — und zu diesem Thema habe ich mich gemeldet —, die nicht angenehm gewesen ist, eine Steigerung der Spareinlagen verzeichnen können. Herr Dr. Mussil! Ich weiß sehr wohl, weil wir wirklich Kontakt mit der Bevölkerung haben, daß das, was an Vertrauen wir der Bevölkerung in 25 Jahren gegeben haben, wo wir ihnen gezeigt haben, wie ernst wir es mit der Politik in diesem Lande nehmen, durch solche Polemiken, durch solches Panikmachen „Der Schilling ist so gefährdet“, und so weiter, Gott sei Dank möchte ich sagen, nicht zerstört werden kann. Es wäre eine Tragik nicht nur für eine Seite des Hauses, sondern für beide Seiten des Hauses, wenn wir jetzt, wo wir auch in den nächsten Jahren noch vor schweren Aufgaben stehen, etwas zerstören, was wir mühevoll in den vergangenen Jahren aufgebaut haben. (*Abg. Dr. Prader: Ja, aber wenn man weniger herausbekommt, als man einlegt, hat man keine Zinsen!*) Herr Doktor Prader! Ich komme auch auf das, Sie können sicher sein, wenn Sie sich ein bißchen Zeit lassen. Sie waren auch sonst nicht immer so schnell. Lassen Sie sich jetzt ein bißchen Zeit und horden Sie zu.

1966, in der Zeit der Hochkonjunktur — das möchte ich sagen, und das liegt schriftlich auf, ich spreche in diesem Fall jetzt als Gewerkschafter —, haben alle Parteien im Gewerkschaftsbund das gleiche gesagt. Wir haben 1966 aufmerksam gemacht, daß wir für die nächste Zeit ein Nachlassen der Konjunktur befürchten. Sie waren damals ein Mitglied

der Regierung. Aber man hat uns damals gesagt: Meine Herren, nicht schwarzmalen! Ich habe das hier schon einmal ausgedrückt. (*Abg. Dr. Withalm: Stimmt ja nicht! Ich habe selbst am 9. September 1966 darauf hingewiesen, als die Hochwasserkatastrophe war!*) Erst im September. Ich komme darauf schon zu sprechen.

Aber als wir im Sommer gekommen sind und gesagt haben: Wir werden 1967/68 Schwierigkeiten in der Konjunktur haben!, hat man gesagt, irgendwo wollten Sie doch bestätigen, daß auch die Gewerkschaften in diesem Land notwendig sind. Als das Budget für 1967 erstellt wurde, hat man uns Vorschläge gemacht, man möge maßhalten. Die Kollegen in den westlichen Ländern haben geglaubt, „Maß“ halten, das sei der Krug. Wir mußten ihnen sehr deutlich erklären: Was diese Regierung von uns will, heißt völlige Zurückhaltung, weil die Wirtschaftspolitik, die hier auf Grund von Versäumnissen im Jahre 1966 für 1967/68 diese Auswirkungen hat, eben alles andere als günstig ist.

Ich erinnere daran: Wir haben im Jahre 1967 um 27.000 Menschen weniger in Beschäftigung gehabt, 1968 sind ebenfalls um 20.000 Beschäftigte weniger gewesen, 1969 sind trotz der Konjunktur noch immer um 22.000 Menschen weniger in Beschäftigung gewesen als 1966. (*Abg. Dr. Prader: Aber wieviel Arbeitslose? Das eine stimmt ja mit dem anderen nicht zusammen!*)

Weil wir uns bemühen, die Wirtschaft und die Politik über einen längeren Zeitraum zu überblicken, haben wir uns eingeschaltet. Das ist ja kein Vorwurf, wir wollen nur feststellen, daß wir nicht Politik für den heutigen Tag, sondern für einen längeren Zeitraum machen und machen müssen. Und wir haben dann Ende 1967 als Gewerkschafter und Kammern ein Konzept auf den Tisch gelegt für Wirtschaft, Kultur und Sozialpolitik.

Die Sozialistische Partei hat die Wirtschaftsfrage mit dem Reformprogramm stärker in Angriff genommen, die Österreichische Volkspartei hat dann den Koren-Plan auf den Tisch gelegt. Ja sind wir doch froh, daß wir uns alle zusammen rechtzeitig besonnen haben!

Das wichtigste in diesem Staat ist und bleibt doch eine florierende, eine lebendige, eine in Konjunktur befindliche Wirtschaft, weil wir nur aus dieser Wirtschaft etwas herausholen können. Diesen Standpunkt nahmen wir ein und nehmen wir ein.

In den letzten Monaten, aber auch schon viel länger vorher, eben seit der Änderung in der Zusammensetzung der Regierung, mei-

Benya

nen jetzt auf einmal so viele Herren auch aus diesem Kreis: Im Hinblick auf das, was jetzt geschieht, spielen wir die Preissituation hoch! Man zitiert, und — das ist vielleicht das wesentlichste — weil man zitiert, weil man fragt, fragt man in diesem Fall die Person, die einer Institution vorsteht, und das bin in dem Fall ich. Wir haben, wertere Damen und Herren, eine Einrichtung, die durch die Initiative der Gewerkschaften geschaffen wurde, nämlich die Paritätische Kommission, und dann die wirtschaftspolitischen Aussprachen, die vierteljährlich stattfinden.

Weil wir wußten, daß die Budgetprognose — das weiß auch der damalige Herr Finanzminister Dr. Koren — von 1970 auf 1974 steigende Abgänge im Staatshaushalt vorausagte — ich habe die Ziffern schon erwähnt, die in den vier Jahren zustandegekommen sind —, mußten wir uns fragen: Wie soll es dann bei stärkeren Belastungen des Haushaltes mit Rückzahlungen und Verzinsungen und Zinsenquoten weitergehen?

Dann haben wir in dieser wirtschaftspolitischen Aussprache vom Leiter des Wirtschaftsforschungsinstitutes noch etwas zu hören bekommen, der da im Jänner 1970 wörtlich sagte: Im Jahre 1970 wird es Monate geben, in denen der Preisauftrieb höher sein wird als 5 Prozent. Das Wirtschaftsforschungsinstitut meinte, wenn dies zum Anlaß genommen werden sollte, die Lohnrunden vorzuverlegen, sei man der Meinung, daß dadurch das ganze Wirtschaftsgebäude zusammenfallen könnte. Aber als die Wahl vorbei gewesen ist, waren auf einmal alle jene, die mit uns erkannt haben, daß wir für das Jahr 1970 eine vorsichtige Politik betreiben müssen, der Meinung: Na, was ist denn jetzt los?

Und jetzt haben die Preise begonnen, sich zu bewegen. Der Herr Minister hat schon von der Preisbewegung vom Oktober bis April gesprochen; ich brauche die Ziffern nicht wiederholen.

Wenn wir die Preiserhöhungen vom Oktober 1969 bis März 1970 verfolgen, dann muß ich sagen: Wirklich gut, sehr mäßig. In den sechs Monaten eine Steigerung von 1,9 Prozent. Ich bin Mitglied der Paritätischen Kommission, und ich weiß es daher von unseren Kollegen im Preisunterausschuß und gebe es ohneweiters zu: Es war zum Teil Ihr Erfolg, aber nicht im Interesse der gesamten Bevölkerung, sondern im Interesse eines guten Klimas bei der Wahl, daß man dort zurückgehalten hat, einen Stau erzeugte, der aber dann natürlich bei offenen Schleusen in Form von stärkeren Preisbewegungen über die Bevölkerung hereingebrochen ist. (Abg. Dr. Prader:

Aber, Herr Präsident! Sie haben doch das hochgespielt! „Die teuerste Regierung — 3 Prozent!“ haben Sie plakatiert!) Das läßt sich, Herr Dr. Prader, an Ziffern nachweisen.

Nehmen Sie jetzt die Ziffern zur Kenntnis, Herr Doktor! Wir haben im Jänner 1970 3,9, im Februar 3,8, im März 3,9 Prozent. Aber dann beginnt es: Im April 3,8, im Mai — die Regierung hat sich gebildet — 4,2, Juni 4,6, Juli 4,6, August 4,6, September 4,8 Prozent und so weiter. Aber das, was prognostiziert wurde, die 5 Prozent — wir sind nicht glücklich, daß wir 4½ Prozent haben werden — wurden nicht erreicht.

Die Bemühungen auf allen Ebenen und unsere Vorsprachen bei der Regierung, man möge jede kleine Möglichkeit ausnützen, um auf die Preise dämpfend einzuwirken, haben doch für das Jahr 1970 einen Schnitt von derzeit etwa 4,4 ergeben. Was die Dezemberabrechnung bringt, kann ich noch nicht sagen. Es wird also das Jahr 1970 eine Steigerung der Lebenshaltungskosten um 4,4 Prozent bringen. (Abg. Dr. Prader: *Ist die Dieselpreiserhöhung eine preisdämpfende Maßnahme?*)

Herr Dr. Prader! Wenn ich Ihnen jetzt etwas über die Preise erzähle, dann können Sie Zwischenrufe machen, ich höre zu. Aber man soll doch die Bevölkerung nicht für dumm verkaufen. Von hier sagte ich es schon einmal, ich nahm Vergleichsziffern vom Jahre der Koalition, vom Jahre 1965, wo wir einen Schnitt von 5 Prozent hatten. Meine Herren! Schade, der Kollege Kohlmaier ist nicht da; er hat es zwar in der Kammer schon gehört, er hat es hier vorgebracht, aber der Kollege Sandmeier ist hier, er kann daher zuhören: Wir hatten im Schnitt 5 Prozent Preissteigerungen, wobei Spitzenerhöhungen 8,8 Prozent gewesen sind.

Wir haben im Jahre 1967 — im zweiten Jahr der ÖVP-Regierung — einen Schnitt von 4 Prozent Preissteigerungen gehabt. Im Jahre 1967, bei einer rückgängigen Beschäftigungslage, bei einer Stagnation in der Wirtschaft, hatten wir 4 Prozent, und zwar, damit es noch einmal festgestellt wird, Spitzen von 4,9, 4,5, 4,5, 4,9, 5,1 Prozent!

Wir haben damals, das darf ich Ihnen sagen, die gleiche Politik betrieben, wie wir sie jetzt betreiben. Wir können nicht Lohn- oder Gehaltspolitik nach monatlichen Ereignissen betreiben. Das wäre völlig falsch. Wenn wir daher eingedenk der Situation, die kommen könnte, im Frühjahr 1970 eben die Politik so fortgesetzt haben, was für manche aus politischen Gründen nicht angenehm war, dann hat uns doch der Erfolg recht gegeben, weil wir im Jahre 1970 wohl 4½ — unangenehm! — ver-

Benya

zeichneten; aber wir hatten im Jänner 5 Prozent befürchtet. Wenn ich Ihnen vorlesen würde, daß man unter Umständen befürchtete, daß wir über die 5 bis zu 5½ Prozent kommen könnten auf Grund der vorjährigen Ereignisse auch in der Bundesrepublik Deutschland, dann, muß ich sagen, waren die Bemühungen von Erfolg gekrönt.

Man sagt uns: Damals haben Sie wegen der Preise geredet! Wir reden auch jetzt. Wir sind nie ruhig gewesen. Aber es gibt einen Unterschied. Wenn ich ein stärkeres Wachstum des Bruttonationalproduktes habe, muß ich, auch wenn es unangenehm ist, und kann ich auch stärkere Preissteigerungen in Kauf nehmen. Gefährlich wird die Situation, wenn ich ein sehr schwaches Wirtschaftswachstum und exorbitante Preissteigerungen habe. Aber es wird ja heute niemand sagen können, daß wir ein schwaches Wirtschaftswachstum haben. Wir werden ein reales Wachstum haben. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Wir müssen aber an das nächste Jahr denken!)

Ich komme auch auf das nächste Jahr, weil wir ja schon für die kommenden Jahre überlegen. Ich komme auch auf das nächste Jahr, das ich schon einmal angezogen habe. Wenn wir aber in diesem Jahr real 6¾ Prozent Wachstum haben, dann haben wir 4,4 Prozent Steigerung. Das ist viel. Wir hatten aber im Jahre 1967, also im zweiten Jahr der ÖVP-Regierung, ein reales Wachstum von 3,1 und 4 Prozent Steigerung. (Abg. Dipl.-Ing. Doktor Zittmayr: Und was war damals in Deutschland?) Ich komme auch auf Deutschland, das ist mir sehr recht, Kollege Zittmayr.

Ich möchte daher sagen: Machen wir nicht Panik, und mögen vor allem bitte die Herren, die sich mit den wirtschaftlichen Problemen zu beschäftigen haben, nicht unnütz Panik machen! Es ist das, was vor uns steht, meiner Meinung nach Aufgabe genug, um sich mit den Realitäten zu beschäftigen.

Wenn man fragt: Warum in diesem Jahr noch stärkerer Preisauftrieb?, dann sei festgestellt, daß die Prognosen für 1970 — der Herr Minister hat hier schon mehr oder weniger die Endziffern gesagt — der Verbraucherpreise international, wenn wir den Westen hernehmen, sehr besorgniserregend waren. Wir finden, daß man in den USA eine Preissteigerung von etwa 6 Prozent prognostizierte, in der Bundesrepublik über 4, in Frankreich 5,5, in Großbritannien 6, in Italien 5,5, in Belgien 4,5, Niederlande 4, in Norwegen 10, in Schweden 5, in der Schweiz 3,5, das ist jetzt stärker geworden, dort hat sich die Prognose als etwas zu gering erwiesen. Da muß ich fragen: Sind wir nicht auf einer Insel der Seligen,

lieber Kollege Zittmayr? Aber das ist keine Entschuldigung. Wir wußten es nur. Wir wußten im Jänner 1970, daß die Gefahr vor uns steht, und wir haben uns vorbereitet und haben uns bemüht, diese Gefahr ein wenig zurückzudrängen. Und ich glaube, daß uns dies gelungen ist. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: In der ÖVP-Regierung!) Ja freilich! Die ÖVP-Regierung war bis zum Jahre 1970, und zwar nur bis zum April, und da ist nichts geschehen, Kollege Zittmayr, bis 1970! Da war es doch so, daß man auf Vorhalte oder Empfehlungen mehr oder weniger so reagiert hat: Was wißt denn ihr, die Wirtschaft sind wir! Wollen wir das lassen.

Aber dann hat es vor einigen Wochen — das las man in den Zeitungen — geheißen: Triste Prognosen für 1970; eine Preiswelle in Sicht; Preiswelle wird uns 1971 überrollen; im Jahresdurchschnitt 1971 wird eine Steigerung von 5 Prozent da sein; es wird schon zu Beginn des kommenden Jahres empfindliche Preissteigerungen geben.

Ich muß sagen: Wenn man sich jetzt den Zeitraum anschaut, dann weiß man schon, warum das so hochgespielt wurde. Denn es wurde im Oktober und im November etwas hochgespielt, was im September schon bekannt gewesen ist. Einige Herren und auch der Kollege Scherrer haben gemeint: Der OGB erklärt, daß man im nächsten Jahr mit einer Preissteigerung von etwa 5 Prozent rechnen muß, das ist ja schockierend!

Meine Herren! Darf ich Ihnen sagen: So wie wir im Jänner 1970 die Prognose von 5 Prozent gekannt haben, so wissen wir das auch für 1971. Bei der letzten wirtschaftspolitischen Aussprache im Bereich der Paritätischen Kommission, die erweitert ist, hat der Leiter des Wirtschaftsforschungsinstitutes so wie im Jahre 1970 einen Vortrag gehalten, in dem er meinte, daß sich der Auftrieb der Verbraucherpreise Anfang 1971 verstärken und einem Höhepunkt zustreben wird, da Lohnkostensteigerungen überwältzt werden, und davon würden auch die geregelten Preise von Grundnahrungsmitteln, kommunale Tarife und so weiter betroffen sein.

Er meinte, die Inflationsrate könnte im ersten Halbjahr zumindest zeitweilig die 5-Prozent-Grenze überschreiten und dürfte erst im zweiten Halbjahr schrittweise wieder auf 4 Prozent sinken. Im Jahresdurchschnitt sind 4¾ Prozent zu erwarten. Im Gegensatz zu den Verbraucherpreisen begannen die Rohwarenpreise schon im Sommer 1970 zu sinken und so weiter.

Meine Herren! Das habe ich nicht bei einer Konferenz in Tirol, das habe ich schon in

Benya

Niederösterreich zitiert. Das habe ich in Tirol auch zitiert. (*Abg. Mitterer: Nicht zitiert, Sie haben es sanktioniert!*) Aber, Kollege Mitterer, wenn Sie wollen, bekommen Sie das stenographische Protokoll, weil dort Parlamentsstenographen das aufgenommen haben, was ich gesagt habe.

Aber ich weiß schon, weil es Ihnen so paßt, erklären Leute, die nicht einmal in der Nähe gewesen sind: Benya hat das gesagt.

Meine Herren! Ich muß sagen: Ich staune über diese Geisteswissenschaft. Keiner ist dort gewesen, keiner hat zugehört, aber man behauptet: Er hat gesagt! (*Abg. Mitterer: Aber Herr Kollege! Das ist in x Zeitungen gestanden!*) Seien Sie sicher: Das, was ich sage, weiß ich noch. Aber ja, die Zeitung!

Und jetzt kommt noch etwas. Dort sind, glaube ich, 350 Delegierte anwesend gewesen. Und dann wird aus der Zeitung etwas genommen, gerade in einer Zeit, wo jemand unter Umständen in Gunst war oder nicht in Gunst war — das ist nicht Kunst —, kann man natürlich etwas so hören und man kann es so hören. Man schreibt dann — das habe ich mir sogar mitgenommen —: OGB-Präsident: Preissteigerung wird nächstes Jahr 5 Prozent betragen! Am 30. November. Ich sagte es schon: Wir haben das am 23. September veröffentlicht.

Ja, meine Herren, wenn Sie zu Wirtschaftsfragen Stellung nehmen, bitte vielleicht manche Hefte des Wirtschaftsforschungsinstitutes zur Hand nehmen und auch den Wirtschaftsteil der „Presse“, denn es ist zufällig auch in der „Presse“ eine Abhandlung über die Prognose für 1971 gestanden. Vielleicht lesen Sie es, und dann sagen Sie: Ja dort ist das gestanden, und der hat das wiederholt! Denn so ist es richtig gewesen.

Ich möchte mich gar nicht entschuldigen, meine Herren. Ich sage das in den Versammlungen vor Hunderten von Leuten, weil wir die Leute nicht für dumm verkaufen dürfen. Sie müssen vorbereitet werden auf das, was kommt! (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Pitlermann: Sehr richtig! — Abg. Kern: Das habt ihr vier Jahre lang gemacht! Das ist ein Witz, so etwas! — Abg. Dipl.-Ing. Doktor Zittmayr: Ihr habt immer gesagt: Die Regierung ist schuld an den Preissteigerungen!*) Darüber gibt es für mich keine Zweifel.

Aber lieber Herr Zittmayr! Wollen Sie mit mir über Wirtschaftsfragen reden oder wollen Sie polemisieren in der Politik? Sie können mit mir auch polemisieren. Ich werde nur eines nicht tun: aus politischen Motiven den

Leuten etwas vorgaukeln, was wir nicht halten können. Und wenn wir daher eine Prognose haben ... (*Ruf bei der ÖVP: Vier Jahre habt ihr ihnen etwas vorgegaukelt!*) Und wenn wir daher eine Prognose haben ... (*Zwischenrufe bei der ÖVP. — Ruf bei der ÖVP: Ihr habt das Volk verhetzt, vier Jahre lang! — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Ja, ja! Wenn wir uns ... (*Neuerliche Zwischenrufe bei der ÖVP. — Ruf bei der ÖVP: Ihr habt immer gesagt: Die Regierung ist schuld an Preissteigerungen!*) Sind Sie fertig? Haben Sie noch etwas? Haben Sie noch etwas? Damit ich nicht zweimal antworten muß.

Ich darf Ihnen eines sagen: Wenn man sich mit der Wirtschaft beschäftigt, dann hat man Prognosen zu studieren. Das gilt für uns alle. (*Zwischenruf des Abg. Dipl.-Ing. Zittmayr.*) Das gilt für uns alle, Herr Dr. Zittmayr! Und daher sagen wir: Wenn die Prognose aufzeigt, daß für das Jahr 1971 so wie für 1970 auf der Preisseite Gefahren entstehen, die über das leicht Vertretbare hinausgehen, dann müssen wir uns darauf vorbereiten und rechtzeitig Maßnahmen einleiten.

Wenn man Prognosen nur liest, ohne sich zu bemühen, auf die Prognosen zu reagieren, indem man Gefahren abwendet, dann, muß ich sagen, wären wir fehl am Platz. Und Sie können sicher sein, so wie wir diesmal und oft im Verlauf der 25 Jahre, im Verlauf dieses Vierteljahrhunderts vor schwierigen Situationen gestanden sind, so haben wir noch immer einen Weg gefunden, der eine Verbesserung der Lebenshaltung der gesamten Bevölkerung mit sich gebracht hat. Ich bin überzeugt, daß wir auch für die nächsten Jahre einen solchen Weg finden werden.

Aber wenn man sagt: Ja der OGB und die Preise!, dann gestatten Sie, meine Herren, daß ich Ihnen sehr deutlich sage: Der Gewerkschaftsbund macht keine Preise. Das sollen Sie, bitte, vielleicht doch überlegen. (*Ruf bei der ÖVP: Wer hat das gesagt?*)

Wenn man fragt: Ja was macht der Benya und die Preise?, dann muß ich Ihnen sagen: Wir machen keine Preise; auch der Benya nicht. (*Abg. Mitterer: Das ist doch billig!*) Nein! Ich komme darauf. Nein. Ich werde Ihnen das sagen. Wieso können Sie uns erklären, daß wir die Preise gestalten? (*Ruf bei der ÖVP: Indirekt ja! — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Fragen Sie doch Ihre Kollegen! Fragen Sie den Kohlmaier, den Sandmeier, fragen Sie Ihre Herren, die hier am Pult gestanden sind. Die Preise ... (*Zwischenruf des Abg. Dr. Kohlmaier.*) Aber lieber Kollege Kohlmaier! In der Arbeiterkammer haben wir Ihnen das ja sehr deutlich

Benya

erklärt. Sie haben anscheinend nicht aufgepaßt, sonst hätten Sie hier nicht das gleiche erklärt.

Die Preisgestaltung, sehr geehrte Damen und Herren, liegt bei den Produzenten und Händlern. Darüber gibt es keinen Zweifel. Das ist das eine. (*Abg. Mitterer: So billig soll man es sich nicht machen!*) Warten Sie, ich komme auch darauf. Ich kann Ihnen wirklich nicht helfen, aber die Preisgestaltung von Waren liegt bei den Produzenten und bei den Händlern. Und die Tarifgestaltung liegt bei jenen, bei denen die Tarifoheit liegt. (*Ruf bei der ÖVP: Gemeinde Wien!*) Bei der Gemeinde Wien, bei den Ländern, bei der Bahn, bei der Post; selbstverständlich, Herr Generalsekretär! Aber doch nicht bei uns! (*Widerspruch bei der ÖVP.*) Aber doch nicht bei uns. Meine Herren! Wo steht denn einer auf und sagt, daß wir die Preise gestalten? Bitte aufstehen! (*Heiterkeit und Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Machen Sie sich nicht lächerlich. Die Preise gestalten die Produzenten und Händler. (*Beifall bei der SPÖ. — Ruf bei der ÖVP: Das ist schon eine ganz billige Tour! — Abg. Mitterer: Das ist Ihrer nicht würdig, so billig zu argumentieren! — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP und Gegenrufe bei der SPÖ.*)

So, wenn Sie sich wieder beruhigt haben, darf ich Ihnen noch einiges sagen. (*Abg. Mitterer: Was sind gar nicht beunruhigt! — Abg. Glaser: Ich empfehle Ihnen, einen Volkswirtschaftskurs mitzumachen!*) Kollege Glaser! Wir laden Sie herzlich ein. Sie haben viel versäumt. Sie brauchen nicht einmal den für Fortgeschrittene besuchen, Sie können in der unteren Gruppe anfangen, denn dort wird gelehrt, daß der OGB keine Preise macht. Das zu Ihrer Information. (*Neuerliche Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Unsere Aufgabe ist es nicht, Preise zu gestalten, sondern wir bemühen uns, Auswüchse zu verhindern. Und wir bemühen uns, auf die Preispolitik Einfluß zu nehmen, wobei wir wissen, daß in den Preisen Kosten enthalten sind. (*Rufe bei der ÖVP: Aha!*)

Meine Herren! Sie lachen immer zu früh! (*Abg. Mitterer: Aber lachen werden wir doch noch dürfen, wann wir wollen!*) Ja, aber nicht so zeitig, Herr Mitterer; nicht so zeitig! Sie lachen zu früh. Denn die Arbeitskosten, die Sie angeschnitten haben, die Lohnkosten, sind im ersten Halbjahr 1970 nur sehr minimal gestiegen, nachdem sie 1968 gegenüber 1967 um 2,1 Prozent gesunken sind, nachdem sie 1969 gegenüber 1968 weiter um 1,8 Prozent gesunken sind. — Herr Mussil! Sagen Sie das dem Kollegen Mitterer auch — sie sind zwei-

mal zurückgegangen, und erst im zweiten Quartal 1970 steigen sie spürbar, nämlich um mehr als 3½ Prozent. Und das wird nächstes Jahr noch stärker werden, jawohl (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Rationalisierung!*), weil wir im Herbst eine Lohnrunde hatten. Meine Herren! Daher nicht reden! Die Löhne sind Anfang 1970 in der Bauindustrie, in der Mitte im öffentlichen Dienst und am Ende in einer Reihe von großen Gruppen gestiegen. Es ist wirklich so. Der Glaser war nicht dort, aber der Zittmayr müßte es wissen.

Jetzt werden Sie noch sagen: Die Preise für Ernährung und Getränke sind gestiegen (*Abg. Glaser: Er wird wissen, was er früher gesagt hat!*), und zwar um 5,5 Prozent. Die Wohnungen sind um 9,6 Prozent — machen wir die Preise für die Wohnungen? — gestiegen; Beleuchtung und Beheizung um 8,1 Prozent gestiegen — machen wird die Beheizung? — Wir kommen weiter: Hausrat — dazu gehören die Industrieprodukte — 3,1 Prozent; für Bekleidung und Textilindustrie beträgt die Erhöhung 3,1 Prozent; Reinigung — da sind sehr viel Waschmittel, da müssen wir viel für die Propaganda bezahlen — 6,6 Prozent; Körper- und Gesundheitspflege 10,5 Prozent; Unterricht 3,9; Verkehr 0,2; der Gesamtindex war 4,8. (*Abg. Mitterer: Herr Kollege! Sie wissen es, und wir sind ganz blöd!*) Gut, Kollege Mitterer, wenn ich gefragt werde, dann gestatte ich mir, Ihnen das schon auch zu sagen. (*Zwischenrufe.*) Aber nein, aber wo denn, das würde mir gar nicht einfallen! Ich würde nur bitten ... (*Abg. Mitterer: Sie haben es ja gesagt, vorher! Sie haben gesagt: Hören Sie zu, damit Sie etwas wissen!*) Ich? Wer? Was hat das mit Blödheit zu tun, Herr Mitterer? Das lasse ich mir nicht unterschieben. (*Abg. Mitterer: Was heißt „nicht unterschieben“?*) Sie haben erklärt ...

Präsident **Probst** (*das Glockenzeichen gebend*): Herr Abgeordneter Mitterer, das Wort „blöd“ ist nicht gefallen. Ich muß das hier feststellen. (*Abg. Mitterer: Ich habe das nicht zum Herrn Präsidenten gesagt, sondern er hält uns für blöd!*) Nein, Sie haben gesagt: Sie halten uns für blöd! — Der Ausdruck ist vom Redner nicht gefallen. Ich bitte, Sie können sich zum Wort melden und gegen diese Ausführungen polemisieren. (*Abg. Mitterer: Der Ausdruck ist nicht gefallen, aber er hält uns für blöd!*)

Der Redner hat das Wort.

Abgeordneter **Benya** (*fortsetzend*): Sehr geehrte Damen und Herren! Wir werden uns im Jahre 1971 und auch die nächsten Jahre sehr bemühen müssen, wenn man die vorläufigen Ergebnisse — die noch ergänzt wer-

Benya

den — der mittelfristigen Prognose für 1971 bis 1974 ansieht. Und daher mein Ersuchen, man möge sich die Dinge konkret ansehen und überlegen, was gemeinsam geschehen kann, um das Problem zu mildern, wenn es gefährlich wird, oder dem Ganzen eine neue Richtung zu geben. (*Abg. Dipl.-Ing. Doktor Zittmayr: Jetzt haben S' Bauchweh!*) Wir haben nicht Bauchweh, Dr. Zittmayr, Sie können sicher sein. Wir sind in einer Zeit angetreten, wo es noch schlimmer gewesen ist, und wir haben keine Angst gehabt. Sie können sicher sein, wir werden auch vor der kommenden Zeit keine Angst haben. (*Ruf bei der ÖVP: Wir haben auch keine Angst!*) Aber es möge dann nicht aus Wehleidigkeit von Ihrer Seite her, wenn die eine oder andere Aktion durchgeführt werden muß, ein Jammergeschrei erfolgen. (*Abg. Dr. Gruber: Dann hat nimmer die ÖVP-Regierung schuld!*)

Wir sind auf die Schwierigkeiten, die kommen, vorbereitet, weil wir wissen, daß das Wachstum nachlassen wird. Nicht erst jetzt. Diese Perioden gibt es, und sie kommen immer wieder. Man schätzt, daß wir nächstes Jahr auf etwa 4 Prozent, 1972 auf 3 Prozent und erst später wieder in die ansteigende Linie des realen Wachstums kommen.

Ich sage das heute, damit, wenn ich es bei einer anderen Konferenz sage, nicht wieder auf Ihrer Seite Angst entsteht, der Gewerkschaftsbund tue nichts dagegen. Wir wissen, diejenigen, die Prognosen erarbeiten, sind Wissenschaftler. Die Prognose lautet nun so. Wir haben uns jetzt zu bemühen, daß die Prognose nicht voll wirksam wird, aber wir müssen es vorher wissen. So wie wir vorher wissen wollen ... (*Abg. Dr. Gruber: Vor und nach dem 1. März aufmerksam verfolgen!*)

Herr Dr. Gruber! Ich verstehe es ja: wenn man nicht mehr dabei ist und wenn man sich vielleicht auf die Übernahme des einen oder anderen Amtes so vorbereitet hat und jetzt auf einmal auf der Oppositionsbank sitzt, wie wir auch gesessen sind, dann will man über die Probleme nicht ehrlich diskutieren, dann versucht man eben, das politische Moment in den Vordergrund zu bringen. (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Ihr habt uns ja verteuftelt!*)

Ich bemühe mich — Herr Kollege Tschida, Sie werden uns in den nächsten Jahren auch verteufteln —, aber das, was ich zur wirtschaftlichen Frage vielleicht schon etwas vorausblickend sage, ist nicht von mir, sondern von den Herren und den Damen, die an der Prognosestudie mitgearbeitet haben. Wir wissen, daß eine Abflachung kommt. Aber wir werden uns bemühen. Wir wissen — und das ist ja schon bekannt —, daß wir auch befürch-

ten müssen, daß vielleicht schon Mitte 1971 eine kleine Abschwächung kommen könnte.

Und dann möchte ich zum Schluß sagen: Ein wesentlicher Teil des Bundesfinanzgesetzes ist — so glauben wir sagen zu können — das sogenannte Konjunkturausgleichsbudget. Gerade angesichts der Konjunkturprognosen für das kommende Jahr kommt diesem Konjunkturausgleichsbudget eine große Bedeutung zu. Es ist ja allgemein bekannt, daß in einigen Ländern Europas bereits deutliche Anzeichen für eine Abschwächung vorhanden sind. Auch für Österreich kann das Institut für Wirtschaftsforschung, wie aus diesem Heft zu ersehen ist, ein Nachlassen der Konjunktur in der zweiten Jahreshälfte nicht ausschließen.

Angesichts dieser Unsicherheitsfaktoren erscheint es uns insbesondere im Hinblick auf die Weitererhaltung der derzeitigen Vollbeschäftigung sehr wesentlich zu sein, schon jetzt alle Vorkehrungen und Vorbereitungen zu treffen, um im Falle eines Konjunkturrückschlages durch entsprechende Impulse der Wirtschaft wieder neuen Auftrieb zu geben. In diesem Sinne betrachten wir das Konjunkturausgleichsbudget als wichtiges Instrument, das im Bedarfsfalle zur Stützung der Konjunktur eingesetzt werden kann.

Ich möchte daher nochmals sagen: Wir werden uns als Sozialisten, da wir ja auch als Gewerkschafter von den Herren der ÖVP meiner Meinung nach aus politischen Gründen des öfteren im Zusammenhang mit der Preispolitik zitiert worden sind, weiterhin bemühen, einzuwirken, damit Auswüchse auf der Preisseite verhindert werden, und wir werden uns bemühen, ein größeres und stärkeres Wirtschaftswachstum zustande zu bringen, damit wir all das, was das österreichische Volk zu erwarten hat, auch leichter leisten können. (*Anhaltender Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Koren. Er hat das Wort.

Abgeordneter Dr. **Koren** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Präsident Benya! Mit Ihren Ausführungen, die Sie am Anfang gesetzt haben, war ich hundertprozentig einverstanden. Sie haben am Anfang gesagt, daß es gelte, das, was in den letzten 20 oder 25 Jahren erreicht worden ist, in der jetzigen Zeit vor Schwierigkeiten, die Sie genauso sehen wie ich, zu bewahren und zu erhalten. Ich bin bereit, jedes einzelne dieser Worte zu bestätigen und zu unterschreiben.

In weiteren Verlauf aber, Herr Präsident, glaube ich, sind Sie etwas von diesem Wege abgewichen. Ich will jetzt hier nicht eine

Dr. Koren

theoretische Debatte entwickeln. Aber genauso wenig, wie Sie es hinnehmen würden, wenn von dieser Seite (*nach rechts zeigend*) des Hauses aus erklärt würde, an den Preisen seien nur die Löhne schuld, genauso wenig, glaube ich, dürfen wir, wenn wir sachlich reden wollen, behaupten, die Preise machen die Händler und die Produzenten. (*Abg. Ing. Häuser: Wer denn?*) Herr Vizekanzler! Der Herr Präsident Benya wollte einige unserer Herren in einen Grundkurs schicken. (*Abg. Ing. Häuser: Wer macht die Preise? Wer stellt sie fest?*) Ich will den Grundkurs nicht hier halten. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Benya: Wer macht die Preise? — Abg. Ing. Häuser: Daß die Löhne allein schuld sind, können Sie doch nicht behaupten! — Abg. Mitterer: Ein neuer Teilnehmer für den Grundkurs!*) Herr Vizekanzler! Lassen Sie mich aussprechen! (*Anhaltende Zwischenrufe.*) Darf ich aussprechen? Ich glaube, ich habe in aller Ruhe und in Überlegung begonnen, Herr Vizekanzler. Ich habe ausdrücklich gesagt, daß man weder das eine noch das andere behaupten soll, und daß der Preis eine Funktion einer ganzen Reihe von Komponenten ist. (*Abg. Ing. Häuser: Aber wer setzt diese Funktionen? Wer übt sie aus? Wer stellt das fest? Arbeitnehmer oder Arbeitgeber? Um das geht es! — Abg. Benya: Wer kalkuliert? — Weitere Zwischenrufe.*) Meine Herren! Dann gehen wir halt wieder in diese Debatte ein. (*Abg. Ing. Häuser: Bitte sehr! Ich melde mich auch noch! Wir haben Zeit! — Abg. Dr. Mussil: Der Markt macht den Preis! — Abg. Ing. Häuser: Darüber reden wir, wer Preise macht!*) Herr Vizekanzler, ich verstehe diese Erregung nicht! Ich sage es ganz ehrlich: Ich verstehe sie nicht. (*Abg. Mitterer: Ein Grundkurs-Anwärter! — Abg. Ing. Häuser: Bitte, ich warte! Also wer macht die Preise? Wir wollen theoretisieren!*) Herr Vizekanzler! Seien Sie getrost, ich halte Ihnen hier keine Vorlesung. Ganz bestimmt nicht! (*Abg. Benya: Wer macht die Preise?*)

Ich wollte ein spannungsgeladenes Klima beruhigen. Das wollte ich! Ich glaube, daß ich mich bemüht habe, es zu tun. Ich wollte vermittelnd in einen Streit, den ich für sinnlos halte, eingreifen. Offenbar ist die Erregung zu groß gewesen, um über diese Dinge sprechen zu können.

Meine Damen und Herren! Ich darf zu ein paar Punkten Stellung nehmen, die der Herr Finanzminister in seiner Wortmeldung angeschnitten hat, ein paar Punkte (*allgemeine Unruhe*), zu denen ich noch paar kleine Bemerkungen machen möchte.

Sie haben sich, Herr Finanzminister, gleich zu Beginn Ihrer Wortmeldung auf den „ÖVP-Pressedienst“ vom Herbst des vergangenen Jahres — oder war es im Jänner? — bezogen. (*Abg. Benya: Ich weiß noch immer nicht, wer die Preise macht!*) Weiters haben Sie sich darauf bezogen, daß ich dort das Auslaufen der Sondersteuern ... (*Abg. Benya: Können Sie uns sagen, wer die Preise macht, Herr Doktor? Damit der Streit wegfällt, wer die Preise macht: der Produzent oder der Gewerkschaftsbund? Für Ihre Herren sollen Sie es erklären!*) Herr Präsident! Ich glaube, die Preise bilden sich auf dem Markt. Sicherlich nicht der Präsident des Gewerkschaftsbundes, sicherlich nicht die Gewerkschaften. (*Abg. Sekanina: Na also! Ihre Herren behaupten das doch dauernd: Der ÖGB macht die Preise!*) Moment! (*Abg. Dr. Mussil: Der Markt macht die Preise!*) Herr Präsident! Genauso diskriminierend wäre es, zu sagen, daß der Händler den Preis bildet. Den Preis bildet der Markt. Und der Preis ist eine Funktion aus einer Menge von Komponenten. (*Abg. Benya nickt zustimmend.*) Dann sind wir schon einverstanden. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Sekanina: Ihre Herren behaupten dauernd, daß der ÖGB die Preise macht! — Präsident Probst gibt das Glockenzeichen.*)

Herr Finanzminister! Ich habe damals im Jänner erklärt, daß es die steuerpolitischen Ziele der Österreichischen Volkspartei seien, die befristeten Steuern termingerecht auslaufen zu lassen und daß darüber hinaus eine grundlegende Reform der Lohn- und Einkommensteuer notwendig sei. Herr Finanzminister! Ich habe damals wiederholt erklärt, daß das das steuerpolitische Programm der Österreichischen Volkspartei für die kommende Legislaturperiode sei; sicherlich nicht für das erste Halbjahr Ihres Amtsantrittes. Gerade diese beiden Punkte haben wir bei den Regierungsverhandlungen, die im März und April geführt worden sind, oft genug wiederholt.

Ich stimme mit Ihnen, Herr Finanzminister, überein, daß man den Abgang nicht absolut sehen darf oder nicht sehen muß. Aber er ist auch relativ in dem Budget, das Sie vorgelegt haben, der größte in den letzten Jahren; das heißt, der größte überhaupt! Sie müssen vom Rechnungsabschluß ausgehen, der für 1969 bereits vorlag, und für 1970 wird er jedenfalls Ihnen früher vorliegen als uns.

Sie haben weiter erklärt, wir hätten die Subventionen bemängelt. Man hätte Sie nach der Höhe der Subventionen gefragt und dann wieder moniert, daß sie nicht erhöht worden seien. Herr Finanzminister! Ich habe Sie nur

Dr. Koren

gefragt, wie die Erklärung in Ihrer Budgetrede, Sie hätten die Subventionen um 900 Millionen Schilling gekürzt, mit den Ziffern Ihres Voranschlages in Einklang gebracht werden könne. Diese Aufklärung haben Sie einige Male zu geben versucht, aber letztlich haben Sie selbst zugegeben, daß diese Aussage in Ihrer Budgetrede nicht gestimmt hat.

In Ihrem Beitrag wurde auch behauptet — auch den Zwischenrufen Ihrer Fraktion war es zu entnehmen —, im Finanz- und Budgetausschuß sei kein Antrag der Österreichischen Volkspartei auf Auslaufen der Sondersteuern vorgelegen. Meine Damen und Herren, das ist richtig, es lag kein Antrag vor. Denn nach der bestehenden Gesetzeslage hätten ja diese befristeten Sondersteuern, nämlich Zuschlag zur Lohn- und Einkommensteuer, zur Körperschaftsteuer und zur Vermögensteuer, auslaufen sollen. Sie wären ausgelaufen, hätte nicht die Regierung eine Vorlage eingebracht, in der die Verlängerung dieses Gesetzes beantragt wurde. Es war also nur unsere Aufgabe, im Ausschuß gegen diese Vorlage aufzutreten. Es war nicht unsere Aufgabe, einen eigenen Antrag dazu einzubringen.

Die Bedeckung dazu haben wir Ihnen verbal präsentiert. Selbstverständlich, Herr Finanzminister! Aber ich darf noch einmal sagen: Auch beim Vorgang der Abhandlung der Verlängerung der Sondersteuern wäre es völlig fehl am Platze und unrichtig gewesen, einen Bedeckungsantrag in formeller Hinsicht zu präsentieren. Dieser Bedeckungsantrag hätte eingebracht werden müssen, sobald das Kapitel Finanzen zur Behandlung stand, und nicht anläßlich der Behandlung einer Steuernovelle. Ich glaube, daß das formell klargestellt ist. Zu dem Antrag bei der Behandlung der Beratungsgruppe XI kam es gar nicht mehr, denn Sie hatten ja schon vorher im Finanzausschuß unsere Alternative beziehungsweise unseren Vorschlag nicht akzeptiert und die Verlängerung mit Mehrheit beschlossen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Herr Finanzminister! Was den Eventualhaushalt betrifft, weiß ich jetzt nicht recht, was gilt. Gestern hat der Kollege Lanc hier in seiner Rede erklärt, der Eventualhaushalt sei eine Vorsorge für Katastrophenfälle. — Ich zitiere aus dem Protokoll von gestern. — Sie haben gesagt, er sei eine Vorsorge für eine drohende Konjunkturabschwächung. Und wenn ich die seinerzeitige Formulierung im Artikel II a des Finanzgesetzes hernehme, dann war dieses Eventualbudget sogar eine Art prophylaktisch gedachter Einrichtung.

Eines darf ich noch hinzufügen — ich habe in meiner vorigen Rede schon darauf Bezug genommen —: Sie werden diesen Eventualhaushalt, sollten Sie ihn brauchen, nicht finanzieren können, und zwar aus einem weiteren Grund. Kommt es nämlich zur Notwendigkeit, ihn in Kraft zu setzen, dann werden Sie auch schon auf der Einnahmeseite entsprechende Ausfälle haben, die Ihnen von zwei Seiten her die Finanzierungserfordernisse für den Haushalt vergrößern, also nicht nur mehr Mittel zur Finanzierung des Eventualhaushaltes erfordern, sondern darüber hinaus zusätzliche Mittel, um den bestehenden Finanzierungsrahmen, den Sie jetzt durch Steuern abgedeckt glauben, die aber bei einem Konjunkturrückschlag nicht kommen werden, abzudecken. Deshalb meine großen Bedenken zu diesem Eventualhaushalt!

Wenn Sie, Herr Finanzminister, von der Regierungsbank herunter meinten, wir sollten keinen Neid haben, weil wir bei den Verhandlungen mit Ihnen nicht zum Zug gekommen seien, so nehmen Sie bitte zur Kenntnis: Wir sind neidlos zufrieden, daß Sie allein dieses Budget zu verantworten haben. Aus dieser Verantwortung werden wir Sie bestimmt nicht entlassen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Finanzminister! Sie haben schließlich in Ihrer Wortmeldung gesagt, daß die Preisprognose — Sie haben das auch in Salzburg gesagt — $4\frac{1}{2}$ Prozent für 1971 betrage. Bedauerlicherweise muß ich Ihnen mitteilen, daß in der heutigen Konjunktursitzung des Wirtschaftsforschungsinstitutes ... *(Zwischenruf des Bundesministers Dr. Androsch.)* Für 1971. Sie haben für 1971 $4\frac{1}{2}$ als Prognose in Ihrem Interview in den „Salzburger Nachrichten“ genannt. Für 1970 brauchen wir keine Prognose mehr, da wissen wir schon, was es wiegt. Aber für 1971 sind heute die Experten zu dem Ergebnis gekommen, daß sie für das erste Halbjahr bei einer im allgemeinen rückläufigen Tendenz der Preisentwicklung in den westlichen Ländern 5,5 Prozent erwarten.

Daraus folgt aber, Herr Finanzminister, daß derzeit — das kam auch in dieser Prognose zum Ausdruck — die Auftriebskräfte vornehmlich aus dem Inland kommen und nicht mehr von den Weltmärkten her. Mit dieser neuen Situation, mit diesen neuen Tendenzen sollte man sich eingehend auseinandersetzen.

Ein allerletztes, Herr Finanzminister. Ich habe schon in meiner vorigen Wortmeldung zum Ausdruck gebracht: Manche wurden vom Saulus zum Paulus und andere vom Paulus zum Saulus. Aber es klingt gerade jetzt, glaube ich, nicht sehr glaubwürdig, wenn Sie von der

Dr. Koren

Regierungsbank herunter erklären, wir sollten doch um Gottes willen an die Konjunktur glauben und überhaupt nicht mehr darüber reden — wo alle Zeitungen davon voll sind! —, daß vielleicht in Europa, in der westlichen Welt, ein Rückschlag in der wirtschaftlichen Entwicklung eintreten könnte.

Meine Damen und Herren! Ich erspare mir jetzt die Rückblende auf die Jahre 1967 bis 1970, auf jene Zeit, in der wir für alles verantwortlich waren, das es gegeben hat, und sogar auch für das, was es nicht gegeben hat.

Glauben Sie uns eines: Wir werden in der Wirtschaftspolitik auf alle Fälle mehr Verantwortung an den Tag legen als Sie in den letzten vier Jahren! (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Pittermann.

Abgeordneter DDr. **Pittermann** (SPÖ): Hohes Haus! Ich habe zuerst überhaupt nicht die Absicht gehabt, in diesem Stadium der Budgetdebatte noch zu sprechen.

Es ist eine alte Erfahrung beim Bergsteigen, daß man die Kondition nicht nach dem Tempo der ersten Stunde, sondern nach dem der letzten Stunde beurteilen kann. Es ist eine alte Regel auch für politische Debatten, daß man die nervliche Kondition nicht nach der ersten Woche der Budgetdebatte beurteilen soll, sondern nach der der letzten oder gar nach der des letzten Tages. Hier haben sich manche Erscheinungen gezeigt, zu denen rechtzeitig Stellung zu nehmen vielleicht doch zweckmäßig sein kann.

Ich hatte vor allem auf gar keinen Fall die Absicht, mich noch bei diesem Kapitel in Streitgespräche einzulassen. Ich habe das vorher oft genug getan. Ich möchte es eigentlich auch jetzt nicht, aber ein paar Dinge muß ich doch sagen.

Der verehrte Kollege Dr. Mussil hat von der Initiative seiner Partei bei dem Antrag auf Senkung der Überstundenzuschläge gesprochen. Durch die geographische Position war ich Zeuge dieser Initiative. Es hat beim damaligen Klubobmann der ÖVP bis 12 Uhr gedauert, bis er die Zustimmung gegeben hat, den Antrag Peter mit zu unterzeichnen. So war es in Wahrheit. Es lag schon der Antrag Peter vor, und auf diesem Antrag ist auch draufgestanden, der Präsident möge die Unterstützungsfrage stellen, was natürlich in dem Augenblick, in dem die ÖVP diesem Antrag beitrifft, überflüssig ist.

Es ist heute lang über das Polemisieren von der Ministerbank geredet worden. Ich möchte

feststellen, daß die Geschäftsordnung darüber eigentlich keine Bestimmung enthält (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Schleizer: Wie war das im Jahre 1966?*) — ausreden lassen! —, weder eine Bestimmung, die es verbietet, noch eine, die es geheit. Aber wir haben uns noch in der Zeit der Koalitionsregierung darauf geeinigt — es war von diesen Bänken damals der Abgeordnete Dr. Hurdes, der das verlangt hat, und wir haben uns in späteren Gesprächen in dem so berüchtigten und verteufelten Koalitionsausschu darauf geeinigt —, daß Minister, wenn sie polemisieren wollen, zur Rednerbank gehen, vielleicht auch aus der Erwägung, daß Mitglieder der Bundesregierung auch Personen werden können, die dem Hohen Hause nicht angehören, auch gewisse Rechte von Abgeordneten des Hohen Hauses nicht genießen und daher, wenn sie das schon für sich in Anspruch nehmen, es vom Abgeordnetenpult aus tun können. Aber es ist nicht verboten.

Ich meine, wir sollten alle der Mahnung des Präsidenten Maleta folgen, nämlich es der Entscheidung des Präsidenten überlassen, wenn er meint, daß diese Übung durch das Verhalten eines Regierungsmitgliedes verletzt ist, und von den Regierungsmitgliedern erwarten, daß sie diese bisherige Übung des Nationalrates auch respektieren.

Der Präsident begibt sich in die undankbare Rolle eines Schiedsrichters, dem dann immer nachgesagt wird, daß er für die einen „druckt“ und gegen die anderen entscheidet. Ich halte es auch für richtig, der Mahnung der Präsidenten Folge zu leisten, solche Entscheidungen nicht wie am Fußballplatz mit Beifalls- oder Mifallskundgebungen zu begleiten.

Gestatten Sie mir noch ein paar Sätze zur Frage der preisdämpfenden Maßnahmen: Als sich die Bundesregierung entschlo, um eine drohende Erhöhung des Margarinepreises abzuwehren, dem Hohen Hause eine Senkung der Umsatzsteuer für die Rohstoffe vorzuschlagen, haben Sie dagegen gestimmt, obwohl auch Sie nicht bestreiten können — und es auch gar nicht getan haben —, daß eine Erhöhung des Margarinepreises natürlich seine Auswirkungen auf den Index hat. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Die Dieselölpreiserhöhung hat eine größere Auswirkung! — Abg. Jungwirth: Unsere Rentner fressen aber kein Dieselöl! — Heiterkeit. — Abg. Graf: Das war ein klassischer Zwischenruf! Darauf können Sie sich etwas einbilden!*) Sie haben hier andere Dinge vorgegeben. Es ist gut, Herr Abgeordneter Zittmayr, daß Sie sich gemeldet haben. Sie haben mich daran erinnert,

DDr. Pittermann

daß Sie von diesem Pult aus eine Erhöhung der Agrarpreise verlangt haben. Das hätte keine Auswirkungen auf den Index? Das ist eine preisdämpfende Maßnahme? (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Aber den Dieselölpreis haben Sie erhöht! — Abg. Lanc: Das ist bei weitem nicht so indexwirksam!*) Sie mögen von Ihrem Standpunkt der bäuerlichen Interessenvertretung recht haben, wenn Sie das verlangen. Aber zu behaupten, daß die Erhöhung der Agrarpreise, wie Sie sie verlangen, eine preisdämpfende Maßnahme ist, das werden Sie hier in diesem Hause nicht einmal den leeren Bänken einreden können, geschweige denn den Abgeordneten. (*Beifall bei der SPÖ. — Zwischenruf des Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr.*) Also halten Sie an der Forderung fest, daß die Agrarpreise erhöht werden sollen? (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Wenn ihr die Kosten so steigert, dann müssen wir nachziehen! Die Kostensteigerung geht nicht von der Landwirtschaft aus!*) Herr Abgeordneter Zittmayr! Im Budget ist eine bedeutende Erhöhung des für die Treibstoffverbilligung eingesetzten Betrages drinnen. (*Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.*) Die Mehrkosten, die der Landwirtschaft entstehen, sind abgegolten. Und die Mehrkosten, die allen entstehen, Herr Abgeordneter Zittmayr, die müssen die anderen auch verkraften. (*Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Präsident **Probst** (*das Glockenzeichen gebend*): Bitte, meine Herren, einigen Sie sich auf einen Redner, der die gesammelten Zwischenrufe hier vorträgt, das schlage ich Ihnen vor. — Herr Dr. Pittermann hat das Wort.

Abgeordneter DDr. **Pittermann** (*fortsetzend*): Vielleicht könnte die vom Herrn Präsidenten angeregte Einigung darin bestehen, daß Vorschläge oder gar die Durchführung solcher Vorschläge, die auf den Index wirksame Preiserhöhungen zur Folge haben, von keiner Seite als preisdämpfend bezeichnet werden sollen. (*Abg. Fachleutner: Die Dieselölpreiserhöhung!*) Wir haben nicht behauptet, daß sie preisdämpfend ist. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*) Aber Sie haben behauptet, daß man die preisdämpfende Maßnahme der Senkung der Margarinesteuer nicht einführen darf; das haben Sie behauptet, und dagegen haben Sie hier im Haus auch gestimmt. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Prader: Das hat jetzt nicht funktioniert!*) Herr Kollege Dr. Prader, ich möchte aus der Geschichte des vorher von Ihnen geleiteten Ressorts nicht soviel von Nichtfunktionieren reden. (*Abg. Dr. Prader: Das hat auch nicht funktioniert, nämlich Ihre Auffassung!*) Ja, das hat auch nicht funktioniert, da haben Sie recht. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich wollte aber eigentlich zu überlegen geben — auch im Anschluß an einige Vorschläge, die von Ihrer Seite gemacht wurden —, wieweit in der jetzigen Kräfteverteilung im Nationalrat die klassische Oppositionsstellung entspricht. Es ist völlig klar, daß nach dem Beispiel des englischen Parlaments die Minderheitsgruppe oder die Minderheitsgruppen des Parlaments gegen die Mehrheitsgruppe des Parlaments, die die Regierung unterstützt, in Opposition stehen. Ich habe schon in meiner Rede zur Regierungserklärung darauf aufmerksam gemacht, daß diese Situation aber nicht vorliegt, sondern daß hier die Bundesregierung, wie immer sie zusammengesetzt sein mag, eine Mehrheit in diesem Hause finden muß, um vor allem ihre wichtigste Aufgabe, nämlich den Finanzhaushalt in Ordnung zu bringen, lösen zu können. Die derzeitige Konstellation schließt also keine Fraktion des Hohen Hauses von der Mitarbeit und auch von der Mitentscheidung an der Regierungspolitik aus, wenn diese Fraktion nicht sich selbst ausschließt. (*Abg. Doktor Prader: Das hat wieder nicht funktioniert!*)

Herr Abgeordneter Dr. Prader, man dürfte doch auch Ihnen mitgeteilt haben, daß nach der Wahl wochenlang mit Ihnen über die Bildung einer Regierung verhandelt wurde. (*Abg. Ing. Karl Hofstetter: Scheinverhandlungen!*) Das waren „Scheinverhandlungen“ so lange, als Sie nicht gesagt haben: Wir nehmen das Angebot an. Es ist Ihnen ein konkretes Angebot gemacht worden, aber Sie haben es nicht angenommen. Der Bundeskanzler hat Ihnen angeboten ... (*Abg. Dr. Prader: Es gibt ja Angebote, die unannehmbar sind, von denen man das weiß! Da kann man doch nicht von echten Angeboten reden!*) Herr Abgeordneter Dr. Prader, es ist natürlich vorstellbar, daß jemand ein Angebot zur Partnerschaft als unannehmbar bezeichnet, wenn er sich noch immer einbildet, die Mehrheit zu haben; dann kann das passieren. (*Beifall bei der SPÖ.*) Aber wenn man weiß, daß man diese Mehrheit nicht hat, und wenn man den Glauben einmal aufgibt, weil der andere keine Mehrheit hat, könne er auch keine finden, er müsse daher scheitern, und daher könne man ihm als der Schwächere die Bedingungen diktieren, zu denen man bereit ist, mit ihm eine Partnerschaft zu schließen, dann geht es. (*Abg. Doktor Prader: Aber eine Zumutbarkeit gibt es auch!*) Wir haben im Jahre 1963 nach vier Monaten Verhandlungen eine Regierung gebildet, wir haben beide Geduld gehabt. (*Abg. Anton Schlager: Die Geduld hat diesmal gefehlt, Herr Vizekanzler!*) Herr Kollege Schlager, ich war bei den Verhandlungen nicht dabei, Sie auch nicht, ich traue mir das als Außenstehen-

DDr. Pittermann

der nicht zu beurteilen. (*Abg. Dr. Gruber: Ist eh besser!*)

Es ist Ihnen auch ein zweites Mal angeboten worden, bei den Budgetverhandlungen in Verhandlungen über die Mitgestaltung des Budgets einzutreten. Aber unsere Unterhändler in der Regierung haben nicht den Eindruck der Bereitschaft gehabt. Und heute ist aus Ihren Reihen der FPÖ vorgeworfen worden, so billig wäre die Zustimmung der ÖVP nicht zu haben gewesen wie bei der FPÖ. Meine Herren! Das ist an sich nicht die Voraussetzung für die Bereitschaft, mitzugestalten und mitzuentcheiden.

Ich habe nicht einen Augenblick lang nach der Wahl gezögert zu sagen, daß ich in dem Zusammenarbeiten der beiden großen Gruppen unter Einschluß auch der kleinsten Fraktion des Parlaments die besten Voraussetzungen für eine Politik finde, die imstande ist, auch schwierige Situationen in Österreich zu überwinden. Ich habe meine Meinung nie geändert. Aber auf der anderen Seite scheinen halt doch irgendwelche Vorstellungen über die Hinfälligkeit dieser Regierung zu bestehen, etwa daß man diese Regierung scheitern läßt, daß man wartet, bis sie Fehler begeht, an denen sie scheitert.

Und nun kommt etwas dazu, was ich als besonders kritisch ansehe, was ich als das Neuwahl-Trauma bezeichne. Meine Damen und Herren vor allem von der Österreichischen Volkspartei! Glauben Sie mir, wenn ich sage: Die jetzige Bundesregierung wünscht sich keine Neuwahlen, sondern eine vierjährige Regierungstätigkeit. (*Beifall bei der SPÖ.*) Wir haben gar keine Ambition, Neuwahlen zu machen. Wenn uns Neuwahlen aufgezwungen werden, dann haben die Mehrheit ja die beiden anderen Parteien des Hauses. Wir werden diese Neuwahlen nicht verlangen, ganz abgesehen davon, daß wir sie ja auch nicht durchsetzen können. Gehen Sie doch einmal weg von der Neuwahlbelastung — das ist ja fast ein Trauma, das hier die Politik bestimmt —, stellen Sie sich doch lieber darauf ein ... (*Abg. Kern: Dr. Kreisky hat gesagt, wenn das mit dem Bundesheer nicht klappt, tritt die Regierung zurück!*)

Herr Dr. Kreisky hat Ihnen nicht mehr gesagt als das: Wenn Sie ihn nicht arbeiten lassen, dann wird er sich gezwungen sehen, hiezu die Meinung des Volkes einzuholen. (*Lebhafte Zustimmung bei der SPÖ.*) Aber er hat sich ja jetzt die Voraussetzungen dafür geschaffen, ein Budget in dem Hohen Haus durchzubringen. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Leitner: Aber welches!*) Machen Sie sich doch frei von der Vorstellung, daß das eine Regierung

ist, deren Tage Sie auf dem Kalender mit dem Abreißen zählen können, sondern stellen Sie sich doch auch als Opposition auf Grund Ihrer Verankerung im österreichischen Volk in den entscheidenden gesellschaftlichen Schichten darauf ein, daß Ihnen die Mitarbeit an der österreichischen Politik durchaus zusteht und daß sie Ihnen von uns auch gar nicht verwehrt wird. (*Abg. Dr. Prader: Aber, Herr Dr. Pittermann, wieso geben Sie uns die Schuld, daß Sie eine Minderheitsregierung gebildet haben?*) Herr Kollege Prader, gerade haben Sie gesagt, die Bedingungen waren „unannehmbar“, und ich habe Ihnen daraufhin gesagt, unannehmbar waren die Bedingungen in Ihren Augen deswegen, weil Sie sich noch immer eingebildet haben, Sie sind die Mehrheit oder ein gleichberechtigter Partner. Aber das waren Sie nicht und das sind Sie nicht! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wenn die große Opposition in diesem Hause endlich zur Kenntnis kommt, welche Rolle ihr das österreichische Volk mit der Entscheidung vom 1. März zugeteilt hat, und wenn Sie bereit sind, dieser Rolle entsprechend an der Gestaltung der Regierungspolitik hier im Hohen Hause mitzuarbeiten, dann werden Sie bestimmt bei uns offene Türen einrennen. (*Abg. Dr. Prader: Aber diese Rolle muß „entsprechend“ sein! — Abg. Sekanina: Am 1. März habt ihr sieben Mandate verloren!*) Aber bisher haben Sie sich dazu nicht entschließen können. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Gruber.*) Herr Kollege Gruber! Niemand hat von Ihnen verlangt, daß Sie Mitverantwortung tragen, ohne auch an den Entscheidungen beteiligt zu sein. Sie können sich natürlich auch ausschließen, Sie können sagen: Wir wollen das nicht machen, wir wollen das nicht haben; schaut, wie ihr allein weiterkommt!

Was ich Ihnen als eines der an Funktionsjahren ältesten Mitglieder des Hohen Hauses sage, ist, daß ich einen solchen Weg auch im Interesse der Fortentwicklung der Demokratie nicht für sehr vorteilhaft halte.

Man hat der Ersten Republik den Vorwurf gemacht, daß die ideologischen Gegensätze so hart geworden sind, daß sie unüberwindbar wurden. Man hat in der Zweiten Republik die Entideologisierung so weit getrieben, daß sich in einem beträchtlichen Teil des österreichischen Lagers — nicht bei den Funktionären und Vertrauensmännern Ihrer Partei sowie der anderen Parteien, die tagaus und tagein die unbezahlte und oft unbedankte Parteiarbeit verrichten, sondern bei anderen draußen — die Überzeugung festgesetzt hat, daß Gesinnungslosigkeit auch eine Gesinnung ist.

DDr. Pittermann

Wie wollen wir, wenn schlechtere Zeiten kommen, dann imstande sein, den Menschen begreiflich zu machen, daß es jetzt einmal gilt, nicht nur zu fordern, sondern auch Opfer zu übernehmen — (*Rufe bei der ÖVP: Ah, da schau her!*) Das gilt auch für Sie —, wenn Sie nicht dabei an die feste Gesinnung derer appellieren können, die Ihre Gemeinschaft genauso tragen, wie wir, wie unsere Leute, die unsere tragen.

Man kann in einer Demokratie als große zur Verantwortung berufene Gemeinschaft meiner persönlichen Überzeugung nach nicht ohne ein festes Band der Gesinnung auskommen, das die einzelnen Mitglieder dieser Gemeinschaft umschließt, angefangen von dem, der an der Basis dieses Gemeinschaftslebens arbeitet, bis zum höchsten hinauf.

Hören wir in Österreich endlich einmal auf mit dem Wettbewerb um die Gesinnungslosigkeit! Wenden wir uns alle miteinander in unseren Reihen stärker an diejenigen, die Gesinnung gezeigt haben, die in der Vergangenheit Opfer gebracht haben! (*Beifall.*)

Sie haben vielleicht meine Ausführungen damals beim Wahlrecht nicht ganz verstanden. Wir haben beim früheren Wahlrecht nur dann die Chance gehabt, eine Mehrheitsregierung zu bilden, wenn entweder wie 1945 die Nationalsozialisten ausgeschlossen waren oder wie 1966 ein beträchtlicher Prozentsatz der Stimmen mangels der Erlangung eines Grundmandates nicht wirksam geworden ist.

Das neue Wahlrecht verschärft den Zug zum Verhältniswahlrecht. Ich sage hier offen: Ich bekenne mich dazu, ich will es auch. Denn das Verhältniswahlrecht zwingt uns, ob wir wollen oder nicht, zur gemeinsamen Verantwortung. Ob es die beiden großen Parteien, alle drei, eine der großen mit der kleinen Partei oder vielleicht einmal auch mit anderen kleinen im Hause repräsentierten Parteien sind, das sei dahingestellt. Das Wahlrecht, das hier im Hause beschlossen wurde, verstärkt den Zwang zur gemeinsamen Arbeit. Und ich sage Ihnen nochmals: Als einer, der schon mehr als 25 Jahre hier in diesem Hause gesessen ist, habe ich meine Befürchtungen, daß es notwendig ist, einen zum Teil torpedierten, einen zum Teil auch in den Reihen der politisch Verantwortlichen brüchig gewordenen Willen zur gemeinsamen Arbeit durch einen gewissen Zwang zu untermauern, der uns zu dieser Zusammenarbeit von Parteien mit verschiedenen Programmen, mit verschiedener Gesinnung zwingt. Denn das, was wir hier praktizieren, geht hinaus in die Menschen, die sich dann draußen zum Gleichen bekennen müssen, in der Gemeinschaft der Arbeitsstätte,

in der Gemeinschaft der Wohnung, in ihren geselligen Gemeinschaften.

Hier im Parlament haben wir die Politik zu machen! Die Regierung schlägt vor und wird von der Regierungspartei unterstützt, aber der Inhalt der Gesetze ist hier zu bestimmen. Und jeder, der hier sitzt, hat sich daran zu beteiligen, und es steht ihm frei, zuzustimmen oder abzulehnen.

Ich habe heute Untertöne gehört — das sage ich Ihnen sehr offen —, die mich einigermaßen besorgt gemacht haben; ich glaube, sie waren halt in der konditionellen Verfassung, in der wir uns jetzt alle befinden, begründet.

Ich bekenne: Ich gehöre einer Generation an, die marschiert ist, uniformiert, bewaffnet marschiert ist, bis wir zu den Waffenlagern marschiert sind. Dann sind die einen — zuerst die einen — in die Gefängnisse, in die Anhaltelager, in die Emigration und in die Arbeitslosigkeit marschiert. Dann sind die anderen ebenfalls zum Marschieren gezwungen worden. Sie sind aufeinander losgegangen, dann sind sie gemeinsam marschiert: in die Konzentrationslager, in die Gefängnisse. Und dann ist das ganze Volk gezwungen worden zu marschieren, bis alles in Scherben gefallen ist!

Hören wir auf, daran zu denken, daß wir wieder marschieren! Marschieren wir mit der Familie, wenn wir noch zu Fuß gehen wollen, mit Freunden, aber den politischen Gegensatz tragen wir am Verhandlungstisch aus! Das ist für uns alle besser.

Und wenn wir in einen bestimmten Ton verfallen, wenn der eine anfängt und der andere glaubt, er müsse, um nicht als feig oder unmännlich zu erscheinen, mithalten, dann werden wir sehr bald wieder in einer Situation angelangt sein, die wir alle nicht gewollt haben, aber zu deren Vermeidung rechtzeitig einzuschreiten wir unterlassen haben.

Hohes Haus! Wir alle sind, gleichgültig ob aus religiösen oder aus humanistischen Motiven, für den Frieden auf Erden. In einer Welt, wie sie sich heute zeigt, in dieser Welt des Unfriedens und der Gewalt, haben wir den Frieden in Österreich bisher erhalten. Es war nicht langweilig. Wir haben gestritten, wir haben gerungen, wir haben uns auseinandergesetzt. Aber wir haben den Menschen in unserem Land — sehr zum Unterschied von vielen Ländern, auch in der sogenannten westlichen Welt — den Frieden erhalten.

Wir sollten alle miteinander die Ruhepause zu Weihnachten benützen, um zu prüfen: Was

DDr. Pittermann

können wir tun, was haben wir zu tun, um diesen Frieden in Österreich zu erhalten?

Ich bin überzeugt: Wir, Sie in Ihrem Lager genauso wie wir in unserem Lager, werden die Zustimmung derjenigen in unserem Volk, die sich einsetzen, die sich beteiligen, die Mitarbeit leisten, die Verantwortung tragen und Opfer übernehmen, zur Fortsetzung dieses Weges finden, der dazu geführt hat, daß in Österreich Friede ist, trotz Auseinandersetzung, trotz Gegensätzen und trotz Streit.

Darum, Hohes Haus, marschieren wir nach Abschluß dieser Debatte wieder in unsere heimischen Arbeitsstätten und in unsere Wohnstätten, aber ansonsten bleiben wir im politischen und wirtschaftlichen Leben sitzen — am Verhandlungstisch, auf unseren Plätzen hier in der Volksvertretung. *(Lebhafter anhaltender Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Withalm.

Abgeordneter Dr. **Withalm** (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wir alle, die wir Dr. Pittermann seit langer Zeit kennen, wissen, daß er es ehrlich gemeint hat, wenn er eben gesagt hat, daß er für die Zusammenarbeit der in diesem Haus vertretenen Parteien sei.

Dieses Bekenntnis zur Zusammenarbeit, das Sie, Herr Kollege Dr. Pittermann, soeben wieder abgelegt haben, ist allerdings, glaube ich, kaum ein Bekenntnis Ihrerseits zur derzeitigen Minderheitsregierung gewesen, weil diese Minderheitsregierung eben glaubte, darauf verzichten zu können, daß Parteien dieses Hauses zusammenarbeiten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich bin sehr dafür, daß versucht wird, Gegensätze, die bestehen, hier im Hause auszutragen beziehungsweise auch zwischen den Parteien, soweit es möglich ist, zu Übereinkommen zu kommen.

Es wird noch über die Regierungsverhandlungen vom März und April 1970 zu reden sein; ich möchte das nicht heute tun. Wir haben — die Mitglieder des Verhandlungskomitees wissen das — sehr ausführlich Protokoll geführt. Ich bin sehr froh, daß wir über diese Protokolle verfügen, sie werden sicherlich eines schönen Tages der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden können.

Dazu möchte ich, Herr Kollege Dr. Pittermann, weil Sie darauf verwiesen haben, daß einmal vier Monate lang über die Bildung einer Bundesregierung verhandelt wurde, folgendes feststellen: Sie können sich genauso gut daran erinnern, wie ich mich daran er-

innere, nur waren die Dinge damals eben wesentlich anders!

Sie haben gemeint, man kam damals nach viermonatigen Verhandlungen letzten Endes doch zu einem Ergebnis. Warum? Das wissen Sie sehr genau: Weil der damalige Bundespräsident Dr. Schärp — es war Ende Februar 1963 beziehungsweise Anfang März 1963; er ließ Sie und den damaligen Bundeskanzler Dr. Gorbach rufen — den Vorsitzenden der beiden großen Parteien, die miteinander verhandelten, sagte: Meine Herren! Ich wünsche, daß jetzt baldmöglichst ein Resultat zustandekommt, und zwar auf der Basis einer großen Koalition zwischen Österreichischer Volkspartei und Sozialistischer Partei.

So hat es sich damals verhalten. Das ist ganz im Gegensatz zu 1970, wo der Bundespräsident diesen Wunsch in dieser dezidierten Form wie damals Bundespräsident Dr. Schärp nicht zum Ausdruck gebracht hat. *(Abg. Gertrude Wondrack: 1966 sind Sie allein gegangen!)* Frau Staatssekretär! Wenn Sie auf das Jahr 1966 verweisen, muß ich sagen: Wir haben auch damals geraume Zeit verhandelt.

Wir haben damals, wie ich glaube, wenige Tage nach dem 6. März 1966, mit den ersten Verhandlungsrunden begonnen und haben bis zum 15. April 1966 verhandelt.

An diesem Tag fand ein außerordentlicher Parteitag der Sozialistischen Partei statt, auf dem bereits die Entscheidung fiel, daß sich die Sozialistische Partei an einer Koalitionsregierung mit der die absolute Mehrheit innehabenden Österreichischen Volkspartei nicht beteiligen wolle. *(Abg. Benya: Sie haben damals bis 5 Uhr nachmittag ein Ultimatum gestellt!)* Von einem Ultimatum, Herr Präsident Benya, war damals absolut nicht die Rede!

Auch Sie, Kollege Pittermann, haben gesagt, wir mußten uns nach dem 1. März 1970 über unsere Situation, in der wir nicht mehr die Ersten waren, im klaren sein. Es mußte sich nach dem 6. März 1966 auch die Sozialistische Partei im klaren darüber sein, daß sich eben etwas geändert hatte gegenüber der Zeit vor dem 6. März 1966. *(Abg. Sekanina: Dasselbe gilt für Sie für 1970!)* Das möchte ich in aller Bescheidenheit festgestellt haben.

Nun zu einem anderen Thema, das heute eine Rolle gespielt hat. Ich rede nur ungern auch noch einmal darüber. Das ist die Frage des Polemisierens von der Regierungsbank herab. Herr Kollege Dr. Pittermann! Sie werden mir bestätigen — der weitere Klubobmann, der damals dabei war, ist ja nicht mehr im Hause; es war Dr. van Tongel —: Wir haben einige Male bei Präsidialkonferen-

Dr. Withalm

zen über das Polemisieren von der Regierungsbank herab reden müssen, weil immer wieder dazu Anlaß war und weil Sie das zur Sprache gebracht haben.

Meine Damen und Herren! Erinnern Sie sich doch objektiverweise an das, was Sie oft aufführten, wenn Klecatsky sprach, wenn andere Regierungsmitglieder sprachen! Herr Kollege Dr. Pittermann! Erinnern Sie sich persönlich daran, wie Sie einmal Kollegen Mittlerer nicht gerade sanft von diesem Platz aus behandelten und sagten, wenn er polemisieren wolle, dann solle er hierher gehen. — Das war damals Dr. Pittermann.

Meine Damen und Herren! Wir haben bisher wirklich keine Wehleidigkeit gezeigt. Aber ich muß Ihnen, Herr Finanzminister, sagen — das stelle ich hier in aller Offenheit fest —: Was Sie sich heute geleistet haben, war wirklich klassisches Polemisieren von der Regierungsbank herunter! Und da ist uns einmal — zum ersten Mal! — der Kragen geplatzt. Wir haben, wie ich glaube, mit Recht verlangt, daß Sie, wenn Sie polemisieren wollen, hierher gehen sollen, aber das nicht von der Regierungsbank aus tun sollen. (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Dr. Pittermann: Der Präsident soll das entscheiden!*)

Meine Damen und Herren! Da habe ich, Herr Kollege Dr. Pittermann, eine gegensätzliche Auffassung. Da bin ich wirklich nicht der Meinung, daß man hier den Schwarzen Peter, daß nämlich vom Präsidenten eine Entscheidung darüber getroffen werden soll, was Polemisieren von der Regierungsbank aus ist, dem Präsidenten zuschieben soll. Ich glaube eher, jedes Regierungsmitglied sollte denn doch wissen, wann die Polemik beginnt. Der Betreffende soll sich von sich aus eben so weit im Zaum haben, daß er weiß, das geht jetzt über die Grenze, die von der Regierungsbank aus vertreten werden kann oder eben nicht mehr vertreten werden kann.

Meine Damen und Herren! Eine Bemerkung noch zum „Neuwahl-Thema“, von dem Sie, Herr Kollege Dr. Pittermann, gesprochen haben. Ich kann es Ihnen nachfühlen, wenn Sie gesagt haben, natürlich wäre es der Sozialistischen Partei beziehungsweise der sozialistischen Minderheitsregierung lieber, wenn sie vier Jahre hindurch regieren könnte. Natürlich wäre es schön, meine Damen und Herren, wenn kein Unterschied bestünde, ob man Mehrheitsregierung oder Minderheitsregierung ist. Daß die Minderheitsregierung genauso ungestört vier Jahre regieren kann, wie wenn sie eine absolute Mehrheit hätte, wäre Ihnen — das kann ich mir vorstellen — sehr recht.

Meine Damen und Herren! Wenn vom Neuwahl-Trauma gesprochen wird, dann muß ich sagen: Bei uns ist es nicht vorhanden. Es wurde schon in Zwischenrufen darauf hingewiesen. Ja wer hat denn — nicht allein der Budgetfrage wegen — immer wieder von Neuwahlen gesprochen? Der Herr Bundeskanzler war es, der erst vor kurzer Zeit wieder gesagt hat, wenn in der Frage des Bundesheeres eine Lösung nicht rechtzeitig zu erwarten sei, dann sei das für ihn eine Kabinettsfrage. Herr Bundeskanzler! Haben Sie das gesagt? (*Abg. Doktor Kreisky: Sechs Monate, habe ich gesagt!*) Jawohl, das ist auch eine Kabinettsfrage. Das heißt: Damit steht bereits wieder die Frage Neuwahlen zur Diskussion. (*Abg. Dr. Kreisky: Das ist eine demokratische Lösung! — Abg. Benya: Sie können es entscheiden!*) Also nicht von uns wurde diese Frage zur Diskussion gestellt, sondern von Bundeskanzler Dr. Kreisky. Aber bitte davon überzeugt zu sein, meine Damen und Herren: Das ist für uns absolut kein Trauma.

Und wenn Sie — hier bin ich mit Ihnen ganz einer Meinung, Herr Kollege Dr. Pittermann — gesagt haben, wir sollten uns wirklich damit beschäftigen, daß wir nicht nur fordern sollten — Sie meinten alle Österreicher, uns alle in diesem Hohen Hause, ohne jede Ausnahme (*Abg. Dr. Pittermann: Auch die außerhalb!*) —, sondern auch Opfer bringen sollten, dann stelle ich fest: Es wäre halt wirklich zu schön gewesen, Herr Kollege Doktor Pittermann, wenn wir diesen Satz, den ich hundertprozentig unterstreiche, auch nur ein einziges Mal auch in der Zeit von 1966 bis 1970 gehört hätten! (*Zustimmung bei der ÖVP. — Der Präsident übernimmt wieder den Vorsitz. — Abg. Benya: 1967/68! 40.000 Arbeitslose sind keine Opfer?*) Herr Präsident Benya, was man unter Opfern versteht, darüber ließe sich jetzt rechten.

Aber ich möchte jetzt noch einige Schlußbemerkungen machen. Wir verhandeln jetzt fast drei Wochen lang über das Budget. Wir diskutieren über das Budget 1971. Die Diskussion nähert sich einem Ende, und ich glaube, daß das ein Anlaß sein könnte — so habe ich die Ausführungen Dr. Pittermanns aufgefaßt —, eine Art Schlußwort zu sprechen, das mir fällig zu sein scheint. Ich möchte dazu einige Feststellungen treffen.

Die erste Feststellung: Zum ersten Mal liegt diesem Haus ein Budget vor, das von einer Minderheitsregierung dem Hause übermittelt wurde. Dieses Budget der sozialistischen Minderheitsregierung geht dank der Hilfe der Freiheitlichen Partei etwa in einer Stunde über die parlamentarische Bühne. (*Abg. Benya: Mit einer Mehrheit!*) Darauf komme ich noch

Dr. Withalm

zu sprechen. Ich werde dazu, Herr Präsident, eine sehr deutliche Aussage machen, die Ihnen dann wahrscheinlich sogar eine gewisse Genugtuung bereiten wird, wie ich hoffe.

Meine Damen und Herren! Ich möchte nicht noch einmal auf die Beweggründe zu sprechen kommen, die die Freiheitliche Partei veranlaßt haben oder veranlaßt haben könnten, diesem Budget zuzustimmen. Darüber wurde in diesem Haus bereits gesprochen.

Ich hoffe, daß durch die Zustimmung der Freiheitlichen Partei zum Budget 1971 die Handlungsfreiheit der Freiheitlichen Partei nicht zu sehr eingeschränkt ist. Ich hoffe, daß nach wie vor ein freies Spiel der Kräfte in diesem Hohen Haus möglich sein wird. Das wird sich ja sehr bald zeigen. Bereits im Jänner werden wir wissen, ob und wie weit die Freiheitliche Partei einen Bewegungsspielraum hat oder — auch das wird sich zeigen — ob die Budgetgemeinschaft bereits zu einer De facto-Koalition geführt hat oder dazu führen wird.

Die zweite Feststellung: Herr Finanzminister Dr. Androsch! Sie sprachen in Ihrer Budgetrede von einer Wende, die sich mit diesem Budget 1971 ankündige. Redner der Sozialistischen Partei haben darauf hingewiesen, daß neue Akzente gesetzt würden.

Bei aufmerksamem Studium des Staatsvoranschlages 1971 und bei genauer Verfolgung der Debatte, die nunmehr fast drei Wochen dauert, muß man sagen: Keine Spur von einer Wende ist festzustellen! Ganz nüchtern: Auch die Sozialistische Partei — das hat sich jetzt bereits gezeigt — kann nur mit Wasser kochen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich frage mich: Wo, meine Damen und Herren, Herr Bundeskanzler, sind die großen Programme geblieben? Das Wirtschaftsprogramm, das Humanprogramm — alles Schall und Rauch! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Erinnern wir uns an die Budgetdebatten der Jahre 1966, 1967, 1968 und 1969! Ja wie so ganz anders hörte man es noch vor einem Jahr! So mancher Redner der Sozialistischen Partei ist damals hierhergegangen und hat vom großen Programm, das von 1400 Experten erarbeitet wurde, gesprochen. Ich habe das Gefühl, daß diese Programme offensichtlich doch in erster Linie für den Wahlkampf 1970 erarbeitet wurden. Denn von diesen Programmen finden sich im Budget für 1971 nicht einmal Spurenelemente. *(Abg. L a n c: Dann können Sie nicht lesen!)*

Ich komme zur dritten Feststellung: Seit Jahren reden wir davon — ich habe das zum ersten Mal zu Zeiten der großen Koalition im

Jahre 1964 getan —, daß bestimmte Sparten aus dem tagespolitischen Streit ausgeklammert werden sollen: die Währungspolitik, die Verteidigungspolitik und die Außenpolitik.

Wer die Budgetdebatte miterlebt hat, wer wirklich dabei war und zugehört hat, kann, wie ich glaube, bestätigen, daß dies bei dieser Budgetdebatte einigermaßen — ich drücke mich jetzt zurückhaltend aus — gelungen ist, und dies — das stelle ich schon mit einer gewissen Genugtuung fest — nicht zuletzt dank des Verhaltens der großen Oppositionspartei.

Einige Bemerkungen zur Frage Außenpolitik: Ich glaube, zwei oder drei Kollegen von mir haben zu dieser Frage anlässlich der Debatte über die Gruppe Äußeres gesprochen. Kollege Mitterer, glaube ich, war es, der gesagt hat: Meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei! Zeigen Sie, wenn es jetzt darum geht, daß wir in Verhandlungen mit der EWG eintreten können, etwas mehr Mut! Seien Sie nicht so zaghaft, zeigen Sie mehr Willen!

Wenn es wirklich eine Chance gibt und wenn Sie bereit sein sollten, diese Chance wahrzunehmen, dann kann ich Ihnen namens meiner Fraktion die Versicherung abgeben, daß Sie in dieser Frage mit der vollen Unterstützung der Österreichischen Volkspartei rechnen können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und zur Frage der Verteidigungspolitik: Die Türen wurden bei der Debatte über diese Gruppe nicht zugeschlagen. Es scheint uns der Weg zu einer Dreiparteieneinigung offen zu sein, dies allerdings unter einer Bedingung — das sage ich speziell Ihnen, Herr Bundeskanzler —: Es kann keine Scheinlösung geben. Es kann vor allem keine Lösung sein, die meinetwegen nur dem Zweck dient, daß Sie ein Wahlversprechen, das Sie gegeben haben, einlösen können. *(Abg. Dr. K r e i s k y: Sie stellen also die Bedingungen!)*

Herr Bundeskanzler! Ich habe es sehr deutlich gesagt: Wenn Sie auf eine Dreiparteieneinigung Wert legen, dann nur unter einer Voraussetzung, unter einer Bedingung: daß die Einsatzfähigkeit des Bundesheeres gewahrt wird! Dagegen können Sie doch, so hoffe ich, nichts haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Einsatzfähigkeit des Bundesheeres muß sichergestellt sein, muß garantiert sein. Ich darf Sie nicht darüber im Zweifel lassen: Das ist für uns, Herr Bundeskanzler, der springende Punkt schlechthin! *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP. — Abg. W e i k h a r t: Jetzt haben Sie die Tür zugeschlagen!)*

Dr. Withalm

Herr Staatssekretär Weikhart! Ich sage das noch einmal: Ich muß doch um Gottes willen annehmen können, daß auch Bundeskanzler Dr. Kreisky an der Einsatzfähigkeit des Bundesheeres (*Abg. Ing. Häuser: Wer bestimmt das?*) interessiert sein muß. (*Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.*)

Wenn alle drei Parteien gemeinsam eine Einigung zustandebringen wollen, dann müssen alle drei Parteien über diesen Gegenstand verhandeln, Herr Vizekanzler Häuser! (*Abg. Sekanina: Aber nicht nach Ihrem Diktat!*) Nein, das sagte ich doch eben: Eine Dreiparteieneinigung setzt eine Willensübereinstimmung zwischen den drei Parteien voraus.

Die Österreichische Volkspartei läßt sich in dieser Frage wirklich nicht von parteipolitischen Gesichtspunkten, sondern ausschließlich von staatspolitischer Verantwortung leiten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und ich möchte das präzisieren, ich sage es noch präziser, damit Sie sehen, wie ernst wir diese Frage nehmen. Meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei — und das ist auch ein Wort, das an die Freiheitlichen gerichtet ist —! Wir nehmen eher einen parteipolitischen Nachteil in Kauf, als daß wir es verantworten würden, aus staatspolitischen Gründen einer Lösung zuzustimmen, die die Einsatzfähigkeit des Bundesheeres nicht garantiert! (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*)

Ich glaube, daß wir damit gezeigt haben, daß es uns wirklich um eine staatspolitische Lösung zu tun ist. Aber Sie müssen dem, was ich eben gesagt habe, entnehmen, daß die Bewegungsfreiheit in dieser Frage bei uns natürlich eingeschränkt ist.

Ich mache eine vierte Feststellung: Wir haben von Haus aus erklärt, daß wir das Budget ablehnen werden. (*Ruf bei der SPÖ: Sie haben es erklärt!*) Das hat uns, mir im besonderen, manche Kritik eingetragen. Ich darf da noch einmal präzisieren: Wir haben uns gegen das Regierungsprogramm der Minderheitsregierung Dr. Kreisky mit aller Entschiedenheit ausgesprochen. Daher ist es doch logisch, wenn wir uns gegen das Gesetz aussprechen, das doch der Durchführung dieses Regierungsprogramms in besonderem Maße dient.

Diesen Standpunkt, meine Damen und Herren, haben Sie, die Sozialisten, in der Zeit von 1966 bis 1970 vertreten, diesen Standpunkt haben die Freiheitlichen von 1949 bis 1969 vertreten und, wie ich öfter — auch schon von diesem Platz aus — festgestellt habe, vollkommen logisch und konsequent vertreten.

Die gleiche Logik und Konsequenz nehmen wir bei aller Bescheidenheit auch für uns, für die Österreichische Volkspartei als Oppositionspartei in Anspruch, nicht mehr, aber auch nicht weniger! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Warum wir im einzelnen gegen dieses Budget stimmen, wurde im Laufe der fast dreiwöchigen Debatte im Detail von über 100 Rednern der Österreichischen Volkspartei dargelegt. Wiederholungen scheinen mir daher überflüssig zu sein.

Daß das höchste Defizit, das es je gab, nicht gerade ein Anlaß dazu sein kann, daß man einem Budget zustimmt, scheint mir im übrigen auch durchaus schlüssig zu sein. (*Abg. Lanc: Jetzt sind Sie schon wieder fast in Gössing!*) Ja, wir werden bald dort sein. Sie haben ja gelesen, daß wir uns im Jänner wieder in Gössing zusammenfinden werden. (*Abg. Jungwirth: Waidmannsheil!*) Nein, um diese Zeit ist es leider nichts mehr mit „Waidmannsheil!“. Sie wissen: Die Schonzeit beginnt am 1. Jänner jedes Jahres. (*Abg. Dr. Tull: Sie schießen doch Böcke! — Weitere Zwischenrufe.*)

Meine Damen und Herren! Darf ich jetzt, wenn Sie gestatten, meine fünfte und damit schon letzte Feststellung treffen: Wir haben von Anfang an erklärt, daß wir keine Obstruktion betreiben werden. Ich hoffe, Sie werden uns bestätigen, daß wir uns daran gehalten haben. Wir haben auch nicht den leisesten Versuch unternommen — darauf wurde heute bereits von unserem Klubobmann hingewiesen — zu verzögern oder gar zu verhindern, daß dieses Budget noch im Jahre 1970 beschlossen werden kann.

Meine Damen und Herren! Jetzt repliziere ich auf einen Zwischenruf, den Sie, Herr Präsident Benya, gemacht haben: Eine parlamentarische Mehrheit vertritt dieses Budget. Es kommt somit ordnungsgemäß zustande. Darüber kann es überhaupt keine Debatte geben. Die Verantwortung liegt damit bei den Parteien, die dieses Budget beschließen (*Abg. Benya: Die übernehmen wir jederzeit!*), und bei der Minderheitsregierung, die es zu vollziehen haben wird. Auch darüber, glaube ich, gibt es keine Debatte. (*Abg. Benya: Da bleibt uns sogar noch Geld übrig, wenn ich an die nächsten Gesetze denke!*)

Meine Damen und Herren! Im vergangenen Jahr beschloß dieses Hohe Haus ein von der ÖVP-Alleinregierung vorgelegtes Budget, und heute findet das von einer sozialistischen Minderheitsregierung vorgelegte Budget eine parlamentarische Mehrheit. Das sind Vorgänge, die von Demokraten als Selbstverständlichkeiten zur Kenntnis zu nehmen sind.

Dr. Withalm

Vielleicht werden Sie sich fragen, warum ich das ausdrücklich erwähne, wenn das sowieso eine Selbstverständlichkeit ist.

Meine Damen und Herren! Gerade am heutigen Tag, da wir in einer Festsitzung der Wiedergeburt unseres Vaterlandes Österreich und damit auch der Wiedergeburt der Demokratie in Österreich gedacht haben, hat es mich gedrängt, etwas auszusprechen, was heute Gott sei Dank eine Selbstverständlichkeit ist, was aber nicht immer — Gott sei es geklagt — eine Selbstverständlichkeit war. Wenn wir der Auffassung sind, daß das Selbstverständlichkeiten sind, dann ist mir um die Entwicklung der Demokratie in Österreich nicht bange. *(Lebhafter anhaltender Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet.

Die Debatte ist geschlossen.

Der Herr Generalberichterstatter wünscht ein Schlußwort. Ich erteile ihm das Wort.

Generalberichterstatter **Haberl** *(Schlußwort)*: Hohes Haus! Wie jeder Generalberichterstatter möchte auch ich Ihnen kurz die Daten der diesjährigen Budgetdebatte zur Kenntnis bringen.

Die Debatten im Haus haben am 1. Dezember begonnen, und sie enden heute, also am 18. Dezember. Die Aussprache über den Haushalt im Plenum wurde an elf Arbeitstagen durchgeführt.

Die Gesamtredezeit betrug etwas über 99 Stunden; im Vergleich dazu betrug die Redezeit in der Haushaltsdebatte im Jahre 1969 ebenfalls etwas über 99 Stunden und im Jahre 1968 159 Stunden.

Die Rednerzahl betrug 202 Abgeordnete, 1969 waren es 172 und 1968 288, sodaß die durchschnittliche Redezeit heuer wesentlich geringer als in den vorangegangenen beiden Jahren war.

Nach Fraktionen gliedern sich die Redner auf: Sozialistische Partei 65, Österreichische Volkspartei 110, Freiheitliche Partei 27. Regierungsmitglieder haben im Zuge der Aussprache 23mal das Wort ergriffen.

Die längsten Redezeiten waren heuer: Abgeordneter Dr. Prader mit 1 Stunde 27 Minuten, Abgeordneter Ulbrich mit 1 Stunde 16 Minuten und Abgeordneter Dr. Tull mit 1 Stunde 10 Minuten.

Damit ist, Hohes Haus, der Abgeordnete Ulbrich schon zum dritten Mal hintereinander in dieser Marathondisziplin im Medaillenrang, nämlich unter den ersten drei, zu finden. *(Heiterkeit.)*

Am längsten dauerte, wie auch im vorigen Jahr, die Debatte über die Gruppe I und II, Oberste Organe und Bundeskanzleramt, mit 13 Stunden.

Mit diesen abschließenden Zahlen, die sich auf Zeitdauer und Redneranzahl beziehen, wurden normale Werte erreicht, doch kein neuer Rekord aufgestellt.

Hohes Haus! Als Generalberichterstatter glaube ich doch feststellen zu können, daß das gesamte Hohe Haus die Debatte gründlich und verantwortungsbewußt geführt hat. Zuletzt danke ich Ihnen dafür, daß Sie mich bei meiner Tätigkeit in jeder Weise unterstützt haben. *(Allgemeiner Beifall.)*

Präsident: Wir gelangen nunmehr zunächst zur Abstimmung über die Beratungsgruppe XI.

Diese umfaßt Kapitel 50: Finanzverwaltung, Kapitel 51: Kassenverwaltung, Kapitel 52: Öffentliche Abgaben, Kapitel 53: Finanzausgleich, Kapitel 54: Bundesvermögen, Kapitel 55: Pensionen (Hoheitsverwaltung), Kapitel 56: Familienlastenausgleich, Kapitel 57: Staatsvertrag, Kapitel 59: Finanzschuld, Kapitel 73: Salz (Monopol), Kapitel 74: Glücksspiele (Monopol), Kapitel 75: Branntwein (Monopol), Kapitel 76: Hauptmünzamt.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesen Kapiteln — samt dem zu den Kapiteln 50, 53 und 54 gehörenden Konjunkturausgleich-Voranschlag — in der Fassung des Ausschußberichtes ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Das ist die Mehrheit. **A n g e n o m m e n.**

Über die zu dieser Beratungsgruppe eingebrachte Entschliebung wird nach der dritten Lesung abgestimmt werden.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über das Bundesfinanzgesetz und die dazugehörenden Anlagen.

Ich lasse zuerst über den Entwurf des Textes des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1971 selbst abstimmen, sodann über alle Anlagen, soweit über sie nicht bereits abgestimmt worden ist. Es sind dies die Anlagen Ia bis Id, Gesamtübersichten, der Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes, der eine Anlage zum Bundesvoranschlag darstellt, und Anlage III, Dienstpostenplan.

Über die Anlage I, Bundesvoranschlag, und über die Anlage II, Konjunkturausgleich-Voranschlag, ist bereits im Zusammenhang mit der Behandlung der einzelnen Beratungsgruppen abgestimmt worden.

Präsident

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Entwurf des Textes des Bundesfinanzgesetzes selbst.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Text des Bundesfinanzgesetzes in der Fassung des Ausschlußberichtes ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Das ist die Mehrheit. **A n g e n o m m e n.**

Wir kommen nun zur Abstimmung über alle zum Bundesfinanzgesetz 1971 gehörenden Anlagen, soweit über sie nicht bereits abgestimmt worden ist.

Ich lasse zunächst über die Anlagen I a bis I d, Gesamtübersichten, in der Fassung des Ausschlußberichtes abstimmen und bitte jene Damen und Herren, die diesem Teil der Vorlage unter Berücksichtigung der sich aus den Abstimmungen über die Spezialberichte zu den Beratungsgruppen I bis einschließlich XIV ergebenden Änderungen ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Das ist die Mehrheit. **A n g e n o m m e n.**

Ich lasse nunmehr über den Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes, der eine Anlage zum Bundesvoranschlag bildet, in der Fassung der Regierungsvorlage abstimmen und bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Das ist die Mehrheit. **I s t a n g e n o m m e n.**

Schließlich lasse ich nunmehr über die Anlage III zum Bundesfinanzgesetz, das ist der Dienstpostenplan, abstimmen und bitte jene Damen und Herren, die diesem in der Fassung des Ausschlußberichtes ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Das ist die Mehrheit und **a n g e n o m m e n.**

Damit ist die Abstimmung in zweiter Lesung beendet.

Der Berichterstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung. — Dagegen wird kein Einwand erhoben.

Dann bitte ich jene Frauen und Herren, die dem Gesetzentwurf mit allen Anlagen auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Das ist die Mehrheit.

Der Gesetzentwurf ist mit allen Anlagen auch in dritter Lesung **a n g e n o m m e n.**

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1971 eingebrachten **E n t s c h l i e ß u n g s a n t r ä g e.**

Ich werde die Abstimmung nach Beratungsgruppen vornehmen.

Zur Beratungsgruppe I liegt kein Entschlie-ßungsantrag vor.

Zur Beratungsgruppe II liegen zwei Entschlie-ßungsanträge vor, die dem Ausschlußbericht beige- druckt sind und die im Ausschluß einstimmige Annahme fanden. Ich lasse, falls kein Einwand erhoben wird, über beide Entschlie-ßungsanträge gleichzeitig abstimmen. — Kein Einwand.

Ich bitte daher jene Damen und Herren, die diesen beiden Entschlie-ßungsanträgen ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist **e i n s t i m m i g a n g e n o m m e n.** (E 16, E 17.)

Zur Beratungsgruppe III liegen ebenfalls zwei Entschlie-ßungsanträge vor, die dem Ausschlußbericht beige- druckt sind. Ich lasse über diese beiden Entschlie-ßungsanträge — die ebenfalls im Ausschluß einstimmige Annahme fanden — wieder unter einem abstimmen, wenn kein Einwand erhoben wird. — Nicht der Fall.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesen Anträgen ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Ist eben- falls **e i n s t i m m i g a n g e n o m m e n.** (E 18, E 19.)

Zur Beratungsgruppe IV liegt ein Entschlie-ßungsantrag vor, der ebenfalls dem Ausschlußbericht beige- druckt ist und im Ausschluß einstimmig angenommen wurde.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschlie-ßungsantrag ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. **E i n s t i m m i g a n g e n o m m e n.** (E 20.)

Zur Beratungsgruppe V liegen drei Entschlie-ßungsanträge vor, die im Ausschluß einstimmig angenommen wurden und dem Ausschlußbericht beige- druckt sind. Ich lasse hierüber wiederum unter einem abstimmen, wenn kein Einwand erhoben wird. — Nicht der Fall.

Dann bitte ich jene Damen und Herren, die diesen drei Entschlie-ßungsanträgen ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Ist **e i n s t i m m i g a n g e n o m m e n.** (E 21, E 22, E 23.)

Zur Beratungsgruppe VI liegt ein Entschlie-ßungsantrag vor, der dem Ausschlußbericht beige- druckt ist und im Ausschluß einstimmig angenommen wurde.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschlie-ßungsantrag ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Ist wieder **e i n s t i m m i g a n g e n o m m e n.** (E 24.)

Präsident

Zur Beratungsgruppe VII liegen vier Entschließungsanträge vor, die dem Ausschlußbericht beige druckt sind. Da auch diese im Ausschluß einstimmige Annahme gefunden haben, werde ich, falls kein Widerspruch erhoben wird, unter einem abstimmen lassen. — Kein Widerspruch.

Dann bitte ich jene Damen und Herren, die diesen vier Entschließungsanträgen, die dem Ausschlußbericht beige druckt sind, ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Ist einstimmig angenommen. (E 25, E 26, E 27, E 28.)

Zur Beratungsgruppe VII liegt ferner ein Entschließungsantrag der Abgeordneten Doktor Moser und Genossen vor, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, ehestens Verhandlungen mit der Zentralorganisation der Kriegsofferverbände Österreichs zur Erfüllung des „Sozialprogramms der Zentralorganisation“ aufzunehmen und eine diesbezügliche Regierungsvorlage einzubringen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag der Abgeordneten Moser und Genossen zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit. Abgelehnt.

Es liegt ein weiterer Entschließungsantrag der Abgeordneten Kern und Genossen vor, betreffend die gesundheitliche Betreuung der ländlichen Bevölkerung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag der Abgeordneten Kern und Genossen ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Das ist die Minderheit. Ebenfalls abgelehnt.

Ferner liegen zwei Entschließungsanträge der Abgeordneten Anton Schlager und Genossen vor. Der eine betrifft die etappenweise Anpassung der landwirtschaftlichen Zuschüsse an die Bauernpensionen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Das ist die Minderheit. Abgelehnt.

Der zweite Entschließungsantrag desselben Abgeordneten betrifft die Bewertung des landwirtschaftlichen Einkommens in der Kriegsofferversorgung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Das ist die Minderheit. Abgelehnt.

Zur Beratungsgruppe VIII liegt ein Entschließungsantrag der Abgeordneten Kern und Genossen vor, in dem die Bundesregie-

lung aufgefordert wird, Maßnahmen zur Verbesserung des landwirtschaftlichen Einkommens insbesondere auf dem Milchsektor zu treffen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Das ist die Minderheit. Abgelehnt.

Zur Beratungsgruppe IX liegt ein Entschließungsantrag vor, der dem Ausschlußbericht beige druckt ist und im Ausschluß einstimmig angenommen wurde.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Ist einstimmig angenommen. (E 29.)

Zur Beratungsgruppe X liegt ein Entschließungsantrag vor, der dem Ausschlußbericht beige druckt ist und im Ausschluß einstimmig angenommen wurde.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Ist einstimmig angenommen. (E 30.)

Zur Beratungsgruppe X liegt ferner ein Entschließungsantrag der Abgeordneten Neumann und Genossen vor, betreffend Ausbau des Telephonnetzes in ländlichen Gebieten zu tragbaren Bedingungen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag der Abgeordneten Neumann und Genossen ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Das ist die Minderheit. Abgelehnt.

Zur Beratungsgruppe XI liegt ein Entschließungsantrag vor, der dem Ausschlußbericht beige druckt ist.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Das ist einstimmig angenommen. (E 31.)

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den zur Beratungsgruppe XII gefaßten Entschließungsantrag, der im Ausschluß einstimmige Annahme fand und dem Ausschlußbericht beige druckt ist.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Ist einstimmig angenommen. (E 32.)

Zur Beratungsgruppe XIII liegt ein Entschließungsantrag der Abgeordneten Regensburger und Genossen vor, betreffend Förderungsmaßnahmen des Wasserwirtschaftsfonds.

Präsident

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag der Abgeordneten Regensburger und Genossen ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Das ist die Minderheit. Ist abgelehnt.

Zur Beratungsgruppe XIV liegt zunächst ein Entschließungsantrag vor, der dem Ausschußbericht beige gedruckt ist und im Ausschuß einstimmige Annahme fand.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Das ist einstimmig angenommen. (E 33.)

Es liegt weiters ein Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Scrinzi, Radinger und Genossen vor, betreffend Sanierungsbedarf der wissenschaftlichen Hochschulen und Finanzierungsmaßnahmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag der Abgeordneten Doktor Scrinzi, Radinger und Genossen zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Ist einstimmig angenommen. (S. 1851 — E 34.)

Ferner liegt ein Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Blenk und Genossen vor, betreffend die Errichtung eines umfassenden technisch-wissenschaftlichen Dokumentationszentrums.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Blenk und Genossen zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Das ist die Minderheit. Ist abgelehnt.

Wir kommen nunmehr noch zu einem bei Behandlung des Bundesfinanzgesetzes gestellten Entschließungsantrag der Abgeordneten Zeillinger, Blecha und Genossen, betreffend Erstattung eines jährlichen Berichtes über die Sicherheitsverhältnisse im Lande.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag Zeillinger, Blecha und Genossen ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Das ist einstimmig angenommen (S. 2374 — E 35.)

Damit ist das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1971 verabschiedet.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die nächste Sitzung berufe ich für 19 Uhr 40 Minuten ein.

Ich bitte um etwas Geduld, denn ich muß eine sehr umfangreiche Tagesordnung verlesen.

Diese Sitzung berufe ich ein mit folgender Tagesordnung:

1. Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (140 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Preisregelungsgesetz geändert wird (269 der Beilagen);

2. Bericht des Justizausschusses über die Regierungsvorlage (141 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Preistreibereigesetz geändert wird (260 der Beilagen);

3. Bericht des Handelsausschusses über die Regierungsvorlage (142 der Beilagen): Rohstofflenkungsgesetznovelle 1970 (259 der Beilagen);

4. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft über die Regierungsvorlage (143 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem die Geltungsdauer des Lastverteilungsgesetzes neuerlich verlängert wird (265 der Beilagen);

5. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über die Regierungsvorlage (246 der Beilagen): 2. Marktordnungsgesetz-Novelle 1970 (262 der Beilagen). (Unruhe.) Ich bitte, könnten die Herren nicht ein bißchen ruhig sein. Das stört mich ja sehr. Wie soll ich denn das von der anderen Fraktion verlangen, wenn Sie selber mich nicht unterstützen?;

6. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über die Regierungsvorlage (247 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Landwirtschaftsgesetz geändert wird (263 der Beilagen);

7. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über die Regierungsvorlage (248 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Lebensmittelbewirtschaftungsgesetz geändert wird (264 der Beilagen);

8. Bericht des Unterrichtsausschusses über die Regierungsvorlage (204 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Hochschultaxengesetz abermals abgeändert wird (261 der Beilagen);

9. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (146 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Strukturverbesserungsgesetz abgeändert wird (267 der Beilagen);

10. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (147 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem die Geltungsdauer des Bundesgesetzes vom 6. Juli 1966 über steuerliche Maßnahmen bei der Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln verlängert wird (223 der Beilagen);

11. Bericht des Zollausschusses über die Regierungsvorlage (217 der Beilagen): EFTA-Ausgleichsabgabegesetz (277 der Beilagen);

2456

Nationalrat XII. GP. — 28. Sitzung — 18. Dezember 1970

Präsident

12. Bericht des Zollausschusses über die Regierungsvorlage (183 der Beilagen): Bundesgesetz über zollrechtliche Maßnahmen gegenüber Staaten, Gebieten und Gebietsteilen, auf die die Bestimmungen des GATT nicht angewendet werden (278 der Beilagen);

13. Bericht des Zollausschusses über die Regierungsvorlage (255 der Beilagen): Konvention vom 15. Dezember 1950 über den Zollwert von Waren, einschließlich ihrer Anlagen I bis III, in der durch die Empfehlung des Rates für die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Zollwesens vom 7. Juni 1967 betreffend die Änderung der Konvention über den Zollwert von Waren geänderten Fassung (279 der Beilagen);

14. Bericht des Zollausschusses über die Regierungsvorlage (256 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Wertzollgesetz 1955 geändert wird (280 der Beilagen);

15. Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Regierungsvorlage (206 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über Wohnungsbeihilfen geändert und für das Geschäftsjahr 1971 eine Sonderregelung getroffen wird (273 der Beilagen);

16. Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Regierungsvorlage (215 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Arbeitslosenversicherungsgesetz 1958 neuerlich abgeändert wird, und

Antrag 20/A (II-119 der Beilagen) der Abgeordneten Dr. Halder und Genossen, betreffend Novellierung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes 1958, BGBl. Nr. 199 (274 der Beilagen);

17. Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Regierungsvorlage (130 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Bauarbeiter-Schlechtwetterentschädigungsgesetz 1957 neuerlich abgeändert wird (275 der Beilagen);

18. Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über den Antrag 47/A (II-623 der Beilagen) der Abgeordneten Horr, Dr. Kohlmaier und Genossen, betreffend die Novellierung des Bundesgesetzes vom 19. Mai 1954 über die Kammern für Arbeiter und Angestellte und den Österreichischen Arbeiterkammertag (Arbeiterkammergesetz), BGBl. Nr. 105/1954 (276 der Beilagen);

19. Bericht und Antrag des Finanz- und Budgetausschusses über ein Bundesgesetz betreffend die Novellierung des Bundesgesetzes vom 26. November 1963, BGBl. Nr. 286, in der Fassung der Bundesgesetze BGBl. Nr. 108/1966 und 50/1967 (241 der Beilagen);

20. Bericht und Antrag des Finanz- und Budgetausschusses betreffend eine Novelle zum Familienlastenausgleichsgesetz (268 der Beilagen);

21. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft betreffend den vom Bundesminister für Verkehr vorgelegten Bericht (III-16 der Beilagen) über die Tätigkeit des Verkehrs-Arbeitsinspektorates im Jahre 1969 (266 der Beilagen).

Außerdem wird diese neue Sitzung mit einer Fragestunde eingeleitet.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 19 Uhr 35 Minuten

Berichtigung

Im Protokoll der 25. Sitzung hat auf Seite 2012 rechte Spalte die dritte Zeile zu lauten: lichkeit angekündigt haben.